

# Jahrbuch für Antisemitismusforschung

---

16

---

*Herausgegeben von Wolfgang Benz*

*Metropol*



# **Jahrbuch für Antisemitismusforschung 16**

Herausgegeben von Wolfgang Benz  
für das Zentrum für Antisemitismusforschung  
der Technischen Universität Berlin

Redaktion:

Werner Bergmann, Mona Körte, Peter Widmann  
Geschäftsführende Redakteurin: Juliane Wetzel

Metropol Verlag

---

Redaktionsanschrift: Zentrum für Antisemitismusforschung  
Technische Universität Berlin  
Ernst-Reuter-Platz 7  
D-10587 Berlin  
Tel.: 0 30-3 14-2 31 54  
Fax: 0 30-3 14-2 11 36

ISBN: 978-3-938690-71-0

ISSN: 0941-8563

© 2007 Metropol Verlag  
Ansbacher Straße 70 · D-10777 Berlin  
[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck: Aalex Druck GmbH, Großburgwedel

---

# INHALT

Vorwort.....	9
--------------	---

## HOLOCAUST UND ANTISEMITISMUS – ERINNERUNGSNARRATIVE

CLAUDIA LENZ

Judenverfolgung und Holocaust im norwegischen Geschichtsbewusstsein .....	17
--	----

NICOLE BURGERMEISTER

„Was in Israel abläuft, finde ich auch nicht okay ...“ Antisemitismus in Gruppendiskussionen mit Schweizerinnen und Schweizern .....	39
--	----

LARS BREUER

„Man glaubte ja, dass Schluss ist damit ...“ Judenverfolgung und Antisemitismus in der dänischen Familienerinnerung .....	61
---	----

MARGIT REITER

Das negative Erbe Die NS-Nachfolgeneration in Österreich zwischen Antisemitismus und Philosemitismus .....	87
--	----

## ANTISEMITISMUS

DINA PORAT

The Road that Led to an Internationally Accepted Definition of Antisemitism .....	117
--	-----

MICHAEL MAYER

- Die Judenfeindschaft rechtsextremer Organisationen  
in der Weimarer Republik  
und im Frankreich der Zwischenkriegszeit ..... 139

KARL-HEINZ REUBAND

- Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf den Judenstern  
Eine retrospektive Analyse  
gestützt auf eine repräsentative Umfrage aus dem Jahr 1949 ..... 163

NICOLA KARCHER

- Die Nasjonal Samling  
während der deutschen Okkupation Norwegens 1940–1945  
Nationalismus versus Pangermanismus ..... 195

EINHART LORENZ

- Antisemitische Judenbilder  
und die norwegische Haltung zur Deportation ..... 217

**FLUCHT UND EXIL**

YASEMIN SHOOMAN

- Irakisches Exil in Deutschland ..... 241

REGINA SCHULZ

- „... und nächstes Jahr ohne die Mullahs“  
Die Situation der Exiliraner in Deutschland ..... 263

BRIGITTE MIHOK

- Kinder aus Roma-Familien in Deutschland  
Bedingungen und Voraussetzungen zur Integration ..... 279

## MISZELLEN

NIKE THURN

- Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz  
Ein Tagungsbericht ..... 293

WOLFGANG BENZ

- „Zigeuner-Darstellungen“ der Moderne  
Bericht über eine Ausstellung ..... 309

JULIANE WETZEL

- Konzeption und Realisierung einer Ausstellung  
zum aktuellen Antisemitismus ..... 319

ULRICH WYRWA

- Antisemitismus in Europa (1879–1914)  
Fragestellung, Konzeption und Aufbau des Forschungskollegs  
am Zentrum für Antisemitismusforschung ..... 327

Handbuch zur Antisemitismusforschung ..... 343

Die Autorinnen und Autoren ..... 347





---

## Vorwort

Antisemitismusforschung, die sich als interdisziplinäre Vorurteilsforschung versteht, arbeitet mit vielen Methoden und hat viele Gegenstände. Ausgangspunkt und Orientierungsrahmen bilden natürlich die unterschiedlichen historischen und aktuellen Formen der Judenfeindschaft, aber das Erkenntnisinteresse kann nicht auf Ausprägungen von Vorurteilen und Feindbildern gegen Juden beschränkt bleiben. Generell sind alle Minderheiten und das Verhältnis der jeweiligen Mehrheit ihnen gegenüber in den Blick zu nehmen. Die Aktivitäten des Zentrums für Antisemitismusforschung, die sich in seinem Jahrbuch spiegeln, haben Analyse und Interpretation von Vorurteilen ganz generell zum Ziel, um allgemeingültige Aussagen (und daraus abzuleitende Handlungsmöglichkeiten) zu erarbeiten. So bildet die „Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus“ einen Bereich des Zentrums, ein anderer Schwerpunkt ist der Arbeitsbereich Sinti und Roma. Im Auftrag der UNESCO erarbeitete Brigitte Mihok eine Studie zur Situation von Romakindern in der Bundesrepublik Deutschland. Die Studie wurde im Frühjahr 2007 auf einer Veranstaltung im Deutschen Bundestag präsentiert. Eine Kurzfassung erscheint als Beitrag in diesem Jahrbuch.

Der Bericht über die Ausstellung „Zigeuner-Darstellungen“ der Moderne ist, wie Juliane Wetzels Reflexion zur Ausstellung „Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?“, auch als Beitrag zur Methoden-Diskussion zu verstehen. Welche Möglichkeiten der Erkenntnis bietet das Medium Ausstellung? Im einen Fall, den „Zigeuner-Darstellungen“, ist eine profunde Forschungsleistung dokumentiert, im anderen, der vom Zentrum für Antisemitismusforschung gemeinsam mit Yad Vashem, Jerusalem, konzipierten Wanderausstellung zur Judenfeindschaft werden didaktische Absichten verfolgt in der Hoffnung, ein größeres Publikum zu erreichen, um es für ein gesellschaftliches Problem zu interessieren.

Ausgehend von dem Zeitungsartikel des Philosophen Jostein Gaarder, der in der wichtigsten Tageszeitung Norwegens mit antisemitischen Konnotationen dem Staat Israel das Existenzrecht bestritt, und von der fast zeitgleich im August 2006 in Oslo gefeierten Eröffnung des „Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Norway“ führt Claudia Lenz in den Erinnerungsdiskurs ein, der das Schicksal

der norwegischen Juden thematisiert. Ergebnisse des Projektes „Vergleichende Tradierungsforschung“ belegen, dass auch in Norwegen generationenlang die Auseinandersetzung in der Mehrheitsgesellschaft vermieden, dass auch die norwegischen Juden als „Andere“, als „Fremde“ in der zeitgenössischen Wahrnehmung wie in der kulturellen Tradition der Nachlebenden ausgegrenzt waren. Nicole Burgermeister untersucht mit einem ähnlichen methodischen Ansatz die Einstellung von Schweizer Bürgern zu Juden. Aus dokumentierten Gruppendiskussionen ergibt sich nicht nur eine erstaunlich starke Präsenz antisemitischer Stereotype und Deutungsmuster, die als Verschränkung eidgenössischer Ausblendung der eigenen Verstrickung in die nationalsozialistischen Verbrechen mit transnationalen Formen des sekundären Antisemitismus deutscher Tradition als Erinnerungs- und Schuldabwehr zu erklären sind.

In der dänischen Erinnerungskultur ist die nationalsozialistische Judenverfolgung anders als in den Narrativen sonstiger vom nationalsozialistischen Regime okkupierten Nationen positiv besetzt, nämlich als kollektives Heroenepos der Rettung der dänischen Juden durch die Dänen. Die spektakuläre Flucht von 7000 dänischen Juden im Oktober 1943 mit Booten über den Öresund nach Schweden hat das Bild in der Literatur jahrzehntelang geprägt. Die deutsche Besatzungsherrschaft und der Völkermord an den Juden Europas waren dagegen wenig thematisiert, und auch für Antisemitismus schien es keinen Raum gegeben zu haben. Lars Breuer beschreibt, wie in der Erinnerung dänischer Familien die Judenverfolgung verortet (bzw. marginalisiert) wird. Grundlage seiner Studie sind ebenfalls die Ergebnisse des Projekts „Vergleichende Tradierungsforschung“ am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, bei dem Familienerinnerung in sechs europäischen Ländern mit Hilfe von Interviews untersucht wurde.

Margit Reiters Beitrag ist dem Problem des Antisemitismus in österreichischen Familien, gestützt auf Interviews mit „Kindern von Tätern“, gewidmet. Die Präsenz von Antisemitismus im Erinnerungsmilieu der Nachkriegszeit ist an sich weniger erstaunlich als die Formen des Umgangs und der Verarbeitung, die von tradierter aggressiver Judenfeindschaft („Antisemitismus scheint in vielen Familien ein Bestandteil der Alltagskommunikation – am Kaffeetisch gewissermaßen – gewesen zu sein“) über „Nichtwissen“ und Aufrechnung zur kritischen Auseinandersetzung und zum Philosemitismus als persönlicher Betroffenheitsgeste reichen.

Judenfeindschaft wird in der Regel als nationales Phänomen begriffen und erklärt, komparatistische Studien, die nicht lediglich Sachverhalte in paralleler

Darstellung bieten, sind eher selten. Michael Mayer zeigt an rechtsextremen Organisationen in Deutschland und in Frankreich in der Zwischenkriegszeit die Möglichkeiten und den Erkenntnisgewinn des Vergleichs aus transnationaler Perspektive. Auf die Frage nach Erscheinungsformen, programmatischen Ausprägungen und Ursachen ergeben sich in der vergleichenden Betrachtung auffällige Gemeinsamkeiten wie die zeitlich versetzten Krisen des Nationalgefühls und Unterschiede wie eine höhere Emotionalität in Deutschland gegenüber stärkerer rationaler Begründungsnotwendigkeit von Judenfeindschaft in Frankreich. Wichtig sind die Transferprozesse zwischen den nationalen Ausprägungen von Judenfeindschaft, sie spielen bei der jeweiligen Radikalisierung eine erhebliche Rolle. Die Trennlinie zwischen deutschem und französischem Antisemitismus verlief, so ein wichtiges Ergebnis der Arbeit Michael Mayers, nicht entlang der nationalen Grenze, sondern in der unterschiedlichen Radikalität der Argumentation.

Ausgangspunkt transnationaler Vergleiche ist freilich immer die Analyse der nationalen Situation. Ein Graduiertenkolleg am Zentrum für Antisemitismusforschung widmet sich der Analyse von Judenfeindschaft in einzelnen Ländern in der Formierungsphase des Antisemitismus seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Eine erste Bilanz des Projekts, das Arbeiten zu Italien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Polen, Galizien, Litauen, Kroatien, Slawonien, Böhmen, Österreich, Slowenien und zur Slowakei bündelt, zieht Ulrich Wyrwa.

Die Kennzeichnung der Juden im Deutschen Reich im September 1941 leitete den letzten Akt der Verfolgung ein, und zwar unübersehbar für die Mehrheitsbevölkerung. Die Reaktion der Deutschen auf die Stigmatisierung der jüdischen Bürger durch den Judenstern ist Gegenstand einer Analyse, die Karl-Heinz Reuband mit dem Material einer noch relativ zeitnahen repräsentativen Umfrage – im August 1949 vom Allensbacher Institut durchgeführt – vornimmt. Die Studie ergänzt die auf klassische Quellen gestützten Erkenntnisse über die Reaktion der deutschen Mehrheitsgesellschaft hinsichtlich der Judenverfolgung durch das NS-Regime. Dass die Kennzeichnung der Juden von der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen wurde, überrascht nicht, wohl aber die Tatsache, dass Konfession und Bildung bei der häufig zu konstatierenden Missbilligung der Maßnahme keine nennenswerte Rolle spielten. Freilich bedeutete Mitleid mit der kenntlich gemachten Minderheit auch nicht Ablehnung der aggressiven judenfeindlichen

Politik oder Immunisierung gegenüber dem Antisemitismus. Offen bleibt auch, ob die Missbilligung nachhaltig war oder – was wahrscheinlicher ist – ob an die Stelle der Ablehnung Gewöhnung trat und in Folge der antijüdischen Propaganda auch Billigung der Verfolgung und ihrer Formen. Über die methodische Innovation hinaus bildet Reubands Studie eine wichtige Facette im Diskurs „Was wussten die Deutschen vom Holocaust?“. Zu diesem Thema leistet eine große Arbeit aus dem Zentrum für Antisemitismusforschung, die Studie von Bernward Dörner, die unter dem Titel „Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte“ im August 2007 erschienen ist, einen grundlegenden Beitrag.

Mit drei Aufsätzen bildet Norwegen einen geografischen Schwerpunkt dieses Jahrbuchs. Die nationalsozialistische Partei Norwegens, die nicht nur die „Regierung“ von Gnaden des Reichskommissars Terboven stellte, sondern mit ihrer Führerfigur Vidkun Quisling den Namen für alle Kollaborationsregimes lieferte, war, wie Nikola Karcher nachzeichnet, eine von ideologischen Strömungen zerrissene Partei, in der Pangermanisten und Nationalisten die wichtigsten Fraktionen bildeten. Mit dem Ragnarok-Kreis bestand eine konkurrierende faschistische Bewegung und die norwegische Germanische SS war mit ihrem Gravitationszentrum in Berlin eine dritte, von der Kontrolle der Nasjonal Samling unabhängige Größe. Dass die Kollaboration mit der deutschen Okkupationsmacht trotz aller Gegensätze und trotz der immer massiver werdenden Kritik innerhalb der faschistischen Bewegung Norwegens bis zum Zusammenbruch des Deutschen Reiches andauerte, dass die Gegensätze Außenstehenden verborgen blieben, gehört zu den erstaunlichen Fakten, die von der Geschichtswissenschaft spät entdeckt wurden und die noch später ins öffentliche Bewusstsein gelangten.

Ausgangslage und Befunde der Untersuchung von Einhart Lorenz, der antisemitische Judenbilder und die norwegische Haltung zur Deportation der Juden unter deutscher Okkupation betrachtet, sind naturgemäß vollkommen anders. Aber wie die österreichische Nachkriegsgesellschaft sich auf die Opferrolle der 1938 untergegangenen und 1945 wieder erstandenen Nation zurückzog, so tabuisierte die norwegische Gesellschaft jahrzehntelang mit dem Blick auf den nationalsozialistischen Aggressor Deutschland und (unter selbstverständlicher rascher Stigmatisierung und Verfolgung der Kollaborateure und Sympathisanten) eigene Haltungen gegenüber den norwegischen Juden. Das Klischee der durch und durch

humanistischen norwegischen Gesellschaft, die zum Antisemitismus konstitutionell unfähig gewesen sei, hält genauerer Analyse aber nicht stand. Lorenz fördert eine Fülle von Belegen ans Licht, aus denen hervorgeht, dass es auch in Norwegen Traditionen der Judenfeindschaft gab, die über die Besatzungszeit hinaus artikuliert wurden: „Die Juden, die den Krieg in deutschen Lagern oder im Exil überlebt hatten, blieben Fremde im eigenen Land, und das Verständnis ihnen gegenüber und für ihre besondere Situation war gering“. In der norwegischen Erinnerungskultur erhielten die Juden erst in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre einen Platz, der mit der Eröffnung des „Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Norway“ im August 2006 öffentlichen Ausdruck fand.

Integraler Bestandteil der Vorurteilsforschung ist die Betrachtung von Konflikten, die Menschen als Angehörige von (ethnischen, religiösen und anderen) Minderheiten ausgrenzen oder sie zu Angehörigen von (politischen, sozialen usw.) Minderheiten machten. Die Flucht ins Exil, die Suche nach Asyl ist die wichtigste und meist die einzige der Reaktionsmöglichkeiten, die den Verfolgten bleibt. An zwei aktuellen Beispielen, dem Exil von Bürgern des Iran und des Irak in der Bundesrepublik Deutschland, werden Ursachen und Wirkungen der unfreiwilligen Migration untersucht. Regina Schulz setzt sich mit der Situation der Exil-Iraner auseinander, die als Flüchtlinge vor dem Schah-Regime, als unbegleitete Kinder während des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak, als Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten, als Intellektuelle vor dem Regime der Islamischen Republik die Heimat verlassen haben.

Aus dem Irak sind seit 1968 vor dem Regime der Baath-Partei und der anschließenden Diktatur Saddam Husseins drei bis vier Millionen Menschen geflohen, Kurden, Kommunisten, Schiiten. 95 000 Iraker leben – wie Yasemin Shooman beschreibt – in der Bundesrepublik. Bis in die 90er-Jahre kamen sie vor allem aus dem studentischen Milieu, entsprechend organisiert und politisch aktiv ist das Exil der Iraker in einer Vielzahl von Verbänden und Vereinigungen. Ihre Lebenssituation ist von den aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen des Gastlandes Bundesrepublik geprägt, die Möglichkeiten zur Rückkehr sind nicht nur durch die Sicherheitslage in der Heimat bestimmt, das Erbe Saddam Husseins besteht auch in der Zerklüftung der irakischen Gesellschaft, die lange Abwesenden das Heimkommen erschwert; eine zweite Generation von Auslandsirakern ist in Deutschland geboren und hat ein eigenes Lebensgefühl, das zwar mit den Sehnsüchten und Hoffnungen der

Eltern korrespondiert, aber seinen Mittelpunkt nicht in einer „verlorenen Heimat“ hat. Dafür haben die Nachkommen der unfreiwilligen Einwanderer Probleme als Angehörige einer Minderheit mit Überfremdungsängsten und Xenophobien in der Gesellschaft, in der sie leben.

*Wolfgang Benz*

---

HOLOCAUST UND ANTISEMITISMUS –  
ERINNERUNGSNARRATIVE

---



## Judenverfolgung und Holocaust im norwegischen Geschichtsbewusstsein

Zwei dicht aufeinander folgende Ereignisse, die im direkten Zusammenhang mit dem Thema dieses Beitrages stehen, beschäftigten im Sommer 2006 die norwegischen Medien: Zum einen entzündete sich eine heftige Debatte an einem Zeitungsartikel, in dem Jostein Gaarder das baldige Ende des israelischen Staates prophezeite, zum anderen wurde das „Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Norway“ („Holocaust-Center“), ein Forschungs- und Vermittlungsinstitut eröffnet, das sich mit der Verfolgung und Ermordung norwegischer Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg befasst. Beide Ereignisse und die Reaktionen darauf berührten in unterschiedlicher Weise die Frage, welche Rolle das Thema Judenverfolgung und Holocaust im Geschichtsbewusstsein von Norwegerinnen und Norwegern spielt, in welcher Weise diese Themen mit der nationalen Geschichte und mit gegenwärtigen Selbstbildern und Haltungen verbunden sind.

Im Folgenden sollen die Artikel Gaarders und die durch ihn ausgelöste Debatte sowie die öffentlichen Reaktionen auf die Eröffnung des Holocaust-Center kurz skizziert werden, vor allem, um daran eine ganz spezifische Spannung zu zeigen, die kennzeichnend für die norwegische Gesellschaft zu sein scheint: eine Spannung zwischen der Identifikation mit humanistischen und humanitären Idealen auf der einen Seite, vor deren Hintergrund das Wissen um den Holocaust als außerhalb Norwegens verortete Katastrophe und als moralische Mahnung an die Nachwelt vermittelt wird, und latenten anti-jüdischen und antisemitischen Stereotypen und Deutungsmustern auf der anderen Seite, vor deren Hintergrund aktuelle Israelkritik in undifferenzierte Schuldzuweisungen gegenüber allem „Jüdischen“ münden kann. Anhand der Ergebnisse einer Drei-Generationen-Studie über die Tradierung von Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg in Norwegen soll gezeigt werden, dass

diese Spannung auch in privaten Gesprächen über Holocaust und Judenverfolgung zu erkennen ist.

## Jostein Gaarder und der Staat Israel

Am 5. August 2006 platzte in die Debatten um den Krieg, den Israel im Libanon gegen die Hisbollah-Bewegung führte und in deren Grundtenor Israel als brutaler Aggressor verdammt wurde, obwohl die Hisbollah Israel zuvor über Monate hinweg einseitig mit Raketen beschossen hatte, ein Zeitungsartikel des Philosophen Jostein Gaarder. Der Artikel, der in Norwegens größter Tageszeitung „Aftenposten“ unter dem Titel „Gottes auserwähltes Volk“ erschien, begann mit den Sätzen: „Wir müssen uns mit einer neuen Übung vertraut machen: Wir erkennen den Staat Israel nicht mehr an.“<sup>1</sup>

Im Laufe des im Stil einer biblischen Prophetie gehaltenen Textes vollzieht Gaarder eine Abrechnung mit dem Staat Israel, dem er im Namen eines zunächst nicht näher bestimmten „Wir“ aufgrund seiner Kriegführungs- und Besatzungspolitik die Existenzberechtigung abspricht. Dabei wird der Vergleich mit dem südafrikanischen Apartheidregime und dem afghanischen Taliban-Regime gezogen, die ebenfalls ihre Existenzberechtigung verloren hätten und beseitigt werden müssten. Der Staat Israel, so macht der Artikel wiederholt und unmissverständlich deutlich, solle von der Landkarte verschwinden. Zwar erkennt Gaarder durchaus an, dass die Errichtung des Staates Israel nach dem Holocaust eine Notwendigkeit war, jedoch habe dieser Staat mit seiner Kriegführung, so Gaarder wörtlich, „seine Legitimität massakriert“: „Es gibt keinen Weg zurück. Der Staat Israel hat die Anerkennung der Welt vergewaltigt und wird keinen Frieden finden, bevor er seine Waffen niederlegt.“

Die geostrategischen Implikationen dieser Forderung scheinen Gaarder sehr bewusst zu sein, denn am Ende seines Beitrags fordert er die humane (was hier bedeutet: die nicht-jüdische) Welt auf, die fliehenden Kinder Israels aufzunehmen und ihnen kein Leid anzutun. Gaarder formuliert eine Vision, in der die Gründung des Staates Israel rückgängig gemacht und aus Israelis wieder das jüdische Volk in der Diaspora wird. Er unterlässt es nicht nur, zwischen der israelischen Regierung,

1 Aftenposten vom 5. 8. 2006, „Guds utvalgte folk“ (<http://www.aftenposten.no/meninger/kronikker/article1411153.ece>).

Israelis und dem Staat Israel zu unterscheiden. In seinem Text überzieht er überdies das jüdische Volk schlechthin mit im wörtlichen Sinne vernichtender Kritik. In einer Rhetorik, die alle Juden zu allen Zeiten und überall gleichstellt, proklamiert Gaarder: „Wir glauben nicht an die Vorstellung von Gottes auserwähltem Volk. Wir lachen über die Grillen dieses Volkes und weinen über seine Untaten. Als Gottes auserwähltes Volk aufzutreten ist nicht nur dumm und arrogant, sondern ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir nennen das Rassismus.“

Auf dieser Ebene bedient sich Gaarder eines ganzen Arsenalts alttestamentarischer Motive, die er in antisemitische Kampfmetaphern wendet: „Wir glauben nicht, dass Israel vierzig getötete libanesischen Kinder mehr beklagt als vierzig Jahre in der Wüste, vor dreitausend Jahren. Wir bemerken, dass viele Israelis solche Triumphe so feiern, wie sie einst die Plagen des Herrn als ‚angemessene Strafe‘ für das Volk Ägyptens bejubelten.“

Kern der Aussagen Gaarders jedoch scheint zu sein, das Amalgam aus Staat Israel, Israelis und dem jüdischen Volk als delokalisierte und ahistorische Größe jenem „Wir“ gegenüberzustellen, das sich an dem „jüdischen Rabbiner“ (= Jesus) orientiert: „Zweitausend Jahre sind vergangen, seit der jüdische Rabbi die alte Kriegsrhetorik entwaffnet [...] hat. Schon zu seiner Zeit operierten die ersten zionistischen Terroristen. Durch 2000 Jahre hindurch haben wir das Pensum des Humanismus gepaukt, aber Israel hört nicht.“

Gaarders Artikel wurde in den Tagen und Wochen nach Erscheinen von vielen prominenten Intellektuellen scharf kritisiert, seine Aussagen wurden deutlich als Ingredienzien einer antisemitischen Argumentationsstruktur identifiziert. Interessanter beinahe noch als diese kritischen Analysen sind aber vielleicht die Argumente seiner Verteidiger, allen voran seine Selbstapologie. Gaarder zeigte sich durch den Antisemitismus-Vorwurf tief gekränkt und bezeichnete sich in einer Replik als „Judenfreund“. Er bedient damit ein bekanntes Argumentationsmuster: Ein „Judenfreund“ kann Israel das Existenzrecht absprechen, ohne ein Antisemit zu sein. Mit ihm äußerten nicht wenige seiner Verteidiger die Auffassung, man werde doch wohl Israel kritisieren dürfen, ohne Antisemit zu sein. Wobei Israel des „Staatsterrorismus“ bezichtigt und zuweilen gar mit NS-Deutschland verglichen wurde.<sup>2</sup>

2 Zitate aus der veröffentlichten Aftenposten-„Blogg“ Diskussion: „1000 Leser über Gaarder“, <http://www.aftenposten.no/nyheter/iriks/article1414450.ece> (zuletzt eingesehen 23.2.2007).

Dies kann angesichts der vorausgegangenen anti-israelischen Berichterstattung der norwegischen Medien über den Libanonkrieg nicht verwundern. Hatte Gaarder die Presseberichterstattung während des Krieges nur konsequent zu Ende gedacht? Demnach würde die Beseitigung Israels die Lösung des Nahost-Konflikts bedeuten. Eine neue Version der antisemitischen „Sündenbock“-Figur. Die antisemitische Rhetorik von Gaarders Lesern ging allerdings zuweilen noch weiter: Der Schreiber eines digitalen Journals (Blogger) fand es skandalös, dass norwegische Juden Israel verteidigten und betonte, dass man „solche Kritik in Norwegen nicht brauche“.<sup>3</sup> Das bedeutet nicht, dass solche Aussagen Gaarders Haltung entsprechen. Offenbar hatte sein Artikel jedoch den Rahmen des bis dahin öffentlich Sagbaren gesprengt und somit einen Einblick in den in der norwegischen Gesellschaft latent vorhandenen Antisemitismus gewährt, der mit dem historischen Selbstbild Norwegens als Nation des Humanismus und des Widerstands kollidiert.

## Die Eröffnung des Holocaust-Center

Am 24. August 2006 wurde in Oslo das „Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Norway“ eröffnet, dessen Aktivitäten unter anderem einem lange beschwiegenen Kapitel der norwegischen Besetzungsgeschichte und einem blinden Fleck der öffentlichen Erinnerung gelten: der Verhaftung und Deportation von 771 norwegischen Jüdinnen und Juden im Winter 1942/43. Vorbereitet wurde diese Aktion durch die norwegische Kollaborationsregierung unter der Führung Vidkun Quislings bereits seit Anfang 1942. Eine erste Maßnahme war die Registrierung der etwa 2000 in Norwegen lebenden Jüdinnen und Juden einschließlich ihres Besitzes durch die norwegischen Behörden sowie der im Januar 1942 eingeführte „J“-Stempel in ihren Pässen. Im Oktober des Jahres wurden zunächst alle männlichen Juden im Alter von 15 bis 65 Jahren verhaftet, Ende November dann auch jüdische Frauen und Kinder. In drei Schiffstransporten zwischen November 1942 und Februar 1943 wurden insgesamt 771 Jüdinnen und Juden zunächst nach Stettin und dann nach Auschwitz deportiert, wo die meisten von ihnen sofort ermordet wurden. Die Akteure der Vorbereitung und Durchführung der Verhaftungen der

3 Ebenda.

jüdischen Bevölkerung gehörten bis zum Zeitpunkt des Betretens der Deportationsschiffe ausschließlich norwegischen Institutionen an, allen voran der von NS-Ideologie beeinflussten Polizei. Zum Teil waren auch einzelne Personen beteiligt. Die verhafteten Jüdinnen und Juden wurden in Oslo mit 100 durch die Behörden requirierten Taxen zum Hafen gefahren. Nur 34 der Deportierten überlebten den Krieg. Etwa 1000 Personen konnten nach Schweden fliehen, etwa 60 überlebten als Internierte im Lager Berg bei Tønsberg und rund 100 tauchten in Norwegen unter und überlebten in privaten Verstecken.<sup>4</sup>

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten spielte das Thema Judenverfolgung in der offiziellen norwegischen Geschichtsschreibung so gut wie keine Rolle.<sup>5</sup> Wenn die Deportationen überhaupt thematisiert wurden, dann zumeist im Zusammenhang mit der Rolle der Milorg (der militärischen Widerstandsorganisation) bei der Fluchthilfe über die schwedische Grenze.<sup>6</sup> Die aktive Beteiligung der norwegischen Behörden bei der Registrierung, Verhaftung und Deportation hingegen geriet in Vergessenheit. Tendenziell wurde das Schicksal der norwegischen Juden unter die Geschichte der norwegischen Opfer, beispielsweise in den deutschen Konzentrationslagern subsumiert.<sup>7</sup> So

- 4 Zu den Untergetauchten können auch nicht registrierte Flüchtlinge gehört haben, sodass sich neben der Anzahl der geretteten Jüdinnen und Juden auch die Anzahl derjenigen, die sich 1942 überhaupt im Lande befanden, durch weitere Forschungen noch verändern kann. Für die Erinnerungskultur bedeutet diese Unkenntnis in Bezug auf die in privaten Verstecken Überlebenden jedoch auch, dass ein möglicher positiver Referenzpunkt privat und öffentlich überlieferter Erinnerung wegfiel.
- 5 Keine der zentralen Arbeiten zu diesem Thema datiert vor 1980: Oskar Mendelsohn, *Jødenes historie i Norge gjennom 300 år*, bind II. 1986; Kristian Ottosen, *I slik en natt. Historien om deportasjonen om jøder fra Norge*, Oslo 1994; Bjarne Bruland, *Forsøket på å tilintetgjøre de norske jødene. Hovedoppgave i historie ved universitetet i Bergen* 1995; Ragnar Ulstein, *Jødar på flukt*, Oslo 1995.
- 6 So z. B. in der Darstellung der Flucht über die schwedische Grenze während der Besatzungszeit: Ragnar Ulstein, *Svensketrakikken: Flyktningar til Sverige 1940–1943*, bind I, Oslo 1974.
- 7 Ingerd Veiden Brakstad weist jedoch nach, dass das Schweißen über das Schicksal der norwegischen Juden direkt nach Kriegsende kein gesamtgesellschaftliches Phänomen war. In der norwegischen Presse wurde über diesen Aspekt der Besatzungszeit sehr wohl berichtet, wobei jedoch deutlich ist, dass die norwegischen Juden hier vor allem als Opfer deutscher Verbrechen und als Objekte norwegischer Rettungsversuche dargestellt wurden. Vgl. Ingerd Brakkestad, *Jødeforfølgelsene i Norge. Omtale i årene 1942–1948. Framstilling og erindring av jødeforfølgelsene i Norge under andre verdenskrig, i et utvalg aviser og illegal presse*. Masterarbeit an der Universität Oslo, Oslo 2006.

blieb es bis in die 1990er-Jahre hinein. Ein Beispiel dafür, dass sich die Unterordnung des Themas Judenverfolgung unter die Prämissen der widerstands-dominierten Narrative auch in der Erinnerungskultur und deren Vermittlungsformen widerspiegelt, ist die Dramaturgie der Studienreisen der „Hvite Busser til Auschwitz“ („Weiße Busse nach Auschwitz“), mit denen Tausende von Schülern seit Anfang der 1990er-Jahre nach Polen gereist sind. Hier hatten Berichte der als Zeitzeugen mitreisenden Widerstandsveteranen stets einen festen Platz im Programm, die Ermordung der norwegischen Juden hingegen nicht. „Auschwitz“ wurde als Chiffre für das universelle Böse thematisiert, sein Bezug zur norwegischen Besatzungsgeschichte blieb ausgeblendet. Der Holocaust wurde unter dem Zeichen des „Nie wieder“ an universelle Ziele der Demokratie- und Menschenrechtserziehung geknüpft und war auf diese Weise ohne weiteres mit dem nationalen Narrativ vereinbar.

Diese Ausblendung der (Mit-)Täterschaft von Norwegern ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, als eine vom Parlament eingesetzte Kommission 1996/97 den Verbleib des enteigneten Eigentums der norwegischen Juden untersuchte und die Verstrickung sowohl offizieller norwegischer Stellen als auch norwegischer Privatleute ans Licht brachte.<sup>8</sup> Die damit einhergehenden öffentlichen Debatten stellten eine der bis dahin heftigsten Erschütterungen des nationalen Erinnerungskonsenses dar. Neben der Entschädigungsfrage wurde die Frage unumgänglich, ob das Schicksal der norwegischen Juden darauf verweist, dass die norwegischen Juden die „Anderen“ der norwegischen Nation waren. Hatte man sich für sie nicht zuständig gefühlt und hatte ihnen der nationale Widerstand und „Haltungskampf“ nicht gegolten?

Die Errichtung des Holocaust-Center ist ein Resultat des geschichtspolitischen Ringens um eine Entschädigung für die im Zweiten Weltkrieg aus Norwegen vertriebenen, verschleppten und ermordeten Jüdinnen und Juden und deren Nachkommen, in dem sich zunächst eine Minderheit gegen den politischen und historiografischen Mainstream durchsetzen musste. Die Eröffnungsfeier im August 2006 hingegen wurde in Form eines Staatsaktes vollzogen. In den Reden wurde jeweils ein Bogen von dem historischen Ereignis des „norwegischen Holocaust“ zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen geschlagen. Beispielhaft

8 Berit Reisel/Bjarte Bruland, *The Reisel/Bruland report on the confiscation of Jewish property in Norway during World War II: part of Official Norwegian Report 1997*; Bjørn Westlie, Oppgjør. I skyggen av Holocaust, Oslo 2002.

hierfür sind Ausschnitte der Rede des norwegischen Außenministers Gahr Støres: „Der Holocaust war keine Naturkatastrophe. Es waren von Menschen geschaffene Entsetzlichkeiten. Und die breiteten sich auch in unserem Land aus. Sie wurden von normalen Menschen ausgeführt mit normalem Leben. Das passierte während der deutschen Besatzung. Aber diejenigen, die die Deportation ausführten, diejenigen, die die Listen angefertigt haben, diejenigen, die die Reihen aufgestellt haben, diejenigen, die die Autos hinunter zum Hafen gefahren haben, das waren Norweger. [...] Gute Forschung soll die Vergangenheit erhellen. Sie soll aber auch zu einer viel schwierigeren Aufgabe beitragen – die Gegenwart zu erhellen und uns dabei helfen zu verstehen, was gerade heute passiert. Das brauchen wir. Denn die Tendenzen, die zum Holocaust geführt haben, sind nicht verschwunden. Sie zeigen sich und treten in Erscheinung, nehmen neue Formen an und treten an anderen Orten auf. Wir haben neue Ortsnamen auf einer dunklen Liste erhalten – wie Srebrenica, Ruanda, Darfur.“

Die Passagen zeigen, in welcher Weise diese neue, integrierende Sicht auf die Vergangenheit in ein außenpolitisches Profil einbezogen werden kann, das Norwegen bereits seit geraumer Zeit pflegt: das Profil einer kleinen, aber moralisch integren Nation, die zwischen verfeindeten Konfliktparteien vermitteln und als Anwalt der Menschenrechte auftreten kann.

Der Gestus, mit dem das Holocaust-Center als staatstragende Institution und sein Auftrag als im Einklang mit staatlicher Geschichtspolitik stehend gewürdigt wurde, spiegelte sich auch im Medienecho rund um die Eröffnung wider. Der Institution wird zugebilligt, eine zeitgemäße Version der nationalen Geschichte zu erzählen und somit zeitgemäße gesellschaftliche und nationale Werte zu repräsentieren. Das Holocaust-Center scheint eine Veränderung in der norwegischen Erinnerungskultur zu markieren, bei der es vor allem darum geht, dass Aspekte der Besatzungsgeschichte in das öffentliche Geschichtsbild integriert werden, die nicht mit der über Jahrzehnte hinweg vorherrschenden Geschichtserzählung von der „Nation im Widerstand“ vereinbar sind.<sup>9</sup> Es wird zu erforschen sein, in welcher

9 Für eine umfassendere Darstellung generationsspezifischer Deutungen der Besatzungsgeschichte in Norwegen vgl. Claudia Lenz, *Vom Widerstand zum Weltfrieden – der Wandel nationaler und familiärer Konsenserzählungen über die Besatzungszeit in Norwegen*, in: Harald Welzer (Hrsg.), *Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis*, Frankfurt a. M. 2007.

Weise das Wirken des Holocaust-Center die öffentliche Erinnerungskultur und das Geschichtsbewusstsein der Norweger im Hinblick auf diese allmählich aus dem kommunikativen Gedächtnis gleitende Zeitspanne beeinflussen wird.

## Die Erinnerung an Verfolgung und Deportation im norwegischen Narrativ

Im Rahmen des Projektes „Vergleichende Tradierungsforschung“ wurden in Norwegen von 2002 bis 2004 Mehrenerationen-Interviews in insgesamt 24 Familien in vier unterschiedlichen Landesteilen sowie vier Gruppendiskussionen durchgeführt, in denen die Teilnehmer jeweils der gleichen Alterskohorte angehörten. In beinahe allen Interviews wird das Thema Judenverfolgung und Holocaust erst auf Nachfrage der Interviewer angeschnitten. Die Ausnahme bilden einige Angehörige der Enkelgeneration, die gleich auf die einleitende Frage danach, was sie mit dem Zweiten Weltkrieg assoziieren, das Thema Holocaust nennen. Allerdings besteht hier in der Regel kein Bezug zu Norwegen, sondern der Holocaust erscheint eher als eine abstrakte Größe. Hier zeichnen sich deutlich die Folgen der medialen Rezeption des Holocaust sowie der vorherrschenden schulischen Geschichtsvermittlung ab: Die häufigsten Assoziationen zu diesem Thema verweisen auf Gedenkstättenbesuche. Auschwitz wird dabei in gewisser Weise zum „Ort des Holocaust“ schlechthin. Zum anderen werden Bücher und Filme genannt, hier allen voran „Das Tagebuch der Anne Frank“ und „Schindlers Liste“. Das Beispiel der Integration dieses Films in die historischen Deutungsmuster der Interviewten zeigt, dass ein populärer Kinofilm zum „Beleg“ für Deutungen werden kann, die mit der eigenen, familiären oder auch nationalen Geschichte zu tun haben. In einem Großteil der Interviews wird der Film mit dem Deutschenbild der betreffenden Person in Verbindung gebracht. Ein typisches Beispiel hierfür gibt Geir Barset, Angehöriger der Enkelgeneration:

Geir Barset: Dass da ein Deutscher war oder so, der alles tat, um viele zu retten. Ich weiß nicht ob das „Schindlers Liste“ war, aber ich glaube der war es.

I: Doch, der war das.

Geir Barset: Der war das, und der ist ja sehr gut. Zeigt, dass sich nicht alle Deutschen, äh, dieser Übermacht da beugten.

I: Ja, aber man weiß doch, dass es nicht so war.



Geir Barset: Nein. Und dass die meisten keine Wahl hatten, sozusagen, aber, aber dass die die Sache selbst in die Hand genommen haben und etwas machten, vielleicht. Sehr gut.

I: Ja. Das muss ja sehr ...

Geir Barset: Der konnte ja viel, viele retten.<sup>10</sup>

Das Deutungsmuster, wonach die Deutschen keine Wahl hatten, sondern selber Objekte, wenn nicht Opfer einer Übermacht waren, ist geeignet, das in der norwegischen Besatzungsgeschichte angelegte Feindbild der deutschen Besatzer zu modifizieren. Die implizite Verknüpfung mit der „eigenen“ Geschichtsschreibung liegt hier also nicht bei der Verfolgung der norwegischen Juden (diese wäre z. B. durch die Frage, ob es wohl in Norwegen vergleichbare Retter gegeben hat, hergestellt worden). So entsteht eine Vorstellung von Judenverfolgung und -vernichtung, die den Holocaust zunächst einmal an einem anderen Ort – in Deutschland und, vor allem, in Auschwitz – platziert.

Die Verfolgung der norwegischen Juden wird nur in sehr wenigen Interviews thematisiert. Den 18 Fällen, in denen das Thema zur Sprache kommt, stehen 73 gegenüber, die dem weiteren Themenfeld „Widerstand“<sup>11</sup> zugeordnet werden können, und 125 Geschichten, die die „Lebensbedingungen im Krieg“ und den „nachbarschaftlichen Alltag“ zum Inhalt haben. Zum Teil wird die Verfolgung der norwegischen Juden nur von der ersten Generation erzählt, scheint also nicht tradiert worden zu sein. Von den 18 erzählten Geschichten haben drei Viertel zudem einen rudimentären Charakter. Dies illustriert die folgende Interviewpassage:

Stig Grande: Und der Asbjørn, der heiratete Sara, damit sie die norwegische Staatsbürgerschaft bekommen sollte, damit sie sie nicht verhaften konnten, aber sie kam ins Frauengefängnis in Oslo, da blieb sie dann während des ganzen Krieges, aber ihre ganze Familie wurde ja vernichtet, und dann hatten wir die Bitzy, die sich versteckt hat, die sich im Krieg versteckt hat, sie wohnte, sie wohnte ja unten in der Prinsensgata, und sie kam ja während des Krieges zum

10 NF8E Barset 53–59, Kulturwissenschaftliches Institut Essen. Es handelt sich um Gespräche des Projekts „Vergleichende Tadierungsforschung“. N steht für Norwegen, die auf F folgende Zahl gibt die Familie an, der dann folgende Buchstabe die Generation bzw. den Interviewtyp (Z= Zeitzeuge, K= Kind, E= Enkel, FG= Familiengespräch). Die Zahlen am Ende verweisen auf die entsprechenden Absätze im Interviewtranskript.

11 Inkl. Geschichten zum Thema „Flucht und Exil“.

Vorschein, also daran kann ich mich gut erinnern, ja. Du lieber Himmel! Und dann hatten wir Kahn. Kahn in der Munkegata, es gab ja Juden, und die gingen ja zusammen mit mir auf die Halsettschule. Und dann das, das war ja massenhaft. Aber die verschwanden ja, wurden ja verhaftet.<sup>12</sup>

Stig Grande, der als junger Mann während der Besatzungszeit in Oslo lebte, erinnert sich an mehrere jüdische Personen, die ihm mit Namen und zum Teil mit den dazu gehörenden Geschichten in Erinnerung geblieben sind. Damit ist er eine Ausnahme unter den Interviewten. Die meisten Befragten berichten nicht von eigenen Begegnungen mit Juden, auch wenn sie in der Nähe von Städten wie Trondheim oder Oslo lebten, wo der größte Teil der jüdischen Bevölkerung wohnte, hier gingen Männer und Frauen ihren Berufen nach und hier besuchten ihre Kinder die Schule. In diesen Städten bestanden somit vielerlei Anlässe für Kontakte zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Bewohnern. Fraglich ist, ob die Tatsache, dass die Verfolgung und Deportation der norwegischen Juden in den meisten der befragten Familien offenbar kein Thema tradierter Erinnerungen darstellt, hauptsächlich das Faktum widerspiegelt, dass die Juden zum Zeitpunkt des Einsetzens der Verfolgung nicht in die norwegische Gesellschaft integriert waren,<sup>13</sup> oder das Verschwinden aus der Erinnerung eine nachträgliche Reaktion auf die schuldhafte Verstrickung norwegischer Akteure in die Deportation und auf das Wegschauen der Nachbarn und Zeugen ist.

Vieles spricht jedoch dafür, dass sich die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung nicht in das Schema von „guten Norwegern“ und „Verrätern“ fügt, das die nationale Geschichtsschreibung über die Besatzungszeit über Jahrzehnte hinweg dominiert und dessen Logik über Generationen hinweg das Geschichtsbewusstsein geprägt hat. Dieser Aspekt der Besatzungsgeschichte passt nicht in das Narrativ einer Nation im Widerstand, die sich gegen einen äußeren (die deutsche Besatzungsmacht) und einen inneren Feind (die Kollaborationsregierung) zur Wehr setzen musste und dadurch über soziale Gegensätze hinweg geeint wurde. Diese Einheit stiftende Vorstellung vom nationalen Zusammenhalt, der sich in Begriffen

12 NF9Z Grande, 135.

13 Per Ole Johansen, *Oss selv nærmest. Norge og jødene 1914–1943*, Oslo 1984; Trond Berg Eriksen/Håkon Harket/Einhart Lorenz, *Jødehat: antisemittismens historie fra antikken til i dag; med bidrag fra Terje Emberland og Izabela A. Dahl*, Oslo 2005, insbes. S. 401–420.

wie „Holdningskamp“ (Haltungskampf) und „Hjemmefront“ (Heimatfront) zeigt, scheint bei näherem Hinsehen nicht die norwegischen Juden zu umfassen. Das Ende der Aufzählung Stig Grandes, nämlich die Aussage, die Menschen, von denen er erzählt hat, seien irgendwann „einfach verschwunden“, ist typisch für eine Vielzahl von Äußerungen zu diesem Thema, vor allem in der Zeitzeugengeneration. Dieses „einfach verschwinden“ ist kennzeichnend für die meisten Geschichten, die von der norwegischen Judenverfolgung handeln. Worum geht es dabei? Wie be- und verhandeln die Angehörigen der unterschiedlichen Generationen dieses heikle Thema der nationalen Erinnerung in den Familien?

Das häufigste Motiv im Sprechen über die Judenverfolgung – sowohl bei denjenigen, die Kontakt zu Juden hatten, als auch bei denen, die keinen solchen pflegten – ist die Unwissenheit über das Ausmaß und die Vernichtungsabsicht der Judenverfolgung. Eine Variante dieses Motivs findet sich bei Astrid Andersen. Sie berichtet im Interview, dass sie in ihrer Schulzeit, die zum Teil noch in die Kriegszeit fiel, zwar etwas über die deutschen Kriegsverbrechen in Polen, nicht aber von der Judenverfolgung gehört habe. Von Auschwitz habe sie erst nach dem Krieg erfahren. Die Judenverfolgung in Norwegen wird von ihr gar nicht angesprochen.<sup>14</sup>

Eine andere Variante dieses Motivs besteht darin, dass Angehörige der ersten Generation zwar erzählen, dass sie mitbekamen, wie jüdische Bürgerinnen und Bürger „verschwanden“, dass sie jedoch keine Ahnung von deren weiterem Schicksal gehabt hätten. Diese Unwissenheit setzen auch viele Kinder und Enkel voraus – so wie der sehr gut informierte Eivind Gilhus, der davon berichtet, dass es in Norwegen traditionell einen starken Antisemitismus gegeben habe und dass in einer benachbarten Stadt eine jüdische Firma „arisiert“ worden sei, während er über seine Großmutter sagt, dass sie sicherlich „nicht besonders viel davon wusste“.<sup>15</sup>

Die Verfolgungsmaßnahmen, die sich in Norwegen gegen die dort lebenden Jüdinnen und Juden richteten, hatten tatsächlich den Charakter von „Blitzaktionen“. Nach der Konfiszierung der Radios gleich zu Beginn der Besatzungszeit schien eine systematische Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung auszubleiben. Die Registrierung der jüdischen Bevölkerung Anfang 1942 mag dementsprechend nicht als das drohende Vorzeichen aufgefasst worden sein, das sie eigentlich darstellte.

14 NF13Z, Andersen 161–167.

15 NF1E Ness, 16.

Zwischen der ersten Verhaftungswelle im Oktober und dem Beginn der Deportationen im November 1942 vergingen dann nur vier Wochen. Die Tatsache jedoch, dass es ca. 1000 norwegischen Juden gelang, mit Hilfe von Unterstützungsnetzen außer Landes zu fliehen, belegt wiederum, dass es möglich war zu begreifen, was vor sich ging, und dass Hilfe geleistet werden konnte.

Als Bestandteil eines Deutungsmusters wird der Topos der mangelnden Informationen jedoch dort interessant, wo er mit der Aussage verbunden wird, dass man so sehr „mit sich selbst“ beschäftigt gewesen sei und dies als Erklärung für das scheinbar unbemerkte und einfach hingenommene Verschwinden der norwegischen Juden herangezogen wird. Folgende Passage aus dem Interview mit Gry Knutsen ist kennzeichnend für die Haltung vieler Angehöriger ihrer Generation:

Gry Knutsen: Woran ich denke, es gab einen Palek, ist ganz wichtig, und er war ... er war ein guter Bekannter von einem meiner Onkel. Und wir kauften in seinem Geschäft ein. Und dann bekam ich mit, dass er verhaftet worden war und seine Familie.

I: Er hatte ein Geschäft in Trondheim?

Gry Knutsen: Hier in Trondheim, ja. Es gab ja in H. nicht so besonders viele Geschäfte, weißt du. Wie es, wie es dort [in Trondheim ] gab. Also fuhren wir in die Stadt, um zu versuchen, ein paar Sachen zu bekommen. Aber es war schwierig, Kleidung und so was zu bekommen.<sup>16</sup>

Zwar steht die persönliche Erinnerung hier mit der Judenverfolgung in Verbindung, allerdings verweilt die Sprecherin nicht dabei, sondern wechselt rasch zum Thema des eigenen Kriegsalltags. Nach dieser Passage taucht das Thema Judenverfolgung in dem Interview nicht wieder auf.

Dieser Wechsel von der Judenverfolgung zu den „eigenen Problemen“ findet sich häufiger in den norwegischen Interviews, so auch bei Familie Karlsen. Das Stichwort der Judenverfolgung fällt im Familiengespräch im Anschluss an eine Sequenz, in der man sich darüber einig wurde, dass nicht alle deutschen Soldaten freiwillig Besatzer waren, sondern Befehlen gehorchen mussten. Die Frage der Interviewerin löst folgenden Dialog aus:

Anita Karlsen: Aber mit den Juden, wir hatten hier in N. doch keine ... oder kennst du welche?

16 NF7Z Knutsen, 218–220.

Siri Karlsen: Nein.

Anita Karlsen: Nein. Ich habe auch nie davon gehört.

Grete Karlsen: Habe auch nie von solchen Geschichten gehört.

Siri Karlsen: Also das waren furchtbare Sachen.

Anita Karlsen: Ja das war wirklich furchtbar, aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich von welchen gehört hätte, die aus N. verschickt worden wären.

Siri Karlsen: Oh nein, hier haben keine Juden gewohnt, weißt du.

Anita Karlsen: Gab es nicht, nein.

Siri Karlsen: Nicht dass ich wüsste.

Anita Karlsen: Und du kanntest im Wesentlichen alle, die man kennen konnte.

Siri Karlsen: Ja.

Grete Karlsen: [Lacht]

Anita Karlsen: Das waren keine größeren ...

Siri Karlsen: Also es gab keine ...

Anita Karlsen: Ach nein (Pause), es ging viel um die Sache mit dem Essen.<sup>17</sup>

Indem sich Mutter, Tochter und Enkelin mehrfach gegenseitig bestätigen, dass es in ihrer Stadt keine Juden gab, versichern sie einander, dass man überhaupt nichts mitbekommen konnte von jenen „furchtbaren Sachen“, die Großmutter Grete vage andeutet. Diese Sequenz stellt somit ein vorzügliches Beispiel dafür dar, wie im Gespräch zwischen den Generationen durch „leeres Sprechen“, also durch Aussagen, die inhaltlich diffus und uneindeutig sind, ein Deutungskonsens hergestellt wird: Die Judenverfolgung gehört nicht zu den eigenen Angelegenheiten. Auch hier wendet man sich dann schnell dem Alltagsthema zu, ohne später noch einmal auf den Holocaust zu sprechen zu kommen.

Das Deutungsmuster, wonach man mit sich selbst zu tun gehabt habe, verweist darauf, dass die norwegischen Juden als Fremde und nicht als Angehörige der nationalen Gemeinschaft betrachtet wurden und werden. In der nationalen Notsituation, so die mitschwingende Rechtfertigung, habe man sich eben nicht auch noch um das Schicksal dieser Außenstehenden kümmern können. Zumeist bleibt es bei der Äußerung dieses nicht Zuständigseins. In den Fällen, wo Erklärungen für den Ausschluss der Juden versucht werden, schwingen z. T. deutliche antisemitische

17 NF6 Karlsen 106–122.

Haltungen mit. Ein Beispiel dafür ist die folgende Aussage eines Angehörigen der Zweiten Generation:

Finn Solstad: Woran ich mich am besten erinnere, seit ich sozusagen begonnen habe, jedenfalls als Junge, das war sozusagen, ich glaube die Leute waren am meisten damit beschäftigt, wie sie selbst klar kommen sollten. Das war das große, und du wusstest das natürlich, dass die Judenverfolgung und solche Dinge passiert waren, nicht wahr. Aber wir wussten sehr wenig darüber, was diese Juden getrieben haben, nicht wahr, vielleicht war das etwas, das – also so habe ich das damals aufgefasst – vielleicht war das ein Volksschlag, der nicht so gut war [...].<sup>18</sup>

So offen wie in diesem Interview werden negative Bewertungen der norwegischen Juden allerdings sonst nicht formuliert. Häufiger hingegen finden sich die üblichen Stereotypisierungen, z. B. von den Juden als Händlern oder Geschäftsleuten, die Neid auf sich gezogen hätten. Zwar wird dies stets in einer so verallgemeinerten Form formuliert, dass der Sprecher oder die Sprecherin sich davon distanzieren. Dennoch bleibt als Deutungsmuster festzustellen, dass „die Juden“ von „den Norwegern“ beneidet wurden und dem „Wir“ der norwegischen Nation nicht zugerechnet werden.

Eine andere Spielweise antisemitischer Untertöne findet sich in den Gegenwartsbezügen, die sich in einer ganzen Reihe von Interviews an das Gespräch über die Judenverfolgung anschließen. Dies gilt in besonderer Weise für Bezugnahmen auf den Nahostkonflikt. Kåre Nybol zieht eine solche typische Verbindungslinie:

Kåre Nybol: Und dann war es ja auch so, dass die Juden ihrerseits auch nicht ganz in Ordnung waren, sozusagen. Das mit dem Zionismus und den feindseligen Haltungen gegenüber den Palästinensern und den Arabern war ja auch schon im Krieg ein bekanntes Phänomen. Wofür es in Norwegen auch nicht nur Begeisterung und Applaus gab. Damals. Also die Juden waren im Grunde nicht ganz in Ordnung. In, in gewisser Weise, aber ohne dass es da ein, ein Gefühl gab, dass man das bestrafen müsste oder dass man ihnen etwas besonders Schlimmes antun müsste, das Gefühl hatte ich nie.<sup>19</sup>

Hier treffen wir Gaarders Argumentationsmuster wieder, durch das zum einen im Lichte des Nahostkonflikts der Holocaust relativiert wird und zum anderen eine

18 NF2K Solstad, 15–16.

19 NF8Z Nybol, 371.

ahistorische, gleichbleibende Vorstellung von „den Juden“ entworfen wird: damals wie heute haben „die“ sich nicht anständig verhalten. So formuliert z. B. Trine Hansen, eine Angehörige der zweiten Generation, dass „wir trotz all dem mit den sechs Millionen Juden nicht alles akzeptieren können, was da unten in Nahost passiert“.<sup>20</sup> Die Grenzen zwischen den verfolgten norwegischen Juden, den gegenwärtigen Repräsentanten israelischer Politik und „den Juden“ überhaupt sind in manchen Fällen fließend. Die implizite Gleichsetzung aller Juden zu allen historischen Zeiten und die damit verbundene Opfer-Täter-Umkehr wiederum sind deutliche Indikatoren antisemitischer Deutungsmuster. Jostein Gaarder, scheint seinen Artikel in der Überzeugung verfasst zu haben, darin mit „Volkes Stimme“ („Wir“) zu sprechen.

## Der Holocaust als Gegenstand des Geschichtsbewusstseins in der Enkelgeneration

Im September 2004 wurde an der Universität Oslo ein Gruppeninterview mit Studierenden eines politikwissenschaftlichen Master-Studienganges mit dem Schwerpunkt „Menschenrechte“ durchgeführt. Die Befragten waren alle nach 1974 geboren. Die Gruppe bestand aus sechs Personen (drei Frauen und drei Männern, deren Altersdurchschnitt zum Zeitpunkt des Interviews bei 28 Jahren lag). Der Gruppe wurden insgesamt fünf Bilder vorgelegt, wobei es sich bei vier Bildern um „Ikonen“ des Vernichtungs- und Bombenkrieges handelte, Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, die Eingang in das europäische Bildgedächtnis gefunden haben und bei den Studierenden dann auch einen hohen Wiedererkennungswert hatten. Das fünfte Bild hingegen zeigte ein Schaufenster mit folgender auf Norwegisch verfassten antijüdischen Schmiererei: „Jøder tåles ikke i Norge. Palestina kaller!“ („Juden werden in Norwegen nicht geduldet. Palästina ruft!“) Die spontanen Assoziationen der Gruppenmitglieder auf die ersten vier Bilder verwiesen darauf, dass diese über ihren historischen Kontext hinaus in einem verallgemeinerten Bedeutungsfeld verortet wurden: Krieg, Menschheitsverbrechen, Völkermord. Von der Thematisierung des Holocaust zur aktuellen Menschenrechtsproblematik bestand ein gleitender Übergang.

20 NF16FG Hansen, 78.

Die Dynamik des Gesprächs veränderte sich allerdings, als das Bild mit der antijüdischen Parole betrachtet wurde. Dieses Bild war Gegenstand von zwei längeren und intensiven Gesprächssequenzen, in denen sich zunächst der Versuch vollzog, das Abgebildete in die Kontexte des historischen Wissens und des „Lexikons“ der Geschichtskultur einzuordnen. Zunächst musste das Bild zeitlich zugeordnet und mit den Bruchstücken von Wissen über Judenverfolgung in Norwegen zusammengebracht werden. Mark stellte fest, dass dieser Aspekt des Zweiten Weltkrieges in Norwegen eben nicht zu den immer wieder genannten Bestandteilen norwegischer Geschichtsvermittlung gehört:

Mark: Aber es ist ganz klar dieses Bild, das mir am beunruhigendsten vorkommt ... Denn es ... die anderen sieht ... an die anderen ist man gewissermaßen ... gewöhnt. Das ist sozusagen ein Teil von dem, was wir, ich jedenfalls [Zustimmung] mit dem Zweiten Weltkrieg verbinden, ja und das sind ja so typische Zweite-Weltkriegs-Bilder, ja so was. Die sind, das ist ... so eine repräsentative Auswahl von dem, was man mit dem Zweiten Weltkrieg verbindet ... während das hier eher durch die Hintertür kommt. Das ist so was, was man, das nicht ja, denn es geht uns ... als Norweger an, und weil das ein Teil, es ist, es ist, solche Bilder sind nicht, ja, üblich in norwegischen Schulbüchern.

Iris: Das trifft uns ... vielleicht?

Mark: Ja ... ein Teil der Wirklichkeit, der ... ein bisschen verdrängt wurde, also (Iris: Ein bisschen unangenehm!). Ja, also man will nicht, ja, man will nicht darüber sprechen ... wie ... als man dabei geholfen hat, die Juden raus zu bekommen, es ging mehr um diejenigen, die ... den Juden dabei geholfen haben hier zu bleiben, ja.<sup>21</sup>

Diese „Beunruhigung“, die Mark äußert, steht im Kontrast zu dem souveränen Umgang mit Wissens-elementen und Assoziationen, die die anderen Bilder hervor-rufen. Es zeigt sich, dass dieses Bild mit den antijüdischen Parolen die Gruppe in einen Bereich jenseits der sicheren Deutungen und positiven Identifikations-möglichkeiten der eigenen, norwegischen Geschichtskultur befördert. Hier geht es nicht um Heldentum, sondern um Täterschaft oder „Bystander“. Offenbar wird hier der Kern des in die Besatzungsgeschichte eingeschriebenen nationalen Selbstverständnisses berührt. Die Gewissheit, dass die eigenen Vorfahren „das Richtige“ getan haben, die durch die „Basisnarration“ der Nation-im-Widerstand vorhanden zu

21 NG4, 79–81.



sein schien, wird angesichts des Schicksals der norwegischen Juden fragwürdig. Iris' Aussage „das trifft uns“ – die sofort durch ein „vielleicht“ eingeschränkt wird, kann folgendermaßen interpretiert werden: Das selbstsichere Verhältnis zur herrschenden Geschichtskultur wird irritiert, und die Einzelnen müssen sich neu zur Vergangenheit ins Verhältnis setzen und eigene Deutungen finden. Elin fragt angesichts dieser Leerstelle, für wen die Widerstandsbewegung eigentlich gekämpft habe:

Elin: Da gibt es so einen Gap [engl. i. O.] zwischen der Widerstandsbewegung, wie die dargestellt wurde und ... ja, wie die Situation der norwegischen Juden dann war, denn das ist ja so eine Heldendarstellung [Schnauben] der Widerstandsbewegung ... aber es wirkt ja so, als ob die Widerstandsbewegung ... Also wenn man ... Antifaschist war, oder wenn man gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat, dann kämpfte, ich habe den Eindruck, dass man zu allererst gegen die Besatzung gekämpft hat ... und dass sozusagen die Judenverfolg, die Judenverfolgung eigentlich kein Teil davon war.<sup>22</sup>

Daniel führt den Gedanken weiter und spitzt ihn auf die Infragestellung der lange Zeit vorherrschenden Unterscheidung von „guten Norwegern“ und „Verrätern“ zu:

Daniel: [...] es gab ja sogar einige Widerstandsleute, die ... teilnahmen an ... unter anderem war es so, dass es Widerstandsleute gab, die ... bei der Polizei waren ... die teilgenommen haben an ... einigen der Aktionen ... aber die für die Widerstandsbewegung arbeiteten, aber die meinten, dass ... die Verfolgung der Juden weniger wichtig war als die Besatzung als solche ... und die deshalb sogar an der Deportation der Juden teilnahmen [...] Also es hätte ... mindestens eine politische Möglichkeit gegeben, den Antisemitismus, wenn man den Begriff überhaupt so verwenden kann ... nach dem Krieg in die Landesverratsprozesse mit hineinzunehmen.<sup>23</sup>

Das Thema der Judenverfolgung wird hier gewissermaßen zum „Testfall“ der widerstandsdominierten Basiserzählung. Die Widerstandshelden der Großeltern-generation und der Prozess der Aufarbeitung nach 1945 geraten ins Zwielficht. Eine solche Perspektive wird erst seit den 1990er-Jahren vermehrt in der historischen Forschung wie auch in öffentlichen Debatten eingenommen.<sup>24</sup> Für die gut

22 NG4, 102.

23 NG4, 116.

24 Stein Uglevik Larsen, *Ikrigens kjølvan. Nye sider ved norsk krigshistorie og etterkrigstid*, Oslo 1999.

informierten Teilnehmer der hier untersuchten Gruppendiskussion gehören diese kritischen Einwände jedoch durchaus in ihr Geschichtsbild – auch wenn sie offensichtlich noch keineswegs gefestigte Bestandteile im Inventar des Geschichtsbewusstseins sind. Die kritische Distanz gilt möglicherweise dem Bild des einenden nationalen Widerstandskampfes überhaupt. Anders als für viele Angehörige der 1. Generation stellt es für Daniel offenbar nicht seine eigenen Grundwerte in Frage, wenn er einräumt, dass die Widerstandsbewegung vielleicht nicht „im Namen der gesamten Bevölkerung“ gekämpft hat, sondern dass der jüdische Teil dieser Bevölkerung eine, wenn überhaupt, untergeordnete Rolle gespielt haben könnte.

Die Thematik beschäftigt die Gruppe weiter. Das Gespräch dreht sich schließlich darum, ob und in welchem Ausmaß es in Norwegen vor und während der deutschen Besatzung Antisemitismus gegeben habe, und es wird ein Vergleich mit der derzeitigen (restriktiven) norwegischen Flüchtlings- bzw. Einwanderungspolitik gezogen. Dies mündet in der Frage, ob es heute in der norwegischen Gesellschaft geduldet würde, wenn eine Gruppe dort lebender, als „fremd“ erachteter Menschen in den Tod deportiert würde.

Mark: Aber es ist eigentlich, aber was ... das was ... was ein bisschen schwierig ist, wenn man darüber nachdenkt, dann ist es vielleicht nicht so, kein so großer Unterschied ... dazu, ... dazu, dass die meisten Norweger heute ein schwieriges Verhältnis zu Menschen haben, die aus ... ja, lass uns sagen aus Somalia kommen ... dann würde das vielleicht begeistert aufgenommen, wenn das Problem, ja, also ,gestern wurden alle Somalier in Norwegen auf einem Boot woan ... woanders hin verschifft' ... ja, okay, die meisten zucken die Schultern und sagen, dass das gar kein Problem ist.

Jan: Genau, das ist es vielleicht [Husten] genau das, ... was auch mit den Juden passiert ist? Dass sie, ja genau das, das war so ein Fremdkörper, also ... also als die verschwanden, ja dann, das ging uns nichts an.<sup>25</sup>

Interessant an Marks Aussage ist, dass die norwegischen Juden durch den Vergleich mit heutigen Einwanderern und Flüchtlingen ebenfalls als „Fremde“ und eben nicht als Angehörige der eigenen Gesellschaft konstruiert werden. Im selben Moment, in dem eine politisch korrekte und kritische Übertragung von der Besatzung auf heutige rassistische Praxis erfolgt, wird die vorherrschende Sicht

25 NG4, 89–90.

der Großelterngeneration auf die jüdischen Mitbürger implizit übernommen. Die Verantwortlichkeit der Großeltern gegenüber der Verfolgung und Ermordung der norwegischen Juden wird schließlich implizit in der folgenden Sequenz verhandelt, als Iris betont, dass die Situation während der Besatzung mit der heutigen unvergleichbar sei (und die kritischen moralischen Maßstäbe damit vielleicht nicht ganz anwendbar sind). Hier schwingt ein Deutungsmuster mit, das die Volkskundlerin Anne Eriksen als zentral für den mythischen Status der Besatzerinnerungen erachtet: Die Klassifizierung dieser fünf Jahre als vollkommener Ausnahmezustand, als „dunkle Klammer“ mit eigenen Gesetzmäßigkeiten.<sup>26</sup> Es habe damals „diesen Druck“ gegeben: „du konntest nichts dagegen sagen, du wärst ins Gefängnis gekommen und so“. Dies wird von Jan bestätigt, und Mark fügt hinzu, dass man damals sicher nicht gewusst habe, „was mit den Juden passiert“. Die beiden Momente der Terrorandrohung durch ein diktatorisches Regime und der Unwissenheit sind aus den deutschen Entlastungsdiskursen sehr bekannt.

Dieser Teil des Interviews hat verdeutlicht, welche Irritationen das Bild, mit dem antijüdische Haltungen und damit indirekt die Judenverfolgung in Norwegen thematisiert wurden, im Gegensatz zu den anderen ausgelöst hat. Während jene eine Kette von Assoziationen hervorrufen, die nur kurz in den Raum geworfen und von den anderen bestätigt werden, entsteht hier eine kurze Deutungsunsicherheit. Es zeigte sich aber auch, dass die Gesprächsteilnehmer zum Teil recht schnell wieder auf die Deutungs- und Interpretationsrahmen zurückgreifen konnten, mit denen sie sich als kritische Experten der Materie positionierten. Was bleibt, ist eine Spannung zwischen dieser (mythen)kritischen Sicht auf die Besatzungs-Geschichtsschreibung und das offenbar bestehende Bedürfnis, die Generation der Großeltern nicht als Antisemiten und Menschen dastehen zu lassen, die der Deportation und Ermordung ihrer Mitbürger gleichgültig zugesehen haben.

Die Jugendlichen, die heute die norwegischen Schulen besuchen, gehören allesamt nicht mehr der Enkel-, sondern bereits der Urenkelgeneration an. Dies bedeutet, dass die Schwelle von der kommunikativen zur ausschließlich kulturellen Tradierung<sup>27</sup> der Geschichte der deutschen Besatzung und des Holocaust bald

26 Anne Eriksen, *Det var noe annet under krigen. 2. verdenskrig i norsk kollektivtradisjon*, Oslo 1995, S. 23 ff.

27 Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999.

überschritten sein wird. Die folgenden zwei Zitate, die wiederum einem Einzelinterview mit einer Angehörigen der Enkelgeneration entnommen wurden, verdeutlichen jedoch die enorme Bedeutung der Zeitzeugen für eine empathische Annäherung an das so schwierige Thema der Verfolgung der norwegischen Juden. Die 1988 geborene Mari Knutsen äußert sich im Hinblick auf die Vermittlung des Themas im Unterricht widersprüchlich: Auf der einen Seite sagt sie, dass das Thema nicht sehr ausführlich behandelt wurde, auf der anderen Seite stellt sie fest: „Das ist eigentlich ungefähr das Gleiche, das immer wiederholt wird“,<sup>28</sup> und zählt dann auf, was aus dem Unterricht hängen geblieben ist:

Mari Knutsen: Dass es Judenverfolgung gab und dass die in Konzentrationslager gekommen sind und so, weil die Deutschen meinten, dass sie nicht gut genug wären. Die waren eine andere Rasse. Und dass die in Konzentrationslagern vergast wurden. Oder zuerst, oder viele von denen mussten arbeiten und so, in den Konzentrationslagern, und dann wurden sie vergast.<sup>29</sup>

Der Kommentar, dass es „immer das Gleiche“ sei, und die wenig engagierte Auflistung der Wissens Elemente (die jedoch ohne Bezug auf die norwegische Judenverfolgung sind) scheint eine Grundproblematik der pädagogischen Vermittlung dieser Thematik anzuzeigen. Es geht um die Schwierigkeit, dass weder eine kognitive noch eine empathische Annäherung an diese unvorstellbaren Verbrechen ihrem Gegenstand je wirklich „angemessen“ zu sein scheinen, weil Erstere die Ereignisse in abstrakte Ferne rücken und Letztere emotional überfordernd sein kann. Die normative Aufladung der Thematik, die Forderung, „betroffen zu sein“ und „die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen“, führt regelmäßig zu Abwehrreaktionen bei Schülern.

In dieser Situation stellt die Zeitzeugenbegegnung offenbar einen Weg dar, um das Unvorstellbare und Abstrakte an eine konkrete, erfahrbare Person und deren Geschichte zu knüpfen. Was nicht nur ein generelles Interesse für die Thematik des Holocaust ermöglicht, sondern das Thema zudem in die eigene nationale oder lokale Geschichte einbindet. Dies zeigt der Bericht von Erik Michaelsen:

Erik Michaelsen: Ich habe ... als ich in meiner Lehrerausbildung war, da gab es einen Juden aus Trondheim, der erzählte seine Geschichte, und das hat einen

28 NF7E Knutsen, 166.

29 NF7E Knutsen, 168.

starken Eindruck hinterlassen. Und alle sind hinterher aufgestanden und haben geklatscht für all das was er durchgemacht hat.<sup>30</sup>

Dieser Schilderung folgt die recht detaillierte Wiedergabe einer Episode aus der Verfolgungsgeschichte des Zeitzeugen. Deutlich ist, dass bei diesem Angehörigen der Enkelgeneration die direkte Begegnung mit einem Überlebenden des Holocaust einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat, wovon in dem Zitat von Mari Knutsen nicht die Rede sein kann. In einer Situation, in der immer mehr Angehörige der Zeitzeugengeneration sterben, wirft dies Fragen auf: Welche Medien und Vermittlungsweisen können in der Lage sein, diesen Übergang von der kommunikativen zur kulturellen Tradierung zu leisten und der jüngeren Generation die Tatsache nahezubringen, dass der Holocaust nicht in einem „mythischen“, entorteten Raum, sondern – unter anderem auch – in dem Land stattgefunden und in der Gesellschaft Spuren hinterlassen hat, in der sie leben?

## Fazit

Die Geschichte der Verfolgung und Ermordung der norwegischen Juden stellt einen der schwierigsten Aspekte der norwegischen Besatzererinnerung dar. Es geht dabei nicht um die Täterschaft der „Anderen“ (der deutschen Besatzer und der norwegischen Verräter), sondern die aktive Beteiligung und das Wegschauen der „guten Norweger“ geraten in den Blick. Die Ergebnisse der norwegischen Teilstudie des Forschungsprojektes „Vergleichende Tradierungsforschung“ zeigen, dass das norwegische Kapitel des Holocaust im Geschichtsbewusstsein weiter Teile der Bevölkerung bis 2004 nicht integriert war. Dies war trotz der durch alle Generationen hindurch feststellbaren, insbesondere jedoch in der dritten Generation verbreiteten Kenntnisse über den Holocaust der Fall. Man könnte sagen, dass das Bewusstsein um den Holocaust zum Zeitpunkt der Studie von einer gewissen „Exterritorialisierung“ geprägt war.

Die fehlende Aufmerksamkeit für die Verfolgung der norwegischen Juden in der öffentlichen Erinnerung findet offensichtlich einen Widerhall im Privaten, wo die norwegischen Juden als wenig gekannte und zuweilen beargwöhnte „Andere“

30 NF22 E2 Michaelsen, 59.

der eigenen nationalen Gemeinschaft positioniert werden. All die im nationalen Selbstbild tief verankerten Werte der Toleranz und verpflichtenden Mitmenschlichkeit werden im hier untersuchten Material nur in Ausnahmefällen auf diese Gruppe und ihr Schicksal bezogen. Die gleichen Werte können jedoch gleichzeitig die Grundlage einer Verurteilung „der Juden“ schlechthin angesichts des Nahostkonflikts bilden. Zuweilen geht dies soweit, dass aktuelle Ereignisse gegen den Holocaust aufgerechnet werden. Womit einige der zentralen Argumentationsmuster beschrieben sind, die auch den Artikel Jostein Gaarders kennzeichnen.

Dass die Auseinandersetzung mit diesem Aspekt der Besatzungsgeschichte, der sich nicht in (selbst-)sichere Deutungs- und Identifikationsmuster fügt, allerdings auch in sehr produktiver Weise verstörend sein kann, hat die Analyse der Gruppendiskussion mit norwegischen Studierenden gezeigt. Offenbar kann die Irritation als sicher erachteter Narrative auch zur kritischen Überprüfung scheinbar sicherer Bewertungsmuster – sowohl in Bezug auf die Vergangenheit als auch auf die Gegenwart – führen.

Es stellt sich also die Frage, wie eine Vermittlung dieses Abschnitts der norwegischen Geschichte der Jahre 1940 bis 1945 aussehen kann, wenn sie Empathie und kritische Reflexion vereinen soll. Eine Geschichtsvermittlung, die einerseits genügend Identifikationsmöglichkeiten bietet, um Interesse für unterschiedlichste historische Akteure zu wecken, also auch für jene, die als „Andere“ der nationalen Gemeinschaft positioniert wurden, und die darüber hinaus aber auch einen (selbst)reflexiven „Stolperstein“ im Hantieren mit den Kategorien des Eigenen und Fremden darstellen kann. Eine Geschichtsvermittlung dieser Art würde larmoyant-selbstgerechten Verurteilungen Israels und „des jüdischen Volkes“ im Stile Jostein Gaarders vielleicht die Akzeptanz entziehen, die ihm – zumindest bei der Mehrheit der „Blogger“ der großen norwegischen Tageszeitungen – im Sommer 2006 noch entgegengebracht wurde.

## „Was in Israel abläuft, finde ich auch nicht okay ...“

### Antisemitismus in Gruppendiskussionen mit Schweizerinnen und Schweizern

Als prominente Schweizer Politiker im Zusammenhang mit den Debatten um nachrichtenlose Vermögen und Geldtransaktionen zwischen der Schweizerischen Nationalbank und NS-Deutschland zu antisemitischen Argumentationen wie „den Juden geht es nur ums Geld“,<sup>1</sup> bzw. bei den Entschädigungsforderungen seitens jüdischer Organisationen handle es sich um „Erpressung“,<sup>2</sup> griffen, wurde dies in der Schweiz fast durchweg als „Entgleisung“ interpretiert.<sup>3</sup> Die Welle antisemitischer Äußerungen in der Öffentlichkeit, mit denen auf die internationale Kritik am dominierenden Geschichtsbild von der moralisch überlegenen, neutralen Widerstandsnation reagiert wurde,<sup>4</sup> änderte im Rückblick nur wenig am Umgang mit dem Phänomen des Antisemitismus in der Schweiz. Bis heute wird Antisemitismus als etwas „Unschweizerisches“, allenfalls als ein Problem des Rechtsextremismus betrachtet. Obwohl aktuelle Meinungsumfragen eine Präsenz antisemitischer Weltbilder bei mindestens einem Viertel der Bevölkerung belegen,<sup>5</sup> findet insbesondere

1 Der damalige Nationalrat Christoph Blocher, der diese Äußerung am 1. März 1997 in einer Rede machte, wurde 2003 in den Bundesrat gewählt. Vgl. Georg Kreis, *Judenfeindschaft in der Schweiz*, in: *Jüdische Lebenswelt Schweiz*, Zürich 2004, S. 437.

2 Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz in einem Interview, in: *Tribune de Genève* vom 31. 12. 1996.

3 Birgit R. Erdle/Daniel Wildmann, *Die Macht, das Geld und die Juden*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1 (1998), S. 154.

4 Vgl. Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (Hrsg.), *Antisemitismus in der Schweiz. Ein Bericht zu historischen und aktuellen Erscheinungsformen mit Empfehlungen für Gegenmaßnahmen*, Bern 1998.

5 Einer Nationalfonds-Studie zufolge sind 18 % der Schweizerinnen und Schweizer der Meinung, Jüdinnen und Juden hätten in der Schweiz zu viel Einfluss; 24 % vertreten die Auffassung, Jüdinnen und Juden seien mitschuldig an ihren Verfolgungen. Vgl. Sandro Cattacin/Brigitta Gerber/Massimo Sardi/Robert Wegener, *Monitoring rightwing extremist attitudes*,

eine Auseinandersetzung mit dem alltäglichen Antisemitismus breiterer Bevölkerungsschichten kaum statt.<sup>6</sup>

Eine Leerstelle blieb der Antisemitismus auch in den öffentlichen Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg – und das bis heute. Zwar ist einiges in Bewegung geraten seit 1989, als man in der Schweiz die 50 Jahre zurückliegende Mobilmachung der Schweizer Armee und damit den Kriegsbeginn als Auftakt zu einer nationalen Bewährungsprobe noch hoch offiziell zum Anlass für ein großes nationales Fest – den sogenannten Diamant-Feiern – nahm. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich viele Schweizerinnen und Schweizer als „ein von Gott auserwähltes Volk“ gesehen, das „dank Opfermut, einer klugen Regierung und einer starken Armee die Kriegszeit aus eigenen Kräften überlebt, die Souveränität des Staates und die immerwährende Neutralität bewahrt sowie die Traditionen der humanitären Dienste aufrechterhalten habe“.<sup>7</sup> Für die Shoah und die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik war im Rahmen dieses Geschichtsbildes kein Platz; der Historiker Thomas Maissen hat dabei treffend von „Verweigerter Erinnerung“ gesprochen.<sup>8</sup>

Im Laufe der 1990er-Jahre rückten jedoch bis dahin gerne verschwiegenen Kapitel der Schweizer Geschichte zusehends ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit: Neben den zahlreichen wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Dritten

xenophobia and misanthropy in Switzerland. An explorative study. Research report – PNR 40+, Geneva 2006. Die Ergebnisse einer 2007 erschienenen Studie zu Antisemitismus sind noch besorgniserregender: Hier sind es u. a. 43 %, die glauben, dass die jüdische Bevölkerung die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wachhält, um daraus Vorteile zu ziehen, 29 % sind der Auffassung, dass die Schweiz wegen ihrer Politik im Zweiten Weltkrieg von jüdischen Organisationen erpresst worden sei. Zur Einstellung gegenüber Israel vgl. Fußnote 43. Claude Longchamp/Monia Aebersold/Stephan Tschöpe/Silvia Ratelband-Pally, Kritik an Israel ist nicht deckungsgleich mit antisemitischen Haltungen. Schlussbericht zur Studie „Anti-jüdische und anti-israelische Einstellungen in der Schweiz“, Bern 2007.

- 6 Christina Späti, Kontinuität und Wandel des Antisemitismus und dessen Beurteilung in der Schweiz nach 1945, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 4 (2005), S. 419–440; dies., Die schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991, Essen 2006.
- 7 Urs Altermatt, Katholizismus und Antisemitismus. Mentalitäten, Kontinuitäten, Ambivalenzen. Zur Kulturgeschichte der Schweiz 1918–1945, Frauenfeld/Stuttgart/Wien 1999, S. 21.
- 8 Thomas Maissen, Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und Schweizer Weltkriegsdebatte 1989–2004, Zürich 2005.



Reich, der Funktion der Schweiz als Drehscheibe für den Devisenhandel, den Profiten der Rüstungsindustrie, den Geschäften mit Raubgold und dem Umgang mit den Vermögen von Opfern ist es insbesondere auch die restriktive Handhabung der von Verfolgung und Vernichtung bedrohten jüdischen Flüchtlinge an den Schweizer Grenzen, die dem gehegten Bild von der Schweiz als unbeteiligter Zuschauerin und moralisch überlegener Widerstandsnation deutlich widerspricht.<sup>9</sup>

Obwohl jedoch sowohl die von Regierung und Parlament 1996 eigens zur Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg eingesetzte „Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg“ (UEK) als auch verschiedene Studien zeigen konnten, dass antisemitische Motive in der damaligen Flüchtlingspolitik eine zentrale Rolle spielten, findet eine Auseinandersetzung mit diesem Aspekt der damaligen Politik in der Öffentlichkeit bis heute kaum statt. Nach wie vor wird die Zurückweisung Zehntausender von verfolgten Jüdinnen und Juden – oft im Wissen um das ihnen drohende Schicksal – vorwiegend als bedauerlicher Fehltritt einer insgesamt humanitären Grundhaltung interpretiert. Deutlich wird dies nicht zuletzt in den gegenwärtigen Asyldebatten, in denen der Rekurs auf die „humanitäre Tradition“ der Schweiz weiterhin ein gängiges Argument ist. Was dabei aus dem Blickfeld gerät, sind die historischen Kontinuitäten und strukturellen Zusammenhänge, innerhalb derer diese „Fehlritte“ zu verorten sind. Shulamit Volkovs These, dass die alte, zählebige Tradition der europäischen Antipathie gegenüber den Juden „überall in Europa die Zuschauer vorbereitet [habe], die es einfach vermieden, die Realität des Holocaust mitten unter ihnen zu sehen“,<sup>10</sup> erfährt gerade in der Schweiz ihre Gültigkeit. Bereits in den Jahrzehnten vor dem Krieg wurde in der Schweiz eine Bevölkerungspolitik betrieben, die auf einer xenophob-antisemitischen Abwehrideologie basierte und im Zuge derer systematisch gegen „Überfremdung“ und insbesondere die „Verjudung“ der Schweiz gekämpft wurde.<sup>11</sup> Maßnahmen wie

9 Angesichts der Bedeutung, die rechtliche und moralische Fragen von Restitution und Wiedergutmachung auf internationaler Ebene seit 1989 erhielten und in deren Zusammenhang insbesondere dem Holocaust als zentralem Bezugspunkt ein besonderer Stellenwert zukommt, wäre eine Fortsetzung der bisherigen helvetozentrischen Vergangenheitspolitik auch nur unter erheblichem Verlust an politischer Glaubwürdigkeit möglich gewesen.

10 Shulamit Volkov, *Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays*, München 2000, S. 74.

11 Patrick Kury, *Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1990–1945*, Zürich 2003.

der 1938 unterbreitete Vorschlag des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, zum Zwecke der Identifizierung jüdischer Flüchtlinge einen „J-Stempel“ einzuführen, müssen ebenso in diesem Kontext gesehen werden wie die oft in vorsehendem Gehorsam erfolgte „Arisierung“ von Schweizer Firmen und deren deutschen Tochtergesellschaften oder der im August 1942 gefasste Beschluss, die Grenzen für „nur aus Rassegründen“ verfolgte Flüchtlinge zu schließen. Dieser Entscheid war umso gravierender, als die Schweiz zum damaligen Zeitpunkt eines der wenigen von NS-Deutschland nicht besetzten und für die Flüchtlinge erreichbaren Asylländer war. Dass die häufig zur Entlastung vorgebrachten Argumente wie fehlende Informationen über das Schicksal, das den an der Grenze abgewiesenen und teilweise den Nationalsozialisten direkt überstellten Jüdinnen und Juden drohte, die Ernährungssituation oder äußerer Druck nicht die entscheidende Rolle beim Zustandekommen solcher Entscheide spielten, geht aus dem Bericht der UEK klar hervor.<sup>12</sup> Ergebnisse, die jedoch auf wenig Resonanz in der Öffentlichkeit stießen.

Da bisher wenig darüber bekannt ist, was für Spuren der erinnerungskulturelle Wandel der letzten Jahre jenseits öffentlicher Debatten im Bewusstsein von Schweizerinnen und Schweizern hinterlassen hat, wurden als Teil des Forschungsprojektes „Vergleichende Tradierungsforschung“<sup>13</sup> zwischen Januar 2004 und August 2005 im Raum Zürich acht Gruppendiskussionen mit insgesamt 44 Teilnehmenden unterschiedlicher Altersgruppen durchgeführt und hermeneutisch-einzelfallanalytisch sowie qualitativ-inhaltsanalytisch ausgewertet.<sup>14</sup> Nachgegangen wurde dabei unter anderem der Frage, inwiefern sich im Sprechen über Vergangenheit auch antisemitische Deutungsmuster zeigen.

12 Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, Zürich 2001, S. 472.

13 Vgl. Harald Welzer (Hrsg.), Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis, Frankfurt a. M. 2007.

14 Inzwischen ist ein vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanziertes Nachfolgeprojekt angelaufen, das Prozesse der intergenerationellen Tradierung von Vergangenheit in der Schweiz untersucht. Das Projekt „Der Zweite Weltkrieg in der Gegenwart: Intergenerationelle Erinnerung und Wandel des Geschichtsbewusstseins in der Schweiz“ wird geleitet von Jakob Tanner von der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich und erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen.

Mit dem Projekt wird ein Forschungsfeld beschrrieben, das für die Schweiz bisher noch kaum bearbeitet ist.<sup>15</sup> Anders als etwa Meinungsumfragen erhebt die Studie keinen Anspruch auf Repräsentativität. Vielmehr geht es darum, mittels Erhebung und Auswertung von Gruppendiskussionen einen Zugang zu den kommunikativen Entstehungsprozessen antisemitischer Argumentationsmuster zu gewinnen, was Hinweise auf die Frage ermöglicht, inwiefern Schweizerinnen und Schweizer heute im Rahmen alltäglicher Kommunikation antisemitische Stereotype und Deutungsmuster (re-)produzieren.

## Nazigold und reiche Juden

So unterschiedlich ein 73-jähriger pensionierter Prokurist und ein 24-jähriger Elektromechaniker heute über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sprechen mögen, es scheint Themen zu geben, über die sie sich sehr wohl verständigen könnten: Geht es in den Gruppendiskussionen um Jüdinnen und Juden, den Holocaust, Antisemitismus oder um aktuelle Konflikte, tritt die anhaltende Wirkmächtigkeit tradierter Stereotype und Deutungsmuster auf eine Weise hervor, die in ihrer Deutlichkeit doch überrascht. Von den üblichen Klischees über antisemitische Selbst- und Fremdbildkonstruktionen bis hin zu bizarren Täter-Opfer-Umkehrungen und abstrusen Verschwörungstheorien gibt es kaum eine Erscheinungsform von Antisemitismus, die in den Gruppendiskussionen nicht vorkommt.

Anhand von Sequenzen, die vorwiegend aus einer Gruppendiskussion mit fünf jungen Angestellten stammen, soll im Folgenden gezeigt werden, auf welche Weise selbst jüngere und sich keineswegs dem rechten Spektrum zuordnende Schweizerinnen und Schweizer auf antisemitische Stereotype und Deutungsmuster zurückgreifen, wenn sie zu einem Gespräch über die Zeit des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus aufgefordert werden. Das Gespräch, das im März 2004 im Raum Zürich stattfand, ist auch deswegen interessant, weil es sich dabei um eine jener Gruppendiskussionen handelt, in denen deutlich wird, dass der erinnerungskulturelle Wandel der vergangenen zehn Jahre durchaus Spuren hinterlassen hat: Während sich in den mit Zeitzeugen geführten Gesprächen eine deutliche

15 Späti, *Kontinuität*, S. 432.

Abwehrhaltung gegenüber Kritik an dem von ihnen nach wie vor sehr stark vertretenen traditionellen Geschichtsbild manifestiert, hat das Narrativ von der widerständigen Schweiz bei den jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmern erheblich an Legitimität eingebüßt.

Am Gespräch nahmen fünf miteinander befreundete Frauen und Männer teil: Eine Friseurin, ein Lagerist, eine Büroangestellte, eine angehende Grafikerin sowie ein Elektromechaniker. Nach einer etwa zehnminütigen Diskussion, in der die Teilnehmenden vorgelegte Bilder betrachten<sup>16</sup> und sich darüber unterhalten, wie schrecklich der Zweite Weltkrieg bzw. Krieg überhaupt ist, will die Interviewerin wissen, was die Teilnehmenden von den Debatten um die Rolle der Schweiz damals mitbekommen haben:<sup>17</sup>

Interviewerin (Jg. 79): Habt ihr auch irgendetwas, ein bisschen etwas mitbekommen, es gab ja diese Diskussionen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, so Nazigold und so weiter, ähm, es ist ja noch nicht so lange her, ist euch davon etwas geblieben? Die Schweiz war ja schon auch verwickelt in das Ganze.

Céline Schmid (Jg. 82): Also so viel ich weiß, haben wir sehr viele jüdische Banken in der Schweiz, von ... reichen Juden. Glaub', die meisten Gelder, irgendwie Schwarzgelder ist, oder so ... dass damit auch der Krieg unterstützt wurde.

16 Die vorgelegten Bilder entstammten verschiedenen Ausstellungskatalogen, u. a. demjenigen zur „Wehrmachtsausstellung“. Die Teilnehmenden erhielten keine weiteren Informationen zu den Bildern, diese legten aber Einordnungen in den Kontext des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus nahe. Auf den Bildern zu sehen waren u. a. ein Aufmarsch uniformierter Menschen mit Hakenkreuzfahnen, auf einer Wiese liegende Leichen vor aufgeschütteten Erdhügeln, flüchtende Frauen mit Kindern in einer zerbombten Stadt, ein Panzer mit drei Soldaten sowie die Aufnahme eines abgemagerten Menschen in einem Lager. Bilder wie Letzteres waren aufgrund ihrer relativen Deutungsoffenheit gewählt worden. Für die meisten Teilnehmenden im internationalen Projekt schien klar, dass es sich hierbei um ein Bild aus einem nationalsozialistischen Konzentrationslager handeln musste, hergestellt wurden aber auch Assoziationen zu jenen Bildern, die in den 1990er-Jahren als vermeintliche Bilder aus serbischen Konzentrationslagern Verbreitung fanden. Tatsächlich handelte es sich um die Aufnahme eines sowjetischen Kriegsgefangenen, die einem Kapitel über „Sowjetische Kriegsgefangene im Reich“ aus dem Katalog „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“, Hamburg 2002, S. 253, entnommen worden war.

17 Die Gespräche fanden auf Schweizerdeutsch statt und wurden anschließend ins Hochdeutsche übersetzt. Die Namen sämtlicher Teilnehmenden wurden geändert.

Keine Ahnung, irgendwie. Aber das ist schon etwas, die Schweiz ist nicht ... mit ihren Banken und so.

Stefan Huser (Jg. 80): Das ganze Geld ist natürlich in die Schweiz geflossen, das die Deutschen alles den Juden weggenommen haben.

Céline Schmid: Ah ja, genau, ja. Genau.<sup>18</sup>

Während Stefan, wie sich im ganzen Gespräch zeigt, einigermaßen informiert ist über die damalige Rolle der Schweiz, gerät bei Céline einiges durcheinander. Dass in ihrer Antwort mehr steckt als ein Ausrutscher einer in jenem Moment mit der Frage etwas überforderten Teilnehmerin, wird bald deutlich: Was Céline weiß, ist, dass da irgendetwas war mit „Banken“, „Geldern“, dem Krieg, der Schweiz und Juden. Auffällig sind die von ihr vorgenommenen assoziativen Verknüpfungen: Es ist die Rede von „reichen Juden“, die Banken besitzen und die irgendwie etwas mit unrechtmäßig erworbenem Geld – „Schwarzgeld“ – zu tun zu haben scheinen. Es handelt sich hier offenbar um eine Überlagerung von Versatzstücken aus zwei verschiedenen Diskursen, die zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung um die Rolle der Schweiz in der schweizerischen Öffentlichkeit sehr präsent waren: Eine schweiz-kritische Positionierung scheint dabei durchaus vereinbar mit jenen antisemitischen Bildern, die in den 1990er-Jahren im Abwehrdiskurs vieler Vertreter des traditionellen Geschichtsbildes Verwendung fanden. In verdichteter Form wird in Célines Erzählung ein Phänomen angedeutet, das sich im gesamten Interviewmaterial immer wieder finden lässt: Das traditionelle Narrativ von der widerständigen Schweiz wird zwar in Frage gestellt und durch skeptischere Erzählungen abgelöst – gleichzeitig erweisen sich gerade tradierte Fremd- und Eigenbilder als weiterhin wirkmächtig.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs dominiert die skeptische Perspektive auf die damalige Zeit. Insbesondere Dani Frey kritisiert die Rolle der Schweiz sehr vehement:

Dani Frey (Jg. 80): Also, was ich das Schlimmste finde: Die Rolle der Schweiz in diesem Zweiten Weltkrieg, was ich gehört habe – ich war ja nicht dabei –, ist aber die humanitäre Rolle einfach ... find ich eine Katastrophe: Die Schweiz hat ja niemanden hereingelassen, und die haben gewusst, was abgeht in Deutschland mit diesen Leuten. Oder. Das find ich eigentlich schon sehr schlimm.<sup>19</sup>

18 Gruppendiskussion Schweiz (GDCH) 3, 98–108, wie auch alle folgenden Interviews archiviert im Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen.

19 GDCH3, 123–127.

Selbst wenn sich von den jüngeren Teilnehmenden kaum mehr jemand ungebrochen auf das heroische Narrativ bezieht, beispielsweise Faszination für militärische Fragen, die Armee oder den nationalen Zusammenhalt äußert – eine dezidierte Positionierung, wie sie Dani Frey hier vornimmt, stellt mit Blick auf das ganze Interviewmaterial eher eine Ausnahme dar. Zwar liegt insgesamt der Fokus vieler Erzählungen weniger auf nationalen Ereignissen, als dies bei den älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fall ist, die teilweise sehr ausführlich über ihre Erlebnisse in der Armee sowie das konkrete Geschehen in der Schweiz erzählen. Kommen die Jüngeren jedoch auf die Situation in der Schweiz, auf Erzählungen ihrer Großeltern beispielsweise zu sprechen, greifen sie auf genau jene rechtfertigenden Argumente zurück, die auch im Rahmen des traditionellen Geschichtsbildes häufig vorgebracht werden. In der Gruppendiskussion mit den jungen Angestellten beispielsweise unterhalten sich die Teilnehmenden darüber, wie schrecklich der Zweite Weltkrieg war und wie die Eltern von der damaligen Ernährungslage erzählt hätten, worauf Tina erklärt:

Tina Weber (Jg. 80): Ja, vor allem auch die Wirtschaftslage und alles. Ich meine, ob wir jetzt dabei waren oder nicht, wir haben auch darunter gelitten, so ein bisschen alle nebenbei.<sup>20</sup>

Sie ist nicht die Einzige der jüngeren Teilnehmenden, die sich klar identifiziert mit der „damaligen Schweiz“, die ein als in Vergangenheit und Gegenwart identisches Kollektiv erscheint: Eine 30-jährige Bankangestellte, Teilnehmerin an einem anderen Gespräch, ist mit Bezug auf das damalige Verhalten der Schweiz der Auffassung: „So wie wir gehandelt haben, so hätten auch andere gehandelt.“<sup>21</sup> Eine 35-jährige Teilnehmerin erklärt: „Damals mussten wir auch zittern.“<sup>22</sup> In verschiedenen Gruppendiskussionen wird behauptet, dass man in der Schweiz wenig über das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen, über die finanziellen Verwicklungen oder die Abweisung von Flüchtlingen und deren Schicksal gewusst habe. Es wird auf das Leid der einfachen Bevölkerung rekurriert oder auf die damals angeblich bestehenden Anpassungszwänge,<sup>23</sup> auf die guten Taten von Schweizern

20 GDCH3, 91–92.

21 GDCH8, 179–181.

22 GDCH6, 308.

23 GDCH8, 247–248.

verwiesen<sup>24</sup> oder sogar positiv auf die Metapher vom „vollen Boot“ Bezug genommen,<sup>25</sup> die bereits während des Krieges als Rechtfertigung für die Schließung der Grenzen diente. Während eine 38-jährige Teilnehmerin erklärt: „Es hat aber auch viele Leute gegeben, die Leute bei sich untergebracht haben, aufgenommen haben und geschützt haben, vor Verfolgung“,<sup>26</sup> ist eine 43-Jährige der Meinung: „Grad zum Beispiel haben sie den Juden ja schon, mehr oder weniger im Vergleich zu anderen Ländern die Türen schon relativ lange aufgemacht. Und klar haben sie nachher schon zugemacht, weil sie zu viele wurden.“<sup>27</sup>

Ein wichtiger Befund der Schweizer Studie ist denn auch die Beobachtung, dass es sich beim Vordringen neuer Erinnerungsperspektiven um einen komplexen Prozess handelt, in dem trotz der Übernahme skeptischerer Positionen Versatzstücke traditioneller Erzählungen und Deutungsmuster weiterhin wirksam sind.

## Holocaust ist überall

In gegenwärtigen Debatten wird häufig auf das Phänomen einer „Universalisierung“ oder „Internationalisierung“ der Holocaust-Erinnerung verwiesen. Diese beschreibt eine Entwicklung, im Zuge derer der Holocaust zusehends in das Zentrum globaler Erinnerungskultur rückt und als ein Ereignis interpretiert wird, aus dem Lehren für die Zukunft zu ziehen sind.<sup>28</sup> Eine solche universalisierte Wahrnehmung lässt sich auch in der Gruppendiskussion mit den jungen Angestellten beobachten. Gleichzeitig ist anhand dieses Gesprächs zu zeigen, dass mit dem Prozess der Universalisierung nicht zwangsläufig eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen verbunden sein muss. Im Anschluss an seine Kritik am Verhalten der damaligen Schweiz erklärt Dani Frey:

Und was die Menschheit davon gelernt hat ist im Prinzip gar nichts, oder. Weil es geht heute tagtäglich, an vielen Orten der Welt genau so ab, oder, also ja, nicht

24 GDCH8, 187–189.

25 GDCH4, 924, GDCH6, 329.

26 GDCH8, 187–189.

27 GDCH6, 327–329.

28 Daniel Levy/Natan Sznajder, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt a. M. 2001; Peter Novick, *Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord*, München 2003.

ganz in dem Ausmaß, aber ich denke, dass ... es werden immer noch aus den gleichen Gründen Leute um ..., Leute umgebracht, und ...

Melanie Kunz (Jg. 82): Und Millionen von Leuten schauen einfach weg dabei. Das ist irgendwie schon traurig, hey. Weißt du, wir schauen schon im Fernsehen und so, ja Krieg und das und das, aber irgendwie etwas groß machen tun wir auch nicht.<sup>29</sup>

Ein Gesprächsverlauf wie hier, bei dem sich die Teilnehmenden nicht allzu lange mit einer konkreteren Diskussion über die nationalsozialistischen Verbrechen oder auch die Rolle der Schweiz aufhalten, sondern sehr rasch auf eine sehr viel allgemeinere Ebene gelangen, lässt sich in verschiedenen Gruppendiskussionen beobachten. Hier ist es Dani, der den Holocaust – oder vorsichtiger formuliert, die Bilder, die er damit assoziiert – als ein Ereignis interpretiert, aus dem „die Menschheit“ etwas hätte lernen sollen. Was ihm zufolge jedoch nicht geschieht: Vielmehr gehe es „heute tagtäglich, an vielen Orten der Welt genau so ab“, würden „Menschen aus den gleichen Gründen umgebracht“, eine Sichtweise, die von Melanie aufgegriffen wird und die im folgenden, hier nicht abgedruckten Teil des Gesprächs in einer längeren Diskussion über die Schrecken von Kriegen und den Hunger in der Welt mündet.

Formulierungen wie *genau gleich*, *genau so* sowie die Feststellung *es passiert immer wieder*<sup>30</sup> lassen sich in allen Gruppendiskussionen und mit Bezug auf unterschiedlichste Konflikte und Kontexte in auffällender Häufigkeit feststellen.<sup>31</sup> So wird beispielsweise behauptet, dass Präsident Bush oder die Amerikaner<sup>32</sup> *genau gleich* wie die damaligen Deutschen seien oder gar, die Deutschen seien im Vergleich zu dem, was heute passiere, noch *brave Leute* gewesen;<sup>33</sup> die Serben in Bosnien würden *genau dasselbe*, auch *Internierungslager*, *Vernichtungslager* errichten,<sup>34</sup> Ungarn, Afrika, der Irak werden als Beispiele dafür genannt, dass *immer alles wieder kommt*.<sup>35</sup> Eine Teilnehmerin erzählt von den in ihrer Kindheit miterlebten Konflikten zwischen Katholiken und Protestanten in dem Schweizer Dorf, in dem sie aufgewachsen ist.<sup>36</sup>

29 GDCH3, 130–139.

30 GDCH8, 405.

31 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Claudia Lenz und Lars Breuer in diesem Band.

32 GDCH8, 366.

33 GDCH8, 395.

34 GDCH2, 143–158.

35 GDCH2, 295.

36 GDCH2, 201–208.



Mit der Übertragung von konkreten historischen Ereignissen und Orten in beliebige andere Kontexte geht eine Darstellung der Vernichtungspolitik einher, in der diese sowohl begrifflich als auch mit den damit verknüpften Assoziationen vorwiegend als ein immer wiederkehrendes Moment von Krieg gezeichnet wird und Bilder und Ereignisse aus ganz unterschiedlichen Kontexten miteinander vermischt werden. Detlev Claußen hat die These aufgestellt, dass Auschwitz verschwinde, je mehr vom Holocaust die Rede sei.<sup>37</sup> Anhand der Schweizer Gruppendiskussionen wird deutlich, wie diffus die Vorstellungen, die viele Teilnehmende von den nationalsozialistischen Verbrechen haben, trotz der massenmedialen Präsenz des Holocaust sind. Melanie beispielsweise verwendet in einem Gesprächszusammenhang, in dem es um den Holocaust geht, folgendes Bild: „Ich meine, dass du einfach durch die Straßen laufen kannst, mit Panzern irgendwie und Tausende von Menschen abknallen.“<sup>38</sup> In einer anderen Gruppendiskussion erklärt eine 38-jährige Teilnehmerin: „Es gibt immer wieder solche Sachen, dass ein gewisser Bevölkerungsteil irgendwie vertrieben wird und es auch Massentötungen gibt.“<sup>39</sup> Obwohl alle Beteiligten zu wissen scheinen, worüber sie sprechen, bleiben Ereignisse und Akteure, sowohl Täter als auch Opfer, oft merkwürdig konturlos. Entgegen den Erwartungen sind es auch nicht in erster Linie Jüdinnen und Juden, die in den Erzählungen als Opfer thematisiert werden. Als Opfer erscheinen in den Gruppendiskussionen alle, insbesondere immer wieder die Schweizer, und sogar die Deutschen, denen, so könnte man denken, in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg eher die Rolle der Täter zugeschrieben würde. Ein 57-jähriger Teilnehmer stört sich offenbar daran, dass *immer* über die Juden gesprochen werde: „Da kann man jetzt auch immer sagen, die Juden und so. War ja sicher schlimm, was die mitgemacht haben, aber auch viele andere Leute hatten es schwierig.“<sup>40</sup>

Es bleibt nicht bei der Relativierung des Opfer-Status von Jüdinnen und Juden. Die in vielen Fällen die Dimension der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik relativierende Parallelisierung mit anderen Ereignissen geht mitunter so weit, dass von heute lebenden Jüdinnen und Juden behauptet wird, sie betrieben auch eine

37 Detlev Claußen, Die Wandlungen des „Ja, aber-Antisemitismus“. Vorbemerkungen zur Neuausgabe, Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2005, S. XII.

38 GDCH3, 266–267.

39 GDCH8, 840–842.

40 GDCH2, 123–126.

„Selektion“, oder in Palästina finde auch „Holocaust“ statt. Zitiert seien hier zwei Sequenzen aus zwei verschiedenen Gruppendiskussionen. In der einen stört sich eine Teilnehmerin daran, dass man als Nicht-Jüdin in jüdischen Familien angeblich nicht willkommen sei:

Katrin Utz (Jg. 62): Sie müssten auch ein bisschen etwas lernen aus dieser Geschichte raus, indem sie vielleicht weniger arrogant sind [...] und das ist natürlich auch eine Selektion, die ... die diese machen, nur vielleicht nicht so eine brutale wie es jetzt im Zweiten Weltkrieg passiert ist.<sup>41</sup>

Worauf andere Teilnehmende zustimmend nicken und eine Diskussion über die orthodoxen Jüdinnen und Juden entsteht, darüber, wie *fremd* diese erscheinen und dass sie Angst und Ressentiments auslösen würden. Die folgende Sequenz stammt aus einer Gruppendiskussion mit Zeitzeugen; der Stelle voran ging eine von der Interviewerin initiierte sehr kurze Diskussion über damaligen Antisemitismus in der Schweiz, von der zwei Teilnehmer das Gespräch jedoch sehr rasch auf ein anderes Thema lenken:

Walti Schneider (Jg. 22): Aber sie sind ja selbst schuld, wenn man das alles anschaut, da in, wie sie da, in Palästina, oder.

Moritz Wipf (Jg. 31): Jetzt, jetzt, wir wollen jetzt nicht das ...

Max Hotz (Jg. 31): Ja, nein [erregt] dort unten ist auch Holocaust in Palästina, was die da treiben! Mit Panzern und Kampfflugzeugen am Tag und in der Nacht. Diese Leute abschießen!<sup>42</sup>

Deutlich wird gerade anhand solcher Sequenzen, dass die angestellten Gegenwartsbezüge nicht zufällig erfolgen, sondern vielmehr ganz spezifische Täter-Opfer-Umkehrungen beinhalten, die sich auffallend häufig in Gesprächskontexten feststellen lassen, in denen es konkret um Antisemitismus, die nationalsozialistischen Verbrechen und die Rolle der Schweiz geht. In sechs von acht Gruppendiskussionen wird die aktuelle Politik Israels mit den Verbrechen der Nationalsozialisten parallelisiert oder gar gleichgesetzt, eine 2007 veröffentlichte Studie stellt diese Tendenz bei immerhin 34 % der Befragten fest.<sup>43</sup> In einem deutschen Kontext stehen derlei

41 GDCH6, 421–428.

42 GDCH4, 750–754.

43 Longchamp u. a., Kritik an Israel, S. 41. Für 50 % der Befragten führt Israel einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser. Die Zahlen variieren allerdings sehr stark hinsichtlich Geschlecht und Generationenzugehörigkeit.

Vergleiche unter dem Verdacht der Erinnerungs- und Schuldabwehr und subjektiver wie kollektiver Entlastung. Dem Insistieren auf der angeblichen Täterrolle „der Juden“ und der Relativierung und Marginalisierung der nationalsozialistischen Verbrechen kommt hier die Funktion sowohl einer Relativierung des Opfer-Status von Jüdinnen und Juden wie auch der „eigenen“ Täterrolle zu.<sup>44</sup> Selbst wenn in diesem Zusammenhang die Spezifität des deutschen Kontextes zu berücksichtigen ist, so stellt sich doch die Frage, inwiefern die hier beschriebenen Argumentationsmuster auch in einem schweizerischen Kontext als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Erinnerungs- und Verantwortungsabwehr angesichts einer plötzlich die Schweiz belastenden Vergangenheit interpretiert werden können.

## Von den Opfern zu den Tätern

Dass es sich bei der dargestellten Täter-Opfer-Umkehr offenbar um eine intergenerationell tradierbare Argumentationsfigur handelt, wird im Gespräch mit den jungen Angestellten erkennbar: Als die Interviewerin die Teilnehmenden fragt, ob sie etwas darüber wüssten, welche Rolle Antisemitismus damals auch in der Schweiz gespielt habe, entwickelt sich folgende Diskussion:

Stefan Huser: Ja, ich denke schon. Dass es das hier auch gegeben hat. Ich denke, ein großer Faktor für Antisemitismus ist sicher auch, dass halt viele Juden relativ erfolgreich Geschäfte machen, Leute sind, die, ja, relativ erfolgreich sind und so, und von daher mit dem Finger auf sie gezeigt wird. Oder irgendwie. Und dann ist es halt ein Jude irgendwie, ja, ich kann mir schon vorstellen, dass es das zu jener Zeit hier auch gegeben hat. Und irgendwie anders kann ich mir zum Beispiel auch nicht erklären, dass die Grenzen zugemacht wurden oder so. Irgendwie ... das machst du doch nicht, sonst.

Melanie Kunz: Ich meine, es gibt heute noch viele Leute, die die Juden hassen.

Tina Weber (Jg. 80): Das sind auch eher zurückgezogene Leute.

Stefan Huser: Ja gut, das ist ein anderes Thema. Aber ich meine, was in Israel abläuft, finde ich auch nicht okay und was sie dort machen. Also. Gerade ein Volk, das so, das so geschändet worden ist, im Prinzip. Und ja, einfach nicht einsichtig wird, irgendwie. Das find ich schon ein bisschen verrückt.

44 Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus, München 2004, S. 25, 236.

Frey: Sie nennen sich ja auch Volk von Jerusalem, Volk Jesu. Was da unten abgeht, das ist einfach gleich schlimm wie das, was dort passiert ist.

Céline Schmid: Aber warum eben dort in diesem, in diesem Zweiten Weltkrieg wirklich die Juden einfach so fertig gemacht worden sind in jener Zeit, weiß ich wirklich nicht.“

Melanie Kunz: „Ich auch nicht.

Céline Schmid: Warum ausgerechnet die Juden? Wegen des Aussehens? Das wär' fast unmöglich, wegen den lustigen Koteletten, denk ich nicht.<sup>45</sup>

Auch in dieser Gruppendiskussion bewegt sich das Gespräch innerhalb kürzester Zeit vom Thema Antisemitismus zum Nahostkonflikt, wo offenbar etwas *abgeht*, das *gleich schlimm* ist und Jüdinnen und Juden – dargestellt als ein einziges Kollektivsubjekt – noch dazu als diejenigen erscheinen, die in besonderer Weise etwas aus der Geschichte hätten lernen sollen.

Während Céline und Melanie bezüglich der Frage, warum es *ausgerechnet die Juden* waren, die verfolgt wurden, ein Fragezeichen setzen, haben die jungen Männer darauf Antworten. Stefan sieht in der angeblichen Geschäftstüchtigkeit der Juden einen „Faktor für Antisemitismus“, Dani hat folgende „Theorie“:

Dani Frey: Also ich denke es ist auch eine Frage vom extremen Glauben. Und die Juden haben viel Geld und sie sind extrem in ihrem Glauben.<sup>46</sup>

Zudem hätten sich Jüdinnen und Juden schon etwas *hochgestochen* verhalten und sich für etwas Besseres gehalten, was ihm zufolge ein Grund dafür sein könne, *dass der Hass gekommen ist*. Stefan bekräftigt Dani, indem er auf die fehlende Toleranz von orthodoxen Juden verweist. Er „differenziert“ jedoch:

Stefan Huser: Es gibt immer, ich meine, es gibt von allen Leuten immer die und die. Es gibt immer radikalere und weniger radikalere. Die einen sind wirklich krass, oder. Und die haben auch Meinungen, die ich finde, das geht dann ins Gleiche rein wie Antisemitismus fast. Also [...].

Dani Frey: Sie grenzen sich ja auch aus, also es gibt auch solche, die wollen gar nicht Deutsch reden und reden Hebräisch und wollen gar nichts anderes.<sup>47</sup>

Im Anschluss daran erzählt er, wie seine Mutter jeweils samstags bei ihren jüdischen Nachbarn das Licht habe an- und ausmachen müssen, wobei er sich daran

45 GDCH3, 164–182.

46 GDCH3, 187–188.

47 GDCH3, 209–214.

stört, dass diese jüdischen Nachbarn andere für eine Tätigkeit *anstellen* würden, die sie selbst nicht hätten ausführen wollen. Auch für Tina scheint es nachvollziehbar, dass die *vielen Juden*, die es damals angeblich gab, *Ängste* ausgelöst hätten:

Tina Weber: Ich denke auch die Vielzahl, weißt du, es waren ja viele Juden, dass vielleicht auch Ängste aufgekommen sind. Ich weiß es nicht.

Stefan Huser: Ja, dass man Angst hatte vor diesem Volk. Weil die Juden sind halt auch sehr intelligent, sehr gebildete Leute. Dass man ja auch Angst hatte, dass die einen überrennen könnten oder so. Und das ist natürlich sicher auch etwas, also das ist ja heute wieder so. Juden, in Amerika zum Beispiel, in den großen Städten, so Immobilien und so, das gehört alles den Juden irgendwie. Dass das irgendwie gewisse Angst schürt, dass die irgendwie dich überrennen könnten, oder was weiß ich, das kann gut sein. Es sind tüchtige Leute. Aber trotz allem darf so etwas natürlich nie mehr passieren, irgendwie, also egal, wen das jetzt reinnimmt. Also eben diese Filme, der Längste Tag oder Saving Private Ryan,<sup>48</sup> die neusten, neueren. Also wenn solches Zeugs siehst ... ja, genau, wenn du solches Zeugs siehst, das ist schon verrückt, oder, ich meine, das glaubst du nicht, dass Menschen einander so etwas angetan haben, im Prinzip.<sup>49</sup>

Die Argumentationsstruktur wird im sequenziellen Verlauf deutlich: Die Gesprächsteilnehmenden suchen nach Erklärungen für den Antisemitismus und machen diese mittels Zuhilfenahme aller verfügbaren Stereotype und antisemitischen Deutungsmuster am angeblichen Wesen und Verhalten „der Juden“ selbst fest. Somit lassen sie den Antisemitismus als legitime Reaktion der Mehrheitsgesellschaft erscheinen und gelangen dann wieder auf die sehr allgemeine Ebene, auf der sich ein großer Teil der Gruppengespräche bewegt.

Viele der hier vorkommenden Stereotype und Deutungsmuster lassen sich auch in den anderen Gruppendiskussionen feststellen. Dass Juden eine Personengruppe seien, die Angst auslösten, über viel Macht verfügten, reich, clever, geschäftstüchtig und arrogant seien, sich zudem von der Mehrheitsgesellschaft separierten, wird von verschiedenen Teilnehmenden behauptet. Selbst wenn nicht alle an den jeweiligen Gesprächen Beteiligten solche Auffassungen vertreten, regt sich doch

48 Filmen, so der Befund der internationalen Vergleichsstudie, kommt als Referenzquelle für das Sprechen über die nationalsozialistische Vergangenheit eine zentrale Bedeutung zu. Vgl. Welzer (Hrsg.), *Der Krieg der Erinnerung*.

49 GDCH3, 229–239.

kaum je Widerspruch. Fast durchgängig wird die Ursache für die Existenz von Judenfeindschaft in den Jüdinnen und Juden selbst gesucht; Verweise auf die Taten „der Juden“ in aktuellen Konflikten, insbesondere dem Nahostkonflikt, oder ihre angebliche Rolle im Irakkrieg spielen hierbei eine wichtige Rolle. So äußert einer der Zeitzeugen durchaus Verständnis für die damalige Wut der Deutschen auf die Juden und erklärt: „Und man muss das von dort aus anschauen, was machen die alles. Was machen die mit Irak? Das sind nämlich auch alles Juden, im Prinzip.“<sup>50</sup> Eine 43-jährige Teilnehmerin geht auf die Frage der Interviewerin danach, welche Rolle der Antisemitismus im Zweiten Weltkrieg gespielt habe, folgendermaßen ein: „Ich habe mir schon riesengroße Gedanken gemacht, wieso ... wieso die Juden und was haben sie gemacht. Und ich meine, sie sind einfach sehr intelligent, sehr clever, sehr gebildet, die besten Künstler sind Juden, sie sind Macht ... sie haben viel Macht.“<sup>51</sup> Von da an dreht sich das ganze Gespräch darum, wie Juden seien, dass sie gewisse Geschäftssparten kontrollierten, große Netzwerke hätten, dass „der Jude“ *einfach ein bisschen Angst mache. Der Tamile macht dir nicht Angst.* Auch dafür, dass die Amerikaner die „Mauer“ in Israel nicht *einfach einreißen* würden, haben die Teilnehmenden eine Erklärung:

Katrin Utz (Jg. 62): Aber warum sagt Amerika nicht, jetzt ist fertig? Weil sie auch Angst haben vor den Juden!

Sonja Fontana (Jg. 69): Nein, sie haben einfach, ganz viele reiche Juden sind in Amerika und die ...

Philipp Good (Jg. 72): Sie sind natürlich ...

Sonja Fontana: Sie brauchen die, um den Präsidenten zu wählen.

Katrin Utz: Nicht nur das!

Sonja Fontana: Ein Bush wäre nie ...

Yves Moser (Jg. 71): Ist der Vorposten und alles.

Katrin Utz: Sie haben auch genau wieder wahnsinnig großen Respekt vor den Juden. Das hat auch wieder mit einer Macht zu tun in Amerika, von den Juden, das ist so, also das ist ... das ist ... man muss es einfach sagen. Grad direkt. Leider.<sup>52</sup>

50 GDCH5, 245.

51 GDCH6, 398 ff.

52 GDCH6, 557–567.

Anhand solcher Sequenzen wird die Dimension von Antisemitismus als Mittel der „Verständigung“ der nicht-jüdischen Mehrheit über die Juden (Wolfgang Benz) deutlich.<sup>53</sup> Das gemeinsame Sprechen über „die Juden“ und das interaktive Weben an Verschwörungstheorien scheint ein Prozess zu sein, an dem sich die verschiedensten Teilnehmenden in irgendeiner Art und Weise beteiligen können, wo man sich versteht, es offenbar leicht fällt, intersubjektiv Einigung und Gemeinsamkeit herzustellen.

## Die Juden als die Anderen

Ein Thema, auf das sich Teilnehmende verschiedener Gruppendiskussionen immer wieder verständigen können, ist die angebliche Fremdheit der Juden.

Melanie Kunz: Ich frage mich einfach, da musst du ja einen ungeheuren Hass haben, dass du einem Menschen so etwas antun kannst. Ich meine, dass du einfach durch die Straße laufen kannst, mit Panzer irgendwie und Tausende von Leuten abknallen und es kann dir so scheißegal sein, dass einfach Menschen sind wie jeder andere auch. Da musst du einen ungeheuren Hass haben.

Stefan Huser: Der Hass kommt recht schnell, wenn du siehst, dass jemand mehr verdient als du, der gar nicht hierhin gehört. Und du lebst irgend ... musst kämpfen um ein Butterbrot, du siehst den anderen, der kommt hier rein, drei vier Jahre hat er schon sein Geschäft und du musst dann dort einkaufen gehen, bei den Reichen einkaufen gehen und das schürt den Hass auch.

Tina Weber: Ja, das ist aber noch lange kein Grund zu morden, oder.

Melanie Kunz: Ja.

Stefan Huser: Nein, das schon nicht. Aber es ist natürlich, Hitler war ein genialer Mensch, der konnte genial reden.

Tina Weber: Der hat alle manipuliert.<sup>54</sup>

Stefans Statement ist deutlich: „Der Jude“ ist jemand, der – im Gegensatz zu einem selbst –, ohne viel arbeiten zu müssen, zu viel Geld kommt, von außen *hier rein* kommt und nicht hierhin gehört. Angesichts dessen erscheint es als nachvollziehbar, dass Hass entsteht, zumal Hitler ein „genialer Mensch“ war und die Leute manipulieren

53 Benz, Was ist Antisemitismus, S. 16.

54 GDCH3, 265–279.

konnte.<sup>55</sup> Auch in der Schweiz wird die Gegenüberstellung eigene Nation versus fremde Juden seit Jahrzehnten tradiert. In der alten Eidgenossenschaft war die jüdische Minderheit immer wieder Pogromen, Vertreibungen, Gewaltakten und Diskriminierungen ausgesetzt. Trotz der Dominanz freisinniger Kräfte, die eher ein liberales Konzept der Staatsbürgernation vertraten, kamen in den Jahrzehnten nach der Gründung des Bundesstaats 1848 alle Formen von Antisemitismus vor,<sup>56</sup> vom christlichen Antijudaismus über die antiemanzipatorische Ideologie eines christlichen Schweizer Staates bis zu jener antisemitisch-xenophob motivierten Fremdenabwehr, die die schweizerische Politik auch im Zweiten Weltkrieg prägte. Nur unter erheblichem Druck des Auslands hatte die Schweiz 1866 ihrer jüdischen Bevölkerung das Recht der freien Niederlassung und Gleichheit vor dem Gesetz gewährt.<sup>57</sup> Die Vorstellung eines von Schädlingen und Parasiten, von „Überfremdung“ bedrohten helvetischen Volkskörpers – besetzt mit spezifischen Attributen wie männlich, handwerklich oder landwirtschaftlich tätig, im ländlich-bergigen Gebiet lebend und christlich – war vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weit verbreitet. „Die Juden“ galten auch in der Schweiz als Inbegriff der ökonomischen Moderne, gleichermaßen schuld an Kapitalismus, Liberalismus und Sozialismus, an Verstädterung und Industrialisierung wie am Zerfall herkömmlicher christlicher Moralvorstellungen.<sup>58</sup> Wie wirkungsmächtig diese tradierten Vorstellungen sind, zeigte sich im Januar 1997, zu einem Zeitpunkt, als die Kontroversen um nachrichtenlose Vermögen und die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg einen Höhepunkt erreicht hatten. Damals betitelte eines der größten Schweizer Nachrichtenmagazine seine Frontseite mit der Schlagzeile „Wir und die Juden“.<sup>59</sup> Für viele nicht-jüdische Schweizerinnen und Schweizer,

55 Dass Menschen Verbrechen begehen, weil sie manipuliert würden, erweist sich als ein in den Gruppendiskussionen gängiges Deutungsmuster.

56 Aram Mattioli, „Vaterland der Christen“ oder „bürgerlicher Staat“? Die Schweiz und die jüdische Emanzipation, 1848–1874, in: Urs Altermatt/Catherine Bosshart-Pfluger/Albert Tanner (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.–20. Jahrhundert, Zürich 1998, S. 228.

57 Jacques Picard, Die Schweiz und die Juden 1933–1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik Zürich<sup>2</sup>1994, S. 34.

58 Kury, Über Fremde reden, S. 5.

59 Vgl. Facts vom 16. Januar 1997. Intention der Zeitschrift war es, über die „wahre Macht“ der Juden aufzuklären, Fazit des Beitrages war, dass es für Antisemitismus in der Schweiz keinen Grund gebe, weil Jüdinnen und Juden weder bei den Schweizer Banken, noch in der Industrie oder den Medien Macht hätten, vgl. Erdle/Wildmann, Die Macht, S. 154.



dies wird auch im Interviewmaterial deutlich, sind selbst in der Schweiz lebende Jüdinnen und Juden nach wie vor die Anderen, die Fremden, die eigentlich nicht zu „einem selbst“ gehören. Menschen, *die in einem Land sind, wo sie einfach nicht hingehören*,<sup>60</sup> wie ein 57-jähriger Teilnehmer betont.

## Was die Schweizer den Juden nicht verzeihen

Wie ist nun diese starke Präsenz antisemitischer Deutungsmuster und Stereotype im Schweizer Interviewmaterial zu interpretieren? Zeigt sich in den Gruppendiskussionen ein Antisemitismus „trotz“ Auschwitz, der sich in der Schweiz gerade aufgrund der jahrzehntelangen Ausblendung eigener Verstrickungen in die nationalsozialistischen Verbrechen bis heute ohne größere Widerstände entfalten konnte? Oder manifestiert sich in den Gesprächen vielmehr eine „Transnationalisierung“ jener Formen eines sekundären Antisemitismus, die primär aus dem deutschen Kontext als Ausdruck der Erinnerungs- und Schuldabwehr bekannt ist, eines Antisemitismus „wegen“ Auschwitz also?

Zu vermuten ist, dass es sich um eine Verschränkung beider Erscheinungsformen handelt. Was die Rolle des Antisemitismus bei der Herstellung nationaler Identifikation, der Stabilisierung des Wir-Bewusstseins und als Welterklärungsmodell für alle möglichen Krisenerscheinungen, gesellschaftlichen Ängste und (Deutungs-)probleme betrifft, stellt die Schweiz im Kontext der Geschichte der europäischen Nationalstaaten nicht den Sonderfall dar, als der sie so gerne hingestellt wird. Gerade in den Mutmaßungen vieler Gruppendiskussionsteilnehmer über die Hintergründe gegenwärtiger Konflikte und Problemlagen zeigt sich die anhaltende Wirkmächtigkeit des Antisemitismus als allumfassendes Erklärungsmodell. Die Möglichkeit projektiver Entsorgung von Ambivalenz, Unsicherheit und Desorientierung mittels Perpetuierung tradierter Deutungsmuster war es vermutlich auch, die der antisemitischen Konstruktion von mächtigen amerikanischen Juden, die das kleine Schweizeralpenland in die Zange nehmen, gerade im Zuge der Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu neuer Popularität verhalfen. Die Emotionalität und Heftigkeit, mit der in der Schweiz auf die

60 GDCH2, 561.

Kritik am traditionellen Bild der Widerstandsnation reagiert wurde, ließen deutlich werden, dass mehr erschüttert wurde als das gute Gewissen, mit dem es sich die Schweiz inmitten von Europa so bequem eingerichtet hatte: Zur Debatte stand das historische Selbstverständnis der Nation, ein Geschichtsbild, das das Bedürfnis nach kollektiver Grandiosität der Schweizerinnen und Schweizer während Jahrzehnten befriedigt hatte. Was nach 1989 verloren zu gehen drohte, war ein nationaler Mythos, dessen „mentale Schutz- und Orientierungsfunktion“<sup>61</sup> immens war.

Dass es gerade der Holocaust bzw. vielmehr der veränderte internationale Umgang mit ihm waren, die das Bild einer Epoche störten, die für viele Schweizerinnen und Schweizer bisher mit Stolz und nationaler Überlegenheit verbunden war, bot für sekundär antisemitische Argumentationen einen idealen Ausgangspunkt. Dies insofern, als sich in „den Juden“ selbst die „Störenfriede“ ausmachen ließen, die der ungebrochenen Identifikation plötzlich im Wege schienen. In Anlehnung an die bekannte These von Zvi Rex, dass die Deutschen den Juden Auschwitz nicht verzeihen würden, stellt die Zürcher Psychoanalytikerin Madeleine Dreyfus für die Schweiz treffend fest: „Die Schweizer werden den Juden die Rückweisungspolitik übler nehmen, je entschiedener diese dafür Anerkennung verlangen.“<sup>62</sup>

Die auch in den Gruppendiskussionen feststellbaren Argumentationsfiguren wie die Behauptung der Mitschuld der Jüdinnen und Juden an ihrer Verfolgung, das Hervorheben der Täterrolle „der Juden“ im Nahostkonflikt oder das Ausklammern der tatsächlichen Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen und der schweizerischen Verstrickungen könnten somit als willkommene Abwehrstrategien angesichts einer seit den 1990er-Jahren zunehmend auch die Schweiz belastenden Vergangenheit interpretiert werden. Umso mehr, als antisemitische Argumente in vielen Fällen gerade in jenen Diskussionskontexten feststellbar sind, in denen es um die Verwicklungen der Schweiz in die nationalsozialistischen Verbrechen und ihre eigene antisemitische Geschichte geht.

- 61 Jakob Tanner, Die Krise der Gedächtnisorte und die Havarie der Erinnerungspolitik. Zur Diskussion um das kollektive Gedächtnis und die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1 (1999), S. 16–38, 29 ff.
- 62 Madeleine Dreyfus, Entschuldigung und Rechtfertigung. Zum Rezeptionsmuster der antisemitischen Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, in: Revital Ludewig-Kedmi/Mirjam Victory Spiegel/SilvieTyranigel (Hrsg.), *Das Trauma des Holocaust zwischen Psychologie und Geschichte*, Zürich 2002, S. 175–191, 188.

Ob dieses Abwehrbedürfnis aber tatsächlich einem infolge der Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg entstandenen Schuld- oder zumindest Verantwortungsbewusstsein entspringt, bleibt zu diskutieren. Die Ergebnisse der Schweizer Studie zeigen, dass eine Übernahme universalisierter Erinnerungsperspektiven keineswegs zwangsläufig mit einer tiefer gehenden Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen oder den antisemitischen Hintergründen „eigener“ Verstrickungen einhergehen muss. Vielmehr verweisen die anthropologisierende Darstellung der historischen Ereignisse, die Darstellung der schweizerischen Flüchtlingspolitik als primär anti-human, die Reproduktion traditioneller Rechtfertigungsstrategien und die geringe Thematisierung jüdischer Opfer im Vergleich zur Betonung ihrer angeblichen Täterrolle auf das Weiterwirken traditioneller Leerstellen im Sprechen über die Vergangenheit und führen zu der Frage, ob sich hinsichtlich der Tatsache, dass der Shoah und den Erfahrungen der Jüdinnen und Juden in der nationalen Erinnerung bisher kaum Platz zukam, wirklich Grundlegendes geändert hat.

Weiterhin untersucht werden müsste die Bedeutung, die der Aktualisierung tradierter Feindbilder im Kontext einer sich seit 1989 in vielerlei Hinsicht im Umbruch befindenden gesellschaftlichen Situation und damit verknüpfter (Deutungs-)Gewissheiten bezüglich der (Re-)konstruktion nationaler wie überhaupt kollektiver „Identitäten“ zukommt. Wie die Auswertung der Schweizer Gruppendiskussion zeigt, haben bisherige Selbst- und Fremdbildkonstruktionen auch in Gesprächen mit jüngeren Teilnehmenden weiterhin große Relevanz, scheint das Bedürfnis nach nationaler Identifikation offenbar trotz der Komplementierung des traditionellen Geschichtsbildes durch eine skeptischere Perspektive auf die nationale Geschichte nach wie vor zu bestehen. Und dass sich neben dem primären gerade der sekundäre Antisemitismus hervorragend zur Reparatur beschädigter kollektiver Narzissen eignet, ist aus der deutschen Geschichte bekannt. Auf die zunehmend globale Bedeutung jener Formen der Judenfeindschaft, die eher sekundär antisemitischen Motivationen entspringen, wird in den aktuellen Debatten über einen „neuen“ Antisemitismus immer wieder hingewiesen.<sup>63</sup> Gerade der Wahrnehmung und Deutung des Nahostkonfliktes kommt in diesem Zusammenhang eine immer

63 Vgl. Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*, Frankfurt a. M. 2004.

bedeutendere Rolle zu.<sup>64</sup> Die Auswertung der Gruppendiskussionen zeigt, dass die Behauptung von der angeblichen Täterrolle „der Juden“ im Nahostkonflikt nebst anderen Varianten der Opfer-Täter-Umkehrungen auch in der Schweiz auf Resonanz stößt, und zwar über alle Generationen hinweg.

Die Notwendigkeit der Einbeziehung einer verstärkt transnationalen Perspektive im Bereich der Antisemitismusforschung wird anhand der Ergebnisse der verschiedenen Länderstudien ersichtlich.<sup>65</sup> Was die Schweiz betrifft, lässt die Rezeption internationaler Forschung in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus nach wie vor zu wünschen übrig.<sup>66</sup> Welche Implikationen die hier dargestellten Ergebnisse darüber hinaus für eine politische Bildungsarbeit beinhalten, ist ebenfalls eine Frage, die dringend zu diskutieren wäre.

64 Ebenda, S. 7.

65 Vgl. Welzer (Hrsg.), *Der Krieg der Erinnerung*; s. a. die Beiträge von Claudia Lenz und Lars Breuer in diesem Band.

66 Vgl. hierzu auch Späti, *Kontinuität*, S. 432.

## „Man glaubte ja, dass Schluss ist damit ...“

### Judenverfolgung und Antisemitismus in der dänischen Familienerinnerung

In den letzten Jahrzehnten haben sich um die Rettung der dänischen Juden vor dem Zugriff der Deutschen im Oktober 1943 immer wieder Legenden gebildet. Vor allem in den USA und in Israel wurde die Rolle der Dänen – z. T. unter Verweis auf ihren „speziellen Charakter“<sup>1</sup> – mythisch überhöht. Die Darstellung der Rettungsaktion als „unbegreifliches Licht in der hoffnungslosen Dunkelheit des Holocaust“<sup>2</sup> kann allerdings aufgrund der Tatsache, dass 7000 der etwa 7500 in Dänemark lebenden Juden nach Schweden flüchten konnten, kaum erstaunen. Nur knapp 500 Juden wurden aus Dänemark deportiert, von denen etwa 50 in nationalsozialistischen Konzentrationslagern umkamen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es eher verwunderlich, dass die Flucht nach Schweden in der dänischen Erinnerung jahrzehntelang nur eine marginale Rolle spielte. Eine Erklärung dafür mag in der „Provinzialisierung“<sup>3</sup> der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zu suchen sein: Wird in Dänemark vom Zweiten Weltkrieg gesprochen, so sind damit fast immer Ereignisse gemeint, die außerhalb des Landes stattfanden. Die Begebenheiten im eigenen Land werden dagegen fast ausschließlich mit dem Begriff „Besatzungszeit“ bezeichnet, der sich auf die Periode zwischen dem deutschen Überfall im April 1940 und der Befreiung im Mai 1945

- 1 Leni Yahil, *The Rescue of Danish Jewry: Test of a Democracy*, Philadelphia 1969, hier S. XVIII, spricht vom „speziellen Charakter und dem moralischen Format des dänischen Volkes und ihrer Liebe zu Demokratie und Freiheit“.
- 2 Zu den unterschiedlichen Perspektiven vgl. Sofie Lene Bak, *Forfølgelsen af de danske jøder. Forestillinger om oktober 1943 i forskning og offentlighed*, Kopenhagen 2001, hier S. 152 ff.
- 3 Claus Bryld/Anette Warring, *Besættelsestiden som kollektiv erindring, Historie- og traditionsforvaltning af og besættelse*, Roskilde 1998, S. 42.

begrenzt. In der nationalen Perspektive spielte – ähnlich wie auch in anderen von Deutschland besetzten Ländern – das Schicksal der Juden nur eine untergeordnete Rolle.

In den letzten 15 Jahren ist diese Binnenperspektive – die zugleich den politischen Nachkriegskonsens Dänemarks beschrieb – in vielfacher Hinsicht erweitert und diversifiziert worden. Nicht zuletzt im Zuge einer Kosmopolitisierung der Erinnerung<sup>4</sup> wurde die Rettung der dänischen Juden seit etwa Mitte der 1990er-Jahre auch Bestandteil der regierungsoffiziellen Erinnerungsfeiern.<sup>5</sup> Dennoch blieb die Darstellung des Schicksals der dänischen Juden weitgehend am nationalen Deutungskontext orientiert und als Fluchtgeschichte ebenfalls „provinzialisiert“. Charakteristisch dafür ist die Aussage des renommierten dänischen Zeithistorikers Hans Kirchhoff: „Trotz des tiefen Grabens zwischen Kollaborations- und Widerstandsperspektive, jenseits aller kühlen Überlegungen, Demütigungen und opportunistischen Verhaltensweisen symbolisiert der Oktober 43 in der kollektiven Erinnerung den großen Einsatz, der alle Dänen in ihrer Hilfe für die über 7000 Landsleute in Not vereinigte, von den Politikern auf Christiansborg bis zum Studenten auf dem Fahrrad und zu den Fischern auf dem Meer.“<sup>6</sup>

Das in ganz Westeuropa zu beobachtende Aufbrechen der bisher vorherrschenden patriotischen Gemeinschaftsnarrative sowie die Debatten über Kollaboration und Mittäterschaft der eigenen Bevölkerung<sup>7</sup> haben in Dänemark weit weniger die Öffentlichkeit berührt als in anderen ehemals von den Deutschen besetzten Ländern. Anders als etwa in der Schweiz oder in Österreich<sup>8</sup> setzte die Regierung keine Historikerkommission ein, um die Rolle Dänemarks während des Zweiten Weltkriegs zu untersuchen.<sup>9</sup> Allerdings war bereits 1959 auf Initiative des Parlaments eine „Vereinigung für die Veröffentlichung zur dänischen Zeitgeschichte“ (DNH) gegründet worden, deren Mitglieder bis weit in die 1990er-Jahre hinein in vielen

4 Vgl. Daniel Levy/Natan Sznaider, *Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust*, Frankfurt a. M. 2001.

5 Vgl. Bryld/Warring, *Besættelsestiden*, S. 142 ff.

6 Hans Kirchhoff (Hrsg.), *Nyt lys over oktober 1943*, Odense 2002, S. 9.

7 Vgl. u. a. Pieter Lagrou, *The Legacy of Nazi-occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965*, Cambridge 2000.

8 Vgl. die Beiträge von Nicole Burgermeister und Margit Reiter in diesem Band.

9 Im Jahr 2000 wurde eine Kommission zur Untersuchung der dänischen Flüchtlingspolitik eingesetzt.

Bereichen die nahezu Einzigsten waren, denen der Zugang zu den Archiven gewährt wurde.<sup>10</sup>

Nichtsdestotrotz hat die historische Forschung in den letzten Jahren auch in Dänemark ein immer differenzierteres Bild unterschiedlicher Aspekte der Besatzungszeit gezeichnet. Über die Forschungsergebnisse wird häufig in den dänischen Medien berichtet. Die Öffentlichkeit allerdings reagiert darauf nicht selten mit starker Ablehnung.<sup>11</sup>

Im Rahmen des Projektes „Vergleichende Tradierungsforschung“ am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, das die Familienerinnerung in sechs europäischen Staaten vergleichend analysierte, wurden von Oktober 2002 bis März 2005 in 20 dänischen Familien insgesamt 60 Einzelinterviews sowie 20 Familiengespräche geführt.<sup>12</sup> Das Projekt knüpfte an die Studie zur Tradierung von Geschichtsbewusstsein im wiedervereinigten Deutschland am Psychologischen Institut der Universität Hannover an. Ein wesentliches Ergebnis dieser Untersuchung war die Erkenntnis, dass das offizielle Gedenken an den Holocaust sich nicht mit der privaten Erinnerungskultur deckt und in der deutschen Familienerinnerung nur eine sehr marginale Rolle spielt.<sup>13</sup>

In diesem Beitrag soll anhand der in Dänemark geführten Interviews der Frage nachgegangen werden, wie in der dänischen Familienerinnerung über die Judenverfolgung gesprochen wird. Dabei, so die These, lassen sich zweierlei Narrative ausmachen – ein jüdisches und ein dänisches.

10 Vgl. Bryld/Warring, *Besættelsestiden*, S. 195 ff.; Vilhjálmur Örn Vilhjálmsson/Bent Blüdnikow, *Rescue, Expulsion, and Collaboration: Denmark's Difficulties with its World War II Past*, in: *Jewish Political Studies Review* 18 (2006), 3–4, (<http://www.jcpa.org/phas/phas-vilhjalmsson-f06.htm>).

11 Dies betrifft vor allem Forschungsergebnisse, die das positive Selbstbild der Dänen von der Besatzungszeit zu bedrohen scheinen, wie etwa die Untersuchung über die schlechte Behandlung deutscher Flüchtlinge nach Kriegsende, vgl. den Fernsehbeitrag „Kun en tysker“ am 8. 1. 2003 auf DR1, basierend auf Kirsten Lyloff, *Kan lægeløftet gradbøjes? Dødsfald blandt og lægehjælp til de tyske flygtninge i Danmark 1945*, in: *Historisk Tidsskrift* 1 (1999), S. 33–67.

12 In jeder der 20 Familien wurden jeweils Einzelinterviews mit Angehörigen der Zeitzeugen-, Kinder- und Enkelgeneration sowie ein Familiengespräch mit allen drei Teilnehmern geführt. Zu den Ergebnissen vgl. Harald Welzer (Hrsg.), *Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis*, Frankfurt a. M. 2007.

13 Vgl. Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschugnall, *Opa war kein Nazi*, Frankfurt a. M. 2002.

## Sprechen über den Holocaust

Generell lässt sich sagen, dass die Judenverfolgung in den Interviews keinen zentralen Stellenwert einnahm. Andere Themenbereiche, wie etwa die dänische Widerstandsbewegung, waren hingegen wesentlich präsenter. Eine einfache Auszählung der Begriffe „Jude“ oder „jüdisch“ – in allen denkbaren Wortkombinationen – macht dies deutlich; sie werden im gesamten Material durchschnittlich knapp fünf Mal pro Interview genannt (insgesamt 380 Mal), in nahezu der Hälfte der Interviews allerdings finden sie keinerlei Erwähnung. Die Termini, die das Schicksal der Juden genauer fassen wie „Holocaust“ oder „Judenverfolgung“, kommen nur 87 Mal vor. Hingegen wird der Begriff „Widerstand“ im Schnitt fast acht Mal pro Interview genannt (insgesamt 636 Mal).

Abgesehen von knappen und oberflächlichen Aussagen über die Schrecken des Holocaust oder auch des Krieges wird das Thema Judenverfolgung häufig erst durch die Interviewer angesprochen, wenn sie im Rahmen des Gesprächs, ebenso wie bei anderen Themenkomplexen auch, nachfragen, ob es in der Familie Erzählungen zur Judenverfolgung gibt. Dabei zeigte sich, dass das Thema nur in jenen Familien eine Rolle spielt, in denen Juden zum persönlichen Umfeld gehörten bzw. heute gehören. Doch auch in den anderen Familien herrschte offensichtlich ein Bedürfnis, die unterstellten Erwartungen der Interviewer zu bedienen und etwas zum Thema Judenverfolgung zu erzählen. In den Antworten wird daher anstelle der Familienerinnerung häufig auf Mediendarstellungen zurückgegriffen, wie der Auszug aus dem Interview mit der 33-jährigen Sussi Jones zeigt:

Interviewerin: Hast du eigentlich was erzählt bekommen über die Judenverfolgungen?

Sussi Jones: Also von meinen Großeltern?

Interviewerin: Oder generell, oder von deiner eigenen Mutter oder deinem Vater?

Sussi Jones: Ähm, also ich hab ja in der Schule was darüber gelernt. Und dann wieder Matador, nich' / Ja. /... es gibt auch einen anderen Film, ich glaube tatsächlich, es sind meist die Filme, die mich beeindruckt haben / Ja.<sup>14</sup>

14 DK F13 E, 148–151. Die Notation bezieht sich auf Gespräche des Projekts „Vergleichen-de Tadierungsforschung“. DK steht für Dänemark, die auf das F folgende Zahl gibt die Nummer der Familie an, der dann folgende Buchstabe gibt die Generation bzw. den



Sussi Jones bezieht sich auf die dänische Fernsehserie *Matador*, die eine enorme Wirkung auf das Bild der Besatzungszeit besonders in der Kinder- und Enkelgeneration hat. Für die 33-Jährige scheint die Serie einen adäquaten Ersatz für die offensichtlich nicht vorhandene Familienerinnerung über die Judenverfolgung darzustellen. Doch auch in dieser überaus populären Serie, die das Leben einer fiktiven dänischen Kleinstadt von 1929 bis 1947 beschreibt, kommt die Judenverfolgung nur am Rande vor.<sup>15</sup> Die unspezifische Erwähnung von „einem Film“ ist häufig anzutreffen. Zwar kann Sussi Jones sich nicht an konkrete Filmtitel erinnern, sie beschreibt aber im Folgenden eine Filmszene, in der es um die Selektionen an der Rampe des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau geht. Woher sie diese fast schon als ikonisch zu bezeichnende Szene kennt, vermag sie nicht zu sagen. Vermutlich handelt es sich um eine Sequenz aus dem Film *Schindlers Liste*.

## Zweierlei Geschichten

Die Judenverfolgung scheint ein Thema zu sein, das von vielen Dänen nicht als Teil der eigenen Geschichte betrachtet wird, sondern als die Geschichte der „Anderen“, also der Juden. Dennoch findet eine Art narrativer Angleichung an den Holocaust statt: Viele Geschichten aus der Familienerinnerung, in denen Juden explizit nicht vorkommen, enthalten narrative Elemente, die aus Darstellungen der Judenverfolgung stammen. Dies geschieht zum einen durch häufig diffuse Verweise auf Medienproduktionen, zum anderen aber auch durch Erzählungen, die auf bestimmte anschlussfähige Begriffe zurückgreifen, die unspezifisch verwendet werden, wie vor allem „Lager“ und „Flucht“.

Die relativ häufig verwendeten Begriffe „Lager“, „Konzentrationslager“ oder „KZ“ bezeichnen keineswegs nur nationalsozialistische Konzentrationslager im engeren Sinne, sondern werden häufig unscharf verwendet. Dadurch werden

Interviewtyp an (Z= Zeitzeuge, K= Kind, E= Enkel, FG= Familiengespräch). Die Zahlen am Ende verweisen auf die entsprechenden Absätze im Interviewtranskript. Die Altersangaben beziehen sich stets auf den Zeitpunkt des Interviews. Das Material befindet sich im Kulturwissenschaftlichen Institut Essen.

- 15 *Matador* kann durchaus als „master narrative“ der dänischen Besatzungszeit angesehen werden, vgl. Ulrik Grubb/Karl-Johann Hemmersamm/Jørgen Riskær Jørgensen, *Matador – den vellykkede historiske fiktion*, in: Netmagasinet Historie-nu.dk (<http://www.historie-nu.dk/matador1.pdf>).

jedoch gleichzeitig Assoziationen mit der Judenverfolgung hergestellt. So entgegnet der 1966 geborene Jens Sørensen auf die Frage, ob er etwas über die Judenverfolgung erzählt bekommen habe:

Nein, die Judenverfolgungen, die habe ich ja aus dem Fernsehen und aus der Schule, aber das war nichts, was wir besonders viel gemacht haben. Nein, gar nicht, nein. Ähm ...

Interviewerin: Also das ist nicht, was sie erzählt haben – deine Großeltern?

Jens Sørensen: Nein, das ist es nicht. Nein, nein ... Die haben natürlich etwas darüber erzählt, dass ... die dänischen Soldaten festgesetzt wurden in Frøslev.<sup>16</sup>

Auch in dieser Familie war die Judenverfolgung kein Gesprächsthema. Als die Interviewerin jedoch noch ein zweites Mal nach Familienerzählungen entsprechenden Inhalts fragt, erzählt Jens Sørensen über das Lager Frøslev. Das Polizeigefangenenlager wurde – einem Wunsch der dänischen Behörden entsprechend – im August 1944 von der deutschen Besatzungsmacht nahe der deutschen Grenze errichtet. Dänische Gefangene sollten nicht mehr in Konzentrationslager außerhalb Dänemarks deportiert werden. Bei den „Soldaten“, die Jens Sørensen erwähnt, handelt es sich höchstwahrscheinlich um Polizisten.<sup>17</sup> Dass Frøslev als das bekannteste dänische Lager in den Erzählungen eine besondere Rolle spielt, erstaunt nicht. Bemerkenswert ist jedoch, dass ausgerechnet dieses Lager in mehreren Interviews als das Beispiel für die unfassbaren Schrecken der Konzentrationslager genannt wird.<sup>18</sup> So wird Frøslev auch immer wieder mit der Judenverfolgung assoziiert, obwohl dort nie jüdische Häftlinge waren.<sup>19</sup> Die Assoziationen werden mit dem

16 DK F15 E, 90–92.

17 Als die dänische Polizei im September 1944 nach über vier Jahren Zusammenarbeit mit den Deutschen aufgelöst wurde, stellten deren Angehörige einen Großteil der Häftlinge in Frøslev. Zu den Besonderheiten des Lagers gehörte, dass die Lagerverwaltung ausschließlich in den Händen der zivilen dänischen Gefängnisverwaltung lag. Die Haftbedingungen in Frøslev waren vergleichsweise gut.

18 Vgl. u. a. DK F08 FG, 580–584.

19 Die dänischen Juden waren 1943 ins Ghetto Theresienstadt deportiert worden, zahlreiche inhaftierte Kommunisten in das KZ Stutthof. Weitere Deportationen erfolgten in die KZ Ravensbrück, Neuengamme, Dachau und Sachsenhausen. Dem Wunsch, die bereits dorthin Deportierten ebenfalls nach Frøslev zu bringen, wurde allerdings nicht entsprochen, vgl. Niels Arne Sørensen, Frøslevlejren, in: Hans Kirchhoff/John T. Lauridsen/Aage Trommer (Hrsg.), Gads Leksikon om dansk besættelsestid, Kopenhagen 2002, S. 177 ff.

unscharfen Begriff „Lager“ transportiert, der gewissermaßen als Brücke zwischen zwei verschiedenen Narrativen dient – der dänischen Besatzungszeit, die auch Teil der Familienerinnerung ist, und der Geschichte der Judenverfolgung, die darin gerade nicht vorkommt. Entscheidend für das Funktionieren solcher Brücken ist, neben der Verwendung mehrdeutiger Begriffe, das sogenannte leere Sprechen, d. h. eine Redeweise, in der weder die Akteure noch die Vorgänge konkret benannt werden, sondern Bezeichnungen wie „die da“ oder „so was“ vorherrschend sind.<sup>20</sup> So erzählt Karin Esman (Jahrgang 1948) auf die Frage nach Erinnerungen an die Judenverfolgung, dass sie bei ihrer Arbeit in einem Ärztehaus „ein paar“ getroffen habe, die „durch die Zeit gezeichnet“ waren und wiederholt Albträume gehabt hätten. Die Interviewerin schließt aus dieser unkonkreten Erzählung, dass es sich um traumatisierte jüdische Überlebende handeln müsse. Erst nach zweifacher Nachfrage macht Karin Esman deutlich, dass Angehörige der dänischen Polizei gemeint waren.<sup>21</sup>

## Holocaust als Fluchtgeschichte

Unter der Chiffre „Oktober 43“ gehört die Flucht der dänischen Juden nach Schweden in Dänemark mittlerweile zum kanonischen Wissen über die Besatzungszeit. Dies schlägt sich auch in den Interviews nieder: Dort finden sich mehrere Aussagen, die angeben, zwar von der Flucht nach Schweden schon während der Besatzungszeit gewusst, von Deportationen und damit von der systematischen Judenvernichtung jedoch erst nach dem Krieg erfahren zu haben.<sup>22</sup> Detaillierte Geschichten oder gar persönliche Erzählungen tauchen auch hier nur bei Familien auf, die selbst jüdische Angehörige oder Freunde hatten oder in denen es einen anderen Bezug zur Rettungsaktion gibt.

Zudem ist das Sprechen über „Flucht“ in den Interviews keineswegs immer eindeutig auf den „Oktober 43“ bezogen. Ähnlich wie beim Begriff „Lager“ bieten sich auch hier vielfältige Assoziationen und Verknüpfungen an. So wird in mehreren

20 Vgl. Welzer u. a., Opa war kein Nazi, S. 159 ff.

21 Vgl. DK F13 K, 105–110.

22 Vgl. u. a. DK F08 Z, 117–102.

Gesprächen die Situation deutscher Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten thematisiert, die nach Kriegsende von den Alliierten u. a. in Dänemark untergebracht wurden. Diese Fluchtgeschichten – in denen es dem Kontext nach eindeutig nicht um jüdische Schicksale geht – sind meist auffallend vage formuliert und wiederum von leerem Sprechen geprägt. Über die Interpretation dieser Unklarheit findet in einigen Fällen – manchmal auch im Zusammenwirken mehrerer Sprecher – eine Umdeutung der nicht eindeutig benannten Akteure in flüchtende Juden statt.

Die 84-jährige Ida Svendsen erzählt im Familiengespräch von „solchen Flüchtlingen“, die in Massen aus Deutschland nach Dänemark kamen, und beschreibt die „elende Verfassung“, in der sie sich befanden. Sowohl ihre 56-jährige Tochter Karin Esman als auch die Interviewerin fragen daraufhin mehrmals nach, um welche Flüchtlinge es sich denn eigentlich handelte, ob es Deutsche, ob diese Soldaten oder Zivilisten waren. Obwohl im Verlauf des Gespräches deutlich wird, dass deutsche Flüchtlinge gemeint sind, die 1945 nach Dänemark kamen, fragt Karin Esman noch einmal explizit bei ihrer Mutter nach, ob „das Juden waren“. Daraufhin gibt Mutter Ida die etwas merkwürdig anmutende Antwort: „Ja, das waren Juden, nahezu.“<sup>23</sup>

In einem anderen Familiengespräch ist es eine Zeitzeugin, die solch eine Umdeutung vornimmt: Als der 56-jährige Peter Jørgensen und seine 24-jährige Tochter Birgitte Geschichten über nach Dänemark flüchtende Deutsche gegen Kriegsende 1945 austauschen, fallen dabei die Wörter „Segelboot“ und „Schweden“. Damit ist für Peters Mutter Dagny (geboren 1914) sofort klar, dass es sich bei den erwähnten Flüchtlingen um aus Dänemark flüchtende Juden handeln musste – ein Missverständnis, das im folgenden Gespräch nur mühsam aufgeklärt werden kann.<sup>24</sup>

Ob diese Umdeutungen eine spezifische Funktion haben, lässt sich auf Grundlage der Beispiele nicht eindeutig klären. Die Art und Weise, wie sie vollzogen werden, deutet jedoch auf eine Übertragung narrativer Elemente aus (auch massenmedialen) Holocaustdarstellungen auf andere Kontexte hin: Vorhandene, in der Familienerinnerung präsente Geschichten werden aus ihrem Kontext herausgelöst, durch vage Formulierungen und leeres Sprechen verwischt und dann in einen

23 DK F13 FG, 143–147. Eine mögliche Interpretation ist, dass es Ida unmöglich erscheint, ihr Mitleid mit deutschen Flüchtlingen zu artikulieren, und sie diese deshalb „zu Juden macht“.

24 DK F07 FG, 290–316.

vermeintlich jüdischen Kontext wieder eingefügt. Auch wenn die Identifikation mit jüdischen Opfern leichter zu fallen scheint als die mit deutschen Opfern, ist doch deutlich, dass es mitnichten um das Schicksal konkreter Juden geht – denn diese sind als solche in den Erzählungen eben gerade nicht präsent. Es ist zu vermuten, dass es nicht um die eigene Geschichte geht, sondern um die Erlebnisse und die Situation „Anderer“, und dass die angenommene Differenz zum „Anderen“ die Unterschiede zwischen Deutschen und Juden verwischt.

Wie wenig Bedeutung das Schicksal von Juden oft hatte, wenn diese nicht zum engeren persönlichen Umfeld der Zeitzeugen gehörten, zeigen zahlreiche Erzählungen über Juden, die „einfach verschwanden“. So berichtet beispielsweise die 1920 geborene Ella Hastrup: „Ich habe auch eine Schulkameradin aus dieser Zeit, [...] ich dachte ja nicht darüber nach, dass sie Jüdin war, sie verschwand dann eine Zeit lang, [...] aber sie verschwand für eine Zeit lang, und ich dachte nicht so besonders darüber nach, es gab doch einige, die manchmal verschwanden, aber die kamen ja wieder.“<sup>25</sup>

Analog zu der auch in anderen Ländern – allen voran in Norwegen<sup>26</sup> – gängigen Darstellung scheint das Verschwinden der Juden aus dem eigenen Umfeld weder Ursache, Vorgeschichte noch irgendwelche Folgen zu haben. Über das bloße Phänomen des Verschwindens hinaus besteht offensichtlich kaum ein Interesse am Schicksal der Juden. Bemerkenswert ist Ella Hastrups Formulierung „für eine Zeit lang“: Die Tatsache, dass 98 % der im Oktober 1943 aus Dänemark geflüchteten oder deportierten Juden zurückkehren konnten, markiert einen eklatanten Unterschied zu anderen Ländern, in denen die meisten deportierten Juden ermordet wurden. Diese Besonderheit scheint Ella Hastrup jedoch nicht bewusst zu sein. Für sie war wohl immer klar, dass die Juden nur vorübergehend „verschwinden“ – was sie angesichts der Wirren der Zeit vermutlich noch nicht einmal als etwas Außergewöhnliches wahrgenommen hat.<sup>27</sup>

25 DK F19 Z, 58.

26 Vgl. dazu den Beitrag von Claudia Lenz in diesem Band.

27 Dieser Unterschied wird nur in einem einzigen Interview kritisch reflektiert, und zwar von der 53-jährigen Eva Riis, der Tochter einer Norwegerin, die mit einem dänischen Juden verheiratet ist. Vgl. DK F03 K, 106. Eva Riis geht an anderer Stelle in ihrem Interview auch auf die besonderen Bedingungen für dänische Häftlinge im Ghetto Theresienstadt ein, vgl. DK F03 K, 74-76.

## Exkurs: Die vergessenen Flüchtlinge

Die Periode unmittelbar vor Beginn der deutschen Besatzung, insbesondere die damalige Flüchtlingspolitik, war lange Zeit in der dänischen Historiografie kaum ein Thema. Ergebnisse erster Untersuchungen über die Schicksale von „Hitler-Flüchtlingen“ in Dänemark erschienen in den 1990er-Jahren.<sup>28</sup> Sie lösten eine öffentliche Debatte aus, die schließlich dazu führte, dass die Regierung im Februar 2000 eine Historikerkommission zur Untersuchung der dänischen Flüchtlingspolitik einsetzte, die inzwischen ihre Resultate vorgelegt hat.<sup>29</sup>

In den 1930er-Jahren verfolgte Dänemark – wie auch andere europäische Staaten, insbesondere Schweden und die Schweiz – eine immer restriktivere Flüchtlingspolitik. Bereits 1934 wurde das „Fremdengesetz“ verschärft, um Ausweisungen zu erleichtern. Ab 1938 zielten die Maßnahmen vor allem darauf, Juden auszuweisen, die bereits in Dänemark lebten. Spätestens seit Kriegsbeginn 1939 sollte jegliche Einwanderung von Juden nach Dänemark verhindert werden. Diese Politik basierte auf einem parteiübergreifenden politischen Konsens, Antisemitismus kann dabei zumindest „als unterstützender Faktor nicht ausgeschlossen“ werden.<sup>30</sup> Im Juni 1940 hielten sich schätzungsweise 200 „staatenlose“ Juden in Dänemark auf,<sup>31</sup> wie viele zuvor abgewiesen wurden und später der Verfolgung zum Opfer fielen, lässt sich nicht mehr eindeutig feststellen. Aus der Zeit nach Beginn der Besatzung sind mindestens zwölf solcher Fälle ausführlich dokumentiert.<sup>32</sup> In den Interviews wird dieser Themenkomplex nur ein einziges Mal erwähnt, als Eva Riis vom Großvater

28 Vgl. Bent Blüdnikow, *Som om de slet ikke eksisterede*, Kopenhagen 1991; Leif Larsen/Thomas Clausen, *De forrædte. Tyske Hitler-flygtninge i Danmark*, Kopenhagen 1997; Vilhjálmur Örn Vilhjálmsson, *Vi har ikke brug for 70 000 jøder*, in: Rambam. Tidsskrift for jødisk kultur og forskning 7 (1998), S. 41–56; Lone Rünitz, *Danmark og die jødiske flygtninge 1933–1940. En bog om flygtninge og meneskerettigheder*, Kopenhagen 2000.

29 Vgl. u. a. Hans Kirchhoff, *Et menneske uden pas er ikke noget menneske. Danmark i den internationale flygtningepolitik 1933–1939*, Odense 2005; Lone Rünitz, *Af hensyn til konsekvenserne. Danmark og flygtningespørgsmålet 1933–1940*, Odense 2005.

30 Vgl. Rünitz, *Danmark*, S. 231 f.

31 Larsen/Clausen, *De forrædte*, S. 203.

32 Vgl. Vilhjálmur Örn Vilhjálmsson, *Medaljens Bagside: Jødiske flygtningeskæbner i Danmark 1933–1945*, Kopenhagen 2005. Angesichts der bisherigen offiziellen Angabe von etwa 50 in deutschen Konzentrationslagern getöteten dänischen Juden ist diese Zahl nicht unbedeutend.

ihres Mannes erzählt, der als Staatenloser von der dänischen Fremdenpolizei „einfach hinausgejagt“ wurde und danach glücklicherweise noch „das letzte Schiff nach Palästina“ erreichte.<sup>33</sup>

## Dänische Retter

Der „Oktober 43“ ist zwar in vergleichsweise vielen Familien Gegenstand von Erzählungen, jedoch selten als Teil der Verfolgung der dänischen Juden, sondern meist als Teil der Geschichte über den dänischen Widerstand; im Vordergrund steht die Rettungsaktion. Mit der Figur der dänischen Retter als Helden wird der Oktober 43 zu einem Teil der eigenen Geschichte. Die Identifikation mit den Helden scheint oft sowohl Motivation für das Erzählen der Geschichten als auch eine Bestätigung des positiven Selbstbildes zu sein. Exemplarisch dafür steht die Familie Istrup, in der ausführlich über die Frage diskutiert wird, ob ein entfernter Verwandter an der Rettungsaktion beteiligt war und wie sein Einsatz zu bewerten ist. Die 76-jährige Margrethe Istrup berichtet – erst auf Nachfrage – von einem ihrer Onkel, der daran beteiligt gewesen sein soll, Juden nach Schweden zu bringen. Ihre Erzählung klingt recht skeptisch; mehrmals wiederholt sie, sie könne sich eigentlich nicht vorstellen, dass er selbst an der Rettungsaktion beteiligt war.<sup>34</sup> Ihre Tochter, die 54-jährige Birthe Ranum, kommt hingegen gleich zu Beginn ihres Interviews auf den Mann zu sprechen, den sie ebenfalls „Onkel“ nennt: „Er war sehr krank und trotzdem brachte er Juden rüber. [...] Das war nichts, worüber man redete, es war einfach etwas, was man gemacht hatte – selbstverständlich. Wenn man einen kleinen Fischkutter hatte, dann tat ... oder ein Fischerboot oder so etwas ... dann tat man so etwas.“<sup>35</sup>

Für Birthe Ranum ist der „Onkel“ eindeutig ein Held. Für sie steht fest, dass er an der Rettungsaktion persönlich beteiligt war. Als die Interviewerin später noch einmal explizit nachfragt, ob sie stolz sei, einen Retter in der Familie zu haben, verneint sie dies vehement und verweist erneut darauf, wie selbstverständlich der

33 Vgl. DK F03 K, 76.

34 DK F14 Z 155–159.

35 DK F14 K, 7–9.

„Onkel“ in ihren Augen handelte.<sup>36</sup> Auch Birthes 18-jährige Tochter Julie Ranum erwähnt den „Onkel“, reflektiert aber zugleich darüber, wie entfernt das Verwandtschaftsverhältnis zu ihm eigentlich ist. Das ändert jedoch nichts an ihrem Stolz, einen solchen Retter in der Familie zu wissen.<sup>37</sup>

Im Familiengespräch schließlich, in dem die drei miteinander diskutieren, wird das Thema von Enkelin Julie angesprochen, die ebenfalls ihrem Stolz über den Familienhelden Ausdruck verleiht. Ihre Großmutter reagiert darauf erneut sehr reserviert. Als sie sich darüber austauschen, was sie über den „Onkel“ erzählt bekommen haben, werden sich die drei schnell einig, dass der „Onkel“ sein Boot lediglich an andere Fischer verliehen hatte, weil er selbst zu große Angst hatte, Juden nach Schweden zu bringen. Bemerkenswerterweise ändert dieser Befund jedoch bei keiner der drei etwas an der jeweiligen Bewertung des „Onkels“. Julie ist weiterhin stolz, denn schon das Verleihen des Bootes sei nicht selbstverständlich gewesen. Ihre Mutter Birthe betont erneut die Selbstverständlichkeit seines Handelns, allerdings gerät die Krankheit des „Onkels“ nun zur Entschuldigung. Oma Margrethe schließlich fühlt sich in ihrer Skepsis bestätigt, stimmt aber letztlich in die positive Bewertung ihrer Enkelin mit ein.<sup>38</sup>

Julie sieht sich mit einem moralischen Dilemma konfrontiert: Sie macht sich Gedanken darüber, dass die Fischer von den Juden für die Überfahrten teilweise sehr hohe Geldbeträge verlangten. Mit diesem Verdacht der Bereicherung steht und fällt jedoch die Integrität ihres Familienhelden. Julie findet es zwar „widerlich“, dass die Fischer Geld verlangten, rechtfertigt dies aber kurz darauf mit dem Risiko, das sie persönlich in Kauf nahmen („ihr eigenes Leben stand ja auch auf dem Spiel“). Außerdem würde sie in einer ähnlichen Situation „alles bezahlen was ich habe und mehr“, um wegzukommen.<sup>39</sup>

Eine entsprechende Debatte wurde auch in der dänischen Geschichtswissenschaft geführt.<sup>40</sup> Jahrzehntlang beherrschte die öffentliche Meinung das u. a. von Leni Yahil mitgeprägte Bild, dass das Handeln der Fischer von Selbstlosigkeit und Idealismus geprägt gewesen sei. Später wurde zwar bekannt, dass die Fischer Geld verlangten, dies wurde aber mit dem Risiko begründet, dem sie sich selber ausgesetzt

36 DK F14 K, 52–59.

37 DK F 14 E, 66.

38 DK F14 FG, 272–285.

39 DK F14 E, 73–74.

40 Für eine Übersicht vgl. Bak, Forfølgelsen, insbesondere S. 82 ff.



hatten.<sup>41</sup> 1995 veröffentlichten Rasmus Kreth und Michael Mogensen die Ergebnisse ihrer Studie, nach der das persönliche Risiko für die Fischer eher gering gewesen war.<sup>42</sup> Obgleich sie auch herausfanden, dass das Motiv der Bereicherung häufig eine Rolle spielte, werteten sie die Rettungsaktion insgesamt als „idealistischen Einsatz“.<sup>43</sup> In der Tat organisierten zahlreiche Helfer, die in lokalen „Judenkomitees“ aktiv waren, die Flucht, ohne dafür eine Bezahlung zu verlangen; in manchen Fällen wurde sogar Geld für mittellose Passagiere gesammelt.<sup>44</sup> Auch in der öffentlichen Diskussion spielt die Frage, inwieweit sich Retter an den Aktionen bereichert haben, eine zentrale Rolle. Wie exemplarisch an der Familie Istrup gezeigt wurde, steht hier die positive Identifikation mit den Rettern auf dem Spiel, die letztlich die Flucht nach Schweden erst zu einem Teil der dänischen Geschichte macht.

Die sehr unterschiedlichen Erfahrungshintergründe von Juden und Nicht-Juden, die sich auch in den Familienerinnerungen widerspiegeln, beschreibt die 19-jährige Anna Stein, deren Großeltern das Ghetto Theresienstadt überlebt haben. Sie berichtet über die Diskrepanz zwischen den Erzählungen in ihrer eigenen Familie und der ihres Freundes: „Und dann erzählen sie, dass es harte Zeiten waren, aber die hatten dann halt trotzdem das Geld für neue Möbel, echt! Und dann geht es darum, dass es den Winter so kalt war, dass sie ihre Möbel über das Eis geliefert bekamen. Also mein Opa und meine Oma kriegten also keine Möbel übers Eis geliefert, für sie ging es um ganz andere Sachen. Und wenn ich über die dänische Besatzung nachdenke, dann denke ich an zwei Gruppen.“<sup>45</sup>

Laut Anna ging es für die allermeisten Dänen darum, während der Besatzung „einen normalen Alltag zu schaffen in einer unnormalen Zeit“. Wirklichen Gefahren waren dagegen nur diejenigen ausgesetzt, die sich am Widerstand beteiligten. Das unterscheidet sie grundlegend von jenen, die der Verfolgung entkommen mussten. Die Differenz zwischen diesen beiden Narrativen ist für Anna so groß, dass sie von zwei unterschiedlichen Gruppen spricht.

41 Vgl. u. a. Henrik Dethlefsen, Ud af mørket. Den danske modstand og redningen af jøderne i oktober 1943, in: Sode-Madsen, „Føreren har befale!“ Jødeaktionen oktober 1943, Kopenhagen 1993, S. 108–136.

42 Rasmus Kreth/Michael Mogensen, Flugten til Sverige. Aktionen mod de danske jøder oktober 1943, Kopenhagen 1995.

43 Ebenda, S. 84 ff.

44 Dethlefsen, Ud af mørket, S. 125.

45 DK F03 E, 63.

## Antisemitismus ist „undänisch“

Die positive Identifikation mit der Rettungsaktion hat einen starken Einfluss auf das Selbstbild der Dänen. Durch die Rettungsaktion werden nicht nur andere Aspekte jüdischen Lebens in Dänemark ausgeblendet, sie dient auch dazu, die Bedeutung des Antisemitismus in der dänischen Gesellschaft zu verharmlosen. Antisemitismus wird pauschal mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt und damit zu etwas Fremdem gemacht, das von Außen eindringt und nichts mit der dänischen Gesellschaft zu tun hat. Dies ist allerdings kein spezifisch dänisches Phänomen. Vielmehr ist der Begriff Antisemitismus seit 1945 weltweit untrennbar rückgebunden an die nationalsozialistische Judenvernichtung. Daraus wird häufig im Umkehrschluss gefolgert, dass, wer nicht Nationalsozialist war, auch nicht antisemitisch eingestellt sein konnte. Die Verbindung ist so fest, dass der Begriff Antisemitismus selbst bei erklärten Judenfeinden jegliche Gültigkeit verloren hat.<sup>46</sup> In Dänemark ist es noch heute üblich, z. B. Formen der alltäglichen Diskriminierung von Juden verharmlosend als „kleinen Antisemitismus“ zu bezeichnen.<sup>47</sup> Selbst die Debatte, ob eine Äußerung antisemitisch ist oder nicht, wird häufig schon zum Bestandteil der antisemitischen Praxis.<sup>48</sup>

Die dänische Besonderheit liegt darin, dass aus der Rettungsaktion retrospektiv gefolgert wird, dass es in Dänemark auch vor der deutschen Besatzung keinen Antisemitismus gegeben haben kann. Dies hat auch Auswirkungen auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema: Der Antisemitismus im Dänemark der 1930er-Jahre war bis vor Kurzem ein nahezu unerforschtes Gebiet.<sup>49</sup> Inzwischen ist

46 Bernd Marin, *Antisemitismus ohne Antisemiten*, Frankfurt a. M. 2000.

47 So z. B. auch in der Dauerausstellung „Rum og Rumelighed“ des dänischen jüdischen Museums.

48 Vgl. Detlev Claussen, *Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus*, erw. Neuauflage, Frankfurt a. M. 2005, hier S. VIII. Claussen spricht in diesem Zusammenhang von einem „Ja, aber-Antisemitismus“.

49 Vgl. Sofie Lene Bak, *Dansk antisemitisme 1930–1945*, Kopenhagen 2004, hier S. 34 ff.; dies., *Historiografien om antisemitismen i Danmark i 1930erne og under besættelsen. Betragtninger over en dansk antisemitismeforskning*, in: Michael Mogensen (Hrsg.), *Antisemitisme i Danmark? (Arbejdsrapporter fra DCHF 5)*, Kopenhagen 2002, ([http://www.diis.dk/graphics/CVer/Personlige\\_CVer/Holocaust\\_and\\_Genocide/Publikationer/antisemitisme\\_danmark\\_kap\\_6.pdf](http://www.diis.dk/graphics/CVer/Personlige_CVer/Holocaust_and_Genocide/Publikationer/antisemitisme_danmark_kap_6.pdf)); Karl Christian Lammers, „Jødespørgsmålet“. Den antisemitiske diskurs i Danmark før og efter 1933, in: Mogensen, *Antisemitisme*, ([http://www.diis.dk/graphics/CVer/Personlige\\_CVer/Holocaust\\_and\\_Genocide/Publikationer/antisemitisme\\_danmark\\_kap\\_7.pdf](http://www.diis.dk/graphics/CVer/Personlige_CVer/Holocaust_and_Genocide/Publikationer/antisemitisme_danmark_kap_7.pdf)).

bekannt, dass in den 1930er-Jahren ein politischer Konsens darüber bestand, dass „Dänemark kein Judenproblem“ hat. Die Existenz einer „Judenfrage“ wurde gleichzeitig jedoch durchaus konstatiert.<sup>50</sup> Die weit verbreitete Ablehnung des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus bedeutete mithin nicht, dass es keinerlei Antisemitismus gab.<sup>51</sup>

Bei der Durchsetzung ihrer „Judenpolitik“ nahmen die Deutschen durchaus Rücksicht auf die dänischen Widerstände gegen die Judenverfolgung. Die „Judenaktion“ im Oktober 1943 stellte aus dänischer Perspektive in erster Linie ein „in Grund und Boden undänisches Ereignis“ dar, das „auf das Schärfste zurückgewiesen“ werden musste.<sup>52</sup> Die Empörung erreichte auch Kreise, die zunächst die Zusammenarbeit mit den Deutschen unterstützt hatten. Hilfe und Unterstützung für die verfolgten Juden galten als eine Art ziviler Ungehorsam gegen die Deutschen. Die Rettungsaktion wurde so insgesamt zu einem Katalysator für die dänische Widerstandsbewegung. Für viele Dänen ist dies bis heute die Perspektive, aus der der „Oktober 43“ betrachtet wird. Untersuchungen zeigen, dass die Rettungsaktion aus deutscher Sicht nicht unbedingt ein Scheitern der deutschen Deportationspläne darstellte. Vielmehr setzte die SS aus politischem Kalkül scheinbar darauf, ihr Ziel eines „judenreinen“ Dänemarks durch die de-facto-Vertreibung nach Schweden zu erreichen.<sup>53</sup>

In den dänischen Interviews finden sich – im Vergleich etwa zu Norwegen oder der Schweiz – nur wenige eindeutig antisemitische Zuschreibungen. Das mag daran liegen, dass Juden generell kaum thematisiert werden. Wenn allerdings die Rede von Juden ist, werden diese häufig als das „Andere“ markiert. Die Zuschreibung findet häufig en passant statt, ohne dass damit genauere Vorstellungen über Juden offensichtlich werden. Juden werden zwar einerseits als „Mitbürger“ angesehen, sind aber andererseits auf nicht näher definierte Art vermeintlich für jedermann von nicht-jüdischen Dänen unterscheidbar. Manchmal erfolgt die Zuschreibung „jüdisch“ auch aus einer allgemeinen Markierung von Fremdheit: So erzählt beispielsweise

50 Bak, Antisemitisme, S. 387 ff.

51 Ebenda, S. 480 ff.

52 Dethlefsen, Ud af mørket, S. 135.

53 Tatiana B. Berenstein, The historiographic treatment of the abortive attempt to deport the Danish Jews, in: Yad Vashem Studies 17 (1986), S. 181–218; Gunnar S. Poulsen, The „Bridge over the Øresund“. The Historiography on the Expulsion of the Jews from Nazi-Occupied Denmark, in: Journal of contemporary history 30 (1995) 3, S. 431–464.

die 73-jährige Esther Mathiesen von einem Trikotagenhändler, der für sie „irgendwie jüdisch“ war, einzig und allein, weil er Zarotti hieß.<sup>54</sup>

Die klare Ablehnung der nationalsozialistischen Judenverfolgung wird in zahlreichen Interviews artikuliert, dabei jedoch häufig mit Aussagen über vermeintliche Besonderheiten von Juden verknüpft. So erzählt Margrethe Istrup, dass ihr Vater oft Juden „so ein bisschen aufgezogen“ habe mit Sprüchen wie „Juden, die könnten immer an Geld kommen und so“. Als er aber von der Verhaftung eines jüdischen Bekannten erfahren habe, sei ihm das sehr nahe gegangen und er habe geweint.<sup>55</sup> Das Stereotyp vom reichen Juden wird hier als launige Bemerkung abgetan, vielleicht hatte der Vater aber auch damals mit Ironie auf das verbreitete Stereotyp reagiert. Auch Enkelin Julie Ranum greift die Geschichte auf: „Und so eine kleine Sache, wie die, dass ein Jude ein gutes Geschäft hat, dass sich das zu so viel entwickeln kann. Dass ein Mann einen Hass auf eine Rasse kriegt und dann so viele Menschen ausrotten kann.“<sup>56</sup> Das Klischee der „tüchtigen Geschäftsleute“ wird hier den Juden als Kollektiv zugeschrieben. Zudem übernimmt Julie Ranum die irri- ge Vorstellung, es gebe eine jüdische „Rasse“. Ähnliche tradierte Stereotype lassen sich bei der 1966 geborenen Maja Ibsen feststellen. Für sie hat der ökonomische Einfluss der Juden „mit ihrem Glauben zu tun“.<sup>57</sup> Allerdings dienen diese Zuschreibungen hier nicht – wie häufig in antisemitischen Diskursen – dazu, antisemitische Angriffe auf Juden zu rechtfertigen, sondern im Gegenteil, diese zu verurteilen.

Auch „den Deutschen“ wird keineswegs pauschal Antisemitismus unterstellt, vielmehr werden sie in den Interviews häufig als Verführte, als Opfer eines Systems dargestellt. Sobald es allerdings um dänische Nationalsozialisten geht, erfährt die Zuschreibung des Antisemitismus eine Ethnisierung. Zumindest lässt sich ein Bedürfnis feststellen, selbst den Antisemitismus der dänischen NS-Partei DNSAP herunterzuspielen oder ihn auf eine Einstellung Einzelner zu reduzieren.<sup>58</sup> So spricht etwa die 21-jährige Sille Antonsen über diejenigen in der Generation ihrer Großeltern, die „fasziniert waren“ vom Nationalsozialismus, „ohne dass sie dezi- diert Judenhasser waren“. Wie selbstverständlich differenziert sie zwischen der

54 Vgl. DK F 08 Z, 69; DK F 08 FG, 121.

55 DK F14 Z, 115.

56 DK F14 E, 90.

57 DK F11 E, 37.

58 Dies trifft z. T. auch für die dänische Historiografie zu, vgl. Bak, Antisemitisme, S. 484.

Begeisterung für das „smarte System“ des Nationalsozialismus und dem Antisemitismus.<sup>59</sup>

Der 1947 geborene Peter Jørgensen spricht über die dänischen SS-Freiwilligen und bezieht sich dabei auf jüngere Forschungsergebnisse, wonach die größte Gruppe der etwa 6000 Freiwilligen Anhänger des Nationalsozialismus waren.<sup>60</sup> Doch die Beweggründe, sich freiwillig zu melden, scheinen für ihn andere gewesen zu sein: „Aber rein faktisch wurden die ja dazu aufgefordert von der Regierung. Und wenn die den Kampf mehr als einen Kampf gegen den Bolschewismus sahen, aber dann hat das doch nichts damit zu tun, dass man ... meint, dass Konzentrationslager echt toll sind, nein, oder dass alles, wofür der Nationalsozialismus ... steht, gut ist.“<sup>61</sup> Tatsächlich geschah die Anwerbung mit Billigung der dänischen Regierung, die allerdings nie direkt dazu aufforderte.<sup>62</sup> Mit dem Verweis auf den „Kampf gegen den Bolschewismus“ übernimmt Peter Jørgensen wörtlich den zentralen Slogan der damaligen Anwerbekampagnen.<sup>63</sup> Auch für Peter Jørgensen scheint Antisemitismus für die Motivation der Freiwilligen keine Rolle gespielt zu haben. Vielmehr werden die dänischen SS-Freiwilligen pauschal von einer positiven Einstellung gegenüber der Judenvernichtung ausgenommen, obgleich auch dänische SS-Freiwillige sowohl in Konzentrationslagern als auch in mobilen Tötungseinheiten direkt daran beteiligt waren.<sup>64</sup> Durch diese pauschalen „Freisprüche“ wird der Antisemitismus faktisch ethnisiert: Wenn nicht einmal dänische Nationalsozialisten und SS-Freiwillige antisemitisch eingestellt waren, kann es auch heute keine dänischen Antisemiten geben – Antisemitismus wird damit im Umkehrschluss zu etwas Undänischem.

59 DK F4 E, 117.

60 Claus Bundgård Christensen/Niels Bo Poulsen/Peter Scharff Smith, *Under hagekors og Dannebrog: danskere i Waffen SS*, Kopenhagen 1998, hier S. 433.

61 DK F07 K, 84.

62 Christensen u. a., *Under hagekors*, S. 365 ff.

63 Auf den Anwerbeplakaten standen Slogans wie „Für Dänemark – gegen den Bolschewismus“ oder „Wir kämpfen für Europas Freiheit und Kultur – kämpfe mit!“, vgl. Steffen Werther, *Dänische Freiwillige in der Waffen-SS*, Berlin 2004; John T. Lauridsen, *Dansk Nazisme 1930–45 og derefter*, Kopenhagen 2002, S. 332 ff.

64 Dass es sich dabei nur um Einzelfälle handelte, lag primär an der Aufgabenverteilung der entsprechenden SS-Einheiten, nicht an der Haltung der dänischen Freiwilligen. Vgl. Christensen u. a., *Under hagekors*, S. 247 ff.; Werther, *Dänische Freiwillige*, S. 138 ff.

Antisemitische Haltungen oder gar Übergriffe werden in den Interviews meist auf ein merkwürdiges Verhalten Einzelner reduziert. So macht sich etwa der 1928 geborene Jørgen Frederiksen über seinen früheren Gymnasiallehrer, einen Vertreter der Inneren Mission, lustig. Dieser habe ihm erklärt, dass die Juden in Deutschland verfolgt würden, weil sie Jesus getötet hätten.<sup>65</sup> Der gleichaltrige Anton Hertz wuchs als Nicht-Jude bei jüdischen Pflegeeltern auf. Er erzählt, wie er mit den Kindern einer befreundeten jüdischen Familie im Ferien- und Fischerort Liseleje unterwegs war und von „so Fischerjungen“ beleidigt und mit Steinen beworfen wurde. Bemerkenswert an dieser Passage ist, dass Anton Hertz sich intensiv Gedanken über die Motive der Angreifer macht und dabei auf das „typisch jüdische“ Aussehen bzw. die „ethnisch charakteristischen“ Merkmale seiner jüdischen Freunde zu sprechen kommt.<sup>66</sup>

### Gegenwartsvergleiche: Da passiert doch dasselbe!

Vergleiche der Besatzungszeit mit Phänomenen der Gegenwart sind in Dänemark ebenso wie in anderen europäischen Ländern weit verbreitet. In den Interviews schlägt sich dies vor allem in Vergleichen mit aktuellen Kriegen und Konflikten nieder. Solche Analogien dienen dazu, die Schrecken von Krieg und Gewalt allgemein zu kritisieren, aber auch die scheinbar unveränderliche „Schlechtigkeit des Menschen“ zu demonstrieren. Im Falle des Nahostkonflikts sind Vergleiche zwischen Nationalsozialisten und Israelis ein willkommenes Vehikel, um antisemitische Vorstellungen zu transportieren.

Die Häufigkeit von Vergleichen mit gegenwärtigen militärischen Konflikten im Interviewmaterial ist auffällig. Das häufigste Beispiel in den Interviews ist der Irakkrieg. Der dänische Ministerpräsident Fogh Rasmussen hatte die umstrittene dänische Beteiligung selbst mit einem Gegenwartsvergleich begründet. Seine Rede war zugleich die erste grundsätzliche Kritik eines dänischen Ministerpräsidenten an der Politik der Zusammenarbeit mit den Deutschen während der Besatzungszeit.<sup>67</sup>

65 Vgl. DK F05 Z, 106.

66 Vgl. DK F02 Z, 82–88.

67 Vgl. Rede von Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen vom 29. August 2003 (<http://www.befrielsen1945.dk/temaer/efterkrigstiden/offentligdebat/kilder/Foghstale.pdf>).

Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien werden in den Interviews meist genannt, um eine allgemeine anthropologisierende Deutung über die Grausamkeit von Kriegen oder die Schlechtigkeit der Menschen vorzunehmen. So antwortet Jens Sørensen auf die Frage, an was ihn Filme wie die US-Fernsehserie „Holocaust“ erinnern:

Das ist diese Ungeheuerlichkeit, wo kann man ... wie man andere Menschen behandeln kann ... Also das ist doch, das ist doch ... da kann man sich gar nicht hineinversetzen, nein. Man glaubte ja tatsächlich, dass Schluss damit sei, aber das ist es nicht. In Jugoslawien ist es genau so, mit den Serben, wie heißt das, oder Muslimen und Kroaten, das ist doch ganz ... man glaubte ja, dass Schluss ist damit, nicht, doch. Aber das war es nicht. Das, was die Israelis machen mit den Palästinensern, oder umgekehrt, nicht, also / Ja.“

Interviewerin: Das geht also weiter?

Jens Sørensen: Das tut es, ja. Man kann gar nicht ... man kann gar nicht verstehen, dass ... dass ... Ruanda vor einigen Jahren, nicht. Dass die dabei bleiben können. Das fasst man nicht, nein ... nein.<sup>68</sup>

Ähnlich wie etwa in den Schweizer Gruppendiskussionen<sup>69</sup> stellt Jens Sørensen wie selbstverständlich einen Bezug vom Holocaust zu Bosnien her, jedoch nicht in Form eines Vergleiches, sondern einer Gleichsetzung. Jedoch sagt Jens Sørensen in der gesamten Passage nicht einmal, was denn „diese Ungeheuerlichkeit“ genau ausmacht. Die Entkonkretisierung, die letztlich die Gleichsetzung erst ermöglicht, ist von leerem Sprechen durchzogen („dass Schluss *damit* sei“, „ist es genau so“, „*die* dabei bleiben können“). Auch die Interviewerin stimmt mit ein („Das geht also weiter“), auch ihr scheint eine Konkretisierung nicht erforderlich zu sein. Hervorzuheben ist noch, dass Jens Sørensen nur bei einem einzigen der von ihm aufgezählten Konflikte eine klare Rollenzuweisung vornimmt („was die Israelis mit den Palästinensern machen“). Diese wird allerdings sofort wieder relativiert („oder umgekehrt“), um sich so in die allgemeine These vom „schlechten Menschen“ einzufügen.

Der arabisch-israelische Konflikt wird in mehreren Interviews als Beispiel für eine Situation genannt, in der die Gewalt sich so weit verselbstständigt hat, dass das Töten zur Normalität geworden ist. Der Vergleich mit der Zeit der deutschen

68 DK F15 E, 189–191.

69 Vgl. den Beitrag zur Schweiz in diesem Band.

Besatzung wird auf unterschiedlichen Ebenen vorgenommen, teilweise erfolgt er explizit durch die Verwendung des Begriffes „Besatzung“.<sup>70</sup> Das Charakteristische dieser Vergleiche mit dem Nahostkonflikt sind die Rollenzuweisungen und die Parallelisierungen bestimmter Akteure. So vergleicht der 1943 geborene Niels Suhr das Kräfteverhältnis und die Handlungsoptionen der damaligen dänischen Widerstandsbewegung mit der Situation heutiger palästinensischer Selbstmordattentäter. Angesichts der Aussichtslosigkeit bezeichnet er deren Vorgehen als „komplett wahnsinnig“.<sup>71</sup> Der Vergleich zwischen dem Vorgehen der Deutschen damals und den Israelis heute wird nur implizit vollzogen, die Bewertung des Konfliktes ist noch einigermaßen offen. Anders ist dies bei der 22-jährigen Lene Høeg. Ihr Vergleich mit Israel ist direkt auf den Holocaust bezogen. Auf die übliche Frage der Interviewerin nach Erzählungen über die Judenverfolgung antwortet sie zunächst mit Verweisen auf Filme und das Tagebuch der Anne Frank. Dann fährt sie fort: „Dass man aufgrund seines Blutes verurteilt und verfolgt werden kann. / Ja. Aber also dann kann man sagen, dass man nachfolgend versucht hat, das wiedergutzumachen, indem man ihnen Israel gibt, und dann ist das doch fast dasselbe, was da drüben passiert.“<sup>72</sup>

Nachdem sie von der Stigmatisierung mit „Judensternen“ und der Zerstörung jüdischer Geschäfte gesprochen hat, meint Lene Høeg, dass in Israel „fast dasselbe“ geschehe. Die Gleichsetzung erfolgt allerdings auch hier wieder mittels leeren Sprechens („*man hat versucht*“, „*was da drüben passiert*“). Bemerkenswert ist die Annahme, die Staatsgründung Israels sei quasi als „Wiedergutmachung“ für den Holocaust zu verstehen, insbesondere weil es dieses Wort in der dänischen Sprache nicht gibt: „*Wiedergutzumachen*“ ist also wörtlich zu verstehen. Zwar wird auch hier die Rollenzuweisung nicht explizit vorgenommen, dennoch macht Lene Høeg mit einem Argument aus dem Repertoire des Antizionismus deutlich, dass für sie die Israelis die Rolle der Nationalsozialisten einnehmen. Durch ihr vermeintlich äquivalentes Verhalten hätten die Israelis ihren Anspruch auf die Wiedergutmachung – gemeint ist der Staat Israel – gewissermaßen „verspielt“.

70 Vgl. DK F12 FG, 261. In diesem Fall ist es die Interviewerin, die explizit nach dem Vergleich fragt.

71 Vgl. DK F06 K, 44.

72 DK F08 E, 183.



Für den 1928 geborenen Jørgen Frederiksen sind die Israelis sogar noch schlimmer als die Nationalsozialisten: Nachdem er bereits die Besatzungszeit mit dem Vietnamkrieg, dem Apartheidregime in Südafrika und der Militärdiktatur in Griechenland verglichen hat, fragt die Interviewerin, ob solche Vergleiche auch aktuell gezogen werden könnten. Zunächst reagiert Jørgen Frederiksen mit der Feststellung, der Holocaust übe einen „ziemlich massiven Einfluss“ auf die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg aus, und fährt dann fort: „Also, die Art und Weise, wie die Deutschen sich aufgeführt haben, wovon wir gehört haben, mit Folter und so weiter ... ja aber ... das verblasst ja etwas neben dem, was man heute aus dem Nahen Osten hört / Ja./ Weil man kann sich ja nicht so richtig beschäftigen mit dem, was da unten in Israel-Palästina geschieht, ohne und einen Vergleich zu ziehen ... Und ... der fällt ja schon in manchen Fällen zum Vorteil der Deutschen aus. / Ja.“<sup>73</sup>

Selbst hier bleibt die Rollenzuweisung teilweise implizit. Zwar werden die Täter von damals – die Deutschen – explizit genannt, die Täter von heute – die Israelis – jedoch nicht. Lediglich aus dem Kontext ergibt sich eindeutig, dass für Jørgen Frederiksen die Verbrechen der Israelis die der Deutschen in den Schatten stellen. Diese Passage demonstriert eine wichtige Funktionsweise des aktuellen Antisemitismus. Dieser bedient sich einerseits häufig Andeutungen und Anspielungen anstelle konkreter Aussagen, die als antisemitisch identifizierbar und entsprechend sanktioniert wären. Andererseits ist der antisemitische Sprecher auf Bestätigung angewiesen. Rechtfertigung (das notorische „man wird ja wohl noch ...“), Rückversicherung und der Verweis auf die Zustimmung anderer sind Teil der antisemitischen Praxis.<sup>74</sup> Daher ist hier auch das Verhalten der Interviewerin von Interesse. Ihr „Ja“ kann zwar nicht ohne weiteres als inhaltliche Zustimmung gewertet werden, allerdings scheint sie der Argumentation folgen zu können. Weder fragt sie nach, wer eigentlich konkret gemeint ist, noch artikuliert sie Widerspruch gegen die Aussagen von Jørgen Frederiksen.

Der 1957 geborene Henrik Nielsen bezichtigt die Israelis eines „Missbrauchs“ der Palästinenser. Dabei versucht er, die individuellen Verhaltensmuster von Missbrauchsoptionen auf eine kollektive Ebene zu projizieren: „Die Juden, die haben fast so ein ganzes Volkstrauma [...] Die Situation der Juden heutzutage, die kannst du

73 DK F05 Z, 133.

74 Vgl. u. a. Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus, München 2004, insbes. S. 146 ff.

vergleichen mit der Psychologie in einem Kind, das Übergriffen ausgesetzt war. So wird es zu einer notwendigen Verlängerung des Kindes, das missbraucht wurde, dass es selbst zum Missbraucher wird. So wie gewissermaßen die Juden heutzutage die Missbraucher der Palästinenser sind, nicht, dass die so – es ist bloß in großen, volksmäßigen Zusammenhängen, dass es ein ganzes Volk ist, das der Verfolgung ausgesetzt war, und jetzt stehen die selbst in der Rolle des Verfolgers und unterdrücken die Palästinenser auf das Grausamste, nicht ... Es gibt andere, die würden sagen, ja, aber das sind auch Palästinenser. Das sind die, die Selbstmordattentäter sind und so weiter, nicht, aber wer zum Teufel war es denn, der kam und ihnen das Land wegnahm.“<sup>75</sup>

Die aus der antisemitischen Rhetorik bekannte Täter-Opfer-Umkehr wird hier noch zusätzlich pseudo-theoretisch begründet: Henrik Nielsen zufolge sind „die Juden“ sogar gewissermaßen gezwungen, die Grausamkeit der erlittenen Taten zu wiederholen. Daneben findet mit dem „gestohlenen Land“ noch ein Motiv des antizionistischen Antisemitismus Verwendung. Henrik Niensens Argumentation ist insofern bemerkenswert, als er – im Gegensatz zu den meisten anderen Interviewpartnern – alle Akteure klar benennt und keinerlei Deutungsspielräume offen lässt.

Der weitere Verlauf dieses Interviews demonstriert die Bedeutung der Interaktion zwischen Henrik Nielsen und der Interviewerin. Bezug nehmend auf eine Aussage der Interviewerin sagt Henrik Nielsen: „Oh, du hast gerade eben Scharon erwähnt, [...] da musste ich an die frappierende Gleichheit zwischen ihm und dann Hitler denken. Ich weiß nicht, ob du mir dabei folgen kannst / Ja /, aber das sind so Gedanken, die ich mir gemacht habe.“<sup>76</sup> Der Sprecher sucht offenbar die Zustimmung der Interviewerin, die unmittelbar erfolgt. Dermaßen bestätigt, redet er sich regelrecht in Rage und stellt den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Scharon als skrupellosen Diktator dar. Nun stimmt die Interviewerin mit einem längeren Kommentar ein, in dem sie sich unter anderem darüber echauffiert, dass Scharon wieder an die Macht kommen konnte, mit „allem, was er auf dem Gewissen hat“.<sup>77</sup> Erst nach einer längeren Replik des Interviewten wendet sich das Gespräch einem anderen Thema zu, und die Interviewerin nimmt wieder ihre professionelle Rolle ein.

75 DK F10 K, 152.

76 DK F10 K, 160. Durch einen Aufzeichnungsfehler ist die vorherige Aussage der Interviewerin, die sich auch auf Scharon bezogen haben muss, leider nicht übermittelt.

77 DK F10 K, 161.

## Demokratie als Lehre aus der Geschichte

Die Vergleiche mit aktuellen Konflikten drücken häufig auch eine Enttäuschung darüber aus, dass „der Mensch“ offensichtlich nicht in der Lage ist, „aus der Geschichte zu lernen“. Im dänischen Alltag ist es darüber hinaus üblich, politische Entscheidungen als „Lehre aus der Besatzungszeit“ zu legitimieren.<sup>78</sup> Allerdings bleibt diese „Lehre aus der Geschichte“, aber auch das häufig damit konnotierte Schlagwort „Demokratie“ in den Interviews oft völlig unbestimmt. Als die 22-jährige Amalie Frederiksen fordert, dass man „aus der Geschichte lernen“ müsse und dass es wichtig sei, „Demokratie zu haben“, fragt die Interviewerin nach, worin für sie der Zusammenhang bestehe. Amalie antwortet:

Das ist doch, dass die Leute in Deutschland, die wurden hinters Licht geführt. Und ... jetzt habe ich ein Buch gelesen, das heißt „Frühstück mit Mussolini“, wo man so ein bisschen einer deutschen Familie folgt, [...] wo man eigentlich gut verstehen kann, dass die Hitler unterstützen und so etwas. Und wo man auch einer jüdischen Familie folgt. / Ja. / Wo die dann ... wo die eigentlich vorher Freunde waren, aber wo die deutsche Familie gezwungen war, einen von der Judenfamilie zu erschießen, und sie verhöhnen und all das. Man hat ja Sympathie für die Juden, aber man kann eigentlich diese Deutschen gut verstehen, wie es ihnen ging, und sie wussten es nicht besser. Da gab es keine Debatte. Da konnte es zu keiner Debatte kommen. Wenn die Juden zum Beispiel protestierten, dann wurden sie doch erschossen ... Das taten die vielleicht auch sowieso. Also daran denke ich ... ich weiß nicht, ob man das in Verbindung mit Demokratie bringen kann aber ... das ist auf jeden Fall ein Teil ... ich denke da auch, dass ... dass es da keine Debatte gab und das war doch ... Gehirnwäsche, nich'? [...] Ich meine einfach, ich denke viel an die, auf die Art, dass es wichtig ist, dass wir lernen, dass wir Demokratie haben.<sup>79</sup>

Die Darstellung von Amalie ist über weite Strecken vage und verliert sich in leerem Sprechen („dass das passiert ist“). Dadurch verschwindet die Verantwortung für die geschilderte Tat (die Erschießung) vollständig, ja die Täter (die Deutschen)

78 Dies gilt für die Entscheidung zur Beteiligung am Irakkrieg ebenso wie etwa für die Begründung der dänischen EU-Politik.

79 DK F05 E, 44.

werden sogar noch mehrfach entschuldigt („wurden hinters Licht geführt“, „wussten es nicht besser“, „waren gezwungen“). Ein besonderes Verständnis für die Opfer besteht hingegen nicht. Der Bezug zur „Demokratie“ bleibt völlig unverständlich, der Begriff verkommt zu einer Floskel, die auf nebulöse Art das Gegenteil der beschriebenen Situation darstellt. Das drückt sich für Amalie Frederiksen dadurch aus, dass die Juden angeblich erschossen worden wären, wenn sie protestiert hätten. Dass sie auch so ermordet wurden, dass Juden unabhängig von ihrem Verhalten der Verfolgung ausgesetzt waren, findet in ihrer Argumentation keinerlei Berücksichtigung.<sup>80</sup>

An diesem Beispiel wird ein Grundmuster fast aller Gegenwartsvergleiche in den Interviews deutlich: Krieg, Gewalt und Unmenschlichkeit werden auf einer abstrakten Ebene als Antithese von Humanismus und Demokratie vorgestellt. Dabei ist es im einen Fall (Ex-Jugoslawien) die gesamte Menschheit, die noch nichts aus der Geschichte gelernt hat, im anderen Fall (Nahostkonflikt) sind es die Juden bzw. Israelis. Mehrfach werden Einschätzungen wie die von Jens Sørensen geäußert, dass „man“ heutzutage einen Völkermord, wie den an den Juden, nicht mehr zulassen würde. Zum Beleg seiner These verweist er auf die Bombardierung Serbiens und auf den Sturz Saddam Husseins und schließt mit den Sätzen: „Israel und Palästina hält man auch einigermaßen unter Kontrolle, weil man das nicht zulässt. Völkermord wieder.“<sup>81</sup>

Der Verlust an begrifflicher Trennschärfe, der sich hier am konkreten Begriff „Völkermord“ vollzieht, birgt die Gefahr einer Entkontextualisierung des Holocaust und seiner Einreihung in einen universalistischen Diskurs über Menschenrechtsverletzungen. Mit dem entsprechenden Moralüberschuss kann daraus schnell eine Warnung an die Israelis werden, nicht zu wiederholen, was ihnen (den Juden) selbst angetan wurde.

## Fazit und Ausblick

Der Stellenwert der Judenverfolgung in der dänischen Familienerinnerung ist abhängig davon, ob Juden zum persönlichen Umfeld der jeweiligen Familie gehörten. Ist eine solche Nähe zu den Opfern nicht gegeben, kommt das Schicksal der

80 DK F05 E, 45.

81 DK F15 FG, 605.

jüdischen Verfolgten in den Interviews kaum vor. Jedoch werden narrative Elemente aus Erzählungen über die Judenverfolgung auf andere Geschichten übertragen. Von größerem Interesse ist hingegen die Flucht nach Schweden im Oktober 1943, die primär als dänische Rettungsgeschichte und nicht als jüdische Verfolgungsgeschichte erinnert wird.

Als Folge der positiven Identifikation, die die Rettungsaktion ermöglicht, lassen sich Tendenzen zur Bagatellisierung und Externalisierung des Antisemitismus feststellen. Eindeutig antisemitische Stereotypisierungen und Einstellungen finden sich selten in den Aussagen über Juden während der Besatzungszeit, hingegen sind sie meist im Kontext des Nahostkonflikts präsent und stammen überwiegend aus dem Repertoire des Antizionismus.

Eine wichtige Rolle spielt in den Interviews auch die Forderung, „Lehren aus der Geschichte“ zu ziehen. Dabei bietet die Flucht der dänischen Juden 1943 eine willkommene Gelegenheit zur Entkonkretisierung des Holocaust: Da der Begriff „Judenverfolgung“ in Dänemark eher mit Flucht und Vertreibung assoziiert wird als mit systematischer Massenvernichtung, wird auch auf begrifflicher Ebene einer Gleichsetzung mit anderen Massenverbrechen Vorschub geleistet, die der Singularität des Holocaust nicht immer ausreichend gerecht wird.

Welche politischen Konsequenzen diese Tendenz haben kann, zeigt die Auseinandersetzung um den sogenannten Auschwitz-Tag, der in Dänemark seit 2002 jährlich am 27. Januar begangen wird. Federführend bei der Organisation des Programms ist die Abteilung für Holocaust- und Völkermordstudien des Dänischen Instituts für Internationale Studien (DIIS).<sup>82</sup> Unter dem Schlagwort „Völkermord“ wurden in den vergangenen Jahren neben dem Holocaust die Massenverbrechen in Bosnien, Ruanda oder Kambodscha sowie die Verbrechen des Stalinismus behandelt. Vertreter der jüdischen Gemeinde kritisierten, dass der Holocaust dabei immer mehr in den Hintergrund rücke. 2006 beschloss die Gemeinde deshalb, sich nicht an den Aktivitäten des DIIS zu beteiligen und stattdessen ein eigenes Programm zum „Auschwitz-Tag“ zu organisieren.<sup>83</sup> 2007 wurde wieder ein gemeinsames Pro-

82 Vgl. die Webseiten des DIIS ([www.folkedrab.dk](http://www.folkedrab.dk)) und ([www.diis.dk](http://www.diis.dk)).

83 Zur Debatte vgl. „Holocaust er helt enestående“, *Kristelig Dagblad* vom 14. 11. 2005; „Auschwitz-dag uden Auschwitz“, *Berlingske Tidende* vom 20. 12. 2005; Thomas Brudholm/Martin Mennecke (Hrsg.), *Erindringens fremtid. Auschwitz-dag i Danmark*, Kopenhagen 2004, sowie die Übersicht auf der DIIS-Website (<http://www.diis.dk/sw12916.asp>).

gramm gestaltet. Unter dem Motto „Vor dem Völkermord – wie kann es geschehen?“ wurden mehrere Workshops angeboten, darunter auch einer zur Abweisung jüdischer Flüchtlinge in den 1930er-Jahren.<sup>84</sup> Dieses Programm zeigt, dass es trotz der beschriebenen Fallstricke möglich ist, „Lehren aus der Geschichte“ zu ziehen.

84 Vgl. Übersicht der Workshops unter [http://www.folkedrab.dk/a-dag/temadage\\_2007/ws\\_oversight](http://www.folkedrab.dk/a-dag/temadage_2007/ws_oversight).

## Das negative Erbe

### Die NS-Nachfolgegeneration in Österreich zwischen Antisemitismus und Philosemitismus

Die familiäre und transgenerationelle Tradierung von Antisemitismus in der Nachkriegszeit ist ein in der Antisemitismus- und Gedächtnisforschung bisher weitgehend vernachlässigtes Thema. Dabei stellt sich gerade in den (wieder) aktuellen Diskussionen über Israelkritik und der Debatte um einen neuen Antisemitismus immer auch die Generationenfrage.<sup>1</sup>

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Interviews mit „Kindern von Tätern“ sowie Textanalysen von autobiografischen, journalistischen und literarischen Auseinandersetzungen um die Frage, in welcher Form Antisemitismus in mehr oder weniger NS-belasteten Familien kommuniziert und tradiert wurde und wie die Nachfolgegeneration diese familiären Prägungen verarbeitet hat. Das Hauptaugenmerk liegt einerseits auf der zweiten Generation, das heißt konkret: den Söhnen und Töchtern von Eltern, die im unterschiedlichen Ausmaß in das NS-System involviert waren. Als unmittelbare Nachkommen und aufgrund der zeitlichen und emotionalen Nähe zur NS-Zeit waren sie den familiären Tradierungen unmittelbarer und direkter ausgesetzt als vergleichsweise die nachfolgende dritte (und vierte) Generation. Auch das diskursive Umfeld war in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein anderes als heute, wo den außerfamiliären Gedächtnisträgern (Schule, Filme,

1 Margit Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah*, Innsbruck/Wien/München 2001; vgl. das (bisher unpublizierte) Kapitel „Judenbilder“ in meiner Habilitationsschrift: Margit Reiter, *Generation und Gedächtnis. Tradierung und Verarbeitung des Nationalsozialismus bei den „Kindern der Täter“*, Wien 2006, S. 327–386. Die Habilitationsschrift ist in gekürzter Fassung unter dem Titel „Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis“, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, erschienen; zur empirischen Basis vgl. ebenda, S. 23 und 317 ff.

Medien) eine immer größere Relevanz zukommt. Andererseits beziehen sich die empirischen Befunde auf Österreich, manche davon haben aber auch für Deutschland ihre Gültigkeit. Beide Staaten sind als NS-Nachfolgesellschaften zu verstehen, mit einer ähnlich gelagerten vergangenheitspolitischen und sozialpsychologischen Ausgangskonstellation. Allerdings wurde Deutschland eindeutiger als „Täterstaat“ identifiziert und musste sich entsprechend klarer positionieren (z. B. Abgrenzung vom Antisemitismus als Eintrittsbillet in die demokratische Staatenwelt), wohingegen sich in Österreich durch die Opferthese eine Möglichkeit zur Externalisierung des Nationalsozialismus bot. Ausgeklammert blieb hingegen die unbestreitbare Tatsache, dass es in Österreich eine lange antisemitische Tradition gab, die schließlich nach dem „Anschluss“ 1938 kulminierte.<sup>2</sup> Die antijüdischen Ausschreitungen im März 1938 hatten in ihrer Radikalität alles Bisherige übertroffen und demonstriert, dass zentrale ideologische Versatzstücke der NS-Ideologie, vor allem der Antisemitismus, in Österreich auf breite Zustimmung gestoßen sind. In diesem Zusammenhang kursiert ein bitteres Bonmot, wonach die Deutschen zwar „die besseren Nazis“, die Österreicher aber die „besseren Antisemiten“ gewesen seien.

## Antisemitismus nach der Shoah

Auschwitz als Synonym für die nationalsozialistische Massenvernichtung bedeutet eine, ja wohl *die* entscheidende Zäsur in der Geschichte des Antisemitismus.<sup>3</sup> Besonders in den ehemaligen Tätergesellschaften hatten sich unter dem Eindruck des ungeheuren Ausmaßes der Judenvernichtung der Nationalsozialismus und der Antisemitismus als politische Ideologie weitgehend desavouiert. In Deutschland – und in abgeschwächter und zeitlich verzögerter Form auch in Österreich – erfolgte ein normatives Antisemitismus-„Verbot“, das weniger im rechtlichen als im moralisch-politischem Sinn zu verstehen ist. Das heißt: Nach 1945 gibt es im Gegensatz zur (vor)nationalsozialistischen Zeit kaum mehr bekennende Antisemiten, weshalb

- 2 Gerhard Botz/Ivar Oxaal/Michael Pollak (Hrsg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert*, Buchloe 1990 (Neuaufgabe 2002).
- 3 Herbert A. Strauss, *Der Holocaust als Epochenscheide der Antisemitismusgeschichte: historische Diskontinuitäten*, in: Werner Bergmann/Rainer Erb (Hrsg.), *Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945*, Opladen 1990, S. 38–56.



von einem „Antisemitismus ohne Antisemiten“ (Bernd Marin) gesprochen wird. Darüber hinaus handelt es sich in gewisser Weise auch um einen „Antisemitismus ohne Juden“ (Paul Lendvai), da der Großteil der österreichischen Juden und Jüdinnen vertrieben oder ermordet wurde und der jüdische Bevölkerungsanteil in Österreich nach 1945 verschwindend gering war.<sup>4</sup>

So sehr Auschwitz eine Zäsur darstellte, so wenig war das Jahr 1945 aber auch eine „Stunde Null“, wo bisher Bestehendes und Gültiges ein für allemal ausgelöscht worden wäre. Tatsächlich war Antisemitismus in Österreich nach 1945 nicht vollkommen verschwunden, sondern er lebte in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen weiter.<sup>5</sup> Vor allem im Ehemaligen-Milieu und in rechten Kreisen existierte ein Antisemitismus als geschlossene Weltanschauung mit rassistischen Denkmustern fort.<sup>6</sup> In der katholisch geprägten österreichischen Gesellschaft kommt darüber hinaus den weiterwirkenden Traditionen des christlichen Antisemitismus große Bedeutung zu, und die österreichische Linke war ebenfalls nicht immer gegen Antisemitismus immun.<sup>7</sup> Auch in politisch wenig exponierten Bevölkerungsteilen überdauerten antisemitisch eingefärbte stereotype Vorstellungen und Klischees von „den Juden“, die tief und generationenübergreifend in das kollektive Unbewusste der österreichischen Gesellschaft eingesickert sind.<sup>8</sup> Insgesamt hat sich gezeigt, dass das normative Antisemitismus-„Verbot“ in Österreich nicht in dem Maße internalisiert worden war wie vergleichsweise in Deutschland und man mit großer Unbefangenheit agierte, wobei es in dieser Frage kaum Diskrepanzen zwischen den politischen und kommunikativen Eliten und der breiten Bevölkerung gab.<sup>9</sup> In Anlehnung an

4 Bernd Marin, *Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder*, Frankfurt a. M./New York 2000, S. 107 ff.

5 Vgl. Heinz Wassermann (Hrsg.), *Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung*, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002; Leopold Spira, *Feindbild „Jud“*. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich, Wien 1981.

6 Wolfgang Neugebauer, *Antisemitismus und Rechtsextremismus nach 1945: alte Stereotype – neue Propagandamuster*, in: *Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen*, Ausstellungskatalog Jüdisches Museum Wien, Wien 1995, S. 346–359.

7 Dazu vgl. Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht*.

8 Marin, *Antisemitismus ohne Antisemiten*, S. 132 ff. und 189 ff.

9 Vgl. exemplarisch Robert Knight, *„Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“*. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung, Wien 1988 (Neuaufgabe 2000); Ruth Wodak u. a., *„Wir sind alle unschuldige Täter“*. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt a. M. 1990.

Erving Goffman könnte man sagen, dass sich der Antisemitismus von der „Vorderbühne“ auf die „Hinterbühne“ zurückgezogen hat,<sup>10</sup> wo er vorerst latent und unartikuliert überdauerte, zu gegebenen Anlässen jedoch wieder reaktiviert und fallweise politisch instrumentalisiert werden konnte.

## Familiäre Tradierungen

Meine Interviews mit NS-Nachkommen lassen einen Blick hinter die Kulissen, auf die Goffmansche „Hinterbühne“, zu. Die Erzählungen über erlebten Antisemitismus in ihrer Kindheit sind allerdings kein getreues Abbild der tatsächlichen Existenz oder Nicht-Existenz von Antisemitismus in den Nachkriegsfamilien, sondern sie sind stark vom heutigen Wissen und politischen Standort, der heutigen Wahrnehmungsfähigkeit usw. der Befragten geprägt. Durch den Filter der Nachträglichkeit erfahren wir somit vor allem, wie sich die Nachkommen an den familiären Antisemitismus erinnern und welche Bedeutung sie ihm heute zuschreiben. Trotz dieser Einschränkung kristallisieren sich aus diesen individuellen Erinnerungen bestimmte Erfahrungsmuster heraus, die Rückschlüsse auf tatsächliche familiäre Tradierungen von Antisemitismus zulassen.

## Manifester und verbrämter Antisemitismus

Der Blick hinter die Kulissen zeigt: Antisemitismus gehörte – neben Antikommunismus und Antiamerikanismus – zum ideologischen Repertoire der familiären Kommunikation in österreichischen Nachkriegsfamilien. An offene und unverhohlene antisemitische Äußerungen in ihren Familien erinnern sich vor allem Nachkommen aus dem eindeutigen Ehemaligen-Milieu. Dort herrschte nach wie vor ein ideologisch gefestigter und rassistischer Antisemitismus, der im Extremfall sogar die Vernichtung der Juden nachträglich guthieß. So erinnert sich etwa der

10 Christian Fleck/Albert Müller, Zum nachnazistischen Antisemitismus in Österreich. Vorderbühne versus Hinterbühne, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG) 5 (1994), 4, S. 483 ff.

Interviewpartner Robert Dussek<sup>11</sup> (Jg. 1944), bei dem vor allem das großelterliche Milieu nationalsozialistisch gesinnt war, an „unsägliche Sachen“, die dort geäußert wurden, so z. B. dass „alle Juden vergast gehö(r)t en“. Wie massiv, ja geradezu wahnhaft der Antisemitismus in dieser Familie gewesen sein muss, zeigt sich auch in der Angst seiner Großmutter, dass er eine Beziehung mit einer Jüdin eingehen könnte. Als sie ihn in einem Brief präventiv vor einer möglichen jüdischen Freundin warnte und ihre strikte Missbilligung in einem solche Falle ankündigte, hat der damalige Student erbost jeden Kontakt mit der Großmutter abgebrochen. Die Vorstellung einer möglichen Beziehung ihrer Kinder zu Juden/Jüdinnen scheint für viele überzeugte Nationalsozialisten eine Schreckensvorstellung gewesen zu sein, denn auch andere NS-Nachkommen berichten von ähnlichen Konflikten bzw. sind später – oft aus Trotz gegen ihre antisemitischen (Groß)Eltern – tatsächlich Beziehungen mit jüdischen Partnern eingegangen.<sup>12</sup>

Bei Gerda Ferstl (Jg. 1940) war es ein SS-Onkel, der auch nach 1945 bei seinen häufigen Besuchen seinem rabiaten Antisemitismus freien Lauf ließ. Frau Ferstl erinnert sich: „Der hat gesagt, der Mengele war ein wirklich toller Arzt, und keiner hat gesagt, das ist nicht in Ordnung. [...] Und dass es gut ist, dass es jetzt so wenige Juden gibt und dass die alle feig sind und hinterhältig und nur aufs Geld aus und nur Handeln und – aber die Frauen hat er gesagt, die Frauen waren hübsch, mit denen war's oft interessant, hab ich auch nicht verstanden, was er da gemeint hat. Mittlerweile, im Nachhinein kann ich mir schon einen Reim drauf machen.“ Außerdem habe der ehemalige SS-Mann im Beisein der Kinder über Massenerschießungen von Juden erzählt und in diesem Zusammenhang immer bedauert, dass sie damals „nicht alle erwischt“ hätten. Ein derart offenes Bekenntnis zum Vernichtungsantisemitismus mag die Ausnahme gewesen sein, hatte aber offenbar im Ehemaligen Milieu, wo es keine Korrektive von außen gab, durchaus seinen Platz.

Antisemitismus scheint in vielen Familien ein Bestandteil der Alltagskommunikation – am Kaffeetisch gewissermaßen – gewesen zu sein. Oft bedurfte es nur eines Zeitungsartikels, einer Nachrichtenmeldung oder der Erwähnung bestimmter Namen, die als Auslöser für antisemitische Bemerkungen im Familienalltag

11 Dieser sowie alle im Folgenden genannten Namen meiner Interviewpartner wurden anonymisiert.

12 Z. B. Barbara Taufar, *Die Rose von Jericho*, Wien 1994, S. 66 f.; Herwig Strobl, *Auf dem Weg. Musikantische Reminiszenzen in diesen Zeiten*, Grünbach 2001, S. 132 f.

genügten. Brigitte Podinsky (Jg. 1951) erinnert sich, dass in ihrer tief in den Nationalsozialismus involvierten Familie antisemitische Bemerkungen über die Juden als „gerissene Geschäftsleute“ und als „Gauner“ sehr präsent waren, wobei der Vater, ein nach 1945 erfolgreicher Geschäftsmann, als konkretes Belegbeispiel immer seine angebliche berufliche Benachteiligung durch einen jüdischen Konkurrenten angeführt hatte. Auch in anderen Elternhäusern war häufig von der „jüdischen Weltpresse“, der „Verjudung Amerikas“ oder von den mächtigen und einflussreichen „Juden in Amerika“ und vom „jüdischen Showbusiness“ die Rede.<sup>13</sup> Diese in vielen NS-Familien auch noch nach 1945 tradierten Stereotype gehören zum Kern des klassischen antisemitischen Repertoires. Zwar werden derartige Negativzuschreibungen mittlerweile von den meisten Nachgeborenen kritisch hinterfragt und abgelehnt, aber in abgemilderter Form leben sie teilweise noch in stereotypen Vorstellungen von „den Juden“ (z. B. im tief verankerten Klischee, dass alle Juden reich, und einflussreich seien) fort.

Der in den Nachkriegsfamilien vermittelte Antisemitismus hat sich sowohl pauschal gegen das Judentum als auch gegen konkrete Einzelpersonen gerichtet. Auch wenn die Zahl der Juden und Jüdinnen im Nachkriegsösterreich überaus gering war, mangelte es den Antisemiten offenbar nicht an potenziellen Objekten ihrer Abneigung. Insofern ist die These eines „Antisemitismus ohne Juden“ nur bedingt richtig. Vielmehr ist zu beobachten, dass gerade Antisemiten mit fast zwanghafter Akribie überall, sei es in Politik und Kultur oder im beruflichen und persönlichen Umfeld, Juden ausfindig machten bzw. bestimmte Personen als jüdisch imaginierten, selbst wenn sie nicht jüdischer Herkunft waren. Da es meist aber an konkreten Feindobjekten im näheren Umfeld fehlte, mussten oft prominente Juden und Jüdinnen als Zielscheibe antisemitischer Ressentiments herhalten. In ehemaligen NS-Familien, in denen ohnehin große Aversionen gegen die Siegermächte bestanden, wurde beispielsweise gegen den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt oder den amerikanischen Politiker Henry Morgenthau polemisiert und oft auch antisemitisch argumentiert.<sup>14</sup>

13 Beispiele in Reiter, *Generation und Gedächtnis*, S. 341 ff.

14 Der Autor des sogenannten Morgenthau-Plans, der u. a. die Entwaffnung und wirtschaftliche Demontage Deutschlands nach Kriegsende vorsah, ist in rechten Kreisen bis heute ein Feindbild. Bernd Greiner, *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*, Hamburg 1995.

In Österreich war vor allem Bruno Kreisky, der sozialdemokratische Bundeskanzler, konkretes Ziel antisemitischer Äußerungen – und dies keineswegs nur in einschlägigen Kreisen, sondern auch im katholisch geprägten Milieu. So erinnern sich viele aus der zweiten Generation, dass in ihren Familien Kreisky wörtlich als „Saujude“ diffamiert worden sei oder man den Namen Kreisky (wie auch andere jüdische Namen) bewusst falsch ausgesprochen habe, um sich auf diese Weise über ihn lustig zu machen.<sup>15</sup> Dieses Spiel mit den Namen ist bis heute ein perfides Mittel, auf indirekte Weise die jüdische Herkunft einer Person anzudeuten und diese solcherart zu verunglimpfen.<sup>16</sup> Dass Bruno Kreisky als Feindbild fungierte, mag auf den ersten Blick nicht verwundern, war er doch einer der wenigen prominenten und somit sichtbaren Juden in der österreichischen Öffentlichkeit. Andererseits hat sich Kreisky durch seine politisch-pragmatische und nachsichtige Haltung gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten gerade im Ehemaligen-Milieu auch viele fragwürdige Sympathien erworben.<sup>17</sup>

Eine in der Nachkriegszeit häufig kommunizierte Geschichte war die über eine angebliche oder tatsächliche sexuelle Belästigung von Frauen durch jüdische Männer, womit letztendlich das antisemitische Stereotyp des „geilen Juden“ reproduziert und an die nächste Generation weitergegeben wurde.<sup>18</sup> Derartige Geschichten wurden vor allem von Frauen (Müttern, Großmüttern) erzählt, was vermutlich auf spezifisch weibliche Erfahrungen bzw. auf spezifisch weibliche Ängste und daraus abgeleitete Projektionen zurückzuführen ist. Aufgrund der Häufigkeit solcher beinahe identischer Geschichten ist von einer sich verselbstständigenden kollektiven Familienlegende auszugehen, die auf traditionellen antisemitischen Vorurteilen beruht, die im Bewusstsein der NS-Generation tief verankert sind. Die angeblich negativen Erfahrungen mit konkreten Juden dienen nicht nur als Belegbeispiel für die Schlechtigkeit der Juden insgesamt, sondern wohl oft auch als (nachträgliche) Legitimation für den ohnehin vorhandenen eigenen Antisemitismus.<sup>19</sup> Derartige

15 Reiter, *Generation und Gedächtnis*, S. 336 ff.

16 So etwa Jörg Haider, der den österreichischen IKG-Vorsitzenden Ariel Muzicant auf diese Weise herabgesetzt hat; vgl. Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hrsg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung, Wien 2002.

17 Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht*, S. 278 ff.

18 Vgl. exemplarisch Heide Pils, *Meine unbewältigte Vergangenheit*, in: *Profil* vom 28. 7. 1986.

19 Vgl. dazu ein Beispiel bei Reiter, *Die Generation danach*, S. 215 ff.

sexuell aufgeladene antisemitische Zuschreibungen und Klischees wirken sich oft auf fatale Weise auf die Vorstellungswelt der heranwachsenden Kinder, vor allem auf die Männerbilder der Töchter, aus.

Auch in der Sprache und Diktion lebte der Antisemitismus oft ungebrochen fort. Vielen Nachkommen sind der NS-Terminologie entnommene Begriffe wie „Halbjuden“, „Judenproblem“, „Judenstämmling“, „verjudet“ oder antijüdische Phrasen wie z. B. „hier geht es zu wie in einer Judenschule“ aus ihrer Kindheit erinnerlich. Unbedachte Redewendungen wie „bis zur Vergasung“ sind in Österreich bis heute in vielen Familien durchaus gebräuchlich. Nicht selten haben die Nachkommen manche dieser problematischen Begriffe und Phrasen unreflektiert übernommen, und manchmal kommt es vor, dass sie ihnen – wie im folgenden Beispiel – einfach „rausrutschen“:

I: Also Sie haben vorhin gesagt es wurde immer wieder über Juden, geredet und geschimpft ...

BP: Geschimpft, ja, geredet und geschimpft, sehr abwertend gesprochen in einer sehr abwertenden Art.

I: Und was wurde, was wurde ihnen zugeschrieben, wie sie sind?

BP: Also ich ..., jetzt wie Sie mich gefragt haben, da ist mir auf der Zunge gelegen die, die, „das Gesindel gehört vergast“. Entschuldigung, dass ich das jetzt so sag, ja aber das ist mir richtig jetzt so, fast selbstständig herausgehüpft ja. Das wurde in dieser Art natürlich nicht ausgesprochen, oder vielleicht doch? Ich weiß es nicht.

I: Aber Sie haben es irgendwo im Ohr oder auf der Zunge?

BP: Ich hab's in mir. Ich hab's ... es ist mir jetzt, wie Sie mich jetzt gefragt haben, ich hab mich jetzt richtig geschreckt vor mir selber, weil, das ist das ist mir jetzt richtig, selbstständig raus gehüpft, ja. Ich hab's ... ich kann mich nicht erinnern, dass das in dieser Art gesagt wurde. Ich weiß es nicht, wie's mir vermittelt wurde, ich ... ich hab keine Ahnung.

Der Interviewpartnerin Brigitte Podinsky (Jg. 1951) fällt auf meine Nachfrage hin spontan eine antisemitische Phrase („das Gesindel gehört vergast“) ein, die sie jedoch durch ihre Selbstkontrolle im letzten Moment noch zurückhält. Frau Podinsky ist eine politisch sehr engagierte und reflektierte Frau, die das normative Antisemitismus-„Verbot“ internalisiert hat und sich von dem ihr sich förmlich aufdrängendem antisemitischen Ausspruch sichtlich erschrocken zeigt. Darüber, ob sie

diese Äußerung tatsächlich wortwörtlich in ihrer Familie mitangehört hat, kann sie nur spekulieren – die Unmittelbarkeit und Spontaneität ihres verbalen Fauxpas spricht jedenfalls für diese Möglichkeit.

Nicht immer wurde Antisemitismus offen artikuliert, sondern es gab und gibt auch vielfältige Formen eines verbrämten Antisemitismus, der von den Nachgeborenen nicht als solcher decodiert werden konnte. Viele Nachkommen erinnern sich beispielsweise an kryptische Bemerkungen und Anspielungen in Halb- und Nebensätzen, die oft en passant fielen und meist nicht näher ausgeführt wurden. Die Beiläufigkeit und der fragmentarische Charakter, der einer Familienkommunikation insgesamt eigen ist, gilt für die kommunikative Tradierung von Antisemitismus aufgrund der damit einhergehenden Tabuisierung im besonderen Maße. Die Tatsache, dass meist von keinem geschlossenen antisemitischen Narrativ auszugehen ist, sondern von vereinzelt Bruchstücken, die oft sehr verschlüsselt kommuniziert wurden, macht es für die Nachgeborenen umso schwieriger, einen derartigen verbrämten Antisemitismus zu erkennen und als solchen zu benennen. Gleichzeitig ist es für sie dadurch aber auch leichter, nicht so offen zu Tage tretende Formen des Antisemitismus zu überhören, zu ignorieren, zu verharmlosen – ob wissentlich oder unwissentlich sei hier dahingestellt.

So konnten beispielsweise Judenwitze ein Ventil für den mittlerweile „verbotenen“ Antisemitismus sein. Tatsächlich erinnern sich viele Nachkommen daran, dass in ihrem familiären Umfeld oft Judenwitze (mit einem nachahmenden „Jiddeln“) erzählt wurden, die sie aber als Kind nicht als antisemitisch wahrgenommen haben und oft auch heute noch als harmlos einschätzen.<sup>20</sup> Das Erzählen von Judenwitzen muss tatsächlich nicht per se antisemitisch motiviert (gewesen) sein, in bestimmten Milieus und Kontexten ist aber davon auszugehen, dass die dort erzählten Judenwitze der Aggressionsabfuhr dienten und eine diffamierende Intention hatten.

Darüber hinaus waren in der Nachkriegsgesellschaft auch Formen eines sekundären Antisemitismus weit verbreitet, die mit der unbewältigten NS-Vergangenheit zusammenhängen und eine Form der Schuldabwehr darstellen.<sup>21</sup> Das heißt: In vielen Nachkriegsfamilien wurde die Judenvernichtung relativiert, in Frage gestellt oder

20 Ebenda, S. 345 f.

21 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946 bis 1989, Opladen 1991, S. 232 f.

gar gelegnet, es kursierten Vergleiche und Aufrechnungen mit den Verbrechen der Alliierten oder im Zusammenhang mit Israel, eine Wiedergutmachung für NS-Opfer wurde abgelehnt und bereits kurz nach Kriegsende wurde ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gefordert. Interessant ist, dass viele Nachkommen diese von ihnen erlebten und beschriebenen Strategien der Schuldabwehr meist nicht als antisemitisch einstufen, sondern sie in erster Linie als Ausdruck der Unbelehrbarkeit ihrer (Groß)Eltern deuten. Anders als in der Antisemitismusforschung firmiert der sekundäre Antisemitismus im allgemeinen Bewusstsein offenbar bis heute nicht unter dem Etikett des Antisemitismus. Wohl nicht zufällig sind gerade diese Formen eines Schuldabwehr-Antisemitismus besonders häufig in der Nachfolgegeneration anzutreffen.

Wie schwer – und spät – selbst massiver Antisemitismus manchmal als solcher zu decodieren war, zeigt das Beispiel von Monika Hartl. Sie ist in einem Elternhaus aufgewachsen, in dem Juden „immer negativ besetzt“ waren, ohne dass sie sich aber an konkrete antisemitische Äußerungen erinnern könnte. Wobei sie sich schon als Kind immer gefragt habe, woran man eigentlich erkennen könne, wer jüdisch sei. Erst vor Kurzem ist meiner Interviewpartnerin durch folgende Begebenheit einiges klarer geworden:

MH: Wir waren eingeladen. [...] Und der Vater dieser Familie hat eine ähnliche Kindheit wie ich, und der hat mir erzählt, er hat viel ferngeschaut früher, und was [...] interessant für ihn war, dass da alle Verwandten versammelt waren. Und die Tanten und Onkel haben sofort gesagt: „Das ist ein Jud und das ist eine Jüdin“ im Fernsehen. Und ich hab zu dem Herrn gesagt: „Ja wie haben’s denn das erkannt?“ Und er sagt zu mir: „An den Ohren“. Jetzt war ich sprachlos, sag ich: „Was haben denn jüdische Leute für Ohren?“ „Ja viel längere als andere“. Und dann ist mir eingefallen, und dann war ich so entsetzt, wie mir das eingefallen ist, was hat unser Vater immer geschaut, ob wir kleine Ohren haben. Als Kind na ja, ich weiß auch nicht, das hat mich befremdet immer wieder, warum interessiert sich der Vater für die Ohren?

I: Hat er wirklich geschaut ...

MH: wirklich geschaut ...

I: ... ob sie, ob alle, die Kinder kleine Ohren haben?

MH: Ja. Und ich hab natürlich nix gewusst, aber das ist mir lebhaftest in Erinnerung, [...] und das löst in mir sofort ein ganz ein schlimmes Gefühl aus, schlecht wird mir da, um Gottes Willen genau das kenn ich. [...]



Erst durch diesen zufälligen Erfahrungsaustausch mit einem gleichaltrigen Bekannten aus einem ähnlichen Herkunftsmilieu kann Frau Hartl die väterliche „Ohrenkontrolle“ nachträglich als Antisemitismus entschlüsseln: Der Vater hat sich offenbar vergewissert, dass seine Kinder nicht jüdisch aussahen, was auf eine tief gehende antisemitische Grundhaltung, wenn nicht sogar Wahnvorstellung schließen lässt. Bemerkenswert dabei ist, dass er zumindest der Funktion nach nicht als stark belasteter Nationalsozialist einzustufen ist (was massiven Antisemitismus offenbar nicht ausschließt) und dass diese Kontrollhandlung noch weit in die Nachkriegszeit hinein (Frau Hartl ist Jahrgang 1954) praktiziert wurde. An diesem Beispiel lässt sich aber auch eine positiv zu bewertende Veränderung ablesen, nämlich der Umstand, dass bestimmte antisemitische Vorstellungen über ein vermeintlich typisch jüdisches Aussehen der jüngeren Generation mittlerweile fremd geworden sind und diese im allgemeinen Bewusstsein verblassen, wenn nicht sogar verschwinden können.

## Tabus und ihre Folgen

Neben mehr oder weniger offenen antisemitischen Äußerungen gab es in der Nachkriegszeit aber auch das viel zitierte Schweigen, die Ausblendungen und Leerstellen im Familiengedächtnis.<sup>22</sup> Eine dieser Leerstellen war in vielen Familien das Themenfeld „Juden“. So betonen viele in der Nachkriegszeit aufgewachsene Nachkommen, dass sie in ihrer Kindheit in ihrem sozialen Umfeld niemals Bemerkungen über Juden/Jüdinnen – weder in negativer noch in positiver Hinsicht – gehört haben oder sich zumindest nicht daran erinnern können.<sup>23</sup> Die Nicht-Präsenz von Juden in der österreichischen Öffentlichkeit hat dazu geführt, dass tatsächlich viele Nachkommen in ihrer Kindheit nicht gewusst haben bzw. wissen konnten, was oder wer ein Jude sei, und auch nie einen jüdischen Menschen getroffen haben. Das Themenfeld „Juden“ zählte zweifellos zu einem der zentralen Tabuthemen in der Nachkriegszeit, an denen die Nachkriegskinder nicht rühren durften und oft auch nicht wollten.<sup>24</sup>

22 Reiter, *Die Generation danach*, S. 47 ff.

23 Beispiele in ebenda, S. 346 f.

24 Vgl. Beiträge im Schwerpunktheft *Ästhetik und Kommunikation: Deutsche, Linke, Juden*, Heft 51, Juni 1983.

Wie immer der viel gebrauchte Begriff des Tabus im Einzelfall verstanden wird, so ist damit meist die Dimension des Verdrängens und des Verbotenen angesprochen, die sich in diesem Zusammenhang vor allem auf die Judenvernichtung zu beziehen scheint. In den meisten Familien wurde das Thema gemieden oder es kam nur in seiner Verneinung vor („wir haben nichts davon gewusst“),<sup>25</sup> und auch im Schulunterricht der ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik endete der Geschichtslehrstoff meist mit dem Ersten Weltkrieg oder der Zwischenkriegszeit.

Es ist der Feststellung von Dan Bar-On zuzustimmen, dass „unerzählte Geschichten oft mit größerer Macht von Generation zu Generation weitergegeben (werden) als Geschichten, die erzählbar sind“.<sup>26</sup> Die weit verbreiteten Vermeidungstendenzen erhöhten den Reizwert der Thematik umso mehr und führten dazu, dass sich die Heranwachsenden ihr Wissen über die Shoah oft heimlich – sprichwörtlich unter der Schulbank – angeeignet haben. So erinnert sich Barbara Taufar (Jg. 1943) in ihrer Autobiografie an die verschämten Reaktionen ihrer Mitschüler bei der Konfrontation mit dem Thema Judenvernichtung: „Die jungen Mädchen konnten das Monströse der Vergangenheit nicht ganz erfassen, und so kicherten viele verlegen, wenn sie über die Todeslager sprachen. Manchmal reichten wir einander heimlich, unter den Schultischen, Zeitungsfotos zu, auf denen ausgemergelte Menschen in gestreiften Pyjamas zu sehen waren. Es war uns peinlich, diese elenden Figuren zu betrachten [...]. Ich ahnte, dass es sich hier um etwas Unanständiges und Unmoralisches handeln musste, ähnlich den pornographischen Fotos, die uns die Knaben [...] zusteckten. Das war verboten, und doch wollte man wissen.“<sup>27</sup> Die Konfrontation mit den Themen KZ und Juden in Kombination mit der elterlichen und gesellschaftlichen Tabuisierung löste bei den Jugendlichen offenbar Angst-, Reiz- und Peinlichkeitsreaktionen aus, die durchaus Ähnlichkeiten mit der Tabuisierung von Sexualität hatten und zum fixen Erfahrungsfundus der in der pruden Nachkriegszeit aufgewachsenen NS-Nachfolgegeneration gehörten.<sup>28</sup>

25 Zur Derealisierung, Dehumanisierung und Dethematisierung der Judenverfolgung und -vernichtung im Nachkriegsdiskurs vgl. Gabriele Rosenthal, Antisemitismus im lebensgeschichtlichen Kontext, in: ÖZG 3 (1992) 4, S. 449–479.

26 Dan Bar-On, Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 21.

27 Taufar, Die Rose von Jericho, S. 48.

28 Ästhetik und Kommunikation, S. 17 und 45.

## Verarbeitungen in der NS-Nachfolgegeneration

Da der Antisemitismus tief in die österreichische Nachkriegsgesellschaft eingesickert ist, war die NS-Nachfolgegeneration nicht nur in ihren Familien, sondern oft auch in außerfamiliären Zusammenhängen – in Politik, Medien, Schule, Kirche, Turnerbund usw. – mit Antisemitismus konfrontiert, was ihre familiären Prägungen noch zusätzlich untermauert und bestätigt hat. Der solcherart vermittelte Antisemitismus lebt gleichsam als „negatives Erbe“ in der nachfolgenden Generation fort – ein Erbe, das angenommen, aber auch abgelehnt werden kann.

### (Un)Befangenheiten

Das allgemein für die Nachkriegszeit aufgestellte Diktum, dass es nach 1945 keine bekennenden Antisemiten mehr gebe, gilt für die nachfolgenden Generationen umso mehr, denn diese haben das normative Antisemitismus-„Verbot“ mehr noch als ihre Eltern internalisiert und meist auch als verbindlich akzeptiert. Das Sprechen über Juden in dieser Generation ist daher gekennzeichnet von einer grundlegenden Vorsicht, dem Vermeiden von bestimmten Begriffen und Zuschreibungen (z. B. einer auffallenden Scheu, das Wort Jude oder jüdisch zu verwenden), von Selbstkontrolle und Selbstkorrektiven, die aus dem Wissen um die Shoah herrühren. Deshalb verwundert es nicht, dass sich heute kaum jemand als antisemitisch versteht und jeder – wie auch immer begründete – Antisemitismusvorwurf entrüstet von sich gewiesen wird. So glauben viele Nachkommen, allein aufgrund ihrer Distanz gegenüber ihren NS-Eltern vor einer transgenerationellen Übertragung von Antisemitismus gefeit zu sein. Andere wiederum wissen, dass sie diesbezüglich zwar stark geprägt wurden, sind aber überzeugt, dass sie sich mittlerweile vom familiär vermittelten Antisemitismus gelöst haben und aufgrund ihrer antifaschistischen Grundhaltung ein unverkrampftes, normales Verhältnis zu Juden/Jüdinnen haben.

Doch nicht alle Nachgeborenen haben einen unbefangenen Zugang zu Juden. Manchmal deutet gerade der demonstrative Verweis auf einzelne jüdische Bekannte/Freunde auf deren Ausnahmecharakter hin, der vor allem als Beweis für die eigene Vorurteilslosigkeit fungieren soll. Die in der NS-Nachfolgegeneration häufig zu beobachtende Befangenheit und Unsicherheit gegenüber Juden ist zweifellos ein

Produkt der Tabuisierung von Antisemitismus und der unaufgearbeiteten familiären Schuldverstrickungen. Dahinter steckt oft die Angst der Nachgeborenen vor einer Art umgekehrter Sippenhaftung. So gesteht einer meiner Interviewpartner, der Neffe eines prominenten, tief in die Judenvernichtung verstrickten NS-Täters, dass er lange geglaubt habe, gegenüber jüdischen Menschen „besonders freundlich“ sein zu müssen, und befürchtet habe, dass diese ihn aufgrund seines belasteten Familiennamens ablehnen könnten.

Die Befürchtung, dass jüdische Holocaust-Überlebende (z. B. bei Israel-Reisen) ein Schuldbekenntnis erwarten oder sogar Rachegefühle hegen könnten, ist keineswegs nur bei Nachkommen von prominenten NS-Familien, sondern generell in der zweiten Generation weit verbreitet.<sup>29</sup> Daraus spricht, in abgeschwächter Form, auch die Vorstellung von der vermeintlichen Unversöhnlichkeit der Juden, die Generationen überdauert hat. Ähnlich hartnäckig sind auch die in der nachfolgenden Generation weit verbreiteten Klischees, wonach Juden prinzipiell reich, mächtig oder geschäftstüchtig seien. Derartige stereotype Zuschreibungen müssen nicht zwangsläufig diffamierend intendiert sein, sie können aber in bestimmten Kontexten, wie z. B. den Diskussionen um Entschädigungszahlungen, durchaus antisemitisch eingesetzt werden.

Häufig sind solche Zuschreibungen und Äußerungen in der NS-Nachfolgegeneration auch Ausdruck eines mangelnden historischen Wissens und Bewusstseins und von daraus resultierenden Ausblendungen. So besteht selbst bei kritischen Nachkommen nur wenig Sensibilität hinsichtlich der „Arisierungen“, an denen ihre Familien möglicherweise beteiligt waren und von denen sie nicht selten später (z. B. als Erben von „arisierten“ Wohnungen) profitierten.<sup>30</sup> Für die meisten sind „Arisierungen“ kein Thema, und sie fragen selten kritisch nach, woher das Familieneigentum eigentlich stammt. Eine der Ausnahmen ist der Journalist Horst Christoph, der seine frühere Erleichterung darüber beschreibt, dass sein Vater als Gauleiter nicht – wie befürchtet – direkt an der Ermordung von zwei Juden in seiner Heimatstadt beteiligt war. Bald darauf folgte jedoch die „ernüchternde Gewissheit, dass es Schuldlosigkeit im nationalsozialistischen System nicht gab“, da, wie er später

29 Reiter, *Generation und Gedächtnis*, S. 264 f. und 353 ff.

30 Reiter, *Die Generation danach*, S. 208 und 212. Vgl. auch Thomas Rothschild, Österreich: Die armen Ariseure, in: *die Presse (Spectrum)* vom 16. 4. 2005.

herausfand, sein Vater das „arisierte“ Haus (der ermordeten Juden) als Dienstwohnung zugewiesen bekam, weshalb der Sohn zu der bitteren Erkenntnis gelangt: „Wir waren die Nutznießer eines Doppelmordes.“<sup>31</sup>

Solche (rare) Einsichten können aber auch ins andere Extrem kippen und sich zu regelrechten Schuld- und Belastungsphantasien auswachsen, wie etwa bei meiner Interviewpartnerin Ingrid Wonisch (Jg. 1946), die erzählt: „Meine Phantasie hat sich in erster Linie auf Gegenstände in der Wohnung bezogen, ja. Da hängt ein chinesischer Teller. Woher kriegen meine Eltern diesen chinesischen Teller? Könnte das nicht ... aus einem jüdischen Besitz sein, ja. Dass hier irgendetwas unter den Hammer gekommen ist oder meine Eltern irgendetwas sich an[geeignet] haben, also, [...] das ist nur ein Beispiel, verstehen Sie, dass ich von ihnen nichts erben will.“ Auch wenn es keinen direkten Hinweis darauf gibt, dass die Familie bei „Arisierungen“ beteiligt war oder davon profitiert hat, lässt Frau Wonisch diese Vorstellung nicht mehr los, sodass ihr letztendlich „nichts mehr unschuldig“ erscheint. In manchen Fällen richten sich derartige Belastungsphantasien auch gegen sich selbst. In diesem Fall sind die Nachgeborenen überzeugt, dass sie den Antisemitismus ihrer (Groß)Eltern unbewusst – als negatives Erbe gewissermaßen – übernommen haben, an dem sie sich oft ihr Leben lang selbstquälerisch abarbeiten.<sup>32</sup>

## Verlagerungen – Projektionsfläche Israel

Auch mein Interviewpartner Karl Brunngraber (Jg. 1945) musste jüngst mit Erschrecken erkennen, dass er „gewisse undefinierbare Aversionen gegen die Juden“ verspüre, die – wie er sagt – „rein gefühlsmäßig“ seien und die er aber rational strikt ablehne. Unmittelbar nach diesem Eingeständnis geht er im Interview, wenn auch immer wieder von Selbstkorrektiven gebremst, in die Offensive. Seinen anschließenden Monolog möchte ich deswegen ausführlich zitieren, weil darin auf geradezu exemplarische Weise einige weit verbreitete Denk- und Argumentationsmuster (nicht nur in dieser Generation) zum Ausdruck kommen:

31 Horst Christoph, Mantel der Anständigkeit, in: Profil vom 15. 1. 1996.

32 Vgl. dazu exemplarisch die Autobiografie von Ingeborg Day, Geisterwalzer, München 1986.

KB: [...] eben diese Spaziergänge da, an diesen zwei jüdischen Einrichtungen, die haben das in mir, haben in mir so einen Bewusst ... weiteren Bewusstwerdungsprozess und Schub veranlasst. [räuspert sich] Es ist mir natürlich auch nicht entgangen, dass diese zwei Einrichtungen jetzt bewacht sind, sie sind quasi festungsartig abgeschirmt, da sind immer österreichische Polizisten, die da [...] in so einem kugelsicheren Häuschen da drin sitzen mit Wachhunden und so weiter ... das Ganze ist umgeben von hohen Stacheldrahtzäunen und so. Da sag ich mir [atmet aus], jetzt begeben sich die Juden selber in ein Ghetto. Ob das ... ob sie da drinnen ihr Glück finden werden? Bezweifle ich. Auch die Politik in Israel ... läuft, immer stärker auf eine Ghettoisierung Israels selbst und eine Ghettoisierung der Juden gegenüber den Palästinensern und gegenüber dem Ausland hinaus, also, der Beginn der Mauer, die sie da jetzt errichten zu den besetzten Palästinensergebieten, was ist das anderes als, als ... sich selber ein Ghetto rundherum bauen? Also ... auch die Politik, die Israel jetzt betreibt [...] ist in meinen Augen keine Politik, die zum Frieden führen wird, sondern eben die eher noch die Aversion, die den Hass zwischen den Juden und den Palästinensern und dem ganzen arabischen Lager verstärken wird und wovon die ganze Welt nicht unbeeinflusst und unbeeinträchtigt sein wird. Also, meine Haltung ist jetzt einfach die, dass einerseits, ich mir einer ... als Österreicher, einer gewissen Schuld gegenüber den Juden bewusst bin. Andererseits diese Schuld aber als, als sozusagen Angehöriger der nächsten Generation und als einer, der keinen Juden jemals irgendetwas angetan hat, der persönlich keinen Juden kennt [...], der diese Schuld auch wiederum, sozusagen, von sich weist. Ich ... ich will mich nicht schuldig fühlen, weil ich mir sage, ich, was hab ich für einen Grund, ich persönlich hab niemand was getan, ich will auch niemand was tun, ich werde mich auch hüten, also als Österreicher ... groß den Mund aufzureißen gegenüber den, den Juden. Obwohl ich, auf der anderen Seite, die jetzige israelische Politik nicht gutheiße, also absolut nicht, und ich seh in der Politik eine Gefahr für Europa und für den Weltfrieden, muss ich ehrlich sagen, und ... nicht nur also jetzt Gefahr sozusagen für uns, für Unbeteiligte, sondern hauptsächlich für die Juden selber.

Ausgehend von seiner Beobachtung von bewachten jüdischen Institutionen in Wien kritisiert Karl Brunngraber die angebliche selbst gewählte Ghettoisierung der Juden, ohne nach konkreten Gründen (Terrorgefahr, Antisemitismus) zu fragen,

und verlagert dieses Erklärungsmodell schließlich auf den Staat Israel. Die im Duktus einer vermeintlichen Sorge um das jüdische Wohl und die Konsequenzen der jüdischen/israelischen Haltung geäußerte Bemerkung klingt beinahe wie eine Drohung, besonders wenn gleichzeitig der nachvollziehbare „Hass“ der Palästinenser und – etwas später – die Gefährdung des „Weltfriedens“ durch die Juden angesprochen wird. Dass diese Gegenoffensive offenbar zur Abwehr der ihm unliebsamen negativen Gefühle dient, wird in der zentralen Passage zur Schuldfrage deutlich. Demnach fühlt er sich einerseits „als Österreicher“ schuldig, andererseits weist er aber „als Angehöriger der nächsten Generation“ jede persönliche Schuld von sich und benennt damit die ambivalente erinnerungspolitische Ausgangsposition der NS-Nachfolgegeneration insgesamt.

Ein besonders probates Mittel der Entlastung und Schuldabwehr ist zweifellos die Verlagerung auf Israel und die damit einhergehende Täter-Opfer-Umkehr, zu der auch Herr Brunngraber im Anschluss greift:

KB: Ich seh da eine Wiederholung dessen, was [Sigmund] Freud, der selber ein Jude war, als Erster, und als eines der großen Genies der Menschheit, Geschichte, also Freud war für mich wirklich eines der ganz großen Genies und er ist nicht der einzige Jude, der ein großes Genie war also, die Juden haben sehr viele Genies hervorgebracht. Also der Freud hat auf ein Phänomen erstmalig hingewiesen, das man immer wieder beobachten kann, sowohl bei Einzelpersonen als auch sogar offensichtlich bei ganzen Völkern, nämlich, wenn einem Kind von irgendeinem stärkeren Kind oder von den Erwachsenen, ah Gewalt angetan wird, dann erleidet es zunächst einmal diese Gewalt. [...] Aber, nach einiger Zeit sucht das Kind selber irgendwelche Opfer, und ... übt nun diese Gewalt, die es selber vorher erlitten hat, selber aus, es wird vom Opfer zum Täter. Genau diesen Prozess hat also Freud sehr, sehr exakt beobachtet und ihn auch beschrieben, und den sieht man überall, den sieht man bei Kindern aber auch bei Erwachsenen [...] und man sieht das offensichtlich auch bei ganzen Völkern. Die Juden sind jetzt ... sozusagen ein Volk, das das viele Leiden, das sie im Lauf der Geschichte und besonders eben in der Nazi-Zeit über sich ergehen lassen mussten, die das jetzt, irgendwie ... äh den Palästinensern gegenüber ausagieren. Ich mein natürlich nicht in dieser ganz zügellosen ... Weise, weil, das könnten sie gar nicht, also da würde die Welt gar nicht zuschauen, und sie selber, das liegt wahrscheinlich auch in ihnen selber [...] auch in Israel gibt's

genügend Opposition gegen diese jetzige Politik, gegen die Politik der Expansion der Austreibung der Palästinenser, der Entrechtung der Palästinenser und so weiter.

Unter Berufung auf Sigmund Freud, verknüpft mit einem kleinen philosemitischen Exkurs über jüdische Genies, beklagt Herr Brunngraber, dass die ehemaligen Opfer (nun selbst) zu Tätern geworden seien. Das zum Ausdruck gebrachte Entsetzen darüber, dass gerade die Juden, die doch selber so viel erlitten hätten, nun ähnlich oder genauso handelten wie damals die Nazis und somit aus Auschwitz nichts gelernt hätten, ist ein fixer Topos in der israelkritischen bzw. -feindlichen Argumentation.<sup>33</sup> Damit werden Juden nicht nur auf die ihnen zugeschriebene Sonder-/Opferrolle festgelegt, sondern in dieser verqueren Denklogik erscheint Auschwitz sogar als eine Art Läuterungsinstanz für die überlebenden Juden und Jüdinnen.

In den letzten Jahrzehnten wurde viel darüber diskutiert, ob derartige Argumentationen letztendlich nichts anderes seien als ein „Antisemitismus im neuen Kleid“ und die Israel-Kritiker somit „ehrbare Antisemiten, die sich in aller Unschuld engagieren“.<sup>34</sup> In diesem Zusammenhang ist vor allem der Antizionismus der (Neuen) Linken, die zu großen Teilen der Nachkriegsgeneration angehören, unter Antisemitismus-Verdacht geraten.<sup>35</sup> Auch wenn eine kritische Haltung gegenüber Israel politisch begründbar (und durchaus erlaubt) ist, so weisen bestimmte Formen der Kritik an Israel oft problematische Züge auf. Denn in vielen Fällen fungiert Israel – gerade in Deutschland und Österreich – lediglich als Ventil und Projektionsfläche verlagertes antisemitischer Ressentiments. Henryk M. Broder hat in diesem Zusammenhang die auf die deutsche und österreichische Linke gemünzte Feststellung „Ihr bleibt die Kinder Eurer Eltern“ getroffen und damit die Übertragung antisemitischer Ressentiments von einer Generation auf die nächste, die seiner Ansicht nach häufig über den Umweg einer radikalen Israelkritik reaktiviert und kanalisiert würden, polemisch zugespitzt.<sup>36</sup>

33 Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht*, S. 308 ff.

34 Jean Améry, *Der ehrbare Antisemitismus*, in: ders., *Widersprüche*, München 1990, S. 214–220.

35 Dazu ausführlich Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht*.

36 Henryk M. Broder, „Ihr bleibt die Kinder Eurer Eltern“, in: *Die Zeit* vom 27. 2. 1981; ders., *Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls*, Frankfurt a. M. 1986 (Neuaufgabe 2005).



Die meisten der solcherart Angegriffenen weisen diesen Vorwurf – mit dem Hinweis auf ihr antifaschistisches Selbstverständnis und ihren Status als Nachgeborene – kategorisch von sich. So auch Ingrid Strobl (Jg. 1952), eine ehemalige radikale Antizionistin, die allerdings später versucht hat, ihr pro-palästinensisches Engagement (literarisch) aufzuarbeiten.<sup>37</sup> Dabei stellt sie auch einen Zusammenhang her zwischen ihrer Sozialisation in Tirol (geprägt von der Ritualmordlegende vom Anderl von Rinn) und ihrem späteren radikalen Antizionismus: „Ich hege die böse Vermutung, es könnte eine Verbindung geben zwischen der Tirolerin, die ich bin, und der Antizionistin, die ich wurde. Es gibt einen Strang, vielleicht auch nur einen Faden, der das eine mit dem andern verbindet, das Alte mit dem Neuen, das Rechte mit dem Linken, den Antisemitismus *der aufrechten Tiroler* mit meinem Antizionismus.“<sup>38</sup> Ganz im Sinne eines linken Antiimperialismus der 1970er-Jahre hatte sie sich damals bedingungslos für die „gute Sache“ der Palästinenser eingesetzt und Israel als Feindbild bekämpft. Nachträglich ist ihr bewusst geworden, dass sie, die überzeugte Antifaschistin, in ihrer von historischer Unsensibilität geprägten Palästinasolidarität die Shoah einfach ausgeblendet und die Vernichtung Israels mehr oder weniger in Kauf genommen hat. Strobl spricht damit Ausblendungs- und Verlagerungsmechanismen an, die bei vielen linken Antizionisten wirksam waren, mit denen sich jedoch nur wenige derart schonungslos auseinandergesetzt haben wie sie.<sup>39</sup>

## Kontinuitäten

Während man in den bisherigen Fällen mit Jean Améry noch von „ehrbaren Antisemiten“, die sich in aller antifaschistischen Unschuld engagieren, sprechen könnte, trifft das auf andere nicht mehr zu. Denn auch in der NS-Nachfolgegeneration gibt es fallweise einen rabiaten, gar nicht oder nur notdürftig kaschierten Antisemitismus. Es handelt sich dabei um Überreste aus dem Fundus des alten traditionellen Antisemitismus, der zusätzlich mit Facetten des sekundären Antisemitismus angereichert und meist aus einer Abwehr- und Verteidigungshaltung heraus artikuliert

37 Ingrid Strobl, *Anna und das Anderle. Eine Recherche*, Frankfurt a. M. 1995.

38 Ebenda, S. 63. Hervorhebung im Original.

39 Ausführlicher dazu Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht*, S. 383 ff.

wird. Anzutreffen ist dieser Schuldabwehr-Antisemitismus vor allem bei jenen Söhnen und Töchtern, die wenig Distanz und einen sehr affirmativen Zugang zu ihren NS-Eltern haben. Ein Beispiel dafür ist Gertrude Lugger (Jg. 1936), Tochter eines NS-Kreisleiters in Tirol, deren Bedürfnis, ihren 1945 gefallenen Vater nachträglich zu entlasten, überaus stark ist.<sup>40</sup> In diesem Zusammenhang spricht sie im Interview auch das Thema Juden mehrmals an, etwa wenn sie betont, in ihrer Kindheit „nie ein Wort“ über Juden gehört und daher „überhaupt nicht gewusst“ zu haben, „was ein Jude ist“. Dieses kindliche Nicht-Wissen überträgt sie schließlich auf alle Zeitgenossen und setzt es als kollektives Entlastungsargument für den Vater und die österreichische Bevölkerung insgesamt ein, nach dem Motto: Gibt es kein Wissen, so gibt es auch keine Schuld.<sup>41</sup> Frau Lugger scheint sich, wie andere Antisemiten übrigens auch, geradezu obsessiv mit der jüdischen Thematik zu beschäftigen und stellt dabei nicht nur das Wissen um die Judenvernichtung, sondern auch diese selbst infrage:

GL: [...] ich hab mich dann erst wieder angefangen zu interessieren für die Politik, wie damals ... die Juden das Gesetz halt herausgegeben haben, dass jeder, der das nicht glaubt, oder der, der das leugnet den Holocaust, eingesperrt wird. Dann hab ich mich angefangen für die Politik [zu] interessieren und über alles von den Juden, ich hab alles, was ich irgendwie gehört hab und zum Lesen gekriegt hab und im Radio und Fernsehen, wenn einer gesprochen hat [...]

I: Und Sie glauben das nicht, dass das passiert ist oder ...

GL: Doch, ich glaub schon, aber ich glaub ned, dass es so passiert ist, wie es gesagt wird.

I: Sondern, was glauben Sie? Ich mein, Sie lesen viel drüber und ...

GL: Ja ich les, ich les alles, was ich krieg, ich les alles, was ich krieg. Und und, ich ich sag da drüber nix, weil sonst sonst kommt, werde ich auch noch eingesperrt, weil, die Juden die haben die Macht, und da kannst – da sagt man ja lieber – da ist man lieber still. Aber ich hab meine Meinung.

Nicht nur in dieser Interviewpassage lässt Frau Lugger antisemitische Stereotype in ihre Argumentation einfließen. So beklagt sie in altbekannter Manier den Einfluss „der amerikanischen Juden“, die „das Geld“ und somit „die Macht“ hätten,

40 Ausführlich dazu Reiter, *Die Generation danach*, S. 169 ff.

41 Rosenthal, *Antisemitismus im lebensgeschichtlichen Kontext*.

die sie sogar zu den Urhebern des österreichischen NS-Verbots- bzw. NS-Wiederbetätigungsgesetzes werden lässt. Diesem imaginierten jüdischen Macht- und Meinungsmonopol setzt sie ihre eigene Meinung entgegen, gerade so, als ob ein historisches Faktum wie die Judenvernichtung eine Ansichtssache wäre.<sup>42</sup> Das daraus resultierende Konstrukt eines normativ von oben verordneten Antifaschismus (Stichwort: Umerziehung), der im krassen Gegensatz zur allgemeinen Meinung stehe und gegen den man ankämpfen müsse, ist in der rechten Rhetorik weit verbreitet. Meine Nachfrage, ob sie an die Existenz der Judenvernichtung glaube, bejaht sie zwar, relativiert dies aber sofort wieder, indem sie das Ausmaß der Judenvernichtung in Frage stellt.

Die damit einhergehende Vorstellung von potenziellen Sanktionen gegen Andersdenkende und das dabei mitschwingende Rachemotiv wird im Verlauf des Interviews noch einige Male aufgegriffen, so etwa wenn Frau Lugger mit einem Verweis auf die Bibel (mit der sie sich intensiv beschäftigt) auf den angeblichen jüdischen Hass zu sprechen kommt. Der vermeintlichen Unversöhnlichkeit der Juden stellt sie die Versöhnungsbereitschaft ihrer Freundin, einer Tochter von Heimatvertriebenen, als positives Beispiel gegenüber, da diese – im Gegensatz zu den Juden – „keine Ansprüche“ stelle und „verzeihen“ könne. Als einzig „versöhnlicher“ Jude fällt ihr der jüdische KZ-Überlebende und Psychiater Viktor Frankl ein, und sie beruft sich (wie viele ehemalige Nationalsozialisten und deren Nachkommen) auf dessen entlastende These von den „anständigen“ und „nicht anständigen Nazis“ – wobei sie den eigenen Vater natürlich der ersten Kategorie zuordnet.

Während es manchen Söhnen und Töchtern stärker um die persönliche Ehrenrettung des Vaters geht, ist bei anderen diese Verteidigungshaltung durchaus ideologisch fundiert und wird fallweise auch politisch instrumentalisiert. Ein prominentes Beispiel aus der NS-Nachfolgegeneration in Österreich ist der frühere FPÖ-Politiker Jörg Haider, der aus einem NS-Elternhaus kommt und in einem entsprechenden politischen Nachkriegsmilieu sozialisiert wurde. Haider stilisiert sich gerne als Verteidiger einer zu Unrecht angegriffenen Vätergeneration, wobei er – je nach Kontext und Adressat – mit gezielten Provokationen, Anspielungen und halbherzigen

42 Die verbreitete Tendenz, die Ermordung der Juden als Ansichtssache zu behandeln, hat Hannah Arendt auch bei ihrer ersten Deutschlandreise 1950 in der deutschen Bevölkerung konstatiert; vgl. Hannah Arendt, *Besuch in Deutschland, Berlin 1993*, S. 29 f.

Zurücknahmen agiert.<sup>43</sup> Während sich Haider in Bezug auf Antisemitismus vergleichsweise zurückhält und hauptsächlich mit Andeutungen manövriert, die seine Klientel allerdings sehr wohl zu decodieren weiß,<sup>44</sup> gibt es diese Zurückhaltung im rechtsextremen Milieu nicht mehr.

Das zeigt auch das Beispiel des Interviewpartners Hans Cerny (Jg. 1942), Sohn eines SS-Mannes, der im deutsch-nationalen Kärntner Milieu sozialisiert wurde und sich auch heute noch in extrem rechten Burschenschafterkreisen bewegt. Er kennt offensichtlich die revisionistische Literatur zum Nationalsozialismus und argumentiert ganz in diesem Sinne.<sup>45</sup> In seiner jovial-flapsigen und auf Provokation abzielenden Erzähl- und Argumentationsweise schwingt immer auch ein aggressiver Antisemitismus mit, der sich manchmal ungebremst entlädt. Er verharmlost die antisemitischen Exzesse nach dem „Anschluss“ von 1938 und rechnet die NS-Verbrechen (die er entweder relativiert oder überhaupt negiert) mit jenen der Alliierten auf. Sein Antiamerikanismus richtet sich vor allem gegen amerikanische Politiker wie Roosevelt, den er durch eine bewusst jüdische Aussprache seines Namens zu verunglimpfen versucht. Noch direkter als Frau Lugger spricht er den jüdischen Opfern ihre Glaubwürdigkeit, den Anspruch auf Erinnerung und Wiedergutmachung ab und polemisiert gegen „die ewigen Vorwürfe“ und den angeblich vorherrschenden Zwang, sich „täglich Asche aufs Haupt streuen“ und „ewig zahlen“ zu müssen. Seine aggressive Erinnerungs- und Schuldabwehr zeigt sich auch in seiner mehrfach geäußerten lapidaren Feststellung: „Es hängt einem zum Hals heraus.“<sup>46</sup>

Dieses antisemitische Konglomerat, bestehend aus Versatzstücken aus dem klassischen antisemitischen Repertoire und dem sekundären Antisemitismus, verknüpft mit einem Antiamerikanismus, der sich aus der Niederlage von 1945 und dem Hass gegen die Siegermacht speist, kennt man vor allem aus Argumentationen der Kriegsgeneration, den viel zitierten Stammtischen sowie einschlägigen Publikationen und Leserbriefen. In diesem Fall werden sie aber von einem Nachgeborenen

43 Margit Reiter, *Politics and the Past. Jörg Haider and the "Children of the Perpetrators" in Austria*, in: *The Bulletin of The Center for Holocaust Studies, University of Vermont* 6 (2002), 2; Christa Zöchling, *Haider. Licht und Schatten einer Karriere*, Wien 1999.

44 Vgl. Pelinka/Wodak, *Dreck am Stecken*, passim.

45 Reiter, *Die Generation danach*, S. 160 ff.

46 Ausführlicher dazu Reiter, *Generation und Gedächtnis*, S. 366 ff.

vorgetragen, der in diesem Milieu sozialisiert und politisiert wurde, womit tatsächlich von einer ungebrochenen Kontinuität über die Generationen hinweg gesprochen werden.

## Distanzierungen und (philosemitische) Gegenentwürfe

Im Gegensatz dazu haben sich viele andere Nachgeborene als Erwachsene demonstrativ von ihrer belasteten Familiengeschichte abgegrenzt und sich auf vielfältige Weise der jüdischen Problematik zugewandt. Aufgrund der Absenz von Juden im öffentlichen Leben Österreichs kam es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, meistens erst spät zu persönlichen und bewussten Begegnungen mit Jüdinnen und Juden, oft erst nach einem Orts- und Milieuwechsel, im Laufe des Studiums oder im Rahmen eines politischen Engagements. Vor allem einzelne Widerstandskämpfer, Emigranten und jüdische KZ-Überlebende mit ihrer spezifischen Lebenserfahrung und Erinnerung wurden für viele Kinder aus belasteten Elternhäusern zu wichtigen Bezugspersonen, mit denen man sich solidarisieren und positiv identifizieren konnte. Aus ihrer zunehmend antifaschistischen Position heraus, repräsentier(t)en „die Juden“ für viele Nachgeborene das bessere, das „andere Österreich“.<sup>47</sup>

Ein symbolischer Akt der Distanzierung vom familiären Antisemitismus war manchmal auch die demonstrative Namensgebung der eigenen Kinder mit jüdischen Vornamen, wie sie besonders in den 1970er- und 1980er-Jahren beliebt war.<sup>48</sup> Dabei handelte es sich zwar einerseits um Modenamen, auf die oft unbewusst und ohne jeden historischen Bezug zurückgegriffen wurde. Andererseits ist es aus kulturhistorischer Perspektive aber durchaus interessant, dass diese jüdischen Vornamen gerade in einer Zeit Hochkonjunktur hatten, als die Shoah verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt ist und die Identifikation mit den jüdischen Opfern ihren Höhepunkt erreicht hat. Eine extreme Zuspitzung in dieser Hinsicht zeigt sich bei Monika Göth, der Tochter des berüchtigten KZ-Kommandanten Amon Göth, deren Enkel – wie sie selbst stolz verkündet – den Namen David-Amon trägt. Damit

47 Vgl. exemplarisch Josef Haslinger, *Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich*, Darmstadt/Neuwied 1987, 82 ff.

48 Reiter, *Generation und Gedächtnis*, S. 371 f.

erhielt der Junge bewusst einen jüdischen Namen und den Namen des Urgroßvaters und NS-Täters. Er soll somit wohl die Versöhnung zwischen Tätern und Opfern verkörpern.<sup>49</sup>

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus führt oft auch zu einer persönlichen oder beruflichen Beschäftigung mit jüdischer Geschichte und Kultur, die bisherige Wissenslücken auffüllen kann und meist mit einer positiven Umwertung der familiär und gesellschaftlich tradierten antisemitischen Judenbilder einhergeht. Der Fokus des Interesses liegt dabei meist auf jüdischer Literatur und Intellektualität (Stichwörter: Volk des Buches, vertriebene Vernunft), dem versunkenen osteuropäischen Judentum (Shtetl, Klezmermusik) und nicht zuletzt auf den Juden als Opfer und Überlebende (Exil). Manche Nachkommen wenden sich verstärkt der jüdischen Religion oder Israel zu, sie sind im christlich-jüdischen Dialog aktiv oder engagieren sich als Israel-Freunde in Solidaritätskomitees für Israel, wobei dieses Engagement fallweise als nachträgliche Wiedergutmachung verstanden wird.<sup>50</sup> In einigen wenigen Fällen führt die intensive Beschäftigung mit dem Judentum auch zur Konversion, wodurch der Faden zur eigenen Herkunft besonders drastisch abgeschnitten wird.<sup>51</sup>

Eine Abgrenzung vom antisemitischen Herkunftsmilieu und eine positive Umwertung der bisherigen negativen Judenbilder sind grundsätzlich positiv zu bewerten, insbesondere dann, wenn sich eine zunehmend differenzierte Sichtweise durchzusetzen beginnt.<sup>52</sup> Philosemitische Wahrnehmungen und Zuschreibungen sind aber dann problematisch, wenn sie – wie so oft – zu einseitigen und verklärenden Bildern geraten, die letztendlich nur die Kehrseite von antisemitischen Stereotypen sind und einer Realitätsüberprüfung nicht standhalten können. Die damit einhergehende Idealisierung und Überhöhung der Juden als die besseren Menschen birgt ebenso ihre Tücken, denn gerade aufgrund der hohen Erwartungshaltung und

49 Monika Göth in der ORF-Talkshow „Bei Stöckl“, ausgestrahlt am 15. 4. 2005. Vgl. Matthias Kessler, „Ich muss doch meinen Vater lieben, oder?“ Die Lebensgeschichte von Monika Göth, Tochter des KZ-Kommandanten aus „Schindlers Liste“, Frankfurt a. M. 2002.

50 Vgl. Reiter, *Generation und Gedächtnis*, S. 372 ff.

51 Siehe dazu ein Extrembeispiel bei Bar-On, *Die Last des Schweigens*, S. 203 ff.

52 Anton Pelinka, *Nicht die „Judenfrage“ – der Antisemitismus ist das Problem*, in: Max-Joseph Halhuber/Anton Pelinka/Daniela Ingruber, *Fünf Fragen an drei Generationen. Der Antisemitismus und wir heute*, Wien 2002, S. 59–63.

des fragilen Charakters dieser Idealbilder kann es immer wieder zu Enttäuschungen und somit zum Kippen zwischen antisemitischen und philosemitischen Klischeebildern kommen, wie es besonders im Zusammenhang mit Israel zu beobachten ist. Antisemitismus und Philosemitismus sind somit zwei Seiten einer Medaille: Das eine schließt das andere nicht aus, und oft können beide gleichzeitig zumindest in Segmenten nebeneinander existieren, ohne dass sich die Akteure dieser komplizierten Verflechtungen bewusst sein müssen.

Problematisch wird Philosemitismus auch dann, wenn es weniger um die Jüdinnen und Juden selbst als vielmehr um subjektive Befindlichkeiten (z. B. unaufgearbeitete Schuldgefühle und latente Ressentiments) und Bedürfnisse (z. B. Entlastung) der Nachkommen geht, die mithilfe von unreflektierten Projektionen und Identifikationen beseitigt bzw. befriedigt werden sollen. Ein zwar extremes, in den Grundzügen aber nicht untypisches Beispiel dafür ist Barbara Taufar (Jg. 1943), die in ihrer Autobiografie sehr offen ihren Zugang zum Thema Judentum thematisiert hat.<sup>53</sup> Taufar ist als Tochter eines hochrangigen SS-Mannes und einer ebenso überzeugten Nationalsozialistin in einem postnationalsozialistischen Milieu aufgewachsen, von dem sie sich in den späten 1960er-Jahren durch ihre linke Politisierung losgelöst hat. Ihre damit einhergehende „Suche nach Juden“, wie sie es nennt, setzt bereits sehr früh ein und zieht sich wie ein roter Faden durch ihr Leben, sei es in Form einer jüdischen Ersatzmutter, die sie als Jugendliche zu finden glaubt, sei es in ihren späteren vielen (bewusst gesuchten) Liebesverhältnissen mit jüdischen Männern oder aber in Form ihrer späteren Begeisterung für Israel und das Judentum.

In den 1970er-Jahren beginnt sie demonstrativ den Davidstern zu tragen, sich jüdische Vorfahren zu erfinden und sich fälschlicherweise als Jüdin auszugeben. In einer Liebesaffäre mit dem deutschen Verleger Axel Springer, der in der Öffentlichkeit als Israelfreund bekannt war, gerät diese „schamlose Lüge“ jedenfalls außer Kontrolle, denn dieser betrachtet sie, die vermeintliche Jüdin, „als Vorsehung“, die für ihn stellvertretend „sechs Millionen Tote“ verkörperte.<sup>54</sup> Aus diesem pervers anmutenden Rollenspiel offenbart sich nicht nur ein (beiderseitiges) eklatantes Identitätsproblem, sondern auch die Sehnsucht der SS-Tochter nach einer unbelasteten Familiengeschichte, einer „reinen“ Herkunft gewissermaßen, unbefleckt vom

53 Barbara Taufar, *Die Rose von Jericho*.

54 Ebenda, S. 84 f.

Makel einer tatsächlichen oder potenziellen Täterschaft. Diesen Wunsch teilt sie mit vielen anderen „Kindern der Täter“, die in letzter Zeit in der eigenen Familie jüdische Vorfahren aufspüren und sich somit in eine unbelastete Familientradition einzureihen versuchen. Während manche von ihnen dieses Bedürfnis meist nur verschämt andeuten, spricht Taufar es offen aus: „Weshalb konnte es denn nicht auch in meiner Familie irgendwo einen Juden geben, dessen Existenz mir die schäbige SS-Vergangenheit meines Vaters erträglicher gemacht hätte?“<sup>55</sup>

Auffallend bei Taufar ist zudem die starke Sexualisierung der Problematik, sowohl was die Vaterbeziehung als auch ihren Umgang mit Juden betrifft. Ihr Denken und ihre Zuschreibungen bewegen sich stark in den Dichotomien groß, blond, blauäugig und schön, sprich „arisch“ (für sich selbst und ihre Familie) einerseits und jüdisch als das Andere (verkörpert in ihren jüdischen Liebhabern) andererseits. Auch wenn das Jüdische nunmehr als attraktiv und reizvoll gilt, handelt es sich hierbei nur scheinbar um eine positive Umwertung. Vielmehr wirkt darin das antisemitische Stereotyp vom sexuell aktiven Juden, möglicherweise untermauert durch entsprechende Beleggeschichten und Tabuisierungen, mit umgekehrten Vorzeichen fort. Das daraus resultierende Faszination-Angst-Verhältnis gegenüber Juden, das sich in sexuell aufgeladenen Projektionen und konfliktgeladenen Liebesbeziehungen mit jüdischen Männern äußert, teilt Barbara Taufar offenbar mit manchen Vertreterinnen ihrer Generation.<sup>56</sup>

Taufars Wunsch nach einer jüdischen Identität kulminierte Mitte der 1980er-Jahre, als sie – ausgelöst durch die Waldheim-Affäre – zum Judentum konvertiert. Die SS-Tochter versteht diesen Schritt als eine nachträgliche Wiedergutmachung für die Shoah, wodurch sie, wie sie formuliert, das „zu früh vergangene Leben eines ermordeten Juden auf (sich) nehmen und fortsetzen“ will.<sup>57</sup> Ihre Identifikation mit den Juden und der Selbststilisierung als (jüdisches) Opfer geht sogar so weit, dass sie sich während des Golfkrieges 1991 nicht nur in das israelische, sondern in das jüdische Opfer-Kollektiv als ganzes eingliedert, indem sie fragt: „Wollte man uns

55 Taufar, *Die Rose von Jericho*, S. 72.

56 Beispiele dafür: Brigitte Schwaiger, *Lange Abwesenheit*, Wien/Hamburg 1980; Day, *Geisterwalzer*, S. 52; vgl. Margit Reiter, *Spurensuchen. Autobiographische und literarische Auseinandersetzungen mit der familiären NS-Involvierung in der zweiten Generation*, in: *Zeitgeschichte* 33 (2005), 5, S. 399–418.

57 Taufar, *Die Rose von Jericho*, S. 262.



wieder vergasen?“<sup>58</sup> Diese Aneignung einer jüdischen Identität und Erfahrung (der Vernichtung), die nicht die ihre ist und niemals sein kann, ist ein nicht unproblematischer Versuch, sich aus dem eigenen gesellschaftlichen und familiären Schuldzusammenhang zu lösen. Ein solcher Frontenwechsel von der Seite der Täter auf die Seite der Opfer erscheint immer dann besonders fragwürdig, wenn – wie in diesem Fall – die Auseinandersetzung mit dem NS-Vater überaus schonend ausfällt<sup>59</sup> oder die eigene belastete Familiengeschichte von den Nachkommen überhaupt ausgeblendet wird.

Abschließend kann festgehalten werden, dass der Antisemitismus in den österreichischen Nachkriegsfamilien in vielfältiger Weise präsent und niemand grundsätzlich von Antisemitismus auszuschließen war, weder die Väter, Großväter oder Onkel noch die Mütter oder Großmütter – Antisemitismus wirkte unabhängig von Alter, Milieu und Geschlecht. Das heißt zum einen, dass Antisemitismus keinesfalls nur eine „Männerkrankheit“ ist,<sup>60</sup> und zum anderen, dass im Erinnerungsmilieu der „Ehemaligen“ der Antisemitismus zwar meist offener und direkter kommuniziert wurde, dass aber auch in vielen durchschnittlichen österreichischen Nachkriegsfamilien antisemitische Ressentiments und Äußerungen zum festen Bestandteil des Familiengedächtnisses gehörten. Die NS-Nachkommen waren somit im hohen Maße vom transgenerationellen Fortwirken des Antisemitismus geprägt und haben dieses „negative Erbe“ auf sehr unterschiedliche Weise verarbeitet (oder auch nicht). Es hat sich gezeigt, dass sich die zweite Generation dabei immer im Spannungsfeld zwischen den Antipoden von Kontinuität und Diskontinuität, zwischen Antisemitismus und Philosemitismus bewegt.

58 Ebenda, S. 301.

59 Vgl. dazu Reiter, Spurensuchen, S. 409 f.

60 Margarete Mitscherlich, Antisemitismus – eine Männerkrankheit? in: dies., Die friedfertige Frau. Eine psychoanalytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter, Frankfurt a. M. 1985.

---

---

ANTISEMITISMUS

---

---

DINA PORAT

## The Road that Led to an Internationally Accepted Definition of Antisemitism

### Introduction

On January 28 2005, the EUMC (European Union Monitoring Center on Racism and Xenophobia) adopted a one page “Working Definition of Antisemitism,” which evolved as a result of the concerted efforts of a large number of institutes and experts. Over a period of about two years (2003–2004), these institutions and experts had raised many questions regarding the appropriate principles and parameters to be used as guidelines. The main issue to be addressed here is related to the circumstances that necessitated such international efforts, while a host of definitions of antisemitism had already come into use well before 2005, some of which could have perhaps been reapplied. A related issue is the term “New antisemitism” which has been frequently used during the years 2000 to 2007: is the antisemitism in question really different enough to engender a new definition, and in what ways is the new definition different from former ones? Let us first try and present some of the former definitions, and then describe and analyze the circumstances leading to the recent definition, and its contribution.

Before embarking on this analysis, two introductory remarks are required. The first concerns the authors of the definitions: the term “antisemitism,” coined in Germany in 1879 by Wilhelm Marr, “the patriarch of antisemitism,” was redefined in various periods and in different ways, depending on time, place, changing circumstances and the application of antisemitism. I would like to suggest that most of the former definitions, from Marr to 2000, were given by independent scholars and thinkers, many at the request of editors of encyclopaedias and lexicons, while the new 2005 definition was reached by both academic and governmental or institutional teams, aiming at formulating a wording accepted by all participants. The

second introductory remark concerns the difficulties of defining the term in general, since it involves a deep-seated emotional dimension as well as a conglomerate of age-old religious, political and economic elements, not to mention the inherent complications caused by the fact that Jews are not the only Semites, and by the rebirth of a political Jewish entity in the Land of Israel.

## Definitions originating in Germany

The 1882 edition of the *Great Brockhaus Lexicon* provided a definition of an anti-Semite that changed very little in subsequent editions, including those which appeared after World War II: “Anyone who hates Jews or opposes Judaism in general, and struggles against the character traits and the intentions of the Semites.” This definition contains a number of components, among them an emotional one: hatred of Jews. The inclusion of an emotional element in a respected lexicon reflects the fact that a phenomenon of this kind had existed in society as a permanent, or at least visible, fixture, to an extent that it was necessary to acknowledge its existence. In addition, this definition refers to hatred of the Jew as a person, but not to hatred of Judaism as a concept, which is opposed here without being characterized. In the second part of the definition (which was removed from the post-World War II editions), referring to the anti-Semite as a person who fights the character traits and intentions of Semites,<sup>1</sup> there is a link, and perhaps a fusion, between Semites and Jews, which is characteristic of the beginnings of racist theory in the second half of the 19th century. When Marr coined the term, he did not actually relate to the Arab nations. He apparently chose it because of its ostensibly scientific ring,<sup>2</sup> and indeed it caught on and has been used worldwide ever since despite the problem that it created from the outset. It was only later that the Jews were differentiated from other Semitic peoples, especially the Arabs; in the meantime Jews in the definition were not merely Semites but rather characterized Semitism, and especially the supposed evil in it.

1 Brockhaus Enzyklopädie, Vol. I, Wiesbaden 1966, pp. 585–586.

2 Moshe Zimmerman, *Wilhelm Marr – The Patriarch of Antisemitism*, Jerusalem 1982 (in Hebrew).

Typical of racist theory is the identification of character traits among groups of people: the Semites or the Slavs or the Latins have certain permanent features, which cannot be changed by education or environment. Racist theory is hence essentially anti-Christian in nature, since it does not recognize equality among peoples and the equal right of the individual to the mercy of God. With regard to the Jews, however, it perpetuated the image created by the Church: negative characteristics that have been reaffirmed over the centuries and became firmly embedded in society's consciousness.

Another concept that appears in this definition and became firmly implanted is that Semites (later identified as Jews) have certain intentions that anti-Semites seek to foil. The essence of these intentions is the ostensible desire to harm Christian society. It should be noted that the Brockhaus definition was published about a decade prior to the publication of the notorious hoax text, "*The Protocols of the Elders of Zion*." During this decade, the notion that the Jews were plotting to take over the world, and were planning and organizing to realize their ambition, was furthered and absorbed.

In 1887, Theodor Fritsch, one of the 'founding fathers' of modern-political antisemitism, who served as a kind of bridge between modern antisemitism and the National Socialist Party, wrote his treatise, *Antisemitic Catechism*. This provides a set of 'commandments' for antisemitism – dos and don'ts – which appeared in dozens of editions throughout his long life.<sup>3</sup> His definition, too, was a clear one: "anti – to oppose, Semitism – the essence of the Jewish race; anti-Semitism is therefore the struggle against Semitism." This is still a racist definition, because of the identification of a Jew as a Semite, and in essence it relates to the Jewish collective, defined as a race. The emphasis here is on the struggle against antisemitism originating in the years that have passed since Wilhelm Marr coined the term.

The period that extended almost to the end of the 19th century was marked by antisemitic activity, defined as political antisemitism and represented by the emergence of political parties with antisemitic platforms, or at least with an antisemitic plank. In most countries of Western and Central Europe, manifestos and petitions, accompanied by street demonstrations in the cities, were presented to the parliaments demanding restriction of the Jews' civil rights. Although the definition continued to be racist, the struggle was political, as reflected in the terminology used by party activists.

3 Theodor Fritsch, *Antisemiten Katechismus*, Leipzig 1887.

The Fritsch Catechism was still in effect as a basic text when the National Socialist party came to power. However, during World War II, its leadership had to deal with the use of the term ‘antisemitism.’ On 17 May 1943, a German official sent a letter to his colleague referring to the meeting of the Grand Mufti of Jerusalem (Hajj Amin al-Husayni) with Alfred Rosenberg, the NSDAP’s chief ideologue, and to the latter’s promise to issue instructions to the press to refrain from using the expression “antisemitism”, one that obviously blended Arabs and Jews together. Even in the letter, the word appeared inside quotation marks, the idea being not to insult the mufti who was “a friend of the Germans,” so that no one could say that the Germans were “throwing the Jews and the Arabs into the same pot.”<sup>4</sup> Indeed, in 1944, Minister of Propaganda Joseph Goebbels ordered the radio and the print media to stop using the term “antisemitism” since it no longer suited the needs of the Third Reich, and to replace it with the words “Jew” and “Judaism”, or “anti-Jewish” and “anti-Judaism”. Rosenberg and Goebbels were not attempting to create another definition but to dismantle the existing one: they did away with the concept, created in the 19th century, of Semitism being identical with Judaism. This was due, first, to National Socialist Germany’s categorical differentiation between Arabs and Jews and to its signing of agreements with the Grand Mufti of Jerusalem, who made lengthy visits to Berlin and Rome. The Arabs, who were Semites and considered allies, could no longer be included in a hostile or negative definition. Second, the use of the terms Judaism and Jews created a clearer focus on what were perceived in 1944 – by which time the extermination of European Jews was in full swing – to be the central and eternal enemies of Nazism. While this separation served the purposes of the Third Reich at the time, the term “antisemitism” continued to be used in Germany following the demise of Nazi Germany, and is still used today, 60 years after World War II ended.

### Jewish scholars defining antisemitism

In 1901, the first edition of the 12-volume *Jewish Encyclopaedia* appeared in London and New York, the first time in Jewish history that such a work was published.

4 Letter from Hans Hagemayer to Dr. Koepper, 17 May 1943, doc. XCII-28, in Léon Poliakov/Joseph Wulf, *Das Reich und die Juden*, Munich 1978, p. 369.



It was compiled in the United States by more than 400 Jewish experts with the aim of educating the Jewish public, while at the same time presenting the Jewish people and its wealth of culture to the world, and especially the educated public in their own country. It should be borne in mind that this period, the turn of the century, witnessed the mass immigration of Jews to the United States. Coming mainly from Eastern Europe, these Jews had not yet been absorbed into the country and were still seeking their place in it. This reality dictated the character of the encyclopaedia to a certain extent and is reflected in the definition of antisemitism and the presentation of its history. For example, in the entry on the Dreyfus trial, which had been held during the years when the encyclopaedia was being prepared, emphasis was placed on the religious origins of antisemitism and not on its secular-political ones, as if to say that in a modern country like the United States antisemitism of this type could not develop. Indeed, between the end of the Dreyfus affair and World War I, there was some decline in the political antisemitism in Europe that had existed there mainly since 1870.

Nevertheless, the *Jewish Encyclopaedia* definition of antisemitism written by Gotthard Deutsch, professor of Jewish history from Cincinnati, emphasizes the term's racist, and not its religious, origins and characterizes so-called Jewish traits according to the perceived racist notion: "greed, a special aptitude for money-making, aversion to hard work, clannishness and obtrusiveness, lack of social tact and especially of patriotism. Finally, the term is used to justify resentment for any crime or objectionable act committed by an individual Jew."<sup>5</sup> It is implied that these traits were only those a narrow-minded bigot steeped in prejudice would accuse the Jews of having, and that Jews, collectively and individually, were not really like that. This inference was necessary at the time due to the masses of Jews who had arrived in America. Many lived in poverty in the slum neighbourhoods of large cities, where their customs and dress drew attention and aroused suspicion. This had nothing to do with characteristics, said the Jewish scholars, but rather with conditions and circumstances, which would change in the future. In other words – "Give us a chance."

Indeed, other entries in the encyclopaedia discuss the origins of the supposed collective characteristics of the Jewish people and the question of whether Jews

5 The Jewish Encyclopedia, Vol. I, New York/London 1990, pp. 641–649.

really had such traits and whether they could be attributed solely to their living conditions. The entry also discusses positive notions about the Jewish people, such as their high level of culture, amazing adaptability and contribution to world civilization. The entry on Theodor Herzl, founder of Political Zionism, follows the line of Leon Pinsker, among the first to define the situation of Jews in exile, who considered the roots of antisemitism to lie in exile and active Jewish nationalism to be its solution (“auto-emancipation”, he entitled his booklet); both of them offered a political solution (“The State of the Jews”, Herzl entitled his own), but first and foremost a spiritual and moral one. The First Zionist Congress had been held only four years prior to publication of the encyclopaedia, and its impact, especially Herzl’s meteoric rise in the firmament of Jewish history, was evident in the entries.

It is possible, although we have no proof of this, that in the 11th edition of the *Encyclopaedia Britannica*, published in 1911, criticism is levelled at the tendency manifested in certain entries in the *Jewish Encyclopaedia* to stress the religious element: “The Jews,” writes the entry’s author, Lucien Wolf, one of the most prominent members of the Anglo-Jewish community at the beginning of the 20th century, “contend that anti-Semitism is a mere atavistic revival of the Jew-hatred of the Middle Ages.” In other words, it had no place in the modern world of the new century, since atavism was a throwback to the emotions and phenomena of past generations. Wolf had little faith in the optimism of Jewish scholars, which derived from the decline of antisemitism in Europe from the last decade of the 19th century until the outbreak of World War I, nor in the continued stability of Britain, where he wrote his entry during the long reign of Queen Victoria. Thus, his criticism was directed at Jews both in the United States and in Britain: religious prejudices, he believed, had indeed been reawakened by antisemitic incitement, but prejudice was not the cause of antisemitism; it was, rather, racism, which already had been a part of political struggles. Thus he urged the Jews living in the respectable refuge of Britain not to delude themselves, although they lived in an enlightened and democratic country. They should see, instead, the true nature of antisemitism and the role it could play in the political struggles and tensions between various groups, even during that period.<sup>6</sup>

6 *Britannica* (11th ed., 1911), Vol. I, pp. 134–145. Lucien Wolf, a prolific publicist, statesman and historian, signed the item as vice-president of the Jewish Historical Society of England, and former president of the society.

Other Jewish encyclopaedias published during the 20th century, including the *Encyclopaedia Judaica*, first released in 1971, with a lengthy entry written by historian Benjamin Eliav,<sup>7</sup> do not continue this line that places racism or religion at centre stage. They rather present wide-ranged definitions of antisemitism, citing the various sources – religious, economic, social and racist – and even the animosity and hatred that the term embodied. The definition of antisemitism in the *Encyclopaedia of the Holocaust*, written by Yad Vashem historian Israel Gutman in the 1990s, adds a crucially important dimension: “Throughout the generations, concepts, fantasies and accusations have stuck to the term that portrayed a negative cognitive and emotional web, at times independent of Jewish society as it was fashioned and existed in reality.”<sup>8</sup> The discrepancy between the real and the imagined, and the political use made of it, a discrepancy that is the essence of antisemitism, will be further discussed below.

## Non-Jewish encyclopaedias and thinkers following World War II

Two intellectual giants, Jean-Paul Sartre and Bertrand Russell, who referred to our issue during World War II and immediately afterward, defined antisemitism and anti-Semites with disgust. Sartre described antisemitism as “blaming the presence of the Jews for all the disasters befalling the individual and the public, and making suggestions on what steps to take to improve the situation, from limiting their rights up to their deportation and annihilation.” He categorically refused to view antisemitism as an opinion, which is a result of analysis, since the anti-Semite is “a person who fears, it is not the Jews that he fears, but rather himself, his consciousness, his liberty, his instincts, the need to admit responsibility for what he had done, his solitude, the changes that might affect him, society and the world [...] in short anti-Semitism is the fear for the condition of man.”<sup>9</sup> In his “New Hopes for a

7 Universal Jewish Encyclopedia, New York 1939–43, 1948); New Jewish Encyclopedia, New York 1962, pp. 17–18; Encyclopedia Judaica, Vol. II, Jerusalem 1971, pp. 87–95.

8 Encyclopedia of the Holocaust, editor-in-chief: Israel Gutman, Vol. I, Yad Vashem /Sifriat Poalim 1990 (in Hebrew), pp. 98–116.

9 Jean-Paul Sartre, Reflections sur la Question Juive, Tel Aviv 1978), p. 31; translation and comments, Menachem Brinker (Hebrew).

changing World,” Bertrand Russell put it even more succinctly: “Had Hitler been a brave man, he would not have been an anti-Semite.”<sup>10</sup>

Encyclopaedias published in the English-speaking world after 1945 also took up the question of defining antisemitism. The *Everyman's Encyclopaedia* published in Britain in 1949 and again in 1951 in New York, defines anti-Semites and antisemitism thus: “... those who were opposed to the Jews in the second half of the 19th century. This hatred of the Jews, or antisemitism as it was called, was not the outcome of antipathy to their religion, but arose on account of their wealth and power which they were accumulating.”<sup>11</sup> On one hand, reference is made to an emotional dimension, hatred, but the description is written entirely in the past tense. This edition was published in the years immediately following World War II, after the overthrow of the National Socialist regime, and contains the hope that antisemitism was indeed a thing of the past, that it too had been destroyed now that the entire world had realized just how heavy a price Jews and non-Jews had paid for the hatred and persecution of minorities. On the other hand, the entry makes absolutely no mention of the National Socialist regime, its antisemitism or its consequences, as if the events had never happened. The reason, seemingly, was that these were the early years of the Cold War, and the previous enemy, Germany, had left the scene and been replaced by the Soviet Union.

Another example also provides proof of that frame of mind: About a year later, in 1952, Eleanor Roosevelt wrote a foreword to the first edition of Anne Frank's diary in English. She, too, makes no mention of the Jews, the Holocaust or the Germans, or even that Anne had been Jewish; moreover, in the play, a muted and adapted version of the diary, which opened on Broadway in 1955, the Germans were not shown at all, even at the end.<sup>12</sup>

A no less striking aspect of the definition in *Everyman's Encyclopaedia* is its reference to the rise of antisemitism as the result of the accumulation of wealth and

10 Bertrand Russell, *New Hopes for a Changing World*, London 1951, Ch. XII, p. 109. Russell's analysis in this chapter is very much like Sartre's in his book.

11 *Everyman's Encyclopedia* (UK, 1949, NY, 1951; 3rd ed.), Vol. 7, p. 373.

12 Dina Porat, *A Forty Year Struggle – Anne Frank's Diary and the Holocaust Deniers, 1958–1998*, in: Shmuel Almog/David Bankier/Daniel Blatman/ Dalia Ofer, *The Holocaust – The Unique and the Universal*, essays presented in honor of Yehuda Bauer, Jerusalem 2001 (in Hebrew), pp. 160–184.

power by the Jews, which the writer mentions as a matter of fact, one with which he does not disagree; on the contrary, it is clear to him that because the Jews had become so rich and powerful in the second half of the 19th century, they aroused resentment. Does this infer that the Jews actually brought antisemitism, and its consequences, upon themselves? Since property and power interest English-speaking countries more than religious or race, is there not a warning to non-Jewish readers implied in this definition? It should be borne in mind that the description appears in *Everyman's Encyclopaedia*, which is intended for a mass readership. The *Hebrew Encyclopaedia* states that, "almost every hatred of a minority has inherent in it a certain expression of strong powerful urges of possession and rule."

In the mid-1960s, there was a surprising turn of events. In 1966, the *Britannica Merriam Webster Dictionary of the English Language*, one of the leading English language dictionaries, published a new edition with the following definition of antisemitism: "1) hostility toward Jews as a religious or racial minority group, often accompanied by social, economic and political discrimination." Thus far there is nothing new, but it continues: "2) opposition to Zionism: sympathy with opponents of the state of Israel."<sup>13</sup> The time was just prior to the Six Day War, a period when the State of Israel was under threat, first, in the United Nations from the Soviet bloc, which unequivocally supported the Arab states in their efforts to get rid of the Jewish state (and was also trying to gain support from the Third World). This coalition changed tactics following the Six-Day War and tried to expel Israel from the United Nations, boycott it and denounce it; it succeeded in doing the latter in 1975 when the resolution equating Zionism with racism was passed. However, when the Webster dictionary published its unambiguous statement that antisemitism was also opposition to Zionism and sympathy for those who opposed the State of Israel, it took a stand regarding the constant threat to Israel and its existence. Namely, it was saying that as in the past when the abrogation of the rights of the individual Jew to equality and even to life was defined as discrimination, the abrogation of the right of Israel to be equal to any other country in the manner in which others related to it was also discrimination. Prior to Israel's stunning victory in 1967 on one hand, and before the sharpening of the Israel-Arab dispute on the other, Israel had been perceived in the western world as a small democratic country, the realization of

13 Webster's Third New International Dictionary, Cambridge/Mass. 1966, p. 96.

the yearning of a people for its homeland, a people that had not enjoyed fair treatment in the international arena and needed to be protected from its attackers and adversaries. Therefore the definition equated antisemitism with anti-Zionism and considered both as discrimination.

Nevertheless, the dictionary did not give up its definition of a Jew as “a person believed to drive a hard bargain” and the verb “to Jew” or “to Jew down,” as driving a hard bargain, cheating by sharp business practice, or inducing a seller by haggling to lower his price, let alone the mentioning of the Jewbird (with a conspicuous beak) and a Jewbush (that has emetic powers ...).<sup>14</sup> In fact, it could not give them up because they are a reflection of idioms embedded in the colloquial speech.

### Israeli scholars defining antisemitism

The forefathers of Zionism, such as Herzl and Pinsker, had hoped that the creation of a state or at least a kind of emancipation would normalize relations between Israel and the Jewish communities abroad, so the latter would cease being part of a Diaspora with all the associated difficulties, and – as a first priority – also would normalize relations between the Jewish and the non-Jewish world, which would then treat the Jewish state much as any other country. Consequently, antisemitism, which originated in exile, would decline.

About a decade after the establishment of the State of Israel, the fourth volume of the *Hebrew Encyclopaedia* was published. It contained a comprehensive entry on antisemitism, the first part of which was written by historian Ben-Zion Netanyahu. After the requisite discussion on the essence of the term, its meaning and its history, Netanyahu added a new tier to the subject which was, “hatred of the other, hatred of the alien and hatred of the weak,” and he defined antisemitism as a kind of hatred of minorities which included all three of these hatreds, “in a more forceful and consistent form than in any other form of hatred of minorities.”<sup>15</sup> This, in essence, is a Zionist definition, and, like Zionism, is an optimistic one: a state of

14 Ibid, the 1971 edition, p. 1215.

15 Ben-Zion Netanyahu, Antisemitism, in: *The Hebrew Encyclopedia*, Vol. IV, Jerusalem/Tel Aviv 1959 (in Hebrew), pp. 493–508, quoted, pp. 496–497.

being different, alien and weak can be changed, and this can be done through the abolition of the Diaspora and the establishment of a Jewish state. Once the Jews had a state of their own, they would be like all other nations, even like those who did not live in their homeland such as an Irishman or Italian living outside his home country. They would no longer be foreigners whose status was different from that of other foreigners. As soon as this state became strong, those living outside it would also gain in strength and the state would be their support wherever they were. This was the prophecy of the founding fathers of Zionism, and it was the hope of the state's founders and citizens, at least for the first twenty years after its establishment. Israel's existence would eliminate the elements that had given rise to antisemitism, regardless of time and place.

About a decade later, in 1969, Hebrew University historian Shmuel Ettinger attempted to revolutionize this concept. In his analysis of "The Roots of Antisemitism in Modern Times," he described antisemitism as a reflection of the stereotype of the Jew created over hundreds of years, and which had become part of various representations of culture. Because the image had become an intrinsic part of Western culture – in sculpture, painting, sacred music, popular sayings and in various linguistic expressions – it would never be uprooted and would continue feeding antisemitic sentiments in the future.<sup>16</sup> One may add that trying to erase these expressions would be an effrontery to this cultural legacy. Even the Israel Philharmonic Orchestra plays passions and oratorios depicting cruel and bloodthirsty Jews as part of this view.

In saying this, Ettinger in essence concluded that Zionism would not solve the problem of antisemitism and would not diminish it, because there was no connection between them: the image of the Jew and that of the State of Israel and its citizens existed separately. Hence, we have today the phenomenon of antisemitism without Jews, such as that, for example, found in Japan and Poland, with the extant representation of the Jew sufficient to feed it. The change introduced by Ettinger also reflects the state of mind in post-1967 Israel. A society that considers itself stronger than in the past can allow itself greater openness, including self-criticism, and can admit to hopes that had proved false. Zionism will not solve the problem

16 Shmuel Ettinger, *The Roots of Antisemitism in Modern Times*, in: *Molad* 25 (1968; in Hebrew), pp. 323–340.

of antisemitism, and the existence of the State of Israel might even complicate matters for Diaspora Jewish communities, which may adopt positions on current affairs while being citizens of their own countries. Nevertheless, it is clear that the State of Israel has placed Jewish and Israeli reactions to antisemitism on an entirely different plane.

Two years later, Professor Ya'akov Tury and his students in the department of Jewish history at Tel Aviv University continued Ettinger's analysis and arrived at the following definition: "Modern day political antisemitism is the manipulation for political reasons of emotions that have existed for a long time against an unrealistic image. Antisemitism is not an ideology, as it is sometimes presented, but rather 'a multi-faceted substitute' of ideology, and therefore it can serve the ideas of sundry circles." Tury recognizes the central place of the unrealistic image, but emphasizes a differentiation that had not been made previously. On one hand, there is the active anti-Semite who writes, publishes and signs petitions, desecrates cemeteries and torches synagogues, and strives to realize the political alliances and targets he has set for himself; on the other, there are large circles of people that hear of his acts or read what he writes and support him or vote for him. The activist is the one who manipulates public feeling in order to garner support for what he does. Antisemitism, here, is not an ideology but a tool employed by factions, groups and political parties, even those diametrically opposed to each other, which can unite for this purpose despite their differences.<sup>17</sup> Tury's ideas also provide another explanation for *The Protocols of the Elders of Zion*: if the Jews are a multi-faceted people, including cosmopolitans and socialists, nationalist Zionists and converts to Christianity, secular scientists and the ultra-Orthodox, but nevertheless comprising one community, this would mean that they have some kind of sophisticated hidden master plan which determines how roles are to be divided up among each part of the community so that the Jews are consolidated as a public. This danger must therefore be exposed and the non-Jews unite against it despite their differences.

In the summer of 1979 the so-called *Ma'ariv* trial, in which the newspaper was sued by two members of the British Parliament, was held in the Jerusalem District Court. The Israeli paper had defined their work, *Tell It Not in Gath*, which accused

17 Jacob Tury, MA seminar on "The Debate on Rights for the Jews in the 18th and 19th Centuries," 1971, Department of Jewish History, Tel Aviv University.



Israel of having acquired control over the world press through its connections with the Jewish communities, as “an antisemitic book written in Nazi propaganda style.” Naturally, this called for a definition of antisemitism and anti-Semite, and I was called upon as an expert witness.<sup>18</sup> Being a student of Tury’s, I followed his line, adding the following points:

- The essence of antisemitism is the gulf between the image of the Jew as it was and still is depicted by the anti-Semite, and the Jew’s actual status and power. This is also true of the State of Israel, regarding the gulf between its image and its true power and status. The wider the abyss, the stronger the antisemitism, and there is no better proof of this than the pitiful state of the Jewish people on the eve of World War II, as opposed to the fanatical belief of the NSDAP leadership in the Jews’ omnipotent power.
- Legitimate criticism of individuals and countries is transformed into prejudice once it denounces their behaviour as arising out of fixed, age-old characteristics and does not relate to the event itself, seeing it rather as a link in a chain of identical deeds. In 1986, known orientalist Bernard Lewis elaborated on this point in his “Semites and Antisemites,” claiming that it reflects the essence of Arab and Muslim antisemitism.<sup>19</sup>
- One does not have to read the writings of anti-Semites who preceded him in order to reach the same views they expressed. The worldview, filtered through the prism of “*The Protocols*” and centering on the belief of Jewish, and now Jewish-Israeli, power and mal-intentions, is sufficient to create a state of mind, with accompanying expressions and conclusions, in those from completely different backgrounds and even among the highest levels of society.

## International involvement – 1990 to 2005

Could the above-described lines of definition be reused during recent years? Indeed, these lines do include most elements that comprise antisemitism, and is useful as an

18 A copy of the trial minutes is located at the Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism, Tel Aviv University (hereafter: Roth Institute).

19 Bernard Lewis, *Semites and Anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice*, London 1986 [& 1997], p. 242.

analytic tool. However, they have not been recently reused for a number of reasons. First, each of these definitions reflects a certain culture and public atmosphere and a new period with its new developments needs its own reflection. Also, the former ones were more of an academic theoretical nature, formulated by individuals, while stormy times in terms of racism and antisemitism such as the 1990s and the first years of the 2000s, call for more practical definitions that can be a basis for international activity and legislation. In any case, surprisingly enough, these stormy years did not produce a definition until 2005.

International bodies have not tried to define antisemitism, not even following World War II, and in fact have not even mentioned it in treaties and agreements, except for one case, during the years 1945 to 1993. Even racism was hardly mentioned in the United Nations or European conventions and declarations, which used vague and general terms such as tolerance, equality and the rights of minorities;<sup>20</sup> after the war, all nations wished to start afresh by avoiding the pinpointing of former culprits or victims, and the former Allies did not wish to insinuate that their war effort was in any way motivated by Jewish demands. This situation did not alter until the 1990s, despite the many changes that naturally took place worldwide throughout this long period.

The 1990s brought about political and economic changes relevant to our issue. The first Gulf War of 1991 led to a rise in a variety of antisemitic and anti-Israeli expressions; the disintegration of the Soviet Union, the reunification of Germany and the opening of the Far Eastern markets to international trade led to privatization and globalization of the world economy, much of which was blamed upon Jewish magnates; the process of globalization brought millions of immigrants and foreign workers from the poor southern hemisphere into the rich northern one, and they poured their frustration – when not integrated in the hosting surrounding societies – on the neighbouring Jewish communities, which seem to them to be part and parcel of these societies; extreme right wingers exploited the tensions between the newcomers and the local societies to further their goals, including the airing of their anti-Jewish tendencies; Jews and Israel were blamed for being part of the

20 Dina Porat, *The Evolution of Legislation against Racism and Antisemitism*, in: *Legislation in the Struggle Against Antisemitism*, ed. By the World Jewish Congress and the Stephen Roth Institute, Jerusalem 2006, pp. 5–10.

policies of the US, that became the world strongest and most hated power, especially by Muslims and European leftists.

The Commission on Security and Cooperation in Europe – replaced by the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE) founded in 1994 – a European Union body, was the first to report on the rise in antisemitism and to denounce it – without yet defining it – at its 1992 Copenhagen conference. In 1993, in the wake of events in Rostock, Germany, where racist violence was combined with antisemitic outbursts, the EU parliament passed a resolution specifying antisemitism most forcefully, for the first time since World War II, defining Holocaust denial as an instigation to racism, and calling upon the EU countries to enact effective legislation to combat it.<sup>21</sup> Needless to say, before legislating one needs a definition. Indeed, when the UN convened a large-scale conference on human rights in Vienna in June 1993, all delegations were approached in order to reach a resolution stating that antisemitism was a form of racism.<sup>22</sup> Such a resolution was reached by the UN commission on Human Rights on March 1994, and was pronounced a historic declaration – quite ironic for such an obvious decision. Though antisemitism was put on the same line with xenophobia, discrimination against Muslims and Arabs, and Negrophobia, it was still the first time ever for it to be acknowledged by an international body as a wrong that must be rectified. Moreover, a new tool, ECRI (European Commission against Racism and Intolerance) was formed and started its work.<sup>23</sup>

As immigrant-related problems increased, and the 1993 conference proved to be of little help, the year 1997 was declared by the EU “A Year of Struggle against Racism.” This endeavour, too, bore little fruit, and preparations were made for a new conference – the September 2001 UN World Conference against Racism in Durban, South Africa. As the conference drew near it became evident that no definition of racism acceptable to all could be reached, and since antisemitism was a form of racism as declared in 1994, it, too, was not redefined. The only result of the conference,

21 Stephen J. Roth, *The Legal Fight against Antisemitism, A Survey of Developments in 1993*, supplement to the *Israeli Yearbook on Human Rights*, vol. 25 (1995), p. 136.

22 I was privileged to be a member of the Israeli Foreign Ministry to the Vienna conference, entrusted with persuading the delegations to enter such a statement in their final speeches.

23 See the 1994 UN Yearbook, New York 1995, pp. 324–336.

in terms of definitions, was a stronger emphasis on the term Islamophobia, which was first hinted at in the 1994 list, because Arab countries claimed that antisemitism 2000-style was hatred of Arabs by Jews and those who agreed with them. Moreover, according to the worldview of the anti-globalization movements, which were very active in Durban, Arab countries are located in the poor, black south, and Israel and the Jews in the rich, white north. This ethnic-geographic division complicated all the more the possibility of reaching, or abolishing, a definition of antisemitism. With or without a definition, the conference turned into an anti-Israeli and antisemitic fiasco, losing sight of its original goals.<sup>24</sup>

After October 2000, with the outbreak of the second Intifada and the outburst of antisemitic waves of activities, in Western Europe especially, a new term began to be used: “the new antisemitism.” It was added to the list of ancient, medieval (early and late), 19th century political, National Socialist, and post-World War II modern former types of antisemitism. It was not defined, but rather characterized by four major changes: Firstly, it was the first time that initiative, images and coordination of activities moved from the Christian world to the Muslim one; Christian motifs were used for political purposes outside the Christian world; and among the millions of Muslim immigrants residing in the Western World, groups of radical Islamists financed by oil-money started accelerating violence and intensive propaganda. Secondly, anti-Zionism therefore increased, and a debate on when is it actually antisemitism has been raging for a few years now, especially among intellectuals. A related question is, to what extent are these waves truly a result of events in the Middle East, the war in Iraq included? Or is the Israeli-Palestinian conflict just a pretext, while rampant anti-American and anti-globalization sentiments and the frustration of immigrants, are the root causes? Thirdly, the nature of violence has changed: it is more brutal than before, and its major bulk is directed not against cemeteries (mostly by the extreme right) as it used to be until 2000, and not even against synagogues as until 2003, but rather against the person of school and high school youngsters, and those who are perceived as Jews on the streets (mostly by young Muslim immigrants, first or second generation). Fourthly, there is the geographic shift from Soviet, Arab and Third World governmental-oriented

24 Dina Porat, Durban –Another Attack on Israel and the Jewish People, in: *New Directions* 7 (2002), pp. 51–60.

antisemitism to circles of academia, administration and media in the western democracies, a development far more insulting than the former one. The rise of antisemitism in democratic societies to which Jews felt they belonged, and whose values they shared, had a sobering effect in some Jewish communities that had nurtured illusions of full, long-lasting integration.<sup>25</sup>

### The new January 2005 definition

Following 2002, an especially difficult year in terms of antisemitic violence and anti-Zionist expressions, European governments and organizations started worrying that violence might get out of hand, spill over into the streets and be directed not only against Jews but against the states' institutions as well (as it indeed happened in France in November 2005). Moreover, leaders of these organizations felt that democratic principles were threatened by the tensions introduced by massive immigration. Pressure exercised by the US State Department had its additional effect on the decision of European countries to take action. On June 2003 the OSCE convened a conference in Vienna, the participants of which called, for the first time, for the preparation of practical tools fit to tackle the situation, including an appropriate definition of antisemitism.

The European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC) tried to meet the challenge when commissioning a report on antisemitic manifestations in Europe. The report, compiled by the Center for Research on Antisemitism at the Technical University Berlin, was not published officially. Instead the EUMC decided to present a new report of its own on manifestations of Antisemitism in the EU countries during 2002–2003, which was published in 2004. Yet it presented an amazing return to some of the classic definitions used since 1880, and was primarily based, as its authors wrote, “on an analysis of German antisemitic literature of the 1930s and 1940s,” namely on National Socialist and racist notions of the image of the Jew. The six-point definition of Jews included in this report referred to, among other characteristics, the “‘deceitful’, ‘crooked’, ‘foreign’, ‘corrupt’ [nature of the Jew,

25 See the Roth Institute annuals, *Antisemitism Worldwide* and its website [www.antisemitism.tau.ac.il](http://www.antisemitism.tau.ac.il)

his] ‘power and influence,’ ‘relation to money,’ etc., and – not to be forgotten – “the Christian anti-Judaist myth of ‘the Jew’ as ‘Christ Killer.’” Of course, this is the image of the Jew – as the EUMC deemed – it conceived in the antisemitic imagination, certainly not in the EUMC’s imagination. But such a recent repetition of past, especially National Socialist, racist and ancient Christian stereotypes not only evokes ugly memories of past events: it might also suggest that the Jew himself is still supposed to be blamed for the fire he attracts, because he indeed is believed to possess all these characteristics and mal-intentions. Most disturbing is the fact that this definition of a Jew, published in 2004, is based on notions entertained in the 1930s and 1940s, thus ignoring all the above-described recent developments, concentrating on “antisemitism” and not on “new antisemitism” and therefore not contributing much towards the solution of present problems.<sup>26</sup>

The six-point definition of a Jew led to a definition of antisemitism in this report: it uses the fruitful distinction between a Jew and a ‘Jew’ posited by Oxford scholar Brian Klug, namely the distinction between the real and the imaginary Jew; and his definition of antisemitism as “the process of turning Jews into ‘Jews,’” that re-emphasizes the gulf between reality and the antisemitic imagination.<sup>27</sup> Hence the report’s definition of antisemitism is “any acts or attitudes that are based on the perception of a social subject (individual, group, institution, or state) as the (‘deceitful,’ ‘corrupt,’ ‘conspirational,’ etc.) Jew.” But the problematic of using 70-year-old definitions of Jews in a 2000s context still remained and is demonstrated in the report’s attempt to clarify when anti-Israeli and anti-Zionist expressions become antisemitic: when Israel is seen as being the representative of the “Jew,” or Jews as representatives of Israel or “Israel”? When Jews are perceived as “Israelis” or Israelis as “Jews”? These are relevant questions indeed, that continue Klug’s idea, but in order to answer them one has to conduct, as the report authors admit, “a thorough systematic analysis of texts, pointing out to different possible interpretations.” In other words, this is a theoretical academic fine tool that does not take practicality into consideration.

26 Manifestations of Antisemitism in the EU 2002–2003, EUMC, Vienna, 2004, pp. 12–14. And Kenneth S. Stern, “Proposal for a Redefinition of Antisemitism”, in *Antisemitism Worldwide 2003/4*, Roth Institute, Tel Aviv 2005, pp.18–25.

27 Brian Klug, *The Collective Jew: Israel and the New anti-Semitism*, in: *Patterns of Prejudice* 37 (2003) 2, p. 122.

Werner Bergmann and Juliane Wetzel from the Center for Research on Antisemitism in Berlin had used in their report written for the EUMC in 2002 the definitions formulated by Holocaust researcher Helen Fein and by expert Dietz Bering. Fein wrote about “a persisting latent structure of hostile beliefs towards Jews as a collective manifested in individuals as attitudes, and in culture as myth, ideology, folklore and imagery, and in actions – social or legal discrimination, political mobilization against the Jews, and collective or state violence – which results in and/or is designed to distance, displace, or destroy Jews as Jews.”<sup>28</sup> Bering referred to Jews as “not only partially but totally bad by nature, that is, their bad traits are incorrigible. Because of this bad nature – Jews have to be seen not as individuals but as a collective – Jews remain essentially alien in the surrounding societies. – Jews bring disaster on their ‘host societies’ or on the whole world, they are doing it secretly, therefore the anti-Semites feel obliged to unmask the conspiratorial, bad Jewish character.”<sup>29</sup>

The next OSCE conference on antisemitism, held in Berlin in April 2004, proved a milestone. The Berlin Declaration, after having forcefully condemned all manifestations of antisemitism (and all other acts of intolerance), and having clearly stated (in a language reminiscent of the 1966 Britannica definition) that international developments or political issues never justify antisemitism, urged the 55 members states of the OSCE to find those tools mentioned in Vienna and other tools including an all-encompassing, useful definition, to monitor and combat antisemitism.<sup>30</sup>

After the conference, the EUMC tried again: they started with ODIHR (the OSCE Office for Democratic Institution and Human Rights stationed in Warsaw founded in 1995) to coordinate an effort to formulate an internationally accepted

28 Helen Fein, *Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations and Actions*, in: Helen Fein (ed.), *The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism* (Current Research on Antisemitism, vol. 1, ed. By Herbert A. Strauss and Werner Bergmann), Berlin/New York 1987, p. 67–69.

29 Dietz Bering, *Gutachten über den antisemitischen Charakter einer namenpolemischen Passage aus der Rede Jörg Heiders*, 28 February 2001, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (eds.), “Dreck am Stecken” – Politik der Ausgrenzung, Vienna 2002.

30 For the Berlin Declaration see the OSCE website, [osce.org/documents/cio/204/042828 equipdf](http://osce.org/documents/cio/204/042828 equipdf). For the ECRI General Policy Recommendation No. 9 on the Fight against Antisemitism of June 25 2004 see [coe.int/ecri](http://coe.int/ecri).

definition. Quite a number of scholars and institutes met the challenge,<sup>31</sup> and on January 28, 2005, a new “Working Definition of Antisemitism” came into being. “Working” is the term that makes the difference. It is a working definition in the sense that it is short, and presents itself as a practical tool, not an academic, theoretical one; it deviates from the former classic ones but does not ignore them (for instance, the very first line mentions “hatred,” much as quite a number of definitions did since the 1882 one); it does not deal with the image of the Jew but rather with antisemitic activities, as Helen Fein did; it does not mention Judaism, because this is a hard-to-define cultural and religious notion, and because there is little doubt regarding the contribution of Judaism to world culture; it faces the recent developments that led to the new antisemitism; it might facilitate monitoring of antisemitic acts and expressions, comparability among countries and international cooperation; and it does not juggle anymore around the relations between antisemitism and anti-Zionism, and calls a spade a spade.

The working definition is a result of deliberations in many countries, but is formally an obligation of the 25 present EU European member states. Indeed, a careful reading suggests that it is influenced more by the European historical experience of centuries-long antisemitism and the Holocaust, and of millions of immigrants, some of whom are threatening public order on Europe’s streets, and rather less by the North American one. Europe is more inclined to impose limitations, be they legal or practical ones, on antisemitic expressions, while North America is still under the spell of the First Amendment. If I may use a metaphor, then antisemitism is a chain composed of three links, each leading to the other: an idea, a word and an action. The idea is embedded in the head of its conceiver, and naturally cannot be punished. The word expresses the idea and is punishable in Europe. In North America the word goes unpunished despite the fact that it instigates to action, i.e. “words” or “free expressions” that are likely to incite violence can be banned according to the Constitution.

31 The participants in the deliberations listed on the EUMC Antisemitism – Summary Overview of the Situation in the EU 2001–2005, p. 19 are: The European Jewish Congress, The Community Security Trust (UK), the Consistoire Juif of France, The Stephen Roth Institute of Tel Aviv University, the Berlin Antisemitism Task Force, The American Jewish Committee (the Blaustein Institute for the Advancements of Human Rights), the Anti-Defamation League, B’nai Brith International, the Tolerance Unit of ODHIR/OSCE, Prof. Yehuda Bauer, and others.



The new definition was informally adopted by the participants of the next OSCE Cordoba conference held in June 2005, who already referred to it as a matter of fact, and since then there are modest beginnings of putting it to practical use.<sup>32</sup> Will the definition lower the number of future antisemitic activities or mute antisemitic expressions? The year 2005 was better than 2004 in terms of antisemitic violence, 2006 was much worse. Only a close monitoring over a period of a few years will enable the pinpointing of long-term tendencies. Will the definition change, even slightly, the deeply rooted image of the Jew and the Jews, or of Israel, which is nowadays the Jew among the nations? This is hardly conceivable, but the definition offers at least an international recognition that antisemitism is a wrong that should and could be put right, and a framework within which cooperative efforts could be enlisted to achieve this goal.

32 Modest beginnings: on July 2005 a Lithuanian court relied on the new definition when ruling that the editor-in-chief of the Vilnius daily Respublika published material propagating “enmity” while writing about a Jewish global plot. In the Cordoba conference it was reported that US police forces were already being trained to use the definition.

---

## Die Judenfeindschaft rechtsextremer Organisationen in der Weimarer Republik und im Frankreich der Zwischenkriegszeit

Der Großteil der Arbeiten zur Judenfeindschaft beschränkt sich noch immer auf eine länderspezifische Erforschung des Phänomens. Ereignisse in den Nachbarländern und deren Einfluss auf nationalstaatliche Entwicklungen bleiben dabei häufig unberücksichtigt. So kann etwa der Antisemitismus im Frankreich der 30er-Jahre nicht angemessen untersucht werden, wenn nicht auch die „Judenpolitik“ des nationalsozialistischen Deutschland als Einflussfaktor in Betracht gezogen wird. Für die Antisemitismusforschung bietet der Vergleich den Vorzug, der Judenfeindschaft als transnationalem Phänomen gerecht zu werden. Dennoch soll hiermit keiner apologetischen Tendenz Vorschub geleistet werden, da ein komparativer Ansatz nicht mit einem Gleichsetzen unterschiedlicher historischer Gegebenheiten zu verwechseln ist. Vielmehr können nur mit Hilfe des Vergleichs die jeweiligen nationalstaatlichen Besonderheiten herausgearbeitet werden. Wie aber sollte man ohne derartige Perspektive von einer spezifischen Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland sprechen können? Nur im Vergleich zu seinen Nachbarländern kann zwischen deutschen Besonderheiten und einer „gemeineuropäischen“ Geschichte der Judenfeindschaft getrennt werden.<sup>1</sup>

- 1 Michael Mayer, Antisemitismus in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Die Ministerialbürokratie und die „Judenpolitik“. Diss., München 2007, erscheint 2008 in der Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“. In der Regel werden in scheinbar komparativen Arbeiten nur Sachverhalte parallel dargestellt. Der eigentliche Vergleich bleibt dem Leser überlassen, der jedoch aufgrund der disparaten Ergebnisse kaum zu weitreichenden Schlussfolgerungen kommen kann. So etwa bei William W. Hagen, Before the „Final Solution“. Toward a Comparative Analysis of Political Anti-Semitism in Interwar Germany and Poland, in: *Journal of Modern History* 68 (1996) 2, S. 351–381.

In diesem Aufsatz sollen Unterschiede und Ähnlichkeiten der Judenfeindschaft rechtsextremer Organisationen in der Weimarer Republik und im Frankreich der Zwischenkriegszeit herausgearbeitet werden. Dabei kann hier allerdings nur auf die Haltung der Führung der jeweiligen Organisationen eingegangen werden. Die sehr viel radikaleren Schläger- und Propagandatrupps, die es sowohl in Deutschland als auch in Frankreich gab, müssen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt auch für die extrem judenfeindlichen Sektionen der Organisationen im Elsass und in Algerien (das zu dieser Zeit ein Departement Frankreichs war). Ebenso muss die bei sämtlichen untersuchten Organisationen virulente Verbindung von Antisemitismus und Antikommunismus hier unberücksichtigt bleiben.

Für diese Studie wurden nicht nur die jeweils bedeutendsten rechtsextremen Parteien und Frontkämpferverbände, sondern auch die einflussreichsten antisemitischen Gruppierungen ausgewählt. Dies ermöglicht vor allem auch der Frage nachzugehen, zu welchem Zeitpunkt die Entwicklung in Deutschland und Frankreich die meisten Parallelen aufwies und worin die grundlegenden Unterschiede zwischen beiden Ländern bestanden.<sup>2</sup> Grundsätzlich ist zu beachten, dass es sich bei dieser Arbeit teilweise um einen asynchronen Vergleich handelt. Die Radikalisierung der Judenfeindschaft in Frankreich seit 1933 ist deshalb auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in Deutschland zu sehen. Der indirekte Einfluss des deutschen „Vorbildes“ verschärfte sich noch dadurch, dass es seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zu einer massiven Einwanderung von deutschen

2 Vgl. als Überblicksdarstellung zur Forschungslage in den einzelnen Ländern, ohne dass dabei der Anspruch eines Vergleichs erhoben wird: *Hostages of Modernization. Studies on Modern Antisemitism 1870–1933/39*, Bd. 1: *Germany – Great Britain – France*, hrsg. v. Herbert A. Strauss, Berlin/New York 1993, oder die Aufsätze von Ian Kershaw, *Antisemitismus und die NS-Bewegung vor 1933*; Philippe Burrin, *Faschismus und Antisemitismus in Frankreich*, in dem Sammelband: Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel (Hrsg.), *Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas*, Berlin 2001; vgl. mit transnationalem Blick die Pionierarbeit von Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française. Italienischer Faschismus. Nationalsozialismus*, München/Zürich<sup>9</sup>1995. Mit einem ähnlichen Ansatz kürzlich auch Stefan Breuer, *Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich*, Darmstadt 2005. Beide Arbeiten versuchen, dem Phänomen des Faschismus auf die Spur zu kommen, wobei aber sowohl Nolte als auch (trotz gegenteiliger Beteuerung) Breuer die einzelnen Bewegungen einander gegenüberstellen. Daneben besitzt der Antisemitismus in Frankreich für beide Autoren keinerlei Relevanz.

Juden in das Nachbarland gekommen war – 1933 allein etwa 20 000 Personen. Diese Immigranten, die durch ihre Sprache und ihre kulturelle Prägung eindeutig als Deutsche erkennbar waren, wurden somit Opfer einer Mischung aus Germanophobie und Antisemitismus, die in Frankreich schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nachweisbar ist und in der Dreyfus-Affäre einen Höhepunkt fand.<sup>3</sup>

## Rechtsextreme Organisationen in Deutschland und Frankreich

Für den Vergleich wurden für Deutschland der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (DVSTB), der Stahlhelm und die NSDAP untersucht. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund war am 18. Februar 1919 als dezidiert antisemitische Vereinigung gegründet worden. Dem Hauptgeschäftsführer Alfred Roth gelang es, bis Sommer 1922 160 000 Mitglieder, die zumeist dem protestantischen Mittelstand entstammten, anzuwerben. Somit war der DVSTB die bedeutendste antisemitische Sammlungsbewegung der Nachkriegszeit.<sup>4</sup> Der Stahlhelm wurde am 13. November 1918 von Franz Seldte ins Leben gerufen. Bis Ende der 20er-Jahre konnte dieser mehr als eine halbe Million Mitglieder gewinnen, die meist dem Mittelstand angehörten. Es handelte sich hierbei um den mitgliederstärksten rechtsextremen Frontkämpferbund des Landes.<sup>5</sup> Schließlich wurde für die vorliegende Arbeit die NSDAP untersucht, die ab etwa 1923 den überwiegenden Teil der antisemitischen Neugründungen in sich vereinigen und während der Weltwirtschaftskrise zur wichtigsten Partei in Deutschland aufsteigen konnte.<sup>6</sup>

- 3 Vgl. etwa Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 500.
- 4 Allgemein zum DVSTB: Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923*, Hamburg 1970.
- 5 Zum Stahlhelm: Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966.
- 6 Zur NSDAP: Martin Broszat, *Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik*, München <sup>5</sup>1994; Werner Maser, *Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt a. M./Bonn 1965; Dietrich Orlow, *History of the Nazi Party 1919–1933*, Pittsburgh 1969.

Auf diese Weise lässt sich nicht nur ein weit gefächertes Spektrum antisemitisch geprägter Gruppierungen betrachten, diese Auswahl findet zudem ihre Rechtfertigung durch die Entwicklung in Frankreich, wo sich aus einzelnen rechtsextremen Frontkämpferverbänden parteiähnliche Gebilde entwickelten. So wurde 1924 die „Ligue des Jeunes Patriotes“ von Pierre Taittinger gegründet. Dank der finanziellen Unterstützung von Seiten der Industrie und der Banken gelang es ihr, bis 1929 über 100 000 meist kleinbürgerlich-mittelständische Mitglieder zu werben. Nach der Auflösung der außerparlamentarischen Kampfverbände durch die Volksfrontregierung im Jahr 1936 wurde die „ligue“ in „Parti Républicain National et Social“ umbenannt.<sup>7</sup>

Taittinger dominierte bis Anfang der 30er-Jahre das rechtsextreme Spektrum des Landes, doch sollte bald der Frontkämpferbund „Croix de feu“ tonangebend werden. Unter der Führung von Colonel François de La Rocque de Séverac konnte die Anzahl der Mitglieder von 5000 im Jahr 1929 auf 25 000 im Jahr 1932 gesteigert werden, wobei immer ein mittelständischer Charakter bewahrt wurde. Als Nachfolger fungierte ab 1936 eine politische Partei, der „Parti Social Français“, der – einen Legalitätskurs fahrend – in der Folgezeit erfolgreich an den Wahlen teilnahm. Der „Parti Social Français“ hatte kurz vor Kriegsausbruch etwa eine Million Mitglieder und war somit die größte politische Partei der Dritten Republik, größer noch als die Sozialisten (SFIO 200 000) und der „Parti Communiste Français“ (284 000) zusammen.<sup>8</sup> Die französische rechtsextreme Landschaft wäre unvollständig, würde nicht auch die „Action Française“ (AF) einbezogen. Diese elitäre Vereinigung wurde 1898 von Maurice Pujo und Henri Vaugeois als Reaktion auf die Dreyfus-Affäre ins Leben gerufen. Maßgeblich beeinflusst wurde sie jedoch durch den Theoretiker

7 Zu den „Jeunes Patriotes“: Jean Philippet, *Les Jeunes patriotes et Pierre Taittinger. Mémoire de maîtrise*, Paris 1967; Robert J. Soucy, *Centrist Fascism. The Jeunes Patriotes*, in: *Journal of Contemporary History* 16 (1981), S. 349–368.

8 Vgl. zu den „Croix de feu“: Philippe Rudaux, *Les Croix de Feu et le P. S. F.*, Paris 1967; Gareth Howlett, *The Croix de Feu, the Parti Social Français and Colonel de La Rocque*, Diss. Oxford 1985; Walter Sloan Robinson, *Colonel François de la Rocque. His Croix de Feu and Parti Social Français*, Denton/Texas 1991; Robert J. Soucy, *French Fascism and the Croix de Feu. A Dissenting Interpretation*, in: *Journal of Contemporary History* 26 (1991), S. 159–188; William D. Irvine, *Fascism in France and the Strange Case of the Croix de Feu*, in: *Journal of Modern History* 63 (1991), S. 271–295. Zu de La Rocque auch: Jacques Nobécourt, *Le colonel de La Rocque 1885–1946 ou les pièges du nationalisme chrétien*, Paris 1996.

Charles Maurras. Im Gegensatz zu allen anderen hier vorgestellten Gruppierungen war sie antiplebejisch ausgerichtet und verwendete aufgrund ihrer monarchischen Prägung kaum pseudodemokratische Mobilisierungselemente. Deshalb gelang es ihr in den 20er-Jahren nicht mehr, mit den aktionistischen „ligues“ mitzuhalten, die mit ausgefeilten Propagandatechniken zu Massenbewegungen wurden. 1926 etwa zählte die „Action Française“ nur mehr 60 000 Mitglieder. Dennoch gehörte ihre antisemitische Zeitung „L'Action Française“ mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren zur Standardlektüre der rechten Intellektuellenzirkel. Der Einfluss der „Action Française“ gerade auf die elitärsten Kreise des Landes war deshalb immer noch groß oder, wie der Historiker Richard Millman schreibt: „Die Action Française ist die einflussreichste jüdenfeindliche Strömung ihrer Zeit.“<sup>9</sup>

## Rechtsextreme Organisationen und Juden in Deutschland und Frankreich

Juden war die Mitgliedschaft in allen dezidiert antisemitischen Vereinigungen, so dem Schutz- und Trutzbund, der NSDAP und der „Action Française“, untersagt.<sup>10</sup>

- 9 Richard Millman, *La question juive entre les deux guerres. Ligues de droite et antisémitisme en France*, Paris 1992, S. 93. Allgemein zur Action française: Eugen Weber, *L'Action française*, Paris 1985; Nolte, *Faschismus* S. 61–190; Breuer, *Nationalismus und Faschismus*, S. 61–95; Victor Nguyen, *Aux origines de l'Action Française. Intelligence et politique à l'aube du XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 1991; Edward R. Tannenbaum, *The Action française. Diehard Reactionaries in Twentieth-Century France*, New York 1962; Jacques Prevotat, *L'antisémitisme de l'Action Française: Quelques repères*, in: *De l'antijudaïsme antique à l'antisémitisme contemporain*, hrsg. v. Valentin Nikiprowetzky, Lille 1975–1976, S. 247–275. Die „affaire Dreyfus“ stellte den Beginn der Judenfeindschaft Maurras' dar: „Paris betrachtete sich: Die jüdischen Salons waren seine Herrscher. Die Zeitungen, die es öffnete, waren jüdische Zeitungen. Man bildete sich ein, dass das Judentum nur das Geld besäße. Das Geld jedoch hatte ihm alles ausgeliefert: Einen wichtigen Bereich der Universität, einen entsprechenden Bereich in der Rechtsverwaltung, einen kleineren aber dennoch beachtlichen bei der Armee.“ Charles Maurras, *Au signe de flore. Souvenirs de vie politique*, Paris 1931, S. 54.
- 10 Zum DVSTB: Alfred Roth, *Unser Wollen – unsere Arbeit. Eine Antwort auf die Frage nach Zweck und Ziel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes*, Hamburg 1921, S. 5 f.; zur NSDAP: Gottfried Feder, *Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken*, 41.–50. Aufl., München 1931, S. 19, 30, sowie zur Action française: Millman, *Question juive*, S. 71.

Ungleich schwieriger stellte sich die Situation bei den Frontkämpferverbänden dar. Für die Gründer des Stahlhelm etwa spielten Herkunft, Klasse oder Glaubensbekenntnis keine Rolle, der Dienst an der Front war die einzige Bedingung für die Aufnahme in den Bund, weshalb ihm eine Reihe ehemaliger Soldaten jüdischen Glaubens angehörten.<sup>11</sup> Ebenso veröffentlichten die „Jeunesses Patriotes“ in ihrem Presseorgan „La Liberté“ einen Aufruf an alle Teile der Bevölkerung, also auch an die französischen Juden, sich der neu gegründeten Gruppierung anzuschließen.<sup>12</sup> Ähnlich waren der „Croix de feu“ jüdische Mitglieder willkommen. Es gehörten ihr mehrere Rabbiner an, darunter der spätere Großrabbiner von Frankreich, Jacob Kaplan.<sup>13</sup> Alle Frontkämpferverbände waren somit der Ansicht, dass Juden, die ihren Beitrag im Weltkrieg „geleistet“ hatten, als national „zuverlässig“ anzusehen seien. Das Gemeinschaftsgefühl, das im Schützengraben erlebt worden war, wirkte hier noch nach.<sup>14</sup>

In Deutschland währte diese Solidarität jedoch nur kurz. Schon auf dem Frontsoldatentag des Stahlhelm im Jahr 1922 wurde die „Judenfrage“ offiziell auf die Tagesordnung gesetzt. Hier konnte sich aber die gemäßigte Gruppe um den Bundesführer Seldte durchsetzen, für die es „nicht Juden oder Nichtjuden, sondern [nur] Stahlhelmlaute“ gab.<sup>15</sup> Nach langen Diskussionen musste sich Seldte im März 1924 schließlich dem Druck des radikalen Flügels fügen und der Formel „Juden können nicht in den Stahlhelm aufgenommen werden“ zustimmen. Dem

11 Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 66; Peter Fritzsche, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, Oxford 1990, S. 179.

12 Artikel vom 22. 3. 1925.

13 Howlett, *Croix de Feu*, S. 283–291; Philippe Machefer, *Le Parti social français*, in: *La France et les Français en 1938–1939*, hrsg. v. René Rémond/Janine Bourdin, Paris 1978, S. 307–326 und Millman, *Question juive*, S. 221.

14 Burrin, *Faschismus und Antisemitismus*, S. 124 f., hält die Aufnahme von Juden in französische Frontkämpfervereinigungen für einen Hinweis auf die Schwächung des Antisemitismus im Lande und stellt diese Tatsache in einen Gegensatz zu Deutschland, ohne die dortige Entwicklung zu beachten. Würde man hier das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in die Analyse einbeziehen, so wären die Ähnlichkeiten mit dem Nachbarland noch frappierender. Vgl. Jacob Toury, *Jewish Aspects as Contributing Factors to the Genesis of the Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, in: *Yearbook Leo Baeck Institute* 37 (1992), S. 235–257; Walter Grab, *Die jüdische Antwort auf den Zusammenbruch der deutschen Demokratie 1933*, Berlin 1988.

15 Zitiert bei Berghahn, Stahlhelm, S. 66.



„Verbalantisemitismus“ folgten allerdings keine entsprechenden Taten. Zu einer „Reinigung“ des Verbandes kam es nicht, wenngleich viele jüdische Mitglieder einen Austritt vorzogen. Ebenso verzichtete der Stahlhelm in der Praxis darauf, Prüfungen über die „Abstammung“ von Neumitgliedern vorzunehmen.<sup>16</sup>

Ungleich verwirrender war die Entwicklung bei den französischen Frontkämpferbünden, wo es zu keinem formellen Beitrittsverbot für Juden kommen sollte. Einzelne Juden hatten etwa bei den „Jeunesses Patriotes“ in den 20er-Jahren bedeutende Posten erreicht, so André Bach als Leiter des „comité de propagande“ der Pariser Region. Sein Nachfolger wurde im Jahr 1931 jedoch bezeichnenderweise der Antisemit Émile Bergeron, der ab 1937 im „comité central“ sitzen sollte. 1933 verließ der letzte Jude, Jacques Kahn, das Leitungsgremium. 1935 traten schließlich auch Henri de Kérillis und Abbé Hénocque, die sich während der 20er-Jahre für eine Verständigung mit den Juden eingesetzt hatten, aus der Vereinigung aus. Im Gegenzug wurden 1937 die Antisemiten Xavier Vallat und Philippe Henriot Vizepräsidenten der Nachfolgeorganisation der aufgelösten „Jeunesses Patriotes“, des „Parti Républicain National et Social“. Vallat sollte 1941 zum „Commissaire Général aux Questions Juives“ ernannt werden. Henriot, in den letzten Monaten des Vichy-Regimes zum „Secrétaire d'État à l'Information et à la Propagande“ bestimmt, wurde am 28. Juni 1944 von der Résistance als Kollaborateur ermordet. Aus Rache hierfür tötete die rechtsextreme „milice“ kurz darauf den prominenten konservativen Juden Georges Mandel.<sup>17</sup> Mit dem Anwachsen des Antisemitismus in den 30er-Jahren war es somit zu einer „stillen Arisierung“ der „Jeunesses Patriotes“ durch den Austritt der meisten jüdischen Mitglieder und dem gleichzeitigen Aufstieg von antisemitischen Aktivisten in führende Positionen gekommen. Die „Ligue“ befand sich deshalb spätestens ab 1936 „im antisemitischen Lager“.<sup>18</sup>

16 Ebenda, S. 66 f. Der Bundeskämmerer Groß sagte während der Nürnberger Prozesse zum Antisemitismus des Stahlhelm aus: „Wir hatten im Stahlhelm viele Juden, weil wir nicht die radikale Rassenlehre der [nationalsozialistischen] Partei uns zu eigen gemacht hatten.“ IMG, Bd. XXI, S. 131.

17 Millman, *Question juive*, S. 118 f., 131, 216. Zu Vallat: Laurent Joly, *Xavier Vallat (1891–1972). Du nationalisme chrétien à l'antisémitisme d'Etat*, Paris 2001. Zu Henriot: François-René Nans, *Philippe Henriot*, Paris 1996. Zu Mandel: Bertrand Favreau, *Georges Mandel, ou La passion de la République*, Paris 1996; Nicolas Sarkozy, *Georges Mandel. Le moine de la politique*, Paris 1994.

18 So Millman, *Question juive*, S. 123, 128.

Die „Croix de feu“ zeichneten sich durch ihre Ambivalenz gegenüber den Juden aus. So nahmen ihre führenden Persönlichkeiten an gemeinsamen Gedenkgottesdiensten zusammen mit Juden teil, während militante Anhänger zusammen mit der „Action Française“ schon 1931 gegen die Juden protestierten. Mitglieder der „Croix de feu“ waren sowohl Rabbi Kaplan als auch der Wortführer der Pariser Antisemiten und spätere „Commissaire Général aux Questions Juives“, Louis de Darquier de Pellepoix. Letzterer forderte 1938 – als prominentes Mitglied der „Croix de feu“ – die Einführung eines „Judenstatuts“. <sup>19</sup> De La Rocque distanzierte sich jedoch nicht von den Antisemiten, um nicht auf einen beachtlichen Teil seines Anhangs verzichten zu müssen. Der Führer der „Croix de feu“ kann aber – soweit es sich um jüdische Frontkämpfer handelte – nicht als Antisemit bezeichnet werden. 1935 betonte er etwa in einem Interview: „Eine antisemitische Welle wäre für unser Land genauso verheerend wie es einst die Religionskriege gewesen waren.“ <sup>20</sup>

Die Beteuerungen de La Rocques, dass seine Organisation nicht judenfeindlich eingestellt sei, hinderten seine Anhänger nicht daran, sich antisemitisch zu betätigen. <sup>21</sup> Während einer Veranstaltung 1936 zeigte sich hingegen die Ambivalenz de La Rocques, als er die jüdischen Frontkämpfer lobte und den Antisemitismus verdammt, um dann judenfeindliche Vorurteile aufzugreifen, indem er „die zwei oder drei typischen Israeliten, in direkter Verbindung zu bestimmten internationalen Finanzmächten, die einen Krieg planen“, kritisierte. <sup>22</sup>

Der Stahlhelm, die „Jeunesses Patriotes“ sowie die „Croix de feu“ weisen insofern deutliche Ähnlichkeiten auf, als sie zum Zeitpunkt ihrer Gründung als Frontkämpfervereinigungen allen Weltkriegskämpfern – unabhängig von ihrer Religion – offen standen. Auch wenn der Stahlhelm ab 1924 keine Juden mehr aufnahm, belegt doch ein Vergleich seiner gemäßigten Anhänger mit dem Gros der

19 Vgl. zum Gesetzesvorhaben Darquiers den Bestand der Archives Nationales in Paris: AN-72AJ 592, zum folgenden Prozess gegen ihn: AN-72AJ 266. Zu Darquier: Laurent Joly, *Darquier de Pellepoix et l'antisémitisme français*, Paris 2002.

20 *Le Journal* vom 28. 11. 1935.

21 Millman, *Question juive*, S. 258; Robert Soucy, *French Fascism. The Second Wave, 1933–1939*, New Haven 1995, S. 156.

22 *Le Temps* vom 18. 3. 1936; auch Soucy, *Second Wave*, S. 154; Philippe Machefer, *La Rocque et le problème antisémite*, in: *La France et la question juive, 1940–1944. Actes du colloque du Centre de documentation Juive Contemporaine (10 au 12 mars 1979)*, hrsg. v. Georges Wellers/André Kaspi/Serge Klarsfeld, Paris 1981, S. 95–100.

Anhänger der „Jeunesses Patriotes“ oder der „Croix de feu“, dass in allen diesen Verbänden ein Unterschied zwischen den „guten“ Juden, die im Weltkrieg gekämpft hatten und als Kameraden gesehen wurden, und den „schlechten“ (d. h. linken oder ausländischen) Juden, die als Feinde des Landes galten, gemacht wurde.

## Entwicklungsphasen

### *Deutschland in der Weimarer Republik*

In beiden Ländern spiegelte die Entwicklung des Antisemitismus innerhalb der Gruppierungen getreu dessen „Konjunkturen“ wider. So hatte die Judenfeindschaft in der Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges aufgrund der Niederlage, der innenpolitischen Radikalisierung und der Einwanderung von „Ostjuden“ einen neuen Höhepunkt erreicht. In dieser Zeit entstanden dezidiert antisemitische Vereinigungen wie etwa der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der – so hieß es in seiner Satzung – „in dem unterdrückenden und zersetzenden Einfluss des Judentums die Hauptursache des Zusammenbruchs“ sah.<sup>23</sup> Der Schutz- und Trutzbund plädierte deshalb dafür, dass Juden unter „Fremdenrecht“ gestellt und ihnen somit ein inferiorer Status in der Gesellschaft zugewiesen werden sollte.<sup>24</sup> Der Antisemitismus war also für die Ideologie des Schutz- und Trutzbundes konstitutiv.

Der Bund versuchte, in seinem Kampf gegen die parlamentarische Demokratie auch in Wahlen einzugreifen, als er etwa seinen Mitgliedern anlässlich der ersten Reichstagswahl 1920 empfahl, die „Judenfrage“ als das ausschlaggebende Kriterium bei der Stimmabgabe zu betrachten und keine Listen, die „Juden, Judenabkömmlinge oder jüdisch Versippte“ aufwiesen, zu wählen. Hier zeigten sich jedoch die Grenzen des politischen Einflusses des Schutz- und Trutzbundes, der keinem seiner für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) aufgestellten Funktionäre ein Reichstagsmandat verschaffen konnte. Ebenso hatte es der Bund nicht vermocht,

23 Roth, *Unser Wollen*, S. 3.

24 Die „Forderungen zur Judenfrage“ finden sich ebenda, S. 5 f.

den Antisemitismus als relevantes Wahlkampfthema zu präsentieren. Die Anträge zum Ausschluss der Juden aus der DNVP, die die Anhänger des Schutz- und Trutzbundes während des zweiten Parteitages der Deutschnationalen 1920 eingebracht hatten, wurden abschlägig beschieden. Es gelang den Völkischen nur, einen Passus in das Parteiprogramm aufnehmen zu lassen, in dem es hieß, die DNVP richte sich „gegen die Vorherrschaft des Judentums, die mit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt“.<sup>25</sup>

Dennoch waren sogar alldeutsch gesinnte Spitzenfunktionäre der DNVP wie Kuno Graf Westarp oder der Vertreter des „scharfen Flügels“, Alfred Hugenberg, nicht für einen „Judenparagrafen“ zu gewinnen. An eine Entfernung der Juden aus der Partei war nicht zu denken. Andererseits führte der Druck der Völkischen dazu, dass die Partei keine Juden mehr als Kandidaten für die Wahlen aufstellte, wenn sie auch noch einige getaufte Juden auf den Wahllisten hatte.<sup>26</sup> Ziel der propagandistischen Ausschlichtung des Antisemitismus durch die DNVP war es einzig, der großagrarisch und großindustriell geprägten Partei eine Massenbasis zu verschaffen, so dass der Antisemitismus dort eingesetzt wurde, wo er opportun erschien. Zugleich waren sich die Führer der Partei der Gefährlichkeit eines Einflusses der politisierten Mittelschichten, die letztlich die eigene wirtschaftliche und soziale Position bedrohten, bewusst. Die „Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft“, der die meisten Schutz- und Trutzbund-Anhänger angehörten, trat nach ihren erfolglosen Bemühungen 1922 geschlossen aus der DNVP aus und gründete die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP), die später in der NSDAP aufgehen sollte.<sup>27</sup> Nach dem Mord an Walther Rathenau durch ein Mitglied des Schutz- und Trutzbundes wurde dieser zuerst in Thüringen, später auch in den meisten anderen Ländern – in Württemberg und Bayern zerfiel er bereits von selbst – verboten. Der Verband war zu dieser Zeit schon derartig geschwächt, dass es Roth nicht gelang, eine nennenswerte Anzahl von Mitgliedern in eine Neugründung, den „Deutschen Befreiungsbund“, zu überführen.<sup>28</sup>

25 Zitiert in: Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Düsseldorf 1956, S. 65.

26 Ebenda; Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, New Brunswick 2001, S. 49 f.

27 Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 201; Liebe, *Deutschnationale Volkspartei*, S. 61–71; Jan Striesow, *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922*, Frankfurt a. M. 1981. Zur DVFP Reimer Wulff, *Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928*, Diss., Marburg 1968.

28 Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 275 ff.

Ähnliche Erfahrungen machte die NSDAP, der es bis 1923 gelungen war, große Teile der antisemitischen Verbände und Vereine für sich zu gewinnen.<sup>29</sup> Diese vor allem antisemitisch gestützte Agitation führte jedoch nicht zu größeren Erfolgen bei den Reichstagswahlen. In den Jahren ab 1926 fuhren die Nationalsozialisten deshalb eine zweigleisige Politik: So versuchten Teile der NSDAP – etwa Julius Streicher oder Joseph Goebbels –, mit Hilfe eines radikalen Antisemitismus die rechtsextremen, meist mittelständischen Anhänger an sich zu binden, während die Parteiführung gleichzeitig in der „Judenfrage“ überwiegend „moderate“ Positionen zu vertreten schien. Hitler hatte erkannt, dass er mit antisemitischen Parolen allein keine Massenbewegung begründen konnte, eine Politik der „Mäßigung“, gepaart mit einem radikalen Antikommunismus schien hingegen Erfolg versprechend. Obgleich ein unterstellter „jüdischer Bolschewismus“ durchaus zum Standardrepertoire des nationalsozialistischen Antikommunismus gehörte, gelang es mit antikommunistischer Propaganda, die nicht explizit mit den Juden in Verbindung gebracht wurde, Wirkung über die bürgerliche Mitte hinaus sogar bis in die Sozialdemokratie zu erzielen.<sup>30</sup> Deutlich wird dies an Hitlers in der Öffentlichkeit gehaltenen Reden: Bis 1925/26 waren antijüdische Ausfälle noch sehr häufig, in den folgenden Jahren vermied er sie weitgehend. Der Akzent lag nunmehr vor allem auf antiparlamentarischen, antikapitalistischen und antikommunistischen Äußerungen.<sup>31</sup>

Ähnliches zeigte sich bei verschiedenen Treffen Hitlers mit Industriellen und führenden Persönlichkeiten zu Beginn der 30er-Jahre, darunter mit dem Ex-Kanzler

29 Ausführlich: Michael Mayer, *NSDAP und Antisemitismus 1919–1933*, München 2002; ebenso Kershaw, *Antisemitismus und die NS-Bewegung vor 1933*, S. 31; Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1980, S. 86–98; Oded Heilbronner, *The Role of Nazi Antisemitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda – A Regional Historiographical Study*, in: *Yearbook Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 402; ders., *Wohin verschwand der nationalsozialistische Antisemitismus? Zum Charakter des Antisemitismus der NSDAP vor 1933 und seinem Bild in der Geschichtswissenschaft*, in: *Menora* 6 (1995), S. 20; Peter H. Merkl, *Political Violence under the Swastika. Early Nazis*, Princeton 1975, S. 498–517.

30 Ian Kershaw, *Hitler*, Bd. 1, Stuttgart 1998, S. 369; Heilbronner, *Nazi Antisemitism*, S. 402; Heinrich August Winkler, *Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus – Juden als „Blitzableiter“*, in: Wolfgang Benz/Werner Bergmann, *Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus*, Freiburg i. Br. 1997, S. 358 f.

31 Hitler. *Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933*. hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1992–1996.

und Chef der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm Cuno. Dieser war begeistert von Hitlers moderatem Wirtschaftsprogramm und dem Versprechen, dass es im NS-Staat nicht zu gewaltsamen Judenverfolgungen kommen würde.<sup>32</sup> Auch bei Hitlers Werben um die eigene Anhängerschaft lässt sich eine eigentümliche Zurückhaltung in der „Judenfrage“ nachweisen, finden sich doch in den Jahren nach 1926 selbst in seinen Reden, die nur für Parteigenossen bestimmt waren, keine anti-jüdischen Anspielungen. Seine Äußerungen lassen sich keineswegs mit den antisemitischen Tiraden der Zeit um 1923 vergleichen.<sup>33</sup> Diese „Mäßigung“ findet sich sogar in Hitlers im Jahr 1928 verfassten „Zweiten Buch“. Er präsentierte sich hier deutlich „moderater“ als zuvor in „Mein Kampf“.<sup>34</sup> Diese „Zurückhaltung“ erfolgte jedoch einzig aus Gründen des Opportunismus, Hitler und seine Entourage blieben weiterhin radikale Antisemiten. Auf die moderaten Töne fielen sogar „Judenhasser“ wie Reinhold Wulle herein, der 1932 in seinem Werk „Das Schuldbuch der Republik“ schrieb: „Gewiß ist Hitler ein Judegegner. Aber auch hier ist er zu Konzessionen bereit, er denkt nicht an eine Sonderstellung des Judentums etwa durch Einführung eines Fremdenrechts, er will lediglich das Judentum aus seiner jetzigen Vormachtstellung verdrängen. Aber auch das ist eine reine Agitationsangelegenheit.“<sup>35</sup>

Erst in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und der damit einhergehenden fundamentalen Bedrohung beinahe aller Teile der Bevölkerung gelang es den Nationalsozialisten, eine Massenbewegung zu werden. Für den überwiegenden Teil der NSDAP-Anhänger, die nun in die Partei eintraten, spielte der Antisemitismus keine große Rolle: „Wenn also der Erfolg der NSDAP ein so getreues Bild der wirtschaftlichen Lage, nicht aber der Judenfrage war, so beweist das, dass im Nationalsozialismus in erster Linie ein Ausweg aus der Krise gesucht wurde. Die antisemitische Propaganda wurde wohl hingenommen, aber der Antisemitismus bildete nicht den

32 Kershaw, Hitler, S. 450.

33 Es finden sich nur zwei antisemitische Reden 1926 und eine 1930: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, 1, S. 15 f., 55–64 sowie Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. IV, 1, S. 148 f.

34 Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928, hrsg. v. Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 220–224 zur „Judenfrage“, beiläufige Äußerungen zu den Juden auf den Seiten 64, 76, 78, 104, 118, 125, 129, 158, 217.

35 Reinhold Wulle, Das Schuldbuch der Republik. 13 Jahre deutscher Politik, Rostock 1932, S. 226.

Ausgangspunkt für die politischen Entscheidungen der Wähler.<sup>36</sup> Der NSDAP war es gelungen, sich als die einzige Kraft im Lande zu präsentieren, die in der gegenwärtigen aussichtslosen Lage die Patentlösung für alle anstehenden Probleme zu besitzen schien. Der militante Antikommunismus, die Ablehnung des parlamentarischen Systems und die Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsweise, gepaart mit einem beispiellosen Aktionismus, begründete in einer Zeit, in der die demokratischen Parteien die Probleme mehr verwalteten als zu lösen versuchten und gleichzeitig auf der politischen Rechten keine unverbrauchte Kraft zu existieren schien, den rasanten Aufstieg der NSDAP. Nicht ohne Grund büßte die Partei, die bei den Wahlen im Juli 1932 zur stärksten Kraft aufgestiegen war und von der man nun Taten erwartete, aufgrund der Weigerung Hitlers, „nur“ Vizekanzler zu werden, und aufgrund der sich abzeichnenden Konjunkturerholung bei den nächsten Wahlen am 6. November über zwei Millionen Stimmen und somit 34 Mandate ein. Die eigentliche „Machtergreifung“ der NSDAP sollte sich dann schließlich unabhängig von Existenz oder Nichtexistenz des Antisemitismus vollziehen. Die KPD war die zweite Partei, die in den Krisenjahren nach 1929 deutlich an Stimmen hinzugewinnen konnte, da sie genauso wie die NSDAP radikale Lösungen anbot und diese durch einen beständigen Aktionismus auch einzulösen versprach. Allerdings konnte die Partei aufgrund des in der Bevölkerung verbreiteten Antikommunismus weitaus weniger Wähler mobilisieren.

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise stieg der Antisemitismus zwar wieder an, doch erreichte er – bedingt vor allem durch die „Mäßigung“ der NSDAP, die nunmehr das Monopol auf den Antisemitismus besaß – nicht einmal annähernd die Ausmaße der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auch die radikalen Anhänger des Stahlhelm vermieden eine antijüdische Kampagne, da die „jüdische Abstammung“ des zweiten Bundesführers, Theodor Duesterberg, bekannt geworden war. Duesterberg, der von dieser Entdeckung selbst überrascht wurde, hatte sich 1924 für die

36 Eva Gabriele Reichmann, *Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Frankfurt a. M. 1969, S. 277. So auch Kershaw, *Antisemitismus und die NS-Bewegung*, S. 31; Heilbronner, *Nazi Antisemitism*, S. 438; Merkl, *Political Violence*, S. 322 f.; Winkler, *Deutsche Gesellschaft*, S. 359; Anders Hermann Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, Darmstadt 1983, S. 132; Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 210 ff., die die Radikalität des Antisemitismus der NSDAP für die Erfolge der Partei verantwortlich machen.

Einführung des „Arierparagrafen“ in die Stahlhelm-Satzung stark gemacht und sich in den folgenden Jahren mit seinen Vorurteilen gegenüber der jüdischen Bevölkerung nicht zurückgehalten. Nach Bekanntwerden seiner jüdischen Herkunft wollte er sofort seinen Rücktritt einreichen, wurde aber von Seldte und anderen Stahlhelmführern zum Bleiben bewogen. Erst am 26. April 1933 sollte er von seinem Posten zurücktreten.<sup>37</sup>

### *Frankreich in der Zwischenkriegszeit*

Ähnlich wie in Deutschland spiegelten sich auch innerhalb der französischen extremen Rechten die „Konjunkturen“ des Antisemitismus wider. So zeigte sich im Verlauf der Zeit, vor allem seit Beginn der 30er-Jahre, eine kontinuierliche Steigerung der Judenfeindschaft bei allen Organisationen. Auslöser dieser Entwicklung waren die politische, wirtschaftliche und soziale Krise des Landes sowie die jüdische Einwanderung aus Deutschland nach 1933. So machte etwa die Zeitung der „Jeunes Patriotes“, „Le National“, 1933 die Juden und die Freimaurer für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich: „Die Übel, unter denen unser Vaterland derzeit leidet, sind durch die jüdische Freimaurerei verschuldet.“<sup>38</sup> Nunmehr wurde explizit eine Verbindung zwischen dem schon seit der Gründung der „ligue“ bekämpften Freimaurertum und den Juden gezogen.<sup>39</sup> Ein Artikel mit dem Titel „Antisemiten? Oh, nein!“ aus dem Jahr 1933 bewies sogar das genaue Gegenteil einer Distanz zur Judenfeindschaft: „Wenn wir von Blum, von Moch, von Zyromski, von Uhry, von Lévy, von Rosenfeld sprechen, dann sehen wir in ihnen keine Israeliten, wir sehen in ihnen nichts als Internationalisten, als Anti-Franzosen.“<sup>40</sup>

Noch bis 1936 unterschieden die „Jeunes Patriotes“ jedoch zwischen den Vertretern der „anti-France“, also vor allem fremden oder linken Juden, und den patriotischen Juden, die im Weltkrieg gekämpft hatten. Vertreter der „ligue“ nahmen

37 Theodor Duesterberg, *Der Stahlhelm und Hitler*, Hannover 1949, S. 11–37.

38 *Le National* vom 21. 1. 1933.

39 So wurden etwa in *La Liberté* vom 6. 12. 1924 als Ziele der Bewegung die „Verteidigung [...] gegen den Kommunismus, gegen den revolutionären Sozialismus, gegen die zerstörerischen Kräfte der Freimaurerei“ genannt.

40 *Le Chardon* vom 1. 8. 1933.



etwa an den Gedenkgottesdiensten der „Union patriotique des Français israélites“ (UPFI) teil.<sup>41</sup> Doch ab Mitte der 30er-Jahre – mit der Verschärfung der Krise und dem Erstarren der politischen Linken im Gefolge des rechtsextremen Aufmarsches vom 6. Februar 1934 in Paris – wurde der bei den „Jeunesses Patriotes“ bisher eher latente Antisemitismus immer deutlicher sichtbar. Auf einer Versammlung in Paris forderte im Jahr 1935 ein Redner den völligen Boykott jüdischer Geschäfte, die seiner Ansicht nach die Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit trügen. Ein anderer Redner erklärte, dass Männer wie Léon Blum oder der Kommunist Marcel Cachin im Kriegsfall präventiv erschossen werden sollten, da sie Landesverräter seien.<sup>42</sup>

Der Wahlsieg der Volksfrontregierung 1936 und die Ernennung des jüdischen Ministerpräsidenten Léon Blum schienen die „jüdische Dominanz“ in Frankreich für jedermann sichtbar zu machen. Xavier Vallat, Abgeordneter und Mitglied der „Croix de feu“, drückte deshalb während der offiziellen Regierungsübernahme des „Front Populaire“ in der Nationalversammlung seine Empörung darüber aus, dass „dieses alte gallo-romanische Land“ erstmals von einem Juden regiert würde, auch wenn er den „Angehörigen der jüdischen Rasse, die zu uns kommen“, nicht das Recht verweigern wolle, im Lande heimisch zu werden. Dennoch glaube er, dass für die Regierung Frankreichs allein eine Person geeignet sei, die „aus dem Schoße der französischen Erde“ stamme, nicht jedoch ein „spitzfindiger Talmudist“.<sup>43</sup> Eine völlige Integration der jüdischen Bevölkerung war somit in seinen Augen nicht möglich. Der Konflikt kulminierte schließlich, als am 13. Februar 1936 Mitglieder der

41 Millman, *Question juive*, S. 216; zur UPFI ebenda, S. 197–201.

42 Wirsching, *Weltkrieg*, S. 498.

43 *Journal Officiel*, *Débats de la Chambre*, 7 juin 1936, S. 1327. Siehe auch die Angriffe von Jean Boissel, *La crise, œuvre juive. Manière de la conjurer*, Paris 1938, S. 15, der Blum das „Hirn eines talmudistischen Juden“ nachsagte. Der Historiker Pierre Birnbaum, *Un mythe politique: „La République juive“*. De Léon Blum à Pierre Mendès France, Paris 1988, S. 329, meint zu diesen Angriffen: „Lange vor Vichy und unabhängig von jedem Einfluss Hitlers wurde der politische Antisemitismus offensichtlich. Es waren alle Vertreter der rechten Parteien und die meisten der Parteien der Mitte, die diesen indirekt akzeptierten, indem sie nicht gegen derartige Äußerungen protestierten.“ Ebenso Weber: *L'Action Française*, S. 414, der schreibt: „Von diesem Zeitpunkt an wurde die Pressekampagne gegen Blum mit radikalem antisemitischen Wortlaut geführt. Kurz darauf wurde dieses auch auf die Regierung der Volksfront insgesamt angewendet.“

Camelots du Roi, der radikalen Jugendorganisation der „Action Française“, zufällig auf Léon Blum trafen. Dieser wurde mit dem Ruf „Tod den Juden“ aus seinem Auto gezerrt und mit Schlägen traktiert, bis ihm eine Gruppe Arbeiter zu Hilfe kam und die Angreifer in die Flucht schlug. Schon wenige Stunden später verfügte der „Conseil des ministres“ die Auflösung der „Action Française“. In den nächsten Wochen und Monaten wurden alle übrigen Ligen, darunter die „Jeunesses Patriotes“ und die „Croix de feu“, verboten, was die verbalen Attacken gegenüber „dem verfluchten Blum“ nur noch steigern sollte.<sup>44</sup> Voller Wut schrieb etwa Charles Maurras: „Unser Geduld ist am Ende. [...] Diese jüdischen Machthaber vergessen, von welchem Langmut sie in der vergangenen Zeit profitiert haben. Die schlafende Gerechtigkeit wird erwachen. Und wenn sie nicht von selbst erwacht, dann werden wir sie erwecken. Nieder mit den Juden.“<sup>45</sup>

Wenige Monate später, am 14. Juni 1936, fand ein Gedenkgottesdienst für die Opfer des Weltkrieges in der Synagoge der Rue de la Victoire in Paris unter Beteiligung von Mitgliedern des nach dem Verbot der „Croix de feu“ neu gegründeten „Parti Social Français“ (PSF), der „Ligue internationale contre l'antisémitisme“ (LICA) und der „Union patriotique des Français israélites“ statt. Im Laufe der Zeremonie kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des PSF und der LICA, die von Rabbi Kaplan nur mühsam beendet werden konnten.<sup>46</sup> De La Rocque beschuldigte daraufhin Blum, eigentlicher Auslöser des Antisemitismus zu sein. Dieser habe eine „jüdische Truppe“, die eine Zerstörung des Staates durchführen wolle, in alle wichtigen Ämter eingesetzt. Inspiriert würden sie dabei durch ausländische Machenschaften, womit de La Rocque auf eine vermeintliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einerseits und dem „angelsächsischen Kapitalismus“ andererseits anspielte: „Auf diese Weise hofft man, unsere bürgerliche und materielle Unruhe zu einer moralischen Unruhe zu steigern.“<sup>47</sup>

Während eines Treffens des „Parti Social Français“ mit Vertretern der jüdischen Gemeinde in Paris eskalierte die Situation schließlich im Januar 1937. Der Saal hallte von den lauten Rufen „Nieder mit Blum! Nieder mit den Juden!“ Das Treffen endete mit einem kollektiven Hitlergruß. Nunmehr gab es keinerlei gemeinsame

44 Ebenda, S. 413.

45 L'Action Française vom 19. 2. 1936.

46 Millman, Question juive, S. 228; Soucy, Second Wave, S. 155; Birnbaum, Mythe, S. 98.

47 Le Flambeau vom 22. 8. 1936.

Veranstaltungen zwischen dem „Parti Social Français“ und jüdischen Vereinigungen mehr. Den militanten Antisemiten in der Partei war es gelungen, die Verständigungsbemühungen eines de La Rocque oder Kaplan zu hintertreiben.<sup>48</sup>

In den Jahren vor Kriegsausbruch radikalisierte sich der Antisemitismus der französischen Rechtsextremen weiter, den Juden wurde vorgeworfen, sie trieben Frankreich in einen „jüdischen Revanchekrieg“ gegen das antisemitische Deutschland. Maurras bezeichnete in der Zeitung „L'Action Française“ linke wie rechte Juden gleichermaßen als „Kriegstreiber“: „Wenn es diesen Kannibalen gelingt, aus uns Helden zu machen, dann sollen unsere ersten Schüsse für Mandel, Blum und Reynaud reserviert sein.“<sup>49</sup> „L'Action Française“ sah in dem Attentat Herschel Grynszpan auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath am 7. November 1938 in Paris erneut den „Beweis“ dafür, dass die jüdischen Einwanderer Frankreich in den Krieg gegen Deutschland treiben wollten.<sup>50</sup> Der Novemberpogrom in Deutschland wurde von den französischen Rechtsextremen deshalb nur mit Achselzucken aufgenommen: „Nein, das Ansehen Frankreichs ist nicht bedroht, wenn man irgendwo eine Synagoge niederbrennt“, schrieb etwa „L'Action Française“ am 12. November 1938, „man kann sie gerne alle niederbrennen. Das geht uns nichts an und kann uns in keiner Weise berühren. Kein diplomatisches Eingreifen, kein Krieg für die Juden.“<sup>51</sup> Die antisemitische Zeitschrift „Candide“ wiederum verdächtigte „irgendein kommunistisches Pack“, den Pogrom provoziert zu haben, „mit dem alleinigen Ziel, dem Führer und seinen Ministern Probleme zu bereiten, um so das Ansehen des Landes zu schmälern“.<sup>52</sup>

Das Vichy-Regime sollte für die französische Rechte schließlich die Erfüllung ihrer Hoffnungen eines autoritären Frankreich bedeuten. So feierte etwa Maurras den „ausgezeichneten Wortlaut“ des französischen „Judenstatuts“ vom 3. Oktober 1940, in dem seine langjährigen Forderungen umgesetzt wurden: Ziel der

48 Birnbaum, Mythe, S. 99.

49 Artikel vom 26. 8. 1939. Georges Mandel hatte sich vielfach öffentlich gegen eine Verständigungspolitik mit Deutschland ausgesprochen.

50 Weber, L'Action Française, S. 469; Vicky Caron, Prelude to Vichy. France and the Jewish Refugees in the Era of Appeasement, in: Journal of Contemporary History 20 (1985), S. 159 f.

51 Action Française vom 12. 11. 1938.

52 Candide vom 16. 11. 1938.

Regierung sei es, mit Hilfe dieses Gesetzes „den Geist und das Glück des Landes zu erhalten, so wie es ihre zwingende Pflicht ist.“<sup>53</sup> Für seine Unterstützung Pétains wurde Maurras schließlich nach der Befreiung Frankreichs zur Rechenschaft gezogen. Während seines Prozesses rief er Freunden und Gegnern zu: „Das ist die Rache von Dreyfus ...“<sup>54</sup>

Auch de La Rocque fand schließlich in den Juden einen Sündenbock für die Niederlage seines Landes, wie er 1941 in seinem Werk „Disciplines d'action“ ausführte.<sup>55</sup> Zuvor hatte er bereits in einem Artikel zur Einführung des französischen „Judenstatuts“ geschrieben, dass Blum „die ministeriellen Kabinette sowie die wichtigen und gut bezahlten Stellungen mit seiner jüdischen Klientel überschüttet“ habe. Diese Juden seien in der Regel Kommunisten, teilweise Deutsche<sup>56</sup> oder jüngst eingebürgerte Einwanderer aus Ostmitteleuropa gewesen. Immer jedoch habe es sich um „prahlerische und aufdringliche Personen“ gehandelt. Die Einführung von Rassengesetzen schien ihm somit die „sinnvollste“ Reaktion auf das „Verhalten“ der Juden: „Gegenüber einem derartigen Tatbestand hätte keine menschliche Kraft, keine französische Großzügigkeit einen Aufstand des Volkszornes vermeiden können.“<sup>57</sup> Ebenso bekannte

53 Action Française vom 19. 10. 1940.

54 Charles Maurras, *L'Allemagne et nous. Déclaration de Charles Maurras à la Cour de Justice du Rhône les 24 et 25 Janvier 1945*, [o. O.] 1945, S. 14, Hierzu auch Nolte, *Faschismus*, S. 119–127.

55 François de La Rocque, *Disciplines d'action*. Clermont-Ferrand 1941, S. 97 f.

56 Der „traditionelle“ französische Antisemitismus etwa der Action Française verband anti-jüdische mit antideutschen Vorurteilen. Die Juden wurden durch ihre Nähe zur deutschen Sprache und Kultur als enge Verbündete Deutschlands angesehen. Nicht ohne Grund wurde capitaine Alfred Dreyfus als Jude automatisch der Spionage für das deutsche Kaiserreich bezichtigt. Hierzu jüngst Denis Bon, *L'affaire Dreyfus. Les faits, les protagonistes, le procès, le rebondissement, les nouvelles hypothèses*, Paris 2006; Vincent Duclert, *L'affaire Dreyfus*, Paris 2006; *L'affaire Dreyfus. Dictionnaire*, hrsg. v. Michel Drouin, Paris 2006.

57 *Le Petit Journal* vom 5. 10. 1940. Auch seine alten antifreimaurerischen Reflexe zeigten sich erneut: „An jedem Ort, bei jeder Gelegenheit, wo sich eine jüdische Vereiterung gezeigt hat, war die Freimaurerei Einführerin, Beschützerin und Verschwörerin. Es wäre trügerisch, die Judenfrage lösen zu wollen, ohne für immer die Logen und alle ihre Außenstellen zu zerschlagen.“ Ähnlich schrieb er am gleichen Ort schon am 31. 7. 1940. Es handelte sich hierbei um die von ihm selbst geleitete Zeitung mit Sitz in Clermont-Ferrand. Jean-Paul Cointet, François de la Rocque, in: *Dictionnaire historique de la France sous l'Occupation*, hrsg. v. Michèle und Jean-Paul Cointet, Paris 2000, S. 425, spricht hingegen auch für diese Zeit von dessen „Feindschaft gegenüber dem Antisemitismus“. Machefer, *La Rocque et*

sich Taittinger nunmehr offen zum Antisemitismus, indem er die Juden für den verlorenen Krieg verantwortlich machte. In einem Artikel in der „*Matin charentais*“ schrieb er 1941 unter dem Titel „Israel muss bezahlen!“: „Im September 1938 wurde jedem umsichtigen Geist offensichtlich, dass das hasserfüllte und skrupellose Handeln der jüdischen Machthaber mit allen seinen Kräften auf einen Krieg hinzielte.“<sup>58</sup>

Es zeigt sich also, dass die Regierung des „*Front Populaire*“ dazu führte, dass die antijüdische Agitation in sämtlichen rechtsextremen französischen Vereinigungen zu einem wichtigen Mobilisierungsinstrument wurde. Nach der Niederlage des Landes sollte die judenfeindliche Politik des Vichy-Regimes deshalb von allen Rechtsextremen mitgetragen werden. Allerdings zeigte sich die Judenfeindschaft durchaus in graduellen Abstufungen. Während die „*Action Française*“ auf einer Antisemitismus-Skala relativ weit oben rangieren würde, ließen sich die „*Jeunes Patriotes*“ eher in das obere, die „*Croix de feu*“/„*Parti Social Français*“ im unteren Mittelfeld einordnen.

## Welche Form des Antisemitismus wurde in Deutschland und Frankreich vertreten?

Die „*Jeunes Patriotes*“ legten Wert darauf festzustellen, keine „Pogromstimmung“ schüren zu wollen. Sie vertraten einen „Vernunftantisemitismus“ („*antisémitisme de raison*“), mit dem sie sich von der angeblich irrationalen, gefühlsmäßig bestimmten Judenfeindschaft der Deutschen abheben wollte. Mit milder Verachtung wurde auf das Nachbarland gesehen, dem in der „Judenfrage“ wieder einmal das „*tempérament germanique*“ durchging, anstatt die Sache kühl und rational zu betrachten, wie dies im aufgeklärten Frankreich möglich sei.<sup>59</sup> Auch Maurras betonte, dass der

le problème antisémite, S. 99 f., bemüht sich um den Nachweis, dass de La Rocque dem Rassismus gegenüber feindlich eingestellt war. Daraus folgt jedoch nicht automatisch der Beweis, dass dies auch für den Antisemitismus gilt, wie etwa das Beispiel der katholischen Kirche in Deutschland beweist. Zugleich erklärt sich somit wohl kaum die Tatsache, dass de La Rocque den Erlass der französischen Rassengesetze befürwortete.

58 *Le Matin Charentais* vom 27. 11. 1941; vgl. auch Pierre Taittinger, *Les leçons d'une défaite. Ce que le pays doit savoir. Précisions nécessaires. Par un membre de la Commission de l'armée*, Angoulême 1941.

59 Millman, *Question juive*, S. 214.

von ihm propagierte Antisemitismus „rational“ geprägt und nicht gefühlsmäßig bestimmt sei. Er plädierte für einen „antisémitisme d’Etat“, wonach die „jüdische Dominanz“ in Frankreich durch die Regierung beseitigt und alleine „Franzosen“ bedeutende Stellungen, etwa in der Politik oder der staatlichen Verwaltung, ausüben konnten. Juden sollten hingegen nur eingeschränkte Rechte besitzen.<sup>60</sup> Der Erlass des „Judenstatuts“ vom 3. Oktober 1940 durch die französische Regierung erschien Maurras als die lang ersehnte Realisierung seiner antijüdischen Vorstellungen. Diese französische Politik grenzte sich seiner Ansicht nach deutlich von einer auf die „Haut“ fixierten Judenfeindschaft ab. Maurras meinte mit der Bezeichnung „antisémitisme de peau“ den deutschen Antisemitismus, der eine reine Rasse zu zeugen suche. Der „antisémitisme d’Etat“ sei nunmehr im „statut des juifs“ „in neuer Form“ umgesetzt worden, wie er am 19. Oktober 1940 in „L’Action Française“ schrieb. Die Intention der Vichy-Regierung sei dabei vor allem „erzieherischer und moralischer Natur“ gewesen: „Das, was diese vor allem – und mit Recht – in den Mittelpunkt stellt, ist der Geist des modernen Israels, sein unauffällig größer werdender und schließlich lenkender Einfluss, seine ewige Neigung zu einer Form des Individualismus, die sich Anarchie nennt.“<sup>61</sup>

Seine intellektuellen Jünger, die Jung-Maurrassianer, empfanden jedoch schon in den 30er-Jahren eine starke Affinität zum Nationalsozialismus. Auch die Propagierung eines „antisémitisme d’Etat“, der die Juden als fremdes Volk, nicht als fremde Rasse ansah, erschien den radikalen Antisemiten der 30er-Jahre überholt. So kritisierte etwa der Rechtsextreme Pierre Drieu La Rochelle: „Charles Maurras scheint mir die Vorsichtsmaßnahmen zu übertreiben, wenn er sagt, dass man bei der Prüfung der Judenfrage jegliche biologische Überlegung ausklammern und sich darauf beschränken solle, dass die Juden ein Volk im Volk bilden.“<sup>62</sup> Der radikale

60 Maurras’ Artikel „Juifs“ in: Dictionnaire politique et critique, Bd. II, hrsg. v. Pierre Chardon, Paris 1932, S. 360–369; siehe zu seinem Antisemitismus auch Stéphane Giocanti, Charles Maurras. Le chaos et l’ordre, Paris 2006, S. 158–168; Bruno Goyet, Charles Maurras, Paris 2000, S. 249–270 und David Carroll, French Literary Fascism. Nationalism, Anti-Semitism, and the Ideology of Culture, Princeton/N. J. 1994, S. 95.

61 Auch abgedruckt in: Charles Maurras, La seule France. Chronique des jours d’épreuve, 69. Aufl., Lyon 1941, S. 194.

62 Pierre Drieu La Rochelle, Journal Politique, Paris 1943, S. 155 f. (Tagebucheintrag vom 29. 7. 1938).

Antisemit Louis Ferdinand Céline, der als einer der bedeutendsten französischen Schriftsteller der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird, wurde noch deutlicher: „Maurras, Sie stehen auf der Seite der Juden.“<sup>63</sup>

Die versuchte Abgrenzung der Majorität der französischen Rechtsextremen gegenüber Deutschland hält zumindest in einer Hinsicht dem historischen Urteil nicht stand. So hatte sich Hitler schon 1919 klar gegen einen „Radauantisemitismus“ ausgesprochen: „Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Progromen [sic!]. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte der Juden.“<sup>64</sup>

Der Antisemitismus, der in beiden Ländern propagiert wurde, war ein „wissenschaftlicher“ oder „rationaler“ Antisemitismus. Es gab keine Organisation, die nicht darauf verwies, dass sie die Ausübung von Gewalt gegen Juden verdammt – selbst wenn dies von den einfachen Mitgliedern oft nicht zur Kenntnis genommen wurde. Vor allem in Frankreich wurde der „antisémitisme de raison“ immer mit einem gewissen Überlegenheitsgefühl gegenüber dem primitiv-gefühlsmäßigen Antisemitismus, wie er in Deutschland praktiziert zu werden schien, vertreten. Doch war es gerade dieser kühl kalkulierende, „wissenschaftliche“ Antisemitismus, der den Weg zu einer industriellen Vernichtung der Juden ebnet sollte, nicht die spontanen Gewaltaktionen gegen einzelne Juden. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die Vorstellung von rassistischen Unterschieden zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland ungleich weiter verbreitet war als in Frankreich. Insgesamt lässt sich die Trennlinie zwischen Rassenantisemitismus und „traditionelleren“ Formen des Antisemitismus vor allem zwischen radikaleren und gemäßigeren Antisemiten ziehen, nicht zwischen beiden Ländern.<sup>65</sup>

63 Louis Ferdinand Céline, *L'Ecole des cadavres*, Paris 1938, S. 192; vgl. zu Céline auch: Colin Nettelbeck, *Celine*, in: *Kollaboration in Frankreich: Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung, 1940–1944*, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld/Patrick Marsh, Frankfurt a. M. 1991, S. 198–212; Pierre-Andre Taguieff, *D'un „prophète“ l'autre: Drumont, Céline: L'antisémitisme revendiqué comme une tradition française (1940–1944)*, in: *Esprit* 250 (1999), S. 90–113.

64 Hitler. *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1925*, hrsg. v. Eberhard Jäckel/Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 89 f. Auch Feder, *Programm*, S. 30, betonte die „ins verstandesmäßige übersetzte Lösung der Judenfrage“, die von seiner Partei erstrebt werde.

65 So lautet auch eines der Ergebnisse bei Mayer, *Antisemitismus in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich*.

## Zu welchem Zeitpunkt finden sich die meisten Parallelen in der Entwicklung beider Länder?

Der Antisemitismus in Frankreich und Deutschland ähnelte sich am auffälligsten während der Jahre der Weltwirtschaftskrise. In Deutschland war die Judenfeindschaft in der Gesellschaft in der Zeit von 1929 bis 1933 besonders virulent, blieb aber weit hinter der Radikalität der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zurück. In Frankreich erreichte der Antisemitismus in den Jahren 1936 bis 1939 einen Höhepunkt. Durch die allgemeine Krisensituation gelang es den radikalen Antisemiten in beiden Ländern, in weite Kreise der Bevölkerung vorzudringen. Allerdings konnte die wirtschaftliche und soziale Notlage, wie sie etwa auch in Großbritannien oder den USA herrschte, nicht alleine die Ursache für die Ausbreitung des Antisemitismus sein. Das entscheidende Kriterium war vielmehr die Krise des Nationalgefühls, ein Gefühl der nationalen Demütigung. Wenn sich eine Nation im Vergleich zu ihrem feindlichen Nachbarn in einer unterlegenen Position glaubt, wird diese äußere Schwäche gegen einen inneren Feind gewendet, um so die Kohäsion der Gesellschaft zu erhöhen. So erklärt sich das gegenüber der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre höhere Ausmaß des Antisemitismus in der deutschen Nachkriegszeit. Die Jahre bis 1923 sind – rein ökonomisch gesehen – trotz der Inflation keine wirkliche Phase der Depression gewesen. So lag etwa die Arbeitslosenquote 1923 bei 4 %, im Jahr 1932 waren es hingegen 30 %.<sup>66</sup> Würden allein ökonomische Gründe den Ausschlag für das Maß antisemitischer Übergriffe und Haltung sein, hätte die Weltwirtschaftskrise eine ungleich höhere Virulenz zur Folge haben müssen. Dass dies nicht der Fall war, lässt sich auf den Einfluss des verletzten Nationalgefühls zurückführen.

In Frankreich wuchs das Gefühl der inneren Schwäche und Zerrissenheit in den 30er-Jahren beständig an, während das Nachbarland Deutschland gleichzeitig immer mächtiger zu werden schien. Die Demütigung, dass sich die einstige Siegermacht nun nicht einmal ihrer eigenen Grenzen sicher sein konnte, saß tief. Waren denn die Opfer im Weltkrieg umsonst gewesen? Die Schuldigen hierfür suchte man vor allem im Inneren, bei den Linken und Juden.

66 Hierzu: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, hrsg. von Dietmar Petzina/Werner Abelshausen/Anselm Faust, München 1975, S. 119.



## Welche grundlegenden Unterschiede sind zwischen Deutschland und Frankreich zu konstatieren?

Neben den Gemeinsamkeiten in der Entwicklung beider Länder gab es gleichzeitig bedeutende Unterschiede. In Deutschland war Juden bei allen rechtsextremen Verbänden der Zutritt verwehrt, wenn dies auch nicht immer konsequent durchgeführt wurde. In Frankreich war eine Vereinigung, die sich offen zum Antisemitismus bekannte, desavouiert. Nur die „Action Française“ bildete hier eine Ausnahme, sie war die einzige bedeutende französische Gruppierung, die einen „Arierparagrafen“ in ihre Satzung aufgenommen hatte. Keine andere angesehene Organisation konnte oder wollte sich öffentlich zu einer jüdenfeindlichen Politik bekennen. Insgesamt muss zudem festgehalten werden, dass die französischen politischen Verbände bedeutend weniger antisemitisch geprägt waren. Der grundlegende Unterschied gegenüber Frankreich liegt in der größeren Radikalität und Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland.

Frankreich hatte den Krieg gegen das Deutsche Reich gewonnen. Selbst wenn einer militärischen Auseinandersetzung mit dem wieder erstarkten Nachbarn mit Bangen entgegengesehen wurde, so bestand doch für die französische Rechte die Hoffnung, dass die Grenzen des Landes zumindest verteidigt werden könnten. Bei allen Sorgen und Befürchtungen stand die Niederlage von 1940 erst bevor, noch war Frankreich die Siegermacht des Weltkriegs. Demnach war die nationale Grundstimmung des Landes trotz der Krisenhaftigkeit der Zeit relativ positiv, diesen Zustand galt es – etwa gegen die Juden, die beschuldigt wurden, die Gesellschaft zu destabilisieren – zu „verteidigen“, das Verhalten gegenüber den Juden war also „defensiv“.<sup>67</sup> Nach der Niederlage 1940 sollte sich der französische Antisemitismus deutlich radikalieren. Nunmehr wurde eine „aktive“ jüdenfeindliche Politik durch die Regierung des Landes betrieben, die bis Ende 1941 trotz der deutschen Besatzung einen relativ autonomen Charakter annahm.<sup>68</sup>

Die deutsche Rechte hingegen war durch die Niederlage 1918 tief in ihrem nationalen Empfinden getroffen worden. Trost spendete einzig der Gedanke, dass Deutschland seinem Nachbarland langfristig potenziell überlegen sei. Erst wenn

67 Auch Burrin, *Faschismus und Antisemitismus*, S. 122, schreibt, dass die Krise Frankreichs durch das „Siegesgefühl“ im Weltkrieg relativiert worden war.

68 Hierzu die Ergebnisse bei Mayer, *Antisemitismus in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich*.

diese Überlegenheit allerdings faktisch bewiesen würde, konnte sich ein intaktes Nationalgefühl wieder einstellen. Dies musste nicht zwangsläufig durch einen Krieg erfolgen, eine politische oder wirtschaftliche Superiorität des Landes reichte aus. Deshalb war innerhalb der deutschen Rechten das Bedürfnis größer, einen innenpolitischen Feind zu finden, dem die Schuld an der Niederlage des Ersten Weltkriegs zugeschrieben wurde: die Juden. Die Einführung von „Arierparagrafen“ oder Morde an Vertretern der parlamentarischen Demokratie, wie etwa an Walther Rathenau, waren das Ergebnis dieses Kampfes gegen den inneren Feind, der Deutschland wieder „Weltgeltung“ verschaffen sollte. Die französische Rechte hingegen „verteidigte“ von einem nationalen Hochgefühl aus ihre Position, die Juden wurden in weit geringerem Maße als Sündenböcke benötigt. Auch war die allgemeine Krise in Frankreich bedeutend schwächer ausgeprägt als „outré-Rhin“, weshalb es zu einer geringeren Radikalisierung kam. Zudem hatte der Antisemitismus in einer weitaus homogeneren Gesellschaft wie der französischen weniger Einfluss und wurde darüber hinaus durch die starke katholische Prägung des Landes gebremst. Zudem besaßen republikanische Ideale in Frankreich einen höheren Stellenwert und waren tiefer verwurzelt, konnte sich doch kaum jemand offen zum Antisemitismus bekennen, ohne gesellschaftlich desavouiert zu sein. In Deutschland hingegen wurde die Republik von Weimar als Ausgeburt der Niederlage von jenen Kräften heftig bekämpft, die den Antisemitismus schürten. Frankreich hatte den Weltkrieg als Republik gewonnen, was sogar Rechtsextreme wie Charles Maurras trotz ihrer feindlichen Einstellung zur République Française anerkennen mussten.

Die Studie belegt, dass es durchaus sinnvoll sein kann, in der Antisemitismusforschung einen überstaatlichen Blickwinkel zu wählen, um neue Erkenntnisse über das Verhältnis von nationalen und transnationalen Elementen der Judenfeindschaft zu gewinnen. Die nationalzentrierte Sichtweise übersieht, in welcher Weise die europäischen Staaten einer historischen Gewordenheit unterliegen und somit als Untersuchungseinheit keinen objektiven Kriterien entsprechen. Zugleich muss deutlich werden, wie sehr der Antisemitismus Transferprozesse beinhaltet, man also Mühe hat, spezifische deutsche oder französische Entwicklungen mittels eines nationalstaatlichen Ansatzes als solche zu erkennen. Insgesamt zeigt der Vergleich rechts-extremer Organisationen, dass die Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern größere Ausmaße annahmen, als dies bisher erwartet worden war. Die Forschung sollte deshalb ein Augenmerk auf die beobachteten Unterschiede legen, wenn der Frage nachgegangen wird, weshalb in Deutschland Auschwitz möglich wurde.

## Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf den Judenstern

Eine retrospektive Analyse gestützt auf eine repräsentative Umfrage  
aus dem Jahr 1949

Die Einführung des sogenannten Judensterns im Dritten Reich im September 1941 setzte eine wichtige Zäsur im Umgang mit Juden. Und sie wurde eine entscheidende Stufe in deren Ausgrenzung und Vernichtung: Nur wenig später, nachdem der Erlass verkündet war, wurde die Auswanderung verboten, und kurz darauf setzten bereits die ersten Deportationen aus Deutschland in den Osten ein. Mit der Einführung des Judensterns war die öffentliche Ausgrenzung endgültig vollzogen und eine Identifizierbarkeit geschaffen, die den schnellen und unmittelbaren Zugriff für die NS-Instanzen erlaubte. War vorher äußerlich nicht wahrzunehmen, wer Jude war, so konnte nun jeder, der offiziell als Jude galt und sich den Anordnungen fügte, eindeutig als solcher erkannt werden.<sup>1</sup>

Die Einführung des Judensterns dürfte für die meisten Deutschen überraschend gekommen sein. Nachdem Goebbels eine erneute Initiative zur Einführung des Judensterns unternommen hatte, war von Juli 1941 an die antisemitische Propaganda verstärkt worden, doch Hinweise auf eine Kennzeichnung der Juden waren darin nicht enthalten. Selbst nachdem der Beschluss endgültig gefallen war und Hitler seine Zustimmung gegeben hatte, blieb die geplante Kennzeichnung in der Propaganda unerwähnt. Die Presse wurde zwar in Kenntnis gesetzt, sie sollte

1 Zur Geschichte des Judensterns siehe insbesondere Jens J. Scheiner, *Vom gelben Flecken zum Judenstern? Genese und Applikation von Judenabzeichen im Islam und christlichen Europa (1849–1941)*, Frankfurt a. M. 2004, S. 120 ff.; Philip Friedman, *The Jewish Badge and the Yellow Star in the Nazi Era*, in: *Historia Judaica* 17 (1955), Nr. 1, S. 41 ff.; Ian Kershaw, *Hitler 1936–1945*, Stuttgart 2000.

explizite Hinweise jedoch unterlassen. In der entsprechenden Presseanweisung vom 21. August 1941 heißt es, dass „nicht ausgeschlossen [sei], dass binnen kürzester Zeit Maßnahmen gegen die Juden im Inland ergriffen werden, und zwar zur Kennzeichnung der jüdischen Rasse im großdeutschen Reich (Armbinden usw.). Damit das deutsche Volk nicht zu sehr erstaunt ist über diese Neuerung, soll in der Presse etwas vorgearbeitet werden, ohne die gesetzlichen Maßnahmen anzuschneiden“.<sup>2</sup>

Dass die Kennzeichnung der Juden vorerst nicht erwähnt werden sollte, dürfte nicht nur taktische, sondern auch andere Gründe gehabt haben. So waren die Modalitäten der Maßnahme im Einzelnen selbst wenige Tage vor Verabschiedung noch nicht endgültig geklärt, womöglich nicht einmal die Art der Kennzeichnung. Die Festlegung geschah erst relativ spät.<sup>3</sup> Der Termin für die Veröffentlichung der neuen Verordnung in den Zeitungen wurde entsprechend mehrfach verschoben.

- 2 Jürgen Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970, S. 262. Im Zusammenhang mit dem verschärften Diskurs über die „Judenfrage“ ist auch der Wochenspruch der Reichspropagandaleitung der NSDAP vom 7. September 1941 zu sehen, der auf einem Plakat in zahlreichen Schaukästen der NSDAP ausgehängt wurde und als Zitat Hitlers „Prophезeung“ vom 30. Januar 1939 enthielt, derzufolge das Ergebnis eines neuen Weltkriegs nicht die „Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein“ werde, „sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“. Vgl. Christian Barth, *Goebbels und die Juden*, Paderborn 2003, S. 186; Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006, S. 168. Ob die Mahnung, die Judenpropaganda „äußerst taktvoll und geschickt“ zu betreiben, um die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu gefährden, dazu führte, dass der Wochenspruch in kalligrafischer Schönschrift – wie ein Schmuckblatt – gestaltet wurde und nicht, wie sonst oft üblich, in plakativer Weise, ist eine offene Frage. Das Blatt ist abgedruckt bei Kershaw, *Hitler*, S. 534. Wie die Parole der Woche zu anderen Zeiten aussah, vermittelt ein Abdruck vom Juli 1942 bei Konrad Kwiet, *Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland, 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 620.
- 3 Die entsprechende Entscheidung Hitlers war über einen Schnellbrief vom 26. 8. 1941 bekannt gegeben worden, gleichzeitig wurde eine Sitzung der Reichsministerien zu einer Besprechung der Einzelheiten am 29. 8. 1941 einberufen. Kershaw schreibt von einer hastig zusammengetrommelten Versammlung, die sich im August getroffen habe, vgl. Kershaw, *Hitler*, S. 631, vgl. auch Barth, *Goebbels*, S. 185. Verwirrend ist, dass selbst in der Pressemitteilung vom 21. August noch von Armbinden die Rede ist und nicht von Judensternen, obwohl diese im Generalgouvernement längst eingeführt waren und ein entsprechendes Modell hätten abgeben können.

Am Morgen des 13. September konnte die Öffentlichkeit dann erstmals etwas aus der Presse über die Einführung des Judensterns erfahren. Sie konnte im Rahmen einer Kurzmeldung lesen, dass am 1. September die Bestimmungen in Form einer Polizeiverordnung erlassen worden seien und am 19. September in Kraft treten würden. Eine zweite, teilweise etwas längere Meldung folgte in einigen Zeitungen zwischen dem 18. und 21. September im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Polizeiverordnung am 19. September.<sup>4</sup> Von einer ausführlichen Berichterstattung kann jedoch keine Rede sein.<sup>5</sup> Die Meldungen nahmen in der Regel allenfalls eine marginale Stellung in den Zeitungen ein, erschienen meist in Form einer kleinen Nachricht und dann auch nicht einmal notwendigerweise auf der Titelseite, sondern einer der Innenseiten. Selbst die NS-Parteizeitungen gaben sich in dieser Hinsicht zurückhaltend.<sup>6</sup>

Aufgrund dessen ist es durchaus möglich, dass die Nachricht vielfach überlesen wurde. Eine Rezeption ist durch bloße Veröffentlichung nun einmal nicht garantiert – schließlich ist die Lektüre von Zeitungen damals wie heute selektiv: Manches wird überhaupt nicht wahr- und entsprechend auch nicht zur Kenntnis genommen. Und die Wahrscheinlichkeit dafür ist umso größer, je marginaler die Aufmachung

- 4 Entsprechende Tagesparolen waren am 12. und 18. September ausgegeben worden, vgl. Longerich „Davon haben wir nichts gewusst“, S. 395 (Anm. 56).
- 5 Longerich schreibt zwar, es sei ausführlich über die Einführung des Sterns in der Deutschen Presse berichtet worden, ebenda, S. 169, ähnlich Frank Bajohr, Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933–1945, in: Frank Bajohr/Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 56. Doch eine nähere systematische Sichtung ausgewählter Zeitungen belegt dies nur bedingt. Der „Hamburger Anzeiger“ berichtet am 13. 9. auf der Titelseite mit einer Kurzmeldung von der Verordnung, erneut mit etwas mehr Text und mit Bild am 18. 9., von Ausnahmen, die Regelung betreffend, ist in einer Kurzmeldung am 20./21. 9. die Rede. Im „Hamburger Fremdenblatt“ ist lediglich am 13. 9. eine Kurzmeldung auf S. 2 zu finden, im „Berliner Lokal-Anzeiger“ lediglich am 12. 9. eine Kurzmeldung auf S. 1; im „Angriff“ – der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront – steht am 14. 9. eine kleinere Meldung auf S. 2, dann mit Bild eine kleine Meldung am 18. 9. auf S. 1. Keine Meldung findet sich in den Wochenzeitungen „Berliner Illustrierte Zeitung“ sowie „Hamburger Illustrierte Zeitung“ und in der „Preußischen Staatszeitung“, im „Reich“ lediglich ein Dreizeiler auf S. 18 am 21. 9.
- 6 Im „Völkischen Beobachter“ erscheint die Meldung ebenso wie im „Westdeutschen Beobachter“ als Kurzmeldung am 13. 9. auf S. 2. Selbst „Der Stürmer“ verhielt sich zurückhaltend.

und Platzierung der Meldung ist.<sup>7</sup> Bei einem Teil der Bevölkerung dürfte es daher geschehen sein, dass sie nicht durch die Zeitung über die Einführung des Judensterns erstmals Kenntnis erlangte, sondern im Alltag durch persönliche Wahrnehmung. Dass sie zu einer späteren Zeit auch durch die Presse oder andere Medien Informationen und Begründungen erhielt, ist damit nicht ausgeschlossen.

In der Tat wurde im Laufe des Oktober 1941 die Kennzeichnung der Juden in vermehrtem Maße ein Thema der NS-Propaganda<sup>8</sup> – und dies sicherlich nicht nur, weil die Kennzeichnung in der Bevölkerung zum Teil auf Kritik stieß, sondern auch weil sich in dieser Zeit der Umgang mit Juden verschärfte: Von Mitte Oktober an begannen von Berlin aus die ersten Deportationen in den Osten. Unter diesen Umständen versuchte man mit einer Mischung aus Propaganda und Zwang, den Kontakt zwischen der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung endgültig zu unterbinden. So wurde – wie etwa in den „Hamburger Gaunachrichten“ – an die Deutschen appelliert, keine „Gefühlsduselei“ zu zeigen, wenn sie auf der Straße Menschen mit einem „Davidstern“ begegnen würden.<sup>9</sup> Zugleich drohte man denen erhebliche Strafen an, die Kontakte zu Juden unterhielten. Der entsprechende Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 24. Oktober wurde zusammen mit den Lebensmittelkarten an die nicht-jüdischen Haushalte verschickt. Das Blatt war mit einem gelben Stern und der Aufschrift versehen „Deutsche, das ist Euer Todfeind“.<sup>10</sup>

- 7 Dazu siehe Steffen Kolb/Rainer Mathes/Christoph Kochhan, Von der kommunikationszentrierten Auswertung von Medieninhaltsanalysen zur Schätzung von Rezeptionswahrscheinlichkeiten, in: Werner Wirth/Edmund Lauf (Hrsg.), *Inhaltsanalyse: Perspektiven, Probleme, Potentiale*, Köln 2001, S. 244–261.
- 8 Dies geschah nicht nur gezielt, sondern auch bei sich bietender Gelegenheit. So heißt es in einer Pressedirektive vom 27. 10. 1941, dass die Erklärung des rumänischen Ministerpräsidenten Antonescu gegen die Juden die „Gelegenheit [böte], die Ausgabe des Judensterns in Deutschland erneut zu begründen“. Vgl. Hagemann, *Presselenkung*, S. 203, S. 147 (Fußnote 80).
- 9 Vgl. Bajohr, *Konsens*, S. 56
- 10 Vgl. David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995, S. 175. Inwieweit in Berlin auch eine Broschüre verteilt wurde, in der gegenüber den Juden eine Todesdrohung angesprochen wurde, versehen mit einem angehefteten Judenstern, wie dies Claudia Koonz schreibt, ist eine offene Frage. Das bei ihr abgedruckte Exemplar aus der Sammlung des New Yorker Yivo-Institute könnte auch eine Sondersituation darstellen: Jemand könnte den Stern später dort eingeklebt haben. Aus der Literatur ist bislang nichts Vergleichbares bekannt. Vgl. Claudia Koonz, *The Nazi Conscience*, Cambridge/London 2005, S. 270.

Das Tragen des Sterns blieb nicht die einzige Maßnahme zur Kennzeichnung der Juden. Kurz nach dessen Einführung folgte eine Kennzeichnungspflicht für Wohnungen. Beide Ereignisse stehen in unmittelbarem Zusammenhang, wie man dem Tagebuch von Joseph Goebbels entnehmen kann. An dem gleichen Tag, an dem die neue Judenverordnung zur Kennzeichenpflicht in den Zeitungen veröffentlicht wurde, schrieb er: „Ich ordne an, dass nunmehr auch die von uns eingeführten Judenkennezeichen an die Judenwohnungen geklebt werden, und zwar auf die Haustüre. Dann weiß auch jeder, der eine Judenwohnung betritt, dass er sich in einer Judenwohnung befindet.“<sup>11</sup>

Im Gegensatz zur Verordnung über die Einführung des Judensterns verzichtete man in diesem Fall allerdings darauf, die neue Maßnahme publik zu machen, verbot dies sogar.<sup>12</sup> Es war nicht das erste Mal, dass ein solches Verbot ausgesprochen wurde. Im Gegenteil: es entsprach einer schon länger bestehenden Praxis selektiver Informationsvermittlung über neu initiierte antijüdische Maßnahmen.<sup>13</sup> Infolgedessen konnte es auch immer wieder einmal zu Situationen kommen, wo sich nicht betroffene Deutsche überrascht zeigten, wenn sie im Kontakt mit Juden etwas über die Einschränkungen erfuhren, denen diese unterworfen waren.<sup>14</sup> Vermutlich gab es eine Berichterstattung über antijüdische Maßnahmen primär dann, wenn das Regime die Deutschen aktiv in die Isolierung der Juden mit einbeziehen wollte, es auf ihre Kooperation angewiesen war. Wo dies nicht der Fall war, wurde einer Geheimhaltungspolitik der Vorzug gegeben.

11 Vgl. Barth, Goebbels, S. 460.

12 So heißt es in einer Presseanweisung vom 7. Februar 1942: „Veröffentlichungen über die Kennzeichnung jüdischer Wohnungen oder überhaupt Veröffentlichungen über Maßnahmen gegen Juden sind verboten.“ Vgl. Hagemann, Presselenkung, S. 224 (Fußnote 74).

13 Verboten wurden auch Berichte über eingeschränkte Einkaufszeiten. Vgl. Hagemann, Presselenkung, S. 144 (Fußnote 49), S. 224 (Fußnote 72). Nur wenige der Juden betreffenden Gesetze wurden von den allgemeinen deutschen Tageszeitungen veröffentlicht und kommentiert. Anordnungen und Durchführungsvorschriften wurden hingegen im „Jüdischen Nachrichtenblatt“ veröffentlicht und dadurch jenem Kreis zugänglich, an den sich die Erlasse richteten. Vgl. Clemens Meier, „Zwischen Leben in Brasilien“ und „Aus den Verordnungen“ – Das Jüdische Nachrichtenblatt 1938–1943, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 109.

14 Vgl. Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933–1945*, Berlin 1995, Eintrag vom 19. 4. 1942, 18. 8. 1942.

## Die Reaktionen der Bürger auf den Judenstern in zeitgenössischer Berichterstattung

Wie reagierte die deutsche Bevölkerung auf die Einführung des Judensterns? Die Antwort auf diese Frage ist nicht nur für das Verständnis der damals verbreiteten Einstellungen zur Kennzeichnung der Juden von Interesse. Ihre Bedeutung reicht darüber hinaus: An der Reaktion selbst kann man in gewissem Umfang ermessen, wie sehr der Antisemitismus die deutsche Gesellschaft durchdrungen hatte. „Ungeheuer aufschlussreich für die Mentalitätsgeschichte der Deutschen wäre es“, schreibt Wolfgang Benz, „wenn protokolliert worden wäre, was in den unzähligen Augenblicken der Konfrontation geschah, was jeder einzelne empfand, wenn er Juden begegnete, als sie mit dem Stern als vogelfrei gebrandmarkt waren.“<sup>15</sup>

Die Ergebnisse bisheriger Bestandsaufnahmen der Reaktionen auf den Judenstern sind widersprüchlich. Nach den Berichten des SD und anderer NS-Dienststellen wurde die Einführung des Judensterns von der Bevölkerung mehrheitlich positiv aufgenommen.<sup>16</sup> David Bankier und Peter Longerich, die unter Rückgriff auf eine Vielzahl von Quellen bisher am gründlichsten die Reaktion der Deutschen auf die Judenverfolgung analysiert haben, meinen hingegen, die Mehrheit der Bürger habe negativ auf die Einführung des Judensterns reagiert. In den Berichten des SD hätten sich wohl eher die Vorstellungen der Berichterstatter als die Realität niedergeschlagen.<sup>17</sup> In ähnlicher Weise mutmaßte Ian Kershaw, die SD-Berichte über die Kennzeichnung der Juden spiegelten die Ansichten „fanatischer Parteigenossen“ wider.<sup>18</sup>

Den zeitgenössischen Berichten zufolge, die Bankier und Longerich ausführlicher zitieren, war die Kennzeichnung ein „riesiger Fehlschlag“. Viele Deutsche

15 Wolfgang Benz, *Die Deutschen und die Judenverfolgung: Mentalitätsgeschichtliche Aspekte*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 2003, S. 69–85, hier S. 80.

16 Vgl. *Meldungen aus dem Reich* (Nr. 227) vom 9. Oktober 1941, in: Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Bd. 8, Herrsching 1984, S. 2849; siehe hierzu auch die Zusammenstellung der NS-Berichte in Otto Dov Kulka/Eberhardt Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004, S. 456 ff., zu Aussagen über Kritik, S. 465, 582.

17 Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 174; Longerich, *Gewusst*, S. 179, 181.

18 Kershaw, *Hitler*, S. 632.



würden jetzt bei einer Begegnung mit Juden auf der Straße den Kopf senken, heißt es dort wiederholt. Außerdem sei zu beobachten, dass einige Deutsche in die öffentlichen Verkehrsmittel erst nach den Juden einstiegen, um ihnen damit einen Sitzplatz zu ermöglichen. Denn ihnen einen anzubieten, sei strafbar.<sup>19</sup> Mit dieser Beschreibung überwiegend negativer Reaktionen korrespondieren die Berichte über die Äußerungen von NS-Politikern, die – wie Joseph Goebbels – die Reaktionen der Deutschen aufmerksam verfolgten. So beklagte sich dieser anlässlich eines Tischgesprächs in der Reichskanzlei, dass die Einführung des Judensterns genau das Gegenteil von dem erbracht habe, was intendiert worden sei. Die Menschen würden Sympathie für die Juden zeigen. Sie seien noch nicht reif und wären voller „Gefühlsduselei“.<sup>20</sup>

Ähnlich wie schon 1938 die als unzureichend erachtete Reaktion der Bevölkerung auf die Geschehnisse der „Reichskristallnacht“ einen Anlass für gesteigerte antisemitische Propaganda bildete,<sup>21</sup> wurde daraufhin von Goebbels eine verstärkte propagandistische Behandlung des Themas initiiert. Die Zeitungen sollten der „jüdischen Bedrohung“ besondere Aufmerksamkeit schenken. Es gebe eine „gewisse Mitleidswelle“ mit den Juden, hieß es auf einer Pressekonferenz am 26. September 1941. Es sei daher notwendig, „mit aller Schärfe dieses Thema aufzugreifen und dem deutschen Volke klarzumachen, was das Judentum ihm bereits angetan habe und antun würde, wenn es die Macht dazu hätte“. Allerdings sei mit Bedacht vorzugehen und das Problem nicht „in der gesamten Presse mit einem Schläge aufzugreifen, sondern es [sei] gelegentlich zu tun“.<sup>22</sup>

Für Goebbels bedeutete die „Mitleidswelle“ nicht nur, dass die Deutschen noch nicht „reif“ waren und in unzureichendem Maße antisemitisches Gedankengut

19 Vgl. Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 173; Longerich, *Gewusst*, S. 171 ff.; vgl. auch Scheiner, *Vom gelben Flecken*, S. 129, wo u. a. ein US-Diplomat mit der Aussage zitiert wird: „The required wearing of the Star of David has met with almost universal disapproval by the people of Berlin and in some cases with astonishing manifestations of sympathy.“

20 Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 175.

21 Vgl. Karl-Heinz Reuband, „Jud Stiß“ und „Der ewige Jude“ als Prototypen antisemitischer Propaganda im Dritten Reich. Entstehungsbedingungen, Zuschauerstrukturen und Wirkungspotentiale, in: Michael Anel/Detlef Brandes/Alfons Labisch/Juri Pesak/Thomas Ruzicka (Hrsg.), *Propaganda, (Selbst-)Zensur und Sensation. Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871*, Essen 2005, S. 113 f.

22 Longerich, *Gewusst*, S. 172; Hagemann, *Presselenkung*, S. 262 (Fußnote 430).

angenommen hatten. Es bedeutete zugleich auch ein Unruhepotenzial, das sich bei entsprechender Gelegenheit auswirken könnte. Die Sorge darum ebte in der unmittelbaren Folgezeit keineswegs ab. Die antijüdische Propaganda müsse äußerst taktvoll und geschickt betrieben werden, bemerkte er z. B. auf einer Ministerkonferenz im Oktober 1941. Er habe beispielsweise Angst, dass in öffentlichen Verkehrsmitteln eine 70-jährige Jüdin von einem 16-jährigen BDM-Mädchen hochgejagt würde, dagegen könnte das Publikum revoltieren.<sup>23</sup>

## Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Im Folgenden soll ein anderer Weg der Erforschung gewählt werden, als er bisher bei der Analyse der Reaktionen auf den Judenstern üblich war. Wir stützen uns dabei auf eine repräsentative Umfrage in der Bevölkerung, in der mittels retrospektiver Fragen die Zeit des Nationalsozialismus rekonstruiert wird. Umfragen zählen unberechtigtweise zu den am wenigsten genutzten Quellen in der historischen Forschung. Dabei erlauben sie nicht nur, Aussagen über Bevölkerungsgruppen und Ereignisse für eine Zeit zu treffen, für welche die herkömmlichen Quellen der Historiker nur ungenaue oder keine Aussagen erlauben. Sie erlauben es auch, die spezifische Kombination struktureller Rahmenbedingungen und subjektiver Deutungsmuster zu erfassen.

Selbstverständlich sind Umfragen – ebenso wie andere (auch historische) Quellen – nicht ohne methodische Probleme. Im vorliegenden Fall betreffen sie vor allem die Erinnerung und sozial erwünschtes Antwortverhalten. Erinnerungen können Verzerrungen unterliegen. Je mehr Zeit vergangen ist, desto eher ist dies der Fall. Doch sicher ist ebenso, dass die Erinnerungsprobleme nicht zwangsläufig derart groß sein müssen, dass die Verhältnisse grundlegend verfälscht werden. So haben mehrere Untersuchungen die Brauchbarkeit und Genauigkeit von Erinnerungen – selbst über Jahrzehnte hinweg – belegt.<sup>24</sup> Auch das Problem sozial erwünschter Antworten halten wir nicht für derart gravierend, dass man von vornherein

23 Zit. nach Viktor Reimann, *Dr. Joseph Goebbels*, Wien 1971, S. 263.

24 Vgl. u. a. Duane F. Alwin/Theodore Mead Newcomb/Ronald L. Cohen, *Political Attitudes over the Life Span: the Bennigton Women after Fifty Years*, Madison 1991, S. 120 ff.

Umfragebefunde als wenig informativ einschätzen muss. Natürlich sind, gerade bei der NS-Thematik, derartige Antworttendenzen denkbar. Und die Wahrscheinlichkeit dafür dürfte umso größer sein, wenn es sich bei der Befragung – wie im vorliegenden Fall – nicht um eine anonyme schriftliche, sondern um eine face-to-face Befragung handelt.

Dennoch ist nicht anzunehmen, dass die Neigung zu sozial erwünschten Antworten das Gesamtbild grundlegend verfälscht: Untersuchungen, in denen anhand objektiver Unterlagen die im Interview gemachten Angaben überprüft wurden, haben selbst im Fall höchst sensibler Sachverhalte, wie z.B. bei strafbaren Delikten, in der Regel eine mehrheitliche Übereinstimmung zwischen den Angaben erbracht. Dass die Situation bei Fragen zur NS-Zeit anders aussehen soll, ist nicht anzunehmen. So haben Umfragen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, in denen die NSDAP-Mitgliedschaft erfragt wurde, hochgerechnet auf die Zahl der Mitglieder eine hohe Übereinstimmung auf der Aggregatebene dokumentiert.<sup>25</sup> Wenn aufgrund sozial erwünschter Antworten Verzerrungen entstehen sollten, dann sind sie wohl eher graduell als grundsätzlich.

Im Folgenden ziehen wir eine Umfrage heran, die im August 1949 vom *Institut für Demoskopie* bundesweit durchgeführt wurde. Diese Studie ist in mehrfacher Hinsicht einzigartig: erstens ist sie die einzige, in der Fragen zur Wahrnehmung der Judenverfolgung einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung gestellt wurden.<sup>26</sup> Zweitens ist sie wie keine andere Erhebung, die sich dem Thema der

25 Vgl. Ellen J. Wentland/Kent W. Smith, *Survey Responses. An Evaluation of Their Validity*, San Diego 1993, S. 45 ff.; Phillip Gendall/Janet Hoek/Matt Blakely, *Estimating a Socially Undesirable Behaviour*, in: *Marketing Bulletin*, 3, 1992, S. 1–8; Karl-Heinz Reuband, *Soziale Determinanten des Drogengebrauchs*, Wiesbaden 1995, S. 51 ff.; zur Validität der Angaben zur NSDAP-Mitgliedschaft auf Aggregatebene siehe Helen Peak, *Observations on the Characteristics and Distribution of German Nazis*, Washington D. C. 1945.

26 Spätere Erhebungen haben sich entweder auf das Wissen um den Holocaust oder die eigene einstige Einstellung zum Nationalsozialismus bezogen. Vgl. hierzu auch die Bestandsaufnahmen früherer bundesweiter Studien bei Karl-Heinz Reuband, *Gerüchte und Kenntnisse vom Holocaust in der deutschen Gesellschaft. Eine Bestandsaufnahme von Bevölkerungsbefragungen*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 9 (2000), S. 196–233; ders., *Das NS-Regime zwischen Akzeptanz und Ablehnung. Eine retrospektive Analyse von Bevölkerungseinstellungen im Dritten Reich auf der Basis von Umfragedaten*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32 (2005) 3, S. 315–343.

Judenverfolgung mittels Befragung<sup>27</sup> gewidmet hat, dicht am Zeitpunkt des Geschehens angesiedelt. Die Gefahr des Vergessens und selektiver Erinnerung ist deshalb gering. Drittens ist die Studie auch deswegen einzigartig, weil für sie noch der Originaldatensatz zur Verfügung steht und damit Sekundäranalysen unter Rückgriff auf die Originaldaten möglich sind.<sup>28</sup> Von einer derartigen Sekundäranalyse werden wir in diesem Beitrag Gebrauch machen.

Hauptthema der Befragung von 1949 war die aktuelle Verbreitung des Antisemitismus. Einige wenige Fragen bezogen sich auch auf die Zeit des Dritten Reichs, darunter zwei zur Einführung des Judensterns. Da die Antworten auf die Fragen vom Interviewer protokolliert und im Projektbericht auszugsweise mit aufgeführt wurden, können wir partiell von den wörtlichen Äußerungen Gebrauch machen. Die subjektive Sicht der damaligen Zeitgenossen und das Spektrum der Äußerungen können dadurch besser ermittelt werden.

Die Erhebung wurde den professionellen Maßstäben der Sozialforschung gemäß durchgeführt, Basis war eine Quotenstichprobe. Auch wenn Quotenstichproben in der sozialwissenschaftlichen Methodenliteratur heute als nicht unkontrovers gelten und in der Praxis weitgehend durch Randomstichproben ersetzt worden sind, gehören sie keineswegs der Vergangenheit an. Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung und Antwortmuster der Befragten im Vergleich zu Randomstichproben sind in der Regel geringer als unterstellt. Auffällig ist allenfalls, dass Personen mit vielen sozialen Kontakten in Quotenstichproben etwas häufiger vertreten sind als in Randomstichproben.<sup>29</sup>

- 27 Die „oral history“-Bewegung begann sich erst im Verlauf der 70er- und 80er-Jahre dem Thema zuzuwenden.
- 28 Wir danken der Leiterin des Instituts für Demoskopie Elisabeth Noelle-Neumann für die Bereitstellung der Daten. Zu der Zeit der Datenerhebung wurde mit einer Farbmarkierung von Pappstreifen gearbeitet; auf dieser Basis wurden die Daten ausgewertet. Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Erinnerungen*, München 2006, S. 169. Später wurde aus diesen Streifen, die zum Teil schon etwas vergilbt waren, der Datensatz von 1949 rekonstruiert (persönliche Mitteilung von E. Noelle-Neumann). Ergebnisse der Untersuchung finden sich zum einen in dem unveröffentlichten Bericht „Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik“ Herbst 1949, Allensbach 1949, zum anderen in Form ausgewählter Ergebnisse in: Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.) *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, Allensbach am Bodensee 1956, S. 128–131.
- 29 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Thomas Petersen, *Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie*, Berlin 2004; Karl-Heinz Reuband, *Quoten- und Randomstich-*

## Wahrnehmung des Judensterns in der Bevölkerung

Als die Kennzeichnungspflicht für Juden im September 1941 eingeführt wurde, lebten rund 166 000 Juden noch in Deutschland, davon rund 70 000 in Berlin.<sup>30</sup> Nach den Deportationen schrumpfte ihre Zahl schnell. Am 1. April 1943 waren in Deutschland schließlich nur noch 31 910 Personen als Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze registriert, davon 14 393 Juden als „Sternträger“. Die übrigen 17 375 Juden, die in einer „Mischehe“ lebten, waren vom Tragen des Judensterns befreit.<sup>31</sup> Bezogen auf die Gesamtbevölkerung stellten Juden in der Zeit, als der Judenstern eingeführt wurde, einen Anteil von deutlich weniger als 1 % dar. Angesichts dessen erweist sich der Anteil der Befragten, die während des Dritten Reiches jemals Juden mit einem Judenstern erblickten, als erstaunlich hoch. Die entsprechende Frage bejahten 73 % der Befragten. 20 % verneinten, und 7 % meinten, sich nicht mehr erinnern zu können. Die meisten derer, die Juden mit einem Judenstern wahrnahmen, gaben zudem an, dies mehrmals erlebt zu haben. Die hohe Zahl bejahender Antworten muss umso mehr verwundern, als zu diesem Zeitpunkt bereits viele Juden aus der Provinz in die Großstädte gezogen waren und ein Großteil in Berlin lebte. Der Rest verteilte sich auf einige wenige andere Großstädte, seltener auf Kleinstädte oder ländliche Gegenden.<sup>32</sup>

Dass der Anteil der Befragten, die Juden mit einem Judenstern sahen, unter den Berliner Befragten mit 85 % am höchsten liegt, erstaunt angesichts der regionalen Konzentration der jüdischen Bevölkerung nicht. Erstaunlich ist vielmehr die Höhe

proben in der Praxis der Sozialforschung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung und den Antwortmustern der Befragten, in: *ZA Information* 43 (1998), S. 48–80.

30 Die Angaben zur Zahl der noch in Deutschland lebenden Juden schwanken leicht von Autor zu Autor. Bankier nennt 150 000 (Meinung, S. 170). Bruno Blau und Philip Friedman nennen 166 000, vgl. Bruno Blau, *Der Judenstern der Nazis*, in: *Judaica. Beiträge zum Verständnis des jüdischen Schicksals in Vergangenheit und Gegenwart* 9 (1953), H. 1, S. 34; Friedman, *The Jewish Badge*, S. 60.

31 Vgl. Blau, *Judenstern*, S. 36; Friedman, *The Jewish Badge*, S. 60 (vermutlich auf der Basis der Angaben von Blau).

32 In dieser Hinsicht spiegelten diese Verhältnisse eine schon früher verbreitete Verteilung wider. Juden lebten schon seit Langem überproportional in Großstädten. Aber durch die Maßnahmen des NS-Regimes hatte sich diese Tendenz noch weiter verstärkt. Eine Vielzahl hatte die kleineren Orte verlassen, um in der Großstadt Anonymität zu suchen.

dieses Wertes. In dieser Hinsicht nimmt Berlin freilich keine Sonderstellung ein. Ähnlich hoch sind die Zahlen auch in anderen Städten. So beläuft sich der entsprechende Wert in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern auf 81 % und selbst in kleineren Orten mit weniger als 2000 Einwohnern noch auf 63 %. Dass die Befragten in den kleineren Orten in der Zeit des Dritten Reichs teilweise in größeren Orten wohnten oder sich dort vorübergehend aufhielten und dort die entsprechenden Erfahrungen machten, ist denkbar. Denn Bombenschäden und Kriegswirren vertrieben eine Großzahl von Deutschen aus ihren Heimatorten, und viele fanden sich schließlich in ländlichen, unzerstörten Gegenden wieder. Doch ist die Zahl der Evakuierten nicht derart hoch gewesen, um das beobachtete Phänomen nahezu universaler Wahrnehmung in kleinen Orten zu erklären.<sup>33</sup>

Doch wie immer auch der hohe Prozentsatz unter den Bewohnern kleinerer Orte im Einzelnen zu erklären ist – erklärungsbedürftig ist er selbst in Großstädten. Spiegeln sich in ihm womöglich methodenbedingte Unzulänglichkeiten der Erhebung wider (sie fällt in die Frühphase der „Demoskopie“ in Deutschland)? Handelt es sich unter Umständen um Verzerrungen, die aus der Stichprobenziehung oder differentieller Teilnahme auf Seiten der kontaktierten Personen erwachsen? Glücklicherweise können wir unter Rückgriff auf eine andere, später durchgeführte Umfrage prüfen, wie plausibel die Befunde des Instituts für Demoskopie sind. Es handelt sich um eine Erhebung, die wir, gestützt auf eine Randomstichprobe aus dem Einwohnermelderegister, jüngst unter Angehörigen der NS-Generationen (geboren 1928 und früher) in den Großstädten Berlin, Hamburg und München im Jahr 2006 postalisch – und damit auch bei reduzierten sozial erwünschten Antworttendenzen – durchführten. Die Frageformulierung zur Wahrnehmung von Juden im Dritten Reich war an die Formulierung des Instituts für Demoskopie angelehnt.

In dieser Untersuchung bekundeten 77 % der Befragten, die in Berlin geboren wurden und dort auch die Zeit des Dritten Reiches verbracht hatten, jemals Juden mit Judenstern gesehen zu haben. Klammert man diejenigen aus, die sich nicht

33 Gefragt, ob sie Flüchtling gewesen seien, evakuiert oder durch den Krieg starke Besitzverluste erlitten hätten, antworteten in den Orten mit weniger als 2000 Einwohnern 33 % der Befragten zustimmend. In den Orten mit 2000–20 000 Einwohnern waren es 41 %, 20 000–100 000 43 % und mehr als 100 000 Einwohnern 53 %.

mehr zu erinnern vermochten oder keine Angaben machten (9 % aller Befragten), kommt man auf einen Wert von 85 % und reproduziert damit ziemlich genau den zuvor für Berlin zitierten Wert der Umfrage des Instituts für Demoskopie. Die Ergebnisse für die beiden anderen Großstädte Hamburg und München liegen nur wenig niedriger. In der Hamburger Umfrage liegt die entsprechende Zahl (ohne „weiß nicht“/keine Angabe) bei 76 % und in München bei 75 %.<sup>34</sup> Die Zahlen des Instituts für Demoskopie für größere Städte erscheinen angesichts dieser Angaben damit als durchaus plausibel.

Wie aber kann es sein, dass selbst beim Vorhandensein von nur wenigen Juden am Ort deren Wahrnehmung derart weit verbreitet war? Zu vermuten ist, dass die absolute Zahl der Juden am Ort gar nicht so entscheidend für deren Wahrnehmung ist, wie gewöhnlich vermutet wird. Möglicherweise reichte die Präsenz einiger weniger Menschen mit Judenstern bereits dafür aus. Der gelbe Stoff, aus dem der Judenstern hergestellt war, und die Platzierung des Sterns auf der Brust dürften auch dort eine hohe Sichtbarkeit begünstigt haben, wo sich „Sternträger“ im Menschengewühl bewegten. Die Exponiertheit mag zwar in gewissem Maße dadurch eingeschränkt worden sein, dass Juden nur zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten einkaufen durften, aber ein Teil von ihnen war andererseits in die Kriegsindustrie eingebunden und musste sich tagtäglich zum Arbeitsplatz begeben. Auf dem Weg dorthin oder auch im Betrieb müssen viele Menschen sie wahrgenommen haben. Und die Chance, ihrer gewahr zu werden, dürfte durchaus nicht unbeträchtlich gewesen sein: In Berlin z. B. waren 1941 von den ca. 70 000 dort lebenden Juden rund 19 000 in der Industrie zwangsverpflichtet, und diese verteilten sich auf 230 kriegswichtige

34 In Hamburg und München liegen die Zahlen etwas niedriger als die entsprechenden Zahlen in der Umfrage des Instituts für Demoskopie für Städte ab 100 000 Einwohnern, wenn man die Befragten ohne Angaben ausklammert. Denkbar ist, dass aufgrund des größeren Zeitabstands ein Teil der Befragten in der jüngsten Umfrage vergessen hat, jemals Menschen mit einem Judenstern gesehen zu haben. Wahrscheinlicher scheint uns indes eine andere Erklärung: Quotenstichproben, wie sie in der Umfrage des Instituts für Demoskopie eingesetzt wurden, bewirken im Vergleich zu Randomstichproben eine etwas stärkere Repräsentanz von sozial aktiven Menschen. Ihr Freundes- und Bekanntenkreis ist überproportional groß, sie halten sich häufiger außer Haus auf – und sie haben, so ist zu vermuten, aufgrund dessen auch eine größere Chance, in eine Situation zu kommen, in der sie auf Juden mit Judenstern treffen. Alles in allem aber halten sich die Unterschiede zwischen den Erhebungen in Grenzen, sie sind eher graduell als grundsätzlich.

Unternehmen.<sup>35</sup> Die Beschränkungen, denen die Juden zunehmend unterworfen waren, erhöhten paradoxerweise z. T. sogar deren Sichtbarkeit. So wurde ihnen im April 1942 vorgeschrieben, auf dem Weg zur Arbeit die Straßenbahn nur noch dann zu benutzen, wenn die Entfernung von der Wohnung zur Arbeitsstätte in Dresden mehr als fünf, in Berlin mehr als sieben Kilometer betrug. Die Juden seien von nun an häufiger auf den Straßen zu sehen gewesen, vermerkt Victor Klemperer in seinem Tagebuch, weil ihnen die Straßenbahn verboten war.<sup>36</sup>

Schließlich dürfte für viele Angehörige der Deutschen Wehrmacht, die im Polen- oder Russlandfeldzug eingesetzt waren, auch die Begegnung mit den dort lebenden Juden ein entscheidendes Erfahrungsmoment bedeutet haben: Nicht nur, dass die Zahl der Juden weitaus größer war als in Deutschland – in manchen polnischen Orten stellten sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung –, auch wurde dort der Judenstern ein Jahr früher als in Deutschland eingeführt und damit frühzeitiger einem breiten Kreis der Besatzer sichtbar.

Welche Personengruppen sind es, die am ehesten Juden mit Stern wahrnahmen? Wie man *Tabelle 1* entnehmen kann, differiert die Wahrnehmung bemerkenswert wenig zwischen Personen mit unterschiedlichen sozialen Merkmalen. Männer geben – vermutlich weil viele in der Wehrmacht Dienst taten und zum Teil in Polen und anderswo auf eine große Zahl von Juden trafen – etwas häufiger als Frauen an, Juden mit Judenstern gesehen zu haben (77 % vs. 70 %). Womöglich aus dem gleichen Grund (denn in der Armee waren junge Männer überrepräsentiert) nahmen die Jüngeren eher als die Älteren, die 1941 über 50 Jahre alt waren, Juden mit Kennzeichnung wahr. Des Weiteren zeigt sich, dass Protestanten etwas häufiger als Katholiken bekunden, Juden mit Stern gesehen zu haben – eine Folge der Tatsache, so ist zu vermuten, dass Protestanten eher in Großstädten und Katholiken eher in ländlichen Gegenden lebten und die Chance, dort auf „Sternträger“ zu treffen, entsprechend höher lag.

35 Leni Yahil, *Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden*, München 1998, S. 408; Hermann Simon, *Die Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)*, in: Andreas Nachama/Julius H. Schoeps/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin*, Berlin 2001, S. 210; zur Zahl der Juden in Berlin siehe auch Wolf Gruner, *Judenverfolgung in Berlin. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt*, Berlin 1996, S. 94.

36 Klemperer, *Tagebuch*, S. 64, 67.



Auch zeigt sich ein Effekt der Bildung: Je höher die Bildung des Befragten ist, desto häufiger wurden Personen mit Judenstern wahrgenommen. Der Grund dafür liegt vermutlich darin, dass Personen mit hoher Bildung und in höherer Statuslage in der Regel nicht nur mehr Freunde und Bekannte haben als Personen mit niedriger Bildung, sondern auch überproportional oft geografisch mobil sind und sich häufiger an verschiedenen Orten außerhalb der eigenen Stadt aufhalten.<sup>37</sup> Die Chance, mit anderen Menschen zusammenzutreffen – darunter auch Juden – ist bei ihnen aufgrund dessen größer.

## Reaktionen auf den Judenstern aus Sicht der Befragten

Wie reagierte die deutsche Bevölkerung auf die Wahrnehmung von Personen mit Judenstern? Gefragt nach dem Eindruck, den der Anblick damals auf sie hinterlassen habe, findet sich ein breites Spektrum von Äußerungen, die von der emphatischen Billigung über Indifferenz bis hin zur Missbilligung reichen. Die Aussagen, die vom Interviewer protokolliert wurden, vermitteln hier einen ersten Einblick in die Reaktionen und deren Begründungen. Und sie geben etwas von der emotionalen Emphase wieder, die zum Teil mit den Äußerungen verknüpft sind.

Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die die Einführung des Judensterns begrüßten. Die positiven Äußerungen haben dabei nicht selten einen recht aggressiven Unterton: „Herzerfrischend“, meinte z. B. einer der Befragten. „Fand ich ganz richtig; dann wusste man immer, mit wem man es zu tun hatte“; „Es war ein Glück, dass man sie sofort erkennen konnte“; „Beruhigend, weiß man doch, dass man sich vor so einer Kreatur in Acht zu nehmen hat, wenn man sie nicht schon äußerlich erkannt hätte“; „Der Anblick hat zu dem schmierigen Aussehen der Juden schon gut gepasst“; „In Berlin lebten damals viele Juden. Selten Mitleid. Ich war froh, keiner zu sein“; „Häufiger gesehen, als sie auch mal arbeiten mussten. Anblick des gelben Sterns wirkte erheiternd. Das war ganz gerecht, dass die auch Hacke und Schaufel in die Hand bekamen“; „Einmal in Breslau im KZ, wo ich Koch war. Mit dem gelben

37 Zur Frage des Umfangs des Personenkreises, mit dem Menschen mit unterschiedlichem Status in Kontakt kommen, siehe auch Karl-Heinz Reuband, *Differentielle Assoziation und soziale Schichtung*. Diss., Hamburg 1974.

Stern, das war alles in Ordnung, ist eine andere Rasse, hatte uns ausgebeutet. Es war ganz richtig, auch heute noch“<sup>38</sup>

Eine weitere Gruppe äußert sich zurückhaltender, signalisierte aber eine gewisse Akzeptanz der Maßnahme oder gar Billigung: „In Berlin und Warschau gesehen. Komisch gewirkt, man hatte so etwas nicht gesehen. Empört habe ich mich darüber nicht“; „Man konnte wenigsten sehen, dass es Juden waren“; „War nicht gerade nett. Hat mich nicht besonders erschüttert. Hat den Juden nichts geschadet, dass sie einmal etwas geduckt wurden“; „Hat uns nicht besonders beeindruckt. Es war eben ein Jude“; „Nichts Ungewöhnliches! Die Kriegsgefangenen hatten auch ihr ‚W‘.“

Ein dritter Teil der Befragten äußert sich dezidiert gleichgültig. Hier finden sich Nennungen wie „Ganz gleichgültig habe ich diese Sache betrachtet“; „Weiter keine Gedanken gemacht, war damals Soldat“; „War mir egal“; „Habe mir keine Gedanken darüber gemacht. Habe sie laufen sehen mit dem gelben Stern. Und damit war die Sache erledigt!“ Die von den Befragten geäußerte Gleichgültigkeit bedeutet im Prinzip eine Akzeptanz der Maßnahme, denn das Aufbegehren dagegen fehlt ebenso wie die bloße Missbilligung. Aber die Äußerung bedeutet andererseits auch keine enthusiastische Bejahung wie in den zuvor genannten Fällen.

Inwiefern sich hinter dieser Antwortkategorie für Indifferenz Personen verbergen, die einst den Judenstern begrüßten und es nun vorziehen, sich indifferent zu geben, kann hier nicht geklärt werden und ist an dieser Stelle letztlich auch nicht bedeutend. Mischformen zwischen partieller Bejahung der Maßnahmen insgesamt bei gleichzeitiger Indifferenz im Einzelfall sind durchaus denkbar. Entscheidend ist hier, dass diese Gruppe von Befragten keinerlei missbilligende Äußerungen bekundete und damit zur Gruppe derer zu rechnen ist, die letztlich die Maßnahmen akzeptierten.

Den positiven bis gleichgültigen Urteilen stehen auf der anderen Seite negative Äußerungen gegenüber, die von milder Missbilligung bis Beschämung reichen: „Ich fand die Sache nicht ganz richtig, weil ich mir sagte, in jedem Volk gibt es gute und schlechte Menschen, so auch bei den Juden“; „Ich fand das ungerecht“; „Die Menschen haben mir leid getan“; „Nicht angenehm. Ich fühlte mich bei der Sache bedrückt und zwar aus dem Grund, wie ich mich in dieser Menschen Lage selbst versetzt dachte“; „Es war in einer Bahnhofshalle. Ich muss sagen, dass ich diesen

38 Hier und im Folgenden Auszüge aus Institut für Demoskopie, Ist Deutschland antisemitisch? (Anhang).

Menschen bemitleidete. Er wurde von allen Menschen angestarrt wie ein Verbrecher“; „Wenn ich mich recht entsinne, 1943 in Hamburg einmal gesehen. Ehrlich gesagt: ich war entsetzt, zumal es sich um kleine Kinder handelte“; „Ungünstig. Ich habe dieses Los der Juden sehr bedauert. Gegen die Vorschriften habe ich sie auf die Straßenbahn mitgenommen“.

Kategorisiert man die Äußerungen nach dem Grad der Billigung oder Ablehnung, kommt man für die Gesamtheit der Befragten auf einen Anteil für Billigung von 7 %, für Gleichgültigkeit von 16 % und für Missbilligung (in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Akzentuierung) von 50 %. Der restliche Teil setzt sich aus denen zusammen, die niemals Menschen mit dem gelben Stern sahen oder meinten, sich nicht mehr an ihre eigene Reaktion erinnern zu können. Dass die fehlende Erinnerung vorgetäuscht ist und sich dahinter eine antisemitische Haltung verbirgt, ist unwahrscheinlich. Denn korreliert man die erinnerte Reaktion mit der gegenwärtigen Einstellung zu Juden, ist ein derartiger Zusammenhang nicht erkennbar.

Beschränkt man sich auf die Befragten, die Menschen mit Judenstern sahen und sich an ihre eigene Reaktion erinnern, beläuft sich der billigende Anteil auf 11 % und der indifferente auf 19 %. Die ablehnende Haltung beläuft sich auf einen Wert von 69 %. Soweit man dies an den protokollierten Äußerungen abzulesen vermag, ist der Teil der besonders schroff formulierten missbilligenden Äußerungen<sup>39</sup> dabei in der Minderzahl – ob Folge einst reduzierter Beunruhigung beim Anblick gekennzeichnete Juden oder Folge einer zufälligen Wortwahl im Interview, sei dahingestellt.<sup>40</sup>

39 Zerlegt man den Anteil missbilligender Äußerungen nach dem Grad der Missbilligung (gemäß Vercodung), so bekundeten 44 % der Befragten eine weniger intensive Missbilligung und 26 % eine schroffe, besonders emphatische Missbilligung. Zu den weniger intensiven missbilligenden Äußerungen wurden Aussagen gezählt wie z. B. „Die Menschen haben mir leid getan“, zu den schroffen missbilligenden Bemerkungen wurden gezählt z. B. „Leider häufig gesehen. Ich habe mich geschämt, Deutscher zu sein“, „Empörend! Man darf Menschen nicht mit Gütemarken versehen“.

40 So äußerten sich diejenigen, die den Judenstern in emphatischer, aggressiver Weise billigten, bei der Frage nach ihrer heutigen Einstellung zu Juden zu 81 % negativ (demonstrativ antisemitisch, gefühlsmäßig ablehnend oder reserviert). Unter denen, die den Judenstern allgemein billigten, liegt der entsprechende Wert bei 41 %, bei denen mit weniger intensiver Missbilligung bei 26 % und bei denen mit schroffer Missbilligung bei 20 %. Auch andere Fragen dokumentieren Unterschiede zwischen den Gruppen und denen mit allgemeiner oder schroffer Missbilligung, aber auch hier sind die Unterschiede eher graduell ausgeprägt.

Der reale Anteil der Missbilligung dürfte, sozial erwünschte Antworttendenzen unterstellt, insgesamt wohl etwas niedriger liegen, als es unsere Zahlen ausweisen. Grundlegend andere Meinungsverhältnisse jedoch sind unwahrscheinlich. Die Tatsache, dass sich – wie zuvor erwähnt – im Interview gewöhnlich die Mehrheit selbst bei Fragen zur Delinquenz offen äußert und frühere Umfragen zur NSDAP-Mitgliedschaft hohe Übereinstimmungen mit Mitgliederzahlen erbrachten, lässt bei einem ähnlich sensiblen Thema wie der Einführung des Judensterns gleich starke oder schwächere Effekte erwarten.

Dass die ursprüngliche Reaktion auf den Judenstern in der Bevölkerung mehrheitlich negativ ausfiel, muss freilich nicht notwendigerweise bedeuten, dass antisemitische Maßnahmen des Regimes generell abgelehnt wurden oder gar antisemitische Orientierungen fehlten. Ob und wie sehr dies der Fall ist, kann man den Daten nicht entnehmen. Zu der ablehnenden Haltung mag mit beigetragen haben, dass – wie eingangs erwähnt – die Einführung des Judensterns nicht hinreichend konkret durch entsprechende Erläuterungen auf der Propagandaebene vorbereitet wurde und vermutlich viele Deutsche erst durch den Anblick gekennzeichnete Juden von der neuen Maßnahme erfuhren. Dies könnte den „Schock“ der Bürger bis zu einem gewissen Maß erklärt haben: Sie sahen plötzlich Menschen ausgegrenzt, die zwar schon vorher der staatlichen Diskriminierung unterlagen, aber nicht in der Radikalität, wie sie nun betrieben wurde, die die mittelalterlichen Verhältnisse wiederaufleben ließ. Die negative Reaktion mag so denn oft mehr durch Mitleid mit den betroffenen Personen geprägt sein als durch eine generelle Ablehnung des staatlich betriebenen Antisemitismus. Antisemitismus als abstrakte Vorstellung schließt – auch wenn beides miteinander korreliert – Ausnahmen in konkreten Fällen nicht aus.<sup>41</sup>

## Soziale Merkmale und Reaktionen auf den Judenstern

Gesellschaften sind nicht homogen. Und homogen sind auch nicht die Einstellungen, Verhaltensweisen und Reaktionen der Bürger. So muss die Reaktion auf das gleiche Geschehen nicht auch in allen sozialen Gruppen gleichartig sein. Je nach

41 Ein durchaus typischer und exemplarischer Fall ist z. B. Richard Wagner, dessen höchst aggressiver Antisemitismus enge Kontakte zu Juden als Dirigenten seiner Werke nicht ausschloss.

Sozialisation, Mentalität und Interessenlage sind unterschiedliche Reaktionen denkbar. Ein entscheidendes Moment dürfte dabei im vorliegenden Fall die Einstellung zum Nationalsozialismus sein. Zwar muss nicht jeder Anhänger des Nationalsozialismus in hohem Maße auch antisemitisch orientiert gewesen sein (und nicht jeder Gegner ohne jeglichen Antisemitismus),<sup>42</sup> doch dürfte insgesamt gesehen ein enger Zusammenhang bestanden haben. Schließlich stellt der Antisemitismus ein zentrales Merkmal der nationalsozialistischen Ideologie dar. Angesichts dessen würde man erwarten, dass in den sozialen Gruppierungen, in denen der Nationalsozialismus hohe Sympathiewerte genoss, auch der Antisemitismus überproportional verbreitet war und die Einführung des Judensterns häufiger als anderswo begrüßt wurde.

Umfragen zufolge, die unmittelbar nach Kriegsende und später durchgeführt wurden, unterstützten Männer einst eher als Frauen den Nationalsozialismus, Jüngere eher als Ältere und Protestanten eher als Katholiken.<sup>43</sup> Die Neigung der Protestanten scheint, wenn man Kohortendifferenzierungen als Maßstab wählt, im Lauf des Dritten Reichs sogar noch zugenommen zu haben.<sup>44</sup> Als komplexer stellt sich die Situation im Fall der Bildung dar. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird gewöhnlich höhere Bildung mit kognitiver Komplexität und Differenziertheit, mit größerer Weltläufigkeit und Toleranz gleichgesetzt. Umfragen aus heutiger Zeit dokumentieren in der Tat mit steigender Bildung in der Regel sinkende Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Doch die Umfragen zur NS-Zeit belegen, dass höhere Bildung keineswegs immer in dieser Weise gewirkt und vor einer Anfälligkeit für den Nationalsozialismus geschützt hat. Besser Gebildete unterstützten das NS-Regime vielmehr ähnlich stark wie schlechter Gebildete, unter den jüngeren Befragten gar erwiesen sich die besser Gebildeten als diejenigen, die dem NS-Regime am stärksten Sympathie entgegenbrachten.<sup>45</sup>

42 Zur Frage des Antisemitismus unter frühen Mitgliedern der NSDAP siehe Peter H. Merkl, *Political Violence under the Swastika*. 581 *Early Nazis*, Princeton 1975, insbes. S. 498 ff.

43 Vgl. Heinz Ansbacher, *Attitudes of German Prisoners of War. A Study of the Dynamics of National-Socialist Fellowship*, Washington 1947 (*Psychological Monographs* 62, No. 288. U. S. Strategic Bombing Survey. *The Effects of Strategic Bombing on German Morale*); Peak, *Observations; Reuband, NS-Regime*; Eric A. Johnson/Karl-Heinz Reuband, *What we Knew. Terror, Mass Murder and Everyday Life in Nazi Germany*, New York 2005, S. 335.

44 Reuband, *NS-Regime*, S. 334.

45 Vgl. ebenda, S. 333 f.; Johnson/Reuband, *What we Knew*, S. 335.

Über die Verbreitung antisemitischen Denkens in der Zeit des Dritten Reiches liegen retrospektive Angaben aus den genannten Umfragen nicht vor. Erhebungen, die dieses Thema aufgreifen – so die hier verwendete Umfrage des Instituts für Demoskopie aus dem Jahr 1949 sowie die groß angelegte Gruppendiskussions-Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung aus der Zeit Anfang der 50er-Jahre –, beziehen sich auf die damalige Gegenwart. Danach äußerten sich Männer etwas häufiger als Frauen antisemitisch, Jüngere eher als Ältere und Protestanten eher als Katholiken.<sup>46</sup> Im Fall der Bildung divergierten die Befunde je nach Studie – ob als Folge des unterschiedlichen Erhebungszeitpunktes oder der Erhebungsmethodologie, ist ungeklärt. Gemeinsam ist den Studien jedenfalls der Befund, dass hohe Bildung keinen Garant für Immunität gegenüber dem Antisemitismus darstellt.<sup>47</sup>

Ob Rückschlüsse aus den in diesen Studien gefundenen Beziehungen auf die Vergangenheit möglich sind, ist natürlich eine offene Frage. Die Übereinstimmung der sozialstrukturellen Einflussfaktoren mit denen für die einstige Unterstützung des Nationalsozialismus legt dies zwar nahe, ist gleichwohl nicht zwingend. Zufällige Parallelen sind denkbar. Umso mehr ist von Interesse, welche sozialen Gruppen in welcher Weise auf die Einführung des Judensterns reagierten: Begrüßten etwa Angehörige jener sozialen Gruppen überproportional häufig die Kennzeichnung der Juden, die sich auch als besonders anfällig für den Nationalsozialismus erwiesen hatten?

46 Auf die Frage, wie „überhaupt Ihre Einstellung zu Juden“ sei, wurde in der Umfrage des Instituts für Demoskopie von den Männern zu 41 % eine Äußerung getan, die als „demonstrativ antisemitisch“, „gefühlsmäßig ablehnend“ oder „reserviert“ eingestuft wurde. Bei den Frauen lag der entsprechende Wert bei 37 %, bei Protestanten bei 40 %, Katholiken bei 32 %, vgl. Institut für Demoskopie, *Ist Deutschland antisemitisch?*, S. 39 f. Zur Untersuchung auf der Basis des Gruppendiskussionsverfahrens siehe Friedrich Pollock, *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*, Frankfurt a. M. <sup>2</sup>1955, S. 168 (dort keine Angabe zu Effekten der Konfession).

47 In der Umfrage des Instituts für Demoskopie wurden mit steigender Bildung mehr Menschen in ihrer Einstellung zu Juden als antisemitisch oder reserviert eingestuft. In der Studie des Frankfurter Instituts hingegen nahm der Antisemitismus mit steigender Bildung zunächst ab, stieg unter den Befragten mit Hochschulbildung dann jedoch wieder an, vgl. Institut für Demoskopie, *Ist Deutschland antisemitisch?*, S. 39; Pollock, *Gruppenexperiment*, S. 169. Zum Thema Bildung siehe auch Werner Bergmann/Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1991, S. 75 ff.

Welcher Art die Reaktionen auf den Judenstern in den unterschiedlichen sozialen Gruppierungen waren, ist in *Tabelle 2* zusammengestellt. Die Tabelle beschränkt sich auf die Befragten, die Juden mit Judenstern persönlich wahrgenommen haben. Diejenigen, die keine Erfahrungen gemacht haben oder sich nicht mehr erinnern konnten, sind ausgeklammert. Wie man der Übersicht entnehmen kann, missbilligten – in Übereinstimmung mit den zuvor referierten Befunden zur Unterstützung des NS-Regimes – Männer etwas seltener als Frauen die Einführung des Judensterns, Jüngere seltener als Ältere und Protestanten seltener als Katholiken. Des Weiteren zeigt sich, dass Bewohner kleinerer Orte etwas seltener als Bewohner größerer Orte die Kennzeichnung ablehnten. Mit diesem Befund korrespondieren Berichte aus der NS-Zeit, denen zufolge das Leben für Juden in der Provinz schwerer war als in der Stadt, weswegen sie (und nicht zuletzt auch aus Gründen erhöhter Anonymität) dorthin zogen.<sup>48</sup> Und es korrespondiert mit diesem Befund die Aussage von Leo Baeck, derzufolge die Juden mit Stern in den größeren Städten anständiger behandelt worden seien als in den kleineren Orten.<sup>49</sup>

Untergliedert nach Kohortenzugehörigkeit zeigt sich – ähnlich wie bei Fragen zum Nationalsozialismus in einer der zuvor zitierten Untersuchungen –, dass die konfessionellen Unterschiede unter den Jüngeren (18–49 Jahre) stärker ausgeprägt sind als unter den Älteren (50+). Infolgedessen fallen die Kohortenunterschiede unter den Protestanten größer aus als unter den Katholiken. Interpretiert man diese als Ausdruck zeitlich bedingter Prägung,<sup>50</sup> scheint es, als hätten die Protestanten ihre negative Haltung gegenüber Juden im Verlauf des Dritten Reiches eher verstärkt als die Katholiken (*Tabelle 3*). Die auch in anderen Umfragen gefundene stärkere Hinwendung zum NS-Staat scheint sich mithin in gewissem Umfang auch in einer analogen Hinwendung zu antisemitischen Denken niedergeschlagen zu haben.

Der Einfluss der Bildung erweist sich als von komplexerer Natur. So zeigt sich, dass mit steigender Bildung zunächst das Ausmaß an Missbilligung sinkt, es bei den Befragten mit akademischer Bildung jedoch wieder ansteigt. Gliedert man die

48 Vgl. dazu auch Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.

49 Leo Baeck, zit. nach Ernst Bramstedt, *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945*, Frankfurt a. M. 1971, S. 515.

50 Vgl. Reuband, *NS-Regime*, S. 335.

Befragten nach dem Alter auf (Tabelle 4), wird ersichtlich, dass – ähnlich wie schon bei den zitierten Befunden zur NS-Identifikation – die stärksten Bildungsunterschiede auf die jüngeren Befragten (18–29 Jahre) entfallen. Hier zeigt sich am ausgeprägtesten, dass mit steigender Bildung das Ausmaß der Missbilligung abnimmt und bei den Hochgebildeten – mit Ausnahme der akademisch Gebildeten – am niedrigsten liegt.

Berücksichtigt man zusätzlich das Geschlecht der Befragten, erweisen sich vor allem die jüngeren Männer mit hoher Bildung als diejenigen, die einst die Einführung des Judensterns als akzeptabel erachteten: Während unter den 18–29-jährigen Männern mit Volksschulbildung 62 % den Angaben zufolge die Einführung des Judensterns missbilligten, sind es unter denen mit Mittelschulbildung 55 % und unter denen mit Gymnasialbildung (ohne Universitätsabschluss) gar nur 45 %.<sup>51</sup> Die nationalsozialistische Indoktrination, die mit der Länge des Schulbesuchs und der Einnahme von Führungspositionen in der HJ einherging, machte sich hier anscheinend in nennenswertem Maße bemerkbar und führte dazu, dass eine Mehrheit die Kennzeichnung der Juden billigte oder zumindest tolerierte und nicht als verwerflich betrachtete.

## Kontakt zu Juden und Lektüre des „Stürmer“ als Einflussgrößen

Soziale Merkmale der Befragten sagen etwas über sozialstrukturelle Einflüsse aus, nicht aber über die Wirkungsmechanismen selbst. Neben traditionellen Mentalitäten, die Judenfeindlichkeit begünstigten oder begrenzten, dürften aktuelle Erfahrungen und Sozialisationseinflüsse von besonderer Bedeutung gewesen sein. Das Ausmaß der Missbilligung dürfte zum einen durch Einflussfaktoren bestimmt worden sein, die eine personale Nähe zu Juden beinhalten. Und es dürfte zum anderen von der Beeinflussung durch die nationalsozialistische Propaganda geprägt worden sein. Des Weiteren wäre denkbar, dass die Häufigkeit der Wahrnehmung von Juden mit äußerer Kennzeichnung das Urteil beeinflusste: Je häufiger dies geschah, des-

51 Bei denen ohne Abitur liegt der Wert bei 44 %, bei denen mit Abitur bei 45 %. Für die Befragten mit Universitätsabschluss lassen sich mangels hinreichender Fallzahl (N= 9) keine Berechnungen durchführen.



to eher ergab sich auch die Gelegenheit, das Leiden dieser Menschen konkret zu erkennen und Empathie mit ihnen zu empfinden.

Als Indikator für personale Nähe ziehen wir die Häufigkeit des Kontakts zu Juden in der Zeit vor Einführung des Judensterns heran. Aus Untersuchungen ist bekannt, dass häufiger Kontakt mit Personen anderer sozialer Gruppen – bei weitgehender Ähnlichkeit in den sonstigen sozialen Merkmalen und den Einstellungen – Empathie fördert.<sup>52</sup> Unter diesen Bedingungen müssten Personen, die zuvor mit Juden Kontakt hatten, negativer auf die Einführung des Judensterns reagiert haben als Personen ohne Kontakt. Am ehesten würde man eine solche Reaktion bei nicht-geschäftlichen, eher privaten Kontakten erwarten, bei denen expressive Elemente der Beziehung überwiegen, wie z. B. unter Freunden. Am wenigsten wäre dies bei rein geschäftlichen Kontakten der Fall, bei denen instrumentelle Beziehungen vorherrschen und Sympathie nicht zwangsläufig die Voraussetzung der Interaktion ist.

Gefragt nach frühen Kontakten zu Juden<sup>53</sup> gaben 40 % der Befragten an, in der Zeit vor 1945 zu ihnen nicht-geschäftliche Kontakte gehabt zu haben, ein etwas größerer Teil von 50 % gab geschäftliche Kontakte an, wobei sich beide Arten von Kontakten zum Teil überlagern. Lediglich 26 % der Befragten bekundeten, es hätten keine Kontakte zu Juden bestanden. Für die meisten Befragten entfielen die Kontakte auf die Zeit vor 1933. In den Folgejahren reduzierte sich dieser Anteil – zweifellos mit bedingt durch die Auswanderung der Juden, deren zunehmende gesellschaftliche Isolation oder andere Gründe. Gefragt, ob sie eine gute, eine schlechte oder gleichgültige Erinnerung an die ihnen bekannten Juden gehabt hätten, berichteten die meisten von guten Erinnerungen. Dann folgten gleichgültige und negativ getönte Erinnerungen.<sup>54</sup>

52 Hubert M. Blalock, *Toward a Theory of Minority Group Relations*, New York 1970.

53 Die Frageformulierung lautete: „Haben Sie private oder geschäftliche Bekanntschaften mit Menschen jüdischer Abstammung gemacht?“ Zu den geschäftlichen Bekanntschaften dürften hier primär solche zählen, die sich beim Einkauf in Geschäften mit jüdischen Inhabern ergaben.

54 Unter denen, die Kontakte zu Juden unterhalten hatten, gaben 49 % an, eine gute Erinnerung gehabt zu haben, jeweils 12 % gaben eine schlechte oder gemischte („teils, teils“) Erinnerung an, und bei 27 % wurde die Erinnerung als gleichgültig eingestuft. Vgl. auch Institut für Demoskopie, *Ist Deutschland antisemitisch?*, S. 31.

Während Kontakte zu Juden geeignet sind, Empathie mit ihnen zu begünstigen, dürften umgekehrt Kontakte mit der NS-Propaganda Empathie für Juden reduziert haben. Wer der NS-Propaganda häufig ausgesetzt war, müsste überproportional die Einführung des Judensterns akzeptiert haben. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kann diese Hypothese nur in Ansätzen anhand einer Frage untersucht werden, die sich auf das Lesen des „Stürmer“ bezieht. Der „Stürmer“ gilt als das antisemitische Propagandablatt par excellence, in keiner anderen Zeitung oder Zeitschrift des Dritten Reiches fungierten Juden derart massiv als Hassobjekt.

Eine Mehrzahl der Befragten – nahezu 60 % – bekannte, den „Stürmer“ gelesen zu haben.<sup>55</sup> 9 % gaben an, ihn „aus Prinzip“ nicht zur Kenntnis genommen zu haben,<sup>56</sup> und 30 % äußerten ohne nähere Begründung (diese war auch nicht explizit erfragt worden), ihn nicht gelesen zu haben. Ob sie vor Ort keinen Schaukasten vorfanden, in dem der „Stürmer“ ausgestellt wurde, oder ob sie ihn nicht lesenswert fanden oder gar gegen ihn eingestellt waren, muss offen bleiben. Die Zahl derer, die den „Stürmer“ als Lektüre heranzogen, ohne explizit den Schaukasten zu nennen, und derjenigen, die ihn nur im Schaukasten zur Kenntnis nahmen, hält sich unter den Befragten ungefähr die Waage.

Unter welchen Bedingungen, mit welcher Motivation und mit welcher Intensität der „Stürmer“ gelesen wurde, kann anhand der vorliegenden Untersuchung nicht geklärt werden. Eine eher oberflächliche als intensive Rezeption ist durchaus denkbar. So mag mancher Befragte an einem Aushängekasten vorbeigegangen sein und das Blatt beiläufig zur Kenntnis genommen haben. Mancher mag auch

55 Die Frage in der Erhebung lautete, ob man den „Stürmer“ gelesen habe. Die Antworten der Befragten wurden aufgrund der verbalen Äußerungen nach der Häufigkeit (einmal vs. öfters) sowie nach dem Ort (im Aushängekasten oder dort nicht) kategorisiert. Eine gezielte Frage nach dem Ort und der Häufigkeit gab es nicht.

56 In der Ablehnung der Lektüre aus „prinzipiellen“ Gründen dürften sich im Wesentlichen zwei Motive widerspiegeln: zum einen eine Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus bzw. dem Antisemitismus der NS-Zeit per se, zum anderen aber auch eine Abneigung gegenüber der spezifischen Form der Berichterstattung (die nicht selten an das Pornografische grenzte). Letzteres könnte unter den Bürgern, die den „Stürmer“ zunächst aus nicht-politischen Motiven ablehnten, längerfristig eine Distanzierung vom NS-System und den von ihm eingeleiteten Maßnahmen begünstigt haben. Aus dieser Sicht können nicht-politische Gründe unter Umständen durchaus auch politische Implikationen haben.

primär durch die spektakuläre Kombination von „sex and crime“ zum Lesen motiviert worden sein und die Berichterstattung lediglich aus dieser Sicht interpretiert haben: als Berichte ohne oder mit begrenztem Realitätscharakter. Unterschwellige Auswirkungen sind gleichwohl nicht ausgeschlossen.

Was sind nun die Ergebnisse der Analyse? Die Analyse weist einen Einfluss nach sowohl in der Häufigkeit der Konfrontation mit gekennzeichneten Juden als auch in der Existenz vorheriger Kontakte. Wo nur einmal Juden mit einem Stern gekennzeichnet wahrgenommen wurden, äußerten sich 59 % der Befragten negativ. Wo dies häufiger geschah, beläuft sich die Quote für Missbilligung hingegen auf 72 %. Weiterhin zeigte sich: Nähere Bekanntschaft mit Juden bewirkte eine verstärkte Missbilligung der Kennzeichnung. Unter denen, die niemanden kannten, liegt die Missbilligung bei 60 %. Unter denen, die jemanden geschäftlich kannten, bei 66 %. Bei privaten und geschäftlichen Kontakten steigt dieser Wert auf 72 % und liegt bei rein privaten Kontakten schließlich bei 77 %. Je expressiver die soziale Beziehung war und je weniger instrumentell, desto eher gab es offenbar eine Identifikation, die – in generalisierter Form – zur Missbilligung der antijüdischen Maßnahmen führte.

Demgegenüber erweist sich der Einfluss des „Stürmer“ von komplexer Natur. Weder die Häufigkeit (einmal vs. mehrmals) noch die Intensität der Rezeption (Schaukasten vs. außerhalb des Schaukastens) üben einen Einfluss aus. Womöglich ist dafür in erster Linie eine Motivation zum Lesen des Blattes verantwortlich, die mehr auf Unterhaltung als auf Information ausgerichtet ist. Vielleicht ist auch die relativ globale Erfassung der Nutzung dafür verantwortlich, die eine nähere Spezifikation der Rezeptionsbedingungen nicht zulässt. Der entscheidende Effekt erwächst im vorliegenden Fall aus der Kategorie jener Personen, die „aus Prinzip“ die antisemitische Zeitschrift nicht zur Kenntnis nahmen. Dieser Befund spiegelt vermutlich eher eine allgemeine Einstellung zum Nationalsozialismus wider als die Folgen der „Stürmer“-Lektüre: Wer den dort dargebotenen antisemitischen Tiraden ablehnend gegenüberstand, der stand offensichtlich auch überproportional den übrigen antisemitischen Maßnahmen, einschließlich der Kennzeichnung der Juden, ablehnend gegenüber.

Nun sind die hier betrachteten sozialen Einflussfaktoren nicht notwendigerweise auch voneinander unabhängig. Vielmehr überlagern sie sich teilweise. So verfügen z. B. jüngere Befragte über eine höhere Bildung als ältere Befragte, ebenfalls

Männer im Vergleich zu Frauen. Des Weiteren unterhielten ältere Befragte einst eher als jüngere Befragte geschäftliche Kontakte zu Juden, und Personen mit hoher Bildung hatten mit Juden häufiger sowohl persönliche als auch geschäftliche Beziehungen im Vergleich zu schlechter Gebildeten.<sup>57</sup>

Angesichts dessen fragt sich, inwieweit die beschriebenen Zusammenhänge einen eigenständigen Effekt der sozialen Einflussfaktoren widerspiegeln oder primär einen Effekt anderer Variablen, die mit ihnen konfundiert sind. Um dies zu prüfen, haben wir auf der Basis von Regressionsanalysen die eigenständigen Effekte der jeweiligen Variablen (unter Kontrolle der übrigen Variablen) ermittelt. Als wichtigstes Ergebnis dieser Analysen ergibt sich:<sup>58</sup> Die meisten der beschriebenen Effekte bleiben auch im multivariaten Modell erhalten. Die statistische Signifikanz wird allenfalls bei der konfessionellen Zugehörigkeit nicht mehr erreicht, sobald die Sozialisationsvariablen eingeführt werden. Damit ist nicht gesagt, dass die Katholiken ähnlich urteilen wie die Protestanten, sondern dass die bestehenden Unterschiede zum Teil durch andere mit dem Merkmal Konfession korrelierende Sozialisationseffekte mitbedingt wurden. Mögen auch auf der Ebene der jüngsten Kohorte größere Konfessionseffekte bestehen, auf der Ebene der Bevölkerungsgesamtheit sind sie nicht groß genug, um bei Kontrolle der übrigen Variablen eigenständige Folgen in nennenswertem Maß zu zeigen.

- 57 Wie sehr dieses Muster persönlicher Kontakte unter den besser Gebildeten auf die Tatsache zurückgeht, dass Juden der höheren Statustypen überrepräsentiert waren und sich über Schule, Studium oder Beruf entsprechende nicht-geschäftliche Beziehungen herausgebildet haben, muss an dieser Stelle offen bleiben. Sicher ist nur: Personen in ähnlicher Statuslage bilden überproportional oft engere soziale Beziehungen. Und die sozialen Grenzen ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit werden dabei oft überschritten.
- 58 Als abhängige Variable verwenden wir die Beurteilung des Judensterns hier in der ursprünglichen Form der Messung: abgestuft in starke und schwache Billigung bzw. Ablehnung. Die Kategorie für Indifferenz ordnen wir dem Mittelfeld zu, so dass wir über eine fünfstufige Skala verfügen, die von starker über schwache Billigung, Indifferenz bis hin zu schwacher und starker Missbilligung reicht. Die standardisierten Regressionskoeffizienten belaufen sich auf die folgenden Werte: Geschlecht .12, Ortsgröße .10, Alter .07, Konfession .06, Bildung (in Form einer 5er Skala) .02. Mit Ausnahme der Bildungsvariablen sind alle Koeffizienten statistisch signifikant auf dem 0.05 bzw. 0.01 Niveau. Führt man zusätzlich die Sozialisationsvariablen ein, erhält man für die Variablen Häufigkeit der Wahrnehmung des Judensterns einen Wert von .08, private Kontakte vor 1939 .08, Lesen des „Stürmer“ (dichotomisiert) .06 (alle mindestens auf 0.05 Niveau signifikant).

## Schlussbemerkungen

Für Aussagen über die Reaktionen der Deutschen auf den Judenstern wurden in der Literatur bislang Quellen wie Tagebücher, Autobiografien, Briefe, Korrespondentenberichte oder Berichte des SD und anderer Organisationen herangezogen. In dieser Studie wurde eine weitere Quelle verwandt, basierend auf einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie bietet Antworten auf die Frage, wie viele Menschen persönlich Juden mit Stern wahrgenommen haben und wie sie dies beurteilten. Des Weiteren erlaubt sie Aussagen über Unterschiede in den Reaktionen je nach sozialer Gruppenzugehörigkeit, Erfahrungen und Sozialisation. Aussagen dazu konnten aus den bisherigen Quellen nicht hinreichend abgeleitet werden.

Der Umfrage zufolge wurden Juden mit Judenstern von nahezu allen Bürgern wahrgenommen – die Möglichkeit, deren Diskriminierung in ihrer konkreten Form nicht zur Kenntnis zu nehmen, gab es demnach nicht. In Übereinstimmung mit den historischen Quellen, wie sie insbesondere von David Bankier und Peter Longerich analysiert wurden, scheint die Mehrheit der Deutschen negativ auf die Kennzeichnung reagiert zu haben. Die Gründe reichten von Mitleid bei gleichzeitiger Bejahung antijüdischer Maßnahmen bis hin zur Ablehnung des Antisemitismus an sich. Abgelehnt wurde der Judenstern am häufigsten von den Gruppen, bei denen auch der Nationalsozialismus weniger Unterstützung erfuhr als anderswo: von Frauen eher als von Männern und von Älteren eher als von Jüngeren. Ferner zeigte sich eine überproportionale Ablehnung der Maßnahme unter den Bewohnern größerer Städte. Der Einfluss von Konfession und Bildung erwies sich als minimal, nur in den jüngeren Kohorten scheint er größer gewesen zu sein als im Durchschnitt.

Es ergab sich kein Hinweis dafür, dass besser Gebildete gegenüber totalitären Ideologien und Antisemitismus besonders immun sind. Die Missbilligung des Judensterns war in den jüngeren Kohorten in dieser Gruppe sogar tendenziell seltener anzutreffen als unter den schlechter Gebildeten. Inwieweit sich darin allein ein Effekt systemnaher Sozialisation und HJ-Indoktrination widerspiegelte oder auch die soziale Herkunft – schlechter Gebildete stammten eher als andere aus Arbeiterhaushalten, und Arbeiterhaushalte standen dem Nationalsozialismus distanzierter gegenüber<sup>59</sup> – muss an dieser Stelle offen bleiben.

59 Vgl. u. a. Detlef Mühlberger, *The Social Bases of Nazism 1919–1933*, Cambridge 2003.

Ob kritisch auf den Judenstern reagiert wurde oder nicht, erwies sich nicht nur als eine Funktion sozialer Merkmale, sondern auch der Häufigkeit, mit der Juden wahrgenommen wurden, und als Funktion früher bestehender Beziehungen. Wo es zuvor engere soziale Kontakte gab, dürfte nicht nur der Antisemitismus geringer gewesen sein, sondern auch ein größeres Maß an Empathie mit den Betroffenen bestanden haben. Unter diesen Umständen versetzte man sich vermutlich stärker in die Situation derer hinein, die nun ausgegrenzt wurden, und empfand deren Ausgrenzung als belastend. In gewissem Maß mag man sogar Solidarität gefühlt haben und drückte dies – wie andere Berichte dokumentiert haben – in vielfältiger Form aus: durch verbale und nichtverbale Gesten, in manchen Fällen auch durch direkte Unterstützung.<sup>60</sup>

Ungeklärt muss an dieser Stelle bleiben, wie sehr sich die weitverbreitete Missbilligung des Judensterns lediglich auf die Phase von dessen Einführung erstreckte und nur vorübergehender Natur war. Denkbar ist, dass sich die Bürger mit der Tatsache einer Kennzeichnung arrangierten – und dies umso mehr, als sich die antijüdische Propaganda in der Folgezeit noch verstärkte. Und mit der Deportation, die wenig später begann, gerieten die Juden ohnehin mehr und mehr aus dem Blickfeld der Bürger, äußere Anlässe zur Mobilisierung der Empörung wurden seltener. Für Prozesse der Gewöhnung sprechen autobiografische Berichte Betroffener, aber auch die Berichte Nichtbetroffener, die die Ereignisse der damaligen Zeit in ihren Tagebüchern festhielten.

So überwog Victor Klemperer zufolge kurz nach der Einführung des Judensterns in seiner Heimatstadt, aber auch anderswo, die Zahl der missbilligenden Äußerungen. Wiederholt wird von ihm beschrieben, wie Menschen negativ auf die Kennzeichnung der Juden reagierten und Sympathien gegenüber den Betroffenen äußerten. Die Formen der Missbilligung variieren zwischen verbalen Bekundungen des Bedauerns bis hin zu Handlungen, die handfest als Unterstützung (und Verstoß gegen die NS-Vorgaben) angesehen werden können, z. B. durch Anbieten eines Sitzplatzes in der Straßenbahn, und in anderen Gesten der Solidarität. Ähnliches gibt er an, aus Berlin erfahren zu haben. Die Autobiografie von Inge Deutschkron, die damals in Berlin lebte, legt nahe, dass es sich auch dort nicht um Einzelfälle gehandelt hat, sondern um ein häufigeres Muster.<sup>61</sup>

60 Vgl. Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 175 ff.

61 Vgl. Victor Klemperer, *Tagebücher, 1941, 1942*, bes. 23. und 25. 9. 41, 4. 10. 41, 24. 11. 41, 30. 12. 41, 7. 1. 42, 18. 2. 42, 16. 3. 42; Inge Deutschkron, *Ich trug den gelben Stern*, Köln 1978.

In der Folgezeit scheint diese Reaktion dann jedoch seltener geworden zu sein. Zumindest verzeichnet Klemperer sie immer seltener. Gewöhnung an die neuen Verhältnisse und eine gewisse Gleichgültigkeit scheinen sich zunehmend breit gemacht zu haben.<sup>62</sup> Immer häufiger berichtet er auch von billigenden Äußerungen oder gar von Aggression, wobei es fast immer Kinder und Jugendliche waren, die sich in dieser Weise verhielten.<sup>63</sup> Die Erwachsenen mögen anders gedacht haben, aber sie schwiegen, obwohl sie die Kinder und Jugendlichen ja durchaus zur Ordnung hätten rufen können. Wie sehr dieses Schweigen eine unterschwellige Akzeptanz der antijüdischen Maßnahmen bedeutete oder auch eine besondere Vorsicht in der öffentlichen Äußerung von Kritik, muss dahingestellt bleiben.<sup>64</sup> Gleichwohl kann kein Zweifel daran bestehen, dass ein Teil der Deutschen auch nach der Einführung des Judensterns trotz Sanktionsandrohungen Kontakte zu Juden unterhielt – die wiederkehrenden offiziellen Ermahnungen, Kontakte zu unterlassen, sind ein deutlicher Beleg dafür.<sup>65</sup> Ohne Kontakte zu den nicht-jüdischen Deutschen wäre es letztlich auch kaum möglich gewesen, dass sich Juden den Deportationen in größerer Zahl entziehen und längere Zeit im Untergrund verstecken konnten.<sup>66</sup>

- 62 Vgl. auch Ursula von Kardoff, *Berliner Aufzeichnungen*, München 1962, insbes. S. 36 ff.: „Wie schnell haben wir uns alle an den Anblick des Judensterns gewöhnt. Die meisten reagieren mit vollkommener Gleichgültigkeit.“ Siehe auch Johnson/Reuband, *What we knew*, S. 362 ff.
- 63 Positive Reaktionen werden nach wie vor geäußert, aber in vermehrtem Maß auch negative. Vgl. Klemperer, *Tagebücher*, Eintrag vom 18. 2. 42, 16. 3. 42, 8. 5. 42, insbes. 14. 5. 1942, 27. 7. 1942. Zur Rolle der Kinder siehe auch Meier, *Zwischen Leben in Brasilien*, S. 106. Dass es vor allem Kinder und Jugendliche sind, ist letztlich wenig verwunderlich, schließlich sind sie es, die vom NS-Regime besonders intensiv in das NS-Glaubenssystem sozialisiert wurden. Und, was vermutlich hinzukommt: sie neigen – ungeachtet der ideologischen Ausrichtung – ganz allgemein dazu, Personen zu drangsalieren, die als gesellschaftliche Außenseiter gelten.
- 64 Michael Wieck schreibt mit Bezug auf eigene Erfahrungen in Königsberg, dass selbst die meisten kritischen Deutschen aufgrund der strafrechtlichen Androhungen verängstigt gewesen seien und es nicht mehr gewagt hätten, Anzeichen von Sympathie zu zeigen, vgl. Michael Wieck, *Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein „Geltungsjuden“ berichtet*, München 2005, S. 99.
- 65 Siehe Reuband, *Jud Süß*, S. 147 (Anm. 166). Siehe in diesem Zusammenhang auch den Hinweis auf der Wandzeitung der NSDAP von Juli 1942: „Wer dieses Zeichen trägt [aufgeführt ist der Judenstern], ist ein Feind unseres Volkes“, abgedruckt bei Kwiet, *Pogrom*, S. 621.
- 66 Vgl. dazu Beate Kosmala/Claudia Schoppmann (Hrsg.), *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Band 5, *Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945*, Berlin 2002; Wolfgang Benz (Hrsg.), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer*, München 2003.

**Tabelle 1:** Wahrnehmung des Judensterns nach sozialen Merkmalen in Prozent

		Ja	Nein	Keine Erinnerung	= 100	(N=)
<i>Geschlecht</i>	Männlich	77	17	6	= 100	(958)
	Weiblich	70	22	8	= 100	(957)
<i>Alter</i>	18–29	72	21	7	= 100	(465)
	30–49	78	16	6	= 100	(790)
	50–64	74	19	7	= 100	(444)
	65+	64	28	8	= 100	(213)
<i>Bildung</i>	Volksschule	70	22	8	= 100	(1430)
	Mittlere Reife	83	12	5	= 100	(291)
	Abitur	87	9	4	= 100	(185)
<i>Konfession</i>	Evangelisch	76	19	5	= 100	(947)
	Katholisch	70	12	8	= 100	(828)
	Andere, ohne	76	18	6	= 100	(140)
<i>Ortsgröße</i>	Bis 2000	63	29	8	= 100	(458)
	2000–20 000	73	20	7	= 100	(587)
	20 000–100 000	80	15	5	= 100	(307)
	Über 100 000	81	13	6	= 100	(563)

Zeilenweise Prozentuierung, Zahl der Befragten (N) in Klammern

Bildung: Mittlere Reife einschl. Höherer Schule ohne Abitur, Abitur einschl. Universität; Alter hier und in den folgenden Tabellen jeweils bezogen auf das Jahr der Befragung (1949).

*Frageformulierung:* „Haben Sie während des Dritten Reiches einmal selbst Juden gesehen, die den gelben Stern trugen?“ [Hier „ja, einmal“ und „ja, häufiger“ zusammengefasst]

*Quelle:* Institut für Demoskopie, Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik, unveröffentl. Bericht, Allensbach 1949, Zahl der Befragten auf der Basis der Sekundäranalyse.



**Tabelle 2:** Beurteilung des Judensterns nach sozialen Merkmalen in Prozent  
(Befragtenzahl in Klammern)

		Missbilligung	Billigung	Indifferenz	(N=)	
<i>Geschlecht</i>	Männlich	66	13	21	=100	(720)
	Weiblich	74	9	17	=100	(644)
<i>Alter</i>	18–29	61	12	26	=100	(324)
	30–49	71	11	18	=100	(581)
	50–64	72	12	15	=100	(314)
	65+	75	8	17	=100	(132)
<i>Konfession</i>	Evangelisch	66	13	21	=100	(686)
	Katholisch	73	9	18	=100	(563)
<i>Bildung</i>	Volksschule	70	11	20	=100	(969)
	Mittelschule	68	15	16	=100	(130)
	Höhere Schule (ohne Abitur)	65	9	26	=100	(100)
	Abitur	64	17	19	=100	(86)
	Universität	79	7	15	=100	(62)
<i>Ortsgröße</i>	Bis 2000	62	13	25	=100	(277)
	2000–20 000	67	12	21	=100	(399)
	20 000–100 000	75	9	16	=100	(235)
	Über 100 000	74	10	16	=100	(443)

*Frageformulierung:* „Wie hat dieser Anblick auf Sie gewirkt?“ [Unterschiedliche Formen der Billigung bzw. Missbilligung jeweils in der Tabelle zusammengefasst]

*Basis:* Befragte, die Personen mit Judenstern sahen und sich noch an ihre Reaktion erinnern.

**Tabelle 3:** Missbilligung des Judensterns nach Alter und Konfession  
(Anteil Missbilligung in Prozent)

	Evangelisch	Katholisch
18–29	57 <sub>(169)</sub>	65 <sub>(138)</sub>
30–49	68 <sub>(305)</sub>	77 <sub>(232)</sub>
50–64	71 <sub>(149)</sub>	73 <sub>(133)</sub>
65+	74 <sub>(62)</sub>	76 <sub>(59)</sub>

Zahl der Befragten (N) in Klammern

*Basis:* Befragte, die Personen mit Judenstern sahen und sich noch an ihre Reaktion erinnern.

**Tabelle 4:** Missbilligung des Judensterns nach Alter und Bildung  
(Anteil Missbilligung in Prozent)

	Volksschule	Mittelschule	Höhere Schule	Abitur	Universität
18–29	63 <sub>(211)</sub>	62 <sub>(29)</sub>	56 <sub>(34)</sub>	53 <sub>(30)</sub>	71 <sub>(17)</sub>
30–49	71 <sub>(408)</sub>	70 <sub>(60)</sub>	70 <sub>(44)</sub>	67 <sub>(39)</sub>	79 <sub>(28)</sub>
50–64	72 <sub>(245)</sub>	71 <sub>(28)</sub>	67 <sub>(18)</sub>	75 <sub>(12)</sub>	80 <sub>(10)</sub>
65+	74 <sub>(104)</sub>	67 <sub>(12)</sub>	*	*	*

Zahl der Befragten (N) in Klammern

\* Zahl der Befragten < 10

*Basis:* Befragte, die Personen mit Judenstern sahen und sich noch an ihre Reaktion erinnern.

## Die Nasjonal Samling während der deutschen Okkupation Norwegens 1940–1945

### Nationalismus versus Pangermanismus

Nicht nur der Großteil der norwegischen Bevölkerung, sondern auch die offizielle Geschichtsschreibung hat die Kollaboration in Norwegen während der deutschen Besatzungszeit vor allem mit der Partei Nasjonal Samling und dem Putschversuch ihres Parteichefs Vidkun Quisling identifiziert. Quisling hatte die deutsche Okkupation Norwegens am 9. April 1940 zum Anlass genommen, sich selbst zum Ministerpräsidenten auszurufen und den König sowie die Regierung für abgesetzt zu erklären. Auch wenn er nach wenigen Tagen dem Druck der deutschen Seite nachgeben und wieder zurücktreten musste, so hat dieses Bild die norwegische Historiografie über Jahrzehnte hinweg geprägt. Aufgrund der starken Emotionalisierung des Themas Kollaboration wurde eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Rolle der Nasjonal Samling während der Besatzungszeit weitgehend verhindert.

Als die Partei am 17. Mai 1933, dem norwegischen Nationalfeiertag, gegründet wurde, verstand sie sich in erster Linie als Sammlungsbewegung. Dementsprechend heterogen war auch die Zusammensetzung ihrer Mitglieder. Neben kirchlichen und bürgerlich-konservativen Vertretern standen Anhänger des Faschismus, eines neuheidnischen Rassismus, jugendliche Aktivisten und traditionelle Nationalisten. Abgesehen von der vagen Vorstellung einer anzustrebenden nationalen Wiederauferstehung sowie der Ablehnung von Marxismus und Parlamentarismus gab es keine gemeinsame ideologische Grundlage. Die einigende Führungsgestalt war Vidkun Quisling, der sich langfristig jedoch nur bedingt als Identifikationsfigur eignete. Bereits unmittelbar nach ihrer Gründung wurde die neue Partei als Kopie der deutschen NSDAP verstanden, wohingegen Quisling die

Originalität der Nasjonal Samling betonte.<sup>1</sup> In der Folge kam es zu diversen internen Konflikten, vor allem zwischen dem gemäßigten christlichen Flügel, der eine Radikalisierung der Partei in Richtung Faschismus und Nationalsozialismus ablehnte, und den pangermanischen Gruppen, die eine stärkere Annäherung an Deutschland wünschten und Quisling nicht als „Fører“ anerkennen wollten. Nach dem katastrophalen Abschneiden mit nur 1,84 Prozent bei den Parlamentswahlen 1936 existierte die Nasjonal Samling bis zur Okkupation Norwegens nur noch als politische Sekte.<sup>2</sup>

Nachdem die Versuche des von Hitler eingesetzten Reichskommissars Josef Terboven, im Verlauf des Sommers 1940 eine funktionstüchtige Regierung zu etablieren, gescheitert waren, erklärte dieser am 25. September 1940 die „Neuordnung“ der norwegischen Gesellschaft. Alle Parteien, mit Ausnahme der Nasjonal Samling, wurden verboten und ein Kommissarischer Staatsrat eingerichtet, der zum überwiegenden Teil aus Mitgliedern der Nasjonal Samling bestand. Quisling selbst erhielt zunächst kein Regierungsamt; erst am 1. Februar 1942 wurde er vom deutschen Reichskommissar zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Bildung einer eigenen „nationalen“ Regierung beauftragt.

Der Historiker Øystein Sørensen hat mit seinem 1989 erschienenen Werk „Hitler eller Quisling“ (Hitler oder Quisling) nachgewiesen, wie sehr die ideologischen Strömungen in der Nasjonal Samling während der Besatzungszeit divergierten.<sup>3</sup> Die Okkupation führte nicht nur zu einer Verschärfung der bisherigen Gegensätze, sondern schuf darüber hinaus neues Konfliktpotenzial. Auch wenn die Streitigkeiten ausschließlich hinter den Kulissen stattfanden, so ist die Vorstellung, die Nasjonal Samling habe zumindest während der Okkupation ihre internen Machtkämpfe beigelegt, falsch. Eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen innerparteilichen Strömungen zeigt, welchen Differenzen sich die Quislingpartei durch die Zusammenarbeit mit dem deutschen Reichskommissariat ausgesetzt sah und wie dieser innerparteiliche Machtkampf sich auf die Kollaboration auswirkte.

- 1 Christhard Hoffmann, Die reine Lehre einer politischen Sekte. Antisemitismus in der norwegischen „Nasjonal Samling“, in: Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel (Hrsg.), Vorurteil und Rassenhass. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas, Berlin 2001, S. 253–273.
- 2 Hans Olaf Brevig, Ivo de Figueiredo, Den norske fascismen. Nasjonal Samling 1933–1940, Oslo 2002, S. 76–102.
- 3 Øystein Sørensen, Hitler eller Quisling. Ideologiske brytninger i Nasjonal Samling 1940–1945, Oslo 1989.

## Ideologische Strömungen in der Nasjonal Samling

Schon in der Anfangsphase der Nasjonal Samling hatten sich neben den diversen ideologischen Richtungen zwei zentrale Spannungsfelder, der Nationalismus und der Pangermanismus, herauskristallisiert, die auch in der Besatzungszeit die Kernpunkte der innerparteilichen Auseinandersetzungen bildeten. Für beide Seiten stellte sich ab 1940 die Frage, welche Rolle Norwegen im „Neuen Europa“ einnehmen sollte. Während die Vertreter des Nationalismus weiterhin für ein selbstständiges Norwegen eintraten, das eng mit Deutschland und dem „Neuen Europa“ zusammenarbeitete, schwankten die Anhänger des Pangermanismus zwischen der Auflösung des norwegischen Nationalstaates und der „Sammlung aller Germanen“ in einem Reich und einer engen pangermanischen Union.

Von Beginn an war es für die Nasjonal Samling problematisch, dass in den pangermanischen Vorstellungen von einem germanischen, nationalsozialistischen Führerstaat eigentlich kein Platz für einen nationalen und unabhängigen Führer – im Prinzip also kein Platz für Quisling – war. Um die Einheit seiner Partei, vor allem aber seine eigene Integrität zu wahren, bekannte sich Quisling klar zum Nationalismus. Dementsprechend bestand auch das Programm der Nasjonal Samling aus rein nationalistischen Elementen, wie auch die Partei selbst bis zur Besetzung Norwegens überwiegend nationalistisch geprägt war.<sup>4</sup> Dennoch ließ sich der Pangermanismus zu keinem Zeitpunkt vollständig unterdrücken. Mit der deutschen Okkupation Norwegens erlangte er schließlich eine immer größere Bedeutung und wurde zur ernsthaften Bedrohung der etablierten nationalistischen Ideologie. Den übergreifenden weltanschaulichen Rahmen bildete der Nationalsozialismus, zu dem sich ab der „Neuordnung“ der norwegischen Gesellschaft alle Mitglieder der Nasjonal Samling bekannten. Folglich stimmten sie offiziell auch vollständig mit der Politik des Dritten Reiches und des Reichskommissariats überein, weshalb jede Form von innerparteilichem Konflikt oder Streit verhindert werden sollte.<sup>5</sup> Dass es sich hierbei allerdings um ein hoffnungsloses Unterfangen handelte, zeigen nicht nur die zahllosen Unstimmigkeiten innerhalb der Partei, sondern auch zwischen

4 So heißt es in dem Parteiprogramm von 1934: „Nationale Einheit ohne Klassenunterschiede und Parteien, eine solidarische norwegische Volksgemeinschaft.“ Riksarkivet Oslo(RA), PA Vidkun Quisling, eske F-10.

5 Sørensen, Hitler eller Quisling, S. 12-19.

der Nasjonal Samling und den deutschen Besatzern, die kennzeichnend für die gesamte Okkupationszeit waren. Traten ideologische oder politische Uneinigkeiten nach außen, wurden sie als Einzelfälle deklariert. Das Ergebnis war, dass die verfeindeten Fraktionen in der Nasjonal Samling nach verdeckten Möglichkeiten oder Nischen suchten, um ihrer Kritik Ausdruck zu verleihen.<sup>6</sup>

Nationalismus und Pangermanismus stehen exemplarisch für die diversen innerparteilichen Auseinandersetzungen, die die Vorstellung von der Quislingpartei als einem einheitlichen Block während der Besatzungszeit widerlegen. Zwar gibt die Untersuchung dieser beiden Hauptströmungen unter Aussparung anderer in der Partei vertretener Weltanschauungen wie dem Sozialismus und dem Kapitalismus nur ein reduziertes Bild wieder. Gleichzeitig erlaubt aber die Tatsache, dass die Widersprüche in der Nasjonal Samling in keinem anderen Bereich so sehr zu Tage traten wie in dem offenkundigen Antagonismus zwischen Nationalismus und Pangermanismus, einen weit reichenden Einblick in die internen Parteistrukturen während der Kollaboration.

## Nationalismus

Im Parteiprogramm der Nasjonal Samling von 1934 war ein radikaler Nationalismus festgeschrieben. Dies manifestierte sich auch in einer Betonung nationaler Symbolik. Bereits mit dem Gründungstag der Partei am 17. Mai 1933, dem norwegischen Nationalfeiertag, war die Absicht verbunden, sich in den Kontext nationaler Tradition zu stellen.<sup>7</sup> Auch die Wahl des „Olavsbanners“ als Parteiflagge zählte zu den Versuchen, Assoziationen mit der Glanzzeit der Wikinger und des Mittelalters zu erzeugen.<sup>8</sup> Lediglich die Forderung, Norwegen müsse in seiner Außenpolitik

6 Ebenda, S. 80 ff.

7 Am 17. Mai 1814 rief die Versammlung von Eidsvoll die erste selbstständige Verfassung Norwegens aus und hoffte so, den Grundstein für Norwegens Unabhängigkeit zu legen. Obwohl Norwegen erst 1905 seine vollständige Selbstständigkeit erlangte, gilt der 17. Mai 1814 bis heute als Ausgangspunkt für die norwegische Souveränität.

8 Das „Olavsbanner“ war die Flagge des Wikingerkönigs Olav des Heiligen, der für die Christianisierung Norwegens gekämpft hatte. Das Banner, in den altnorwegischen Königsfarben gold auf rotem Grund gehalten, zeigt das germanische Sonnenkreuz.

verstärkt die Verbindung zu rasse-, kultur- und interessenverwandten Völkern suchen, ging über reinen Nationalismus hinaus und bildete einen der Ausgangspunkte für die spätere Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht.<sup>9</sup>

Der bedeutendste Vertreter des Nationalismus in der Partei war der Kommissarische Staatsrat und Chef des Ministeriums für Kultur- und Volksaufklärung Gulbrand Lunde. Als Propagandaleiter war er einer der wenigen erfolgreichen Politiker der Nasjonal Samling vor 1940, der einen beachtlichen Einfluss innerhalb der Parteiführung erlangen konnte.<sup>10</sup> Seine Vision von einem freien und selbstständigen Norwegen, die er mit Beginn der Okkupation des Landes bis zu seinem Tod im Jahr 1942 propagierte, war konsequenter und repräsentativer als jede andere in der Partei und bildete den Kernpunkt der nationalistischen Ideologie. Folglich betonte Lunde bereits wenige Monate nach der deutschen Okkupation, dass Norwegen „frei von fremder Macht“ sein müsse.<sup>11</sup>

Zunächst sah er jedoch in der Besetzung Norwegens keinen unbedingten Widerspruch zu dem von ihm propagierten Nationalismus. Im Gegenteil, anfänglich bemühte sich Lunde, die deutsche Okkupation in seine Geschichtstheorie von der Wiederauferstehung der Nation zu integrieren. So wollte er den Tag der Okkupation Norwegens als Tag der Befreiung verstanden wissen, der den Beginn einer neuen nationalen Ära unter der Herrschaft der Nasjonal Samling markiere. Dementsprechend interpretierte er die Absetzung des Königs und der Regierung Nygaardsvold durch die Nationalsozialisten als einen nationalen revolutionären Akt, an dessen Spitze die Nasjonal Samling stehe. Entscheidendes Kriterium für die Wiederauferstehung der Nation sei nun, dass die Nasjonal Samling norwegisch bleibe und weiterhin auf nationale Eigenart setze. Den Inbegriff des Norwegischen sah er in Vidkun Quisling, der – im Gegensatz zu einem Ausländer wie Terboven – die wirklichen Bedürfnisse der norwegischen Bevölkerung kenne. So erklärte Lunde, dass ein „Führer von norwegischem Blut auf ganz andere Weise als ein Ausländer den rechten Ausdruck dafür finden kann, was die Ziele und Bedürfnisse des Volkes sind, und versteht, was sich im Volk bewegt“.<sup>12</sup>

9 RA, PA Vidkun Quisling, Parteiprogramm der Nasjonal Samling.

10 Hans Fredrik Dahl/Bernt Hagtvet/Guri Hjeltnes (Hrsg.), *Den norske nasjonalsosialismen. Nasjonal Samling 1933–1945 i tekst og bilder*, Oslo 1990, S. 133.

11 Gulbrand Lunde, *Kampen for Norge*, Bd. I, Oslo 1941–1943, S. 119.

12 Ebenda, S. 131.

Nach der Schaffung des Kommissarischen Staatsrates verband er die Hoffnung auf ein selbstständiges Norwegen mit der alleinigen Herrschaft der Nasjonal Samling, betonte aber zugleich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen dem norwegischen Volk und Deutschland.<sup>13</sup> Wie auch Quisling sah er die politische Kooperation mit dem Dritten Reich als selbstverständlich an und stellte die Vormachtstellung Deutschlands bei der „Neuordnung Europas“ nicht in Frage.<sup>14</sup> Allerdings ging Lunde vorrangig von einer wirtschaftlichen Einheit mit zentral gelenkter Ökonomie sowie regionaler und nationaler Arbeitsteilung aus, die die nationalen Werte und Eigenarten nicht beeinträchtigen sollte.<sup>15</sup> So befürwortete er zwar den Ausbau der politischen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten Europas, lehnte aber eine Auflösung der Nationalstaaten und Eingriffe in die nationale Selbstständigkeit Norwegens ab.

Im Unterschied zum Pangermanismus hatte Lunde somit keine rassistisch-germanische, sondern eine ökonomisch-kulturelle Gemeinschaft vor Augen, in der das typisch Norwegische erhalten bleiben sollte.<sup>16</sup> Bis zu seinem Tod blieb die Nation die zentrale Kategorie seines Denkens. Erst nach Lundes Tod traten die Gegensätze zwischen dem Nationalismus und dem Pangermanismus offen zu Tage. Die entscheidende Rolle sollte hierbei sein Nachfolger Jørgen Fuglesang spielen, der zum Hauptverfechter der nationalistischen Bewegung in der Nasjonal Samling avancierte.

## Pangermanismus

Als ideologisches Schlagwort hatte der Pangermanismus ab dem 19. Jahrhundert auch in Norwegen Verbreitung gefunden, wurde aber als radikale Strömung innerhalb des Nationalsozialismus vor allem mit dem Dritten Reich verbunden und blieb auch innerhalb der Nasjonal Samling größtenteils an den nationalsozialistischen Lehrsätzen orientiert. Wie auch bei den deutschen Pangermanen beeinflusste die politische Konsequenz des Rassedenkens die Einigung der „germanischen Rasse“ in einem Reich, das als „Stor-Germania“ [Großgermanien] oder „Germania“

13 Ebenda, S.129.

14 RA, eske 9130 Utenriksdepartementet, 39 Krigen i Norge, Nasjonal Samling IA.

15 Lunde, Kampen for Norge, Bd. II, S. 154.

16 Ebenda, S. 230.



propagiert wurde.<sup>17</sup> Gleichzeitig fehlte es jedoch an konkreten Vorschlägen, wie die Integration Norwegens in ein solches Reich aussehen sollte.

Innerhalb der Nasjonal Samling war es schon in den 1930er-Jahren zu vehementen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des Pangermanismus und des Nationalismus gekommen. Zwar hatte die Quislingpartei nach 1936 einen immer offenkundigeren faschistischen Habitus angenommen und sich verstärkt an das nationalsozialistische Deutschland angenähert, dessen ungeachtet verstand sich der überwiegende Teil der Mitglieder als Vertreter nationaler Interessen. Daran änderte auch der Besuch Quislings bei Hitler im Dezember 1939 nichts. So glaubte der „Fører“ der Nasjonal Samling, mit Hilfe Deutschlands könne er einen politischen Umsturz in Norwegen herbeiführen, der ihm und seiner Partei die alleinige Herrschaft sichern würde. Dabei berücksichtigte er allerdings nicht, dass er sich mit diesem Schritt langfristig an das Deutsche Reich binden würde, das seiner Regierung lediglich den Status eines Marionettenregimes verlieh.<sup>18</sup>

Nachdem sich mit der „Neuordnung“ der norwegischen Gesellschaft die Quislingpartei geschlossen zum Nationalsozialismus bekannt hatte, gewann der Pangermanismus die Vormachtstellung in der Nasjonal Samling. Mitglieder des um die pangermanische Zeitschrift „Ragnarok“ entstandenen Kreises wie Hans Solgaard Jacobsen, die aufgrund des „mangelnden pangermanischen Profils“ frühzeitig die Partei verlassen hatten, traten nach 1940 wieder ein, um nun ihre politischen Ideen durchsetzen zu können.<sup>19</sup>

Ebenso wie die Nationalisten unter Gulbrand Lunde versuchten die Pangermanen ihre ideologische Vision anhand einer historischen Perspektive zu begründen.

- 17 Von Malte Gasche wird in seiner bisher unveröffentlichten Doktorarbeit „Der ‚Germanische Wissenschaftseinsatz‘ des ‚Ahnenerbes‘ der SS“ darauf aufmerksam gemacht, dass die Nationalsozialisten den Terminus „pangermanisch“ selbst nicht verwendet hätten, um die Vereinigung der „germanischen Völker“ nicht als imperialistischen Zusammenschluss, sondern als natürlichen Prozess erscheinen zu lassen.
- 18 Gleichzeitig bestand wohl auch auf Seiten Hitlers nicht die Absicht, Norwegen über das Ende des Krieges hinaus besetzt zu halten. Vielmehr glaubte er, bis dahin würde ein funktionierendes Kollaborationsregime errichtet worden sein, das sich eigenständig als eine Art Protektorat in das „Großgermanische Reich“ einfüge. Vgl. Michael Salewski, *Das Wesentliche von „Weserübung“*, in: *Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg*, hrsg. von Robert Bohn u. a., Stuttgart 1991, S. 124 f.
- 19 Zum Ragnarok-Kreis und Hans Solgaard Jacobsen siehe Terje Emberland, *Religion og rase. Nyhedenskap og nazisme i Norge 1933–1945*, Oslo 2003, S. 227–310.

So sahen sie im norwegischen Nationalstaat lediglich ein künstliches Produkt, das in keinerlei Beziehung zu der tatsächlichen Volksabstammung stehe und folglich historisch veränderbar sei. Als Vorgänger des „Großgermanischen Reiches“ galten das Reich Karls des Großen, das Römische Kaiserreich deutscher Nation sowie die Wikinger- und Normannenreiche, die laut pangermanischer Auffassung den Beweis dafür erbrächten, dass von Beginn an in der nordischen Rasse die Idee einer „germanischen Sammlung“ existiert habe. Mangelndes Bewusstsein für den Rassegedanken und die Kraft des germanischen Volkes habe jedoch dazu geführt, dass diese Reiche nicht von langer Dauer gewesen seien und sich wieder aufgelöst hätten. Grundlage für die erneute Sammlung sei deshalb das Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit und die Rückbesinnung auf das Prinzip der Rasse.

Zwei zentrale Probleme kristallisierten sich allerdings an diesem Punkt heraus, die von den Pangermanen der Nasjonal Samling nicht eindeutig gelöst werden konnten. So war zum einen nicht geklärt, wie weit die Zwangsmaßnahmen gehen durften, um die kleineren „germanischen“ Staaten in das „Großgermanische Reich“ unter deutscher Vorherrschaft zu integrieren. Zum anderen war Hitler selbst kein bedingungsloser Pangermane. Seine Ideologie war zum Teil stark an die deutsche Nation und Expansion gebunden und rief daher oftmals Unmut im pangermanischen Lager hervor, das eine Schwächung seiner Position befürchtete.<sup>20</sup>

Mehrere pangermanische Splittergruppen innerhalb und außerhalb der Nasjonal Samling taten sich im Kampf um die ideologische Hegemonie zwischen Nationalismus und Pangermanismus hervor, deren Erfolg vor allem an die unterschiedlichen Stadien der Okkupation Norwegens und ihr wechselseitiges Verhältnis zur deutschen Besatzungsmacht gebunden war. Im Unterschied zu den Nationalisten in der Partei war die Situation der Pangermanen aufgrund ihrer meist deutschfreundlichen Gesinnung ungleich vorteilhafter, zumal sie in der Germanske SS Norge [GSSN] eine ihrer schlagkräftigsten Bewegungen fanden.

## Die Bedeutung der norwegischen SS für den Pangermanismus

Als ideologischer und politischer Träger des Pangermanismus hatte die SS nur wenige Monate nach der Annexion Dänemarks, der Niederlande und Norwegens in den

20 Vgl. Sørensen, Hitler eller Quisling, S. 52–63.

besetzten „germanischen“ Staaten SS-Organisationen errichtet, um die Vereinigung aller Pangermanen in einer Dachorganisation zu gewährleisten. Die in Norwegen bereits im Herbst 1940 begonnene Werbung für die Waffen-SS intensivierte sich im Verlauf des folgenden Jahres und stieß vor allem in den pangermanischen Kreisen der Nasjonal Samling auf fruchtbaren Boden. Zwar fand durch den enormen Zuwachs an Mitgliedern eine Art „Internationalisierung“ der SS statt, die als vermeintliche Eliteorganisation eigentlich nur wenigen „Auserwählten“ vorbehalten sein sollte. Gleichzeitig glaubte die SS jedoch, durch die Dominanz auf sämtlichen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens könne sie ihren Anspruch als Elite wahren. An vorderster Stelle stand die Absicht, die Führungsschichten Norwegens für sich zu gewinnen, um durch diese eine Erziehung des Volkes im Sinne des Pangermanismus zu gewährleisten.<sup>21</sup> Als Instrument des Deutschen Reiches blieb Norges SS (Norwegens SS) grundsätzlich an die Richtlinien der SS gebunden und vertrat die gleiche weltanschauliche Zielsetzung.<sup>22</sup>

Vor allem in den Konkurrenzkämpfen zwischen der Hird, den der SA nachempfundenen Sturmtruppen der Nasjonal Samling, und Norges SS kam der Herrschaftsanspruch der SS zum Tragen. Letztere behauptete, die Hird als Massenorganisation, der jeder beliebige Aktivist beitreten könne, erreiche niemals die Schlagkraft und damit die Bedeutung der SS.<sup>23</sup> Weiteres Konfliktpotenzial entstand durch die wenig später eingeführte Regelung, dass Mitglieder der Hird nicht der SS beitreten durften. Auf diese Weise wollten die Vertreter des Nationalismus verhindern, dass Norges SS weiterhin versuchte, Rekruten in der Hird zu werben. Zudem erhofften sie sich, so die Hird für ihre Zwecke instrumentalisieren zu können.

Obwohl sich die SS allein dem „Führerbefehl“ verpflichtet fühlte, war der von ihr propagierte Pangermanismus eine relativ selbstständige Variante der nationalsozialistischen Ideologie, die eine besondere Legitimierung erforderte. So erhielt der Rassegedanke zwar in der SS seine radikalste Ausformulierung, darüber hinaus stellte aber die pangermanische Ideologie das wichtigste Mittel zur „Aufrechterhaltung der germanischen Rasse“ dar. An dieser Stelle wurde insbesondere auf die

21 RA, eske 4 NS Generalsekretariat, H Opplæringsavdeling, Ordenstanken og slektsfellesskapet i NS, S. 12.

22 Zum Aufbau des SS-Staates vgl. Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, München 1986, S. 365–384.

23 RA, eske 4, Ordenstanken og slektsfellesskapet, S. 1.

vermeintlichen Gefahren von außen wie die „asiatische Bedrohung“ und das „Weltjudentum“ aufmerksam gemacht. Mit dem Verweis auf einen internationalen Feind, der die Verteidigung mit Hilfe einer Eliteorganisation erfordere, sollte der Aufbau von SS-Einheiten begründet werden.<sup>24</sup> Gleichzeitig hieß es, Norwegen als ein sehr kleines germanisches Land könne seine Freiheit nicht alleine sichern, sondern sei auf die Unterstützung aller vereinten nordischen Länder angewiesen.<sup>25</sup>

Nur einen Monat nachdem Norges SS im Mai 1941 gebildet worden war, überfiel Deutschland die Sowjetunion. Infolgedessen erhielt die SS in Norwegen eine sehr viel militärischere Prägung als ursprünglich geplant. Aufgrund der Kriegsentwicklung traten die ideologischen und politischen Ziele der SS in den Hintergrund, und man konzentrierte sich in erster Linie auf den Aufbau der Waffen-SS. Viele Mitglieder von Norges SS meldeten sich als Kriegsfreiwillige an die Ostfront.<sup>26</sup> Dadurch wurde die Entwicklung des zivilen SS-Bereiches in Norwegen nicht nur gehemmt, sondern die Formation löste sich nahezu auf.<sup>27</sup>

Am 21. Juli 1942 begann unter der Bezeichnung *Germanske SS Norge* die Reorganisation der SS. Im Sinne des Pangermanismus verstand sich die GSSN als Bindeglied zwischen den „germanischen Völkern“ und als Leiterin des Aufbaus der „großgermanischen Sammlung“. Dementsprechend entwickelte sie sich innerhalb kürzester Zeit zur wichtigsten pangermanischen Organisation Norwegens.

Obwohl Quisling der Errichtung von SS-Einheiten in Norwegen ablehnend gegenüberstand, war er der Urheber des Namens *Germanske SS Norge*. Der Grund hierfür lag vermutlich darin, dass er hoffte, so die Sonderstellung der norwegischen SS zu betonen, die als selbstständige Unterabteilung der *Nasjonal Samling* ihm nicht nur unterstellt, sondern auch verpflichtet war. Gleichzeitig war sie jedoch als

24 Ebenda, S. 4.

25 Vgl. Sørensen, *Hitler eller Quisling*, S. 68 f.

26 Zu den norwegischen Kriegsfreiwilligen an der Ostfront vgl. Svein Blindheim, *Nordmenn under Hitlers fane. Dei norske frontkjemparane*, Oslo 1977, S. 22–177. Im Herbst 2006 wurde zudem ein neues Forschungsprojekt am Holocaustforschungszentrum in Oslo begonnen, das erstmalig die Beteiligung norwegischer Freiwilliger in der SS umfassend untersuchen wird.

27 Der Stabsleiter von Norges SS, Leif Schjøren, erklärte dazu 1946: „Der Gedanke, eine politische SS-Formation zu errichten, bekam mithin den Todesstoß, als keiner in Norwegen zurückblieb, der die begonnene Arbeit fortsetzen konnte.“ Zitiert nach Sørensen, *Hitler eller Quisling*, S. 81.

Teil der allgemeinen SS an Himmler gebunden, der seinen Einfluss in Norwegen sichern wollte. Ursprünglich sollte die Unterordnung der norwegischen SS unter zwei Dienstherren einen Kompromiss darstellen. Von deutscher Seite war eine von der Nasjonal Samling unabhängige SS gefordert worden, während Quisling keine rivalisierenden politischen Gruppierungen in Norwegen wünschte.<sup>28</sup> In der Praxis entstanden allerdings von Beginn an zwischen Himmlers Vertreter, dem Höheren SS- und Polizeiführer Wilhelm Rediess, und Quisling Interessenkonflikte, die sich zusätzlich dadurch verschärften, dass Rediess von Terboven machtpolitisch ausgeschaltet wurde.<sup>29</sup>

Die internen ideologischen Gegensätze in der Nasjonal Samling zeigten sich vor allem darin, dass neben dem Justizminister Sverre Riisnæs auch der Polizeiminister der Quislingregierung, Jonas Lie, Mitglied der GSSN war. Beide galten als besonders deutschfreundlich und unterhielten enge Verbindungen zu Himmler, während sie in der Nasjonal Samling selbst politisch isoliert waren. Lie war zudem Chef der norwegischen SS, auch wenn er kein eindeutiges pangermanisches Interesse verfolgte. Riisnæs hingegen verstand sich als Sozialist, fiel aber gleichzeitig durch seine konsequent pangermanische Radikalität auf. Bei der Austragung der Hegemonialkämpfe in der Partei nahmen sowohl er als auch Lie herausragende Positionen ein. Darüber spielte das Kampforgan der GSSN, die Zeitschrift „Germaneren“, die zum oppositionellsten und offensten Gegner der Nasjonal Samling avancierte, eine zentrale Rolle in den innerparteilichen Auseinandersetzungen.

## Pangermanismus jenseits der Nasjonal Samling – der Ragnarok-Kreis

Obwohl der Pangermanismus nach der Okkupation Norwegens Teil der offiziellen Ideologie wurde, handelte es sich hierbei keinesfalls um eine einheitliche Strömung. Dies zeigte bereits die Etablierung der verschiedenen pangermanischen Gruppen vor 1940, die sich zwar als Anhänger des Pangermanismus verstanden, diesen aber nicht

28 Dieser Kompromiss ging angeblich auf Fuglesang zurück, der später behauptete, er habe seine guten Kontakte zu Himmler genutzt, um Quisling die Kontrolle über die SS zu sichern. Vgl. ebenda, S. 82.

29 Vgl. Ruth Bettina Birn, *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten*, Düsseldorf 1986, S. 216–220.

immer konsequent vertraten. Ihnen gemeinsam war die entschiedene Gegnerschaft zur Politik der Nasjonal Samling, die sie als zu nationalistisch und wenig radikal empfanden. Dementsprechend wurden sie nicht nur als Konkurrenz, sondern auch als Gefährdung der Quislingpartei gesehen, zumal sie sich als relativ unabhängige Bewegungen außerhalb von deren Kontrollbereich befanden. In vielerlei Hinsicht waren jedoch nahezu alle pangermanischen Kreise politisch oder ideologisch an die Nasjonal Samling gebunden und prägten somit in unterschiedlicher Weise die Entwicklung der Partei. So versuchte insbesondere der Ragnarok-Kreis, der zu den radikalsten Gegnern der Nasjonal Samling zählte, sich als politische Alternative zu etablieren.<sup>30</sup>

Der Initiator des pangermanischen Kreises um die Zeitschrift „Ragnarok“, Hans Solgaard Jacobsen, war nicht nur überzeugter Pangermane, sondern seit seinem Studium in Deutschland auch Verfechter eines sozialrevolutionären Nationalsozialismus und Anhänger Gregor Straßers. 1933 war er der Nasjonal Samling beigetreten, hatte die Partei aber bereits 1934 wieder verlassen, weil sie seinen pangermanischen Idealen nicht entsprach und er Quisling als Führerfigur ablehnte. Zusammen mit einer Gruppe enttäuschter ehemaliger Mitglieder der Nasjonal Samling gründete er 1934 die „Ragnarok“, die sich als Sprachrohr der schärfsten Kritiker der Quislingpartei etablierte. Obwohl die Zeitschrift grundsätzlich pangermanisch orientiert war, verfolgten die Anhänger keine geschlossene Ideologie. Während wichtige Mitglieder der ersten Stunde Jacobsens Vorstellungen oftmals reserviert gegenüberstanden, schlossen sich jüngere Anhänger wie Per Imerslund und Stein Barth-Heyerdahl vollständig der nationalsozialistischen Idee an. So trat Imerslund nicht nur der GSSN bei, sondern meldete sich auch als Kriegsfreiwilliger.<sup>31</sup>

Da fast der gesamte Ragnarok-Kreis ursprünglich der Nasjonal Samling angehört hatte, trug der Kampf gegen die Quislingpartei dazu bei, die ideologischen Gegensätze weitgehend zu überbrücken. Im Spätsommer 1940 ging die Kritik an Quisling so weit, dass die deutsche Besatzungsmacht die betreffende Ausgabe der „Ragnarok“

30 Der Begriff Ragnarok oder Ragnarök kommt aus dem Altnordischen und bedeutet „Götterdämmerung“. Gemeint ist im nordischen Mythos der Kampf des Göttergeschlechts der Asen mit den feindlichen Mächten, der zum Untergang der Götter und zur Vernichtung der Erde führt.

31 Siehe Terje Emberland, Bernt Rougtvedt, *Det ariske idol. Forfatteren, eventyreren og nazisten Per Imerslund*, Oslo 2004.

konfiszierte. Einige Mitglieder des Kreises entschieden sich daraufhin, den Kampf gegen die Nasjonal Samling mit indirekten Mitteln fortzusetzen, andere, wie auch Jacobsen, traten der Partei erneut bei, um sie von innen heraus zu reformieren.

Als Fylkeführer (regionaler Parteiführer) von Østfold gehörte Jacobsen zu den vehementesten Vertretern des Pangermanismus in der Nasjonal Samling. Gleichzeitig gab er weiterhin die „Ragnarok“ heraus und gründete einen eigenen Verlag, „Kamban“, der ihm als unabhängige, pangermanische Plattform diene. Zudem wurde er Mitglied der GSSN. Als überzeugter Pangermane geriet Jacobsen jedoch mehrfach in Konflikt mit der deutschen Besatzungsmacht – fühlte er sich doch dazu berechtigt, die deutsche Expansionspolitik zu kritisieren, die im Widerspruch zu seiner Vorstellung einer germanischen Sammlung stand.<sup>32</sup> Spätestens ab 1943 existierten im Ragnarok-Kreis ernsthafte Pläne, sich aktiv am Widerstand gegen die Okkupationsmacht zu beteiligen.

## Der Kampf um die ideologische Hegemonie in der Nasjonal Samling

Mit der Besetzung Norwegens und der „Neuordnung“ der norwegischen Gesellschaft entstand für die Nasjonal Samling die Notwendigkeit einer ideologischen Positionierung, die zugunsten des Nationalsozialismus erfolgte. Die Folgezeit war geprägt von den Versuchen der Partei, die formelle und reelle Regierungsmacht in Norwegen zu erlangen und den norwegischen Staat im Sinne des Nationalsozialismus umzuformen. Dies implizierte zunächst eine Vernachlässigung des Nationalismus, über den sich die Nasjonal Samling grundsätzlich definiert hatte und dessen Bedeutung im Parteiprogramm eindeutig festgeschrieben stand. Allerdings wurde die Loslösung von der nationalistischen Weltanschauung zu keinem Zeitpunkt endgültig vollzogen.

In den Jahren zwischen 1940 und 1942 existierten mehrere politische Konzepte nebeneinander, von denen die Quislingpartei zunächst keines endgültig ausschließen

32 Jacobsen stand mit seiner Kritik nicht alleine, er konnte sich auf eine breite Unterstützung im Ragnarok-Kreis berufen. Bereits Anfang 1940 hieß es in einem Artikel von Otto Engelschjøn, der sich unmittelbar nach der „Neuordnung“ Norwegens der Widerstandsbewegung anschloss: „Wir ziehen die schlechteste norwegische Demokratie einem Protektorsdasein vor, gleichgültig, wer der Protektor ist.“ Ragnarok 1 (1940), S. 1.

wollte. So gehörte die Vorstellung eines selbstständigen, von der Nasjonal Samling gelenkten Norwegen ebenso zum Repertoire wie die Idee eines „Großgermanischen Reiches“. Dass diese gegensätzlichen Entwürfe zwangsläufig in Konflikt miteinander geraten mussten, ist offensichtlich, zumal Quisling sich scheute, eine eindeutige Stellung zu beziehen. Seine Lösungsvorschläge variierten zwischen einem selbstständigen und freien norwegischen Staat, einem „großgermanischen“ Staatenverband und dem sogenannten Europa-Gedanken, der eine faschistische europäische Gemeinschaft, basierend auf den einzelnen Nationen, implizierte.

Durch die unklare Formulierung politischer und ideologischer Standpunkte und die Tatsache, dass das Reichskommissariat den äußeren Rahmen vorgab, schienen die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der Nasjonal Samling vorläufig überbrückt. Inwieweit dies allerdings ein Trugschluss war, zeigte sich, als es schon bald nach Beginn der Zusammenarbeit von Reichskommissariat und Quislingpartei zu vehementen Auseinandersetzungen nicht nur zwischen den Mitgliedern der Nasjonal Samling, sondern auch zwischen diesen und den deutschen Instanzen kam. In den Jahren zwischen 1940 und 1942 war die Quislingpartei geprägt vom Kampf der pangermanischen und der nationalistischen Fraktion um die ideologische Hegemonie.

Zu den vehementesten Verfechtern der norwegischen Selbstständigkeit gehörte der Kommissarische Staatsrat und spätere Innenminister der Quislingregierung, Albert Viljam Hagelin, der unter anderem durch sein angespanntes Verhältnis zu Terboven auf sich aufmerksam machte.<sup>33</sup> Obwohl Hagelin durch seine Nähe zu Deutschland besonders für den Pangermanismus hätte prädestiniert sein müssen, galt er als Repräsentant des Nationalismus. Zwar trat er für die Umformung der norwegischen Gesellschaft im Sinne des Nationalsozialismus ein, dies sollte aber auf Initiative einer selbstständigen Regierung der Nasjonal Samling unter Quisling geschehen, ohne Intervention des Reichskommissars als übergeordneter Instanz.

33 Bemerkenswerterweise galt Hagelin eigentlich als besonders deutschfreundlich. Als Handelsvertreter hatte er sich in Deutschland niedergelassen, wo er während der 1930er-Jahre als Geschäftsmann lebte. In dieser Zeit schloss er sich der nationalsozialistischen Idee an und unterhielt enge Verbindungen zu Mitgliedern der NSDAP. Vgl. u. a. Hans-Dietrich Loock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970, S. 196 ff.



Daher bemühte er sich um die Abschaffung des Reichskommissariats, indem er mehrere Beschwerden über Terboven an die Reichskanzlei richtete.<sup>34</sup>

Spätestens im Sommer 1942 musste Hagelin jedoch erkennen, dass die *Nasjonal Samling* trotz ihrer im Februar errichteten Regierung weit von einem selbstständigen Norwegen entfernt blieb. Die Versuche der Partei, die nationalsozialistische „Neuordnung“ der Gesellschaft durchzuführen, waren ebenso gescheitert wie die Nazifizierung der Bevölkerung. Nicht nur Terbovens Position war gefestigter als je zuvor, auch die pangermanische Ideologie befand sich auf dem Vormarsch. Eine weitere Beschwerde Hagelins bei der Reichskanzlei über die Politik des Reichskommissariats endete in seiner machtpolitischen Ausschaltung.<sup>35</sup>

Ein Teil der nationalistisch orientierten Mitglieder der *Nasjonal Samling* bemühte sich zudem um die Anerkennung der norwegischen Selbstständigkeit, von der sie sich eine realpolitische Alternative zum Pangermanismus erhoffte, den sie zu Recht als Bedrohung ihrer eigenen politischen und ideologischen Konzeption empfand. Zwar sollte der Nationalsozialismus und damit eine langfristige Bindung an das Deutsche Reich weiterhin als äußerer Rahmen akzeptiert werden, allerdings ohne damit die nationale Souveränität Norwegens zu beeinträchtigen. Der vom Handelsminister Eivind Blehr im Alleingang entworfene Friedensvertrag zwischen Norwegen und dem Deutschen Reich wurde niemals verwirklicht, sondern führte zu Blehrs Absetzung im Sommer 1944.<sup>36</sup>

Parallel verfolgte die Quislingregierung seit Februar 1942 als eines ihrer vorrangigsten Ziele den Abschluss eines Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich. Bis zum Ende des Krieges hielt Quisling an diesem Vorsatz fest, der ihn immer wieder in Konflikt mit der deutschen Okkupationspolitik brachte.<sup>37</sup> So

34 Quisling sagte 1945 im Prozess gegen Hagelin aus, dass dieser „an deutsche Personen Briefe gegen Terbovens Politik [schrieb], die Hagelins Kopf aufs Spiel hätten setzen können. Also sammelte Hagelin Beispiele für Terbovens Methoden und Leben und sandte die Resultate nach Deutschland, so dass sie Hitler in die Hände fielen“. RA, Hagelin-saken, Quislings vitneforklaring 19. 10. 1945.

35 Auslöser war der Korruptionsvorwurf gegen Hagelin im Herbst 1942. Auch wenn dieser nie eindeutig nachgewiesen werden konnte, wurde Hagelins Position dadurch maßgeblich geschwächt.

36 Vgl. Oddvar Høidal, *Quisling-en studie i landssvik*, Oslo 2002, S. 493–495.

37 Vgl. Manfred Menger/Fritz Petrick/Wolfgang Wilhelmus (Hrsg.), *Expansionsrichtung Nordeuropa. Dokumente zur Nordeuropapolitik des faschistischen deutschen Imperialismus (1939–1945)*, Berlin (Ost) 1987, S. 134 f.

lehnte er zwar den pangermanischen Sammlungsgedanken nicht vollständig ab, versuchte aber, ihn mit seiner Vorstellung eines freien norwegischen Nationalstaates zu verknüpfen. Nach der Etablierung seiner „nationalen Regierung“ wurden daher Quislings Forderungen nach einem Friedensvertrag immer lauter.<sup>38</sup>

Dennoch wuchs innerhalb der Nasjonal Samling der Pangermanismus von 1940 bis 1942 kontinuierlich an und kristallisierte sich im Laufe des Jahres 1941 endgültig als eigene Strömung innerhalb der Partei heraus. Zwei Ereignisse trugen entscheidend dazu bei: die Etablierung des norwegischen Regiments Nordland am 12. Januar 1941, das unter deutschem Befehl für die „gemeinsame germanische Sache“ kämpfen sollte, und der Besuch Himmlers gegen Ende des Monats, der innerhalb der Nasjonal Samling mit Begeisterung aufgenommen wurde. Beide Anlässe lassen nicht nur den enormen Zuspruch erkennen, den der Pangermanismus zu dieser Zeit verzeichnen konnte, sondern demonstrieren auch die unklare Haltung Quislings, der die Norweger wiederholt zum Eintritt in das Regiment Nordland aufforderte, um Deutschland bei der Schaffung des „großgermanischen Verbunds“ und der „Neuordnung Europas“ zu unterstützen.

Mit der Durchsetzung des Pangermanismus übernahmen rassistische Inhalte in der Nasjonal Samling eine bedeutendere Rolle. Neben Sverre Riisnæs zählte der Generalsekretär der Nasjonal Samling, Fuglesang, zu den radikalsten Verfechtern einer rassistischen Ausrichtung. Ganz im Sinne des Pangermanismus vertrat er die Auffassung, die germanische Rasse müsse im Krieg für ihr Überleben und ihre naturgegebene Herrscherstellung kämpfen. Obwohl kein Freund der germanischen Sammlungsidee, näherte sich Fuglesang mit seiner Rasseperspektive grundlegend an den Pangermanismus an und trug mit zu dessen ideologischem Durchbruch bei.<sup>39</sup>

Mit der Errichtung der Germanske SS Norge im Sommer 1942 kam es zur Bündelung pangermanischer Kräfte in einer Organisation, die zum zeitweiligen Durchbruch des Pangermanismus führte. Zwischen Juli und Oktober schien es, als hätten die Anhänger der pangermanischen Ideologie den Kampf um die Hegemonie in der

38 Bis zum Spätsommer 1942 wendete sich Quisling mit mehreren Memoranden zu einem Friedensentwurf an die Reichskanzlei. Diese sind u. a. dokumentiert bei Hermann Boehm, *Norwegen zwischen England und Deutschland. Die Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs*, Lippoldsberg 1956, S. 186–194.

39 Vgl. Sørensen, *Hitler eller Quisling*, S. 113 f.

Nasjonal Samling für sich entschieden. Die nach außen demonstrierte Einheit konnte aber nur für einen kurzen Zeitraum darüber hinwegtäuschen, dass die Konflikte in der Partei keinesfalls beigelegt waren, sondern sich weiter zuspitzten. Die Enttäuschung darüber, dass die Quislingregierung Instrument des Reichskommissariats blieb, ließ sich in breiten Kreisen der Nasjonal Samling durch den Pangermanismus nicht kompensieren.<sup>40</sup> Die vorübergehende Dominanz der pangermanischen Ideologie beschränkte sich also in erster Linie auf die Parteispitze.

Den Höhe- und Wendepunkt des Pangermanismus markierte das 8. Reichstreffen der Nasjonal Samling im September 1942. Zu keinem späteren Zeitpunkt mehr erfuhr der Pangermanismus offiziell eine solch umfassende Unterstützung. Die zentralen Reden, die auf dem Treffen unter anderem von Quisling, Fuglesang, Riisnæs, aber auch Lunde gehalten wurden, waren alle geprägt von einem offensiven Pangermanismus, der den Eindruck erweckte, nach der Diskussion um einen Friedensschluss mit Deutschland habe sich die Nasjonal Samling nun zu einer Kehrtwende entschieden. Selbst Lunde betonte, die Interessen des Volkes und der rasseverwandten Völker müssten zu deren Nutzen gefördert werden.<sup>41</sup> Zwar stand diese Aussage nicht unbedingt im Widerspruch zu dem von ihm propagierten Nationalismus, ist aber insofern bemerkenswert, als Lunde eigentlich die pangermanischen Rasseideen ablehnte.

Obwohl sich weder die Beziehungen zur deutschen Besatzungsmacht noch die innerhalb der Partei stabilisiert hatten, schien sich hier die Parteispitze stillschweigend auf die geschlossene Propagierung des Pangermanismus geeinigt zu haben, um die immer schwerer zu verbergende Zwietracht zumindest kurzfristig zu unterdrücken. Die Huldigung des Pangermanismus auf dem 8. Reichstreffen der Nasjonal Samling schien eine Art Kompromiss zu sein, der jedoch nur zeitweilig währte. Bereits wenige Wochen später brachen die Konflikte erneut auf.

40 In einem SD-Bericht vom 4. 8. 1942 heißt es hierzu: „Man kann oft in der NS [Nasjonal Samling] hören, dass Quislings Auftrag, eine Regierung zu bilden, das stillschweigende Versprechen enthalten hätte, dass Norwegen in baldiger Zukunft seine Selbstleitung wiederbekommen solle. Aber dieses Versprechen hätten die Deutschen nicht gehalten [...]. NS, die [...] in ihrer Agitation hervorgehoben hätte, dass die deutsche Zivilverwaltung jetzt abgelöst würde, hätte sich in dem Grad blamiert, dass es nicht mehr gerichtet werden könne. Die Folgen sind eine wachsende Deutscheindlichkeit in der NS.“ Zitiert nach Tore Dyrhaug, *Norge okkupert! Tysk etterretning om Norge og nordmenn 1942–1945*, Oslo/Bergen/Stavanger/Tromsø 1985, S. 52 f.

41 Lunde, *Kampen for Norge*, Bd. III, S. 111.

Weder die Enttäuschung über die gescheiterten Ziele der „nationalen Regierung“ noch jene über die Machtpolitik des Reichskommissariats ließen sich durch die pangermanische Agitation kompensieren. Während die Führungsspitze der Nasjonal Samling auf dem 8. Reichstreffen über die „germanische Schicksalsgemeinschaft“ schwadronierte, machte sich in der Parteibasis eine immer stärkere anti-deutsche Stimmung breit. Eine entscheidende Rolle spielte die Kriegswende bei Stalingrad. Spätestens ab Februar 1943 konnten auch die überzeugten Anhänger des Pangermanismus die Tatsache nicht ignorieren, dass Deutschland den Krieg kaum noch gewinnen würde. In der Folgezeit wurde, angesichts des Vormarsches der sowjetischen Armee, nicht nur der Rassegedanke zugunsten der Idee einer gemeinsamen europäischen Verteidigung hintangestellt, sondern auch nationale Motive kamen deutlicher zur Geltung als zuvor. Ab 1943 wuchs der Nationalismus, gepaart mit einer immer schärferen deutschfeindlichen Haltung, erneut an, bis er sich in breiten Kreisen der Partei endgültig gegen den Pangermanismus durchsetzte.

Der Wandel in der ideologischen Orientierung der Nasjonal Samling zeigte sich am auffälligsten an der Person Fuglesangs, der sich, ohne der deutschen Politik ergeben zu sein, auf dem 8. Reichstreffen der Partei als vehementer Fürsprecher des Pangermanismus hervorgetan hatte. Auch nach Stalingrad hielt er an zentralen Elementen des Rassegedankens fest, vertrat nun aber einen neuen Standpunkt: den Kampf Europas gegen den Bolschewismus. Wie auch Quisling näherte Fuglesang sich damit an den Europa-Gedanken an, der die nationale Selbstständigkeit Norwegens implizierte. Im Laufe der Besatzungszeit schlugen sich seine nationalistischen Anwendungen immer mehr auf seine praktische Politik nieder, bis Fuglesang zu einem der bedeutendsten Gegner der deutschen Besatzungsmacht avancierte.<sup>42</sup>

Auf Seiten der pangermanischen Fraktion war man jedoch nicht bereit, sich in den Auseinandersetzungen um die ideologische Hegemonie in der Nasjonal Samling geschlagen zu geben. Insbesondere die Germanske SS Norge und deren Wochenzeitschrift „Germaneren“ stellten die radikalste Opposition gegen den Nationalismus dar. Allerdings mangelte es bei den Versuchen, die Vormachtstellung zurückzugewinnen, an einer einigenden Führergestalt. So wäre Jonas Lie als Chef der GSSN grundsätzlich in Frage gekommen, war aber letzten Endes kein überzeugter Pangermane, während Riisnæs keine machtpolitischen Ambitionen

42 Bundesarchiv Berlin (BArchB), R 70 N/12, Nr. 56, S. 11.

verfolgte. Kandidaten wie Hans Solgaard Jacobsen schlossen sich von vorneherein aus, zumal dieser der deutschen Okkupationspolitik ablehnend gegenüberstand und sich verstärkt der Widerstandsbewegung angenähert hatte. Zwar bildeten auch die Anhänger des Nationalismus alles andere als eine geschlossene Einheit, Personen wie Quisling oder Fuglesang verfügten aber zumindest über eine beachtliche Hausmacht in der Partei.

Ab 1943 hatte die nationalistische Bewegung in der Nasjonal Samling den Kampf um die politische und ideologische Hegemonie grundsätzlich für sich entschieden, auch wenn dies nicht zwangsläufig die Propagierung eines unverfälschten Nationalismus implizierte. So war Quisling zwar über die Politik des Reichskommissariats zutiefst enttäuscht, konnte sich jedoch von der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht nicht lösen. Dies unterschied ihn von den radikalen Anhängern des Nationalismus, die ein völlig unabhängiges Norwegen forderten. Als Leitfigur dieser Selbstständigkeitslinie machte vor allem Fuglesang von sich reden, der allerdings im Gegensatz zu Hagelin keine offene Konfrontation mit der deutschen Okkupationsmacht suchte.

Die in sich alles andere als homogene Fraktion des Nationalismus war sich, trotz der verschiedenen ideologischen Ausprägungen, zumindest aber in ihrer Gegnerschaft zum Pangermanismus so weit einig, dass ein erneutes Florieren der pangermanischen Ideologie verhindert werden konnte. Die in den pangermanischen Kreisen kursierenden Umsturzpläne waren daher Ausdruck des verzweifelten Versuches, die Hegemonie zurückzugewinnen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die deutschfeindliche Gesinnung in der Nasjonal Samling jedoch bereits so sehr verbreitet, dass die Idee des „Großgermanischen Reiches“ nicht mehr überzeugen konnte.<sup>43</sup>

Bis zum Ende der Besatzungszeit blieben die Fronten zwischen dem Reichskommissariat und der Nasjonal Samling verhärtet. Dennoch behielten beide Seiten ihren seit 1940 eingeschlagenen Kurs nach außen weitestgehend bei und verlagerten die anhaltenden Machtkämpfe hinter die Kulissen. Insbesondere der Historiker

43 In einem SD-Bericht vom 28. 5. 1943 heißt es hierzu: „Die allmählich auch einfache NS-Mitglieder erfassende Welle der Deutschfeindlichkeit hält [...] weiterhin an. Selbst NS-Funktionäre betonen, dass noch nie in einer so gehässigen Weise über die Deutschen gesprochen worden sei [...]. Die deutschfeindlichen Äußerungen zahlreicher NS-Mitglieder seien zum Teil feindseliger und gehässiger als bei den sogenannten Jössingern [Sympathisanten Großbritanniens].“ BArchB, R 70 N/12, Nr. 56, S. 10.

Robert Bohn machte darauf aufmerksam, dass Quisling eine sehr viel eigenständigere Politik hätte betreiben können, wenn er das Format gehabt hätte, sich Terboven entgegenzustellen. So habe Quisling durchaus einige Trümpfe in der Hand gehalten, hätte doch sein Rücktritt für Hitler eine schwere propagandistische Niederlage bedeutet, die dieser sich in der gegebenen Kriegssituation nicht hätte leisten können.<sup>44</sup> Nichtsdestoweniger zog Quisling aus seiner Enttäuschungserfahrung nicht die Konsequenz, sich die breite deutschfeindliche Stimmung in seiner Partei zunutze zu machen. Sämtliche seiner Emanzipierungsversuche blieben im Ansatz stecken.

Sehr viel radikaler nahm sich da der letzte Vorstoßversuch Hagelins im August 1943 aus. Insgesamt sieben Minister aus den Reihen der Nasjonal Samling unterzeichneten Hagelins Generalauf Ruf gegen die deutsche Okkupationspolitik, der aber letztendlich an der mangelnden Unterstützung der nationalistischen Parteimitglieder und der Tatsache, dass Hagelin über keinerlei Hausmacht verfügte, scheiterte.<sup>45</sup> Hagelin verweigerte allen voran Fuglesang, der eine breite nationalistische Basis um sich herum aufgebaut hatte, seine Unterstützung. Der Grund hierfür lag in der erbitterten Gegnerschaft zwischen den beiden, die erheblich dazu beitrug, dass der Nationalismus in der Partei nicht von einer geeinten Strömung vertreten wurde.

Hier lag das eigentliche Dilemma der Nasjonal Samling. Im Grunde hatten sich in der Partei verschiedene mehr oder weniger einflussreiche nationalistische Zentren herauskristallisiert, deren Problem war, dass sie keine geschlossene und damit gestärkte Front zur deutschen Okkupationsmacht bildeten. Folglich büßten sie einen Großteil der Widerstandskraft ein, die sie bei Überwindung ihrer Hegemonialstreitigkeiten und einer effektiven Zusammenarbeit hätten haben können. Bis zum Ende des Krieges wurde die Kollaborationspolitik der Nasjonal Samling, trotz der deutschfeindlichen Gegenströmungen in der Partei, äußerlich unverändert fortgesetzt.

## Schlussbetrachtungen

Wie anhand der unterschiedlichen ideologischen und politischen Strömungen in der Nasjonal Samling gezeigt wurde, vertrat die Partei alles andere als einen

44 Vgl. Robert Bohn, Reichskommissariat Norwegen, „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft, München 2000, S. 56.

45 Vgl. Sørensen, Hitler eller Quisling, S. 209–216.

geschlossenen Standpunkt zur Kollaboration. Die offizielle Haltung zur deutschen Okkupationspolitik wurde nicht nur wiederholte Male in Frage gestellt, sondern führte auch zu heftigen Kontroversen, die es der Nasjonal Samling immer mehr erschwerten, die Richtlinien der Zusammenarbeit mit dem Reichskommissariat einzuhalten.

Hinter der Kollaboration der Nasjonal Samling verbirgt sich eine Vielzahl von widersprüchlichen Meinungen und Handlungsweisen, die eine Gesamtbeurteilung erschweren. Dies trifft auf Einzelakteure ebenso zu wie auf Randgruppierungen, Fraktionszusammenschlüsse und zentrale Führungseliten der Partei. Insgesamt handelte es sich bei der Nasjonal Samling um ein extrem vielschichtig zusammengesetztes Gebilde, in dem selbst die radikalen Kerngruppen sich nur mit Mühe auf einen Minimalkonsens einigen konnten.

Dennoch darf nicht ignoriert werden, dass die Nasjonal Samling trotz ihrer internen ideologischen Spannungen die uneingeschränkte Kollaboration mit den deutschen Besatzern zunächst auf breiter Basis forcierte. Erst im Verlauf der Besatzungszeit kam es zu einem Anwachsen der deutschfeindlichen Stimmung in der Partei, die die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden zunehmend schwieriger gestaltete. Parallel konnte die pangermanische Bewegung einen immer größeren Zulauf verzeichnen, indem sie durch die Schaffung von Norges SS und norwegischen Truppeneinheiten erheblich gefördert wurde. Die daraus resultierenden innerparteilichen Hegemonialkämpfe erfuhren mit der Schaffung der Quislingregierung eine vorläufige Zäsur – schien sich doch nun das Versprechen Hitlers und Terbovens, der Nasjonal Samling die selbstständige Herrschaft in Norwegen zu übertragen, zu erfüllen. Diese Deutung sollte sich schon bald als folgenschwerer Irrtum erweisen. Wie zuvor der Kommissarische Staatsrat blieb auch die „nationale Regierung“ Instrument des Reichskommissariats. Die kurzzeitig beigelegten Konflikte verschärfen sich erneut und führten nicht nur zu einer allgemeinen Verschlechterung des Parteiklimas, sondern schlugen sich vor allem auf die Auseinandersetzungen zwischen den pangermanischen und den nationalistischen Gruppen nieder.<sup>46</sup>

46 So heißt es in einem SD-Bericht vom 15. 6. 1942: „Die Schwierigkeiten und der Streit in der NS beginnen den Charakter eines Krisenphänomens anzunehmen. Aus den vorliegenden Meldungen geht hervor, dass in allen Landesteilen ein innerer Aufstand in der NS vorgeht. Die einzelnen Gruppen betreiben Treibjagd aufeinander, ohne Rücksicht darauf, wie dies auf die Mitglieder in der Partei wirken muss.“ Zitiert nach Dyrhaug, Norge okkupert!, S. 47.

Obwohl sich die Haltung gegenüber der deutschen Okkupationspolitik im Laufe der Besatzungszeit grundlegend änderte und immer mehr Mitglieder der Nasjonal Samling der Zusammenarbeit mit dem Reichskommissariat ablehnend gegenüberstanden, hielt die Quislingpartei bis zum 8. Mai 1945 am offiziellen Kollaborationskurs fest. Bei einer Beurteilung der innerparteilichen Hegemonialkämpfe und der Auseinandersetzungen mit der deutschen Besatzungsmacht muss man sich daher die Tatsache vor Augen halten, dass keiner dieser Konflikte zu einer öffentlichen Debatte führte. Auch wenn die deutschfeindlich und nationalistisch motivierten Offensiven gegen das Reichskommissariat ein erhebliches Problem für die unveränderte Fortsetzung der Kollaboration bedeuteten, stellte die Nasjonal Samling die Richtlinien der Okkupation zu keinem Zeitpunkt offiziell in Frage. Bis zuletzt wurde der Bevölkerung suggeriert, dass die Kooperation zwischen der deutschen und der norwegischen Seite einwandfrei funktionierte.

Da sich die Machtkämpfe zwischen der Nasjonal Samling und dem Reichskommissariat ausschließlich hinter den Kulissen abspielten, ist zu diskutieren, inwieweit diese für die Masse der Bevölkerung überhaupt von Bedeutung waren. Fakt ist, dass die Mitarbeiter Quislings und die Minister der „nationalen Regierung“ nicht nur für die meisten der nationalsozialistischen Gleichschaltungsversuche verantwortlich zeichneten, sondern auch in entscheidendem Maße an der Verfolgung politischer Gegner und Widerstandskämpfer sowie der Deportation der Juden aus Norwegen beteiligt waren.<sup>47</sup>

47 Die Deportation von rund 40 % der in Norwegen lebenden Juden nach Auschwitz zeigt, welche verheerende Bedeutung die Kollaboration der Nasjonal Samling hatte. Zudem betrieb die Quislingpartei mehrere Gefangenenlager eigenständig und stellte Wachmannschaften in den norwegischen Konzentrationslagern zur Verfügung. Vgl. Samuel Abrahamson, *Norway's response to the Holocaust*, New York 1991, S. 1 f.; Svein Bugge, *Skyggene fra Quislings hønsegård. Den norske konsentrasjonsleiren på Berg i Vestfold*, Tønsberg 2001.



## Antisemitische Judenbilder und die norwegische Haltung zur Deportation

Als im November 1942 die ersten Deportationen der Juden aus Norwegen begannen, verlor der Historiker und außenpolitische Berater der Exilregierung in London, Arne Ording, kein Wort des Bedauerns. In seinem Tagebuch klagte er darüber, dass die „Exportorganisation“ – der Transport der Verfolgten nach Schweden – durch die nun einsetzende Flucht von Juden „völlig überbelastet“ sei und verhaftete Juden außerdem bei Verhören völlig versagt und alles Mögliche ausgeplaudert hätten.<sup>1</sup> In norwegischen Exilkreisen in Stockholm gab es selbst nach den Deportationen starke Vorbehalte gegen jüdische Flüchtlinge, wobei die Exilbehörden meinten, dass der Transport jüdischer Flüchtlinge nach Schweden eingestellt werden sollte.<sup>2</sup> Die Haltung norwegischer Exilpolitiker scheint aber nicht repräsentativ für die Bevölkerung gewesen zu sein, denn es gab neben den dreihundert Polizisten, den hundert Taxifahrern und aktiven „Quislingen“, die an den Verhaftungen beteiligt waren, zahlreiche Fluchthelfer und viele Beispiele für solidarisches Verhalten gegenüber Juden in der Bevölkerung.

Die Grenze zwischen dem „Wir“ (den „Norwegern“) und den „Anderen“ (den „Juden“) schien sich im besetzten Land, das erst 1905 selbstständig geworden war, auf Grund der Deportationen verschoben zu haben. Die Historikerin Ingerd Veiden Brakstad hat gezeigt,<sup>3</sup> dass die Deportationen in den Berichten der norwegischen Exilpresse und der illegal verbreiteten Untergrundpresse als das „schändlichste Verbrechen“ im besetzten Norwegen bezeichnet wurden. Auch in den von Willy

1 Arne Ordings Dagbøker, 19. juni 1942–23. juli 1945, Oslo 2000, S. 122 f.

2 Nils Johan Ringdal, Mellom barken og veden. Politiet under okkupasjonen, Oslo 1987, S. 229 ff.

3 Ingerd Veiden Brakstad, Jødeforfølgelsene i Norge. Omtale i årene 1942–1948. Masteroppgave i historie, Universitetet i Oslo 2006. Zitat auf S. 39.

Brandt (der als *der* Kriegshistoriker galt) im Stockholmer Exil verfassten zentralen Werken über Norwegen während des Krieges wurden die Deportationen als eines der „schlimmsten Verbrechen“ charakterisiert.<sup>4</sup> Ein ähnliches Bild zeichnete später, 1979, der Nestor der Sozialgeschichte, Edvard Bull, der in „Cappelen Norges Historie“ schrieb: „In der norwegischen Geschichte ist es kaum möglich, ein größeres Verbrechen zu finden als das, das mit dem Schicksal der Juden 1942 verbunden ist.“<sup>5</sup> Er zählte allerdings zu den rühmlichen Ausnahmen.

### Marginalisierung der Deportationen in der Nachkriegszeit

Nach 1945 war die Überwindung der Grenze zwischen dem „Wir“ und den „Anderen“ bei der Rekonstruktion der Nation – wenn nicht gar ihrer Neudefinition – wieder schnell vergessen. In Urteilen gegen diejenigen, die in irgendeiner Weise an Deportationen und Übergriffen beteiligt gewesen waren, befanden sich die Juden erneut außerhalb der nationalen Gemeinschaft. Im Zentrum standen die Leiden der „eigenen“ Bevölkerung, Übergriffe und Ausplünderung sowie der norwegische Widerstand.

In der nationalen Erinnerungskultur der Nachkriegszeit gerieten die Übergriffe und Deportationen bald in Vergessenheit. Die Deportation von 762 Juden, von denen nur 30 überlebten, wurde zu einer Marginalie in der nationalen Erzählung des Krieges. Es begann damit, dass sich die norwegischen Behörden nach der Befreiung 1945 sehr zögernd in Bezug auf die Rückkehr staatenloser Juden nach Norwegen verhielten.<sup>6</sup> Die Juden, die den Krieg in deutschen Lagern oder im Exil überlebt hatten, blieben Fremde im eigenen Land, und das Verständnis ihnen gegenüber und für ihre besondere Situation war gering. In den die Verbrechen in Norwegen betreffenden Anklagepunkten, die vom französischen Vertreter der Anklage bei den Nürnberger Prozessen vorgelegt wurden, fehlte bereits jeder Hinweis auf die Deportation. Als im Mai 1995 das offizielle Norwegen das 50-jährige Jubiläum

4 Willy Brandt, *Norges tredje krigsår*, Stockholm 1943, S. 182; ders., *Krigen i Norge*, Bd. 2, Oslo 1945, S. 138.

5 Edvard Bull, *Klassekamp og fellesskap 1920–1945*, Oslo 1979.

6 Ole Kolsrud, *Eksil-Norge og jødene under 2. verdenskrig*, in: *Historisk Tidsskrift* 3 (1994).

der Befreiung feierte, hatte man vergessen, Vertreter der jüdischen Gemeinden einzuladen.

Wer sich an die gängige Literatur hielt, erfuhr bis in die 1990er-Jahre wenig über die Deportationen. Die vierbändige Buchreihe „Krigen 1939–1945“, die in den Jahren 1945 bis 1948 in Oslo erschien, enthielt in den ersten drei Bänden, die sich auf 1007 Seiten mit der Entwicklung des Krieges beschäftigen, ein Unterkapitel von zweieinhalb Seiten mit dem Titel „Verbrechen gegen die Juden“. Im lexikalischen vierten Band gibt es keinerlei Stichwörter, die mit der Vernichtung der europäischen Juden assoziiert werden können.<sup>7</sup> In der ersten großen und umfassenden, rein norwegischen Darstellung „Norges krig 1940–1945“, die in den Jahren 1947 bis 1950 unter der Leitung von Sverre Steen erschien, hieß es, dass „keine Einzelgruppe der Bevölkerung so hart betroffen wurde wie die Juden“, doch fanden die Deportationen dann nur auf 16 Zeilen von insgesamt 2350 Seiten Berücksichtigung.<sup>8</sup>

Christian A. R. Christensen schilderte 1961 auf fast 400 Seiten das Schicksal seiner Landsleute während des Krieges, acht Zeilen nur war ihm die Geschichte der Verfolgung der Juden wert.<sup>9</sup> In Berge Furrer weit verbreiteter norwegischer Geschichte des 20. Jahrhundert, die auf mehr als 33 Seiten den Zweiten Weltkrieg behandelt, finden sich fünf kurze Sätze über die Juden.<sup>10</sup> In der 1998 im Aschehoug-Verlag erschienenen 12-bändigen „Norges Historie“ sind die Deportationen auf zehn Zeilen reduziert.<sup>11</sup> Weder Auschwitz noch die Gaskammern werden genannt, auch nicht, dass es sich hier um ein Verbrechen besonderen Ausmaßes handelt. Ole Kristian Grimnes hat auf den 370 Seiten seiner Studie über das norwegische Exil in Schweden, der einzigen wissenschaftlichen Untersuchung zu

7 Krigen 1939–1945, hovedredaktør: Ragnvald Lundström, Oslo 1945 ff. Die Buchserie erschien ursprünglich in Schweden in Zusammenarbeit mit dem Außenpolitischen Institut in Stockholm, hatte aber auch eine norwegische Redaktion. Die Deportationen aus Norwegen sind an zwei Stellen sehr kurz mit jeweils einem Satz erwähnt (Bd. 3, S. 152, 182).

8 Sverre Steen (Hrsg.), Norges krig 1940–1945, 3 Bde., Oslo 1947, 1948 und 1950. Zitat in Bd. 3, S. 473: „Ingen enkelt gruppe av befolkningen ble så hardt rammet som jødene.“

9 Christian A. R. Christensen, Vårt folks historie, Bd. 9, Oslo 1961, S. 348 f.

10 Berge Furre, Vårt århundre. Norsk historie 1905–1990, Oslo 1991, S. 200.

11 Even Lange, Samling om felles mål 1935–1970, Oslo 1998, S. 75.

diesem Thema, nur einen, inzwischen viel zitierten Satz über die Flucht von Juden nach Schweden geschrieben: „Übrigens kamen im Herbst 1942 auch Juden über die Grenze.“<sup>12</sup>

Diejenigen, die sich für das Thema interessierten, vor allem die Historiker Oskar Mendelsohn und Kristian Ottosen und der Journalist Ragnar Ullstein, gehörten nicht zum Kreis der etablierten Akademiker.<sup>13</sup> Ihre Arbeiten hatten keine Tiefenwirkung in akademischen Kreisen. Erst 1995 erschien am Historischen Institut der Universität Bergen mit Bjarte Brulands „Hovedoppgave“ eine wissenschaftlich fundierte Studie über die Deportationen.<sup>14</sup>

Da die Judenverfolgung nach der Befreiung 1945 als eine deutsche Angelegenheit galt und die norwegische Beteiligung entweder als unumgänglich und erzwungen bezeichnet oder verschwiegen wurde, d. h. die Verantwortung für die Deportationen ausschließlich der deutschen Besatzungsmacht zugeschrieben wurde, konnten Medien wie das Osloer „Arbeiderbladet“ in einem Leitartikel im Oktober 1946 schreiben: „Unter all dem Schrecklichen, das die Deutschen in Norwegen ausführten, kann sich nichts mit der Aktion gegen die Juden messen.“<sup>15</sup> Die „feste und abweisende Haltung des norwegischen Volkes gegen die antisemitische Agitation der Deutschen [...] und die selbstverständliche Hilfsbereitschaft gegenüber den Juden, als es galt, das Leben der Mitmenschen zu retten“, waren dagegen „ein Lichtpunkt“. Weiter hieß es: „Wenn die Menschen hier so auftraten, geschah das in Übereinstimmung mit unserer gesamten nationalen Tradition. Das Volk Wergelands und Nansens konnte nicht anders handeln.“<sup>16</sup>

12 Ole Kristian Grimnes, *Et flyktningesamfunn vokser fram. Nordmenn i Sverige 1940-45*, Oslo 1969, S. 118. Inzwischen liegt eine umfassende Studie über die Flucht nach Schweden vor: Mats Tangestuen, „Også jødene kom for øvrig over grensen høsten 1942“. *Jødiske flyktninger fra Norge i Sverige 1940–1945. Hovedoppgave i historie*, Universitetet i Bergen 2004. Gegen Kriegsende hielten sich ungefähr 43 000 bis 44 000 Norweger als Flüchtlinge in Schweden auf.

13 Oskar Mendelsohn, *Jødenes historie i Norge gjennom 300 år*, Bd. 2, Oslo 1986; Kristian Ottosen, *I slik en natt. Historien om deportasjonen av jøder fra Norge*, Oslo 1994; Ragnar Ullstein, *Jødar på flukt*, Oslo 1995.

14 Bjarte Bruland, *Forsøket på å tilintetgjøre de norske jødene. Hovedoppgave i historie*, Universitetet i Bergen 1995.

15 *Arbeiderbladet* vom 5. 10. 1946.

16 *Arbeiderbladet* vom 27. 9. 1946.

Doch war es das Quisling-Regime, das im März 1942 den „Judenparagrafen“ der Verfassung von 1814 reaktivierte, und es war dieses Regime, das unter ganz „gewöhnlichen“ Norwegern Helfer fand, die im November 1942 für eine äußerst effektive Verhaftungswelle und den reibungslosen Transport bis zur Übergabe an die SS an der Landungsbrücke des Deportationsschiffes „Donau“ im Osloer Hafen sorgten. Der Historiker Tore Pryser kommt der Realität wahrscheinlich am nächsten, wenn er schreibt, dass die „Judenaktion“ durchgeführt werden konnte, „weil sie sich gegen eine ethnische Gruppe richtete, die von den meisten Norwegern als außerhalb der norwegischen Gesellschaft stehend betrachtet wurde.“<sup>17</sup>

Bei der rechtlichen Ahndung von Verbrechen während der Besatzungszeit zeigte sich die Marginalisierung der Verbrechen an den Juden auf der juristischen Ebene u. a. in den Prozessen gegen Knut Rød, der für die Durchführung der Verhaftungen verantwortlich war. Rød, seit Juli 1942 Polizeidirektor (*politiinspektør*) für Oslo und Aker, erwies sich als ein Perfektionist, dem es darum ging, absolut alle Juden zu erfassen. Es gehört zu den Besonderheiten der norwegischen Ahndung von Kriegsverbrechen, dass er zwar zunächst von einer niedrigeren Instanz wegen seiner Rolle bei den Verhaftungen der Juden verurteilt, jedoch 1948 in einem Revisionsprozess auf Grund einer nicht näher nachgewiesenen Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung freigesprochen wurde. Die Abwägung seiner sogenannten guten Handlungen gegen die „bösen“, d. h. die Verhaftungen von Juden, verdeutlicht, dass das Gericht das Leben von Juden als nicht gleichwertig mit dem von „gode nordmenn“ [!] beurteilte.<sup>18</sup> Es liegt nahe, das Urteil so zu verstehen, dass norwegische Staatsbürger jüdischen Glaubens nicht zu den guten Norwegern, also zur „wir“-Gruppe gehörten.

Kam es in Ausnahmefällen zu Prozessen wegen Kriegsverbrechen, waren die Urteile skandalös. So wurden beispielsweise 1947 zwei Grenzlotsen, die ein jüdisches Ehepaar nach Schweden führen sollten, freigesprochen, obwohl sie das Paar beraubt, erschlagen und die Leichen dann in einen Waldsee geworfen hatten.<sup>19</sup> Im Revisionsprozess wurden sie nur dafür verurteilt, dass sie 12 000 Kronen

17 Dagbladet vom 7. 9. 1997: Tore Pryser, Politiets dårlige samvittighet.

18 Vgl. dazu Knut Sveri, Landssvikoppjørets merkeligste rettsak, in: Anders Bratholm/Nils Christie/Torkel Opsahl (Hrsg.), Lov og frihet, Oslo 1982, S. 345–356.

19 Der Prozess wurde zum Inhalt des Spielfilms „Feldmann Saken“ (Deutscher Titel: Der Fall Feldmann), der 1987 in die Kinos kam.

unterschlagen hatten. Generell lässt sich feststellen, dass die Beteiligung an Judenverfolgungen und -deportationen bei der rechtlichen Ahndung von Verbrechen während des Krieges nahezu völlig ignoriert wurde.<sup>20</sup>

Eine kritische Beschäftigung mit dem Holocaust, dem Antisemitismus und der Geschichte der Juden setzte erst 1996/1997 mit Beginn entsprechender Lehrangebote am Historischen Institut der Universität Oslo ein. Erst jetzt begann sich ein Bewusstsein für die Geschehnisse zu entwickeln. Gefördert wurde dieser Bewusstseinswandel zudem durch den 1999 von der norwegischen Nationalversammlung (Storting) gefassten Beschluss, individuelle und kollektive Restitutionsleistungen<sup>21</sup> zu gewähren. Dies führte wiederum zur Gründung des „Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Norway“ in Oslo, was den Prozess weiter befördert. Diese Veränderungen spiegelten sich schließlich in der Neujahrsansprache des Königs für das Jahr 2007.<sup>22</sup>

Wie konnte es dazu kommen, dass die Deportationen aus Norwegen in der norwegischen Erinnerungskultur ausgeblendet wurden? Der Historiker Hans Fredrik Dahl stellte schon 1971 in seinen „6 Mythen über die Okkupation“ fest, dass die Zeit der deutschen Besatzung „im Allgemeinen in positiven Werten“ erinnert und mit „Humor, Ernst, Wertbeständigkeit, nationaler Gemeinschaft, Einsatzwillen, Entfaltung ungeahnter positiver Eigenschaften und Ähnlichem“ assoziiert wurde, dass aber bestimmte Gruppen die Okkupationsjahre nicht so gut überstanden hatten, jedoch kein Interesse an ihrem Schicksal bestand.<sup>23</sup>

20 Per Ole Johansen, *På siden av rettsoppjøret*, Oslo 2006, S. 48. Noch 2004 wurde von Berit Nøkleby in einer Studie im Rahmen des Forschungsprojekts „Å overkomme fortiden“ die „Judenaktion“ ausschließlich als deutsche Angelegenheit dargestellt. Rød findet bei ihr keine Erwähnung, auch nicht, dass man sich seit n Nürnberger Prozessen nicht einer individuellen Verantwortung mit dem Hinweis auf Befehle von übergeordneter Stelle entziehen kann. Berit Nøkleby, *Krigsforbrytelser. Brudd på krigens lov i Norge 1940–45*, Oslo 2004, S. 135.

21 Siehe dazu NOU 1997: 22: *Indragning av jødisk eiendom i Norge under den 2. verdenskrig*; zugänglich im Internet: <http://www.regjeringen.no/nb/dep/jd/dok/NOUer/1997/NOU-1997-22.html?id=141043>

22 Zugänglich im Internet: [http://www.kongehuset.no/dt\\_kongehuset\\_newsstyle.asp?ogid=5&mgid=5&gid=501&aid=6397](http://www.kongehuset.no/dt_kongehuset_newsstyle.asp?ogid=5&mgid=5&gid=501&aid=6397)

23 Hans Fredrik Dahl, *6 myter om okkupasjonen*, in: *Kontrast* 25 (1971), 1–2, S. 57; Nachdruck in Hans Fredrik Dahl (Hrsg.), *Krigen i Norge*, Oslo 1974, S. 188.

Dahls Ausführungen sollen hier um zwei Aspekte erweitert werden: Erstens findet sich eine Erklärung in den Phantasmen einer vermeintlichen Andersartigkeit der Juden in weiten Teilen der norwegischen Bevölkerung und zweitens – und das gilt seit den 1960er Jahren – in einer veränderten Haltung Norwegens zum Staat Israel und einer damit verbundenen kollektiven Haftbarmachung der norwegischen Juden für die Politik der israelischen Regierung, die zu einer Art Tabuisierung des Themas führte. Dieser zweite Aspekt wurde bisher noch nicht untersucht und kann auch an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden.

Wie lassen sich die Vorstellungen von *den* Juden in einem Land erklären, in dem es kaum Juden gab? Um 1900 lebten in Norwegen ungefähr 1050 Juden, 1930 ca. 1369 und zur Zeit des Überfalls auf Norwegen 1940 ca. 2000, einschließlich jüdischer Flüchtlinge aus Zentraleuropa. Wer schuf die stereotypen Judenbilder, wer verbreitete sie? Gab es, wie in Schweden, eine „flourierende antisemitische Untervegetation“ (Valentin),<sup>24</sup> und wenn ja, wie dicht war sie? Als Ausgangspunkt liegt es nahe, zuerst nach den Akteuren und ihren Handlungen zu fragen.

## Stereotype Judenbilder in Norwegen

Betrachten wir das norwegische Grundgesetz von 1814, das allgemein als eines der progressivsten und demokratischsten seiner Zeit gilt,<sup>25</sup> so müssen wir feststellen, dass die Verfassung nicht alle Bürger gleich behandelte. Obgleich Juden sich bis dahin im Königreich Dänemark-Norwegen aufhalten und bewegen durften, verbot nun die hoch gelobte demokratische Verfassung von Eidsvold in Paragraph 2 Juden und Jesuiten den Aufenthalt im Lande. Der Ausschluss wurde 1851 nach einer mehrjährigen Debatte revidiert, die sich an der Forderung des Dichters Henrik Wergeland entzündete, den „Judenparagrafen“ aufzuheben. Die Furcht, dass es nun zu einer „Judeninvasion“ kommen könnte, bewahrheitete sich nicht. 1875 gab

24 Hugo Valentin, *Judarna i Sverige*, Stockholm 1964, S. 140.

25 Friedrich Engels wird häufig und gerne zitiert mit seiner Aussage: „Als in ganz Europa der Sieg über Napoleon sich als Sieg der Reaktion über die Revolution darstellte, [...] da fand Norwegen die Gelegenheit, sich eine Verfassung zu geben, weit demokratischer als irgendeine gleichzeitige in Europa.“ Zit. nach Marx Engels Werke, Bd. 22, Berlin 1974, S. 81: Antwort an Herrn Paul Ernst, 5. 10. 1890.

es in Kristiania (heute Oslo) 17 Juden. 1910 – nach den Pogromen im zaristischen Russland – lebten etwa 1000 Juden in Norwegen.

Ein anderer Zugang, der Frage nach den Akteuren und ihren Handlungen nachzugehen, besteht darin, in der Literaturrezeption und -interpretation die Empfänglichkeit verschiedener Kreise der norwegischen Öffentlichkeit für stereotype Bilder über Juden herauszuarbeiten. Welche Judenbilder es in Norwegen gab, verdeutlicht die Rezeption des Buches „Jøde og gojim“ („Juden und Goim“) des norwegischen Anwalts Eivind Saxlund, das 1910 in Kristiania erschien und danach drei weitere Auflagen erlebte. Saxlund, der sich auf Martin Luthers „Von den Juden und ihren Lügen“, Ludwig Holbergs „Jødiske Historie fra Verdens Begyndelse fortsat til disse tider“ („Jüdische Geschichte vom Beginn der Welt bis heute“), Houston Stewart Chamberlains „Grundlagen des 20. Jahrhunderts“ und Theodor Fritschs „Handbuch der Judenfrage“ berief, bediente sich aller gängigen Stereotypen: Die Juden streben nach Weltherrschaft, besitzen die Zeitungen, kontrollieren die Verlage, die Nachrichtenagenturen, die Literatur- und Kunstkritik, bilden Geheimgesellschaften, untergraben durch Spott, Liberalität, Materialismus, Kosmopolitentum, Modernität usw. „das Heilige“, das Ehrgefühl sowie das Gemeinschaftsgefühl mit Geschlecht und Rasse, Religion, Vaterlandsliebe, Treue usw.

Dieses Buch wurde, wie der Osloer Historiker Olaf Christensen gezeigt hat, als objektive und informative Schrift über die Juden betrachtet.<sup>26</sup> Die Mehrzahl der Rezensenten, etwa zwei Drittel, äußerte sich positiv über Saxlunds Elaborat. Die Pressereaktionen zeigen, dass die von Saxlund verbreiteten Stereotypen und antisemitische Haltungen zum „kulturellen Code“ gehörten, dass antisemitische Aussagen als neutral informierend aufgefasst wurden, als natürlich und objektiv. Das galt für große Teile der bürgerlichen Presse, aber auch für christliche Kreise. Der angesehene Pfarrer der Dreifaltigkeitskirche in Oslo, Hermann Lunde, meinte z. B., dass dieses Buch dazu beitragen könne, den Norwegern die Augen zu öffnen und zu zeigen, wie gefährlich der „materialistische jüdische Geist“ sei – bevor es zu spät ist.<sup>27</sup>

26 Olaf Sunde Christensen, *Jøde og gojim. Mottakelsen av et antisemittisk skrift fra 1910. Hovedoppgave i historie, Universitetet i Oslo 1998.*

27 *Tidens Tegn* vom 23. 12. 1910.



## Juden als Bedrohung bürgerlicher Werte: der Revolutionsjude oder der Judeo-Bolschewik

Der Erste Weltkrieg verstärkte die Furcht von einer „Judeninvasion“. Nils Kjær, bekannt und beliebt durch sein satirisches Theaterstück „Det lykkelige valg“ („Die glückliche Wahl“, 1913), zeichnete in der Zeitung „Aftenposten“ ein Schreckensbild von den „Ostjuden“ in den Judenvierteln von Warschau: „Diese Bevölkerung scheint Schmutz so auszusondern wie Schnecken ihren Schleim. [...] Die Straßen wimmeln von Menschen wie eine Kloake von Ratten.“<sup>28</sup>

Nicht nur in der Presse lässt sich ein zunehmender Antisemitismus feststellen,<sup>29</sup> sondern auch bei der Fremdenpolizei. Der Chef der Osloer Polizei, Johan Olaus Søhr, erweiterte das Spektrum der Bilder, wenn er von einem „bedeutenden Einmarsch dieser zweifelhaften oder vielleicht nicht zweifelhaften Individuen des internationalen Judentyps“ sprach, die sich durch Diebstähle aller Art bemerkbar machten, „schleimige, durchtriebene Verbrecher, die es verstehen, sich abzusichern [...]. Es sind keine ‚Landstreicherjuden‘, es sind Juden des Gentlemantyps, aber sie haben etwas Schätziges an sich.“<sup>30</sup> Später, als mitteleuropäische Juden um Aufnahme baten, schrieb Søhr in seinen Erinnerungen, dass „ganze Schiffsladungen“ ins Land gekommen seien und sich „allzu viele“ dieser „wenig erwünschten Individuen“ in Norwegen niedergelassen hätten.<sup>31</sup>

1918/19 tauchten neue Klischees auf, die des „bolschewistischen Juden“ und des „Revolutionsjuden“. Der Nachrichtendienst des norwegischen Generalstabes arbeitete mit drei verschiedenen Versionen: norwegische Juden, die verdächtigt wurden, Bolschewiken zu sein oder mit ihnen Verbindung zu haben, „Bolschewistenjuden“, die in Skandinavien unterwegs waren, und internationale „Bolschewistenjuden“, die in Moskau agierten oder anderswo für eine Revolution arbeiteten.<sup>32</sup> Jüdische reisende Hausierer wurden als potenzielle Spione betrachtet.

28 Aftenposten vom 22.4. 1917: „Denne befolkningen synes at udsondre smuds som sneglene sveder slim. [...] Gaderne yrer af mennesker som en kloak af rotter.“

29 Dazu: Mendelsohn, *Jødenes historie*, Bd. 1, S. 489.

30 Aftenposten vom 17. 12. 1917.

31 Joh. Søhr, *Bomber og spioner*, Oslo 1938, S. 26 f.

32 Dazu Per Ole Johansen, *Oss selv nærmest. Norge og jødene 1914–1943*, Oslo 1984, S. 30 f.

Den wohl bis dahin heftigsten Ausfall gegen Juden leistete sich 1918 der Maler Anders C. Svarstad, zu diesem Zeitpunkt noch Ehemann der Literaturnobelpreisträgerin Sigrid Undset, in der angesehenen Zeitschrift „Samtiden“ unter der Überschrift „Die Rache der Juden“.<sup>33</sup> Juden mobilisierten nach seiner Auffassung „Horden von Halbmenschen und Analphabeten“ für „Brandstiftung, Gewalt, Plünderungen und Mord, Mord, Mord“ und zur „Zerstörung der europäischen Kultur“. Die Wirkung dieses Artikels ist bisher nicht weiter untersucht worden, doch deutet einiges daraufhin, dass er zumindest von einem Teil der bürgerlichen Presse ernst genommen wurde.<sup>34</sup> Dass Marx, Trotzki, Béla Kun und andere führende Sozialisten und Kommunisten jüdischer Herkunft waren, paarte sich mit dem Schrecken über die Russische Revolution. Der Theologieprofessor Sigmund Mowinckel behauptete, der Kommunismus sei eine Religion mit Wurzeln im Judentum.<sup>35</sup>

„Aftenposten“, Sprachrohr der konservativen Handelsbourgeoisie, führte durch zahlreiche Berichte über „Bolschewistenjuden“ einen Kampf gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Juden, besonders gegen russische Juden, aber auch gegen die, die in Norwegen ansässig waren. So hieß es u. a. im September 1921: „Fast alle führenden Bolschewiken sind Juden.“<sup>36</sup> Über das Straßenbild in Kristiania wurde im Februar 1922 mitgeteilt: „Besonders die Klasse von Juden, die in den letzten Jahren die Stadt überschwemmt hat, ist keine Attraktion für sie, und sie hat so gesehen keinen Grund, Henrik Wergeland dankbar zu sein. Die Eigentümlichkeiten der Rasse sind nie zu verleugnen.“<sup>37</sup> Im Sommer 1924 lobte die Zeitung die Behörden, dass die Einreise für russische Juden erschwert worden war. Bei ihnen handele es sich um eine „Rasse, die sich nicht nur durch Knospung stark vermehrte“. „Aftenposten“ verglich den Zuzug von Juden nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Naturkatastrophe: Juden „überschwemmten“ das Land, kämen wie ein „Heringsschwarm“ und bald würde es weder die Universität noch die Nationalgalerie, weder Zeitungen noch Banken ohne Juden geben.<sup>38</sup> Das war ein Szenarium,

33 A. C. Svarstad, Jødernes hevn, in: Samtiden 1918, S. 305–325.

34 Vgl. dazu Israeliten 7 (1918); Johansen, Oss selv nærmest, S. 43.

35 Tidens Tegn vom 2. 8. 1924.

36 Aftenposten (aften) vom 27. 9. 1921.

37 Aftenposten (aften) vom 11. 2. 1922.

38 Aftenposten vom 3. 7. 1924.

das stark an Heinrich von Treitschkes „hosenverkaufende Jünglinge“ erinnerte, deren Nachfahren die Börsen und Zeitungen übernahmen.<sup>39</sup>

Aus Angst vor den bolschewistischen Juden forderte „Aftenposten“ die Behörden auf, fortlaufend über sie zu informieren, da diese Juden innerhalb Norwegens viele bolschewistische Helfer hätten, die „unsere bürgerliche und christliche Gesellschaft zerstören wollen“.<sup>40</sup> Angst und Schrecken in der Redaktion verbreitete im Juli 1924 die Nachricht, dass ein ganzer Eisenbahnzug mit angeblich 450 „Kommunistenjuden“ aus Zentraleuropa nach Oslo gekommen sei.<sup>41</sup>

Negative Charakteristika waren indessen nicht auf die bürgerliche Presse beschränkt. Es gab sie – wenngleich nur ausnahmsweise – auch innerhalb der Arbeiterpartei, wo im Zuge parteiinterner Auseinandersetzungen 1923 antisemitische Stereotypen mobilisiert wurden. In der Intellektuellenzeitschrift „Mot Dag“ wurden z. B. zwei jüdische Emissäre der Kommunistischen Internationale, August Thalheimer und Karl Radek, negativ als „schwarz, schmutzig (*svartmusket*)“ bzw. „Juden aus dem Krakauer Ghetto“ beschrieben<sup>42</sup> und damit Assoziationen an „Ostjuden“ und „Ghettogestank“ hergestellt.

## Juden als Konkurrenten: der Handelsjude

Die Kategorie der „Handelsjuden“ wurde in den Zwischenkriegsjahren um viele Varianten erweitert: Uhrenjude (*klokkejøde*), Wolljude (*uldjøde*), Klamottenjude (*tøyjøde*), Kleiderjude (*klesjøde*), Bekleidungsjude (*manufakturjøde*), Schacherjude (*sjakrejøde*), Geschäftsjude (*forretningsjøde*), Geldjude (*pengejøde*), kurz all die, die als ambulante Hausierer begannen, danach oft sesshaft wurden und einen kleinen Laden hatten, bis sie sich schließlich in einer bestimmten Branche, häufig im Textilbereich, etablierten. Unter den norwegischen Kaufleuten waren Juden –

39 Siehe dazu Heinrich von Treitschke, Unsere Aussichten, in: Karsten Krieger (Hrsg.), Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition, Bd. 1, München/New York 2003, S. 13 f.

40 Aftenposten vom 10. 7. 1924; Mendelsohn, Jødenes historie, Bd. 1, S. 560; Johansen, Oss selv nærmest, S. 45.

41 Aftenposten vom 26. 7. 1924; Mendelsohn, Jødenes historie, Bd. 1, S. 560 f.

42 Mot Dag vom 10. 2. 1923; Radek og andre.

und besonders reisende Juden – schlecht gelitten. Sie ließen sich, klagte 1922 ein nordnorwegischer Kaufmann in „Norges Kjøbmandsblad“, wie ein „Heuschreckenschwarm“ nieder.<sup>43</sup> Glaubt man den Berichten der Zeitschriften, gab es keine Grenzen für die Niederträchtigkeit dieser „Raubvögel“, die sich der norwegischen Bevölkerung mit minderwertigen Waren und unlauteren Geschäftsmethoden aufdrängten. Als zwei norwegische Landpolizisten 1926 von einem norwegischen und einem schwedischen Landstreicher ermordet wurden, gab es – so der Kriminologe Per Ole Johansen – keine Grenzen mehr für Beschuldigungen, die gegenüber jüdischen ambulanten Händlern erhoben wurden.<sup>44</sup> „Diebstähle, Mord und Vergewaltigungen“ wurden ihnen unterstellt.

„Norges Kjøbmandsblad“ registrierte jüdische Händler, sorgte dafür, dass sie bei der Polizei angezeigt wurden, und forderte indirekt zur Selbstjustiz auf.<sup>45</sup> Den Interessenverbänden des norwegischen Handelsstandes gelang es 1928, dass ihre Mitglieder vor Ort als Sachkundige von der Polizei herangezogen wurden, um die Geschäftsgebaren von reisenden Juden zu beurteilen. 1929 erreichten sie mit einem neuen Handelsgesetz eine wichtige Etappe, um die unerwünschte Konkurrenz auszuschalten.

## Juden als „Gäste“ und barbarische Tierquälter: Die Debatten um das Schächten

In den 1890er-Jahren kam es erstmals zu Debatten über das Verbot des Schächten. Das Thema wurde mehrfach im Storting behandelt, bis die Schlachtmethode schließlich 1929 mit 88 gegen 21 Stimmen verboten wurde – mehrere Jahre bevor die Nationalsozialisten ein entsprechendes Gesetz für Deutschland beschlossen. Es sollte sich zeigen, dass die von den Tierschützern geführte Debatte einen erheblichen antisemitischen Subtext hatte, in dem man die Juden u. a. als „Gäste“ im Lande definierte, ihre Religion als „barbarisch“ bezeichnete und zudem behauptete, „dass wir [die Norweger] mit Haut und Haar an sie [die Juden] verkauft sind“.<sup>46</sup>

43 Norges Kjøpmandsblad, 24 (1922); Johansen, *Oss selv nærmest*, S. 51.

44 Ebenda, S. 52.

45 Ebenda, S. 53.

46 Zit. nach Mendelsohn, *Jødenes historie*, Bd. 1, S. 582.

Die echten und falschen Tierschützer fanden in der Bauernpartei und in kirchlichen Kreisen Unterstützung. Jens Hundseid (Bauernpartei und 1932/33 Staatsminister) erklärte, dass er für Religionsfreiheit sei, aber: „Wir sind nicht verpflichtet, unsere Haustiere den Grausamkeiten der Juden auszuliefern, wir haben die Juden nicht in unser Land eingeladen und wir sind nicht verpflichtet, den Juden Tiere für ihre religiösen Orgien zu beschaffen.“<sup>47</sup> Der Osloer Bischof Johan Lunde und Domprobst Th. Freihow erklärten das Schächten als nicht notwendig für den „Kultus“ der Juden, und ein Gemeindepfarrer behauptete, dass einer „der reichsten jüdischen Geldmänner und Bankiers“ hinter den norwegischen Juden stehe. Es wurde ähnlich argumentiert wie im Fall des jüdisch-russischen Goldes, das die Arbeiterpartei angeblich aus Moskau erhielt.<sup>48</sup> Entsprechend der von Theodor W. Adorno konstatierten Flexibilität der antisemitischen Vorurteile<sup>49</sup> wurden Juden sowohl zu Kommunisten wie auch zu Kapitalisten gemacht, sie konnten sowohl Vertreter der „Moderne“ sein wie Barbaren und vom Christentum Besiegte.

Als das Parlament 1926 eine Gesetzesvorlage zum Schächten behandelte, meinte Polizeichef Søhr, der seit 1926 auch stellvertretender Vorsitzender und zwei Jahre später Vorsitzender des Verbandes der Tierschützer war, in einem Artikel in „Aftenposten“, Juden könnten nicht verlangen, dass Norweger ihre religiösen Vorschriften respektierten, wenn sie, die Juden, sie selbst nicht beachteten.<sup>50</sup> Die „altmodische, barbarische Handlung“ gegenüber Tieren könne eine christliche Gesellschaft nicht tolerieren. „Wir kämen sehr gut hier im Lande zurecht, wenn allerlei jüdische Handels- und Zwischenmänner fänden, dass sie das Land verlassen sollten. Hier gibt es genug Norweger, die handeln wollen“, stellte er mit drohendem Unterton fest.<sup>51</sup>

47 Zit. ebenda, S. 578.

48 Vgl. Johansen, *Oss selv nærmest*, S. 66, mit Hinweis auf *Dyrenes Beskytter*, Nr. 3 und Nr. 5, 1926.

49 Theodor W. Adorno et al., *The Authoritarian Personality*, New York 1950, S. 609–627.

50 *Aftenposten* vom 9. 6. 1927; *Israeliten*, September 1926. Søhrs Argument war, dass nur wenige Juden ihre Geschäfte am Schabbat schlossen.

51 *Aftenposten* vom 2. 8. 1926; Mendelsohn, *Jødenes historie*, Bd. 1, S. 580.

## Furcht vor „Verjudung“, Modernität und Heidentum: Israelmission

Während die führende Zeitung der laienkirchlichen Bewegungen, „Dagen“, in Bergen von Anbeginn kritisch zu den Judenverfolgungen im Dritten Reich Stellung nahm,<sup>52</sup> hatte die norwegische Israelmission, die der Historiker Einar Kjørven untersucht hat, ein ambivalentes Verhältnis zu den Juden. Sie bekannte sich zu dem Gründer der Judenmission in Deutschland, Franz Delitzsch, aber auch zu dem Berliner Hof- und Domprediger Adolf Stoecker, einem der führenden Antisemiten des Wilhelminischen Deutschland. Sie distanzierte sich von den zunehmenden Übergriffen in der ersten Phase nach Hitlers Machtübernahme, wollte aber nicht „die Berechtigung gewisser politischer Vorkehrungen gegen die Juden bestreiten“<sup>53</sup> und vertrat neben antijudaistischen Standpunkten zugleich auch die stereotypen Vorstellungen der Nationalsozialisten und anderer antisemitischer Kreise über Juden. Dabei wurden die Juden vor allem mit Geld, Macht, Streben nach Weltherrschaft, Kommunismus, Wurzellosigkeit, Schlauheit, Intellektualismus und Gefühlskälte assoziiert. Ihr Kosmopolitentum sei ihnen buchstäblich anzusehen.<sup>54</sup> Für Gisle Johnson, den bedeutendsten Missionar der Israelmission, der hauptsächlich in Rumänien und Ungarn arbeitete, waren Juden Menschen ohne feste Überzeugung: „Ein wirklich überzeugter Mensch hat nie Hintergedanken“, hieß es in einem seiner Artikel im „Missions-Blad for Israel“ (MFI).<sup>55</sup> „Weil Juden so wenig im Leben haben, von dem sie überzeugt sind, sind fast alle ihre Gedanken Hintergedanken.“ Zwei Jahre später stellt er fest: „*Selten* hat man einen Juden lachen sehen, jedenfalls nie mit dem gleichen freien Lachen wie unsere nordischen Völker. Aber lächeln können sie. Doch ist ihr Lächeln nicht immer ein gutes.“<sup>56</sup>

Für die Israelmission gehörten die Juden als das ursprünglich von Gott erwählte Volk auf der einen Seite zu den „bedeutendsten Völkern der Erde, waren die

52 André Andersen, *Bedehuskulturens forståelse av „jødespørsmålet“ 1933–1939*. Hovedoppgave i historie, Universitetet i Bergen 2004, passim.

53 Einar Kjørven, *Den norske Israelsmisjons syn på jødene i tidsrommet 1918–1942*. Hovedoppgave i historie, Universitetet i Oslo 2004, S. 28.

54 *Missions-Blad for Israel* (im Folgenden: MFI) vom 10. 11. 1921; Kjørven, *Den norske Israelsmisjons*, S. 49.

55 MFI vom 25. 6. 1930.

56 MFI vom 25. 5. 1932.

Aristokraten unter den Völkern“.<sup>57</sup> Andererseits waren sie auch Repräsentanten für „Modernität“, „modernes Heidentum“ und „Judifizierung“ – ein Begriff, der inhaltlich etwa dem der „Verjudung“ entsprach. Bei jeder sonstigen antisemitischen „Logik“ wurden jedoch diese Phänomene mit den „Ostjuden“ verbunden. So verkündete der Generalsekretär der Israelmission, Bjarne Hexeberg, im Sommer 1932 in einem Vortrag: „Statt des einfältigen christlichen Gehorsams unter Gottes Wort ist nun alles relativ, alles fließend, alles kann diskutiert werden. Aber all das ist auch echt jüdisch. Deshalb kann man [...] mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass unsere moderne Welt nach und nach *judaisiert* wird. In diesem Zusammenhang ist es auch sehr bezeichnend, was ein Deutscher mir sagte, als das Gespräch auf den Nationalsozialismus und dessen Judenhass kam: ‚Selbst wenn man die *Judenheit* aussrottete, so bleibt das *Judentum* bestehen‘. Es ist also eine Frage, ob nicht die moderne Kulturbewegung, die unter der Bezeichnung ‚modernes Heidentum‘ existiert, in ihrem inneren Wesen Judentum ist, zumindest in ihrer Anlage und Intention *jüdisch infiziert* ist.“<sup>58</sup>

Wenn Juden einmal verteidigt wurden, z. B. gegen die bekannte antisemitische Konnotation Jude gleich Kommunist, hieß es bei Johnson: „Man kann sich darüber wundern, dass es gerade der Kommunismus ist, dem sie anhängen. Denn die Juden sind in ihrem Herzen wirklich nicht kommunistisch veranlagt, im Gegenteil, sie sind ausgeprägte Kapitalisten.“ Die Koinzidenz von Kapitalismus und Kommunismus erklärte Johnsons mit „Enttäuschung, Verbitterung, der ewigen inneren Unruhe, die immer mit etwas experimentieren und neue Chancen und neue Wege ausprobieren muss“.<sup>59</sup>

## Angst vor einem Dammbbruch und einer „Judeninvasion“ nach 1933: Parteien und Bürokratie

Hitlers Deutschland wurde von der bürgerlichen Presse begrüßt. Man feierte den Diktator als „freien Mann“<sup>60</sup> und bagatellierte die Maßnahmen gegen die Juden oder sah sie als berechtigt an. So schrieb beispielsweise „Aftenposten“ im April 1933

57 Kjørven, Den norske Israelsmisjons, S. 54.

58 MFI vom 25. 2. 1933.

59 MFI vom 25. 10. 1933.

60 Morgenbladet vom 9. 3. 1933.

über „angebliche Judenverfolgungen“ und warnte vor „übertriebener Sympathie, die diese Söhne Israels kaum verdienen“.<sup>61</sup> Als der streitbare Arzt und Gerichtspsychiater Johan Scharffenberg 1936 anregte, verfolgte Juden in Norwegen aufzunehmen, wies „Aftenposten“ zur Genugtuung der Deutschen Gesandtschaft diesen Vorschlag mit dem Hinweis darauf ab, „dass die Juden aus guten und recht erklärlichen Gründen eine Rassensolidarität üben, die sie sehr oft sachliche Rücksichten beiseite setzen lässt, wenn die Frage nach Arbeit oder anderen Vorteilen entsteht“.<sup>62</sup> Der ehemalige außenpolitische Mitarbeiter von „Aftenposten“, Einar Woxen, stellte 1936 fest, dass nicht die kleinen rechtsextremen Publikationen die Gefahr für eine „Volksvergiftung“ – so der Titel seines Artikels – bildeten: „Die eigentliche Gefahr liegt in der Vergiftung der Begriffe, wie sie täglich von den großen bürgerlichen Zeitungen ausgeht, und in der Art und Weise, wie diese die Ereignisse aus dem Ausland servieren und kommentieren.“<sup>63</sup>

Zu einem deutlichen Umschwung kam es erst in Verbindung mit den Novemberpogromen 1938. Die Zeitung „Nationen“ hielt jedoch weiter daran fest, dass die Juden selbst an ihrem Schicksal Schuld hätten.<sup>64</sup> Eine ähnliche Haltung vertrat der Theologieprofessor Olaf Moe in der Zeitschrift der Israelmission, als er über die angeblichen Machtansprüche und das Streben nach Weltherrschaft der Juden räsonierte und behauptete, dass die „Juden wirklich ein gutes Stück auf dem Weg waren, die Welt finanziell und intellektuell zu erobern“, um schließlich hinzuzufügen: „Welche Macht haben sie nicht in Deutschland und Österreich gehabt!“<sup>65</sup> Zwar kritisierte die Israelmission die Judenpolitik der Nationalsozialisten in Deutschland, aber gleichzeitig betonten ihre führenden Männer, dass man „nicht die Berechtigung gewisser politischer Vorkehrungen gegenüber den Juden bestreiten wolle“<sup>66</sup> und die „Juden auch nicht ohne Schuld“ an ihrer Lage seien.<sup>67</sup>

61 Aftenposten vom 4. 4. 1933.

62 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Auswärtiges Amt, Inland II A/B, Akten betreffend Juden in Norwegen 1935–1943, Schreiben Deutsche Gesandtschaft Oslo/Rohland an AA, 18. 3. 1936.

63 Einar Woxen, Folkeforgifning, in: Samtiden, Bd. 47, 1936, S. 422 f.

64 Nationen vom 22. 11. 1938.

65 MFI vom 10. 12. 1938; Kjørven, Den norske Israelmisjons, S. 33.

66 MFI vom 10. 9. 1933: Beschluss der Jahresversammlung der Norwegischen Israelmission vom Sommer 1933.

67 MFI vom 10. 11. 1938: Christian Ihlen, Guds kall – vår svikten!



Angesichts des Bildes, das die bürgerliche Presse vermittelte, kann es nicht verwundern, dass auch die Beamtenschaft die Lage der Juden in Deutschland nach 1933 völlig falsch einschätzte und dass Skepsis gegenüber den Juden und fremdenfeindliche Haltungen ihre Entscheidungen beeinflussten, wenn es um Aufenthalts- und Asylanträge ging.<sup>68</sup> Ein immer wiederkehrendes Argument für eine Ablehnung lautete: „Er ist nicht besonders verfolgt, abgesehen davon, dass er Jude ist.“ Jüdischen Flüchtlingen wurde unterstellt, dass sie die „deutschen Probleme“ „ausnutzen“ wollten.<sup>69</sup> Selbst nach den Novemberpogromen war für „gewöhnliche Juden, die aus Furcht oder wegen fehlender Arbeitsmöglichkeiten Deutschland gerne verlassen wollen“, in Norwegen kein Platz.<sup>70</sup> Die abweisende Haltung ist mit Protektionismus, Skepsis gegenüber Fremden, dem Gefühl, selbst klein und machtlos zu sein, und mit der Rücksichtnahme auf Handelsinteressen erklärt worden,<sup>71</sup> aber sie spiegelt auch die latenten internalisierten antisemitischen Vorurteile, die nicht als antisemitisch erkannt wurden. So übernahmen die Behörden 1938 das von den Antisemiten konstruierte Bild bestimmter „jüdischer“ Körpermerkmale kritiklos, als sie begannen, Nasen und Ohren zu fotografieren, um einer möglichen jüdischen Herkunft auf die Spur zu kommen.<sup>72</sup> Darüber hinaus wurden Befürchtungen instrumentalisiert, dass die Aufnahme von Juden den latenten Antisemitismus in der Bevölkerung aktivieren könnte.

Das Verständnis der Presse für die nationalsozialistische Politik bzw. deren Bagatellisierung durch die Behörden zeugen von einer Internalisierung der Stereotypen. Die tief verwurzelten Vorstellungen von unlauteren Geschäftsmethoden und einem angeblichen Streben nach wirtschaftlicher Macht führten dazu, dass Juden, die durch die „Arisierung“ ihr Hab und Gut verloren hatten, keine Einreise nach Norwegen erhielten. So wurde Norwegen neben der Sowjetunion das Land mit dem

68 Siehe dazu Einhart Lorenz, *Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943*, Baden-Baden 1992, S. 44 ff., 284 ff.

69 Johansen, *Oss selv nærmest*, S. 94.

70 RA [Reichsarchiv] Oslo, Internes Notat des Justizministeriums, 7. 7. 1939, zit. nach Johansen, *Oss selv nærmest*, S. 123.

71 Harald Skjønberg, *En flyktningepolitikk utvikles. Norsk politikk overfor tyske flyktninger 1933–1940. Hovedoppgave i historie*, Universitetet i Oslo 1981.

72 Siehe dazu RA Oslo, Justisdept., Politikontoret: *Flyktninger 1937 og 1938: Brief Flyktningsskomiteen an Trygve Lie*, 28. 2. 1938; auch Willy Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*, Hamburg 1982, S. 80.

niedrigsten Prozentsatz deutschsprachiger jüdischer Flüchtlinge. Die wenigen, die Aufnahme fanden, konnten in einer Krisensituation nur mit minimaler Solidarität rechnen. Da allgemein und sicher nicht unbegründet bei einer Aufnahme jüdischer Flüchtlinge mit einem Anwachsen des Antisemitismus gerechnet wurde, traf dies auch die in Norwegen ansässigen Juden, die schon vorher stigmatisiert in einem mauerlosen Ghetto lebten.<sup>73</sup>

Der Antisemitismus in Norwegen ist nicht mit dem in Deutschland, Österreich, Frankreich, im zaristischen Russland, in Polen, Rumänien oder Ungarn gleichzusetzen. Es gab keine Pogrome, keine Schilder „Juden unerwünscht“, keine „Judenbänke“ und Quotenregelungen an den Universitäten, keine Fluten von antisemitischen Büchern und Broschüren, keine physischen Übergriffe und nur ganz vereinzelt antisemitische Flugblätter und Schmierereien. Die offenen Antisemiten blieben immer eine Minderheit. Auch existierte durchweg eine linke und liberale Öffentlichkeit. Aber wenn wir – mit Adorno – Antisemitismus als „Gerücht über die Juden“ verstehen,<sup>74</sup> gab es ohne Zweifel einen Antisemitismus im Lande. Es bestand neben einer allgemeinen Gleichgültigkeit auch ein verbreitetes Gefühl, dass die Juden Fremde seien, die eine Bedrohung für Norwegen darstellten. Gleichgültigkeit und kulturelle Distanz aber sollten wesentliche Voraussetzungen für die norwegische Beteiligung an den Deportationen werden.<sup>75</sup>

Niemand kann behaupten, dass die Arbeiterpartei, die Konservativen (*Høyre*) und die Liberalen (*Venstre*) antisemitische Parteien waren, aber dennoch finden wir bei ihnen und weit stärker noch in der Bauernpartei antisemitische Stereotypen. In der Arbeiterpartei kursierten, wenn auch in geringem Umfang, Vorstellungen vom „Geldjuden“<sup>76</sup> oder vom betrügerischen Juden, die in dem Blatt „Hvepsen“ „humoristisch“ popularisiert wurden. Die liberale Partei *Venstre* hatte einen Justizminister, der meinte, man müsste einen „Damm“ gegen eine Judeninvasion errichten, als ein Jude seinen Bruder aus Litauen nach Norwegen holen wollte.<sup>77</sup> In der Arbeiterpartei

73 Dazu das Beispiel des Zigarettenfabrikanten Moritz Glott: Nic. Stang, Omkring 1940 – og legenden om den norske motstand, in: Kontrast 1 (1966), S. 57.

74 Theodor W. Adorno, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt a. M. 1980, S. 123.

75 Nils Johan Ringdal, *Mellom barken og veden. Politiet under okkupasjonen*, Oslo 1987, S. 244, 249.

76 Johansen, *Oss selv nærmest*, S. 65.

77 Ebenda, S. 59 f.

gab es Stimmen wie die des Justizministers und der Ministerialbürokratie, die Angst vor einer „Judeninvasion“ hatten und jüdische Kinder nicht ins Land einreisen lassen wollten, da man sie nicht wieder loswürde und sie einen „jüdischen Einschlag in unserem Volk“ bildeten.<sup>78</sup>

Die stärksten antisemitischen Haltungen gab es ohne Zweifel bei der Bauernpartei und dem mit ihr verbundenen Bauernverband mit ihren Vorstellungen vom „internationalen Judenkapital“. Die der Partei nahe stehende Zeitung „Nationen“ berichtete über die enorme Macht der Juden in Deutschland, wie sie die deutsche Bevölkerung „aussaugten“ und wie sich das deutsche Volk aus „Verzweiflung und Chaos erhob“, um sein Leben zu retten.<sup>79</sup> Sie schrieb über das „religiöse Barbarentum“ der Juden,<sup>80</sup> über die Verbindung von Juden, Kommunismus und Großstadt und davon, dass man nicht das Glück des eigenen Volkes opfern dürfe, indem man jüdische Flüchtlinge im Lande aufnehme.<sup>81</sup> Der Politiker der Bauernpartei, Jens Hundseid, sprach über unterschiedliche Rassenqualitäten und warnte, zwei Jahre bevor er Regierungschef wurde, vor Einwanderung, die zu Rassenmischung führen könnte.<sup>82</sup>

Von staatlicher Seite wurden Gesetze eingeführt, die sich gegen Juden richteten. 1920 erschien das antisemitische Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ in Kristiania. Es gab antisemitische Karikaturen in Zeitungen und Witzblättern, die stereotype Vorstellungen reproduzierten – vom kleinen Betrüger und dem schmutzigen, aber reichen Juden bis hin zum jüdischen Diplomaten oder Verbrecher. Wie der Historiker Nils Johan Ringdal in seinen Interviews mit 80 Polizisten der Kriegsjahre erfuhr, meinten zahlreiche Polizisten, dass Juden nicht nur eine andere Kultur hätten, sondern auch anders röchen und ein lautes Benehmen hätten.<sup>83</sup> Es gab eine Hauptstadt, die 1925 einem neuen jüdischen Religionslehrer den Aufenthalt in der Stadt verweigerte – denn wozu benötigten die Juden ihn eigentlich?<sup>84</sup>

78 RA Oslo, JD, Politikontor, Flyktninger, jnr. 1–1300/1938; siehe auch Lorenz, *Exil in Norwegen*, S. 288.

79 Nationen vom 8. 9. 1936.

80 Nationen vom 1. 6. 1929.

81 Nationen vom 3. 6. 1938.

82 Stortingstidende vom 3.4. 1930, S. 1002, auch Mendelsohn, *Jødenes historie*, Bd. 1, S. 561 f.

83 Nils Johan Ringdal, *Mer om de norske jødene*, in: *Dagbladet* vom 16. 3. 1987.

84 Hans Fredrik Dahl, *Flaut å være norsk*, in: *Dagbladet* vom 11. 9. 1984.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, dass Juden nicht als Teil der Gemeinschaft der Norweger galten. Die Juden selbst hingegen glaubten, Teil der norwegischen Gesellschaft geworden zu sein. Diese Diskrepanz führte dazu, dass Juden in einer Art „dritten Sphäre“ lebten, zwischen zwei Welten.<sup>85</sup> Der Versuch der jüdischen Gemeinden, durch Ermahnung zu korrektem Auftreten und Zurückhaltung von der Gesellschaft akzeptiert zu werden, war fehlgeschlagen. Andererseits gab es in Teilen der Mehrheitsgesellschaft durchaus eine Empathie mit dem Nachbarn, den man kannte und dem man zu helfen bereit war. Manche nahmen ein hohes Risiko auf sich und versteckten Juden oder verhalfen ihnen zur Flucht über die Grenze nach Schweden. Aber Juden wurden nicht als Teil der nationalen Gemeinschaft akzeptiert, und demzufolge waren sie auch nicht Teil der Kriegsgeschichte Norwegens.

Antisemitismus wurde im Allgemeinen als ein deutsches Phänomen gesehen. In Norwegen konnte man sich schließlich auf den Dichter Henrik Wergeland und dessen Gedicht „Jøden“ (1842) berufen. Der Lyriker und sein Gedicht übernahmen in Norwegen die gleiche Funktion wie Lessing und „Nathan der Weise“ in Deutschland. Mit ihrer Hilfe wurden nicht nur das Selbstverständnis der liberalen Kräfte der Mehrheitsgesellschaft und ihr Bild von den „Anderen“ konstituiert, sondern auch die Illusion der assimilationswilligen Juden von der Liberalität der Mehrheitsgesellschaft.

Wenn in Norwegen überhaupt die Existenz von Antisemitismus zugegeben wurde, dann bezog sich dieser auf die kompromisslosen Antisemiten, also auf Quislings *Nasjonal Samling*, Norwegens nationalsozialistische Arbeiterpartei, Zeitschriften wie „Fronten“ oder „Ragnarok“ und Akteure wie Eivind Saxlund, Halldis Neegård Østbye und Mikal Sylten und dessen „Nasjonalt Tidsskrift“.<sup>86</sup> Das Interesse

85 Mit dem Begriff der „dritten Sphäre“ arbeitet Shulamit Volkov, *Das jüdische Projekt der Moderne*, München 2001, S. 123. Ich verwende diesen Begriff hier in Anlehnung an Volkov, wenngleich das jüdische Bürgertum im Kaiserreich nicht mit der jüdischen Bevölkerung in Norwegen verglichen werden kann, die erst im Begriff war, ins Bürgertum hineinzuwachsen.

86 Die erste Kritik an diesem Verständnis von Antisemitismus in Norwegen kam von Per Ole Johansen, *Norsk embedsverk og jødiske innvandrere og flyktninger 1914–1940*, in: Gunnar Broberg/Harald Runblom/Mattias Tydén (Hrsg.), *Judiskt liv i Norden*, Uppsala 1988, S. 287 ff. Vertiefend zu den Randphänomenen: Terje Emberland, *Antisemittismen i Norge 1900–1940*, in: Trond Berg Eriksen/Håkon Harket/Einhart Lorenz, *Jødehat. Antisemittismens historie fra antikken til i dag*, Oslo 2005, S. 401 ff.; Dag O. Bruknapp, *Ideene splitter partiet. Rasespørsmålets betydning i NS's utvikling*, in: Rolf Danielsen/Stein

galt Randerscheinungen und einzelnen Akteuren, nicht dem Antisemitismus der Mitte, wie er in führenden bürgerlichen Zeitungen, bei Vertretern der Kirche, bei Behörden und in Organisationen verschiedenster Art festzustellen ist. Letzteren wollte man nicht sehen oder sah ihn nicht, weil die Konstruktion des „Anderen“ zur Konstruktion der eigenen Identität gehörte, zum nationalen Wertesystem und zu tief verwurzelten Vorstellungen von „den Juden“. Die weitgehende Weigerung, nach 1933 jüdische Flüchtlinge in Norwegen aufzunehmen, wurde mit der späteren Mitgliedschaft des Chefs der norwegischen Fremdenpolizei, Leif Konstad, in der *Nasjonal Samling* erklärt, doch setzte er nur die Politik um, die von den Politikern vorgegeben wurde.

Betrachtet man, wie Juden in Norwegen ihre Situation aufgefasst haben, entsteht ein anderes Bild. Oskar Mendelsohn, der in seiner Geschichte der Juden in Norwegen äußerst zurückhaltend mit Kritik ist, schreibt wiederholt vom Anwachsen des Antisemitismus im Lande. Noch deutlicher wird das Bild in den jüdischen Zeitschriften, besonders in „Israeliten“. Aufforderungen, ein gutes Benehmen zu demonstrieren, um der antisemitischen Propaganda kein Wasser auf die Mühlen zu schütten, zeugen von der Furcht, den latenten Antisemitismus, mit dem die Juden in Norwegen konfrontiert wurden, zu verstärken.<sup>87</sup> Im August 1917 kritisierte ein in Oslo ansässiger Jude, dass jüdisch-russische Flüchtlinge meinten, sie seien weiterhin in Russland und nicht in Norwegen.<sup>88</sup>

Obgleich sich führende Politiker der regierenden Arbeiterpartei für die Aufnahme von Holocaustüberlebenden, den Displaced Persons, aus Lagern in den britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands und aus Polen engagierten,<sup>89</sup> sollte diese Politik nicht vorschnell als Spiegelung eines Umdenkens

Uglevik Larsen (Hrsg.), *Fra idé til dom. Noen trekk fra utviklingen av Nasjonal Samling*, Bergen/Oslo/Tromsø 1976, S. 9–47; Rikard Andre Toftesund, „Da allt folket skulde tro løgner“ – Halldis Neegård Østbye. Antisemittisk ideolog i Nasjonal Samling. Hovedoppgave i historie, Universitetet i Bergen 2001; Kristin Brattelid, Mikal Sylten. Et antisemittisk livsprosjekt. Hovedoppgave i historie, Universitetet i Oslo 2004.

87 Lea Levin in *Israeliten* vom mai 1917.

88 *Israeliten* vom August 1917.

89 Vgl. dazu Synne Corell, „vårt lille plaster på krigens sår“. Norges mottak av jødiske „displaced persons“ og arbeidere mellom 1946 og 1950. Hovedoppgave i historie, Universitetet i Oslo 2000; dies., „Unser kleines Pflaster auf die Wunden des Krieges“, in: *NordeuropaForum* 1 (2002), S. 43–58.

in der Bevölkerung interpretiert werden. Sie war wohl eher Ausdruck von Dankbarkeit für die Hilfe, die das Jewish Labor Committee of America Norwegen hatte zukommen lassen.<sup>90</sup> In der Bevölkerung stieß das Bemühen, die Jüdischen Gemeinden durch Holocaustüberlebende zu stärken, häufig auf Skepsis und Ablehnung. Laut einer Meinungsumfrage vom Juli 1947 gab über ein Viertel der Befragten an, dass diese Entscheidung falsch war.<sup>91</sup> Antisemitische Haltungen nach dem Krieg waren in Norwegen verbreiteter als in den 1930er-Jahren.<sup>92</sup> Ein Zionist machte im „Arbeiderbladet“ auf einen verdeckten Antisemitismus aufmerksam, der u. a. darin zum Ausdruck komme, dass an Juden andere Maßstäbe, d. h. strengere Forderungen gestellt würden als an andere Menschengruppen.<sup>93</sup>

Nicht Historiker, die sich des Themas annahmen, haben ein Umdenken ausgelöst, sondern der Journalist Bjørn Westlie, der in „Dagens Næringsliv“ dokumentierte, wie sich der Staat am liquidierten jüdischen Eigentum bereichert hatte.<sup>94</sup> Westlies Artikel setzte einen Prozess in Gang, der zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses führte (Skarpnes-utvalg), dessen Ergebnisse am 23. Juni 1997 vorlagen. Der Ausschuss konnte sich nicht auf ein einheitliches Votum einigen, was zu heftigen Debatten führte. Das Parlament schloss sich dem Votum der Minderheit an und beschloss 1999 eine individuelle und kollektive Restitutionszahlung von 450 Millionen norwegischen Kronen (58 Millionen Dollar). 44,5 % wurden an Personen individuell ausbezahlt, 33,4 % waren kollektive Zahlungen an die Gemeinden in Oslo und Trondheim, 13,4 % gingen an jüdische Institutionen und Projekte außerhalb Norwegens und 9 % bildeten das Grundkapital für das im August 2006 in Oslo eröffnete Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Norway.

- 90 Siehe dazu u. a. Haakon Lie, *Krigstid 1940–1945*, Oslo 1982; Jack Jacobs, *Ein Freund in Not. Das Jüdische Arbeiterkomitee in New York und die Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern, 1933–1945*, Bonn 1993, Corell, „vårt lille plaster på krigens sår“, S. 42 f.
- 91 Bjørn Alstad (Hrsg.), *Norske meninger*, Bd. 1, Oslo 1969, S. 139 f.
- 92 Margot Cappelen im Gespräch mit dem Autor, 13. 10. 1985.
- 93 *Arbeiderbladet* vom 10. 6. 1947: L. Porszolt, *Antisemittisme og zionisme*.
- 94 *Dagens Næringsliv* vom 27. 5. 1995: Bjørn Westlie, *Hvordan nordmenn robbet de norske jødene*.

---

## FLUCHT UND EXIL

---



## Irakisches Exil in Deutschland

Als am 9. April 2003 die Bilder der stürzenden Statuen Saddam Husseins aus Bagdad um die Welt gingen, war dies mehr als ein gekonnter Coup medialer Inszenierungskunst. Bei den im Ausland vor den Fernsehern vereinten Exil-Irakern, die das Geschehen auf den Bildschirmen verfolgten, entfalteten die Bilder eine ungeheure Symbolkraft. Der Anblick des stürzenden Diktators löste enorme Emotionen aus, hatten viele doch nicht mehr daran geglaubt, dass diese Diktatur je ein Ende nehmen würde. Denn Saddam Hussein hatte seine Söhne bestens darauf vorbereitet, ihn irgendwann einmal zu beerben.

### Die Diktatur Saddam Husseins

Bis zum Ende der Saddam-Ära hatten schätzungsweise drei bis vier Millionen Iraker ihr Heimatland seit 1968 verlassen müssen, nachdem sich die faschistische Baath-Partei an die Macht geputscht hatte. Von Anfang an sahen die Baathisten ihre natürlichen Feinde in all jenen Gruppen, die sich ihrer nationalistischen, pan-arabischen Ideologie widersetzten. Dazu gehörten, neben den Kurden, die etwa ein Fünftel der irakischen Bevölkerung ausmachen, natürlich die Kommunisten, die zum Zeitpunkt der Machtergreifung der Baathisten eine starke politische Kraft im Irak waren. Zugleich nahm das neue Regime auch die schiitisch-islamische Oppositionsbewegung ins Visier. Aber auch sunnitische Geistliche blieben nicht verschont, wenn sie sich dem Baath-Regime verweigerten.<sup>1</sup> Die historisch gewachsene

1 Vereinfacht gesagt, geht die Spaltung der Muslime in Sunniten und Schiiten auf Streitigkeiten bezüglich der Nachfolge des Propheten Mohammed zurück. Die Schiiten, die etwa 15–20 % aller Muslime ausmachen, sind dabei unterlegen und wurden seitdem immer wieder von der islamischen Orthodoxie als Häretiker verfolgt. Nur in Iran, im Irak, im Libanon und in Bahrain stellen die Schiiten die Mehrheitskonfession dar, was im Irak dazu

Diskriminierungserfahrung der Schiiten bewirkte, dass sich aus ihren Reihen überproportional viele Anhänger sozialrevolutionärer Bewegungen rekrutierten, wie auch im Falle der Irakischen Kommunistischen Partei.

Das Baath-Regime ging von Beginn an mit äußerster Brutalität gegen seine vermeintlichen und tatsächlichen Gegner vor. Die Liste seiner Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung ist endlos, es seien an dieser Stelle nur einige Beispiele der Maßnahmen genannt, mit denen jeglicher Widerstand bereits im Keim erstickt werden sollte: Als es der Baath-Partei 1963 durch einen blutigen Putsch schon einmal gelang, die Macht für einige Monate an sich zu reißen, setzte eine Verfolgung von Kommunisten und demokratischen Kräften ein, der 7000 bis 10 000 Menschen zum Opfer fielen. Es kam zu Massenverhaftungen und -exekutionen in provisorischen Internierungslagern, die in Sportstadien und öffentlichen Gebäuden eingerichtet wurden.

Bereits 1971 begann die Regierung, missliebige Schiiten in den Iran auszuweisen, mit der fadenscheinigen Begründung, sie seien ursprünglich persischer Abstammung. 1977 wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach „alle Personen, die im Politischen, Ökonomischen oder Intellektuellen eine feindliche Einstellung gegenüber der Revolution [Staatsstreich der Baath-Partei] und ihrem Programm erkennen lassen, nicht länger die Rechte eines irakischen Staatsbürgers besitzen“.<sup>2</sup> Verbunden mit einem solchen Entzug der Staatsbürgerschaft sind bis Anfang der 80er-Jahre ca. eine viertel Million Iraker in den Iran deportiert worden. Die Betroffenen wurden oftmals ohne Vorwarnung aus ihren Häusern abgeholt, mussten ihr gesamtes Hab und Gut zurücklassen, wurden auf Lastwagen abtransportiert und hinter der irakisch-iranischen Grenze im Niemandsland abgesetzt. Dabei wurden die Söhne der Familien oft von ihren Angehörigen getrennt und von der Geheimpolizei ermordet.<sup>3</sup>

Sippenhaft und Bestrafung ganzer Familien war eine wirksame Methode, oppositionelle Kräfte einzuschüchtern. Eine besonders perfide Vorgehensweise stellte dabei

führte, dass seit der Staatsgründung 1921 eine sunnitische Minderheit über eine arabisch-schiitische Mehrheitsbevölkerung herrschte und den Schiiten konsequent der Zugang zu bestimmten Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens versperrt blieb.

2 Gesetz Nr. 35 von 1977.

3 Interview mit Munir K., 18. 2. 2007. Allen Interviews wurde ein Gesprächsleitfaden zugrunde gelegt. Auf Wunsch der meisten Interview-Partner sind ihre Namen zum Teil geändert bzw. anonymisiert.

die systematische sexuelle Folter und Vergewaltigung von Frauen in Gegenwart ihrer männlichen Angehörigen dar. Mittels eines ausgeklügelten Repressionsapparates aus einer Vielzahl von Geheimdiensten, die sich gegenseitig kontrollierten, baute Saddam Hussein, der nach dem Putsch zunächst Vize-Präsident war und sich erst 1979 die unumschränkte Alleinherrschaft sicherte, eine „Republik der Angst“ auf.<sup>4</sup> Bespitzelung und Denunziation nahmen ungeheure Ausmaße an. In Anlehnung an Stalin brüstete Saddam sich damit, von der Absicht einer Verschwörung zu wissen, noch bevor es der Verschwörer selbst wüsste. Von dieser Überzeugung ausgehend ließ er in regelmäßigen Abständen Säuberungen innerhalb der eigenen Reihen durchführen, wobei ranghohe Parteifunktionäre gezwungen wurden, die Hinrichtungen ihrer Parteigenossen eigenhändig auszuführen. Die Exekutionen wurden gefilmt, wodurch der Diktator sich der lebenslangen Abhängigkeit seiner Gefolgsleute versicherte, denn durch ihre dokumentierte Schuld war ihr eigenes Schicksal von da an mit dem seinen verbunden. Immer wieder ließ Saddam Hussein Oppositionsführer und Geistliche zur Abschreckung ihrer Anhänger hinrichten, wie auch im Falle des sunnitischen Scheichs Abdel Aziz al-Badri oder des schiitischen Ayatollahs Mohammed Bakr al-Sadr, einem international rezipierten islamischen Gelehrten und Begründer der Daawa-Partei und seiner Schwester Bint al-Hudda, einer berühmten Schriftstellerin.

Am verheerendsten waren aber das Vorgehen des Regimes gegen die Kurden während der sogenannten Anfal-Kampagne und die Massaker an den schiitischen Bewohnern der südlichen Marschgebiete. Diese Vorgänge besaßen durchaus einen genozidalen Charakter. Von Anfang an hatte die Baath-Regierung die Kurden, die seit der Staatsgründung des Iraks für ihre Selbstbestimmung kämpften, brutal unterdrückt. Am Ende des ersten Golfkrieges wurde 1988 eine militärische Offensive in Kurdistan, also im Norden des Iraks, gestartet, die den Namen „Anfal“, arabisch „die Beute“, trug. Als Vorwand nutzte das Regime den Vorwurf der kurdischen Kollaboration mit dem Iran. Im Zuge dieser Offensive wurden circa 80 % der ländlichen Siedlungen Kurdistans systematisch zerstört und etwa 182 000 Menschen verschleppt und ermordet.<sup>5</sup>

- 4 So auch der Titel des englischsprachigen Standardwerks von Kanan Makiya über die Diktatur Saddams: *Republic of Fear. The Politics of Modern Iraq*, Berkeley/Los Angeles/London 1998<sup>2</sup>.
- 5 Vgl. Carole A. O’Leary, *The Kurds of Iraq: Recent History, Future Prospects*, in: *Middle East Review of International Affairs* 6 (2002), 4, S. 18.

Als sich 1991 die irakische Armee am Ende des zweiten Golfkrieges aus Kuwait zurückziehen musste, kam es zu einem landesweiten Aufstand von Kurden und Schiiten. Im Norden errichteten die Alliierten nach anfänglichem Zögern eine Schutzzone und verhalfen damit der kurdischen Bevölkerung bereits 1991 zu der ersehnten Autonomie. Im Süden ließen sie hingegen aus Angst vor einer Machtübernahme der Schiiten die Aufständischen im Stich und hoben zeitweilig sogar das Flugverbot für die irakische Luftwaffe auf, sodass die Regierung den Aufstand brutal niederschlagen konnte.<sup>6</sup> Die Panzer der Republikanischen Garde, die dabei zum Einsatz kamen, waren mit dem Schriftzug „Keine Schia mehr nach dem heutigen Tag“ versehen.<sup>7</sup>

Zur Bestrafung der rebellierenden Schiiten ließ Saddam Hussein die Marschen, das etwa 20 000 Quadratkilometer umfassende fruchtbare Sumpfgebiet im Mündungsbereich von Euphrat und Tigris, trockenlegen und entzog der dort lebenden Bevölkerung auf diese Weise jegliche Existenzgrundlage. Das Regime offenbarte den Charakter seiner Vorgehensweise gegen die schiitischen Marscharaber unverhohlen, indem es einen der großen Entwässerungskanäle in Anlehnung an die Kurdenoffensiven „Anfal 3“ nannte.<sup>8</sup> Von ca. einer halben Million Menschen blieben nach der systematischen Trockenlegung nur 20 000 Bewohner in der Region zurück.<sup>9</sup> Mehr als 450 000 Schiiten waren den mit der Niederschlagung des Aufstandes einhergehenden Zwangsumsiedlungen und Massenerschießungen zum Opfer gefallen oder in den Iran geflohen. Nach dem Sturz Saddam Husseins wurden im ganzen Irak fast täglich neue Massengräber mit den sterblichen Überresten von Opfern des Baath-Regimes entdeckt.

6 Vgl. „Es wird nur noch Asche sein“, in: *Der Spiegel* vom 8. 4. 1991, S. 174.

7 Vgl. Dhia al-Dabbas, „Affengesichtige Nachfahren schwarzer Sklaven“. Die Vernichtung der südirakischen Sumpfgebiete und ihrer Bewohner, in: Mary Kreuzer/Thomas Schmindinger (Hrsg.), *Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?*, Freiburg 2004, S. 107.

8 Vgl. Christopher Mitchell, *Assault on the Marshlands*, in: Emma Nicholson/Peter Clark, *The Iraqi Marshlands. A Human and Environmental Study*, London 2002, S. 77.

9 Vgl. al-Dabbas, „Affengesichtige Nachfahren schwarzer Sklaven“, S. 112.

## Der Gang ins Exil

Die Diktatur Saddam Husseins zwang mit drei bis vier Millionen Menschen etwa 15 % der irakischen Gesamtbevölkerung ins Exil. Das Baath-Regime wertete jede Form der Flucht ins Ausland als Ausdruck von Verrat und Illoyalität zur „irakischen Nation“. Der Prototyp des irakischen Exilanten war bis in die 90er-Jahre, als mehr und mehr ganze Familien aus dem Land flohen, männlich, ledig und bei seiner Flucht Student oder Akademiker. Irakische Frauen gingen zu diesem Zeitpunkt häufig als Ehefrauen politischer aktiver Männer ins Exil. Der Widerstand im Irak formierte sich vornehmlich aus den Reihen der Intellektuellen, ganz gleich ob sie nun Anhänger der kurdischen Parteien, der Irakischen Kommunistischen Partei oder der islamischen Widerstandsbewegung waren. Aber auch unpolitische Menschen wurden ins Exil gezwungen und dadurch erst politisiert, wie das Beispiel von Abu Mohammed zeigt. Er geriet während der Verfolgungswelle gegen Schiiten 1979 ins Visier der Geheimpolizei: „Als nach und nach sieben Personen aus meinem Freundeskreis verhaftet wurden und man den Familien wenige Stunden später ihre Leichen aushändigte, entschloss ich mich zur Flucht, denn es war klar, dass es bald auch mich treffen würde.“<sup>10</sup>

Die Wahl des Fluchtziels fiel bei vielen Exilanten eher zufällig auf Deutschland, entscheidend war nur, sich so schnell wie möglich dem Zugriff des Baath-Regimes entziehen zu können. Einige steuerten Deutschland an, weil sie gehört hatten, dass es relativ einfach sei, hier Asyl zu erhalten, oder weil sie jemanden kannten, der bereits in Deutschland lebte. Dabei waren die Umstände, unter denen die Flüchtigen das Land verließen, unterschiedlich. Viele weihten nur den engsten Familienkreis in ihre Fluchtpläne ein, um ihr Vorhaben, aber auch ihr Umfeld nicht zu gefährden. Sie verließen das Land oft unter der Annahme einer falschen Identität, was dazu führte, dass Exil-Iraker bis heute manchmal Dokumente besitzen, die nicht auf ihren Geburtsnamen ausgestellt sind. Wurde die irakische Regierung gewarnt, dass jemand z. B. aus dem Urlaub nicht mehr an seinen Arbeitsplatz zurückkehrte, erhielt die Familie Besuch von der Geheimpolizei, die mittels verschiedener Methoden

10 Interview mit Abu Mohammed, 15. 2. 2007. In den arabischen Ländern werden Erwachsene von ihren Freunden und Bekannten statt mit ihrem Vornamen oft mit „Abu“ (Vater von) bzw. „Um“ (Mutter von) angesprochen.

versuchte, Druck auf den Geflohenen auszuüben. So mussten z. B. Telefonate in Anwesenheit der Geheimpolizei geführt werden, und die Familie bekam die Aufgabe, den Abtrünnigen zur „Heimkehr“ zu bewegen.<sup>11</sup> Oftmals wurden Angehörige verhaftet und stellvertretend für das geflohene Familienmitglied bestraft, manchmal sogar hingerichtet. Viele Exilanten litten darunter, dass sie sich von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld auf unbestimmte Zeit trennen mussten und ihre Eltern häufig nie wieder sahen. Älteren Menschen, deren Kinder ins Ausland geflohen waren, war die Ausreise aus dem Irak strikt untersagt. In diesen Fällen hieß es von Seiten der Behörden zynisch, der Sohn solle z. B. seine Mutter abholen kommen, da sie zu alt sei, sie alleine reisen zu lassen. Dass dies für den Betroffenen einem Todesurteil gleichkam, versteht sich von selbst.<sup>12</sup>

Von Anfang an war dem Regime in Bagdad daran gelegen, nicht nur den Widerstand im Inneren, sondern auch die oppositionellen Kräfte im Ausland zu bekämpfen. Zu diesem Zweck wurden Spitzel in die Organisationen der Exilanten eingeschleust – die zum Teil sogar als Asylanten getarnt nach Deutschland einreisten – und Exilanten als Informanten angeworben. Dabei wurden aber nicht nur die Tätigkeiten der Opposition dokumentiert und gegen die im Irak verbliebenen Familienangehörigen verwendet, sondern auch politische Mordtaten in Auftrag gegeben. Eine zentrale Rolle spielten hierbei die irakischen Botschaften. Der spektakulärste dieser Fälle in Deutschland war ein missglückter Bombenanschlag auf eine Versammlung der kurdischen Studentenvereinigung am 1. August 1980 in Berlin-Wedding, zu der auch andere irakische Oppositionsgruppen eingeladen waren und die über 100 Teilnehmer zählte.<sup>13</sup> Die beiden Attentäter – zwei irakische Diplomaten, die in der DDR wohnhaft waren – wurden nach ihrer Festnahme ohne Strafverfolgung aus der Bundesrepublik abgeschoben.

Neben solchen gezielten Aktionen setzten die irakischen Botschaften auch subtilere Maßnahmen zur Bekämpfung von Regimekritikern ein. So prangerte beispielsweise ein Flugblatt mit der Überschrift „Terror des Baath-Regimes gegen die

11 Interview mit Abu Mohammed, 15. 2. 2007.

12 Interview mit Abu Samer, 8. 3. 2007.

13 Eine ausführliche Rekonstruktion des geplanten Anschlags findet sich bei Marion Böker/Giyasettin Sayan, Saddams tödliche Diplomaten in Berlin. Attentat auf kurdischen Studentenkongress vom 1. August 1980 in Berlin (West) bis heute straflos, Berlin 2005.

irakischen Studenten“ die Weigerung der irakischen Botschaft in Bonn an, Pässe von Studierenden zu verlängern. „Ohne die Verlängerung ihrer Pässe erhalten die irakischen Studenten aber keine weitere Aufenthaltsgenehmigung, und es wird ihnen die Abschiebung angedroht“, heißt es weiter.<sup>14</sup> Der Gang zur Botschaft zur Erledigung von Passangelegenheiten war für die Exil-Iraker ein Spießrutenlauf, da sie sich einem Verhör unterziehen mussten, wie ein weiteres Flugblatt der Vereinigung Irakischer Studenten dokumentiert. „Folgende Fragen müssen der Botschaft beantwortet werden: [...] Welcher politischen Ideologie gehören Sie an? Gehören Sie der irakischen Studentenvereinigung an? Kennen Sie Leute, die in dieser Vereinigung arbeiten und wie ist Ihr Verhältnis zu ihnen? Werden die letzten beiden Fragen mit nein beantwortet, folgt die Frage: Wenn Sie nicht gegen unsere Regierung im Irak sind, warum arbeiten Sie dann nicht mit uns?“<sup>15</sup>

Die Versuche der Botschaft, die regimefeindlichen Stimmen der in Deutschland lebenden Iraker verstummen zu lassen, scheiterten, denn für viele Exilanten war das Engagement gegen die Diktatur in ihrer Heimat auch im Ausland ein zentrales Anliegen.

## Organisationsformen im deutschen Exil

In Deutschland leben heute rund 95 000 Iraker, davon besitzen knapp 20 % mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft und 15 % sind in Deutschland geboren.<sup>16</sup> Mehr als zwei Drittel aller Exilanten sind erst in den 1990er-Jahren in die Bundesrepublik gekommen, als sich die Lebensbedingungen der irakischen Zivilbevölkerung durch das nach dem zweiten Golfkrieg verhängte Embargo katastrophal

14 Undatiertes Flugblatt aus der ersten Hälfte der 1980er-Jahre, unterzeichnet von der „Gruppe unabhängiger antifaschistischer Iraker“, einer linken Studentengruppe in Berlin. Alle Flugblätter befinden sich in der Privatsammlung der Autorin.

15 Undatiertes Flugblatt „Solidarität mit den entrechteten Irakern“ aus der ersten Hälfte der 1980er-Jahre, unterzeichnet von der Vereinigung Irakischer Studenten in der Bundesrepublik und West-Berlin.

16 Vgl. Statistisches Bundesamt, Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1, Reihe 2, 2006, Tabelle 12; ebenda, Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003, Tabelle 12, sowie ebenda, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen, Fachserie 1, Reihe, 2. 1, 2005, Tabelle 3.

verschlechterten. Gleichzeitig radikalisierte sich das Regime, das von dem Embargo praktisch unberührt blieb, weiter und überzog immer breitere Bevölkerungsschichten mit seinem Terror. Zur Illustration mag folgendes Beispiel genügen: Zwischen 1991 und 2002 wurden im Zuge einer Anti-Prostitutions-Kampagne mehr als 1500 Frauen im Irak hingerichtet, was in vielen Fällen politisch motiviert war. Allein im Jahr 2000 wurden am sogenannten Tag der Ehre der Frau 100 Frauen öffentlich enthauptet.<sup>17</sup> Etwa 36 % der Exilanten sind Frauen, die ihr Heimatland zumeist in Begleitung ihrer Familien verlassen haben. Lediglich bei den Mitgliedern der Kommunistischen Partei finden sich auch Frauen, die alleine aus dem Irak ausgereist sind.

Da in Deutschland statistisch nur die Staats- und nicht die Volkszugehörigkeit von Ausländern erfasst wird, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, wie viele der in Deutschland lebenden Iraker Kurden sind (laut kurdischen Schätzungen sind es etwa 60 bis 70 %). Politisch teilen sich die irakischen Kurden in zwei große Lager – in die Anhänger der seit 1946 bestehenden Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistan (PUK). Letztere wurde vom derzeitigen Präsidenten des Irak, Jalal Talabani, 1975 in Abspaltung von der KDP in West-Berlin gegründet. Das Verhältnis der beiden Parteien war immer äußerst konfliktbeladen, zeitweise lieferten sie sich im Irak blutige Kämpfe. Zum einen hing dies mit den unterschiedlichen Vorstellungen darüber zusammen, welche Strategie gegenüber dem Baath-Regime zu verfolgen sei, zum anderen spielten auch Clan-Rivalitäten, die sich in der Führungsspitze beider Parteien widerspiegeln, eine Rolle. Nach dem Sturz Saddam Husseins schlossen sie sich jedoch zusammen und traten als Parteienbündnis „Allianz Kurdistan“ 2005 zur Wahl im Irak an.

Unter den arabisch-irakischen Exilanten finden sich Anhänger der beiden schiitischen Parteien, der 1959 ins Leben gerufenen Daawa und dem SCIRI, dem 1982 im iranischen Exil gegründeten Obersten Rat der islamischen Revolution im Irak. Im Mai 2007 wurde der SCIRI umbenannt in „Oberster Islamischer Rat im Irak“, da mit dem Sturz Saddam Husseins das Ziel einer Revolution obsolet geworden ist. Diese beiden Parteien bilden, zusammen mit einigen kleineren Gruppen, das Bündnis „Vereinigte Irakische Allianz“, das als Wahlsieger aus den ersten freien Wahlen

17 Vgl. Widad Fakir, *Der Schlächter und das Schweigen der Lämmer. Der Terror des Ba'ath-Regimes und die internationale Öffentlichkeit*, in: Kreutzer/Schmidinger, *Irak*, S. 30.



im Irak hervorgegangen ist. Des Weiteren gibt es unter den Irakern in Deutschland eine säkulare Gruppe, der die Mitglieder, aber auch viele ehemalige Sympathisanten der bereits 1934 gegründeten Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) zugeordnet werden können. Und schließlich sind auch nicht wenige Exilanten mit keiner Partei fest verbunden.

Die Exil-Iraker stammten bis in die 1990er-Jahre vorwiegend aus dem studentischen Milieu. So ist es nicht erstaunlich, dass sie ihre Arbeit im Ausland in Organisationsformen wie der Vereinigung Irakischer Studenten in Deutschland (VIS) fortsetzten. Sie wurde sehr früh, schon Anfang 1959, in Deutschland gegründet und unterhielt immer Zweigstellen in mehreren deutschen Städten. Die Vereinigung untersteht der 1948 gegründeten Generalunion der Studenten in der Irakischen Republik (GUSIR), einer Jugendorganisation der Irakischen Kommunistischen Partei, die ihre Ableger überall dort hat, wo sich große Exil-Gemeinden gebildet haben. Abgesehen von der Regierungszeit Abdel Karim Kassims (1958–1962) war die GUSIR im Irak bis zum Sturz Saddam Husseins verboten, und so waren auch die Mitglieder der Vereinigung Irakischer Studenten in den Augen des Baath-Regimes per se Dissidenten.

Im Jahr 1967 kam es zur Spaltung innerhalb der Irakischen KP, die ihre Auswirkung auch auf die Studentenorganisationen im In- und Ausland hatte. Der sich an der Sowjetunion orientierende Flügel der Partei ging 1973 eine fünfjährige Koalition in einer sogenannten Nationalen Front unter der Führung der Baath-Partei ein und for während dieser Beteiligung an der irakischen Regierung die Arbeit der Studentenvereine und Gewerkschaften ein, um ein Abweichen von der Parteilinie in diesen Organisationen zu unterbinden, denn der Entschluss zu einer Koalition wurde längst nicht von allen Genossen mitgetragen. Die Exil-Iraker waren mit der Anweisung der IKP zum Stillhalten nicht einverstanden und reaktivierten Mitte der 1970er-Jahre die studentische Oppositionsbewegung in Deutschland, die den Schwerpunkt ihrer Arbeit schon bald in Westberlin hatte. Die neue irakische Studentenvereinigung legte großen Wert auf ihre Überparteilichkeit und Unabhängigkeit, auch wenn sich in ihr viele Sympathisanten des antisowjetischen Flügels der Irakischen KP versammelten, der eine Koalition mit dem Baath-Regime abgelehnt hatte. Ein Jahr bevor Saddam Hussein Präsident wurde, nahm das kurze Zusammengehen der Baath-Partei mit den Kommunisten 1978 ein jähes Ende, die Irakische KP wurde verboten und ihre Mitglieder wurden erneut verfolgt. In

Deutschland wurde die Studentenorganisation der IKP erst Anfang der 1980er-Jahre wieder aktiv. So kam es, dass in den 80er- und 90er-Jahren in Deutschland zwei linke irakische Studentenvereine parallel existierten.<sup>18</sup>

Kurdische Studenten gründeten 1956 in Wiesbaden die Kurdish Students Society in Europe (KSSE), deren Mitglieder der irakischen KDP nahe standen und mehrheitlich in Deutschland, Österreich und in der Schweiz studierten. Als es 1975 zur Spaltung der KDP und Gründung der sich als sozialistisch verstehenden Patriotischen Union Kurdistan kam, schlossen sich parallel dazu ihre Anhänger in Berlin zur Vereinigung der kurdischen Studenten im Ausland (Association of Kurdish Students Abroad – AKSA) zusammen.<sup>19</sup> Neben diesen säkularen Organisationen gab es seit Beginn der 1980er-Jahre in Deutschland auch einen Verein, in dem sich Studenten betätigten, die sich stärker der islamischen (schiitischen) Oppositionsbewegung verbunden fühlten – die Islamische Union Irakischer Studenten (IUIS).

Ein Spezifikum der oppositionellen Betätigung irakischer Exilanten bis zum Sturz Saddam Husseins war, dass sie ihre Arbeit nicht in erster Linie auf bestimmte Interessengruppen ausrichteten, sondern ihre Anliegen stets gesamtirakisch formulierten, da es für alle regimefeindlichen Kräfte einen gemeinsamen Gegner gab. Flugblätter wurden deshalb häufig sowohl von der Vereinigung Irakischer Studenten, den kurdischen Parteien, dem SCIRI wie auch der Irakischen Kommunistischen Partei unterzeichnet.<sup>20</sup> Als Beispiel für die Aktivitäten der irakischen Opposition in Deutschland mag die Reaktion auf den Giftgasangriff im kurdischen Halabja im März 1988 dienen, der im Rahmen der Anfal-Kampagne durchgeführt wurde und dem auf einen Schlag 5000 Menschen zum Opfer fielen. Dieses Ereignis rief in den Reihen aller irakischen Exilanten, gleich ob Kurden oder Araber und unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, heftige Proteste hervor. Es wurden große Demonstrationen und Kundgebungen auf dem Kurfürstendamm in Berlin organisiert, bei denen überdimensionale, aus dem Irak geschmuggelte Bilder der Opfer des Giftgasangriffes der deutschen Öffentlichkeit präsentiert wurden. Im

18 Interview mit Abu Samer, 8. 3. 2007.

19 Vgl. Das Kurdische Berlin, hrsg. v. der Ausländerbeauftragten des Senats und der Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie e. V., Berlin 2003, S. 10.

20 So auch das Flugblatt „Freiheit und Demokratie sind Fremdwörter im Irak“ vom 7. 10. 1999, das gegen die Teilnahme von Repräsentanten des Irakischen Nationalkongresses an der Interparlamentarischen Konferenz in Berlin (vom 10. bis 16. Oktober 1999) protestierte.

Rahmen der Veranstaltungen zum 1. Mai fanden in den Folgejahren immer wieder Mahnwachen mit den Bildern aus Halabja vor dem Reichstag unter dem Motto „Nieder mit dem Faschismus im Irak“ statt. Diese Losung fand sich schon seit 1984 jedes Jahr zum 1. Mai auf den Transparenten der demonstrierenden Exil-Iraker.<sup>21</sup> Es ging aber nicht nur darum, auf die Verbrechen des Baath-Regimes aufmerksam zu machen, sondern es sollte auch die Komplizenschaft westlicher und insbesondere deutscher Firmen und Politiker, die chemische Kampfstoffe an Saddam Hussein verkauften, angeprangert werden.<sup>23</sup>

Mag die Verurteilung des Diktators durch die Weltöffentlichkeit nach dem zweiten Golfkrieg einhellig gewesen sein, so darf nicht vergessen werden, dass Saddam bis zu seinem Einmarsch in Kuwait als Bollwerk gegen die Islamische Republik Iran gesehen wurde und deshalb während des ersten Golfkrieges vom Westen und Osten kontinuierlich aufgerüstet und unterstützt wurde. Die Förderung des Baath-Regimes erfolgte, obwohl bekannt war, dass die irakische Regierung gegen die Iraner bereits jene chemischen Waffen einsetzte, die später auch gegen die eigene Bevölkerung gerichtet wurden. Die irakischen Exilanten sahen es daher als eine ihrer Aufgaben an, die Unterordnung der Solidarität mit dem irakischen Volk unter eine solche Interessenpolitik beharrlich anzuklagen.

Daneben gab es auch Formen zivilen Ungehorsams, den die irakischen Exilanten praktizierten, um ihren Protest gegen das Baath-Regime zu artikulieren, etwa durch gezielte Störungen von Veranstaltungen, z. B. Konzerten, regimetreuer irakischer Künstler auf deutschen Bühnen.<sup>24</sup>

Im Jahr 1990 wurde in Berlin-Neukölln der irakische Kulturverein Al-Rafedain (zu Deutsch „Zweistromland“) gegründet, der sich bis heute als überparteilich und politisch unabhängig versteht.<sup>25</sup> In ihm versammeln sich hauptsächlich säkular orientierte Exilanten, darunter viele Ex-Kommunisten. Interessant ist, dass Al-Rafedain eine gemeinsame Gründung von Irakern aus der Bundesrepublik und der DDR war, die zuvor Kontakte auf im Ausland ausgerichteten Studentenkongressen (z. B. in Prag) unterhielten, an die sie nach der Wende anknüpfen konnten.<sup>26</sup> Dem Verein

21 Interview mit Abu Samer, 8. 3. 2007.

23 Vgl. ebenda.

24 Interview mit Abu Samer, 8. 3. 2007.

25 Interview mit dem Vorsitzenden des Vereins, Abu Kamal, 20. 2. 2007.

26 Interview mit Ibrahim S., 22. 2. 2007.

gehören auch zahlreiche Kurden an, was nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass viele irakische Kurden sich nicht als Iraker, sondern in erster Linie als Kurden fühlen und in eigenen kurdischen Vereinen organisiert sind. Die weitgehende Autonomie in einem föderal regierten Irak sehen sie als notwendigen Kompromiss, der den realpolitischen Gegebenheiten geschuldet ist, unter anderem den Interessen der Türkei, die einem vereinten Kurdistan entgegenstehen.<sup>27</sup> Andererseits existierten schon immer enge Kontakte zwischen den irakischen Kurden und den arabischen irakischen Oppositionellen, die zum Teil Zuflucht in Kurdistan fanden und sich am Kampf der Peschmerga („die dem Tod ins Auge sehen“), der kurdischen Kämpfer im Norden Iraks, beteiligten.

Al-Rafedain ist nach eigenen Angaben der bundesweit größte irakische Kulturverein mit rund 100 Mitgliedern. Die Zahl der Veranstaltungsbesucher liegt höher, zum Teil mischt sich auch Kiez-Publikum darunter. Der Kontakt zu Deutschen ist dem Verein sehr wichtig, durch gemeinsame Veranstaltungen wollen sie einen Beitrag zur Integration der hier lebenden Iraker leisten. „Wir sind ein Berliner Verein, wir sind ein deutscher Verein, aber mit irakischem Hintergrund“, erläutert der Vereinsvorsitzende das Selbstverständnis.<sup>28</sup> Angeboten werden Deutsch- und Arabischkurse, Hilfestellung bei Behördengängen und Beratung in Aufenthaltsfragen. Der Verein legt großen Wert auf Aktivitäten von Frauen, die etwa die Hälfte aller Mitglieder ausmachen und eigene Frauengruppen innerhalb des Vereins gebildet haben. Al-Rafedain möchte irakischen Künstlern, die im deutschen Exil leben, eine Plattform bieten, um ihre Arbeiten einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren zu können. Zu diesem Zweck wurden beispielsweise im Sommer 2006 irakische Kulturtage organisiert, mit Lesungen, Ausstellungen und Vorträgen – auch in deutscher Sprache. Eingeladen waren aber auch viele Exilanten aus den europäischen Nachbarländern, um gemeinsam die kulturelle und politische Lage im Irak nach Saddam Hussein zu diskutieren. Es gibt darüber hinaus noch eine Reihe von Kulturvereinen, die in Deutschland regional tätig sind, darunter z. B. der Irakische Kulturverein NRW mit Sitz in Köln.

Religiöse Iraker organisieren sich eher in Moscheevereinen, die aber nicht national, sondern konfessionell ausgerichtet sind; so werden beispielsweise die schiitischen

27 Vgl. das Spiegel-Online-Interview mit dem kurdischen Politiker Farsat Ahmad Abdullah „Die volle Unabhängigkeit bleibt unser langfristiger Traum“ vom 24. 5. 2007.

28 Interview mit dem Vorsitzenden des Vereins, Abu Kamal, 20. 2. 2007.

Moscheen auch von Libanesen besucht. In Berlin ist die Torath-Moschee in Neukölln ein solcher Treffpunkt. Nach dem Sturz Saddam Husseins fanden in ihren Räumen häufig Veranstaltungen mit Politikern der irakischen Übergangsregierung statt oder mit Exilanten, die in den Irak gereist waren und aus erster Hand über die dortige Situation berichten konnten. Zu solchen Treffen kommen durchaus auch Besucher, die nicht zu den regelmäßigen Moschee-Gängern zählen oder nicht einmal Muslime sind.<sup>29</sup> Al-Torath kommt überdies eine besondere Bedeutung zu, wenn es um die zahlreichen Gedenkveranstaltungen geht, die immer wieder nach großen Anschlägen im Irak ausgerichtet werden. Auch bei diesen Anlässen setzt sich das Publikum aus allen Sparten der Exil-Iraker zusammen. So finden beispielsweise am Jahrestag des im August 2003 in der für Schiiten heiligen Stadt Najaf verübten Anschlags auf den SCIRI-Vorsitzenden Mohammed Bakr al-Hakim, bei dem über 120 Zivilisten ums Leben kamen, große Zusammenkünfte in der Torath-Moschee statt, während derer auch kurdische Vertreter und sogar Kommunisten Reden halten und dem ermordeten Oppositionspolitiker ihren Respekt zollen. In jüngster Zeit boten die Anschläge auf die Goldene Moschee in Samarra im Februar 2006 und Juni 2007 traurigen Anlass zu mehreren Gedenkveranstaltungen dieser Art.

Bereits nach dem zweiten Golfkrieg und der Verhängung des Embargos wurden in Deutschland zahlreiche humanitäre Organisationen gegründet, die zum Teil nur sehr kurzlebig waren. Es entstanden viele Initiativen, die im unmittelbaren Umfeld der Beteiligten Hilfsaktionen für den Irak organisierten, durch Sammlung von Kleidung, Medikamenten, Spielsachen usw. Auch nach dem Sturz Saddam Husseins wurden solche Aktionen fortgeführt. So schlossen sich irakischstämmige Ärzte beispielsweise in Düsseldorf zum Verein Irakischer Ärzte Deutschland zusammen, um ausrangiertes Krankenhausinventar und ausgemusterte medizinische Geräte in den Irak zu befördern. Neben den Hilfslieferungen sorgte der Verein dafür, dass verletzte Kinder aus dem Irak kostenlos in Deutschland operiert werden konnten bzw. Prothesen erhielten.<sup>30</sup>

29 Interview mit Abu Ibrahim, einem irakischen Christen, 17. 2. 2007.

30 Vgl. „Auch Ausrangiertes kann Not lindern. Hilfstransport startete gestern von Linz aus Richtung Irak – Orthopäde Dr. Samer Shnayien freut sich über große Spendenbereitschaft“, in: Rhein-Zeitung vom 27. 1. 2005.

Als das Baath-Regime an der Macht war, gab es für alle Exilanten einen klaren gemeinsamen Gegner. Nach dessen Liquidierung gilt es, sich neu zu orientieren. So hat die Vereinigung Irakischer Studenten, in der sich schon längst eine neue Generation hier aufgewachsener Iraker engagiert, als Folge dieser Entwicklung den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf das Leben in Deutschland und die Integration ihrer Mitglieder verlegt. In Kooperation mit Bildungsträgern wie dem *baff e. V.* (Verein für Bildung, Ausbildung, Förderung und Frauenprojekte), der sich unter anderem für die berufliche Förderung junger Migrantinnen und Migranten einsetzt, und politischen Stiftungen wie der Heinrich-Böll-Stiftung, veranstaltet der Verein, der sich mittlerweile auch für Schüler und Auszubildende geöffnet hat, seit einigen Jahren regelmäßig Sommerschulen mit Seminaren zu Themen wie Arbeitsmarktpolitik und Gleichstellung der Geschlechter.

Wenn auch vielen irakischen Exil-Organisationen mittlerweile die gemeinsame politische Ausrichtung fehlt, so gibt es doch ein Thema, das sie vereint: Obwohl sich viele von ihnen aus Angst um ihre Angehörigen in der Heimat 2003 gegen einen Krieg aussprachen und das Handeln der Amerikaner weniger einem Demokratisierungswillen als geopolitischen Interessen geschuldet sehen, empören sie sich über die Verklärung der tagtäglichen Anschläge im Irak als „Widerstand“. Eine solche Sichtweise kam unter anderem in der Spendenkampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“, die im August 2003 von verschiedenen linken Gruppierungen in Deutschland und Österreich initiiert wurde, zum Ausdruck. „Unser Verein kritisiert die Steinzeit-Kommunisten, die aus ihrem Hass auf Amerika heraus den Terrorismus im Irak gutheißen“, sagt der 22-jährige Feras, Vorsitzender der Vereinigung Irakischer Studenten.<sup>31</sup> Auch der 2005 in Berlin gegründete Hilfsverein für Verfolgte des Baath-Regimes prangert diese Legitimierung von Anschlägen an: „Wir wünschen uns von den deutschen Behörden sensible Wachsamkeit insbesondere gegenüber solchen Organisationen, die unter dem Deckmantel ‚Unterstützung des Widerstands im Irak gegen die Besatzung‘ agieren, aber im Grunde nichts anderes tun, als die Anhänger des gestürzten Regimes zu unterstützen und jegliche demokratische Entwicklung im Irak im Keime zu ersticken.“<sup>32</sup>

Da die sogenannten Aufständischen unter anderem Unterstützung von Anrainerstaaen wie Jordanien und Saudi-Arabien erhalten bzw. zum Teil sogar aus diesen

31 Interview mit Feras Alsamawi, 26. 6. 2007.

32 Flugblatt des Hilfsvereins für Verfolgte des Baath-Regimes vom 4. Juni 2005.

Ländern stammen, versammeln sich die Exilanten immer wieder vor den Botschaften dieser Länder, um gegen den „Terroristen-Export“ in den Irak zu protestieren.<sup>33</sup> Gleichzeitig wehren sie sich gegen den Vorwurf, sie würden die amerikanische Besatzung im Irak willkommen heißen: „Unser Ziel ist es, dass das irakische Volk, so schnell es geht, sein Schicksal selbst in die Hand nimmt“, so Abu Ibrahim, Gründungsmitglied des Hilfsvereins für Verfolgte des Baath-Regimes.<sup>34</sup> Ein wichtiger Schritt in diese Richtung waren die ersten freien Wahlen zur irakischen Nationalversammlung im Januar 2005, an denen sich Auslandsiraker in 14 Ländern euphorisch beteiligten. In Deutschland konnten die etwa 56 000 wahlberechtigten Iraker (als wahlberechtigt galt jede Person über 18 Jahre, die irakischer Abstammung ist, unabhängig von der derzeitigen Staatsbürgerschaft) in vier Städten den Gang zur Wahlurne antreten – in Berlin, Mannheim, München und Köln. Mit der Durchführung der Wahl wurde die Internationale Organisation für Migration (IOM) beauftragt, weil die nach dem Sturz Saddam Husseins neu besetzten irakischen Botschaften nicht über die nötige Infrastruktur für die aufwendige Registrierung aller Wähler verfügten. Sogar aus Polen und Tschechien, wo keine Wahllokale eingerichtet wurden, reisten Exil-Iraker nach Deutschland, um ihre Stimme abzugeben und so von dem Mitspracherecht über die Zukunft ihrer Heimat Gebrauch zu machen. Dazu wurden die Exil-Iraker in Deutschland unter anderem mittels eines Wahlplakats aufgefordert, das eine junge Frau mit der irakischen Flagge vor dem Brandenburger Tor zeigte. Darunter war auf Deutsch, Arabisch und Kurdisch zu lesen: „Egal wo ich bin, mein Herz ist in der Heimat.“

## Die Lebenssituation im Exil

Da im Irak die Großfamilie als Lebensform vorherrschend ist, war es für viele erwachsenen Männer und Frauen eine völlig neue Erfahrung, in Deutschland auf sich allein gestellt zu sein. Einer der interviewten Exilanten gab an, dass er mit 27 Jahren zum ersten Mal in seinem Leben Einsamkeit verspürt habe und dass dieses Gefühl für ihn die prägende Erfahrung des Exils geblieben sei.<sup>35</sup> Obwohl

33 Interview mit Abu Samer, 8. 3. 2007.

34 Interview mit Abu Ibrahim, 17. 2. 2007.

35 Interview mit Abu Mohammed, 15. 2. 2007.

Deutschland für viele, die zum Teil mehr als die Hälfte ihres Lebens hier verbracht haben, zu einer zweiten Heimat geworden ist, ist die Sehnsucht nach dem Irak bei den meisten stark ausgeprägt. „Auch wenn ich hundert Jahre hier bleibe, bin ich Iraker“, sagt Abu Ibrahim, der seit gut 28 Jahren im Exil lebt.<sup>36</sup> In seinem Heimatland sei das Netz der sozialen Kontakte viel engmaschiger und stärker geknüpft, den Kontakt zu Deutschen empfinde er hingegen oftmals als distanziert. „Nachbarn lernt man hier in Deutschland erst kennen, wenn sie sich über den Kinderlärm beschwerten“, so Abu Mohammed, der sofort zu schwärmen beginnt, wenn er auf das Miteinander in seiner Heimatstadt Bagdad zu sprechen kommt. Deswegen lebe er auch gerne in Neukölln, unter vielen Ausländern.<sup>37</sup> Das Verharren in Melancholie und die Fixierung auf die Politik hätten nicht wenige irakische Männer davon abgehalten, sich um ihre Integration zu kümmern, meint Nidal, die 1995 einen Exilanten heiratete, der seit den frühen 1980er-Jahren in Deutschland lebt. „Jeden zweiten Tag eine Demo hier und eine Versammlung da“ – darüber hätten viele ihr eigenes Fortkommen aus den Augen verloren.<sup>38</sup>

Ein weiteres Problem bestand darin, dass viele Flüchtlinge keine Möglichkeit hatten, ihre Dokumente wie z. B. Studiennachweise mitzunehmen, da sie sich bei der Ausreise sonst verdächtig gemacht hätten oder weil die Hochschule im Irak sich weigerte, entsprechende Bescheinigungen auszustellen. Viele Exilanten hatten deshalb Schwierigkeiten, ihre Abschlüsse oder im Irak erbrachte Studienleistungen in Deutschland anerkennen zu lassen, und begannen häufig ein neues Studium. Im Gegensatz zu einer kleinen Zahl von Kommunisten, die in der DDR Aufnahme gefunden hatten und ihr Studium dort mithilfe eines staatlichen Stipendiums abschließen konnten (unter der Auflage, sich still zu verhalten, da die DDR ihre guten Beziehungen zum erdölreichen Irak nicht gefährden wollte),<sup>39</sup> scheiterte eine große Zahl von irakischen Studenten in der Bundesrepublik an der finanziellen Belastung, die ein Studium mit sich brachte, besonders wenn sie in der Zwischenzeit Familien gründeten. Je nach Aufenthaltsstatus hatten viele Iraker, wie andere Ausländer auch, zudem Probleme mit der Arbeitserlaubnis in Deutschland. So ging das Leben im Exil häufig mit einem enormen sozialen Abstieg einher. „Wir waren

36 Interview mit Abu Ibrahim, 17. 2. 2007.

37 Interview mit Abu Mohammed, 15. 2. 2007.

38 Interview mit Nidal K., 16. 2. 2007.

39 Interview mit Abu Kamal, 20. 2. 2007.



im Irak Beamte, wurden von einem Chauffeur zur Arbeit gefahren. Hier habe ich als Tellerwäscher gearbeitet“, fasst ein Agraringenieur seine berufliche Laufbahn zusammen.<sup>40</sup> Dafür könne er in Deutschland nachts ruhig schlafen und brauche nicht in ständiger Angst um seine Familie und sich zu leben.

## Die Frage der Rückkehr

Mit dem Sturz des Regimes hat sich für die Exilanten ein Traum erfüllt, und nicht wenige reisten seit April 2003 nach jahrzehntelangem Heimweh zum ersten Mal wieder in den Irak, wo sie herzlich empfangen wurden. „Ich habe Menschen umarmt, die ich gar nicht kannte“, berichtet ein Zahnarzt, der den Irak 1978 verlassen musste und in die DDR floh.<sup>41</sup> Abu Mohammeds Schwester fiel bei seinem Anblick erst einmal in Ohnmacht. „Als der Taxifahrer mitbekam, dass ich aus dem Exil zurückgekommen bin, weigerte er sich, Geld von mir zu nehmen.“ Und das, obwohl er viele Runden drehen musste, denn nach so vielen Jahren fiel Abu Mohammed die Orientierung in Bagdad schwer.<sup>42</sup>

Doch trotz aller Wiedersehensfreude war die Konfrontation mit dem verwüsteten Land für viele ein Schock, die in ihrer Erinnerung ein idealisiertes Bild ihrer zurückgelassenen Heimat konserviert hatten. Den Berichten von in den Irak gereisten Exilanten kann man entnehmen, dass die Diktatur und die Kriege ihre Spuren nicht nur in den Seelen der dortigen Bevölkerung zurückgelassen haben, sondern dass das erlittene Leid häufig auch in den Gesichtern der Menschen zu lesen ist. „Gleichaltrige Freunde und Familienangehörige sehen aus wie Greise“, resümierte ein Exilant, der auf Mitte 50 zugeht und seine Familie nach knapp 28 Jahren zum ersten Mal wiedergesehen hat.<sup>43</sup> Ein weiteres Motiv, das sich in den Erzählungen der Zurückgereisten wiederfindet, ist aber auch das Gefühl der Fremdheit, das der eine oder andere nach jahrzehntelanger Abwesenheit und dem Leben in einer anderen Kultur bei der Begegnung mit der alten Heimat in gewissen Momenten empfunden hat.

40 Interview mit Abu Mohammed, 15. 2. 2007.

41 Interview mit Ibrahim S., 22. 2. 2007.

42 Interview mit Abu Mohammed, 15. 2. 2007.

43 Interview mit Abu Kamal, 20. 2. 2007.

Für die meisten Iraker stellt sich nun, nach der Beseitigung der Diktatur Saddam Husseins, die Frage, ob sie sich eine dauerhafte Rückkehr in den Irak vorstellen können. Der soziale Abstieg, den viele im Exil erlebt haben, spielt dabei keine unwesentliche Rolle. Aus Scham, aber auch um ihre im Irak verbliebenen Familien nicht zu belasten, verschwiegen die meisten Exilanten ihre Misserfolge und die unzulängliche soziale Situation, in der sie in Deutschland zum Teil leben. Das führte dazu, dass sich ein enormer Erwartungsdruck gebildet hat, denn in der aktuellen Situation erhoffen sich die Familien im Irak – oft schon seit der Verhängung des Embargos 1991 – finanzielle Unterstützung durch ihre im Westen lebenden Angehörigen, die diese häufig nicht leisten können. Wer heutzutage in den Irak zurückkehren möchte, benötigt außerdem viel Kapital, da z. B. Wohnraum aufgrund der massiven Zerstörungen durch die vielen Kriege zu einem knappen Gut geworden ist. Und schließlich können die Rückkehrer, die seit 25 oder 30 Jahren nicht mehr in ihrem erlernten Beruf gearbeitet haben, nicht immer darauf hoffen, im Irak eine entsprechende Arbeit zu finden und in der Gesellschaft den gleichen Platz einzunehmen, den sie bei ihrer Flucht aufgegeben haben. So wird die Beendigung des Exils paradoxerweise durch seine Folgen behindert.

Auch wenn die Exilanten sich als Iraker fühlen und die meisten den Irak als ihre erste Heimat betrachten, so sieht es bei ihren in Deutschland geborenen Kindern anders aus. Obgleich viele die Angebote des Kulturvereins Al-Rafedain in Anspruch nehmen und am Wochenende Arabischkurse besuchen, sind die Kenntnisse der Sprache ihrer Eltern häufig lückenhaft, und mit ihren Geschwistern sprechen sie lieber Deutsch. Nach der Sozialisierung in Deutschland können sich nicht alle irakischen Jugendlichen ein Leben im Irak ohne weiteres vorstellen. „Ich will jederzeit meine Meinung vertreten können, egal wer da steht – auch meinem Vater gegenüber.“ Das sei in einer patriarchalisch ausgerichteten Gesellschaft, die auf Autoritäten aufbaut, aber nicht immer möglich, so die Befürchtung des 23-jährigen Studenten Ali, der vor sechs Jahren mit seiner Familie nach Deutschland floh.<sup>44</sup> Exil-Irakerinnen, die ihre Jugend in einem weitgehend säkularen Irak verbracht haben, misstrauen zudem der seit Langem zu beobachtenden Re-Islamisierung des Landes, für die sie vor allem die große Armut in der Bevölkerung verantwortlich machen.<sup>45</sup> Eine ebenso

44 Interview mit Ali S., 28. 2. 2007.

45 Interview mit Um Hassan, 25. 2. 2007.

wichtige Ursache für das Erstarken der Religion innerhalb der irakischen Gesellschaft dürfte allerdings darin liegen, dass Saddam Hussein die religiöse Betätigung der Schiiten, wie z. B. die Prozessionen während des Aschura-Festes, bei Strafe verboten hatte und das Bedürfnis, diese Traditionen auszuleben, damit verstärkt haben dürfte. Ein weiterer Aspekt, der die Frage der Rückkehr nicht minder beeinflusst, ist das auf nicht absehbare Zeit niedrige Lebensniveau im Irak. Gerade die medizinische Versorgung beispielsweise ist für die Exilanten mit zunehmendem Alter ein wichtiger Faktor.

Ungeachtet all dieser Vorbehalte gibt es nicht wenige, die von einer Rückkehr träumen. „Nach dem Sturz von Saddam habe ich gebetet, meine Kinder mögen schnell heiraten, damit ich zurückkehren kann“, sagt Abu Ibrahim und lächelt dabei ein wenig schuldbewusst. Erst wenn die Kinder, die in jedem Fall in Deutschland bleiben wollen, versorgt sind, könnten er und seine Frau in den Irak zurückkehren, ohne ein schlechtes Gewissen haben zu müssen.<sup>46</sup> Auch Abu Kamal will schon bald in den Irak übersiedeln und dort beim Wiederaufbau seines Landes helfen. Das empfindet der Meeresbiologe als Schuldigkeit gegenüber seiner Heimat.<sup>47</sup>

Diesen Plänen steht die derzeitige fatale Sicherheitslage im Irak entgegen. Aus ihr erwächst auch eine existenzielle Bedrohung für all jene Exilanten, die sich nach dem politischen Umsturz im Irak mit der Aberkennung ihres Flüchtlingsstatus in Deutschland konfrontiert sehen, da sie in den Augen der zuständigen Behörden keiner individuellen Verfolgung mehr in ihrem Herkunftsland ausgesetzt sind.<sup>48</sup> Während das Auswärtige Amt für den gesamten Irak eine Reisewarnung ausgesprochen hat und auf seiner Internetseite deutsche Staatsangehörige eindringlich dazu auffordert, das Land zu verlassen, bat die Innenministerkonferenz in ihrem Beschluss vom 17. November 2006 den Bundesinnenminister darum, „die Gespräche mit der irakischen Seite mit dem Ziel einer baldmöglichen Ausweitung der Rückführungen fortzuführen“.<sup>49</sup>

46 Interview mit Abu Ibrahim, 17. 2. 2007.

47 Interview mit Abu Kamal, 20. 2. 2007.

48 Allein im Jahr 2004 widerrief das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Flüchtlingsanerkennung von mehr als 7000 Irakern. Vgl. den Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 468. Laut Presseerklärung von Pro Asyl vom 25. 5. 2007 haben seit 2003 insgesamt mehr als 18 000 Iraker ihren Flüchtlingsstatus verloren.

49 Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 182. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 17. November 2006 in Nürnberg, S. 24.

Wie für die meisten anderen betroffenen Ausländer auch bietet die neue restriktive Bleiberechtsregelung für Iraker ohne gesicherten Aufenthaltstitel kaum eine Chance auf die erhoffte Aufenthaltserlaubnis. Wer z. B. Sozialleistungen in Anspruch nimmt und seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann oder seit weniger als acht bzw. sechs Jahren ununterbrochen in Deutschland lebt,<sup>50</sup> erhält demnach auch weiterhin lediglich eine Duldung, die seine Abschiebung in den Irak nur vorübergehend aussetzt. In der Zwischenzeit unterliegen die Betroffenen der Residenzpflicht – dürfen ihren Wohnort also nicht verlassen – sowie einem beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt: Sie müssen das sogenannte Vorrangprinzip, wonach kein Deutscher oder anderer „bevorrechtigter“ Ausländer für den Arbeitsplatz zur Verfügung stehen darf, einhalten. Mittels solch einer Zermürbungsstrategie streben die Ausländerbehörden offenbar an, die Exilanten vorzeitig zu einer „freiwilligen“ Rückkehr in ihre Heimat bewegen zu können. Angesichts der nicht enden wollenden Gewalt, die im Irak täglich Menschenleben fordert, und der damit verbundenen Flucht und Vertreibung von ca. 4,2 Millionen Irakern<sup>51</sup> seit 2003 ist diese Taktik nicht frei von Zynismus.

## Das Erbe Saddam Husseins

Die Zerklüftung der irakischen Gesellschaft ist eine bittere Enttäuschung für viele Exilanten, die sich im Ausland in erster Linie als Iraker fühlten und fühlen. Sie sehen diese Entwicklung als Erbe des Baath-Regimes an, das durch seine gruppenspezifischen Verfolgungen entsprechende Identitätsbildungen absichtlich forciert habe, um das irakische Volk gegeneinander auszuspielen. Unter den Exilanten in Deutschland, so versichern alle interviewten Irakerinnen und Iraker übereinstimmend, sei so eine Tendenz bislang nicht zu verzeichnen: „Wenn wir

50 Vgl. den Bleiberechtsbeschluss der IMK vom 17. 11. 2006. Demnach können Ausländer, die ein minderjähriges Kind haben, das den Kindergarten oder die Schule besucht, und die und seit sechs Jahren (also seit dem 17. 11. 2000) in Deutschland leben, unter bestimmten Voraussetzungen eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Für alle anderen gilt ein Mindestaufenthalt von acht Jahren (seit dem 17. 11. 1998).

51 Vgl. die diesbezügliche Meldung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vom 6. 6. 2007.

zusammensitzen“, so Feras von der Vereinigung Irakischer Studenten, „dann sitzen Kurden, Araber, Assyrer, andere Christen, andere Ethnien [...] an einem Tisch, und es weiß wirklich keiner von seinem Gegenüber, was bist du eigentlich? Bist du arabischer Schiit, bist du arabischer Sunnit, bist du Christ, bist du's nicht, ist dein Vater Christ, ist deine Mutter Christin – wissen wir nicht. Das zeigt sich z. B. auch, wenn wir feiern. Natürlich, arabische Musik läuft, weil viele Araber da sind, aber auch kurdische Musik, und da tanzen wir genauso gerne dazu wie zu arabischer Musik.“<sup>52</sup>

Vielleicht können die Exilanten zukünftig gerade an dieser Stelle einen Beitrag leisten: Die von Exil-Irakern in den USA ins Leben gerufene Iraq Memory Foundation, die ihren Sitz mittlerweile in Bagdad hat, macht es sich zur Aufgabe, die Verbrechen der Diktatur Saddam Husseins unter anderem mittels eines großen Oral History-Projekts zu dokumentieren und aufzuarbeiten, damit durch Erinnerungsarbeit langfristig eine Aussöhnung der irakischen Gesellschaft möglich wird.

52 Interview mit Feras Alsamawi, 26. 6. 2007.

---

## „... und nächstes Jahr ohne die Mullahs“

### Die Situation der Exiliraner in Deutschland

Unter den vielen Flüchtlingen, die in Deutschland leben, ist die Gruppe der Iraner eher klein. Die Zahl der Akademiker unter ihnen, vor allem der Mediziner, allerdings liegt weit über dem Durchschnitt. Auch jene, die als Unternehmer tätig sind, haben ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau. Die Ursachen dafür sind in den Flucht-motiven zu suchen: Sowohl diejenigen, die während des Schah-Regimes, als auch jene, die in der Khomeiniära geflohen sind, stammten aus den oberen und intellektuellen Gesellschaftsschichten. Wegen ihrer kritischen Einstellung gegenüber den Regimes wurden sie verfolgt und bedroht und entschlossen sich zu fliehen.

Während des Schah-Regimes waren es vor allem iranische Intellektuelle, die aus ihrem Exil Kritik am Schah früher und offener als im Iran aussprachen. Durch sein Feudalsystem und die Korruption brachte Mohammad Reza Schah Pahlavi nahezu alle gesellschaftlichen Schichten – von den Ärmsten bis zu den Reichsten – gegen sich auf. Der wirtschaftliche Aufschwung im Iran, den die Ölkrise 1973 durch die gestiegenen Rohölpreisen auslöste, war wie ein Freibrief für den Schah, mit Gewalt und Verschwendungssucht seine Herrschaft zu sichern. Alle islamischen Bräuche wurden aus dem täglichen Leben verbannt, bei Strafe war das Tragen des Kopftuches verboten und die Ehe- und Sittengesetze unterlagen starken Änderungen. Der westliche Lebensstil wurde nachgeahmt und gefördert. So erhielten z. B. im Ausland studierende Iranerinnen und Iraner vergünstigte Devisen angeboten, die durch Registrierung bei der iranischen Botschaft ausgezahlt wurden. Dadurch stand dem iranischen Geheimdienst Savak eine außergewöhnlich große Datenmenge über iranische Studentinnen und Studenten zur Verfügung, mit deren Hilfe die Kritiker überwacht und durch Tötung oder Androhung von Gewalt gegen im Iran lebende Angehörige zum Schweigen gebracht werden sollten. Gefängnis, Folter und Berichte über solche Folgen einer kritischen Position

veranlassten iranische Dissidenten, ins Exil zu gehen. Während 1961 etwa 6100 iranische Staatsangehörige in der Bundesrepublik lebten, stieg ihre Zahl in der Ära des Schah-Regimes bis 1978 auf 19 500.<sup>1</sup>

Die Nähe zum Westen, die Einführung eines westlichen Lebensstils und die Verbannung islamischer Sitten, die Anerkennung Israels, die kaiserliche Verschwendungssucht und nicht zuletzt die Provokation des Klerus sollten schließlich zum Sturz des Schahs führen. Widerstand unter den islamisch geprägten Gesellschaftskreisen hatte Reza Pahlavi vor allem auch durch die Verbannung des Oppositionellen Ayatollah Khomeini ins Exil geschürt. Hilfreich waren dem Schah dabei die guten Beziehungen zur anti-schiitischen Baath-Partei gewesen. Khomeini, der zunächst in die Türkei ausgeflogen worden war, verbreitete allerdings auch weiterhin mithilfe von Tonbandaufnahmen seine Parolen, die sich gegen den Schah, Israel und die USA sowie die Korruption des Schah-Regimes richteten. Khomeini – inzwischen im Irak im Exil – konnte sich auch dort bald nur noch eingeschränkt bewegen. Saddam Hussein verwies ihn 1978 des Landes, wohl nicht ohne Zutun des Schahs. Im französischen Exil scharte sich die gesamte Weltpresse um den Ayatollah, deren Aufmerksamkeit er für seine Zwecke nutzte. Seine zahlreichen Reden fanden mit Hilfe von Tonbandmitschnitten im Iran Verbreitung undheizten die Stimmung der Bevölkerung gegen das Schah-Regime an. 1979 musste der Schah fluchtartig das Land verlassen.

Die Anhänger der Revolution von 1979 waren zu euphorisch und unorganisiert, um zu bemerken, dass die Islamische Revolution Khomeinis nicht ihre Ziele verfolgte. Khomeini profitierte von der breiten Unterstützung unterschiedlichster Gruppen, die alle nur am Sturz des Schahs interessiert waren. Bei der Rückkehr Khomeinis im Februar 1979, zwei Wochen nach der Ausreise des Schahs, dachten viele säkulare Kritiker des kaiserlichen Regimes noch nicht an die Tragweite der Änderungen, die die Mullahs beabsichtigten. Viele Schahkritiker kehrten aus dem Ausland zurück, um an der Gründung des neuen Staates teilzuhaben, doch als Kritiker waren sie auch den Gründern der Islamischen Republik nicht erwünscht. Sie wurden erneut verfolgt, inhaftiert, gefoltert, ermordet und enteignet. Die Behörden wurden umstrukturiert, schahtreue Beamte und Politiker medienwirksam

1 Morteza Ghasemina, *Iraner und Iranerinnen in Deutschland. Migrationsgeschichte, Lebenssituation und Integrationsprobleme*, Diss., Hannover 1996, S. 169.



hingerichtet und kurz zuvor noch gezwungen, sich von ihren Taten vor der Kamera zu distanzieren. Die Schulen wurden islamisiert und die Universitäten für zwei Jahre geschlossen, um auch dort einen islamischen Lehrplan einzurichten.

Die Folgen der Revolution, Massenhinrichtungen und der Iran-Irak-Krieg waren Anlass für rund eine Million Iraner, ins Ausland zu fliehen. Etwa 100 000 suchten und fanden bis Anfang der neunziger Jahre Asyl in Deutschland.<sup>2</sup>

## Die Flucht nach Deutschland

Im postrevolutionären Iran waren zunächst alle Schahgetreuen gezwungen, das Land zu verlassen. Diese finanzielle Elite Irans floh meist in die USA, die Schweiz, nach Frankreich, England oder Spanien, wo viele z. T. schon Immobilien besaßen oder über finanzielle Mittel verfügten, die sie über illegale Kanäle an den Mullahs vorbeigeschmuggelt hatten. Die Verhaftungen und Folterungen im Bekanntenkreis und die stete Angst, wegen ihres Lebensstils oder aufgrund von Verstößen gegen die Sittengesetze ins Fadenkreuz des Komitees, der neuen Staatspolizei, zu geraten, brachten viele Iraner dazu, ihre Häuser zu verlassen und bei Freunden und Bekannten unterzutauchen. Von dort mussten sie unter Druck versuchen, ihr Vermögen in Schmuck, Briefmarken oder Teppiche umzutauschen, um ihr Hab und Gut besser ins Ausland bringen zu können. Mit Hilfe von Schmugglern bereiteten sie ihre Flucht vor und erwarben gefälschte Ausweispapiere. Einige Wohlhabende, Unternehmer und Oppositionelle blieben zunächst noch im Lande, weil sie glaubten, die Lage könnte sich nicht noch weiter verschlimmern, und falls dies doch der Fall sein sollte, gingen sie davon aus, dass es sie nicht persönlich betreffen werde.

Meist kurdische Schlepper führten die Flüchtlinge nächtelang durch die Berge, manchmal auf Umwegen, um iranische Kontrollen zu umgehen. Manche kamen über die Türkei direkt in den Westen, andere nahmen den Weg über Armenien, Georgien, die Sowjetunion und Polen in die DDR: Von dort gelangten sie nach Westberlin. Einzelne flohen auch über Pakistan und Afghanistan. Der Fall des Eisernen Vorhangs sollte bald den Zuzug in die Bundesrepublik erschweren. 1993 wurde in der Bundesrepublik die Drittstaatenregelung eingeführt, nach der Asylbewerber, die

2 Ebenda.

über einen für sie sicheren Drittstaat außerhalb der EU einreisen, keinen Anspruch auf Asyl haben, dabei gelten auch Pakistan und die Türkei als sichere Drittstaaten.

In der Türkei waren die Strapazen und Gefahren für die Flüchtlinge noch keineswegs beendet. Während des Militärputsches 1980 streiften auch iranische Revolutionsgardisten auf türkischem Staatsgebiet umher und schossen auf flüchtige Iraner.<sup>3</sup> Noch 1988 wurden iranische Kommunisten von den türkischen Behörden aufgrund der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu Terroristen erklärt und den iranischen Behörden überstellt.

Wer ohne ein gültiges Visum in die Türkei gelangte, musste dort in Sammelunterkünften warten und lebte in ständiger Angst, in den Iran abgeschoben zu werden. In einem Reisebericht des Bundestagsabgeordneten der Grünen, Hans-Christian Ströbele, aus dem Jahr 1987 heißt es, deutsche Botschaften in der Türkei stellten im Jahr nur durchschnittlich zwei Visa für Iraner aus, da sie vom Auswärtigen Amt wiederholt dazu angehalten worden seien.<sup>4</sup> So wird heute noch von deutschen Diplomaten in der Bundesrepublik bei Verdacht auf ein Asylgesuch kein Visum erteilt, obwohl laut Grundgesetz den Asylsuchenden die Einreise nicht verwehrt werden darf.

## Kinderflüchtlinge

Kinder und Jugendliche, die infolge des Iran-Irak-Krieges z. T. unbegleitet geflüchtet waren, sollen laut Medienberichten z. B. von der Bundesgrenzschutzdirektion Koblenz von der Einreise abgehalten worden sein.<sup>5</sup> Insgesamt ist es schätzungsweise rund 1000 Kindern zwischen sechs und 16 Jahren, die überwiegend aus Teheran und anderen Großstädten stammten, gelungen, mit Unterstützung ihrer Eltern in die Bundesrepublik zu fliehen. Aber auch dort waren sie nicht sicher vor dem Zugriff aus dem Iran. Es ist eine Reihe von Fällen aktenkundig, die Auskunft darüber geben, wie sich fremde Iraner in deutschen Flüchtlings- und Kinderheimen telefonisch gemeldet haben oder persönlich kamen, um die Kinder zur Rückkehr zu

3 Masoud Jannat, *Iranische Flüchtlinge im deutschen Exil. Probleme einer Abstiegsmigration*, Diss., Marburg 2005, S. 223–227.

4 Ebenda, S. 185

5 Ebenda.

drängen. Mit Detailwissen über ihre Familien machten sie den Kindern Angst und setzten sie derartig unter Druck, dass viele von ihnen zurückgekehrt sind. Im Sommer 1987, kurz vor dem Ende des Iran-Irak-Krieges, drohte ein Teheraner Staatsanwalt einem Elternpaar mit der Inhaftierung, falls es nicht den Aufenthaltsort der Kinder bekannt gebe. In der Türkei waren iranische Flüchtlingskinder staatlicher und persönlicher Willkür ausgeliefert und wurden häufig zu Trickdiebstahl oder Prostitution gezwungen.<sup>6</sup>

War die Flucht für Erwachsene schon eine Strapaze, so wirkte sie auf Kinder, die zudem noch aus einer Kriegsregion stammten, traumatisierend. Hinzu kamen die psychischen Belastungen durch den Gewissensdruck, den die iranische Regierung selbst auf Kinder ausübte, weil sie sich nicht am Djihad beteiligten und sich nicht als Märtyrer zur Verfügung stellten. Es grenzte geradezu an Psychoterror, wenn den Kindern zudem noch von Seiten der iranischen Regierung vermittelt wurde, sie hätten ihre Freunde und Familien im Stich gelassen. Die aus den palästinensischen Selbstmordkommandos bekannten Versprechungen, nach dem Märtyrertod würde das Paradies auf sie warten, bekamen auch iranische Kinder mit auf den Weg. Auf einem in iranischen Schulen verteilten Flugblatt wurde bereits Kindern ein Jungfrauen-Paradies versprochen. Dort war zu lesen, sie hätten als Märtyrer Anspruch auf „70 Gärten, 70 Schlösser und 70 Hallen [...], in denen jeweils 70 Jungfrauen darauf warten, sich dem Märtyrer in 24 Stunden 70-mal hinzugeben“.<sup>7</sup>

Auch die Propaganda Khomeinis richtete sich explizit an die Kinder und deren Mütter, die aufgefordert wurden, „ihre Kinder nicht von der Ausübung religiöser Pflichten – sprich vom Kriegsdienst – fernzuhalten. Auch ohne die Einwilligung der Eltern, so Khomeini, seien die Kinder zum ‚freiwilligen‘ Kriegsdienst verpflichtet.“<sup>8</sup>

Ferner wurden Jugendliche mit Vorteilen bei der Erlangung des Abiturs oder der Zulassung zum Studium gelockt. Wenn sich Kinder und Jugendliche bereit erklärten, den Märtyrertod auf sich zu nehmen, waren damit finanzielle Anreize für ihre Familie verbunden. Eine ganze Generation wurde durch das Ayatollah-Regime auf diese Weise geprägt und mit propagandistischen Mitteln und Gewalt von der Nichtigkeit ihres Daseins überzeugt, psychisch entwurzelt und nachhaltig in ihrer Entwicklung gestört.

6 Ebenda, S. 123–130, 227.

7 Ebenda.

8 Ebenda.

## Die Frauenmigration

Seit der Islamischen Revolution sind Frauen, die sich nicht den neuen Sitten anpassen, besonders bedroht. Daher ist die Zahl der geschlechtsspezifisch verfolgten weiblichen Flüchtlinge enorm hoch. Unter dem neuen Regime wurde der Lohn von Frauen gekürzt, oder sie verloren ihren Arbeitsplatz.<sup>9</sup> Frauen mussten von Kollegen niedrigeren Ranges Weisungen und Maßregelungen über sich ergehen lassen. Im öffentlichen Dienst arbeiteten Frauen, die als unislamisch galten, sich also den Regeln des neuen Regimes nicht unterwarfen, unter erschwerten Bedingungen. Widersetzten sie sich den neuen Bekleidungs- und Sittenvorschriften, wurde ihnen gekündigt oder sie verließen aufgrund ständiger Demütigungen selbst den Arbeitsplatz.<sup>10</sup> Der prominenteste Fall für derartige geschlechtsspezifische Diskriminierungen ist der von Shirin Ebadi, der Friedensnobelpreisträgerin und ehemaligen ersten Richterin im Iran, die nach der Revolution zum Rücktritt gezwungen wurde. Viele Frauen werden heute noch in illegale, unversicherte Beschäftigungsverhältnisse und in die Prostitution gedrängt, die allerdings wiederum mit großer Härte verfolgt wird.

Im Gespräch mit einer jungen Exiliranerin<sup>11</sup> war zu erfahren, dass sie bis zu ihrer Flucht vor sechs Jahren im Studium stets schlechter benotet wurde als ihre männlichen Kommilitonen und regimetreue Studentinnen. Zudem berichtete sie von dem Phänomen verheirateter Frauen, die darauf drängen, mit Mann und Kindern zu flüchten, weil sie in Deutschland die Möglichkeit haben, sich nach hier geltendem Recht scheiden zu lassen. Die Scharia, das religiös legitimierte islamische Gesetz, benachteiligt in der Regel Frauen im Falle einer Scheidung, insbesondere dahingehend, dass ihnen häufig das Sorgerecht für ihre Kinder aberkannt wird. Oft verliert die Frau im Scheidungsfall auch ihre Mitgift, weil die Zermürbungstaktik ihres Mannes sie dazu bringt, auf sie zu verzichten, um endlich die

- 9 Im Jahr 1956 hatten im Vergleich zu 89 % Männern 11 % Frauen Arbeit, 1966 15 %, 1976 schon 16 % (trotz sehr schlechter volkswirtschaftlicher Entwicklung), aber im Jahr 1986 nur noch unter 11 %. Ghasemini, Iraner und Iranerinnen, S. 162.
- 10 Tahereh Agha, *Lebensentwürfe im Exil. Biographische Verarbeitung der Fluchtmigration iranischer Frauen in Deutschland*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 41.
- 11 Interview mit Maryam am 2. 3. 2007. Alle Namen der Interviewpartner sind auf fiktive Vornamen reduziert.

Scheidungseinwilligung zu erhalten. Sogar die Reisefreiheit kann Frauen versagt werden, wenn ihr männlicher Vormund nicht zustimmt. Dies gilt umso mehr für eine beabsichtigte Ausreise, die generell von den Behörden nur erteilt wird, wenn ein Teil der Familie als Faustpfand zurückbleibt.

Asyl erhalten Frauen in Deutschland als geschlechtsspezifisch Verfolgte in der Regel nicht. In Hessen wurde nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden vom 6. Februar 1987 eine Ausnahme gewährt, wobei dies „soweit bekannt der bisher einzige Versuch eines Gerichtes [ist], frauenspezifische Verfolgung als eigenständigen Asylgrund anzuerkennen“.<sup>12</sup> Allgemeine Praxis deutscher Gerichte ist demnach, die Auspeitschung von Frauen in ihren Heimatländern wegen eines verrutschten Kopftuches als demütigend, aber nicht zwangsläufig als lebensgefährlich einzustufen. Auch nahmen deutsche Behörden offensichtlich die Verfolgung von Frauen, die sich im Herkunftsland politisch betätigt hatten, nicht zur Kenntnis. Sie wurden als Mitläuferinnen eingestuft und deshalb nicht als politisch verfolgt anerkannt.<sup>13</sup>

Iranische Frauen engagieren sich politisch in stärkerem Maße als Männer. Sie reagieren damit auf die eklatanten Benachteiligungen, denen sie unterliegen. So wird berichtet, dass besonders an politisierten Fachbereichen der Universitäten ein überaus frauenfeindliches Klima herrschte.<sup>14</sup> Erst unter Schah Reza Pahlavi wurden die Frauenrechte liberalisiert. Die Möglichkeit, im Ausland zu studieren, und die Orientierung des Landes zum Westen eröffneten den iranischen Frauen neue Perspektiven, sich zu emanzipieren.

Während der konstitutionellen Revolution von 1906 bis 1911 politisierten sich Frauen bereits in beträchtlichem Maße. Sie initiierten Frauenzeitschriften, Demonstrationen und Protestaktionen gegen den religiösen Mohammad Ali Schah, der das neu gegründete säkulare Parlament mit Hilfe Russlands gestürzt hatte. Der Feminismus dieser Zeit hatte Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Stand, die Bekleidungs Vorschriften und die Rechte der Frauen. Vor allem aber beeinflussten

12 Jannat, *Iranische Flüchtlinge*, S. 212, nach Margit Gottstein, *Frauenspezifische Verfolgung und ihre Anerkennung als politisch Verfolgte im Asylverfahren*, in: Abraham Ashkenasi (Hrsg.), *Das weltweite Flüchtlingsproblem. Sozialwissenschaftliche Versuche der Annäherung*, Bremen 1988, S. 282.

13 Jannat, *Iranische Flüchtlinge*, S. 199.

14 Agha, *Lebensentwürfe im Exil*, S. 45.

die politischen Aktivitäten der Frauen die Durchsetzung der nationalen Interessen gegenüber den materiellen Machtinteressen der westlichen Staaten am Iran – auf einer von den Männern unabhängigen Basis.<sup>15</sup>

## Die ethnischen Minderheiten

In Artikel 19 der Verfassung der Islamischen Republik Iran heißt es: „Alle Iraner, welchen Volkes oder Stammes sie auch sein mögen, genießen gleiche Rechte. Hautfarbe, Rasse, Sprache und dergleichen dürfen kein Grund für Privilegien sein.“ Ferner verbietet Artikel 9 allen Staatsorganen, „im Namen der Erhaltung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität jemandem gesetzliche Freiheiten zu entziehen, auch nicht durch den Erlass von Gesetzen und Vorschriften“. Tatsächlich jedoch werden Autonomiebestrebungen von Kurden, Aserbajdschanern, Luren, Arabern und Belutschen immer wieder mit Militärgewalt niedergeschlagen, und diese Minderheiten werden an der Ausübung ihrer Kultur und Sprache gehindert.<sup>16</sup>

Auf die Frage, welcher Identität sie sich zugehörig fühlen, antworten die 4,8 bis 6,6 Millionen iranischen Kurden sicherlich nicht anders als türkische Kurden – sie fühlen sich als Kurden, genauer gesagt Ostkurden. Zwar sieht die iranische Regierung offiziell auch die Kurden als gleichwertig an, aber die andauernden Konflikte mit der Zentralregierung zeigen, wie wenig ernst es der Regierung damit wirklich ist. Da die Kurden in der unwegsamen Grenzregion zum Irak und zur Türkei in Nachbarschaft mit den Süd- und Nordkurden leben und sich länderübergreifend als Nation verstehen, werden sie immer wieder der Kollaboration mit den Nachbarstaaten beschuldigt. Bis zur Gründung der autonomen Republik Mahabad im Jahr 1946 und nach der Machtergreifung der Mullahs wurden die iranischen Kurden immer wieder verfolgt. Gründe dafür sind zum einen ihr zumeist sunnitischer Glaube und ihre Autonomiebestrebungen, zum anderen die ihnen unterstellte „Illoyalität“ gegenüber der Zentralregierung aufgrund von Kämpfen mit der iranischen Armee und der „Kollaboration“ mit den irakischen Südkurden im Iran-Irak-Krieg.

15 Mangol Bayat-Philipp, *Women and Revolution in Iran*, in: Lois Beck/Nikkix Keddie, *Women in the Muslim World*, Harvard 1978.

16 Kazem Hashemi/Javad Adineh, *ProAsyl, Verfolgung durch den Gottesstaat*, o. O. 1998, S. 29 ff., Internetseite eingesehen am 16. 2. 2007.

Der Krieg, die Verfolgung durch das Khomeini-Regime und die 1988 nahe der iranischen Grenze durchgeführte Anfal-Kampagne von Saddam Hussein lösten eine Fluchtbewegung aus, die im Jahr 2001 die Zahl der asylsuchenden iranischen Kurdinnen und Kurden in Deutschland auf rund 20 000 ansteigen ließ.<sup>17</sup> Von den genannten ethnischen Minderheiten stellen die Kurden in Deutschland die größte Gruppe dar, dennoch ist die Mehrzahl der kurdischen Flüchtlinge in die skandinavischen Länder geflohen.

Die letzte Militäroperation in den kurdischen Gebieten fand im Jahr 2005 statt, nachdem ein oppositioneller Student ermordet worden war und in zehn kurdischen Städten Aufstände ausbrachen. Es wurden 100 000 Soldaten in das Gebiet verlegt.

Die Ermordungen von iranisch-kurdischen Oppositionellen wie 1989 in Wien und 1992 im Berliner Restaurant Mykonos zeigen, wie ernst es der iranischen Regierung ist, die Autonomiebestrebungen zu unterbinden.

## Die religiösen Minderheiten

Die „Religionen des Buches“, also Juden, Christen, Zoroastrier und Sunniten stellen die größte Zahl der nicht-schiitischen Bevölkerung in Iran. Diese Religionen wurden auf dem Papier mit der Ausrufung der Islamischen Republik Irans als tolerierte, aber nicht als mit dem schiitischen Islam gleichwertige Religionen definiert. Die religiösen Minderheiten erhalten jeweils einen Sitz im Parlament und sollen ihre religiösen Bräuche ungehindert praktizieren dürfen. Obwohl es z. B. armenischen Christen gestattet ist, Wein für ihre Messen zu keltern, stellen iranische Christen, sowohl armenische als auch assyrische, die größte nichtmuslimische iranische Flüchtlingsgruppe in der Bundesrepublik. Sie verließen den Iran aufgrund der täglichen Diskriminierungen durch die Hizbollah, die rigoros das Einhalten der Bekleidungs- und Sittenvorschriften durchsetzt. Unverschleierte Christinnen werden diskriminiert, sie verlieren z. B. ihren Arbeitsplatz. Wohlfahrtsorganisationen, Clubs und Privatschulen wurden aufgelöst. Ferner wird den Christen noch heute ihre Loyalität zum Schah nachgetragen, der andere Religionen gegenüber dem schiitischen Klerus bevorzugte.

17 Quelle: Kizilhan, İlhan (2002) in: NAVEND e. V. Rechtliche Situation und Integrationsperspektiven kurdischer MigrantInnen, Bonn 2002.

Neben den täglichen Diskriminierungserfahrungen gab schließlich die Wehrpflicht für alle Minderheiten im Iran-Irak-Krieg für viele den Ausschlag, aus dem Iran zu fliehen. Rund 40 000 iranische Christen haben das Land verlassen, jedoch erhielten nur wenige Tausend in Deutschland Asyl, da sie nach dem Gesetz nicht als diskriminiert gelten.

Iranische Juden, die das Land verließen, sind größtenteils in die USA, nach Israel oder Großbritannien ausgewandert. Noch immer leben rund 25 000 Juden im Iran, hauptsächlich in Teheran. Vor der Revolution lag die Zahl der Juden, die sich vor allem in den Großstädten konzentrierten, bei ca. 80 000. Schenkt man den iranischen Medien Glauben, so sind die Juden im Land gut integriert und haben keinerlei Probleme. Tatsächlich aber sind solche Einschätzungen eher Propaganda. Die antijüdische und antizionistische Rhetorik der iranischen Regierung verunsichert die Menschen, der bloße Verdacht, Kontakte zum zionistischen Erzfeind Israel zu haben, kann Grund für ein Todesurteil sein. Die Ausübung des jüdischen Glaubens wird zunehmend erschwert durch die Islamisierung selbst in jüdisch dominierten Schulen und den Zwang, samstags zu arbeiten.<sup>18</sup> Die Juden sind nach der Gruppe der Bahá'í die Religionsgruppe mit den meisten Hinrichtungen durch das islamische Regime, obwohl die Todesurteile eher auf Antizionismus als auf Antijudaismus zurückzuführen sind.<sup>19</sup>

Die Zoroastrier haben sich im Verlauf der Islamisierung zu großen Teilen nach Indien, China und die Türkei zurückgezogen, heute leben noch etwa 10 000 im Iran. Besonders der Brauch der endogenen Eheschließung und der Zulassung von Priesterinnen hat früh zu Konflikten mit dem Islam geführt. Außerdem wurden die Zoroastrier durch das Schah-Regime wirtschaftlich gefördert. Bis heute haben sie die negativen Folgen zu tragen. Seit der Islamischen Revolution sind daher viele Zoroastrier nach Europa und Nordamerika geflohen.

Die nicht anerkannte Religionsgemeinschaft der Bahá'í wurde schon vom Schah nur geduldet. Seit ihrer Abspaltung vom schiitischen Glauben Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Anhänger als Häretiker, Unruhestifter und Spione Englands, Amerikas und Israels verfolgt. In den Augen der iranischen Rechtsgelehrten handelt es sich bei ihnen um *mahdur al damm*, um Abtrünnige des Islam, deren Blut

18 Encyclopaedia Judaica, Eintrag Iran.

19 Agha, Lebensentwürfe im Exil, S. 55.



ungestraft vergossen werden darf. Laut Angaben des Geistlichen Rats der Bahá'í sind seit der Machtübernahme durch Khomeini 400 bis 500 Bahá'í in die Bundesrepublik geflüchtet. In seinem Lagebericht vom 15. Juli 1990 über Minderheiten in Iran beschrieb das Auswärtige Amt die Situation der Bahá'í als entspannt. Der Bericht eines UN-Sonderbeauftragten Ende 1995 allerdings stellte eine systematische Verfolgung der Bahá'í fest.<sup>20</sup>

## Politische Aktivität der Exiliraner

Die politischen Aktivitäten der Exiliraner in Deutschland sind im Vergleich zu anderen Flüchtlingsgruppen vielfältig. Dies ist u. a. durch den vergleichsweise hohen Bildungsstandard der Iraner, aber auch durch die früheren politischen Aktivitäten und das klare „Feindbild“ der Mullahs zu erklären, gegen das die Oppositionellen angehen. Der Verlust von Heimat und/oder Familie verstärkt dieses Feindbild.

Während der scheinbaren Liberalisierungsmaßnahmen unter den Präsidenten Rafsandschani und Chatami schöpften auch die politisch aktiven Exilanten in Deutschland neuen Mut. Sie sahen, wie ihre Landsleute im Iran, hauptsächlich junge Leute, auf die Straßen gingen und für mehr Rechte demonstrierten. In der zweiten Amtszeit von Chatami stellte sich aber heraus, dass alle Reformen und Liberalisierungen an den konservativen Kräften scheiterten und dass das Amt des Staatspräsidenten tatsächlich auf rein repräsentative Funktionen beschränkt wurde. Die Befugnisse des Staatsoberhauptes bewegen sich nur noch im Rahmen der Zustimmung durch den Wächterrat, der aus sechs geistlichen und sechs säkularen Rechtsgelehrten besteht, und die endgültige Zustimmung des Ayatollah Chamenei.

Die Hoffnungen der Bevölkerung, vor allem der Jugend, sind seitdem gescheitert: Nasrin, eine in Deutschland studierende Iranerin, beschrieb, wie viel Energie sie und ihre Generation in die Durchsetzung von Reformen gesteckt haben und wie sie allmählich begriffen, dass auch Chatami von Inhaftierungen, Folterungen und Hinrichtungen wusste, aber nichts tun konnte.<sup>21</sup> Ihre Generation, die die

20 Jannat, *Iranische Flüchtlinge*, S. 208

21 Interview vom 12. 2. 2007.

Mehrheit im Lande darstellt, ist als desillusioniert und ausgebrannt zu bezeichnen. Dennoch tauscht sich die iranische Jugend in der Blogszene im Internet offen über ihre Ansichten aus. Die Weblogs ermöglichen es den Menschen, trotz der Internetzensur im Iran Gedanken, Träume und politische Ansichten zu äußern. So können oft erst durch Weblogs zensierte politische Nachrichten unter Iranern im In- und Ausland bekannt gemacht werden, die vor dem Zeitalter des Internets kein solch breites Publikum erreichten. Wünsche nach westlicher Lebensweise werden etwa durch das teilzensierte Internet und illegale Kopien „unislamischer“ Filme geschürt. Die Kleidung wird enger und knapper, und der Drang der Jugend, sich den Sittengesetzen zu entziehen, entfaltet sich in den eigenen vier Wänden. Es gibt Privatzusammenkünfte von jungen Männern und Frauen, bei denen die Frauen kein Kopftuch tragen und ohne Furcht vor Sittenwächtern Kontakte miteinander pflegen können.<sup>22</sup> Nasrin sagte in unserem Interview: „Im Iran ist das Leben auf der Straße ein ganz anderes als zu Hause!“<sup>23</sup> Die oppositionellen Gruppierungen wurden weitgehend von der Regierung zerschlagen, und so bleibt der frustrierten Jugend nur der Rückzug in die eigene, minimale Entfaltung, oft mittels Drogen, deren Bekämpfung neben der von HIV ein massives Problem für die iranische Regierung darstellt.

Anders verhält es sich mit den politisch aktiven Exiliranern, die in den neunziger Jahren mit Hochspannung die politische Entwicklung verfolgt haben. Zwar mussten sie mit dem Erstarken der konservativen Kräfte im Iran die Hoffnung auf eine baldige Veränderung der Machtverhältnisse aufgeben, sie sind aber durch ihre oft langjährige politische Arbeit meist in Geduld geübt.

Die politische Arbeit findet auf vielfältigen Ebenen statt. Von der Mitgliedschaft in einer Partei oder der Teilnahme an Diskussionsgruppen oder der Mitarbeit in Vereinen erstreckt sich das Spektrum bis hin zu wissenschaftlichen und journalistischen Publikationen zur Situation der Exilanten und der politischen Situation im Iran. Die wichtigsten Zeitungen von Exiliranern, „rooz“ und „keyhan“, werden derzeit in Großbritannien verlegt. Unzählige kleinere Druckerzeugnisse erscheinen in anderen europäischen Ländern.

<sup>22</sup> Nasrin Alavi, *Wir sind der Iran. Aufstand gegen die Mullahs – die junge persische Weblog-Szene*, Köln 2005.

<sup>23</sup> Interview vom 12. 2. 2007.

Die in der Bundesrepublik tätigen Flüchtlingsvereine kümmern sich hauptsächlich um die Aufklärung über Menschenrechtsverletzungen im Iran und humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge. Sie bieten Deutsch- und Integrationskurse, Kurse über deutsche Politik und Geschichte sowie Ämterhilfe, Persischkurse für Kinder, Frauengruppen und mehr an. Ein Berliner Verein, das „Archiv für Forschung und Dokumentation Iran“, setzt sich aus Vertretern der Verfolgten der Khomeini-Ära zusammen. Die Archivierung von Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Broschüren und Büchern wird als wichtiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Regimes verstanden, und Berliner Gruppen wie die „Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran“ können auf die Dienste des Archivs für ihre Arbeit zurückgreifen. Das Archiv, das ebenso wie die meisten Vereine keine finanzielle Förderung erhält, wird bundesweit, aber auch im europäischen Ausland von iranischen Exilorganisationen und Privatpersonen besucht und genutzt.

Die iranische Exilopposition kann nach politischen und ideologischen Zielsetzungen grob in vier verschiedene Lager unterteilt werden: die Schahanhänger bzw. Anhänger einer konstitutionellen Monarchie, traditionell marxistisch-leninistische Kräfte, gemäßigte linke bzw. nationale Kräfte und die Organisation der Volksmudschaheddin.<sup>24</sup> Derzeit gibt es etwa zehn wichtige, meist marxistisch-leninistische politische Parteien in Deutschland, von denen die bekanntesten wohl die Tudeh-Partei und verschiedene Abspaltungen der Volksfedayin<sup>25</sup> sind. Die Linke ist politisch seit dem Zusammenbruch des Ostblocks in ihren Ansätzen zerstritten und in der Aufarbeitung ihrer politischen Misserfolge begriffen. Zwei durch den Verfassungsschutz überwachte Parteien sind offenbar an einem gewaltsamen Sturz des Regimes interessiert, die eine ist die Arbeiterkommunistische Partei Iran, die andere die Volksmudschaheddin Iran Organisation (MEK) und deren Frontorganisation Nationaler Widerstandsrat Iran. Sie stehen im Verdacht, Anschläge im Iran verübt zu haben sowie in ihren ehemaligen Stützpunkten im Irak Gefängnisse für eigene Dissidenten unterhalten und die Insassen dort gefoltert zu haben. Eine große Zahl dieser Dissidenten lebt heute in den Niederlanden und der Bundesrepublik.

24 Hashemi/Adineh, *ProAsyl*, S. 109.

25 Volksrevolutionäre.

## Die Lebenssituation der Exiliraner

In dem 1986 gegründeten Berliner „Verein iranischer Flüchtlinge“ treffen viele unterschiedliche Iraner zusammen, manche, weil sie ihr Heimweh mit anderen teilen wollen, andere, um Hilfe bei Behördengängen, Sprach- oder Weiterbildungsmaßnahmen zu erhalten. Maryam, die mit ihrer Familie seit sechs Jahren in Deutschland lebt, hat im Iran studiert und besitzt noch immer nur Duldungsstatus. Somit warten sie und ihr Mann, beide Ende 20, auf eine Fortsetzung ihres Studiums. Nicht einmal ein Deutschkurs wurde ihnen bewilligt. Sie leben seit Jahren in der Ungewissheit, wann und wie sich ihre Zukunft gestaltet. Bis jetzt konnten sie nur einen halbjährigen Kurs bei einem von der Europäischen Union finanzierten EDV-Projekt „Bridge“ absolvieren und ehrenamtlich beim Flüchtlingsverein arbeiten. Letztlich aber, so Maryam in einem Interview, nähmen alle iranischen Flüchtlinge einen beruflichen und gesellschaftlichen Abstieg hin.<sup>26</sup> Zwar gibt es viele iranische Mediziner, Anwälte, Architekten und Akademiker, und einige von ihnen sind in ihren Berufen tätig, aber viele konnten nach der langen Wartezeit ihres Asylverfahrens nicht mehr an ihr Berufsleben, Studium oder ihre Ausbildung anknüpfen und sind Unternehmer oder Angestellte geworden. Auch hier sind die langwierigen Asylprüfungsverfahren und fehlenden Deutschkurse als Gründe zu nennen, aber auch die Traumata ihrer politischen Verfolgung und der Flucht.

Die im Iran erlangten akademischen und beruflichen Abschlüsse werden in Deutschland nicht anerkannt, deshalb müssen z. B. technische Zeichner oder Architekten, die ihre Berufe im Iran bereits jahrelang ausgeübt hatten, erneut ein Studium in Deutschland absolvieren, was für die meisten nicht nur demütigend, sondern auch finanziell und sprachlich nicht zu bewältigen ist. Der Lebensstandard, den sie im Iran erreicht hatten, ist für die meisten auch nach Jahren nicht erreichbar, und so empfindet die Mehrzahl ihren Status in Deutschland als gesellschaftlichen Abstieg.

Obwohl viele Iraner in Deutschland die gewohnte iranische Herzlichkeit und Verbindlichkeit im Zusammenleben mit den Deutschen vermissen, haben doch die meisten von ihnen mehr oder weniger regelmäßigen Kontakt zu Nachbarn, Kollegen oder Kommilitonen. Hierbei spielen natürlich die Berufstätigkeit oder das Studium, also gesellschaftlicher Status sowie gute Sprachkenntnisse, eine wichtige

26 Interview vom 2. 3. 2007.

Rolle.<sup>27</sup> Jene Iraner, die als Schah- oder Revolutionsflüchtlinge in die Bundesrepublik gekommen sind und sich bereits ein gesellschaftliches Leben aufgebaut haben, unterhalten in der Regel Kontakt sowohl zu Iranern als auch zu Deutschen.

Da während des oft jahrelangen Asylantragsverfahrens keine Deutschkurse mehr bezahlt werden, sind iranische Asylbewerber zwangsläufig von der deutschen Gesellschaft isoliert. Diese Lücke versuchen iranische Vereine zu füllen. Die Sprachkurse in den Flüchtlingsvereinen sind ein wesentlicher Beitrag, um wenigstens ein Mindestmaß an Verständigung mit der Umwelt zu gewährleisten bzw. einen Beruf ausüben zu können. Die meisten Iraner sind sich darüber im Klaren, dass die Beherrschung der deutschen Sprache die Basis dafür ist, an ihren beruflichen und sozialen Lebensstandard im Iran anknüpfen zu können.<sup>28</sup>

Bemerkenswert ist das Misstrauen, das einige Iraner einander entgegenbringen. Politisch Verfolgte müssen zu Recht fürchten, von Landsleuten ausspioniert zu werden, und so bleiben manche Bekanntschaften oberflächlich. Gerade Studenten oder amnestierte Personen, die ihre Familien im Iran wieder besuchen dürfen, sind manchen Oppositionellen suspekt. Ebenso verhält es sich allerdings auch umgekehrt, denn die Studenten und Amnestierten müssen befürchten, sich und ihre Familien durch oppositionelle Kontakte ins Visier der Geheimpolizei zu bringen.<sup>29</sup>

So müssen diejenigen, die ihr Land verlassen haben und sich politisch engagieren, damit leben, im Iran teils beneidet, teils geächtet zu werden, aber auch damit, dass sie in Deutschland auf Iraner treffen, die sie dafür belächeln oder gar verurteilen, politisch aktiv zu sein. Es ist also keinesfalls so, dass die politische Opposition gegen das Herkunftsland in Deutschland die Gruppe der Iraner zusammenschweißt. So wurden manche politisch Aktive von ihren Parteifreunden dafür geächtet, dass sie für Chatami stimmten und somit vermeintlich das Regime unterstützten.<sup>30</sup>

Die Exilgemeinschaft ist heterogen, und so treffen manchmal Monarchisten auf Marxisten und gemäßigt Religiöse auf Atheisten, die sich, wie vor der Revolution, nur darin einig sind, dass die Mullahs ihr Machtmonopol aufgeben müssen – in welcher Form, ist eine andere Frage. In Internetforen sind häufig erbitterte Diskussionen zwischen Iranern und iranischstämmigen Deutschen über die politische

27 Jannat, *Iranische Flüchtlinge*, S. 315 ff.

28 Ebenda, S. 316 ff.

29 Interview mit Nasrin am 2. 3. 2007 und mit Hamit am 27. 2. 2007.

30 Interview mit Ashraf am 1.5. 2007.

Situation zu lesen, die zum Ausdruck bringen, wie sehr die Meinungen auseinandergehen.

Auf die erforderliche Anpassung an die Umstände im Exil reagierten die einen mit Resignation, die anderen mit Aktionismus. Die Erkenntnis, dass die Islamische Republik nicht ohne weiteres abgeschafft werden kann, führt zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der eigenen und der kollektiven politischen Vergangenheit. Dies eröffnet gleichzeitig die Chance auf realistischere und vielfältigere politische Lösungsansätze, die gleichzeitig helfen, das Leben in der Gegenwart zu gestalten. Mit dem Slogan „... und nächstes Jahr ohne die Mullahs“, der unter den Exiliranern in Deutschland kursiert, zeigen sie, dass sie dennoch Hoffnungen haben, dass sich im Iran etwas verändert und damit ihre innerliche Anspannung ein Ende haben wird.

## Kinder aus Roma-Familien in Deutschland

### Bedingungen und Voraussetzungen zur Integration

In Deutschland leben schätzungsweise 50 000 Roma-Flüchtlinge, davon 20 000 Kinder. Sie werden im Blickfeld des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses als vorübergehend geduldete Minderheit wahrgenommen. In Wirklichkeit dauert aber der „vorübergehende“ Aufenthalt oft bis zu zehn oder mehr Jahren, in denen ihre Bildungsbeteiligung kaum Beachtung findet. Dabei ist für viele Familien, deren Kinder in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, eine Rückkehr auf absehbare Zeit nicht möglich oder nicht zuzumuten. In weiteren Fällen dauern Prüfungsverfahren noch an, ohne dass Entscheidungen absehbar sind. Ohne Klärung des Aufenthaltsstatus und dementsprechende Bildungszugänge befindet sich die jetzt aufwachsende Generation im Zustand der sozialen Ausgrenzung, der sich zu verfestigen droht.

Ins öffentliche Blickfeld rückt hingegen eine kleine Problemgruppe, die wegen Kriminalität und Delinquenz auffällig ist. Die über längere Zeiträume thematisierten und medienwirksam dargestellten Fälle von Taschendiebstählen, Einbrüchen und bettelnden Kindern prägen das Bild der Gesamtgruppe. Problematische Einzelfälle werden schnell als Beispiel für typisches Verhalten geltend gemacht. Dabei ist amtlichen Dokumenten zu entnehmen, dass es sich im Verhältnis zur Gesamtgruppe um eine geringe Anzahl handelt.<sup>1</sup> An der Wahrnehmung ändert dies wenig.

1 Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln. Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20. 7. 2004, S. 5: „Lediglich eine im Verhältnis zur Gesamtgruppe sehr kleine Gruppe von Kindern und Jugendlichen (Ende 2003: ca. 80 Personen) fällt in Köln durch regelmäßige strafbare Handlungen auf.“; vgl. auch Antwort auf die Mündliche Anfrage (Drucksache 13/4931) zur „Beschulung strafunmündiger Intensivstrafäter mit Flüchtlingsstatus“, in: Landtag Nordrhein-Westfalen, Plenarprotokoll 13/112 vom 29. 1. 2004, S.11099: „In Köln sind ca. 80 Kinder betroffen.“

Der vorliegende Bericht stellt eine Kurzfassung der Studie dar, die zwischen September 2006 und Februar 2007 im Auftrag von UNICEF Deutschland am Zentrum für Antisemitismusforschung erstellt wurde.<sup>2</sup> Sie konzentriert sich auf die Lage von Kindern aus Roma-Familien, die seit 1990 nach Deutschland gekommen sind. Die Untersuchungen bezogen sich im Rahmen von Fallstudien auf fünf Großstädte: Hamburg, Berlin, Köln, Münster und Frankfurt am Main. Dabei bestand das Ziel nicht in einer bundesweiten statistischen Gesamterhebung, sondern in erfahrungsgesättigten Antworten auf die Frage, welchen Voraussetzungen und Bedingungen die Integration von Roma-Kindern in verschiedenen Lebensbereichen unterliegt. Ergänzend fanden Gespräche mit Roma-Familien und Kindern statt.

Zur Untersuchung der Ursachenzusammenhänge, die den Erfolg bzw. Misserfolg im Bildungsbereich prägen sowie den Zugang zum Wohnungs- und Gesundheitsbereich beeinflussen, wurden 50 Leitfadenterviews mit lokalpolitischen Akteuren, Experten und Praktikern (aus Schulen, Behörden, Flüchtlingsverbänden und Organisationen der Sinti und Roma) geführt. Zusätzlich wurde die Rolle von Schlüsselakteuren wie Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Lehrer und Erzieher ermittelt. Dabei ging es um Fragen der Partizipation und des Engagements der Akteure, der regionalen Unterschiede und ihrer Ursachen sowie um Beispiele gelungener Praxis.

## Heterogenität, Binnendifferenzierung und öffentliche Wahrnehmung

Die Roma, die seit 1990 nach Deutschland kamen, stellen eine äußerst heterogene Gruppe dar. Sie kamen nicht nur aus unterschiedlichen Herkunftsländern, sondern auch ihre Fluchtbiografien sind uneinheitlich: Manche sind seit 1990 in Deutschland, andere sind zwischen 1991 und 1993 als bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge gekommen; einige fanden zunächst Aufnahme in der Bundesrepublik, um dann in ein anderes westeuropäisches Land auszuwandern und in den Jahren 2000 bis 2003 wieder einzureisen. Andere sind erst 1999 infolge des Kosovokonflikts gekommen.

2 Die Studie ist erschienen in: Reinhard Schlagintweit/Marlene Rupprecht (Hrsg.), *Zwischen Integration und Isolation. Zur Lage von Kindern aus Roma-Familien*, Berlin 2007.



Zu berücksichtigen ist auch die Binnendifferenzierung wie z. B. das regionale Umfeld und die Siedlungsstruktur, aus der die Familien kamen, sowie ihr Sozialstatus. Oft hängen Handlungsstrategien und Problemlagen davon ab, inwiefern Familien aus homogenen Roma-Dörfern stammten, aus ärmlichen Vorortvierteln, aus ländlichen Mischsiedlungen oder ob sie verstreut in Stadtteilen lebten und bereits eine gesellschaftliche Eingliederung erfahren haben.

Weitere Differenzierungskriterien sind Sprache und Religion. Ein Teil der Roma ist zweisprachig, d. h. die Angehörigen der Gruppe beherrschen die Sprache des Herkunftslandes und Romanes, ein anderer Teil hingegen benutzt nur noch die jeweilige Landessprache. Was die Religionszugehörigkeit anbetrifft, so gehören beispielsweise rumänische Roma einem christlichen Bekenntnis an, während Roma aus Ex-Jugoslawien entweder christlich-orthodoxen oder muslimischen Glaubens sind.

Bei aller Differenzierung und Heterogenität teilen die unterschiedlichen Gruppen allerdings die Erfahrung, immer wieder mit traditionellen Stereotypen vom „Zigeuner“ konfrontiert zu werden bzw. auf besondere Befürchtungen und Bedrohungsvorstellungen zu stoßen.

Während die mediale Öffentlichkeit und ein Teil der Behördenmitarbeiter Problemgruppen innerhalb der Minderheit als typisch für alle Roma wahrnehmen, bleiben die bereits teilweise integrierten Roma-Flüchtlinge im toten Winkel, weil sie keine Zielgruppe lokaler Entscheidungen und Maßnahmen sind: Zu ihnen gehören diejenigen, die für die Umgebung nicht als Roma wahrnehmbar sind, die nicht auf soziale Dienste oder Roma-Organisationen angewiesen sind, die keine Berührungspunkte mit Jugendamt oder Jugendhilfe haben. Es sind alle jene Roma, die in den Aufnahmekommunen, trotz der bestehenden Ressentiments, ein normales Leben zu führen versuchen.

## Aufenthaltsstatus als Schlüsselfaktor

Der Zugang zu Bildung, Wohnung und Gesundheit hängt in erheblichem Maße vom aufenthaltsrechtlichen Status ab. Etwa 15 000 Roma-Flüchtlinge verfügen über eine Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis. Dieser Status eröffnet erst die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Partizipation und Integration: Familien erhalten

die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme, Ausbildung und zum Umzug in Mietwohnungen, sie sind gesetzlich krankenversichert, die Familien haben ein Recht auf Sprach- und Integrationskurse.

Etwa 35 000 Roma sind hingegen „geduldete Flüchtlinge“, das heißt, sie sind zur Wiederausreise verpflichtet. Der Duldungsstatus legt fest, dass diese Familien besonderen administrativen Beschränkungen und Auflagen unterliegen, die einer Integration entgegenstehen: Sie sind nicht berechtigt, an staatlich geförderten Sprach- und Integrationskursen teilzunehmen; Arbeitsaufnahme, Ausbildung und Weiterbildung sind verboten. Ihre Lebenswirklichkeit wird von ständiger Angst vor der Abschiebung, beengten und isolierten Wohnverhältnissen sowie eingeschränkten gesellschaftlichen Teilnahmemöglichkeiten geprägt.

Den Alltag geduldeter Flüchtlinge prägt die ständige Befürchtung, jederzeit abgeschoben zu werden. Familien müssen alle drei, sechs oder zwölf Monate, mitunter alle zwei Wochen zur Ausländerbehörde, um diese Bescheinigung zu erneuern. Experten und Praktiker aus dem Schul- und Sozialbereich verweisen darauf, dass zu Zeiten, zu denen die Duldungen ablaufen, „Unruhe unter den betroffenen Schulkindern“ aufkommt.<sup>3</sup> Aus Angst, sie könnten abgeschoben werden, bleiben sie in dieser Zeit vom Unterricht fern, wobei sie nach Klärung bzw. Verlängerung der Duldung wieder in die Schule gehen.

Schwierige Lebenslagen resultieren daraus, dass die Versorgungsleistungen für geduldete Flüchtlinge stark gesenkt sind (30 Prozent unter dem Sozialhilfesatz)<sup>4</sup> und Familien keinen Anspruch auf Kindergeld oder Erziehungsgeld haben. Für sie ist eine geminderte medizinische Versorgung vorgesehen, die davon abhängt, welche Leistungen das zuständige Sozialamt übernimmt und bewilligt. Im Krankheitsfall muss stets das Sozialamt kontaktiert werden, um Krankenscheine für den Arztbesuch oder Krankenhausaufenthalt zu erhalten. Die Aushändigung oder Verweigerung der Kostenübernahmescheine liegt im Ermessensspielraum der jeweiligen Sachbearbeiter.

3 Interviews in Münster, Köln, Frankfurt am Main, Hamburg und Berlin (Oktober–Dezember 2006). Vgl. auch „taz Ruhr“ vom 21. 6. 2004 (Artikel „Flüchtlinge dürfen lernen“).

4 Siehe Joachim Genge/Imke Juretzka, Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Ausschluss oder Teilhabe. Rechtliche Rahmenbedingungen für Geduldete und Asylsuchende – Ein Leitfaden, Berlin 2006, S. 9 f.

Viele Familien, die nach Ansicht der Behörden ausreisen könnten, wenn sie wollten, erhalten nur noch Gutscheine oder Lebensmittelpakete.<sup>5</sup> Besonders benachteiligt sind diejenigen Kinder, deren Eltern von Sozialleistungen und gesundheitlicher Regelversorgung ganz ausgeschlossen sind.<sup>6</sup>

## Regionale und lokale Unterschiede

Wegen des relativ großen Handlungsspielraums der Länder und Kommunen beim Umgang mit den Flüchtlingen gibt es deutliche Unterschiede hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung sowie des Bildungszugangs.

### *Wohnsituation*

Die Unterbringungspolitik orientiert sich seit 1997 am geänderten Asylbewerberleistungsgesetz, das festlegt, dass anerkannte Flüchtlinge integriert werden sollen und deswegen in Wohnungen ziehen dürfen. Flüchtlinge im Asylverfahren und „Geduldete“ sollen nur in Flüchtlingsheimen untergebracht werden. Für sie ist eine Integration nicht vorgesehen.

In einigen Kommunen spitzte sich gegen Ende der 1990er-Jahre die Unterbringungssituation zu. Um dem „Zuzugsverhalten“<sup>7</sup> der Roma Einhalt zu gebieten, leitete beispielsweise die Kölner Stadtverwaltung abschreckende Maßnahmen ein: Roma-Familien wurden in das Container-Sammellager auf dem Gelände der ehemaligen

5 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Migration, Asyl und Integration in Zahlen, Bonn 2006<sup>14</sup>, S. 61: „Das Gesetz sieht vor, dass die sozialen Leistungen vorrangig als Sachleistungen zu gewähren sind. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die sozialen Leistungen ausschließlich zur Bedarfsdeckung in Deutschland dienen.“ Vgl. auch Genge/Juretzka, Berliner Beiträge, S. 9.

6 Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Aufnahme- und Beratungszentrum für Seiteneinsteiger und dem Förderverein Roma e. V. (Hrsg.), „Dawen bachtale“/„Herzlich Willkommen“. Zu Fragen der schulischen Integration von Romakindern, Frankfurt a. M. 2004, S. 11; vgl. auch Sozialgericht Frankfurt am Main: Kein genereller Ausschluss von bedürftigen Ausländern. Beschluss vom 9. 2. 2006 – S6SO18/06ER (M7869), [http://www.asyl.net/Beratung/Sozialrecht\\_2.html](http://www.asyl.net/Beratung/Sozialrecht_2.html); vgl. auch Bayerisches Landessozialgericht, Beschluss vom 28. 6. 2005.

7 Zum Begriff „Zuzugsverhalten“ siehe Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln. Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20. 7. 2004, S. 6.

Chemiefabrik Kalk einquartiert, weitere Familien wurden in Zelten, Kasernen und auf dem Flüchtlings Schiff „Transit“ im Deutzer Hafen<sup>8</sup> untergebracht. Anstelle von Bargeldzahlungen erhielten die Flüchtlinge Sammelverpflegung, Gutscheine und Sachleistungen. Die Unterbringung auf Flüchtlings Schiffen gehörte auch in Hamburg zur Praxis: Auf der „Bibby Altona“ waren im Sommer 1999 ca. 200 Kosovo-Flüchtlinge, darunter 100 Kinder untergebracht.<sup>9</sup>

Zur Abschreckung und Abwehr der Roma-Flüchtlinge dient die Unterbringung in „Provisorien“,<sup>10</sup> die über Jahre aufrechterhalten werden: Bevorzugte Standorte sind Stadtrandlagen und Gewerbegebiete mit ungünstigen Anbindungen an das öffentliche Verkehrsnetz. In innerstädtischer Lage werden vorwiegend alte Schulgebäude, heruntergekommene Hotels und Verwaltungsgebäude zu Wohnheimen umfunktioniert. Aufgrund schlechter Grundausstattung, desolatem Erhaltungszustand, maroder Bausubstanz und teilweise fehlender Sozialbetreuung sind die Lebensbedingungen in einigen dieser Heime äußerst schlecht. Werden in diesen Unterkünften ausschließlich Roma-Familien untergebracht (und dies ist in einigen Orten der Fall), so erfahren deren Kinder allein wegen ihrer Wohnsituation Stigmatisierung und Ausgrenzung. Razzien und häufige Schlagzeilen in den Medien verstärken das negative Image der Heime. Da keine Nennung der Zahl der „problematischen Familien“ erfolgt, fallen alle Heimbewohner unter Generalverdacht. Werden zudem Heime von behördlicher Seite als „problematisch“ eingestuft und mit „krimineller Entwicklung“ in Verbindung gebracht, prägt das erfahrungsgemäß auch die Wahrnehmung durch Schulverwaltung und Lehrkräfte.

Die Lebensbedingungen in diesen Heimen orientieren sich an folgenden Mindestanforderungen: Pro Person sind etwa sieben Quadratmeter vorgesehen, in der Regel sind zwei Personen in einem 14 Quadratmeter großen Raum untergebracht. Dieser Raum ist Wohnzimmer, Schlafzimmer und Esszimmer zugleich. Die notwendige Ausstattung (Tisch, Schrank, Stühle, Külschrank) verstärkt die Enge des Raumes. In den Gemeinschaftsküchen können die Familien zwar kochen, aber das

8 Im Mai 2003 lebten auf dem „Wohnschiff“ 191 Personen, davon 90 Roma-Kinder.

9 Antrag betr. Betreuung der Kosovo-Flüchtlingskinder, Hamburg. Drucksache 16/2395 vom 21. 4. 1999.

10 Stefan Thimmel, *Ausgegrenzte Räume – Ausgegrenzte Menschen. Zur Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen am Beispiel Berlin*, Frankfurt a. M. 1994, S. 174.

Essen müssen sie auf ihre Zimmer tragen und dort zu sich nehmen. Rückzugsmöglichkeiten oder Räumlichkeiten, wo die Kinder alleine und ungestört sein könnten, gibt es nicht.

Etwa ab 2003 leiteten einige Städte und Kommunen einen Kurswechsel ein, der auf flüchtlingspolitischen Konzepten beruht und die Integration der Flüchtlinge begünstigen soll. Unter bestimmten Bedingungen wird geduldeten Flüchtlingen der Umzug in Mietwohnungen gestattet. Ein Teil der Roma hat es geschafft, diese Möglichkeiten zu nutzen: In Münster lebt über die Hälfte der Roma-Flüchtlinge in Wohnungen, in Berlin der überwiegende Teil der Familien. Nach den Beobachtungen von Fachkräften im Sozialwesen ist der Umzug in adäquate und bezahlbare Wohnungen für Roma-Familien auch deshalb schwieriger, weil sie häufig auf Vorbehalte und Ressentiments von Seiten der Vermieter stoßen. In Hamburg und Frankfurt am Main müssen geduldete Roma-Familien in den Wohnheimen bleiben, erst mit einer Aufenthaltserlaubnis dürfen sie eine Wohnung beziehen.

Insgesamt zeichnet sich die Tendenz ab, dass sich für einen Teil der Roma-Familien der Verbleib in Flüchtlingsunterkünften verfestigt. Trifft diese Entwicklung hauptsächlich jene Unterkünfte, die eine äußerst schlechte Grundausstattung, einen desolaten Erhaltungszustand und fehlende Sozialbetreuung aufweisen, dann werden sie zu stigmatisierten Wohnorten der Verlierer.

### *Bildungssituation*

Der Schulbesuch und -erfolg von Kindern aus Roma-Familien unterscheidet sich regional deutlich. Die Länder Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland sehen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien keine Schulpflicht vor. Das galt bis zum Jahr 2005 auch für Nordrhein-Westfalen. Aufgrund der fehlenden Schulpflicht war ein Teil der Roma-Kinder nicht beschult, wobei hervorzuheben ist, dass es markante lokale Unterschiede gab: Während in Köln (bis 2005) einige hundert Roma-Kinder nicht eingeschult waren, gingen in Münster fast alle Roma-Kinder in die Schule.

Obwohl die Ursachen für die schulische Nichteinbindung der Roma-Kinder sehr komplex waren, kursiert bis heute das Gerücht, dass die „Roma-Eltern das Schulrecht nicht in Anspruch genommen haben“. Dabei werden die Folgen politischer Entscheidungen – unter Rekurs auf das Stereotyp vom angeblich an Bildung und Kultur nicht interessierten „Zigeuner“ – ausgeblendet.

Wo Kinder aus Roma-Familien die Schule besuchten, hing ihr Erfolg zum einen vom Engagement der Eltern und der Wohnheimbetreuer ab, zum anderen von der Aufnahmebereitschaft der Schulverwaltungen und Lehrkräfte. Mutmaßungen über eine allgemeine, kulturell bedingte Schulferne der Roma-Kinder ließen sich nicht bestätigen.

Es zeigte sich allerdings, dass entsprechende pauschale Zuschreibungen sich als sich selbst erfüllende Prophezeiungen auswirken können. So scheinen in einigen Zusammenhängen besonders Kinder, deren ethnische Zugehörigkeit für die Umwelt sichtbar ist, schneller als hoffnungslose Fälle bewertet zu werden, als das Kinder aus der Mehrheitsbevölkerung bei vergleichbaren Problemen erfahren. Wie die Untersuchung zeigt, kumulieren Schulprobleme bei Kindern, die im Alter von zehn bis 14 Jahren eingereist sind, deren Familien keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen haben und in schlecht ausgestatteten Flüchtlingsheimen konzentriert wohnen. Besondere Schwierigkeiten haben auch Kinder aus Großfamilien, aus unteren sozialen Schichten und aus solchen Familien, deren Eltern nur geringe eigene Schulerfahrung haben.

Nicht zu unterschätzen ist die nach wie vor bestehende Wirkung von ethnischen Stereotypisierungen. Vielen Roma-Kindern eilt allein aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit der Ruf voraus, besonders „problematisch“ zu sein.

Kinder, die in Flüchtlingsunterkünften wohnen und deren Eltern von Sozialleistungen ausgeschlossen sind, haben häufig nur einen eingeschränkten Zugang zum Kindergarten. Zum einen besteht für sie kein selbstverständlicher Anspruch auf einen Kindergartenplatz, zum anderen setzt die Anmeldung in einem Kindergarten voraus, dass die Eltern

- in Heimen wohnen, in denen Sozialarbeiter sie über die Möglichkeit der Kindergartenanmeldung informieren,
- die deutsche Sprache soweit beherrschen, dass sie Kontakt mit den Kindergärten aufnehmen und Gespräche führen können,
- den Vorstellungen von Seiten der Kindergärten entsprechen und akzeptiert werden.

Es gibt Städte, wie beispielsweise Münster, in denen sich kommunale Verwaltung bzw. lokale Akteure um die Kindergartenanmeldung kümmern.

Die Einbindung in die Ganztagschulen ist mit zusätzlichen Kosten verbunden sowie teilweise von der Berufstätigkeit der Eltern abhängig. In einigen

Kommunen ist ein Teil der Kinder aus Roma-Familien nur partiell in die vorhandenen Ganztagschulen eingebunden: Sie nehmen lediglich am Vormittagsunterricht teil, erhalten kein Mittagessen und sind nicht am Nachmittagsprogramm der Schulen beteiligt. Die Kommunen sehen keine Kostenerstattung oder Zuschüsse für die Ganztagsbetreuung vor. Es gibt aber Beispiele, wo sich Schulen um die Einbindung der Kinder kümmern und etwa aus Stiftungsgeldern die Subventionierung des Mittagessens gewährleisten oder auf anderen Wegen eine Kostenerstattung beantragen.<sup>11</sup>

Nach Meinung von Fachleuten ist ein selektiver Charakter des Schulsystems zu erkennen, der zwar nicht ausdrücklich gegen eine Minderheitengruppe gerichtet ist, aber vornehmlich Kinder nicht-deutscher Herkunft, aus Flüchtlingsfamilien, aus Großfamilien und niedrigen Sozialschichten betrifft. Den ausgewerteten Interviews ist zu entnehmen, dass ein gewisser Teil der geduldeten Roma-Kinder von der Überweisung auf Sonderschulen betroffen ist. Zu dieser Risikogruppe zählen vor allem Kinder

- aus kinderreichen Familien,
- die keinen Kindergarten besucht haben,
- die bei Schulbeginn „zurückgestellt“ wurden,
- die bereits Klassen wiederholt haben,
- die älter als zehn Jahre sind und keine Schule besucht haben,
- deren Eltern mangelnde oder keine Schulbildung haben,
- aus stigmatisierten Wohnheimen mit mangelnder Sozialbetreuung.

Experten und Praktiker aus dem Bildungs- und Sozialbereich gaben am häufigsten folgende Erklärungen für die Sonderschulüberweisung an:

#### *(1) Zurückstellung bei der Einschulung*

Roma-Kinder, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse aufweisen, werden zunächst „zurückgesetzt“. Diese Zurückstellung bei der Einschulung führt zur Überalterung der Kinder in der Grundschule. Dies wiederum hat häufig – aus der schulinternen Notwendigkeit alters- und leistungshomogener Klassenverbände – eine Überweisung auf die Sonderschule zur Folge.

11 Als Beispiel ist die Hamburger Ganztagschule St. Pauli zu nennen.

### (2) *Ungenügende Deutschkenntnisse*

„Fehlende Deutschkenntnisse“ sind de jure für eine Sonderschulüberweisung nicht zulässig, dienen aber oft als Begründung für eine Überweisung.<sup>12</sup> Aus fehlenden oder schlechten Deutschkenntnissen wird auf eine allgemeine Lernschwäche geschlossen.

### (3) *Außerschulische Lernbehinderungen*

Roma-Kinder werden „durch ihre Umgebung am Lernen gehindert“. Das heißt, die beengten und ungünstigen Lebensverhältnisse in den Wohnheimen werden als „Lernbehinderung“ interpretiert.

### (4) *„Unangepasstheit“*

Roma-Kinder „können sich nicht in geordnete Verhältnisse einpassen“, sie stören den Unterricht oder den Schulbetrieb. Diejenigen Kinder, die sich anders verhalten, als es den Erwartungen an Kinder aus Mittelschichtfamilien der Mehrheitsgesellschaft entspricht, werden schnell als „auffällig“ oder „unangepasst“ eingestuft.

### (5) *Faktor Großfamilie*

Nach den Beobachtungen von Fachkräften aus dem Sozialbereich hat sich die Praxis der Sonderschulüberweisung vor allem bei Kindern aus Großfamilien in manchen Regelschulen zum Automatismus verfestigt. Die angeblich wegen der traditionell ausgerichteten Lebensform in der Großfamilie bzw. in der ethnischen Gruppe entstehenden „Sozialisationsdefizite“ werden als Hindernisse für die Einbindung in das Bildungssystem gedeutet. Die Sonderschulzuweisung wird in diesem Fall als „individuelle Förderung“ gewertet.

12 In den Sonderschulen in Baden-Württemberg sind „33,2 % Ausländer und 3,3 % Aussiedler. Hier kommen sicherlich auch sprachliche Defizite zum Tragen, die es den Kindern erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen, dem Unterricht an einer Grundschule oder einer weiterführenden Schule zu folgen.“ Auszug aus Silvia Schwarz-Jung, Wenn Förderung notwendig ist: Sonderschulen und sonderpädagogische Förderung in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7 (2006), S. 23; vgl. auch Brigitte Kottmann, Selektion in die Sonderschule. Das Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf als Gegenstand empirischer Forschung, Kempten 2006, S. 163.



## Vorurteil und soziale Lage

Generell zeigt sich im Umgang mit den Roma-Flüchtlingen ein Mechanismus, der Vorurteile zählebig macht. Phantasien und Stereotypen über den angeblichen Kollektivcharakter einer Gruppe, die öffentliche Wahrnehmung und das Handeln von Behörden prägen, können Minderheiten in eine Lage drängen, in der die Realität die Vorurteile zu erhärten scheint: So bestätigen die Lebensverhältnisse in den desolaten Wohnheimen an abgelegenen Standorten der Umwelt scheinbar, dass die Minderheit nicht willens oder nicht in der Lage sei, ein Teil der Stadtgesellschaft zu werden und sich gängigen Standards anzupassen. Eine wichtige Rolle spielt dabei ein aus der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung als „fundamentaler Attributionsfehler“ bekanntes Phänomen, demzufolge die stereotype Wahrnehmung die Lebenslage einer als Außenseiter betrachteten Gruppe auf deren vermeintlichen Charakter schließt und soziale Umstände ausblendet.

Benachteiligungen, die zeigen solche Zusammenhänge, entwickeln sich aus bestimmten Mustern der Interaktion zwischen Mehrheit und Minderheit und lassen sich nicht allein aus vermeintlichen Defiziten einer Minderheit erklären. Durchgreifenden Erfolg werden Gegenstrategien darum nur dort haben, wo sie die Interaktion und damit Mehrheit wie Minderheit in den Blick nehmen.

Die Integration setzt sowohl aufenthaltsrechtliche Sicherheiten als auch Änderungen der Unterbringungs- und Betreuungspolitik voraus. Aus der nach wie vor bestehenden kritischen Sicherheitslage im Kosovo ergibt sich vor allem für traumatisierte und verfolgte Roma aus dem Kosovo die Notwendigkeit einer Bleibeperspektive. Falls sich am aufenthaltsrechtlichen Status der Roma-Kinder kurz- oder mittelfristig nichts ändert, sollten kommunale Handlungsspielräume dazu genutzt werden, all denjenigen Familien, deren Verbleib sich in den Flüchtlingsunterkünften verfestigt, eine adäquate und tatsächliche Verbesserung der Wohn- und Betreuungsbedingungen zu gewährleisten. Verbesserungen der Grundversorgung im Bildungsbereich sind weitere Integrationsvoraussetzungen, denen Beachtung geschenkt werden sollte.

Für den Kindergartenbereich ergibt sich folgender Handlungsbedarf:

- Zugang und Förderung des Kindergartenbesuchs sollten unabhängig vom Aufenthaltsstatus sein.

- Die Einbindung in die regulären Kindergärten im Einzugsbereich sollte unterstützt werden. Dies fördert den Kontakt zu gleichaltrigen deutschen Kindern und eröffnet die Möglichkeit zur vorschulischen Erziehung.

Für den Schul- und Ausbildungsbereich gilt es folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Flüchtlingskinder sollten das gleiche Recht auf Bildung haben, unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status. Die Schulpflicht sollte vereinheitlicht und auch in Hessen, Baden-Württemberg und im Saarland eingeführt werden.
- Die uneingeschränkte Einbeziehung von Roma-Kindern in die Ganztagschulen sollte gewährleistet und sichergestellt werden.
- Das Ausbildungs- und Arbeitsverbot für geduldete Jugendliche stellt ein Integrationshindernis dar. Fördermaßnahmen sollten entwickelt werden, die ihnen eine Chance zur beruflichen Bildung eröffnen. Ohne Zugangsmöglichkeiten zu Ausbildung und staatlich geförderten Berufslehrgängen werden die Jugendlichen weder für den Verbleib in Deutschland noch für die Rückkehr vorbereitet.

---

MISZELLEN

---

## Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz

### Ein Tagungsbericht

„Antisemitismus ist, wenn man Juden noch weniger mag, als eigentlich normal wäre“ – so der österreichische Schriftsteller Robert Schindel auf der Tagung „Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz“, die vom 31. Januar bis zum 2. Februar 2007 in Bielefeld stattfand. Wie aber können die spezifisch ästhetischen und medialen Formen judenfeindlicher Darstellungen definiert und erkannt werden? Auch nach ersten Versuchen, wie sie etwa Martin Gubser mit seinen „sechs Indikatoren“ vorgelegt hat,<sup>1</sup> ist die Methodik eines systematischen Nachweises von literarischem Antisemitismus noch unzureichend: Wo hört gedankenloser Umgang mit Stereotypen auf und wo fängt bewusst inszeniertes Kalkül an? Wo muss der Schutzschild zwischen Werk und Autor aufrechterhalten, an welcher Stelle abgenommen werden? Wo ist Schuld lediglich misslungen verarbeitet, wo aber ist die Verarbeitung ganz verweigert worden?

Unter Leitung des Kulturwissenschaftlers Matthias N. Lorenz (Universität Bielefeld), des Germanisten Klaus-Michael Bogdal (Universität Bielefeld) und des Soziologen Klaus Holz (Evangelisches Studienwerk e. V. Villigst) wurde diesen und anderen Fragen nachgegangen. Dem Selbstverständnis des Veranstaltungsträgers entsprechend fanden sich im Bielefelder Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) Vertreter unterschiedlicher Fachrichtungen ein – unter anderem der Literaturwissenschaftler Jan-Philipp Reemtsma (Hamburger Institut für Sozialforschung), der Historiker Wolfgang Benz (Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin) und der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik (Goethe-Universität Frankfurt am Main). Die Tagung widmete sich dem in jüngster Zeit

1 Martin Gubser, *Literarischer Antisemitismus. Untersuchungen zu Gustav Freytag und anderen bürgerlichen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1998.

auch abseits des wissenschaftlichen Diskurses kontrovers und oft polemisch diskutierten Thema des literarischen Antisemitismus. Die „Feuilletonschlachten“ – so die Tagungsankündigung – hätten das Thema weitgehend „unterkomplex“ behandelt,<sup>2</sup> sodass es Aufgabe und Ziel sei, die Diskussionen auf ein „internationales wissenschaftliches Niveau jenseits tagesaktueller Aufgeregtheiten“ zu heben und das entsprechende Forschungsfeld in der interdisziplinären Antisemitismusforschung zu etablieren.

Die Tagung war thematisch in drei Sektionen unterteilt. Ausgehend von ersten allgemeinen Annäherungen an verschiedene „Muster des Antisemitismus“ (1) spezifizierten die folgenden Blöcke das Thema: „Wer spricht?“ und andere Probleme der Literaturwissenschaft“ (2) sowie eine Exemplifizierung der gewonnenen Erkenntnisse anhand von „Fallstudien“ (3).

In seiner Einleitung insistierte Klaus-Michael Bogdal, dass literarische Texte immer in ihrem jeweiligen historischen Kontext gesehen werden müssten – auch wenn sie keine historischen Quellen, sondern ästhetische Artefakte seien. Sie übernahmen eine wichtige Erinnerungsfunktion, indem in und von ihnen vorgestellte Geschehnisse, Personen und Aussagen sich fest im Gedächtnis einprägten und dort weiterwirkten. Auch für dieses Forschungsfeld könne daher Pierre Bourdieus Theorie der symbolischen Gewalt hilfreich sein: Legitimierende, Akzeptanz schaffende Sprache und Bilder könnten durch sie aufgedeckt werden und die literaturwissenschaftliche Antisemitismusforschung befruchten. Bogdal machte deutlich, dass Kunst auch Warnerin sein könne, indem sie sich unter dem „Deckmantel“ (beziehungsweise in diesem Fall: dem „Aufdeck-Mantel“) der Fiktion durchaus auch grenzgängig an Themen heranwage, sie sichtbar und diskursfähig mache. Keineswegs sei dieser Deckmantel jedoch gleichbedeutend einem Schutzschild, das jegliche Beanstandung unmöglich mache. Im Gegenteil seien Empörung und Kritik eher Beweis für ein Funktionieren des literarischen Gesprächs. Deren Abschmetterung

2 Die Rezensionen der Tagung bestätigten diese Vorbehalte zum Teil erneut – etwa wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ als Hauptinstrument dieser Forschungsperspektive – der „zur Ungeisteraustreibung bestellten Wissenschaft“ – „eine Art moralischen Geigerzähler“ ausmachen wollte. Die Gefahr bestehe zum einen darin, in einen „exorzistischen Gestus“ zu verfallen, zum anderen, jede Historisierung gleich als Relativierung zu verdächtigen. Richard Kämmerlings, „Literarischer Antisemitismus“. Die Nachleser, in: FAZ vom 5. 2. 2007

leiste hingegen einen Beitrag zur Zerstörung der Literatur als Raum öffentlicher Kommunikation – etwa wenn in Bezug auf die Verwendung antisemitischer Stereotype von „Gesinnungsprüfung und Verfolgung“ gesprochen werde. Wie später unter anderem von Andrea Geier und Matthias N. Lorenz gezeigt wurde, nutzten Martin Walser und andere Autoren die von ihnen ausgelösten Kontroversen jedoch bewusst dazu, solche Kritik als Sprechverbote und vermeintliche Tabus zu inszenieren. Sie agieren so nicht als vorausahnende Warner, sondern im Gegenteil als Multiplizierer und Anheizer gesellschaftlicher Tendenzen.

Zu Beginn führte Klaus Holz in allgemeine Muster des nationalen Antisemitismus ein und arbeitete drei Grunddichotomien heraus: Gemeinschaft vs. Gesellschaft, Identität vs. Nicht-Identität und Opfer vs. Täter. Nach Holz bietet Antisemitismus somit zunächst das Zerrbild einer Gesellschaftstheorie. In dieser personifizierten Juden das Sozialsystem der Gesellschaft (im Gegensatz zur Gemeinschaft), was sich unter anderem in den stereotypen Identifikationen von Juden mit Geld und der Presse widerspiegeln. Zweitens stehe Antisemitismus außerhalb „normaler“ nationalistischer Distanzierungen zu anderen Staaten: Neben der nationalen „Wir-Gruppe“ (den Deutschen) und den „Fremden“ einer anderen Nationalität (z. B. den Franzosen) würden die Juden so zu einer Figur des „Dritten“, die es aufgrund der binären Unterscheidung im Grunde gar nicht geben dürfte. Wird so dem – wenn gleich auch abgewerteten – Fremden immerhin eine eigene Identität zugestanden, wird diese den Juden aberkannt. Durch die jüdische Negation der nationalen Ordnung eines Volkes und das dem entgegenstehende Streben nach einem „Staat im Staate“ werde so die vermeintliche Bedrohung der eigenen nationalen Identität zur Grundlage des Antisemitismus. Entsprechend entstehe bei einer Analyse auch nur dann Kohärenz, wenn sowohl Juden- als auch Selbstbilder, die ein Text zeichnet, gemeinsam betrachtet würden.<sup>3</sup> Die Täter-Opfer-Dichotomie als drittes Muster sei schließlich Grundbedingung eines jeden Antisemitismus. Um sich als Deutscher weiterhin als Opfer jüdischer Täter fühlen zu können, mussten nach 1945, signifikant erschwert durch Auschwitz, schon waghalsige Täter-Opfer-Umkehrungen

3 Holz beklagte zudem, dass spezifisch kulturwissenschaftliche Kompetenzen in der Antisemitismusforschung bislang zu wenig genutzt seien. Eine deutliche Lücke in der Behandlung antisemitischer Texte sah er etwa darin, dass es bislang keine ausreichende literaturwissenschaftlich-hermeneutische Lektüre nicht-literarischer Texte gebe, beispielsweise von Hitlers „Mein Kampf“.

vollzogen werden – dass deutschen Autoren genau dies vielfach trotzdem gelang, wurde im Laufe der Tagung anhand der Fallbeispiele eindrucksvoll nachgewiesen.

Die Literaturwissenschaftlerin Andrea Geier (Universität Marburg) griff die von Holz vorgestellten Identitäts-Theorien in ihrem Beitrag über Kulturkritik als Muster des Antisemitismus auf. Sie zeigte, wie Juden beispielsweise in Texten von Richard Wagner als nationslose Gruppe nationalen Kollektiven gegenübergestellt werden. Am Beispiel von Texten von Botho Strauß („Anschwellender Bocksgesang“, 1993), Martin Walser („Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“, 1998) und Martin Hohmann („Gerechtigkeit für Deutschland“, Rede zum Jahrestag der deutschen Einheit 2003) verdeutlichte Geier, dass nach 1945 kulturkritische Argumentationen jedoch ein anderes Augenmerk hätten. Alle drei Autoren betonten die Rolle der „Linken“, die, so Geier, stets mit „intellektuell“ und „Schuldfrage“ identifiziert würden und denen in der Folge Selbsthass, Vergnügen an Selbstgeißelung und Verletzung der eigenen Nation vorgeworfen werde. Sie nähmen nicht aus Rache (wie „die Juden“), sondern aus Lust an der Schuld die Stelle des Gewissens ein. Zum einen wird linken Intellektuellen damit vorgeworfen, auf die Seite der Opfer wechseln zu wollen, zum anderen werden „die Deutschen“ so allgemein als Opfer der Erinnerungskultur dargestellt, die das Gedenken an die „tatsächlichen“ deutschen Opfer unmöglich mache (Hohmann). Ein solcher Tabu-Vorwurf eigne sich nach Geier dann hervorragend, um sich selbst in der Öffentlichkeit damit zu positionieren.<sup>4</sup>

Die Zurückweisung einer (kollektiven) Schuld, die Andrea Geier in Hohmanns Forderung nach einem Schlussstrich sah, machte der Soziologe Werner Bergmann (Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin) als einen weiteren Grundzug des deutschen Antisemitismus fest. Dessen Vertreter seien seit 1945 weniger Angreifer als vielmehr Selbstverteidiger, denen wiederum der angebliche Kollektivschuld-Vorwurf die Möglichkeit biete, sich ungerecht behandelt zu fühlen. Die Abwehr der eigenen Schuld spiegele sich dann in der Zuschreibung einer Mitschuld der Juden (z. B. als „göttliche Strafe“), die sich unter anderem auch beim Möllemann-Friedman-Streit und den (von Wolfgang Benz ausgewerteten) Briefen an den Zentralrat der Juden in Deutschland beobachten lasse. Ihnen gemein sei der

4 Inwieweit die Inszenierung einer Tabuisierung und eines Sprechverbots zudem dazu diene, sich selbst in einer Opferrolle zu präsentieren, zeigte Matthias N. Lorenz in seinem Beitrag zu Bernhard Schlink.



Vorwurf, „die Juden“ (beziehungsweise hier explizit Michel Friedman und Ignatz Bubis) seien durch ihr Verhalten selbst schuld am Antisemitismus. „Den Juden“, die in dieser Perspektive als gesellschaftlich ärgerlich unantastbare „Moral-Institution“, als ständig präsenter Corpus Delicti gesehen werden, würde dann umgekehrt ein kollektiver Vorwurf gemacht, der selbst in dem Wachhalten der Erinnerung noch den Versuch sehe, aus dem Holocaust nur Kapital schlagen zu wollen. Solange die Deutschen die Konsequenzen des NS-Regimes nicht anerkannten, würden die Juden in Deutschland als „Störenfriede der Erinnerung“ gesehen werden.

Auch wenn sich eine „explizite Leugnung der Vorkommnisse – als Gipfel der Schuldabwehr – mittlerweile auf den rechten Rand der Gesellschaft beschränke, lasse sich das Grundmuster einer Leugnung nach wie vor beispielsweise im Selbstbezug erkennen, der zumeist auf „Opa war kein Nazi“ hinauslaufe. Eine Erinnerungs-Abwehr sei, so Bergmann, zwar noch kein Antisemitismus – aber doch schon Motiv. Verweigerten die Juden dann noch die Versöhnung und damit auch die Erteilung einer Absolution, werde ein solcher sekundärer Antisemitismus noch „gefüttert“.

Bergmann zeigte hier deutlich, dass die klassischen antisemitischen Vorurteile sich zwar auf bestimmte und zahlenmäßig sehr geringe Bevölkerungsgruppen beziehen, sich dafür jedoch neue negative Zuschreibungen entwickeln – etwa in Bezug auf die vermeintlich von heutigen Juden betriebene „Ausnutzung“ des Holocaust zum eigenen Vorteil. Dadurch verschiebe sich der Schuldabwehr-Antisemitismus: Die nachfolgende Generation erkenne zwar Schuld an, doch es entstehe Enttäuschung über die Reaktion, die ausbleibende Begnadigung.

Der Literaturwissenschaftler Norbert Otto Eke (Universität Paderborn) warf die Frage auf, ob Schuldabwehr nicht auch aus Scham-Abnützung entstehe. Auch von anderen Tagungsteilnehmern wurde der Begriff der „Schuld“ als allzu moralisch problematisiert und stattdessen für „Scham“ oder „Verantwortung“ beziehungsweise auch für „Verwicklung“ plädiert.<sup>5</sup>

Die zweite Sektion unter dem Titel „Wer spricht?“ und andere Probleme der Literaturwissenschaft“ einleitend, zeigte Mark H. Gelber (Ben Gurion Universität Beer-Sheva) Ausschnitte aus Mel Gibsons „Die Passion Christi“ und stellte die Frage,

5 Es blieb jedoch unklar, weshalb der Begriff „Scham“ – zumal einer juristischen Dimension entbehrend – weniger moralisch und eine derart passive Benennung wie „Verwicklung“ angemessener sein sollte – schließlich *wird* man in etwas verwickelt, und tut dies, jedenfalls im allgemeinen Sprachgebrauch, selten selbst.

inwieweit hier literarischer Antisemitismus zum filmischen beigetragen habe. Der Film wurde in den für weite Teile des Publikums nicht verständlichen Sprachen Aramäisch und Hebräisch gedreht, sodass der Inhalt ausschließlich über die Bilder sowie die Untertitel vermittelt wird. Nach Gelber, der beide Sprachen spricht und somit – als einer der wenigen – einen Vergleich zwischen gesprochenem Text und Übersetzung ziehen kann, herrsche in dem Film keine visuelle Eindeutigkeit: Ein unparteilicher amerikanischer Zuschauer könne einen Juden nicht von einem Nicht-Juden unterscheiden. Auch für Jesus selbst trafe dies zu, wobei der christliche Antisemitismus in der Regel auf einer Abgrenzung Jesu vom Rest der Juden basiere. Wenn man jedoch ins Kino gegangen sei, um antisemitische Stereotype zu sehen, so würde man davon sicherlich genug finden.<sup>6</sup>

Naturgemäß ist die Klärung der Frage, ob Autor, Text oder Figur „sprechen“, für jegliche literaturwissenschaftliche Behandlung von Bedeutung. Hier erhält sie jedoch besondere Brisanz, da mit ihr zugleich auch die Frage nach der Zurechenbarkeit des Antisemitismus eines Textes zu dessen Autor verknüpft ist. Ist es möglich (wie dies Martin Gubser in seiner Studie<sup>7</sup> vornahm), einen „6-Punkte-Katalog“ zu erstellen, anhand dessen einem Text zweifelsfrei Antisemitismus nachgewiesen werden kann – etwa anhand des Einsatzes bestimmter rhetorischer Stilmittel, der Identifikation stabiler semantischer Muster? Und wäre damit automatisch auch dem Autor Antisemitismus zu unterstellen? Selbst wenn ein Autor nie umfassend voraussehen oder sicher sein kann, was Leser und Kritiker in seinem Text entdecken werden – ist ihm der Text deshalb automatisch auch nicht zurechenbar? Die Literaturwissenschaftlerin Mona Körte (Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin) klagte beides an: sowohl Feuilletons, die manisch eine Autorposition festlegen wollten, als auch die Tendenz, das Eigenleben des Textes als Reinwaschung bestimmter Autoren zu sehen. Letztlich läuft daher alles auf die von Matthias N. Lorenz in Anlehnung an Gubsters Überlegungen gestellte Frage hinaus: *Weist* ein Text antisemitische Stereotype auf – oder *zeigt* er sie auf, das heißt, macht er sie als solche erst sicht- und kritisierbar? Auch Martin Gubser verspricht durch

6 Der Literaturwissenschaftler Georg Mein (Université du Luxembourg) warf diesbezüglich die Frage auf: Wenn als „wahre Literatur“ Texte bezeichnet würden, die um ihre eigene Unlesbarkeit wüssten – inwieweit wisse ein Film wie der von Gibson dann um die seine? Ist auch sie Kalkül?

7 Gubser, Literarischer Antisemitismus.

die Identifikation eines oder mehrerer der von ihm herausgearbeiteten Hinweise auf literarischen Antisemitismus jedoch letztlich nur den Nachweis einer „eindeutigen Tendenz“ – was ungefähr so stichhaltig und unangreifbar ist wie ein „sicherer Zweifel“.

Auch an Gubers Indikatoren ließe sich überdies beobachten – wie Florian Krobb (National University of Ireland, Maynooth) in seinem Beitrag herausstellte –, dass dieser zwar Anleitungen zur Aufdeckung von literarischen Antisemitismen gebe, die Frage nach Kontext, Ursache und Wirkung jedoch weitgehend ausblende. In seinem Vortrag zum literarischen Antisemitismus vor Auschwitz betonte Krobb erneut die Notwendigkeit, den historischen Kontext zu berücksichtigen. Für seinen Forschungsgegenstand – Texte des 19. Jahrhunderts – bedeute das insbesondere auch das Bewusstsein über das Nicht-Wissen der Autoren um die spätere Folge des Judenhasses, auf das bei der Beurteilung von deren Juden-Darstellung geachtet werden müsse. Nicht nur chronologisch, sondern gleichsam nach „aufsteigendem“ literarischem Antisemitismus geordnet, analysierte er Franz Grillparzers „Jüdin von Toledo“ (1872), Gustav Freytags „Soll und Haben“ (1855), Wilhelm Raabes „Der Hungerpastor“ (1864), Wilhelm von Polenz’ „Der Büttnerbauer“ (1895) und Arthur Dinters „Die Sünde wider das Blut“ (1918). Nach Krobb sind Juden hier vor allem Produkte ihrer christlichen Umwelt, ist die Figurengestaltung auffällig „klischeejüdisch“. Als solche ent-individualisierte „Schablonen“ – die auch an das von Mona Körte in ihrem Vortrag herausgearbeitete „Maschinenmäßige“ vieler jüdischer Figuren in der Literatur anknüpfen – könnten sie nur als außerhalb einer bürgerlichen Welt stehend wahrgenommen werden. Es seien daher im 19. Jahrhundert vor allem zwei von Krobb nachgewiesenen Kriterien, die seiner Ansicht nach die Darstellung von Juden problematisch machten: zum einen, wie sie ihre bürgerlich-individuelle Entscheidungsfreiheit nützten (nämlich *anti*-bürgerlich), zum anderen, wie sie zur Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft beitragen (nämlich rein gemeinschaftsgefährdend).

Auch der Germanist Yahya Elsaghe (Universität Bern) erweiterte wie Krobb den Untersuchungszeitraum und betrachtete Thomas Manns Erzählwerk vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sei hier vor Auschwitz „nicht ungefähr jeder zehnte Arzt Jude – das wäre realistisch –, sondern gut und gerne jeder zweite“, seien Juden nach Auschwitz vor allen Dingen absent: eine vorsätzlich offen gehaltene Stelle, die der Leser selbst füllen müsse. Erkennbar sei dies zum Teil allein an der Interpunktion,

die ironisiertes Verschweigen zeige – so laute eine seiner Figurenbeschreibungen: „er trug den Namen irgendeines Edelsteines oder Minerals ...“, womit nur scheinbar die Unwichtigkeit des Namens behauptet werde, der so jedoch zugleich als deutlich jüdischer gekennzeichnet werde. Die veränderte Rolle, die Juden nach Auschwitz in Thomas Manns Werk einnehmen, lässt sich nach Yahya Elsaghe in Hinblick auf das Gesamtwerk, aber auch bei einzelnen Werken feststellen, so in dem vor Kriegsende begonnenen, nach Kriegsende beendeten „Doktor Faustus“, in dem sich der Wandel deutlich in den entsprechend fertig gestellten Teilen des Romans beobachten lässt. Vor allem seine Handschriften und Tagebucheinträge, an denen nachvollziehbar sei, ob Mann mit einem bestimmten Begriff gerungen, ihn mehrmals verändert oder ersetzt habe, gaben Elsaghe hierbei Aufschluss über eine sehr bewusste Gestaltung der jüdischen Figuren. In beeindruckender philologischer Kleinarbeit gelang es ihm, eine deutliche Vorher-Nachher-Differenz, eine besondere Aufmerksamkeit des Autors und auch eine geradezu „statistisch nachweisbare Berührungshemmung“ zu zeigen.

In ihrem Vortrag „Judaus ex machina: Technik oder Demontage eines literarischen Antisemitismus?“ nutzte Mona Körte (Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin) Lion Feuchtwangers Variation des Ausdrucks „Deus ex machina“ als Aufhänger, das „Maschinenmäßige“ literarischer jüdischer Figuren zu untersuchen. So rufe etwa Carry Brachvogel in seiner Erzählung „Götter a. D.“ seine Hauptfigur als jüdisches Perpetuum Mobile auf. Ein populäres antisemitisches Stereotyp, so konnte Körte eindrucksvoll nachweisen, sei demnach das mechanisch Betriebene, allzeit Bereite, Automatische, Seelenlose: „Der Jude“ sei nichts aus sich selbst heraus und bis auf die Zuschreibungen anderer leer. Diese Maschinen-Metapher unterstelle den Juden wenige, aber perfektionierte Merkmale – ein wirklich eigener Charakter werde ihnen jedoch oftmals nicht zugestanden: Sie dienten lediglich als Instrumente, die nötig seien, um bestimmte Stereotype zu transportieren. Damit würden sie „identifizierbar und identitätslos zugleich“, was in gewisser Weise auch an das von Andrea Geier vorgetragene Zitat Richard Wagners anknüpft, die Juden hätten ihrer Zeit „nur die kenntlichste Physiognomie, durchaus nicht aber die eigentliche Bedeutung“ gegeben.

Körte erweiterte zudem die bisherigen Herangehensweisen um die Untersuchung innerliterarischer Thematisierungen des literarischen Antisemitismus – etwa geschehen durch Lion Feuchtwangers Spiel mit Stereotypen in „Jud Süß“ oder auch

Shakespeares „Kaufmann von Venedig“, die sie aus diesem Blickwinkel als Metaerzählung über das Tagungsthema sah. Sie stellte dar, dass es sehr wohl möglich sei, eine Differenzierung zwischen bloßer Abbildung von Stereotypen und deren gleichzeitiger Kommentierung durch komplexe literarische Instrumentarien vorzunehmen, dass es also durchaus Erzählstrategien gebe, die bestimmte Bedeutungszuschreibungen unterstützten. Dieser Unterschied zwischen „Fortschreibung oder Unterwanderung literarischer Stereotype“ ist essenzieller Punkt der literaturwissenschaftlichen Antisemitismusforschung.<sup>8</sup> So bleibt Körtes Erkenntnis, dass ein Autor unmöglich klüger sein könne als sein Text, zwar selbstverständlich bestehen. Es muss jedoch auch darüber nachgedacht werden, ob der eindeutige Verzicht auf solche gleichzeitig hinterfragenden Mittel der Stereotypen-Darstellung nicht auch schon eine Aussage über die Autorintention zulässt. Körte betonte jedoch auch, dass ein wirkliches Konzept literarischer Stereotypenforschung noch ausstehe. So blieb am Ende der drei Vorträge die Frage, wie zu unterscheiden sei, ob man es „schon“ mit Antisemitismus oder „nur“ mit völkischen Stereotypen zu tun habe – denn, so Mark H. Gelber: „Antisemitism has no boiling point and no freezing point.“<sup>9</sup>

Die dritte Sektion thematisierte die bisher behandelten Problematiken anhand von Fallstudien.

Ein Beispiel zur Inszenierung der eigenen Opfer-Rolle stellte Matthias N. Lorenz (Universität Bielefeld) vor, der über „Literatur und ‚political correctness‘“ sprach. Ausgehend von Fassbinders Aussage, die wahren Antisemiten seien jene, die sich weigerten, auch kritisch über Juden zu sprechen, zeigte er, dass Texte wie jene von Walser bewusst auf die Aktivierung von Kritik hin geschrieben seien – um anhand der dadurch ermöglichten Inszenierung eines vermeintlichen „Sprechverbotes“ eine Täter-Opfer-Umkehr zu vollziehen. So knüpfte Lorenz hier an unterschiedliche Aspekte der vorangegangenen Vorträge an – zum einen die Inszenierung als Opfer, zum anderen die vermeintliche Mitschuld der Juden, die durch die von ihnen angeblich auferlegten Sprechverbote Antisemitismus selbst schüren

8 Auch in dem die Tagung beschließenden Podiumsgespräch, das Klaus-Michael Bogdal mit Wolfgang Benz und dem Autor Robert Schindel über Fragen der Erforschung und Abwehr von altem und neuem Antisemitismus führte, wurde deutlich, dass die Rolle der Literatur nicht nur in der Tradierung und Aktualisierung antisemitischer Stereotype besteht, sondern zugleich auch in deren Subversion und Entlarvung.

9 Frei übersetzt: „Antisemitismus hat keinen Siede- und keinen Gefrierpunkt.“

würden. Anhand dreier gänzlich unterschiedlicher Texte Bernhard Schlinks – der Kurzgeschichte „Die Beschneidung“, dem 2001 im „Spiegel“ veröffentlichten Essay „Auf dem Eis“ sowie dem juristischen Aufsatz „Recht – Schuld – Zukunft“ (1988, wieder veröffentlicht 2002) – arbeitete er die Frage danach, wer sprechen darf und wer nicht, als Grundthema des Autors heraus. Schlink löse zwar, und dies habe ihm zumindest in Deutschland so großen Erfolg beschert, festgefahrene Konventionen der Darstellung in Bezug auf das deutsche Täterkollektiv auf – die von ihm geschaffenen Judenfiguren würden jedoch kontrastiv festgelegt auf althergebrachte Stereotype und Dichotomien. Lorenz unterstrich noch einmal, dass es einer literaturwissenschaftlich fundierten Antisemitismusforschung nicht um die Erkundung möglicher Motive der Autoren gehen könne, sondern vorrangig um die „diskursive Funktion und Verwendung“ ihrer Texte.

Auch den Historiker Gilad Margalit (University of Haifa) beschäftigte die Inszenierung der Deutschen als Opfer, jedoch nicht in Form einer plumpen Umkehr der Rollen, wonach Juden die eigentlichen Täter seien, sondern subtiler: Anhand unterschiedlicher Texte von Günter Grass aus den letzten vier Jahrzehnten untersuchte er gegenüberstellende Vergleiche von Deutschen und Juden, nach denen beide als Opfer des NS dargestellt würden. Vor allem an der 1967 in Israel gehaltenen „Rede über Gewöhnung“ machte er eine fragwürdige Parallelisierung von jüdischer Verfolgungserfahrung einerseits und Landsererfahrung andererseits fest. Dabei treibe Grass diese künstliche Analogie bis hin zu einer Nivellierung beider Erlebnisse als „Überleben“. Letztlich musste offen bleiben, ob es sich hierbei um Schuldabwehr handelte oder im Gegenteil um eine fiktional bemäntelte Art von Geständnisdrang des ehemaligen Waffen-SS-Soldaten, als er Holocaust-Überlebenden gegenübertrat.

Margalit sah Günter Grass in dieser Gleichsetzung durch einen proklamierten „Universalismus des Leidens“ Hans Werner Richter folgen. Dessen Werk widmete sich der Literaturwissenschaftler Michael Hofmann (Universität Paderborn) eingehender. Hofmann betonte, dass es ihm bei der Untersuchung eines literarischen Antisemitismus in der Gruppe 47 – eines Gründungsmythos, der post festum von Walser und Grass „an plätschernden Brunnen, in Kirchen und beim Häuten von Zwiebeln“ beschädigt werde – nicht um die Denunziation von Menschen oder ihres Lebenswerks ginge. Stattdessen solle gezeigt werden, wie Biografien und Lebensumstände einen angemessenen Umgang mit dem Thema erschwerten. Anknüpfend an

Werner Bergmanns Vortrag über „Schuldabwehr-Antisemitismus“ sah Hofmann bei Hans Werner Richter deutlich eine solche literarische Abwehr von Schuld und Verantwortung, die auch von diesem durch die Forderung nach einem absoluten Neuanfang gestärkt werde. Zwar gebe es in seinem Werk keine jüdischen Figuren als Negativpole – auch das passend zu Bergmann –, wohl jedoch eine Abwälzung der Schuld auf Funktionseleiten. Das Spezifische der jüdischen Erfahrung werde anerkannt, zugleich aber weitgehend ignoriert, um eine eigene nationale Identität zu ermöglichen.

Der Literaturwissenschaftler Hans-Joachim Hahn (Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Universität Leipzig) thematisierte die von Ruth Klüger in ihrem Analyserahmen zu literarischem Antisemitismus („Gibt es ein Judenproblem in der deutschen Nachkriegsliteratur?“) problematisierten, die historische Realität beschönigenden „Wiedergutmachungsphantasien“. Als diese identifiziere Klüger Narrative, die zwar einerseits vor dem Hintergrund der Verfolgung von Juden durch Deutsche aufgebaut würden, in denen dann jedoch durch außerordentlich juden-freundliche deutsche Protagonisten der Versuch einer Rehabilitierung stattfindet – auch dies ein (Um-)Weg zur Konstruktion einer positiven nationalen Identität. Hahn erkannte dieses Muster in Bezug auf Werke von Kurt Ziesel und Luise Rinser, die die von Klüger beschriebene Verbindung von „Sentimentalität und Brutalität“ bei der Darstellung von Juden in der deutschen Nachkriegsliteratur aufwiesen.

Eingeleitet von Georg Kreislers Lied „Max“ und angereichert mit Passagen aus dessen Parodie „Sodom und Andorra“ ging Jan Philipp Reemtsma der Frage nach, ob Max Frischs „Andorra“ antisemitisch sei – wie Kreisler behauptet hatte. Wenngleich Reemtsma Kreisler letztlich nicht zustimmte, monierte er doch die völlige Entkonkretisierung von Nationalsozialismus und Holocaust in Frischs Stück. Kreislers Parodie, in der Andri kein Jude ist und dies auch alle wissen, er jedoch darauf besteht, weil es ihm soziale Vorteile bringt, ohne zudem den Fall Wilkomirski voraus. Die Diskussion um „Andorra“ warf erneut die Frage auf, ob Schuld einfach nur misslungen verarbeitet oder doch verweigert worden sei. Reemtsma resümierte, es sei „das Problem des Themas dieser Tagung, dass man so wahnsinnig viel schlechte Literatur lesen muss, um sich zum Experten zu machen“. Wolfgang Benz pflichtete bei, das Stück sei zwar „gut gemeint, aber voll daneben“. Die Verknüpfung von mangelnder literarischer Qualität und Antisemitismus wurde jedoch von anderen

Tagungsteilnehmern bestritten. So fragte der Germanist Kai Kauffmann (Universität Bielefeld), inwiefern einem Parabelstück der 1950er-Jahre ausgerechnet sein Parabelcharakter zum Vorwurf gemacht werden könne; Yahya Elaghe mahnte an, die Befunde zu „Andorra“ mit einem genaueren Blick auf Max Frischs Gesamtwerk abzugleichen.

Anknüpfend an die vorangegangene Sektion vertiefte der Germanist Willi Jasper (Universität Potsdam) die Thematik des von Reemtsma angesprochenen „Wilkomirski-Syndroms“ und sprach über „Holocaust-Travestie, falsche Identitäten und die Grenzen der ‚Zeugenschaft‘“. Unter der vorherrschenden Frage nach den Grenzen zwischen Fiktionalität und Authentizität sah Jasper auch in tatsächlichen Zeitzeugenberichten eine durch die Literarisierung – hier einhergehend mit Distanzierung und Artistisierung – quasi automatisch eintretende Fiktionalität dieser Texte, sodass sich auch hier, wenngleich unter anderen Vorzeichen, die Frage nach dem „Wer spricht?“ stelle. Unter anderem ging er auf falsche Identitäten bei Benjamin Wilkomirski (beziehungsweise Bruno Doesseker) und Edgar Hilsenraths „Der Nazi & der Friseur“ ein, anhand derer er auch die Attraktivität der Opferrolle sowie die Opferlichkeit um eine gerechte Verteilung des raren Gutes „Anerkennung“ zeigte.

Unter dem Titel „Vom bösen Nathan und edlen Shylock“ beleuchtete die Literaturwissenschaftlerin Anat Feinberg (Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg) die Konstruktion jüdischer Bühnenfiguren in Deutschland nach 1945. Sie untersuchte nicht Text, sondern die daraus konstruierte Bühnensprache: Sowohl Regisseur als auch Schauspieler stünden hier zwischen dem Werk und den Zuschauern und könnten Bedeutungszuschreibungen so um ein Vielfaches lenken. Als Beispiele dienten ihr verschiedene Inszenierungen von Lessings „Nathan der Weise“ (gemeinsam mit Anne Frank nicht zufällig Erfolgsstück der Saison 1956/57) und Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“. So ließ Regisseur Elmar Goerden Shylock zu Nathan sagen: „Du bist das gute Gewissen der Antisemiten“, während dieser unter der Regie von Fritz Wisten abseits einer versöhnungstrunkenen Gesellschaft stand und in der allseitigen Umarmung fehlte. Der Theatermacher George Tabori hingegen plädierte seinerzeit dafür, jeder solle den Juden und den Antisemiten in sich finden, und ließ in seinen „Improvisationen über Shylock“ 13 Shylocks auftreten und so eine „Polyphonie des Leidens“ bilden. Peter Zadek inszenierte einen bewusst hassenswerten Shylock mit der Überzeugung, solange die Deutschen die schlechten Eigenschaften der Juden nicht aussprechen, hätten sie mit der Verarbeitung ihrer



Schuld nicht begonnen. Er bezeichnete den „Kaufmann von Venedig“ als deutlich antisemitisch – und meinte, er müsse genau deshalb aufgeführt werden: Das deutsche Publikum könne „objektiv genug denken“. Das Shakespeare-Stück werde so zum Lackmuse für den Umgang der Deutschen mit ihren jüdischen Mitbürgern: Man müsse lernen, den Juden zu vergessen und den Mann zu entdecken. Entsprechend klagte auch Shylock in der bereits erwähnten Inszenierung Elmar Goerdens: „Ich will als Jude Mensch sein dürfen, nicht Mensch statt Jude.“

Von den Tagungsteilnehmern wurde das unterschiedliche Interesse nicht-jüdischer und jüdischer Autoren betont. Während Erstere oftmals beschwichtigen wollten oder beklommen seien, agierten Letztere nach dem Motto: „Wollen wir doch mal sehen, wie schnell ihr wieder ruft: ‚Weg mit ihm!‘“ Der bewusst als Provokation angelegte Einwand Georg Meins, inwieweit die Kategorie des Antisemitismus mehr verbaue als erhalte und ob sie überhaupt der Literatur gerecht werden könne, wurde von Jan Philipp Reemtsma entkräftet. Er stellte klar, dass diese Tagung nun einmal den Scheinwerfer auf ein bestimmtes Thema richte, daher Texte auch unter diesem bestimmten Fokus gelesen und dadurch natürlich auch bestimmte Aspekte hervorgehoben würden. Auch der Literaturwissenschaftler Michael Hofmann bezeichnete die moralische Dimension des Begriffs „literarischer Antisemitismus“ als problematisch: Werde bei einem Autor literarischer Antisemitismus festgestellt, sei dies zugleich sein soziales Todesurteil. Reemtsma und Robert Schindel widersprachen jedoch: Problematisch sei, dass dies eben gerade nicht der Fall sei.

In dem Panel zur literarischen Bearbeitung des Frankfurter Westend-Konflikts in den 1970er-Jahren referierte Micha Brumlik zunächst über Gerhard Zwerenz' Roman „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond“. Der als „links“ geltende Zwerenz bediene hier massiv antijüdische Vorstellungen, phantasiere etwa eine jüdische Rache für den Holocaust aus, der die Deutschen gleich reihenweise zum Opfer fielen. In der negativen Gestalt des jüdischen Maklers, so die These Brumliks, die er unter Bezugnahme auf spätere, ähnliche Einlassungen des Autors zur Debatte um Michel Friedman absicherte, habe Zwerenz den jüdischen Beteiligten des Häuserkampfes wohl einen ins Negative gewendeten Spiegel vorhalten wollen. Ein solcher linker Philosemitismus, so Brumlik, sei keine verhüllte Form des Antisemitismus, sondern das eine offenbar nicht ohne das andere zu haben.

Der Germanist Janusz Bodek (Frankfurt am Main) berichtete über die Kontroversen um Rainer Werner Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“, dem

Zwenz' Romanfigur als Vorlage diene. Er verortete Fassbinders reichen Juden in einer Linie mit Shakespeares Shylock und wies auf die zahlreichen problematischen Judendarstellungen in weiteren Werken, insbesondere Filmen, Fassbinders hin. Herrschte über den „Fall Walser“, der die Tagung in vielen Referaten und Diskussionen gründierte, weitgehend Konsens, so schieden sich am „Fall Fassbinder“ deutlich die Geister: Liegt hier tatsächlich ein linker Antisemitismus vor? Klaus-Michael Bogdal etwa wies Bodeks Thesen zumindest in Bezug auf die Person Fassbinder als „böartig“ zurück und wollte den jüdischen Paria als Ausdruck einer Außenseitererfahrung und des zeittypischen Verfahrens der Tabuverletzung verstanden wissen. Bodek betonte dagegen den Umstand, dass in sämtlichen Werken Fassbinders nie die nichtjüdischen Außenseiter – die Homosexuellen, Gastarbeiter oder Prostituierten – dergestalt abwertend und destruktiv gezeichnet würden, wohl aber durchweg die Juden.

Schließlich wurden Ausblicke, Querverbindungen und Abgrenzungen zu Werken jüdischer und amerikanischer Autoren aufgezeigt. Der Literaturwissenschaftler Norbert Otto Eke (Universität Paderborn) und der Germanist Arnold Heidsieck (University of Southern California, Los Angeles) untersuchten unter anderem Werke von Robert Schindel und Edgar Hilsenrath, Philip Roth und William Styron und verwiesen so auf die konstitutive Frage danach, wer mit welcher Motivlage mit antisemitischen Klischees spiele.

Die Kulturwissenschaftlerin Christina von Braun (Humboldt-Universität zu Berlin) suchte Anknüpfungen in Richtung der grundsätzlichen Differenz von Oralität und Literalität in christlichen und jüdischen Traditionen. Sie machte deutlich, wie „die Juden“ als Verkörperung der Gesellschaft (wie es auch Klaus Holz einleitend schon dargestellt hatte) zu Verantwortlichen jeglicher gesellschaftlicher Innovationen gemacht würden. Und wie – noch weiter in der Geschichte zurückgehend – der Ursprung des Antisemitismus auch im Wandel von einer oralen zu einer literalen Kultur begründet liege, überhaupt jeglicher Fundamentalismus aus einer Überbewertung des Schriftlichen gegenüber dem Oralen entstehe.

Abschließende Antworten auf die eingangs gestellten Fragen können auch nach Ende der Tagung nicht gegeben werden – zu wichtig sind gerade in diesem Forschungsfeld das Zusammenspiel von Selbst- und Fremdbild, (sozio-)historischem Kontext und Wirkungsgeschichte des einzelnen Textes. Wohl aber ist der von Robert Schindel gewünschte „Dialog jenseits der Plappersuppen“ gelungen, wurden

konstruktive Wege gezeigt, literarische Texte differenzierter zu betrachten, als es die polarisierenden „Feuilletonschlachten“ für möglich erscheinen ließen.

Kritisch wird es – so viel lässt sich zusammenfassend sagen –, wo antisemitische Stereotype fortgeschrieben statt dekonstruiert, bedient statt entlarvt werden; wo die Konstruktion eigener nationaler Identität den Weg über Schuldzuweisung, Relativierung und Rollen-Umkehr geht; wo Juden – wie Mona Körte herausgearbeitet hat – „identifizierbar und identitätslos“ zugleich sind.

„Kluge Einsichten führen zu weiteren Fragen“ – so resümierte der Literaturwissenschaftler Hans Peter Herrmann (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg). Es ist das Verdienst dieser Tagung mit den durch sie ermöglichten Auf-, An- und Einsichten, eine Fülle weiterer Fragen aufgeworfen zu haben.

---

## „Zigeuner-Darstellungen“ der Moderne

### Bericht über eine Ausstellung

Mit der Definition als Rechtlose und der Kriminalisierung als Räuber waren Roma und Sinti seit dem 17. Jahrhundert stigmatisiert und ausgegrenzt. Ihre Unerwünschtheit war an den Landesgrenzen dokumentiert. Eine Zigeunerverbotstafel aus dem 17./18. Jahrhundert (im Volkskundemuseum Graz), von einem unbekanntem Künstler gemalt, illustriert die unerfreulichen Folgen unerlaubter Einreise mit den Versen: „Lost Ihr Zügainer, Alchier bleib Kheiner. Auß dem Landt Thuet Weichen. Sonst wird man Euch Außstreichen“. Im Mittelfeld des Bildes werden zwei „Zigeuner“ mit Ruten „ausgestrichen“, im Hintergrund sind Galgen zu sehen, daneben findet eine Enthauptung statt. Ganz vorne im Bild werden einer „Zigeunerin“ die Brüste mit einer Zange gezwickt.

Das Bild hängt am Anfang der Ausstellung „Roma & Sinti, Zigeuner-Darstellungen der Moderne“, die vom 17. Juni bis 2. September 2007 in der Kunsthalle Krems (Niederösterreich) gezeigt wurde. Das ambitionierte Projekt zeigt den Blick der bürgerlichen Gesellschaft auf die Minderheit im Medium der klassischen Malerei des 19. und 20. Jahrhunderts, dabei den Wandel des Blicks von romantisierendem Genre, von der inszenierten Idylle über die Arbeitswelt zur vermuteten sozialen Realität einer Randgruppe. Auch die Fotografie, die gleichberechtigt einbezogen ist, hat sich vom Abbild inszenierter Zigeuneridylle im späten 19. Jahrhundert gelöst und seit den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts zur ethnologischen Dokumentation und schließlich zur kritischen Sozialreportage entwickelt. Das ist mit eindrucksvollen Beispielen belegt.

Die Ausstellung macht ihre aufklärerische Intention jederzeit transparent, sie setzt auf ausführliche Erklärung und Erläuterung. Und die dazu verfassten Texte sind zweisprachig an den Wänden zu lesen – in Deutsch und in Romanes. Das gab es bisher noch nicht und man fragt nach der Absicht. Wissenschaftliche Attitüde



Sándor Gönyey, Zigeunerschmied, Patak (Komitat Nógrád, Ungarn) 1934

© *Ethnografisches Museum Budapest*

in Erinnerung an die Grammatik der Zigeunersprache „Czigá nyelvtan: Románo Csibákero Sziklaribe“, die von Erzherzog Joseph Karl Ludwig angeregt 1888 in Budapest erschien und 40 Romadialekte zur Schriftsprache vereinte? Oder eine Geste der Referenz an die Minderheit, da die Ausstellung Menschen gewidmet ist, die so lange als Objekte gesehen und Gegenstand der Verachtung und Ausgrenzung wurden? Oder eine bislang noch nicht geübte Selbstverständlichkeit, die der Minderheit Gleichberechtigung und Emanzipation attestiert?

Die Ausstellung wurde in Kooperation der Kunsthalle Krems mit dem Ethnografischen Museum Budapest realisiert, die meisten Exponate kamen aus Ungarn, aus der Nationalgalerie Budapest und der Fotosammlung des Ethnografischen Museums Budapest sowie aus Museen in Debrecen, Szolnok, Pécs, Kaposvár, Somogyur. Die Mährische Galerie Brünn und das tschechische Nationalinstitut für Denkmalpflege, die Nationalgalerie Prag liehen Kunstwerke, österreichische Institutionen in Wien, Graz und Eisenstadt sind mit Exponaten vertreten. Das Brücke-Museum Berlin hat Otto Muellers „Zigeunermappe“, den Zyklus aus neun Farblithografien von 1926/27 (die künstlerisch bedeutendste Manifestation des stereotypen

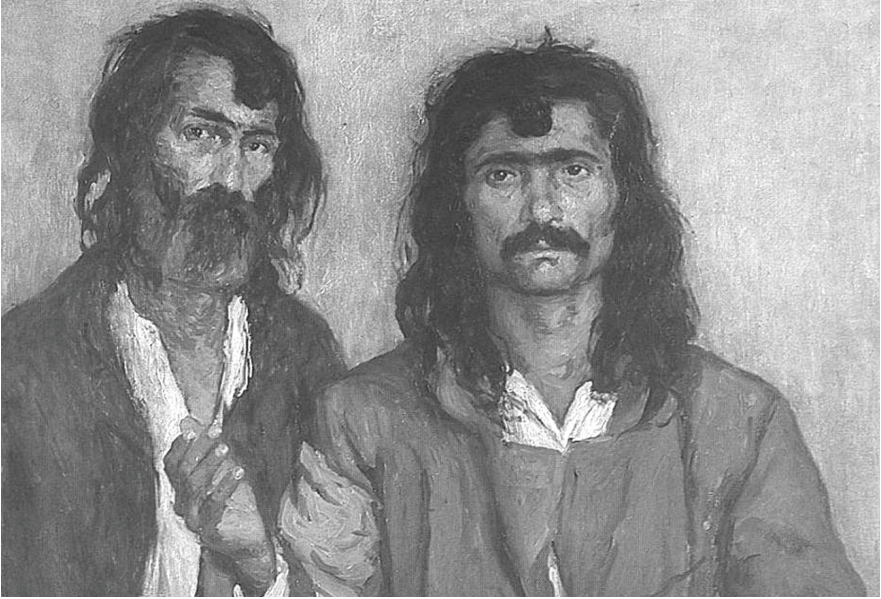
Zigeunerbildes in expressionistischer Darstellung der schönen, lockenden, wilden exotischen Frau) nach Krems geschickt.

Das Schwergewicht der Ausstellung liegt geografisch in der k. u. k. Monarchie, im Großraum Ungarn und historisch im 19. Jahrhundert – beides hat gute Gründe. Die Habsburger Monarchie bot Raum für die soziale und kulturelle Vielfalt nicht nur vieler Ethnien, sondern auch für Vielfalt innerhalb von Minderheiten, so auch der „Zigeuner“, die seit dem 17. Jahrhundert freilich zunehmend diskriminiert waren. In den mittelalterlichen Söldnerheeren waren sie als Krieger, als Waffenschmiede, als Kanonengießler willkommen gewesen. Die Modernisierung der neuzeitlichen Gesellschaft und die Ausbildung von Territorialstaaten machten sie zu Randständigen, die als Illegale, als Räuber definiert wurden, die in der ständischen Ordnung keine Position hatten oder wie in Rumänien gar in den Sklavenstand sanken. Die Versuche Maria Theresias und Josephs II., die „Zigeuner“ sesshaft zu machen, sie im sozialen Gefüge des Vielvölkerstaates zu verorten, hatten schwerwiegende Folgen: Die jüngeren Romasiedlungen in Ungarn und im Burgenland gehen auf kaiserliche Dekrete von 1771 und 1782 zurück; der Versuch der „Zivilisierung“ endete aber im sozialen Absturz und in Armut. Die Wegnahme der Pferde, das Verbot traditioneller Berufe und der Sprache machten die Minderheit zu Tagelöhnern.

Moderne Staatlichkeit und Verwaltung ließen schließlich, im 19. Jahrhundert, keinen Raum mehr für ein selbstbestimmtes Leben der größten ethnischen Minderheit Europas. Der romantisierenden Wahrnehmung als „edle Wilde“, als naturnahe und naturhafte Gruppe folgte die Betrachtung aus wissenschaftlichem Interesse durch die Brille der Ethnologen, schließlich (und gleichzeitig) die Kriminalisierung, die im 20. Jahrhundert im Völkermord mündete. Der Genozid geschah unter nationalsozialistischer Ideologie, als Österreich vom Deutschen Reich annektiert war; aber es gibt auch eine eigene österreichische Traditionslinie der Verfolgung. 1928 begann die Registrierung der „Zigeuner“ in Österreich in einer zentralen Kartei, mit Fotos und Fingerabdrücken. Eine „Zigeunerkonferenz“ 1933 im Burgenland diskutierte Möglichkeiten der Deportation nach Afrika, oder wenigstens der Rekrutierung der unerwünschten Minorität zu Zwangsarbeit, da man sie „ja nicht einfach umbringen“ könne, wie ein Konferenzteilnehmer bemerkte.

Die mörderische Variante des Zigeunerbildes, das in Folge der Kriminalisierung der Minderheit in den Köpfen der Beamten, Politiker, Wissenschaftler entstand, die im 20. Jahrhundert den Genozid an Roma und Sinti planten und ausführten, ist





Lajos Kúnffy, *Zwei Zigeuner*, 1910  
 © *Lajos Kúnffy Museum, Somogytúr*

nicht Gegenstand der Ausstellung. Aber die Entwicklungsgeschichte des Feindbildes, das aus stereotyper Wahrnehmung entstand und die Angehörigen der Minderheit zu Mordobjekten stigmatisierte, ist zentrales Anliegen des Projektes, das den Blick der Mehrheit auf die Minderheit durch Exemplifizierung zu entschlüsseln sucht. Regionale Besonderheiten sind dabei durchaus erheblich: Anders als in Böhmen und Mähren, Siebenbürgen oder den Fürstentümern Moldau und Walachei wurde das Bild vom Zigeuner in die ungarische Nationalfolklore positiv integriert. Zur Erinnerung an die Revolution von 1848, die in Ungarn als Freiheitskampf konnotiert war, gehören Roma als Kombattanten für die ungarische nationale Sache. Literatur und Bildende Kunst machten die Zigeuner-Bataillone zu Elementen des nationalen Gedächtnisses und idealisierten das Zusammenleben von Magyaren und Roma. Der Zigeunerprimas und die Zigeunerkapelle wurden Metaphern ungarischer Volkskultur, die ihren Platz bis in die Gegenwart behaupteten.

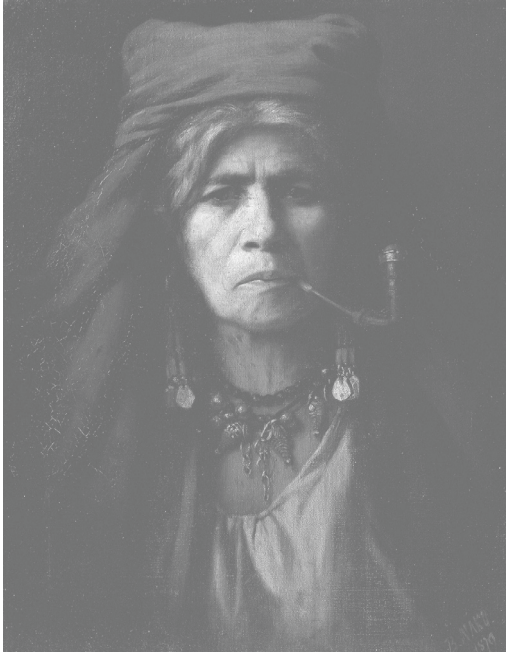
Lajos Kúnffy (1869–1962) war der wichtigste Vertreter der Malerei, die das Bild des „ungarischen Zigeuners“ festschrieb. „Ich empfand dieses Volk als sehr



Károly Ferenczy, *Zigeuner*, 1901© *Ungarische Nationalgalerie, Budapest*

malerisch, wie sie im Sommer um ihre Leinenzelte herumsaßen, Tröge herstellten, kochten, wie die Kinder nackt herumrannten. Sie erweckten dabei einen primitiven, urtümlichen Eindruck.“ Das war ein ikonografisches Programm, und Kúnffy's Zigeunerbilder verkauften sich gut. Nicht weniger geschätzt waren die Werke des Károly Ferenczy (1862–1917) oder der Gräfin Berta von Nákó, deren Sujets „Zigeunermädchen“ oder „Alte Zigeunerin“ verbreitete Erwartungen bedienten, ebenso war August von Pettenkofen („Rauchende Zigeunerin“) in den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts beliebt und erfolgreich. Die Genannten verkörperten zusammen mit vielen anderen nach künstlerischen Qualitätsmaßstäben technisch und ästhetisch die Höhe der Zeit, ob traditionsgebunden oder im Aufbruch zur Moderne: Schon die Werkauswahl dieser Künstler zusammengeführt zu haben, war ein kunsthistorisches Verdienst der Kremser Kuratoren. Aber es ging ihnen um mehr.

Das Bild „Vor dem Richter“ des ungarischen Malers Sandor Bihari (1855–1906) ist nicht nur bezeichnend für den Geschmack der Zeit, sondern auch für



Gräfin Berta von Nákó, geb. Gyertyánffy, Eine alte Zigeunerin, 1879

© Österreichische Galerie Belvedere, Wien

die Stereotypisierung des Blicks auf die Minderheit. Das Gemälde, das Franz Joseph I. für den Königspalast in Buda erwarb, zeigt eine Gruppe von Musikanten vor einem Richter im Wirtshaus. Es ist missverstanden und umgedeutet worden, als stünden die „Zigeuner“ (in erster Reihe ein junger Mann mit einer zerbrochenen Geige, hinter ihm ein anderer mit verbundenem Kopf, umgeben von weiteren, die durch Tracht und Violinen als Zigeunermusiker erkennbar sind) als Angeklagte vor dem Richter. Diese Sicht leitete auch die Postverwaltung der Vereinten Nationen, die das Motiv 1990 für eine Briefmarke zum Artikel 11 der Menschenrechte wählte, um an die Verfolgung der Sinti und Roma durch staatliche Behörden zu erinnern. Der gewohnheitsmäßig stereotype Blick auf den „Zigeuner“ als einen Asozialen und Kriminellen, die selbstverständliche Identifizierung des Stigmatisierten mit negativen Eigenschaften hat die Botschaft des Bildes ins Gegenteil verkehrt (und damit ein schönes Exempel für die Funktion von Vorurteilen geliefert).

Tatsächlich, das ergibt sich aus genauer Betrachtung ebenso wie aus Aufzeichnungen des Malers, suchen aber die „Zigeuner“ selbstbewusst ihr Recht, denn Burschen aus dem Dorf haben, vielleicht bei einer Rauferei, die Geige zerbrochen, vermutlich auf dem Kopf des Bandagierten. Der herablassend-interessierte Richter, sein Begleiter, eine amüsierte Magd im Hintergrund vertreten zusammen mit einem Burschen in ungarischer Tracht – offensichtlich einem der Delinquenten – und einem älteren Mann auf einer Bank im Hintergrund die Mehrheit der Gadsche gegenüber den durch Kleidung und Gestus als Fremden gezeichneten „Zigeunern“. Der Zusammenhang ist in der Ausstellung wie im Katalog erläutert. Die Aussteller haben gründlich recherchiert, einen eindrucksvollen Korpus an Gemälden, Grafiken und Fotografien (die gleichrangig behandelt werden als Quellen der Erkenntnis) zusammengetragen, die Beispiele – rund 70 Bilder und 80 Fotos – klug ausgewählt und nicht nur ausgestellt, sondern auch die jeweilige Bedeutung und den Subtext entschlüsselt. Im Zusammenwirken kunsthistorischer und sozialgeschichtlicher Kompetenz ist damit ein höchst schätzenswerter Beitrag zur Vorurteilsforschung geleistet worden.

„Zigeunerfotografie“ als Versuch, sich die Scheinrealität einer fremdartigen Volksgruppe anzueignen, hatte in den 70-er Jahren des 19. Jahrhunderts ihre Ursprünge in Siebenbürgen. In ethnografischer Intention wurden Zigeuner interpretiert und inszeniert: In metaphorischen Posen erschienen sie als Typen, die als vazierende Handwerker, als urwüchsige Großfamilie, als Musiker Klischeevorstellungen entsprachen und die stereotypen Bilder (z. B. in der Verbreitung als populäre Postkarten) vertieften.

Die Entstehung solcher Bilder als Inszenierung ist im Wortsinne zu verstehen, die Fotos wurden im Atelier aufgenommen, vor fantastischen Hintergründen, eben als exotische Inszenierung. Wissenschaftlicher im Anspruch waren die Bilder, die aus soziologischer oder kulturwissenschaftlicher Perspektive Bilder über „Zigeuner“ im Freien, in natürlicher Umgebung fixierten. Gemeinsam war den poetisch arrangierenden wie den wissenschaftlich dokumentierenden Fotografen (die zum Teil auf Hilfsdienste für die auf jeden Fall inszenierende Malerei reduziert war) der voyeuristische Blick: „Zigeuner“ dienten als Material, sie wurden nie gefragt, wie sie sich selbst sehen und ins Bild gesetzt haben wollten. Im Katalog ist dieser Sachverhalt in einem Essay von Péter Szuhay eindeutig in Absage an jede scheinbar objektive oder naiv dokumentarische Wahrnehmung formuliert: „Diese Fotografien sagen

mehr darüber aus, wie die verschiedenen fotografischen, wissenschaftlichen und politischen Schulen über Roma denken, als darüber, wie die sogenannten ‚Zigeuner‘ wirklich sind. Aber durch eine sorgfältige ‚philologische und philosophische‘ Arbeit, durch das Überblenden von Bildern und Fakten, wird deutlich, dass das, was wir zu sehen glauben, nicht unbedingt das ist, was wir tatsächlich sehen. Und wenn wir all unser Wissen zusammennehmen, können wir möglicherweise erkennen, was wir nicht sehen. Dann können wir vielleicht aus den vielen konstruierten Wirklichkeiten eine neue Wirklichkeit rekonstruieren, von der wir überzeugt sind, dass sie wahrer, schöner und für die Roma auch annehmbarer ist.“ In diesen Worten findet eine wesentliche Erkenntnis der Vorurteilsforschung Ausdruck, und ebenso eine Absicht der Aussteller, nämlich die Einsicht, dass die durch Bilder und Vorurteile konstruierte „Realität“ der Mehrheit mit der Wirklichkeit einer Minderheit nicht übereinstimmt und dass es wichtig ist, der Minderheit Gerechtigkeit auch auf der Ebene ihrer Wahrnehmung widerfahren zu lassen.

Gegenstand der aus ethnografischer Tradition kommenden Sozialfotografie war die Berufswelt des „Zigeuners“, die seine Position am Rande der ständischen Ordnung der Gesellschaft vor Augen führt: Als Lumpensammlerin und Wahrsagerin erscheinen die Frauen, als Pferdehändler, Löffelschnitzer, Bettler und Hausierer, als Rastelbinder, Kesselflicker, Scherenschleifer, Nagel- und Hufschmied, Trogmacher, Besenbinder, Korbflechter die Männer. In der Genremalerei waren „Zigeuner“, wenn Berufe thematisiert wurden, hauptsächlich als Musiker, gelegentlich auch bei anderer Tätigkeit dargestellt. Sujets der Genremalerei waren im Porträt die lockende schöne junge Zigeunerin, die Alte, Zigeunerkinder, der Mann als exotischer Würdenträger, dann die romantisierende Idylle (lagernde oder wandernde Zigeuner in diffuser Landschaft, die Zigeunerfamilie, musizierende Zigeuner).

Sinti und Roma hatten in den Sehgewohnheiten der bürgerlichen Gesellschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts bestimmte Funktionen. Aus der Tradition der Romantik waren sie verklärt als Wesen, die dem Ideal des einfachen naturnahen Lebens entsprachen. Die ikonografisch verwandten Bilder „Drei Zigeuner“ von Ferenc Pongrácz (1836) und Alois Schönn (undatiert) haben Entsprechungen in der Literatur. Eine ganz unmittelbare Korrespondenz in Nikolaus Lenaus Gedicht „Die drei Zigeuner“ (1838) ist zitiert, um den Zeitgeist, aber auch die spätere zum Zigeunerkitsch trivialisierte Verklärung des „Naturvolks“ augenfällig werden zu lassen.

Die „drei Zigeuner“ geben sich den Freuden sorglosen Müßiggangs hin. Der mit der Fiedel spielt sich „ein feuriges Liedel“, der andere ist mit seiner Tabakspfeife glücklich, der dritte hat sein Zimbal an den Baum gehängt, lässt den Wind mit den Saiten spielen, während er schläft. Der Dichter (wie der Maler) erlebt die Idylle mit der Wehmut der Angehörigen der Mehrheit, für die andere Gesetze – Ordnung, Leistung, Arbeit – gelten als scheinbar für die Minderheit:

„Dreifach haben sie mir gezeigt,  
Wenn das Leben uns nachtzt,  
Wie mans verraucht, verschläft, vergeigt  
Und es dreimal verachtet.“

Die Botschaft in dem Gedicht des Mihály Vörösmarty „Der alte Zigeuner“ (1854) ist die gleiche, wie sie der Dichter Lenau verkündet, sie ist sogar Forderung und macht damit deutlich, dass die Wahrnehmung „der Zigeuner“ vor allem Delegation eigener Sehnsüchte und Neidgefühle und Zuschreibung ist:

„Geig Zigeuner, ist dein Lohn vertrunken,  
Laß nicht nutzlos deine Beine hängen,  
Was ist Kummer wert bei Brot und Wasser,  
Füll das Glas, wenn Sorgen dich bedrängen.  
Stets ist so das Leben, drin wir stehen:

Geig, wer weiß, wie lang dirs noch gelingt  
Wann dein Bogen, Stock nur, nicht mehr klingt.  
Herz und Glas sind voll mit Weh, mit Wein  
Geig, Zigeuner, laß die Sorgen sein!“

Die zeitgenössische, sehr anrührende Fotoserie des Schweizer Fotografen Yves Leresche steht in unmittelbarem Anschluss – eine eigene Abteilung bildend, was im Katalog indessen verwischt wird – an die Ausstellung. Die 75 Fotos sind ab 1990 in Rumänien entstanden, ihr Urheber hat als teilnehmender Beobachter unter den Roma Căldărari, den Kesselmachern, und Roma Căramidări (Ziegelbrennern) gelebt, ihr Vertrauen gewonnen und ihren Alltag fotografiert. Wie authentisch



Aus der Serie „Roma“, 1990–2002

© Yves Leresche, 2007

diese Aufnahmen sind, ob sie nicht zwangsläufig Inszenierungen wie jede künstlerische Form sind, muss hier nicht entschieden werden. Die Fotos sind jedenfalls hervorragend, ob sie – als aktuelle Manifestationen des „Zigeunerlebens“ – einen Fremdkörper oder eine sinnfällige Ergänzung der Ausstellung „Zigeunerbilder“ bilden, ist ein Problem, zu dessen Lösung die Ausstellung selbst viele wertvolle Hinweise gab.

Roma & Sinti. „Zigeuner-Darstellungen“ der Moderne. Hrsg. von Gerhard Baumgartner/Tayfun Belgin. Katalog zur Ausstellung in der Kunsthalle Krems 17. Juni bis 2. September 2007, Krems 2007.



## Konzeption und Realisierung einer Ausstellung zum aktuellen Antisemitismus

Das Zentrum für Antisemitismusforschung erhält regelmäßig Anfragen von Pädagogen, Sozialarbeitern und Multiplikatoren, die mit dem Problem Antisemitismus in ihrer Arbeitswelt konfrontiert sind und Material erbitten. Häufig haben sie nicht die Zeit und vielleicht auch nicht die Intention, wissenschaftliche Bücher zu lesen und das Thema für ihre Klientel aufzubereiten. Darauf hat das Zentrum für Antisemitismusforschung mit der Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien zu den verschiedenen Facetten und Motiven des Antisemitismus reagiert. Sie werden Ende dieses bzw. im Laufe des nächsten Jahres verfügbar sein.<sup>1</sup> Eine andere Möglichkeit, nicht nur im Bildungsbereich aktiv zu werden, sondern ein breiteres Publikum über Vorträge und Publikationen hinaus anzusprechen, bieten Ausstellungen, mit denen das Interesse an einem gesellschaftlichen Problem geweckt werden kann, wenn die Thematik entsprechend aufbereitet wird. Bereits zu Beginn der 90er-Jahre hat das Zentrum für Antisemitismusforschung zusammen mit Studenten eine Ausstellung

- <sup>1</sup> Zum einen entsteht innerhalb des Projektes „Fit machen für Demokratie und Toleranz. Jugendliche setzen sich mit Antisemitismus auseinander“, das das Zentrum für Antisemitismusforschung zusammen mit dem American Jewish Committee (Berlin Büro) und dem LISUM Berlin-Brandenburg 2005 und 2006 durchgeführt hat, beim Cornelsen Verlag Berlin eine Unterrichtssoftware, die sich mit historischen und aktuellen Formen des Antisemitismus auseinandersetzt (erscheint 2008), zum anderen hat das Zentrum für Antisemitismusforschung im Rahmen des Projekts „Unterrichtsmaterialien zum Antisemitismus“ für sieben europäische Länder, initiiert von der Menschenrechtsabteilung der OSZE (ODIHR) und dem Anne Frank House Amsterdam, die deutsche Adaption erarbeitet. Das Unterrichtsmaterial besteht aus drei Teilen, die Antisemitismus aus verschiedenen Blickwinkeln bearbeiten. Teil 1 thematisiert Jüdische Geschichte in Europa bis 1945 und die Geschichte des Antisemitismus; Teil 2 beschäftigt sich mit aktuellen Formen des Antisemitismus und Teil 3 ist dem Antisemitismus im Rahmen von Diskriminierung gegen Minderheiten allgemein gewidmet. Das Material wird durch ein Lehrerbegleitheft ergänzt.

zum historischen und aktuellen Antisemitismus erstellt und sie bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt.

Während der Antisemitismus-Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im April 2004 im Auswärtigen Amt in Berlin, die sich erstmals dezidiert mit den Fragen des aktuellen Antisemitismus auseinandersetzte, entstand die Idee, eine Wanderausstellung zum Thema zu konzipieren. Der damalige israelische Minister für Diaspora und Jerusalem, Nathan Sharansky, regte in einem Gespräch mit Wolfgang Benz an, gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten. Als israelischen Partner schlug er die Holocaustgedenkstätte Yad Vashem vor. Die Partner trafen sich zu ersten Sondierungsgesprächen im Oktober 2004 am Rande der Sitzung des von Minister Sharansky organisierten „Global Forum on Antisemitism“ in Jerusalem.

Yad Vashem ist keineswegs ausschließlich eine Gedenkstätte für den Holocaust, sondern organisiert ebenso Lehrerseminare und Fortbildungen für die verschiedensten nationalen und internationalen Berufsgruppen, die sich auch mit der Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord und der Verdrängung von Schuld und Verantwortung auseinandersetzen. Im Rahmen dieser Veranstaltungen wird auch Yad Vashem immer wieder mit aktuellen Formen des Antisemitismus konfrontiert und versucht, sich dieser Herausforderung zu stellen. Im Mittelpunkt steht jedoch auch dabei immer der Holocaust. Er ist aus der Perspektive Yad Vashems der Dreh- und Angelpunkt jeglicher Beschäftigung mit verwandten und auch aktuellen Themen.

Nun lehren uns aber die Erfahrungen in Deutschland, dass „Holocaust-Erziehung“ oder die Thematisierung des Völkermords in den Medien keineswegs ein probates Mittel sind, antisemitische Stereotype einzudämmen oder gar zu verhindern. Im Gegenteil, nicht selten entsteht aus dem Gefühl, ständig mit dem Thema konfrontiert zu werden, eine ablehnende Haltung gegen Juden, weil unterstellt wird, „die Juden“ würden dafür sorgen, dass der Holocaust ständig präsent sei. Das unterstellte jüdische Kollektiv, das heute häufig mit Israel gleichgesetzt wird, würde gar einen Nutzen daraus ziehen. Andererseits überwiegt vor allem bei Bildungseinrichtungen die Vorstellung, Antisemitismus sei mit „Holocaust-Erziehung“ zu bekämpfen. Häufig wird als geeignetes Mittel, das Thema Antisemitismus heute zu bearbeiten, die Einladung von Zeitzeugen vorgeschlagen, wobei damit immer Überlebende des Holocaust oder Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik



gemeint sind. Oft ist diese Vorgehensweise auch Ausdruck eines Zurückweichens vor dem schwierigen Thema „Antisemitismus“, das eine Selbstreflexion über mögliche eigene Vorbehalte gegen Juden erfordert. Im Unterricht führt dies nicht selten dazu, dass bewährte Themen wie der Holocaust bevorzugt werden.

Die Erkenntnis, dass das Wissen über den Holocaust Menschen nur bedingt davon abhält, antisemitische Stereotype zu äußern, musste die Folie bilden, auf der das Konzept der Ausstellung zu erarbeiten war. Berücksichtigt werden musste dabei vor allem, dass historische Kenntnisse über den Holocaust keine Präventionsmaßnahme sind, wenn es sich um aktuelle Konnotationen handelt, die eng mit dem Nahost-Konflikt zusammenhängen und nicht den au goüt eines Rassenantisemitismus nationalsozialistischer Prägung haben. Nach zahlreichen E-mailkorrespondenzen, Telefonaten und einem weiteren Gespräch in Jerusalem unter der Leitung von Prof. Yehuda Bauer, an dem vom Zentrum für Antisemitismusforschung Daniel Wildmann und ich teilnahmen, gelang es, eine Grundlage für ein – für beide Seiten – akzeptables Konzept zu schaffen, in dem der Holocaust als Bestandteil des sekundären Antisemitismus zu thematisieren war, aber eben nicht als paradigmatischer Genozid oder als Ausgangspunkt für die Konfrontation mit aktuellen Formen des Antisemitismus. Unterschiedliche Auffassungen über die Botschaft, die der Betrachter der Ausstellung mitnehmen sollte, prägten allerdings auch weiterhin das Kooperationsprojekt. Vor allem ging es auch um die Frage, ob die Situation in Deutschland etwa mit der antisemitischen Welle in Frankreich nach den Ereignissen im Frühjahr 2002 vergleichbar sei. Das in den Medien fälschlich als Massaker titulierte Vorgehen der israelischen Armee im Flüchtlingslager Dschenin und die Ereignisse in Bethlehem, als sich Palästinenser in der Grabeskirche verschanzt hatten, waren in vielen europäischen Ländern der Auslöser für antisemitische Übergriffe. Insbesondere in Frankreich stieg die Zahl der antisemitischen Manifestationen extrem an. In den folgenden Jahren verzeichneten Frankreich, Großbritannien, aber auch Schweden und Deutschland, einen Anstieg judenfeindlicher Propaganda und Aktionen.

Auch die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Hizbollah und Israel im Juli 2006 wirkten sich auf das Niveau antisemitischer Haltungen in Europa aus: in den Niederlanden, in denen für 2005 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war, wurden alleine im Zeitraum Juli/August 105 antisemitische Vorfälle registriert. In Großbritannien stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle nach einem signifikanten

Rückgang im ersten Halbjahr 2006, im Juli um 25 Prozent. Die Pariser Polizei meldete im August, in den letzten 30 Tagen seien täglich zehn bis zwölf antisemitische Vorfälle in der Stadt registriert worden. Während anti-israelischer Demonstrationen waren Rufe wie „Juden in die Gaskammern“ und „Tod den Juden“ zu hören, Plakate und Banner enthielten Gleichsetzungen des Holocaust mit der israelischen Politik. In Deutschland wurden auf Demonstrationen gegen Israel Parolen wie „Tod Israel“ oder „Intifada bis zum Sieg“ gerufen, und der Zentralrat der Juden in Deutschland empfing täglich mehr als 200 Emails mit zum Teil manifest antisemitischem Inhalt.

Die Hauptvertreter des vergangenheitsbezogenen Antisemitismus sind vom extrem rechten bis hinein ins konservative Lager zu finden, eines nahostbezogenen Antisemitismus bedienen sich auch Akteure aus dem linken und dem islamistischen Spektrum. Offen anti-israelische Ressentiments zu verbreiten ist inzwischen nicht länger nur Ausdruck extremer Positionen, sondern gehört zum Standardrepertoire des öffentlichen Diskurses in ganz Europa. Das lässt sich besonders deutlich in Schweden, aber auch in Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien beobachten.<sup>2</sup>

Antisemitismus im rechtsextremen Lager ist ein fester Bestandteil europäischer Nachkriegsgeschichte, antisemitische Tendenzen in linken Gruppierungen sind spätestens seit den 70er Jahren zu beobachten und heute auch in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung durchaus virulent. Neu hingegen sind solche Phänomene bei Jugendlichen mit muslimischem Migrationshintergrund, und zwar nicht nur unter den arabischstämmigen nordafrikanischen Jugendlichen Frankreichs, Belgiens und der Niederlande, sondern auch unter jungen Muslimen in Deutschland. Dieser islamisierte Antisemitismus – wie ihn der Islamwissenschaftler Michael Kiefer<sup>3</sup> – bezeichnet, zeigt sich zunehmend auch im schulischen Umfeld und wird immer mehr zu einer Herausforderung an bundesrepublikanische Bildungseinrichtungen. Allerdings fehlen bis heute empirische Studien zu dem Phänomen und der

- 2 Siehe Werner Bergmann/Juliane Wetzel, *Manifestations of Antisemitism in the European Union – First Semester 2002*, Wien/Berlin 2003, nur online verfügbar siehe <http://www.antisemitismus.net/europa/antisemitismus-studie.htm>; [http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/FT/Draft\\_anti-Semitism\\_report-web.pdf](http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/FT/Draft_anti-Semitism_report-web.pdf).
- 3 Michael Kiefer, *Islamischer oder islamisierter Antisemitismus*, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), *Antisemitismus und radikaler Islamismus*, Essen 2007, S. 55–68.

Frage, ob es sich bei den bisher bekannten tätlichen und verbalen Übergriffen auf Juden in Deutschland von Jugendlichen mit Migrationshintergrund um Einzelfälle handelt bzw. wie weit verbreitet tatsächlich antisemitische Vorurteile unter jungen Muslimen sind. Bisher haben weder das neue Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ noch andere Institutionen Gelder für eine solche Grundlagenforschung bereitgestellt. Ohne entsprechende Datengrundlage drohen pädagogische Konzepte jedoch ins Leere zu laufen.

Die Ausstellung versucht innerhalb ihrer Möglichkeiten das Phänomen des islamisierten Antisemitismus anzusprechen und verweist vor allem auf die Instrumentalisierung antisemitischer Stereotype durch islamistische Kreise über Satellitenfernsehen, Presseorgane und das Internet bzw. auf islamistische Organisationen in Deutschland, die sich zwar öffentlich vom Antisemitismus distanzieren, tatsächlich aber solche Ressentiments unterschwellig verbreiten. Es hätte noch eine ganze Reihe von weiteren Beispielen gegeben, die die Problematik illustrieren, wie etwa die iranische TV-Produktion „Zahra's Blue Eyes“, die sich über die Video-Internetplattform „You tube“ oder über „google-video“ herunterladen lassen oder in türkischer Sprache über Videoversandangebote im Internet käuflich zu erwerben sind.

Nicht ohne Einfluss auf die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind die in der arabischen Welt weit verbreiteten antisemitischen Weltverschwörungstheorien, deren zentrale Grundlage das einhundert Jahre alte antisemitische Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ ist. Besonders die Anschläge am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington haben Verschwörungstheorien zu neuem Ruhm verholfen. Viele dieser Theorien haben eine eindeutig antisemitische Konnotation. In der Ausstellung werden Abbildungen von historischen und aktuellen Ausgaben der „Protokolle“ gezeigt sowie Bilder aus rechtsextremen Internetauftritten, die eine vermeintliche jüdische Macht über die US-amerikanische oder die deutsche Regierung glauben machen wollen. Darüber hinaus wird anhand zweier Thesen, die vor allem im Internet kursieren, gezeigt, welche Hirngespinnste der 11. September ausgelöst hat. Verbreitet wird, jüdische Kreise hätten von den Anschlägen gewusst, weshalb es so gut wie keine Opfer gegeben hätte. Eine andere Variante besteht darin, zu behaupten, der israelische Geheimdienst Mossad wäre über die Anschläge vorab informiert gewesen oder hätte gar selbst im Hintergrund agiert.

Die abstruseste Verschwörungstheorie, „die Juden“ seien verantwortlich für den Tsunami im Dezember 2005, weil sie angeblich ABC-Waffen im Pazifik gezündet und damit die Flutwelle ausgelöst hätten, musste aus Platzgründen entfallen. Es erschien den Ausstellungsmachern wichtiger, nicht diese in sektiererischen rechts-extremen Kreisen kursierende Theorie zu präsentieren, sondern Themen anzusprechen, mit denen Rechtsextreme Einfluss auf Jugendliche gewinnen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Musik, aber auch rechtsextreme Parolen und Übergriffe bei Fußballspielen bzw. die Leugnung oder Trivialisierung des Holocaust. Darüber hinaus dokumentieren zwei Ausstellungstafeln das Phänomen der Schändungen jüdischer Friedhöfe, die nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern inzwischen nicht nur Ausdruck einer jugendlichen Zerstörungswut, sondern eines manifesten Antisemitismus sind und sich stellvertretend für die Lebenden gegen die Toten richten.

Den Ausstellungsmachern erschien es wichtig, zu zeigen, dass sich eine jüdenfeindliche Haltung nicht nur im rechtsextremen Spektrum findet und die rassistischen antisemitischen Stereotype bedient, sondern dass solche Vorurteile in allen gesellschaftlichen Gruppen virulent sind und selbst religiös konnotierter Antisemitismus, vor allem im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, keineswegs der Vergangenheit angehört. Kritiker der israelischen Regierung bedienen sich etwa immer wieder des – falsch verstandenen – Bibelzitats „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, das richtig übersetzt eigentlich „Auge für Auge“ heißen müsste, sich mit Fragen wie der Entschädigung und des Strafmaßes für Verbrecher beschäftigt und nicht Ausdruck einer vermeintlichen jüdischen Rachsucht ist. Ulrich Gutmair bemerkte dazu in seiner Besprechung der Ausstellung in der taz: „Nicht nur der *Spiegel*, auch viele andere deutsche Medien operieren immer wieder mit veralteten Lesarten alttestamentlicher Textstellen, denen das stereotypes Bild des rachsüchtigen Juden zugrunde liegt, das schon vom christlichen Antijudaismus gepflegt wurde. Die Ausstellung tritt hier Lesern und Journalisten hilfreich zur Seite und klärt über die korrekte Übersetzung und Lesart der entsprechenden Bibelstelle gemäß dem Stand der theologischen Forschung auf.“<sup>4</sup>

Eine Reihe von weiteren aktuellen Bild-Beispielen aus verschiedenen europäischen Ländern dokumentieren, wie sich Medien antijudaistischer Motive bedienen

4 taz vom 31. 7. 2007.

und etwa die jahrhundertealten Gottesmordvorwürfe gegen Israel instrumentalisieren. Obgleich sich solche religiös konnotierten Stereotype selbst in seriösen europäischen Tageszeitungen finden, handelt es sich eher um ein Randphänomen im Vergleich zu anderen Formen von antisemitischen Vorurteilen, die sich gegen Israel richten. Fast schon alltäglich ist die Gleichsetzung Israels, seiner Politiker oder des Vorgehens des israelischen Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung mit dem Holocaust. Provokant haben wir diesen Teil der Ausstellung „Nazifizierung Israels“ genannt und eine Reihe von Karikaturen abgebildet, die z. T. diese Gleichsetzung nicht nur intendieren, sondern sie auch bildlich darstellen. So ist in einer österreichischen Karikatur im linken Bildabschnitt etwa ein deutscher Soldat mit einem durch einen Judenstern gekennzeichneten Jungen zu sehen und auf der rechten Bildseite korrespondierend ein israelischer Soldat mit einem palästinensischen Kind. Der Deutsche ist mit einer Hakenkreuzbinde versehen, der Israeli trägt an derselben Stelle einen Magen David.

Ziel der Ausstellung sollte es sein, anhand aktueller Formen des Antisemitismus in Deutschland und Europa zu zeigen, wie sich judenfeindliche Stereotype in allen gesellschaftlichen Gruppen bis heute gehalten haben und wie sie im aktuellen Kontext immer wieder mobilisiert werden. Es galt, die verschiedenen Formen und Motive antisemitischer Virulenz zu verdeutlichen, die keineswegs Ausdruck eines „neuen Antisemitismus“ sind, sondern vielmehr die alten, über Generationen tradierten Stereotypen, die an die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst und entsprechend instrumentalisiert werden. Sie reichen von der religiösen Judenfeindschaft über den Antisemitismus rechtsextremer Prägung, der sich bis heute – wenn auch durch die judenfeindliche Wendung aktueller Themen zurückgedrängt – immer noch rassistischer Elemente bedient, über den Antisemitismus in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung, die Instrumentalisierung des Holocaust als Blickfang und politisch bewusst gelenkter Wahrnehmungsfokus von Tierversuchsgegnern und anderen, die Verharmlosung und Leugnung des nationalsozialistischen Völkermords bis hin zu antisemitischen Weltverschwörungstheorien. Vor allem sollte vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts die Frage beleuchtet werden, ob es ein Tabu gibt, Israel oder die israelische Regierung zu kritisieren und die Grenzen zu zeigen, wo eine solche legitime Kritik in Judenfeindschaft umschlägt, weil sie sich antisemitischer Stereotype bedient. Als ein geeignetes Instrumentarium, die Legitimität kritischer Stimmen deutlich zu

machen, erschien uns eine Auswahl von Zitaten der israelischen Presse, die mit harter Kritik nicht spart. Gerade im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt und dessen Radikalisierung seit Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 hat sich gezeigt, welches Potenzial an tradierten antisemitischen Stereotypen noch immer latent vorhanden ist und welche Wirkungsmacht sie in einer politischen Auseinandersetzung um Territorien haben.

Ulrich Gutmair kommentierte am Tag vor der Eröffnung der Ausstellung im Auswärtigen Amt am 1. August 2007: „Die gemeinsam von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem und dem Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung konzipierte Ausstellung geht nur punktuell ins Detail, zeigt dafür aber den ganzen Querschnitt antisemitischer und antizionistischer Propaganda von linksliberalen Publikationen über ultrarechte Websites bis zu islamistischen Satellitensendern. Sie widmet sich auch diversen Formen der Trivialisierung der Schoa. Ihr eigentliches Ziel ist aber, der Behauptung zu widersprechen, man dürfe Israel nicht kritisieren. Beispiele aus vielen israelischen und deutschen Zeitungen sollen zeigen: Das geht auch auf faire Weise.“<sup>5</sup>

Die Ausstellung, deren Tour in mindestens acht Orte von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert wird, soll zur Diskussion anregen. Kritik auf der einen oder anderen Seite wird bei diesem Thema nicht ausbleiben, können doch auf 40 Tafeln die verschiedenen Varianten des aktuellen Antisemitismus nur angerissen und sicherlich nicht immer mit dem erforderlichen ausführlichen Kontext und Inhalt versehen werden.

5 Ebenda.

## Antisemitismus in Europa (1879–1914)

### Fragestellung, Konzeption und Aufbau des Forschungskollegs am Zentrum für Antisemitismusforschung

Noch gegen Ende des 20. Jahrhunderts war der Bezugspunkt antisemitischen Sprechens und Handelns zumeist die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands, mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts hingegen tritt immer stärker die Aktualität des Nahostkonfliktes als Kontext hervor. Daher wird in der öffentlichen Diskussion mitunter von einem *neuen* Antisemitismus gesprochen, der sich seit einigen Jahren in einer Welle antisemitischer Übergriffe und Äußerungen in vielen europäischen Ländern zeige. Die Frage, ob und inwiefern die Rede von einem neuen Antisemitismus berechtigt ist, lässt sich aber ohne Kenntnis dessen, was folglich als „alter“ Antisemitismus bezeichnet werden muss, kaum beantworten. Da sich der „neue“ Antisemitismus der Sprache des „alten“ Antisemitismus bedient und die Kritik an der Politik des Staates Israel vor allem dann in antisemitische Vorurteile umschlägt, wenn in ihr Motive des „alten“ Antisemitismus aufgegriffen werden, fragt sich jedoch, ob die Bezeichnung „neuer Antisemitismus“ berechtigt ist, oder ob es nicht lediglich neue Erscheinungsformen und neue Kontexte sind, in denen alte Topoi aktualisiert werden.

### Fragestellung

Die Aktualität der im 19. Jahrhundert entwickelten Rhetorik des Antisemitismus und ihre europaweite Verbreitung ist Ausgangspunkt für ein neues Forschungskolleg<sup>1</sup>

1 Vorgestellt wird im Folgenden ein bisher von der Volkswagen-Stiftung sowie der Henkel- und Thyssen-Stiftung finanziertes Forschungskolleg, das Werner Bergmann und ich am Zentrum für Antisemitismusforschung leiten und das in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt wird. In den Text sind Passagen der Projektanzeige, die Werner Bergmann und ich im *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 8 (2007), S. 217–222, veröffentlicht haben, eingegangen.

am Zentrum für Antisemitismusforschung. Das Kolleg geht der Frage nach, ob und inwiefern der Antisemitismus auch in der Zeit von der Prägung des Begriffs bis zum Ersten Weltkrieg, der Formierungsphase des Antisemitismus, eine europäische Erscheinung war. Das die Forschungen leitende Interesse richtet sich auf die Frage, welche Rolle spezifische nationale Kontexte für die Ausprägung des Antisemitismus gespielt haben, welche unterschiedlichen Formen die Judenfeindschaft in den verschiedenen Ländern angenommen hat, inwiefern antisemitische Aktivisten in einem transnationalen Austausch standen und europäische antisemitische Netzwerke entwickelt haben und welche Folgen die antisemitischen Bewegungen für die historische Entwicklung in den einzelnen Ländern hatten.

Die Fragestellung des Kollegs richtet sich sowohl auf die jeweiligen nationalen Besonderheiten des Antisemitismus in den ausgewählten Ländern als auch auf den Kulturtransfer zwischen den verschiedenen Regionen des Kontinents sowie schließlich auf die europäischen Gemeinsamkeiten der neuen Judenfeindschaft. Zeitlich konzentriert sich das Kolleg auf die Phase von den späten 1870er-Jahren, als der Terminus Antisemitismus erstmals auftauchte, bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Anfangs- wie auch Endpunkt der Forschungen sind insofern als europäische Daten anzusehen, als der Begriff Antisemitismus, wie eine Analyse der wesentlichen enzyklopädischen Einträge zeigt, unmittelbar nach seiner Erfindung in alle europäischen Sprachen eingegangen ist. Der Erste Weltkrieg wiederum bedeutete für alle europäischen Gesellschaften einen tief greifenden Einschnitt und muss für Europa insgesamt als die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Der Erste Weltkrieg löste eine Radikalisierung der Judenfeindschaft aus und markiert damit den Beginn einer neuen Phase in der Geschichte des Antisemitismus.

Mit seiner europäischen Fragestellung knüpft das Forschungskolleg an die von Herbert A. Strauss herausgegebenen Sammelbände *Hostages of Modernisation. Studies on Modern Antisemitism 1870–1933/39* (Berlin 1993) an, in denen Studien über Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und Russland versammelt sind.

Um die Vergleichbarkeit der zumeist auf einzelne Länder oder Sprachräume bezogenen Studien des Forschungskollegs zu ermöglichen und die Kohärenz und konzeptionelle Übereinstimmung des Gesamtprojektes zu gewährleisten, wird für alle Studien ein gemeinsamer Begriff von Antisemitismus zugrunde gelegt, aus dem sich die Struktur und Gliederung der einzelnen Arbeiten ergibt.



## Zum Begriff des Antisemitismus

Judenfeindschaft hat eine lange Geschichte in Europa. Um 1879 aber wurde ein neuer Begriff geprägt, um einer neuen Form von Feindseligkeit gegenüber Juden auch sprachlichen Ausdruck zu verleihen, und der darüber hinaus als wirkungsmächtiges politisches Schlagwort dienen konnte. Die überlieferten Motive der christlichen Judenfeindschaft spielten im Antisemitismus durchaus eine Rolle; darin aber lag nicht das Neue. Das Entscheidende des Antisemitismus bestand zunächst auch nicht unbedingt darin, dass er rassistisch argumentierte. Das Denken in der Kategorie Rasse und die Sprache des Sozialdarwinismus waren nicht notwendigerweise antisemitisch. Im Gegenteil haben im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts jüdische Intellektuelle selbst versucht, den Begriff der „jüdischen Rasse“ positiv für die eigene Selbstzuschreibung zu nutzen, auch gab es Sozialwissenschaftler, die in rassistischen Kategorien gedacht haben, ohne antisemitisch zu sein.

Das Neue des Antisemitismus bestand vor allem darin, dass er sich gegen ein grundlegend gewandeltes Judentum richtete. Juden waren keine religiöse Randgruppe mehr in einer vom Religiösen regulierten Welt, sondern eine religiös-kulturell abweichende Gruppe im *Zentrum* der bürgerlichen Gesellschaft.

Die jüdische Bevölkerung hat im 19. Jahrhundert in weiten Teilen Europas einen rasanten sozioökonomischen Aufstieg durchgemacht. Sie bildete in ihrer Mehrheit keine im Abseits der Gesellschaft stehende überwiegend verarmte Gruppe mehr, sondern einen sozial und wirtschaftlich eher erfolgreichen Teil der Gesellschaft. Ihren sozialen Aufstieg verdankten die Juden nicht nur dem symbolischen Kapital der Bildung, sondern in erster Linie ihren wirtschaftlichen Kompetenzen im Bereich des Handels, jenem Bereich der Wirtschaft, dem in der vorindustriellen Welt geringere Bedeutung zukam und in den nicht zuletzt aufgrund der negativen Stigmatisierung des Handels Juden abgedrängt worden waren. In dem historischen Moment, in dem mit Industrialisierung und Urbanisierung der Handel zu einem zentralen Sektor der Ökonomie wurde, schlug die Ausgrenzung der Juden dialektisch in einen Startvorteil in der entstehenden Konsumgesellschaft um. Der Antisemitismus richtete sich nicht zuletzt gegen den wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Aufstieg der jüdischen Bevölkerung in dieser Zeit gesellschaftlichen Umbruchs.

In der Phase des entstehenden Antisemitismus zeigte sich diese neue Form von Judenfeindschaft vor allem auf sechs Ebenen:

Erstens kommt der Antisemitismus in einer spezifischen Sprache und Rhetorik, einer eigenen judenfeindlichen Semantik, zum Ausdruck. Nachdem der neue Begriff im Umfeld von Wilhelm Marr geprägt worden war und sich unmittelbar darauf in Europa verbreitet hatte, verdichtete sich diese neue judenfeindliche Semantik zu einem eigenen sprachlichen Syndrom. Antisemiten haben ein eigenes normatives Vokabular entworfen, um ihre Aversionen und ihre Abneigung gegenüber Juden zu legitimieren, und sich dabei immer stärker des zeitgenössischen Rassediskurses bedient. Auf dieser semantischen Ebene tauchen immer wieder dieselben Symbole und Zeichen auf, es wurde ein System von sich überschneidenden und aufeinander bezogenen antisemitischen Topoi und Bildern konstruiert.

Zweitens artikulierte sich der Antisemitismus als politische Bewegung. Auf dieser Ebene handelt es sich um eine manifeste Form von Judenfeindschaft, die sich als politische Gesinnungsgemeinschaft formierte, eigene politische Organisationen gründete, politische Netzwerke ausbildete und mit den Medien politischer Öffentlichkeitsarbeit, mit Zeitschriften, Wahlkämpfen, Petitionen und öffentlichen Versammlungen, gegen Juden agitierte.

Drittens kam der Antisemitismus als kulturelle Haltung oder als Gesellschaftsstimmung, wie es der zeitgenössische Beobachter Friedrich Naumann formuliert hat, zum Ausdruck. Auf dieser Ebene ist die Artikulation antisemitischer Einstellungen und Haltungen oft nur latent und diffus, häufig auch zwiespältig und widersprüchlich, so dass Juden in unterschiedlichen Situationen und Konstellationen verschieden, manchmal ablehnend, manchmal distanziert oder auch indifferent begegnet wurde. Antisemitismus als kulturelle Haltung artikulierte sich vor allem in bestimmten politischen Milieus, sodass er auf dieser Ebene als ein „kultureller Code“ (Shulamit Volkov) fungierte, mit dessen Hilfe die Angehörigen spezifischer politischer Lager ihre Zusammengehörigkeit signalisierten. Die Frage, was konkret unter Antisemitismus zu verstehen ist, ist immer Teil eines öffentlichen Meinungskampfes, sodass es auf dieser Ebene auch um die Frage geht, inwiefern es antisemitischen Kräften gelang, das politische Meinungsklima zu bestimmen und die kulturelle Hegemonie auszuüben.

Viertens ist der Antisemitismus auch als soziale Praxis zu untersuchen. Auf dieser Ebene geht es um die konkreten sozialen Beziehungen von Juden und Christen in der Arbeitswelt, in der Zivilgesellschaft und den Institutionen des Staates. Im Mittelpunkt steht hier die Frage, wie christliche Bürger in diesen Lebensbereichen

jüdischen Bürgern begegnet sind, inwiefern Juden im Wirtschaftsleben als gleichberechtigte Partner akzeptiert oder als Juden ausgeschlossen wurden, ob sie in die Vereine und Verbände aufgenommen wurden und welchen Zugang sie zu staatlichen Ämtern hatten. In diesen drei Bereichen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat, ist danach zu fragen, wie sich die sozialen Beziehungen von Juden und Christen konkret gestalteten.

Fünftens ist der Antisemitismus ohne die Tradition der christlichen Judenfeindschaft nicht denkbar. Das Verhältnis der christlichen Kirchen zum Antisemitismus ist daher von zentraler Bedeutung. Vorrangig geht es auf dieser Ebene um die Frage, inwiefern die Kirchen auf der Grundlage der traditionellen religiösen Judenfeindschaft die Sprache des Antisemitismus mitgeprägt haben und welchen Anteil die Kirchen an der Propagierung und Durchsetzung antisemitischer Denkmuster hatten. Es gilt zu untersuchen, welche spezifischen Haltungen die christlichen Kirchen in den unterschiedlichen Ländern zu Juden und zum Judentum eingenommen und inwiefern diese sich an der Verbreitung der antisemitischen Rhetorik beteiligt haben. Hier wird unter europäisch-vergleichender Perspektive insbesondere nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den katholischen, protestantischen und orthodoxen Kirchen zu fragen sein.

Das wohl schwerwiegendste Problem bestand sechstens und abschließend darin, dass der Antisemitismus auch in Form von physischer Gewalt zum Ausdruck kam. Sie äußerte sich in Akten von individueller und kollektiver Gewalt, in Gewalttätigkeiten, die spontan oder organisiert verübt wurden, in Angriffen, die sich gegen einzelne Juden richteten, wie in Übergriffen auf Einrichtungen jüdischer Gemeinden. Die Ebene der physischen Gewalt im Antisemitismus reichte vom gewalttätigen Handeln christlicher Jugendlicher gegen Juden im Alltagsleben über Gewaltexzesse im Kontext von Ritualmordbeschuldigungen bis hin zu Pogromen, wie sie vor allem in Osteuropa, zum Teil mit staatlicher Billigung, ausgebrochen sind. Diese Form von Antisemitismus zeigte sich mitunter auch im Kontext von gewalttätigen sozialen Protesten.

Was die geschlechtergeschichtlichen Aspekte des Antisemitismus anbelangt, so ist die Gegenüberstellung von männlichen und weiblichen Zuschreibungen und das Verhältnis von Männern und Frauen auf allen sechs Ebenen wesentlich, Geschlechtergeschichte stellt also eine ebenso zentrale Kategorie dar wie die gesellschaftliche Aufspaltung in soziale Klassen und generationsspezifische Erfahrungen.

Diese sechs Ebenen, auf denen sich der Antisemitismus äußerte, sind zugleich die gemeinsamen analytischen Kategorien aller an dem Forschungskolleg beteiligten Studien. Die Kohärenz des Forschungskollegs und die Einheitlichkeit des Gesamtprojektes beruhen nicht nur auf einem gemeinsamen Begriff von Antisemitismus, sondern auch auf einer gemeinsamen methodischen und konzeptionellen Anlage der Einzelstudien. Neben einer Reihe von vergleichend konzipierten Studien sind die weiteren Projekte zunächst national angelegt und auf einen spezifischen Sprach- und Kulturraum bezogen. Alle Projekte verbindet aber die gemeinsame Frage nach dem transnationalen, interkulturellen Austausch, dem Ideen- und Kulturtransfer in der Entstehung und Entwicklung des Antisemitismus.

Den Abschluss des gesamten Forschungskollegs bildet schließlich eine systematisierende, europäisch-integrativ konzipierte Gesamtdarstellung des Antisemitismus von der Bildung des Begriffs bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, in der diese transnationalen Aspekte und die Fragen nach dem interkulturellen Austausch im Mittelpunkt stehen werden.

## Die Einzelstudien

Im Einzelnen sind bisher zwölf Forschungsprojekte, sowohl Promotions- als auch Post-Doc-Projekte, an dem Kolleg beteiligt, von denen das erste der im Folgenden skizzierten bereits abgeschlossen ist, die weiteren kürzlich begonnen wurden und eines als Kooperationsprojekt mit einer ausländischen Universität angelegt ist. Die letzten drei der hier vorgestellten Vorhaben wiederum befinden sich im Stadium der Antragsstellung. Für einzelne Forschungsprojekte konnten Kooperationspartner an einer der Universitäten der jeweiligen Länder gewonnen werden, die in die Vorbereitung und Durchführung der Studien einbezogen sind.

1. Thematisch und zeitlich knüpft das Kolleg an mein Forschungsprojekt über Italien an, in dem im deutsch-italienischen Vergleich gezeigt werden konnte, dass Italien als eines der wenigen Länder in Europa bezeichnet werden muss, in dem sich eine antisemitische Bewegung nicht hat entwickeln können und in dem sich keine antisemitische Gesellschaftsstimmung verbreitet hat. Dennoch war Italien keineswegs frei von Antisemitismus. Dieser kam jedoch nahezu ausschließlich von Seiten der katholischen Kirche, die wiederum aufgrund ihrer Verweigerungshaltung

gegenüber Nation und Politik keinen Einfluss auf die öffentliche Meinung und politische Kultur im liberalen Italien hatte. Ein konservativ-monarchisches Milieu, das aus der Bindung an Thron und Altar seine politische Weltanschauung entwickelte und in dem der Antisemitismus einen zentralen Stellenwert einnahm, konnte sich in Italien nicht herausbilden. Der schwache Antisemitismus in der italienischen Gesellschaft erklärt sich damit weniger durch den hohen Grad von Assimilation italienischer Juden, den geringen jüdischen Bevölkerungsanteil oder die niedrige Einwanderung osteuropäischer Juden, um nur drei der in der Literatur häufig aufgeführten Argumente zu erwähnen. Entscheidend ist, dass die Kirche als Faktor der politischen Kultur in Italien ausfiel, das staatstragende Milieu dominant liberal eingestellt war und sozial oder politisch opponierende Gruppen vorherrschend antiklerikal ausgerichtet waren, sodass antisemitisches Denken keinen Einfluss auf die öffentliche Meinung in Italien hat ausüben können.

2. Schon für zeitgenössische Beobachter war Rumänien, über das Julia Nitoiu (Cluj-Napoca) promoviert (Kooperationspartner ist Viorel Achim von der Universität Bukarest) eines der Länder in Europa, in denen die Lage der Juden am problematischsten war und das in der europäischen Öffentlichkeit am meisten Sorgen auslöste. Die ersten Versuche, die jüdische Bevölkerung rechtlich gleichzustellen, führten Mitte der 1860er-Jahren zu antijüdischen Demonstrationen in Bukarest, und 1867 wurden besitzlose Juden aus dem Land vertrieben. Erneute judenfeindliche Ausschreitungen zu Anfang der 1870er-Jahre erregten ein so großes öffentliches Aufsehen in Europa, dass sich die *Alliance Israélite Universelle* dafür einsetzte, die Situation der Juden in Rumänien auf die Tagesordnung des Berliner Kongresses von 1878 zu setzen. Obgleich die rumänische Regierung beauftragt war, die jüdische Bevölkerung rechtlich gleichzustellen, unterließ sie es, diese Frage zu klären. In den 1880er-Jahren wurden gar erneut Juden aus Rumänien ausgewiesen. Ausdruck der vehementen judenfeindlichen Gesellschaftsstimmung in Rumänien war die Gründung der *Alianța Antisemită din România* im Jahr 1895, die auch eine zentrale Rolle bei den antisemitischen Unruhen in Bukarest 1897 oder Iași 1899 spielte. Die judenfeindlichen Ausschreitungen setzten sich nach der Jahrhundertwende fort. So brachen 1907 in der Moldau, wo Juden oftmals als Landpächter fungierten, gewalttätige Bauernunruhen aus, die sich insbesondere gegen Juden richteten. Die Situation der rumänischen Juden wurde daher immer wieder zu einem zentralen Thema der europäischen Öffentlichkeit.

3. Das von Maciej Moszyński (Posen) untersuchte Kongresspolen (Kooperationspartner ist Krzysztof Makowski von der Universität Posen) ist auf dem Wiener Kongress aus dem Herzogtum Warschau geschaffen worden und stand in Personalunion mit Russland. Nach dem Aufstand von 1830/31 hatte es seine Eigenverwaltung verloren, und während des Aufstandes von 1863 sympathisierte ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung mit der polnisch-nationalistischen Bewegung. Die große Zuwanderung russischer und litauischer Juden nach den Pogromen von 1881 und 1882 führte auch in Kongresspolen zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Juden. In Warschau ist das Wohngebiet der Juden geplündert worden, und in Łódź ist 1892 eine Streikbewegung in antijüdische Aktionen umgeschlagen. Die verschärfte antisemitische Propaganda führte dazu, dass auch demokratische Gruppen antisemitische Positionen übernahmen. Die 1897 konstituierte Nationaldemokratische Partei sprach sich in ihrem Programm gegen die Integration der Juden in die polnische Gesellschaft aus und forderte einen Handelsboykott von jüdischen Geschäften.

4. Im habsburgischen Galizien, über das Tim Buchen (Berlin) promoviert, stellten Juden etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, die sich ansonsten zu annähernd gleich großen Teilen aus Polen und Ukrainern (Ruthenen) zusammensetzte. Seit dem „Ausgleich“ von 1867 dominierten wieder die alten polnischen Eliten aus dem adligen Grundbesitz, und die verstärkte Polonisierung der Verwaltung und des Bildungswesens machte eine polnische Akkulturation für Juden attraktiver als die bisherige deutsche Orientierung. Auf der anderen Seite untergrub die Entwicklung der marktorientierten Wirtschaft und die beginnende Politisierung entlang nationaler und sozialer Grenzen die traditionelle Mittlerrolle der Juden zwischen Gutsbesitzern und Bauern.

Für polnische und ukrainische Nationalisten wurde die Vorstellung einer jeweils „eigenen“ Wirtschaft zur Voraussetzung künftigen nationalen Wohlstands, die in Agrarorganisationen mit Massenbasis ihren Ausdruck fand. Um „fremde“ oder „unchristliche“ Betriebe aus dem Wirtschaftsleben herauszudrängen, wurde immer wieder zu Boykotten jüdischer Geschäfte aufgerufen.

Die judenfeindlichen Einstellungen weiter Teile der ländlichen Bevölkerung zeigten sich auch in der Pogromwelle im überwiegend polnischen Westgalizien im Jahre 1898. Diese wiederum bestärkten eigenständige jüdische Projekte, die dann von Teilen der polnischen und ukrainischen Bevölkerung als Bedrohung aufgefasst

wurden. Aufgrund der Wahlen zum Landtag in Lemberg und zum Reichsrat in Wien entwickelte sich in Galizien in den 1890er Jahren eine dynamische Parteienlandschaft, in der die antisemitische Propaganda auch zum Gradmesser jüdenfeindlicher Einstellungen innerhalb der verschiedenen Wählermilieus wurden.

5. Das von Veselina Kulsenka (Sofia) untersuchte Bulgarien (Kooperationspartner ist Ivan Ilchev von der Universität Sofia) ist für die Antisemitismusforschung vor allem deshalb ein aufschlussreiches Land, weil es sich erstens um eine orthodoxe Region im Schnittpunkt zur islamischen Welt handelt. Zweitens ist Bulgarien eines der wenigen Länder des östlichen Europa, in dem der Antisemitismus eher schwach ausgebildet war. Bulgarien hatte eine jüdische Bevölkerung, die sich aus alten sephardischen und später eingewanderten aschkenasischen Juden zusammensetzte. In einigen Landesteilen war den Juden in den letzten Jahren der osmanischen Herrschaft lokale Autonomie und der Zugang zu staatlichen Behörden zugebilligt worden, und Juden waren etwa in Provinzparlamenten und im Stadtrat von Sofia vertreten. Obgleich der Antisemitismus in Bulgarien eher schwächer entwickelt war, sind in einigen Landesteilen während des türkisch-russischen Krieges von 1877/78 auch antijüdische Unruhen ausgebrochen. In anderen Landesteilen und in der Hauptstadt Sofia standen die Juden auf Seiten der orthodoxen Christen gegen die türkische Bevölkerung. Gleichwohl blieben auch diese Landesteile von antisemitischen Entwicklungen nicht verschont. 1884 sind in Sofia und 1890 in Wratza Ritualmordanschuldigungen erhoben worden, und 1895 sowie 1903/4 sind in weiteren Orten gewalttätige Ausschreitungen gegen Juden ausgebrochen.

6. In Griechenland war es bereits in der Zeit der griechischen Unabhängigkeitsbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu gewalttätigen Übergriffen gegen Juden gekommen. Im Jahr 1821 zum Beispiel sind die kleinen jüdischen Gemeinden auf dem Peloponnes zerstört worden und 1847 war es auch in Athen zu Pogromen gekommen. In der in dem Dissertationsprojekt von Maria Margaroni (Volos) (Kooperationspartner ist Hagen Fleischer von der Universität Athen) zu untersuchenden Zeitspanne erregte vor allem ein Ritualmordvorwurf von 1891 auf Korfu die europäische Öffentlichkeit, dem Ausschreitungen und Plünderungen der jüdischen Wohnviertel folgten. Auch wenn der jüdische Bevölkerungsanteil in Griechenland insgesamt eher gering war, hatte der griechische Raum mit Saloniki eine große und wirtschaftlich bedeutende jüdische Gemeinde. Antisemitische

Stimmungen waren hier vor allem unter den griechischen Seeleuten verbreitet, die darüber hinaus auch eine entscheidende Rolle bei den Pogromen in Odessa spielten.

7. Das vergleichend angelegte Dissertationsprojekt über Skandinavien wird gemeinsam mit Christhard Hoffmann von der Universität Bergen betreut. Der Doktorand Christoph Buller (Berlin) geht darin dem Antisemitismus in Dänemark, Schweden und Norwegen nach. Zu antijüdischen Ausschreitungen oder Pogromen ist es in keinem der Länder gekommen. Im Zuge der ostjüdischen Einwanderung lässt sich jedoch auch in Skandinavien, wo Juden mit nur einem Zehntelprozent einen vergleichsweise geringen jüdischen Bevölkerungsanteil hatten, eine verstärkte antisemitische Stimmung, insbesondere in der Presse und in den akademischen Kreisen, feststellen. In Schweden fühlten sich vor allem die kleinen Geschäftsleute durch die Handelstätigkeit jüdischer Einwanderer bedroht. Darüber hinaus stießen die im Zuge des Darwinismus aufkommenden Rassenideen in Schweden auf fruchtbaren Boden. In Norwegen war die Angst vor einer „jüdischen Überfremdung“ schon in der Verfassung zum Ausdruck gekommen, und antisemitisches Denken erlangte hier vor allem in kirchlichen Kreisen Bedeutung. Obwohl die dänischen Juden mit zu den am stärksten assimilierten in Westeuropa zählten, wurden auch sie zum Ziel antisemitischer Anfeindungen. Insbesondere von Seiten christlicher Gruppierungen kam es häufiger zu verbalen Angriffen, und in akademischen Kreisen war der Topos von der Zersetzung der Nation durch Juden verbreitet.

8. Miloslav Szabó (Bratislava/Berlin) untersucht in seinem Post-Doc-Projekt den Antisemitismus in der Slowakei. In dem zum ungarischen Teil der Habsburgmonarchie gehörenden slowakischen Kultur- und Sprachraum kreuzten und überlagerten sich verschiedene Kulturen und nationale Bewegungen. Zwar haben sich in diesem Raum in der Zeit vor 1914 keine offen antisemitischen Parteien gebildet, auch ist es zu keinen Fällen von Ritualmordbeschuldigungen wie etwa im ungarischen Tisza-Eszlar gekommen, und auch große öffentliche Debatten über den Antisemitismus sind hier nicht geführt worden. Gleichwohl verbreitete sich unter der slowakisch-sprechenden Bevölkerung seit den 1880er-Jahren die Sprache des Antisemitismus, und vor allem die negativ besetzte Vorstellung einer „jüdisch-magyrischen Symbiose“ fand Eingang in die politische Kultur. Dieses Motiv ergänzte die älteren sozialen Konfliktlinien und religiösen Vorurteile und trug entscheidend zur Herausbildung des slowakischen Antisemitismus bei. Die antisemitische Rhetorik



richtete sich ferner gegen den angeblichen jüdischen Wucher und gegen die Rolle der Juden als Schankwirte. Der katholische Klerus im slowakischen Raum attackierte die lokale Politik mit antisemitischen Argumenten, und die slowakische christlich-soziale Partei entwickelte ihre antisemitische Propaganda in engem Austausch mit der christlich-sozialen Bewegung in anderen Teilen der Habsburgermonarchie.

9. In Frankreich, über das Damien Guillaume (Paris) in Kooperation mit der *École des Hautes Études en Sciences Sociales* arbeitet, galten nach der Niederlage von 1871 Juden vor allem im royalistischen Milieu als klammheimliche Sympathisanten der Deutschen, und zu Beginn der 80er Jahre erreichte die Welle des Antisemitismus auch dieses Land. Politisch ist die antisemitische Rhetorik vor allem von antirepublikanischen und klerikalen Kreisen getragen worden, die mit Hilfe des Antisemitismus gegen die Republik agitierten. Bereits 1881 erschien in Paris die antisemitische Zeitschrift *L'Anti-Juif*, kurz darauf die Zeitschrift *L'Antisemitique*, die die Devise hatte: „Le juif – voilà l'ennemi“, „Der Jude – das ist der Feind“. Nachdem der antisemitische Autor Édouard Drumont 1886 sein Buch *La France Juive* publiziert und in großer Auflage verkauft hatte, gründete er die Partei *Ligue Nationale Antisémitique de France*, die jedoch zunächst nicht den von ihm erhofften Zulauf hatte. Ab 1892 gab Drumont die Zeitschrift *La Libre Parole* heraus, die er effizient für seine antisemitischen Kampagnen einsetzte, so dass es die antisemitische Liga Ende der 1890er-Jahre auf elftausend Mitglieder brachte.

Die Dreyfus-Affäre führte in Frankreich zu einer großen öffentlichen Auseinandersetzung über den Antisemitismus, eine Debatte, die auch europaweit breite Aufmerksamkeit erfuhr. Gleichwohl kam die antisemitische Bewegung in Frankreich damit nicht zum Ende. Während der Dreyfus-Affäre gründete der antisemitische Journalist und Schriftsteller Charles Maurras die politische Organisation *Action française*, die in der gleichnamigen Zeitschrift ein Organ zur Verbreitung ihrer judenfeindlichen Propaganda hatte.

10. In dem von Michal Frankl (Prag) durchzuführenden Post-Doc-Projekt geht es um die Verflechtungen und Überlagerungen der antisemitischen Bewegungen und ihrer Propaganda in Böhmen, Österreich und Slowenien. Der Antisemitismus entwickelte sich in diesen zisleithanischen Teilen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zwar in einer multinationalen Gesellschaft und im Kontext seiner nationalen Konflikte. Entscheidend für den Aufschwung des Antisemitismus in der tschechischen, deutsch-österreichischen und slowenischen Gesellschaft waren

jedoch vor allem ideologische Spaltungen innerhalb der politischen Landschaft. In allen drei Landesteilen hing die Entwicklung des Antisemitismus eng mit der Struktur und der Ausdifferenzierung der nationalen politischen Lager zusammen, vor allem aber mit der Entstehung der antiliberalen und später antisozialistischen Parteien, bis sich auch zunächst liberale Nationalisten zum radikalen Nationalismus, Antiliberalismus und Antisemitismus umorientierten. Im Mittelpunkt der antisemitischen Propaganda stand die soziale Frage. Antisemitische Politiker dieser Teile der Habsburgmonarchie traten für eine internationale Zusammenarbeit der Antisemiten gegen die angebliche weltweite jüdische Verschwörung ein und förderten die Kontakte und Treffen der Antisemiten unterschiedlicher Nationalitäten.

11. Das Dissertationsprojekt über Kroatien und Slawonien ist zusammen mit Holm Sundhussen von der Freien Universität Berlin beantragt und wird von Marija Vulesica (Berlin) durchgeführt. Judenfeindschaft äußerte sich hier auch in der nationalistischen Agitation im Kontext der kroatisch-ungarischen Auseinandersetzungen. Juden galten als Fremde, die die kroatische Sprache nur ungenügend beherrschten und eher deutsch oder ungarisch sprachen. Nach dem kroatisch-ungarischen Ausgleich von 1867 versuchten weite Teile der kroatischen Bevölkerung die Magyarisierungsversuche der Krone abzuwehren, und in nationalen Protestbewegungen von 1883 und 1903/4 kam es zu antisemitisch motivierten Angriffen gegen Juden.

Aber nicht nur nationalistische Motive spielten bei der Entstehung des kroatischen Antisemitismus eine Rolle, sondern auch soziale Konflikte. So wurde gegen Juden der Vorwurf kapitalistischer Ausbeutung erhoben, und die Rolle von Juden in der kroatisch-slawonischen Wirtschaft wurde bald zu einem der wichtigsten Motive antisemitischer Polemik. Insbesondere kroatische Händler, die die Konkurrenz von Juden fürchteten, griffen Juden an, indem sie das so genannte jüdische Kapital für die soziale Frage und die Armut der Landbevölkerung verantwortlich machten.

Darüber hinaus kommt auch der serbischen Opposition in Kroatien eine wichtige Rolle in der Ausbreitung antisemitischer Ideen zu. Die „Serbische Eigenständige Partei“ nahm als einzige der in Kroatien-Slawonien gebildeten Parteien Antisemitismus als Programmpunkt in ihre Statuten auf.

Zu den weiteren Trägern des kroatischen Antisemitismus zählte die katholische Kirche, die auf der Grundlage des traditionellen, in Kroatien weit verbreiteten christlichen Antijudaismus die neue antisemitische Sprache aufgriff und nachdrücklich propagierte.

12. Litauen, auf das sich das Dissertationsprojekt von Klaus Richter (Bonn) bezieht, war seit dem späten 18. Jahrhundert eine Provinz des Zarenreiches und es hatte nicht nur einen relativ hohen jüdischen Bevölkerungsanteil, sondern es war ebenso ein Zentrum der jüdischen Kultur und Bildung. Darüber hinaus war Litauen auch Mittelpunkt der jüdischen sozialistischen Arbeiterbewegung und des Zionismus. In der Stadt Kaunas (Kovno) etwa, die einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 25 Prozent hatte, waren die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden schon seit Beginn der russischen Zeit angespannt, und christliche Einwohner hatten immer wieder die Forderung erhoben, Juden aus der Stadt zu vertreiben. Vor allem in Vilnius (Wilna) ist es im Untersuchungszeitraum zu heftigen antijüdischen Ausschreitungen gekommen, insbesondere nachdem Soldaten 1881 ein jüdisches Geschäft angegriffen hatten. Da es den Juden aufgrund einer Verordnung von 1897 verboten war, außerhalb der Städte zu wohnen, zogen viele litauische Juden nach Vilnius, so dass der jüdische Bevölkerungsanteil auf 41,5 % anstieg, was wiederum zu neuen Konflikten mit den nichtjüdischen Einwohnern führte.

## Erweiterungen

Der Schwerpunkt des Kollegs liegt zunächst auf Osteuropa, und zusätzlich zu den beiden Projekten über Kongresspolen und Galizien ist geplant, ein weiteres Dissertationsprojekt über Posen durchzuführen, sodass alle drei polnischen Teilungsgebiete des 19. Jahrhunderts im Kolleg vertreten sind und so auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Antisemitismus im russischen, österreichischen und deutschen Teil des polnischen Sprach- und Kulturraumes vergleichend in den Blick genommen werden können.

Wie aber die Projekte über Italien, Skandinavien und Frankreich zeigen, geht die Konzeption und Fragestellung über den osteuropäischen Raum hinaus und zielt auf eine gesamteuropäische Perspektive. So ist geplant, weitere westeuropäische Länder in das Kolleg einzubeziehen, wobei etwa an Belgien gedacht ist, wo auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung starke antisemitische Einstellungen verbreitet waren und wo sich ähnlich wie in Frankreich die politische Kultur in Dreyfussards und Anti-Dreyfussards spaltete.

Ferner ist eine Studie über Spanien vorgesehen, wo sich neben dem Antisemitismus im royalistisch-klerikalen Milieu in weiten Teilen des liberalen Bürgertums eine pro-jüdische Haltung herausgebildet hat, die in der Vertreibung der Juden aus Spanien von 1492 den entscheidenden Grund für dessen wirtschaftlichen Niedergang seit dem 16. Jahrhundert sah und daher Juden explizit einlud, sich wieder dort niederzulassen.

Schließlich soll in einem Forschungsprojekt über die Schweiz, im europäischen Vergleich einer der Nachzügler in der rechtlichen Gleichstellung der Juden, untersucht werden, ob und wenn ja welche Unterschiede in der Ausprägung des Antisemitismus in den deutsch-, französisch und italienischsprachigen Kantonen bestanden, und worin gegebenenfalls auch die Gemeinsamkeiten lagen.

## Ziele und Intentionen

Die Ziele und Intentionen des Forschungskollegs liegen auf fünf Ebenen.

Erstens geht es darum, einen Beitrag zur Frage der Aktualität des Antisemitismus in Europa zu leisten. Ob es einen „neuen“ Antisemitismus gebe und wenn ja worin dieser bestehe, kann allein aus der Kenntnis der Vergangenheit beantwortet werden. Daher soll in dem Kolleg der Formierungsphase des Antisemitismus als einer neuen politischen Bewegung und der Entstehung der antisemitischen Sprache im 19. Jahrhundert in europäischer Perspektive nachgegangen werden.

Zweitens will das Kolleg auf Defizite der Antisemitismusforschung antworten. Im Mittelpunkt steht dabei einmal die Frage, worin das Spezifische des deutschen, im Nationalsozialismus kulminierenden Antisemitismus lag. Um festzustellen, was am deutschen Antisemitismus einzigartig war, ist eine systematische, vergleichende Analyse des Antisemitismus in anderen europäischen Ländern nötig.

Darüber hinaus besteht ein Manko der gegenwärtigen Antisemitismusforschung darin, dass der Antisemitismus in Deutschland allzu sehr als Vorgeschichte des Nationalsozialismus betrachtet wird. Um teleologische Kurzschlüsse zu vermeiden, sind wiederum komparative Betrachtungen nötig, die die Geschichte des Antisemitismus in den europäischen Kontext stellen.

Schließlich ist es in der gegenwärtigen Antisemitismusforschung umstritten, ob der Antisemitismus eine mit innerer Notwendigkeit aufkommende, der Logik der gesellschaftlichen Entwicklung entspringende Begleiterscheinung der sozialen

und kulturellen Umbrüche des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts darstellt oder ob es jeweils spezifische Konstellationen waren, die dem antisemitischen Denken und Handeln zugrunde lagen. Auch diese Frage ist nur unter europäisch-vergleichender Perspektive zu beantworten.

Das dritte Ziel des Forschungskollegs, gleichsam eine wissenschaftspolitische Absicht, besteht darin, einen Beitrag für die Zusammenarbeit von Historikerinnen und Historikern in Europa zu leisten, wobei vor allem die besonderen Formen des historischen Gedächtnisses in Osteuropa mit den westeuropäischen Wegen der Erinnerung an die Vergangenheit vergleichend betrachtet werden sollen. Das Kolleg will dazu beitragen, die Integration von Nachwuchswissenschaftlern aus Osteuropa in die europäische „Scientific Community“ zu fördern, sodass Europa zu einem wissenschaftlichen Kommunikationsraum wird.

Viertens zielt das Forschungskolleg auf die Aufarbeitung der antisemitischen Vergangenheit in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union. Es geht darum, die historischen Wurzeln des aktuellen Antisemitismus in Europa freizulegen. Das Kolleg versteht sich als Beitrag zur historisch-politischen Debatte über die Ursachen des europäischen Antisemitismus.

Fünftens ist das Forschungskolleg als ein europäisches Projekt angelegt, das nicht nur aus einer Addition unzusammenhängender, nationaler Einzelstudien besteht, sondern komparativ und europäisch ausgerichtet ist. So werden die Einzelstudien auch den Fragen nach den transnationalen Bezügen und dem interkulturellen Austausch in der Ausprägung des Antisemitismus nachgehen, und eine Antwort auf die Frage geben, ob von einem europäischen Antisemitismus oder vom Antisemitismus in Europa gesprochen werden kann.

Das die Forschungen des Kollegs leitende Interesse richtet sich somit auch auf die Frage, welche Bedeutung dem Antisemitismus für die europäische Geschichte und die historische Selbstverständigung des sich vereinigenden Europa zukommt. Eine Geschichte Europas muss sich den Schattenseiten und Abgründen der europäischen Vergangenheit stellen. Dazu gehört die Geschichte des Antisemitismus in Europa. Wenn der Holocaust zu dem „negativen Gründungsereignis“ des sich vereinigenden Europa wird, ist auch nach den historischen Wurzeln des Antisemitismus im europäischen Kontext zu fragen.

Europa kann nur im Blick auf Vielfalt und Differenz gedacht werden. Vor allem aus diesem Grund muss eine Geschichte Europas, die die Einheit des Kontinents

in den Blick nehmen möchte, die Widerstände, die der Anerkennung von anderen oder abweichenden Lebensformen entgegenstanden, historisch aufarbeiten. Auch aus diesem Grund ist es notwendig, die Entstehungsbedingungen und die geschichtliche Entwicklung des Antisemitismus in Europa unter systematisch vergleichenden, europäischen Gesichtspunkten, wie es hier in diesem Forschungskolleg projiziert ist, zu untersuchen.

---

# Handbuch zur Antisemitismusforschung

Angesichts der Ausdifferenzierung des Forschungsgebietes Antisemitismus als paradigmatischer Kernbereich, das sich steigenden Interesses erfreut und in vielen akademischen und sonstigen Zusammenhängen gepflegt wird, erscheint ein Handbuch, das gesicherte Erkenntnis aufbereitet und zusammenfasst, immer mehr als Desiderat.

Im Zentrum für Antisemitismusforschung, das als einzige Einrichtung seiner Art wohl auch die Verpflichtung hat, ein entsprechendes Kompendium zu publizieren, sind seit langem konzeptionelle Überlegungen im Gange, die nun konkrete Gestalt annehmen. Gestützt auf die Expertise vieler Autoren in aller Welt soll theoretisches und praktisches Wissen zur Judenfeindschaft allen zugänglich gemacht werden, die als Wissenschaftler, als Lehrer, in den Medien, in der Politik oder in sozialer, administrativer, juristischer Praxis Informationen benötigen, die Vorurteile und Stereotypen gegen Juden, deren Instrumentalisierung und deren Wirkung – als Antisemitismus im weitesten Sinne – betreffen.

Das Handbuch soll das vorhandene Wissen zum Phänomen der Judenfeindschaft ohne zeitliche und räumliche Begrenzung versammeln. Antisemitismus als ältestes religiöses, kulturelles, soziales und politisches Vorurteil wird in allen Erscheinungsformen dargestellt und erläutert: Als Vorurteil, als Politikmuster, als Instrumentalisierung von Emotionen, als Aggression vom Pogrom bis zum Genozid. Ohne historische Aspekte (Mittelalter, Frühe Neuzeit) zu vernachlässigen liegt der Schwerpunkt auf der Neuzeit bis zur Gegenwart. Alle Erscheinungsformen (religiös motivierter christlicher Antijudaismus, rassistisch begründeter Antisemitismus, sekundärer Antisemitismus, Antizionismus) werden berücksichtigt.

Als Nachschlagewerk konzipiert, wird das Handbuch von begriffsgeschichtlichen Stichworten über biografische Lemmata bis hin zu faktenorientierten Artikeln das Phänomen Antisemitismus in allen Dimensionen behandeln. Dabei muss auch die Wirkungsgeschichte des Antisemitismus in Beiträgen über Film, Theater, Literatur und Kunst berücksichtigt werden.

Das Handbuch zum Antisemitismus soll genaue und konzentrierte Informationen bieten über die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Judenfeindschaft,

historische und politisch-ideologische Entwicklungen, über Begriffe, Darstellungsformen und Medien (Sprache, Bild, Film, etc.), Ereignisse wie auch über Personen, die als Antisemiten hervorgetreten sind oder wie z. B. Alfred Dreyfus, Walther Rathenau, Bernhard Weiß, Mendel Beilis in besonderer Weise Ziele von Judenhass waren.

Die Informationen werden in Form von Sachartikeln, in Kurzbiografien und als Hintergrundberichte präsentiert. Die Verfasser der Beiträge sind ausgewiesene Experten und international renommierte Historiker, Politologen, Psychologen, Literaturwissenschaftler usw., die den aktuellen Stand der Forschung repräsentieren.

Das Handbuch gliedert sich in folgende Elemente:

- Länderartikel
- Sachkomplexe, Stereotype (z. B. Bäderantisemitismus, Christismord-Vorwurf, Friedhofsschändung, Philosemitismus, Ritualmordlegenden, Weltverschwörungsphantasien)
- Begriffe (z. B. Arierparagraph, Auschwitzlüge, Bankjuden, Ghetto, Kornjude, Lebensraum, Mauseln, Pest-Pogrome, Rassenschande, Schacherer, Schutzbriefe, Judeophobie, Weltjudentum)
- Ereignisse (z. B. Ärzteverschwörung, Beilis-Affäre, Bücherverbrennung Mai 1933, Dreyfus-Affäre, Judentzählung, Hep-Hep-Krawalle, Pogrom von Iași, Pogrome in Buenos Aires, Rosenberg-Prozess, „Reichskristallnacht“)
- Organisationen (z. B. Action Française, Antisemitenliga, Alldeutscher Verband, Christlich Soziale Arbeiterpartei, Deutschnationale Volkspartei, Eiserne Garde, New Guard)
- Periodika (z. B. Gartenlaube, Der Stürmer, Dearborn Independent, Deutsche La Plata Zeitung, Deutsche Kultur-Wache, Fliegende Blätter, Der Judenkenner, Kikeriki, Weltdienst)
- Einzelpublikationen (z. B. Antisemiten-Katechismus, Protokolle der Weisen von Zion, Der Giftpilz, Der Talmudjude, Der Hungerpastor, La France Juive, Baigais gads)
- Filme (z. B. Der ewige Jude, Jud Süß, Die Rothschilds, Robert und Bertram, Triumph des Willens)
- Artikel zu Personen



Das Handbuch wird herausgegeben von Wolfgang Benz in Verbindung mit Werner Bergmann, Johannes Heil, Juliane Wetzel und Ulrich Wyrwa.  
Redaktion: Brigitte Mihok im Zentrum für Antisemitismusforschung.  
Es wird in mehreren Bänden ab 2008 im K. G. Saur Verlag, München, erscheinen.

---

---

## Die Autorinnen und Autoren

WOLFGANG BENZ, geb. 1941, Studium (Geschichte, Politische Wissenschaft, Kunstgeschichte) in Frankfurt a. M., Kiel, München, 1969–1990 Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, Mitgründer und Mitherausgeber der Zeitschrift „Dachauer Hefte“, 1992 Geschwister-Scholl-Preis, seit 1990 Professor an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, Vorsitzender der Gesellschaft für Exilforschung, Mitherausgeber der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Gastprofessuren in Australien, Mexiko, Bolivien, Belfast und Wien. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, u. a.: Lexikon des Holocaust (München 2002, Hrsg.); Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager (Bd. 1 ff., München 2005 ff., Hrsg.); Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung (München 2007); Antisemitismus und radikaler Islamismus (Essen 2007, Hrsg. zusammen mit Juliane Wetzel).

LARS BREUER, geb. 1972, Studium der Kulturwissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie in Lüneburg, Roskilde (Dänemark) und Berlin, 2004–2006 Mitarbeit im Projekt „Vergleichende Tradierungsforschung“ am Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI), Essen. Derzeit Promotion zum Thema „Selbst- und Fremdzuschreibungen im Kontext europäischer Erinnerungskulturen“ (Arbeitstitel) im Rahmen des Projektes „Europäisierung nationaler Erinnerungsräume“ am KWI, Essen.

NICOLE BURGERMEISTER, geb. 1979, Studium der Soziologie, Ethnologie, Geschichte und Sozialpsychologie in Zürich und Hannover, seit 2004 wiss. Mitarbeiterin im Projekt „Vergleichende Tradierungsforschung“ am Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI), Essen. Derzeit Promotion im Projekt „Der Zweite Weltkrieg in der Gegenwart: Intergenerationelle Erinnerung und Wandel des Geschichtsbewusstseins in der Schweiz“ an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich.

NICOLA KARCHER, geb. 1979, M. A., Studium der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Berlin und Bergen/Norwegen, Mitarbeit am Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities (HL-senteret) in Oslo, seit 2007 PhD-Stipendiatin an der Universität Oslo, Forschungsschwerpunkte u. a.: Norwegisch-deutsche Beziehungen in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges, Antisemitismus in Skandinavien.

CLAUDIA LENZ, Dr. phil, Studium (Philosophie, M. A.) und Promotion (Politikwissenschaften) an der Universität Hamburg, Senior Researcher am Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Oslo sowie wiss. Beratung für die Universität Luxemburg und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Arbeitsschwerpunkte: Geschichtsbewusstsein, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, insbes. in Verbindung mit der deutschen Besetzung Norwegens, sowie Projektentwicklung in der außerschulischen Geschichtsdidaktik. Publikationen zuletzt: Mind the gap! Sprechen über den Holocaust zwischen nationalen und universellen Narrativen, in: *Zeitschrift für Genozidforschung* 7 (2006); Vom Widerstand zum Weltfrieden – der Wandel nationaler und familiärer Konsenserzählungen über die Besetzungszeit in Norwegen, in: Harald Welzer (Hrsg.), *Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis*, Frankfurt a. M. 2007, S. 41–75.

EINHART LORENZ, geb. 1940, Dr. phil., Professor für moderne Geschichte an der Universität Oslo, IAKH, 1999–2000 Henrik-Steffens-Stiftungsprofessor am Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität Berlin, Vorstandsmitglied im Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities in Oslo, Willy-Brandt-Preis 2003, Mitarbeiter an der „Berliner Ausgabe“ der Schriften Willy Brandts (Bd. 1 und 2). Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Arbeiterbewegung, deutschsprachiges Exil, Willy Brandt, Antisemitismus, Rechtspopulismus.

MICHAEL MAYER, Dr. phil., Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Kommunikationswissenschaften und Volkswirtschaftslehre in Mainz, München und der Pariser Sorbonne, deutsch-französische Promotion an der Universität München und der École des Hautes

Études en Sciences Sociales (EHESS) in Paris zum Thema „Antisemitismus“, wiss. Mitarbeiter am Seminar für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität München, derzeit Arbeit an einer Habilitation zur Demokratisierung in Deutschland und Großbritannien zwischen 1870 und 1933/39.

BRIGITTE MIHOK, Dr. phil., Studium der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und Promotionsabschluss 1989, 1984 bis 1998 zahlreiche Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in Ungarn, Rumänien und der Republik Moldova, 1996 OSZE Mission in der Republik Moldova, Beobachtung der Menschenrechts- und Minderheitenlage, 1996 OSZE Wahlbeobachtung in Rumänien und 1998 in Ungarn und in der Republik Moldova, 1998–2000 und seit 2003 wiss. Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung u. a. mit dem Forschungsprojekt „Bosnische Roma Flüchtlinge in Berlin – Lebenssituation vor der Flucht und Perspektiven einer Repatriierung“. Forschungsschwerpunkte: Minderheiten-, Vorurteils- und Migrationsforschung, insbesondere zur Situation der Roma in Ost- und Südosteuropa, zur Geschichte des Holocaust in Ungarn und Rumänien und zur Ost-West-Migration seit 1945.

DINA PORAT, Prof. Dr., 2000–2003 Direktorin der Abteilung Jüdische Geschichte der Universität Tel Aviv, seit 2004 Leiterin der Chaim Rosenberg School for Jewish Studies, Leiterin des Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Anti-Semitism and Racism und Inhaberin des Alfred P. Slaner Lehrstuhls für Studien zum Rassismus und Antisemitismus an der Universität Tel Aviv, Mitglied des wiss. Beirats von Yad Vashem und des International Center for Holocaust Studies, Gastprofessuren in Harvard (1999) und an der New York University (Winter 2004), Mitglied der Delegation des Israelischen Außenministeriums bei vier UN Weltkonferenzen, seit 2007 Academic Advisor der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research. Ihre Forschungs- und Publikationsschwerpunkte sind die Geschichte des Holocaust und der Antisemitismus. Zahlreiche Publikationen, u. a. *Beyond the Corporeal, The Life and Times of Abba Kovner*, Am Oved/Yad-Vashem 2000 (Hebräisch).

MARGIT REITER, PD Dr., Historikerin, Dozentin am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien, 2006/2007 Gastforscherin am BKVGE an der FU Berlin;

Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Beziehungen zwischen Österreich-Israel, Exil in Shanghai, (Linker) Antisemitismus, Antizionismus und Antiamerikanismus im europäischen Vergleich, NS-Vergangenheitspolitik, Generationen und Gedächtnis; zuletzt erschienen: *Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis*, Innsbruck u. a. 2006.

KARL-HEINZ REUBAND, geb. 1946, Studium der Soziologie, Psychologie und Sozialpädagogik an den Universitäten Hamburg und Köln, 1974 Promotion, 1990 Habilitation, 1975–1993 wiss. Mitarbeiter/Akademischer Rat am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln, 1991–1992 Lehrstuhlvertretung für Soziologie an der Universität Trier, 1993–1997 Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung an der TU Dresden, seit Oktober 1997 Professor für Soziologie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 1998/99 Visiting Scholar am Center for European Studies der Harvard University. Forschungsschwerpunkte: Methoden der empirischen Sozialforschung, insbesondere Methoden der Datenerhebung in der Umfrageforschung; Sozialer und kultureller Wandel; Soziale Transformation in Ostdeutschland; Politische Kultur und Nationalsozialismus. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. *What We Knew. Terror, Mass Murder and Everyday Life in Nazi Germany. An Oral History* (mit Eric Johnson 2005); *Das NS-Regime zwischen Akzeptanz und Ablehnung. Eine retrospektive Analyse von Bevölkerungseinstellungen im Dritten Reich auf der Basis von Umfragedaten*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2006).

REGINA SCHULZ, geb. 1973, Studentin der Judaistik und Iranistik (Frankfurt/Main, Jerusalem, Berlin), seit September 2006 studentische Hilfskraft im Zentrum für Antisemitismusforschung, Interessensschwerpunkte sind die historischen und aktuellen iranisch-jüdischen Beziehungen. Der hier abgedruckte Artikel ist die Erweiterung eines Vortrages, der im März 2007 in Dortmund zur Jahrestagung der Gesellschaft für Exilforschung e.V. gehalten wurde.

YASEMIN SHOOMAN, geb. 1980, Studium der Neueren Geschichte und Neueren Deutschen Philologie an der TU Berlin, Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung, Arbeitsschwerpunkte: u. a. Muslime in Deutschland

und die deutsch-polnische Geschichte im 20. Jahrhundert. Der hier abgedruckte Artikel ist die Erweiterung eines Vortrages, der im März 2007 in Dortmund zur Jahrestagung der Gesellschaft für Exilforschung e. V. gehalten wurde.

NIKE THURN, geb. 1982, ist Studentin der Angewandten Kulturwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg, 2003–2006 studentische Hilfskraft am Kunstraum der Universität Lüneburg, 2005 Tutorin im Fach Sprache und Kommunikation. Mitarbeit am Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945“ (hrsg. v. Matthias N. Lorenz/Torben Fischer, Bielefeld, erscheint Ende 2007), 2006/2007 DAAD-free-mover-Stipendiatin an der Nationalen und Kapodistrischen Universität Athen. Studienschwerpunkte: Holocaust-Literatur und -Film, Kulturosoziologie und -theorie, Stadtsoziologie.

JULIANE WETZEL, geb. 1957, 1987 Promotion in Geschichte und Kunstgeschichte an der Ludwig Maximilians Universität München, 1987–1991 Mitarbeiterin im Institut für Zeitgeschichte, München, 1991–1995 wiss. Mitarbeiterin, seit 1996 wiss. Angestellte am Zentrum für Antisemitismusforschung. Geschäftsführende Redakteurin des Jahrbuchs für Antisemitismusforschung, Mitglied der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen jüdische Verfolgungs- und Nachkriegsgeschichte, Rechtsextremismus und Antisemitismus, zuletzt Antisemitismus in Italien und Europa in der Gegenwart, in: Gudrun Jäger/Liliana Novelli-Glaab (Hrsg.), ... denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt. Judentum und Antisemitismus im modernen Italien, Berlin 2007, S. 257–276; Antisemitismus und radikaler Islamismus (Essen 2007, Hrsg., zusammen mit Wolfgang Benz).

ULRICH WYRWA, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam und Projektleiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Studium der Geschichte und Philosophie in Heidelberg, Rom und Hamburg. Nach der Promotion an der Universität Hamburg zum Alkoholkonsum der Arbeiter Hamburgs im 19. Jahrhundert wissenschaftlicher Mitarbeiter an verschiedenen Forschungseinrichtungen in Berlin

(Historische Kommission zu Berlin, Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte der Freien Universität, Institut für Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin und Zentrum für Antisemitismusforschung) mit zum Teil längeren Forschungsaufenthalten in Italien, sowie Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam und Visiting Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Veröffentlichungen zur Arbeiter- und Konsumgeschichte, zur jüdischen Geschichte in Deutschland und Italien, zur Geschichte der jüdischen Geschichtsschreibung und zur Geschichte des Antisemitismus.